POLITISCHES GESCHEHEN

DES XX. JAHRHUNDERTS

POLIT. GESCHEHEN

IIIII

1946-60

Politisches Geschehen des XX. Jahrhunderts

in seinen Zusammenhängen chronologisch dargestellt von

Dieter Vollmer

Band V: 1946—1960

Herausgegeben von

Verlag K. W. Schütz KG
Preußisch Oldendorf

Druck: Kölle-Druck, Preuß. Oldendorf
Plastikdecke: Dreske & Krüger, Hannover
Titelentwurf: Prof. Hans Schweitzer

Vorwort zu Band V

(1946—1960)

Das politische Geschehen in den anderthalb Jahrzehnten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkriege, das in dem hier vorliegenden Band dargestellt wird, steht im Zeichen von vier gleichzeitig ablaufenden Entwicklungen:

1. Die Kolonialreiche Frankreichs, Großbritanniens und der Niederlande lösen sich auf, nicht zuletzt weil die in keinem Falle notwendige Beteiligung der beiden erstgenannten Mächte an zwei Weltkriegen ihnen die Kraft und moralische Autorität genommen hat, ihre Imperien zusammenzuhalten.

2. Ein Teil der damit auf eigene Füße gestellten neuen Staaten versucht mit wechselndem Erfolg, zwischen Ostblock und Westblock, Kommunismus und Liberalismus, Privatkapitalismus und Staatskapitalismus eine „dritte Kraft" zu bilden und der Polarisierung des Erdballs zwischen den genannten künstlich hochgespielten Gegensätzen zu entgehen (vgl. 10. Januar 1949).

3. Die Sowjetunion ist mit der Eingemeindung und Verarbeitung ihres beträchtlichen europäischen Landgewinns aus dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt, gleichzeitig bemüht, den wissenschaftlichen und industriellen Vorsprung des Westens einzuholen. Sie hat bei alledem mehrere schwere innere Krisen zu überwinden, aus denen sie aber am Ende als die zweitstärkste Macht auf dem Erdball hervorgeht.

4. In China gelangt der Agrarkommunismus Mao Tse-tungs und Tschu En-lais zur Alleinherrschaft und baut das Land zur zweiten kommunistischen Großmacht unabhängig von der Sowjetunion aus. Offenbar gelingt es hier, eine der angeborenen Mentalität des chinesischen Menschen angemessene Form des Sozialismus zu verwirklichen, jedenfalls besser angemessen als der Bolschewismus in dem Vielvölkerstaat UdSSR samt Satellitenstaaten.

In allen vier Abläufen hat Nordamerika, genauer gesagt: ein zumeist in den USA lebender Personenkreis seine Hände im Spiel, der weitgehend durch den Council on Foreign Relations (CFR) mit seinen zahlreichen Unter- und Nebenorganisationen repräsentiert wird. Die internationalen Aktivitäten dieses im Hintergrund wirkenden Personenkreises sind den Interessen der USA nicht immer dienlich, zuweilen sogar ausgesprochen abträglich. Sie sind offenbar auf ein zukünftiges globales Herrschaftssystem gerichtet, das sich in den siebziger Jahren des XX. Jahrhunderts deutlicher abzeichnen wird.

Zu den Mitteln, deren man sich mit diesem Ziele bedient, gehören u. a. künstlich in die Länge gezogene Scheinkriege oder Spannungszustände zwischen Teilen zusammengehörender Länder und Völker, wie etwa in Korea, Laos, Mitteleuropa, Palästina, Vietnam und später zeitweise auch im Kongo. Kennzeichnend für solche künstlichen Konflikte ist, daß über Jahre hin gleichzeitig verhandelt und gekämpft wird.

Gelegentlich ist ein Blick hinter die Kulissen möglich, wenn etwa Bernard Baruch mitten im „Kalten Kriege" zwischen West und Ost Anfang 1950 in Moskau erscheint, um über die Goldparität des Rubel zu verhandeln. Als Schlüsselereignis für den hier behandelten Zeitabschnitt möchte ich aber den Koreakrieg betrachten, insbesondere die Umstände der Abberufung General MacArthurs, der als alter Soldat einen echten Krieg führen wollte (vgl. 11. April 1951, 10. Juli 1951).

Hannover, 9. November 1972

Dieter Vollmer

1946

1. Januar 1946

Der japanische Tenno (Kaiser) Hirohito spricht über den Rundfunk zum japanischen Volk und sagt der jahrtausendealten Tradition ab, nach der die Person des Kaisers göttlicher Natur und damit Religion und Staatsethos eines ist. Hirohito entspricht mit dieser Absage sowohl der Kapitulationsbedingung der amerikaschen Siegermacht als auch seiner persönlichen Neigung. Erstere ist durch die grundsätzlich traditions- und hierarchiefeindliche, geschichtsfremde Denkungsart in den USA maßgeblicher Kreise bedingt, letztere durch das gebrochene Verhältnis Hirohitos selbst zur Tradition der eigenen Dynastie. Die Erkenntnis von der Bedeutung der Einheit von Staat und Religion wird in Japan erst wieder neu gewonnen werden.

*JAPAN
HIROHITO
RELIGION
UND
STAATSETHOS*

2. Januar 1946

In Polen werden alle Industriebetriebe mit mehr als 50 Arbeitnehmern verstaatlicht. Bergwerke, Eisen- und andere Metallhütten sowie Kraftwerke wurden bereits am 29. Dezember 1945 enteignet.

*POLEN
VERSTAAT-
LICHUNG DER
INDUSTRIE*

3. Januar 1946

In Frankreich wird das Commissariat Général au Plan, eine zentrale gesamtwirtschaftliche Programmierungs- und Planungsbehörde unter Leitung von Jean Monnet gegründet. Sie bereitet dem ein Jahr später (vgl. 24. Dezember 1946) durch die Verfassung eingesetzten Wirtschafts- und Sozialrat den Boden, der die Interessenvertretungen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher zusammenfassen wird. Diese sehr interessante Entwicklung bedeutet eine Abkehr vom Dogma des Wirtschaftsliberalismus.

*FRANKREICH
COMMISSARIAT
GÉNÉRAL
AU PLAN
MONNET*

9. Januar 1946

Der amerikanische Sonderbotschafter in China, General George C. Marshall, interveniert in dem Streit zwischen Kuomintang (Tschiang Kai-schek) und Kommunisten (Tschu En-lai) um die an die Mandschurei angrenzende chinesische Provinz Jehol, insbesondere den Eisenbahnknotenpunkt Tschihfeng. Marshall wird zunächst bei Tschiang Kai-schek in Tschungking vorstellig und empfängt tags darauf Tschu En-lai. Ergebnis: es wird ein Waffenstillstand mit Wirkung vom 13. Januar geschlossen. Die Kommunisten erhalten Tschihfeng, die Kontrolle über Jehol und damit

*CHINA
PROVINZ JEHOL
GENERAL
MARSHALL*

die Verbindung zu den Sowjetrussen in der Mandschurei. Der Vorgang ist kennzeichnend für die Wirksamkeit Marshalls.[1]

10. Januar 1946

UNO-VOLLVERSAMMLUNG IN LONDON

In London beginnt die erste Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO), die bis in den Februar hinein dauern wird. Der Iran erhebt beim Sicherheitsrat Beschwerde über die Anwesenheit sowjetrussischer Streitkräfte in Nordpersien, die UdSSR über die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland, die Ukraine über die Anwesenheit britischer Truppen in Indonesien. Die stellvertretenden Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA verhandeln ergebnislos über die zu schließenden Friedensverträge.[2]

11. Januar 1946

ALBANIEN VOLKSREPUBLIK

In Albanien wird durch die verfassunggebende Nationalversammlung, die am 2. Dezember 1945 zusammengetreten ist, die Volksrepublik proklamiert. Eine entsprechende, allerdings nicht konsequent kommunistische Verfassung wird am 7. März angenommen werden.

16. Januar 1946

FRANKREICH RÜCKTRITT DE GAULLES

In Frankreich tritt der Regierungschef (gewählt am 13. November 1945) Charles de Gaulle der Parteienstreitigkeiten wegen zurück. Nachfolger wird Felix Gouin.

19. Januar 1946

IRAN UDSSR SICHERHEITSRAT

Der Iran (Persien) beschuldigt vor dem Sicherheitsrat der UNO die UdSSR, sie mische sich in die inneren Angelegenheiten des Iran ein. Die UdSSR antwortet damit, daß sie die Zuständigkeit des Sicherheitsrates in dieser Sache bestreitet. Damit ist der Sicherheitsrat, kaum geschaffen, schon paralysiert, und die sowjetischen Truppen verbleiben weiterhin in Persien.[3]

UDSSR MANDSCHUREI TSCHIANG KAI-SCHEK MARSHALL

Das sowjetrussische Oberkommando in der Mandschurei verpflichtet sich in einem Abkommen mit den chinesischen Kommunisten, diesen in ihrem Kampf gegen die nationalchinesischen Truppen Tschiang Kai-scheks mit 5000 Mann zu Hilfe zu kommen — neun Tage nach Abschluß des von General Marshall herbeigeführten Waffenstillstandes (vgl. 9. Januar 1946). Die Kämpfe flammen wieder auf. Die Kommunisten werden trotz der russischen Unterstützung zurückgedrängt werden, was Marshall (in ständiger Verbindung mit Präsident Truman) zu neuen, weitergehenden Maßnahmen veranlassen wird (vgl.: Ende Juli 1946).[4]

24. Januar 1946

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) in London beschließt, eine internationale Atomenergiekommission einzusetzen. Sie soll Empfehlungen für die Kontrolle und friedliche Entwicklung der Atomenergie ausarbeiten und wählt zu ihrem ersten Vorsitzenden Bernard M. Baruch. Dieser wird der Kommission am 14. Juni 1946 einen Plan zur internationalen Kontrolle der Verwendung von Atomenergie und zur Errichtung einer entsprechenden internationalen Behörde vorlegen, der von der UdSSR abgelehnt werden wird.[5]

ATOMENERGIE-KOMMISSION DER UNO BARUCHPLAN

31. Januar 1946

Jugoslawien erhält die Verfassung einer Volksdemokratie. Bundesrat und Volksrat bilden zusammen die gesetzgebende Nationalversammlung. Das Land besteht aus sechs Republiken und zwei autonomen Gebieten mit der albanischen und ungarischen Minderheit. Die Wirtschaft wird vom Staat gelenkt, Kirche und Staat werden getrennt.

JUGOSLAWIEN „VOLKS-DEMOKRATIE“

noch Januar 1946

Bei der Außenministerkonferenz der Alliierten in Moskau im Dezember 1945 sind die Wahlen in Bulgarien zur Nationalversammlung vom 18. November 1945 (90 % Kommunisten) beanstandet und ist eine Beteiligung der Opposition an der Regierung beschlossen werden. Daraufhin reist nunmehr der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrej Wyschinski, vormals Generalstaatsanwalt während der „Reinigungs“-Prozesse, nach Sofia und erklärt dort, Moskau sei allein berechtigt, die Beschlüsse der Außenministerkonferenz zu interpretieren. Natürlich regieren die Kommunisten allein.[6]

BULGARIEN WAHLEN MANIPULIERT WYSCHINSKI ALLEIN-REGIERUNG DER KOMMUNISTEN

In den westdeutschen Besatzungszonen lehnt die Sozialdemokratische Partei unter Führung von Kurt Schumacher eine Verschmelzung mit der Kommunistischen Partei (KPD) ab und verhindert damit eine Volksfrontentwicklung mit endlicher kommunistischer Machtübernahme wie in Mitteldeutschland. Diese Entscheidung erregt das Mißfallen Willy Brandts, zu diesem Zeitpunkt bereits in Nürnberg, allerdings noch in norwegischer Uniform. Ihm wäre, wie er in seiner Schrift „Forbrytere og andre tyskere“ auf den Seiten 256 und 257 darlegen wird, ein „freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetwelt“ lieber. Schon damals.[7]

WESTDEUT-SCHER RAUM SCHUMACHER VERHINDERT VOLKSFRONT BRANDT

2. Februar 1946

UNGARN REPUBLIK

In Ungarn, das dem Namen nach noch ein Königreich war, wird die Republik proklamiert. Erster Staatspräsident wird Z. Tildy, Ministerpräsident Ferencz Nagy von der Kleinbauernpartei.

15. Februar 1946

BRITISCHE BESATZUNGS-ZONE ZONENBEIRAT

In der von britischen Truppen besetzten Zone des ehemaligen Deutschland (Schleswig-Holstein mit Lübeck, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) bildet sich ein „Zonenbeirat" mit Sitz in Hamburg. Er besteht aus deutschen Vertretern und dient der britischen Militärregierung in erster Linie zur Organisation des wirtschaftlichen Lebens.

18. Februar 1946

UNO ITO

Als eine der Unterorganisationen der Vereinten Nationen (UNO) wird ein vorbereitendes Komitee für die Internationale Handelsorganisation (International Trade Organisation, ITO) eingesetzt.

21. Februar 1946

VATIKAN KARDINALS-WEIHE SPELLMAN

Papst Pius XII. verleiht erstmals nach dem Kriege in der Peterskirche zu Rom den 21 Anwesenden von 32 neu ernannten Kardinälen den roten Hut, darunter auch vier amerikanischen Erzbischöfen, unter ihnen Francis Spellman, Erzbischof von New York.[8]

26. Februar 1946

ARGENTINIEN PERON PRÄSIDENT

In Argentinien wird Juan Domingo Peron (geb. 8. Oktober 1895 in Lobos, Provinz Buenos Aires) zum Präsidenten gewählt, vier Monate nachdem er an seinem 50. Geburtstag als Vizepräsident und Sozialminister durch die Armee und den Präsidenten Farrell zum Rücktritt gezwungen wurde. Seine Wiedereinsetzung in alle Ämter Ende Oktober 1945 wurde durch eine dreitägige Massendemonstration der Gewerkschaften vor dem Regierungsgebäude

EVA PERON

unter Leitung von Maria Eva Duarte (Evita) erzwungen, Perons späterer Gattin. Sie übernimmt unter der Präsidentschaft Perons das Sozialministerium, außerdem die Regierungspropaganda. Peron wird zehn Jahre im Amte bleiben, für südamerikanische Verhältnisse eine lange Zeit.[9]

27. Februar 1946

UDSSR MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK

Die UdSSR schließt einen Freundschafts- und Beistandspakt mit der Mongolischen Volksrepublik und beginnt damit den Aufbau ihres ostasiatischen Paktsystems, nachdem China am 5. Januar

1946 die Unabhängigkeit der Mongolischen Volksrepublik anerkannt, d. h. sie dem sowjetrussischen Einfluß überlassen hat.

BEISTANDS-PAKT

1. März 1946

Panama, unter dessen Flagge zu dieser Zeit die viert-tonnagereichste Handelsflotte der Erde fährt, gibt sich eine Verfassung. Der Staatspräsident ist zugleich Regierungschef und ernennt die Minister. Die Nationalversammlung, ebenso wie der Präsident unmittelbar vom Volke auf vier Jahre gewählt, beschließt die Gesetze. Die Frauen erhalten die politische Gleichberechtigung.

PANAMA VERFASSUNG

5. März 1946

In Fulton/USA hält Winston Churchill eine von den amerikanischen Rundfunkanstalten übertragene Rede und sagt u. a.: „Dies ist jedenfalls nicht das befreite Europa, das die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden bietet . . . In Frankreich, Italien und anderen Ländern ist es dem Einfluß des Kommunismus zuzuschreiben, daß die Kommunistischen Parteien oder deren Fünfte Kolonnen die christliche Kultur in steigendem Maße bedrohen und gefährden . . ." Churchill warnt davor, die Sowjets könnten es „auf eine Kraftprobe ankommen lassen". Die westlichen Demokratien müßten daher „zusammenstehen".[10]

CHURCHILL IN FULTON

SPÄTE ERKENNTNISSE

6. März 1946

Frankreich erkennt in einem Vertrag mit Ho Tschi-min, dem Führer der Kommunistischen Viet-min-Bewegung, Vietnam als unabhängigen Staat innerhalb der Indochinesischen Föderation und damit auch innerhalb der Französischen Union an (vgl. auch 19. Dezember 1946).

FRANKREICH VIETNAM VERTRAG MIT HO TSCHI-MIN

9. März 1946

In Finnland wird fünf Tage nach dem Rücktritt Feldmarschall von Mannerheims vom Amte des Staatspräsidenten (seit 1. August 1944) der Ministerpräsident Juho Kusti Paasikivi zum Nachfolger gewählt, ein erfahrener Unterhändler mit der Sowjetunion. Ministerpräsident wird Mauno Pekkala von der Volksdemokratischen Front, einer Fusion von Kommunisten und Linkssozialisten.

FINNLAND PAASIKIVI PEKKALA VOLKSFRONT-REGIERUNG

19. März 1946

In der UdSSR übernimmt Stalin wieder den Vorsitz des Ministerrates und des Ministeriums für die Streitkräfte. Zugleich bleibt er weiterhin Erster Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der KPdSU. Malenkow wird in das Politbüro aufgenommen.

UDSSR STALIN REGIERUNGS-CHEF

24. März 1946

USA
UDSSR
IRAN
TRUPPENABZUG

Auf eine zweite scharfe Botschaft des US-State Department, unmittelbar an Stalin gerichtet, kündigt die Regierung der UdSSR den sofortigen Abzug ihrer Truppen aus dem Iran (Persien) an (vgl. 19. Januar 1946), wird sich aber erst im Mai zur Durchführung bequemen, auf eine erneute Beschwerde des Iran hin (vgl.: noch Mai 1946).[11]

1. April 1946

MALAIISCHE UNION

Die britische Kronkolonie Straits Settlements bildet mit den malaiischen Protektoraten Johore, Kedah, Kelantan, Negri Sembilan, Pahang, Perak, Perlis, Selangor und Tranganu die Malaiische Union. Darin stehen 2,8 Millionen Chinesen und 800 000

CHINESEN

Inder 3,5 Millionen Malaien gegenüber. Die Chinesen tragen den Außenhandel und sind für Klassenkampfideen und Kommunismus anfällig. Singapur wird eigene Kronkolonie.

9. April 1946

TOGO
PTP
GRUNITZKY

Mit französischer Unterstützung und Begünstigung wird in Togo die Fortschrittspartei gegründet, Parti Togolais du Progrès (PTP). Sie wird von Nicolas Grunitzky geführt, einem Schwager Sylvanus Olympios (vgl. 9. Dezember 1946), und soll ein Gegengewicht gegen dessen Comité d'Unité Togolaise (CUT) bilden.

18. April 1946

VÖLKERBUND
SELBST-AUFLÖSUNG
UNO

In Genf tritt ein letztes Mal die Vollversammlung des Völkerbundes zusammen, der auf Initiative des amerikanischen Präsidenten Wilson am 10. Januar 1920 gegründet wurde. Die Versammlung beschließt die Selbstauflösung des Völkerbundes und die Übertragung seiner Aufgaben auf die Vereinten Nationen, die UNO, die ebenfalls durch Initiative eines amerikanischen Präsidenten, F. D. Roosevelt, entstand. Beide Präsidenten und

ONE WORLD

beide Institutionen hatten bzw. haben noch die One World zum Ziel, und beide nützen damit vor allem dem internationalen Kommunismus und speziell der UdSSR.

21./22. April 1946

MITTEL-DEUTSCHLAND
VOLKSFRONT
SED

In der von sowjetrusisschen Truppen besetzten Zone Deutschlands (Westpommern, Mecklenburg, Halle-Merseburg, Magdeburg, Sachsen einschl. West-Niederschlesien, Thüringen und Nordwest-Brandenburg) verfügt die sowjetische Militärregierung (SMAD) die Vereinigung von SPD und KPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), in der die Sozialdemokraten natürlich sofort ausgeschaltet werden (vgl.: noch Januar 1946).

25. April 1946

Auf Vorschlag des amerikanischen Außenministers Byrnes beginnt in Paris eine Konferenz des Rates der Außenminister von Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA (Bidault, Bevin, Molotow und Byrnes). Sie wird mit einmonatiger Unterbrechung (16. Mai — 15. Juni) bis zum 12. Juli dauern und nach heftigen Kontroversen mit einem Übereinkommen über Verfahrensweise und Datum der Friedenskonferenz enden. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wird Molotow den USA wegen ihrer Anwesenheit in China und auf Island eine Politik der „imperialistischen Expansion" vorwerfen, ebenso Großbritannien wegen seiner Stützpunkte in Griechenland, Ägypten, Indonesien, im Irak usw.[12]

FRANKREICH GROSS-BRITANNIEN USA UDSSR AUSSEN-MINISTER-KONFERENZ IN PARIS

7. Mai 1946

In Französisch-West- und Äquatorial-Afrika erhalten durch Gesetz alle Eingeborenen, die bisher französische Untertanen waren, das französische Bürgerrecht. Zuvor ist am 11. April 1946, ebenfalls durch Gesetz, die Zwangsarbeit abgeschafft worden. Die einzelnen Territorien sind mit vollem Stimmrecht in der französischen Nationalversammlung, im Senat, im Wirtschaftsrat und in der Assemblée de l'Union Francaise vertreten. Afrikanische Politiker können auch in die französische Regierung berufen werden.

FRANZÖSISCH-AFRIKA: BÜRGERRECHT

9. Mai 1946

In Belgrad schließen Jugoslawien und die Tschechoslowakei einen Freundschafts- und Beistandsvertrag für den Fall eines erneuten deutschen Angriffes. Der Vertrag wird am 5. Oktober 1949 durch die Tschechoslowakei gekündigt werden.[13]

JUGOSLAWIEN TSCHECHO-SLOWAKEI BEISTANDSPAKT

Am gleichen Tage dankt in Italien König Viktor Emanuël III. zugunsten seines Sohnes Umberto II. ab, der einen Monat später, am 13. Juni 1946, aufgrund einer Volksabstimmung vom 2. Juni, die eine Mehrheit für die Republikaner ergibt, ebenfalls abdanken wird. Damit gehört das Haus Savoyen der Geschichte an. Die offizielle Proklamation der Republik durch den Obersten Gerichtshof wird am 18. Juni erfolgen.

ITALIEN REPUBLIK ABDANKUNG DES HAUSES SAVOYEN

22. Mai 1946

Großbritannien gewährt Transjordanien die volle Unabhängigkeit. Der Emir Abd Allah wird drei Tage darauf den Königstitel annehmen. Er gehört der Dynastie der Haschimiden an, ist der jüngere Sohn des ehemaligen Sherifen von Mekka, Husain I., und hat zusammen mit seinem Bruder Faisal den arabischen Aufstand

TRANS-JORDANIEN UNABHÄN-GIGES KÖNIGREICH ABDALLAH

gegen das Osmanische Reich geführt (vgl. 5. Juni 1916, 20. März 1920).

PRAG KARL HERMANN FRANK HINGERICHTET

In Prag wird am selben Tage im Hof des Gefängnisses zu Pankrac unter Ausschluß einer breiten Öffentlichkeit Karl Hermann Frank gehängt, Sudetendeutscher und Staatssekretär beim deutschen Reichsprotektor für Böhmen und Mähren. Er wurde von Amerikanern, denen er sich gefangen gab, an die Tschechen ausgeliefert.[14]

26. Mai 1946

TSCHECHOSLOWAKEI WAHLEN 38 PROZENT KOMMUNISTEN GOTTWALD MASARYK

In der Tschechoslowakei werden Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung durchgeführt, da sich dieser aus dem Versailler Vertrag von 1919 hervorgegangene Staat nach seiner Auflösung 1939 nunmehr neu konstituiert. Die Kommunisten gehen mit 38 % der abgegebenen Stimmen aus diesen Wahlen als die stärkste Partei hervor (ausgenommen in der Slowakei) und stellen daher den Regierungschef, Klement Gottwald. Außenminister wird der parteilose Jan Masaryk, der Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten Thomas G. Masaryk.

noch Mai 1946

UDSSR IRAN RÄUMUNG

Nach wiederholten Beschwerden des Iran beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNO) zieht die UdSSR ihre Truppen aus diesem Lande zurück, zweieinhalb Jahre, nachdem die Konferenz von Teheran die Unabhängigkeit des Iran ausdrücklich anerkannt hat (vgl. auch 24. März 1946).

14. Juni 1946

UNO ATOMENERGIEKOMMISSION BARUCHPLAN

Der Atomenergiekommission der UNO (vgl. 24. Januar 1946) wird von seiten der USA ein von Bernard Baruch ausgearbeiteter und nach ihm benannter Plan zur Kontrolle der Verwendung von Atomenergie und zur Verhinderung eines Atomwaffenkrieges vorgelegt. Nach diesem Plan soll ein Krieg mit Atomwaffen für „rechtswidrig“ erklärt und jede Erzeugung von Atomenergie der Kontrolle einer internationalen Behörde unterstellt werden. Der Plan wird bereits am 25. Juli 1946 von der UdSSR abgelehnt werden. Zumindest sein Erfinder, Baruch, dürfte das im voraus gewußt haben.[15]

28. Juni 1946

USA CHINA

Der US-Außenminister Dean Acheson sagt in einer Rede in New York: „Es kann gar nicht genug Nachdruck auf die Hoffnung gelegt werden, daß unsere Wirtschaftshilfe in China vermittels einer

Regierung durchgeführt wird, die voll und fair alle wichtigen politischen Elemente einschließlich der chinesischen Kommunisten vertritt." (Vgl. 19. Januar 1946, Ende Juli 1946.)[16]

ACHESONS PROKOMMUNISTISCHE POLITIK

noch Juni 1946

In der britischen und französischen Besatzungszone des ehemaligen Deutschen Reiches werden die Länder gebildet (in der amerikanischen Besatzungszone bereits am 19. September 1945) und Wahlen zu Gemeinde- und Kreisversammlungen abgehalten (in der amerikanischen Zone zu den verfassunggebenden Landesversammlungen).

WESTDEUTSCHE LÄNDER

1. Juli 1946

Generalmajor Reinhard Gehlen, der frühere Chef der Abteilung „Fremde Heere Ost" des Generalstabs des deutschen Heeres, kehrt mit einigen seiner Mitarbeiter aus den USA, wohin sie Anfang August 1945 verbracht wurden, zurück. Aufgrund eines gentlemen's agreement zwischen ihm und dem Nachrichtendienst der US-Army kann er — zunächst in Oberursel — mit dem Aufbau der „Organisation Gehlen" beginnen, die Informationen über das sowjetisch gewordene Osteuropa, die UdSSR und China beschafft.[17]

GEHLEN AUS DEN USA ZURÜCK

„ORGANISATION GEHLEN"

4. Juli 1946

Die Philippinen erklären mit Zustimmung der USA ihre Unabhängigkeit und geben sich eine Verfassung nach amerikanischem Vorbild. Militärisch und wirtschaftlich bleiben sie auch weiterhin eng an die USA gebunden. Eine Zollunion mit den USA besteht bereits seit dem 30. April 1946.

PHILIPPINEN UNABHÄNGIG VERFASSUNG

10. Juli 1946

Im Außenministerrat der Alliierten in Paris hält der Außenkommissar der UdSSR, Molotow, eine programmatische Rede und wendet sich gegen die Pläne, Deutschland aufzuteilen und in ein Agrarland zu verwandeln (Morgenthauplan). Gleichzeitig erklärt er es für unmöglich, einen Termin für einen Friedensvertrag mit Deutschland festzusetzen, selbst dann, wenn es zunächst gelänge, die Frage der Einsetzung einer allgemeinen deutschen Regierung (für alle vier Besatzungszonen) zu lösen.[18]

AUSSENMINISTERRAT IN PARIS MOLOTOW GEGEN MORGENTHAUPLAN

15. Juli 1946

In Jugoslawien wird der ehemalige Führer der serbischen Tschetniks, Draza Mihailowitsch, von der jugoslawischen Exilregierung

JUGOSLAWIEN

MIHAI-LOWITSCH ZUM TODE VERURTEILT

in London 1943 zum Kriegsminister ernannt, nach entsprechendem Prozeß mit seinen Mitangeklagten zum Tode verurteilt. Damit entledigt sich Jossip Broz (Tito) seiner bedeutendsten innenpolitischen Gegenspieler.

18. Juli 1946

SCHWEDEN FINANZ-ABKOMMEN MIT WEST-ALLIIERTEN

Schweden schließt ein Abkommen mit Frankreich, Großbritannien und den USA und stellt ihnen aus beschlagnahmten deutschen Kapitalien 225 Millionen Schwedenkronen zur Verfügung. Für weitere 150 Millionen liefert es Waren „zur Versorgung Deutschlands und anderer Länder".

26. Juli 1946

UKRAINISCHER NATIONALISMUS CHRU-SCHTSCHOW

Das Zentralkomitee der KP in der UdSSR kritisiert in einem Beschluß das ukrainische Zentralkomitee, weil es „Versuchen zur Wiederbelebung bürgerlich-nationaler Vorstellungen" „gewisser ukrainischer Historiker und Schriftsteller" „nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet" habe. Es ist ein Angriff auf Chruschtschow, den dieser aber durch rechtzeitige Selbstkritik abzufangen weiß. Zugrunde liegt ein Wiedererwachen des ukrainischen Volksbewußtseins unter deutscher Besetzung und nach deren Abzug.[19]

29. Juli 1946

„FRIEDENS"-KONFERENZ IN PARIS

In Paris beginnt im Palais du Luxembourg mit Vertretern von 20 Staaten die Friedenskonferenz, die den Zweiten Weltkrieg politisch beenden und eine entsprechende Neuordnung der Machtverhältnisse auf der Erde herbeiführen soll. Sie wird bis zum 15. Oktober dauern und mit einem einseitigen unverhältnismäßig großen Machtzuwachs der Sowjetunion sowie des Kommunismus auch in den offiziell nicht kommunistischen Ländern enden.

31. Juli 1946

USA ATOMENERGIE-KOMMISSION LILIENTHAL

Präsident Truman unterschreibt das Atomenergiegesetz der USA, in dem die Gründung einer amerikanischen Atomenergiekommission vorgesehen ist, die sich Ende Oktober 1946 unter Vorsitz von David E. Lilienthal konstituieren wird. (Sie ist nicht zu verwechseln mit der Atomenergiekommission der UNO [AEC], die bereits am 24. Januar 1946 [vgl. dort] eingesetzt wurde.) Auch Lewis L. Strauss wird der US-Kommission angehören.[20]

Ende Juli 1946

USA MARSHALL

Auf Veranlassung General Marshalls (vgl. 19. Januar 1946) wird im Kontrollbereich der USA jeglicher Verkauf von Waffen und

Munition an die nationalchinesische Armee Tschiang Kai-scheks unterbunden. Gleichzeitig befürwortet Marshall ein Ansuchen der chinesischen Kommunisten, amerikanische Offiziere zur Ausbildung der rotchinesischen Armee zur Verfügung zu stellen. 69 Offiziere der US-Army werden dafür abkommandiert, 400 Tonnen amerikanischen Materials für Ausbildungszwecke vorgesehen. US-Außenminister Dean Acheson berichtet darüber vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses. Zum Einsatz kommen weder die Offiziere noch das Material. Tschiang kommt Marshall dieses Mal noch zuvor.[21]

WAFFEN-EMBARGO GEGEN NATIONAL-CHINA

24. August 1946

In Indien wählt die Verfassunggebende Versammlung eine vorläufige Regierung ausschließlich aus Mitgliedern des Indischen Nationalkongresses. Den Vorsitz übernimmt Pandit Jawaharlal Nehru.

INDIEN VORLÄUFIGE REGIERUNG NEHRU

5. September 1946

Der britische und der US-amerikanische Militärgouverneur im ehemaligen Deutschland vereinbaren den wirtschaftlichen Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Besatzungszone zu einem vereinigten Wirtschaftsgebiet, auch Bizone genannt. Das Abkommen wird allerdings erst am 2. Dezember 1946 unterzeichnet werden (vgl. auch 1. Januar 1947).

WESTDEUTSCHE BIZONE

Italien (de Gasperi) und Österreich (Grüber) schließen in Paris ein Abkommen über Südtirol, das davon ausgeht, daß die Alliierten eine Rückkehr Südtirols zu Österreich abgelehnt haben. Darin wird der deutschsprachigen Bevölkerung in den Provinzen Bozen und Trient „vollständige Rechtsgleichheit mit den italienischsprachigen Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutze des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteils“ (Artikel 1) sowie „die Ausübung einer autonomen regionalen Gesetzgebungs- und Exekutivgewalt“ (Artikel 2) unverbindlich für einen nicht näher bezeichneten zukünftigen Zeitpunkt in Aussicht gestellt. Artikel 3 sieht u. a. Erleichterung eines erweiterten Grenzverkehrs und örtlichen Güteraustausches zwischen Italien und Österreich vor. Doch alles bleibt unbestimmt.[22]

ITALIEN ÖSTERREICH SÜDTIROL-ABKOMMEN

6. September 1946

In Polen wird ein Bodenreformgesetz erlassen, das die entschädigungslose Enteignung aller landwirtschaftlichen Betriebe über 50 Hektar verfügt. Der so enteignete Grund und Boden wird in einem „Staatlichen Bodenfonds“ erfaßt, der in den folgenden acht

POLEN BODENREFORM

Jahren etwa sechs Millionen Hektar an ca. eine Million Landarbeiter und Kleinbauern abgeben wird. Eine Kollektivierung dieser Kleinbetriebe wird am 3. September 1948 beschlossen, aber nur langsam durchgeführt werden.

8. September 1946

FRANKREICH RADIKALE GEGEN FINANZINVESTIERUNGEN IM EHEMALIGEN DEUTSCHLAND

Im Parteikongreß der französischen Radikalen sprechen Edouard Herriot und Edmond Daladier und weisen auf die Gefahr hin, jenseits der Grenzen sei Deutschland bereit, sich dem Höchstbietenden zu verkaufen, und man brauche sich nicht zu wundern, wenn amerikanisches und englisches oder gar russisches Kapital jenes Deutschland „wie man es kennengelernt habe" wiedererstehen ließe. Paul Reynaud bietet Frankreich als „Alt-Neuland" interessanter Finanzinvestitionen an. Alle gehen von der Erkenntnis aus, daß Geld keine dienende Funktion mehr ausübt, sondern eigenmächtig Politik betreibt über nationalstaatliche und ideologische Grenzen hinweg.[23]

15. September 1946

BULGARIEN VOLKSREPUBLIK

Eine Woche nach einer Volksabstimmung in Bulgarien unter kommunistischer Regie (vgl.: noch Januar 1946) wird die Abschaffung der Monarchie und die Volksrepublik proklamiert. Erster Parteisekretär ist Georgi Dimitrow (bis 1944 Generalsekretär der KOMINTERN). Er wird auch Ministerpräsident.[24]

19. September 1946

GRIECHENLAND GEORG II. ELAS MAZEDONIEN UNO

Das griechische Volk entscheidet sich in einer Abstimmung mit großer Mehrheit für die Rückkehr König Georgs II.. Aber auch die kommunistischen ELAS-Verbände der EAM erhalten viel Zulauf und operieren von Mazedonien aus mit Unterstützung der bereits bolschewistischen Länder Albanien, Bulgarien und Jugoslawien. Gegen diese Unterstützung wird sich ein an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNO) gerichtetes Memorandum der griechischen Regierung vom 4. Dezember 1946 wenden. Der Sicherheitsrat wird sogar die Untersuchung der Grenzverletzungen beschließen.

20. September 1946

USA TRUMAN WALLACE

USA-Präsident Truman setzt den Handelsminster Henry A. Wallace ab, nachdem dieser öffentlich die Außenpolitik der USA kritisiert hat und für eine Appeasementpolitik gegenüber der UdSSR eingetreten ist.[25]

1. Oktober 1946

Die unverhüllte Rachejustiz der Siegermächte in Nürnberg (vgl. hierzu 8. August 1945, 20. November 1945) führt zu den im

voraus feststehenden Todesurteilen gegen Göring, von Ribbentrop, Frank, Frick, Jodl, Kaltenbrunner, Keitel, Rosenberg, Sauckel, Seiß-Inquart, Streicher und — in Abwesenheit (da wahrscheinlich in sowjetrussischen Diensten) — Bormann. (Vgl. auch 16. Oktober 1946.) Zu lebenslänglichem Zuchthaus werden Heß, Funk und Raeder, zu befristeter Zuchthaushaft Dönitz, von Neurath, von Schirach und Speer „verurteilt". Für Fritzsche, von Papen und Schacht erfolgt Freispruch. Das Führerkorps der NSDAP, die Geheime Staatspolizei, der Sicherheitsdienst der SS und die SS selbst werden zu „verbrecherischen Organisationen" erklärt.[26]

NÜRNBERG DIE „URTEILE"

7. Oktober 1946

Schweden schließt ein Handelsabkommen mit der UdSSR, gewährt dieser einen Kredit in Höhe von einer Milliarde Schwedenkronen bei einem vorgesehenen Güteraustausch im Werte von jährlich 100 Millionen Schwedenkronen. Das bedeutet also zehn Jahre schwedische Warenlieferungen an die Sowjetunion ohne Bezahlung im Vertrauen auf sowjetrussische Gegenlieferungen. In diesem Lichte hat man auch die Auslieferung internierter deutscher und baltischer Soldaten durch Schweden an die UdSSR zu sehen. Gunnar Myrdal, der schwedische Handelsminister, hat daran wesentlichen Anteil.

SCHWEDEN UDSSR HANDELSABKOMMEN MYRDAL

16. Oktober 1946

In der Turnhalle des Nürnberger Justizpalastes werden zehn Mitglieder der ehemaligen deutschen Reichsführung von dem US-amerikanischen Armeehenker Sergant Woods auf unsachgemäße Weise gehenkt. Göring ist es zuvor gelungen, sich selbst das Leben zu nehmen. Rosenberg antwortet auf die Frage, ob er noch etwas zu sagen wünsche, „Nein". Jodl stirbt fünfzehn Minuten lang. Die anwesenden alliierten Offiziere kommt ein Grauen an. Nicht so zwei deutsche Nachkriegspolitiker, die ebenfalls bei dieser ersten Hinrichtung — im Zuge einer langen Kette folgender — zugegen sind. (Vgl. hierzu 8. August 1945, 20. November 1945, 1. Oktober 1946.)[27]

NÜRNBERG DIE HINRICHTUNGEN

18. Oktober 1946

In Bamako am Oberlauf des Niger (Südwest-Mali) gründen westafrikanische Politiker unter Führung von Gabriel d' Arboussier und Felix Houphouet-Boigny den Rassemblement Democratique Africain (RDA), die Keimzelle des politischen Eigenlebens der West- und Äquatorialafrikaner. Der RDA wird sehr bald in allen Territorien Niederlassungen haben. Da in Frankreich zur selben

RASSEMBLEMENT DEMOCRATIQUE AFRICAIN D'ARBOUSSIER HOUPHOUET-BOIGNY

Zeit die Kommunisten in entscheidende Positionen zu gelangen suchen, wird die französische Regierung auch hinter den Erfolgen des RDA kommunistischen Einfluß vermuten und ihn verbieten. An der Elfenbeinküste wird es zu Unruhen kommen.

20. Oktober 1946

MITTEL-DEUTSCHE LANDTAGS-WAHLEN SED UNTER 50 PROZENT

In der von der Sowjetunion besetzten Zone des ehemaligen Deutschland werden Landtags- und Kreistagswahlen durchgeführt. Die Sozialistische Einheitspartei erhält in keinem Lande 50 % der Stimmen, obgleich die Bevölkerung in den Wohnungen und an den Arbeitsplätzen einem monatelangen massiven Druck zugunsten der SED ausgesetzt war. Die sowjetische Militärregierung (SMAD) zieht aus diesem Wahlergebnis die Konsequenz und baut die politische Zentralgewalt in ihrer Zone nicht auf Organen der Länder auf, sondern mit Hilfe der ad hoc geschaffenen „Volkskongreß-Bewegung“, einer außerparlamentarischen Aktion (vgl. 10. März 1952).

3. November 1946

JAPAN VERFASSUNG NACH AMERIKA-NISCHEM ENTWURF

Japan erhält unter der Regierung des liberalen Ministerpräsidenten Shigeru Yoshida (seit dem 22. Mai) eine neue Verfassung, an deren Entwurf die amerikanische Besatzungsmacht mit ihrem naiven Glauben an das Allheilmittel „Demokratie“ wesentlich mitgewirkt hat. Diese Verfassung nimmt dem Tenno (Kaiser) das Recht, politische Entscheidungen zu treffen (vgl. 1. Januar 1946), führt das Zweikammer-Parlament ein (Repräsentantenhaus und Haus der Staatsräte) als oberstes Organ der Staatsgewalt und der Legislative und nimmt die „Grundrechte“, das Hauptanliegen des Liberalismus, in den Verfassungstext auf.

NEW YORK AUSSEN-MINISTER-KONFERENZ

4. November — 12. Dezember 1946

In New York treten die Außenminister der Alliierten zu einer erneuten Konferenz zusammen (im Dezember 1945 in Moskau).

8. November 1946

FÄRÖER ZU DÄNEMARK

Auf den Färöer-Inseln ergeben Wahlen eine Mehrheit für den Verbleib der Inseln bei Dänemark. Damit wird die Unabhängigkeitserklärung der Färöer durch den Lagting-Präsidenten im gleichen Jahr wieder aufgehoben.

15. November 1946

NIEDERLANDE INDONESIEN

In Batavia schließen die Niederlande und die Indonesische Republik, d. h. der im März 1943 unter japanischer Besetzung und Förderung unabhängig gewordene Teil Niederländisch Indiens

(Java, Sumatra, Madoera), das sogenannte Abkommen von Linggadjati. Darin erkennen die Niederlande die Regierung der Republik Indonesien an, versuchen aber, sie in eine Niederländisch-Indonesische Union mit dem verbliebenen Teil des niederländischen Kolonialbesitzes (Surinam, Curacao, Borneo, Bali) einzugliedern, an deren Spitze die Königin der Niederlande steht. Die Entwicklung wird bald über dieses Abkommen hinweggehen.[28]

ABKOMMEN VON LINGGADJATI

In China wird die Nationalversammlung eröffnet, die am 25. Dezember eine neue chinesische Verfassung annehmen wird. Im Zuge der nach wie vor prokommunistischen Außenpolitik der USA übt der amerikanische Sonderbotschafter General George Marshall erheblichen Druck auf Tschiang Kai-schek aus, Kommunisten in seine Regierung aufzunehmen, und leitet damit die Entwicklung ein, die zur Niederlage Tschiang Kai-scheks und zur kommunistischen Volksrepublik China führen wird.[29]

CHINA NATIONAL-VERSAMMLUNG

USA FÖRDERN KOMMUNISTEN

19. November 1946

Manipulierte Parlamentswahlen in Rumänien (unter sowjetrussischer Besatzung und Verwaltung) ergeben einen entsprechenden „Sieg" der Volksfront, d. h. des „Nationaldemokratischen" Regierungsblocks. Von 412 Mandaten erhält er 348.

RUMÄNIEN MANIPULIERTE WAHLEN

9. Dezember 1946

In Togo, das innerhalb Französisch-Westafrikas eine Sonderstellung einnimmt, wird eine Territorialversammlung gewählt, die gegenüber dem französischen Hohen Kommissar eine beratende Funktion ausübt. Gleichzeitig übernimmt Sylvanus Olympio den Vorsitz des bereits 1936 gebildeten Comité d' Unité Togolaise (CUT). Er unterhält auch Verbindungen zum britischen Teil Togos, da ihm um die Wiedervereinigung des Stammes der Ewe zu tun ist, dem er selbst angehört. (Vgl. auch 9. April 1946.)

TOGO TERRITORIAL-VERSAMMLUNG OLYMPIO CUT

19. Dezember 1946

Die kommunistischen Viet-min in Indochina nehmen den militärischen Kampf gegen die französischen Truppen auf. Der Vertrag vom 6. März 1946 (vgl. dort) erweist sich als unrealistischer Kompromiß. Die Kraftprobe ist nicht zu umgehen. Frankreich wird sie nach mehr als siebenjährigem Kampf verlieren.

INDOCHINA VIETMIN ERÖFFNEN DEN KAMPF

24. Dezember 1946

Frankreich gibt sich seine neue Verfassung der IV. Republik. Sie setzt folgende Staatsorgane ein: die Nationalversammlung, den

FRANKREICH

VERFASSUNG DER IV. REPUBLIK FRANZÖSISCHE UNION ÜBERSEEISCHE TERRITORIEN ASSOZIIERTE PROTEKTORATE

Rat der Republik (2. Kammer), den Ministerpräsidenten, den Präsidenten der Republik mit weitgehender politischer Handlungsfreiheit, die Französische Union für die aus dem französischen Kolonialbesitz hervorgehenden Staaten, das Verfassungskomitee, den Wirtschaftsrat und als höchste Justizbehörde den Obersten Verwaltungsrat.
Der Union Française gehören das Mutterland Frankreich, die überseeischen Departements Martinique, Guadeloupe, Reunion, Französisch Guayana und das Generalgouvernement Algerien an. Für sie ist das französische Innenministerium zuständig. Die überseeischen Territorien Französisch Westafrika, Französisch Äquatorialafrika, Madagaskar, die Komoren, Französisch Somaliland, Französisch Indien, Neukaledonien, Französisch Ozeanien und Saint-Pierre et Miquelon werden vom Ministerium für überseeische Gebiete verwaltet. Die der Union assoziierten Protektorate Tunesien und Marokko, die Treuhandgebiete Togo und Kamerun (ehemals deutscher Kolonialbesitz) sowie Vietnam, Laos und Kambodscha unterstehen dem Außenministerium.

27. Dezember 1946

USA, UDSSR UND GROSSBRITANNIEN FÜR KOMMUNISTEN IN CHINA

Die Außenminister der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens, Byrnes, Molotow und Bevin, veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung und stimmen „darin überein, daß ein geeintes und demokratisches China ... für eine ausgedehnte Beteiligung der demokratischen Elemente“ an der chinesischen Regierung erforderlich sei. Der Begriff „demokratisch“ ist hier in der sowjetischen Interpretation zu verstehen, d. h. die Erklärung spricht sich für die Beteiligung der chinesischen Kommunisten an der Regierung aus (vgl. 28. Juni 1946).[30]

31. Dezember 1946

FRANKREICH RÄUMT LIBANON

Die letzten französischen Truppen und Zivilbehörden verlassen den Libanon. Damit ist der drei Jahre währende Prozeß der Freigabe des Landes abgeschlossen. Das Nebeneinander vier verschiedener christlicher und drei verschiedener mohammedanischer Konfessionen erfordert eine besonders umsichtige und behutsame Regierung des Landes und Zurückhaltung im außenpolitischen Engagement.

noch Dezember 1946

BADEN, BAYERN, HESSEN:

In den Ländern der amerikanischen Besatzungszone des ehemaligen Deutschland (Baden-Württemberg, Bayern und Hessen) wer-

den Landesverfassungen angenommen und von der Militärregierung genehmigt. Auch werden die Landtage gewählt. Bei diesen Wahlen erhält in Baden-Württemberg die CDU, in Bayern die CSU und in Hessen die SPD die meisten Stimmen.

LANDTAGS-WAHLEN

noch 1946 (ohne nähere Datierung)

In Kanada wird ein Atomspionagering zugunsten der UdSSR ausgehoben, an dem der britische Atomwissenschaftler Dr. Alan Nunn May beteiligt ist. In einem Notizbuch Nunn Mays wird man den Namen des deutschen Emigranten Klaus Fuchs finden, der am 3. Dezember 1943 aus England in die USA kam, um an dem amerikanischen Atombombenprojekt mitzuarbeiten. Fuchs verriet von Anfang 1944 an alles, was ihm dort zur Kenntnis kam, an die Sowjets. Harry Hopkins, Freund und Bevollmächtigter Präsident Roosevelts, hatte das bereits ein Jahr vorher, spätestens seit März 1943 getan (vgl. im Anmerkungsteil 1944, Anm. 1).[31]

ATOM-SPIONAGERING IN KANADA
NUNN MAY
KLAUS FUCHS
HOPKINS

In Syrien wird die Ba'th-Partei gegründet. Ihr von Michel Aflak, einem Christen, und Salah ad-Din al-Bitar verfaßtes Programm zielt auf eine panarabische Außenpolitik ohne Bündnisbindungen an die westlichen oder östlichen Mächteblocks. Die Ba'th-Partei gewinnt daher in mehreren arabischen Ländern eine Anhängerschaft, hat es aber in Syrien selbst, angesichts der zahlreichen widerstrebenden politischen Kräfte und Richtungen dort, schwer, sich zu behaupten.

SYRIEN
BATH-PARTEI
AFLAK
AL-BITAR

noch 1946 (ohne nähere Datierung)

Im Aschehoug-Verlag in Oslo erscheint die Schrift Forbrytere og andre Tyskere von Herbert Ernst Karl Frahm alias Willy Brandt (Verbrecher und andere Deutsche). Darin analysiert der Verfasser das deutsche Volk aus der Perspektive des Emigranten: wer nach 1933 in Deutschland blieb, ist mitverantwortlich für alles, was geschah. Das internationale Militärgericht in Nürnberg, insbesondere der sowjetrussische Ankläger Rudenko, wird gerechtfertigt und gutgeheißen, Kurt Schumacher, der Führer der Sozialdemokratie, wird getadelt, weil er im westlichen Teil Deutschlands die Volksfront verhinderte. Frahm (Brandt) gehörte vor und nach dem Kriege der nahezu trotzkistischen Gruppe „Neu Beginnen" des Dr. Karl Frank alias Paul Hagen, Willi Müller oder Miles, an, die sich — laut Schlamm — zum Ziel gesetzt hatte, alle bestehenden Parteien bzw. Institutionen zu unterwandern, was ihr nach 1945 auch weitgehend gelang.[32]

WILLY BRANDT, FORBRYTERE OG ANDRE TYSKERE

1947

1. Januar 1947

Großbritannien verstaatlicht den Kohlenbergbau. Die privaten Unternehmer werden mit einer Entschädigung abgefunden, eine Oberste Kohlenbehörde errichtet, die künftig als Verhandlungspartner bzw. Gegner der Gewerkschaft der Kohlenbergleute fungiert.

GROSS-BRITANNIEN VERSTAATLICHT KOHLE-BERGBAU

Kanada gibt seinen Bürgern durch Gesetz eine eigene Staatsangehörigkeit im Rahmen des britischen Commonwealth. Im Zuge der selbständigen Außenpolitik Kanadas wird ihm von den USA die Aufsicht über die Militärstraße nach Alaska übertragen.

KANADA ALASKA-STRASSE

In Britisch-Westafrika erläßt der Gouverneur Sir Arthur Richards für Nigeria eine nach ihm benannte Verfassung, mit der ein Gesetzgebender Rat aus ernannten (nicht gewählten) eingeborenen Mitgliedern geschaffen und Nigeria in drei Regionen Nord, West und Ost eingeteilt wird.

BRITISCH-WESTAFRIKA NIGERIA VERFASSUNG

7. Januar 1947

Trumans Sonderbeauftragter für China, General George Marshall, verabschiedet sich von seiner Mission mit einer „Botschaft", die mit der Anregung schließt, man möge den „Liberalen" in China die Regierung übertragen, und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß „die Tür für eine Beteiligung der Kommunisten oder anderer Gruppen offen bleibe". Das Ergebnis der Marshall-Mission in China und seiner fortgesetzten Versuche, Tschiang Kaischek zur Aufnahme von Kommunisten in seine Regierung zu bewegen und an entscheidenden Schlägen gegen den Kommunismus zu hindern, ist ein erheblicher Machtzuwachs der chinesischen Kommunisten einerseits und eine zunehmende Demoralisierung der nationalchinesischen Truppen andererseits (vgl. auch: noch September 1947).[1]

MARSHALL VERLÄSST CHINA ERGEBNIS SEINER MISSION: SIEG DER KOMMUNISTEN

16. Januar 1947

In Frankreich wird Vincent Auriol zum Präsidenten der Republik gewählt, genau ein Jahr nach dem Rücktritt de Gaulles von der Regierung (vgl. 16. Januar 1946) und drei Wochen nach Annahme der neuen Verfassung der IV. Republik (vgl. 24. Dezember 1946).

FRANKREICH AURIOL PRÄSIDENT

19. Januar 1947

POLEN: MANIPULIERTE WAHLEN

In Polen werden Wahlen zum verfassunggebenden Sejm durchgeführt, bei denen der von der UdSSR begünstigte „Demokratische Block" 384 Mandate erhält, alle anderen Parteien zusammen nur 57. Großbritannien und die USA halten dieses Ergebnis für manipuliert und erkennen die Wahl nicht an. Das ändert natürlich nichts am weiteren Schicksal Polens (vgl. 5. Februar 1947).

21. Januar 1947

LIBANON STAATSVERFASSUNG MIT KONFESSIONSPROPORZ

Drei Wochen nachdem die letzten französischen Truppen den Libanon verlassen haben (vgl. 31. Dezember 1946), gibt sich das Land seine endgültige Staatsverfassung. Darin wird die Gesetzgebung der Abgeordnetenkammer übertragen, die sich nach einem bestimmten Verteilerschlüssel aus Christen und Nichtchristen zusammensetzt. Der Parlamentspräsident muß stets ein Mohammedaner (Schiit) sein, der Staatspräsident stets ein Christ (Maronit), der Ministerpräsident wiederum Mohammedaner (aber Sunnit). Eine Union mit einem anderen arabischen Staat wird von der Verfassung ausdrücklich abgelehnt.

5. Februar 1947

POLEN BIERUT PRÄSIDENT

Aufgrund der Wahlen zum verfassunggebenden Sejm in Polen (vgl. 19. Januar 1947) wird der Kommunist Boleslaw Bierut (Deckname, geb. 18. April 1892 bei Lublin) auf sieben Jahre zum Präsidenten der Republik Polen gewählt. Die Regierung wird vom kommunistischen „Demokratischen Block" gebildet.[2]

10. Februar 1947

PARISER FRIEDENSVERTRÄGE FÜR BULGARIEN, FINNLAND, ITALIEN, RUMÄNIEN UND UNGARN

In Paris werden die Friedensverträge der alliierten Siegermächte mit Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn unterzeichnet.

Bulgarien erhält die Grenzen vom 1. Januar 1941, eine Wehrmacht von 65 500 Mann und muß 70 Millionen US-Dollar an Griechenland und Jugoslawien als Reparation bezahlen.

Finnland erhält ebenfalls die Grenzen vom 1. Januar 1941, eine Wehrmacht von 41 500 Mann, muß die Abtretung des Petsamogebietes an die UdSSR ausdrücklich anerkennen, 300 Millionen US-Dollar Reparationen an die UdSSR innerhalb acht Jahren entrichten und sich ausdrücklich verpflichten, künftig keinerlei Kontakte mit Deutschland mehr zu pflegen.

Italien erhält im wesentlichen die Grenzen von 1938, verliert an Jugoslawien die Insel Pelagosa, an Albanien die Insel Saseno, an Griechenland die Inseln des Dodekanes. Triest wird Freistaat, der

Hafen Freihafen. Italien muß auf alle Kolonien in Afrika verzichten, die Souveränität Abessiniens und Albaniens anerkennen, die Befestigungen und sonstigen militärischen Einrichtungen an der französischen und jugoslawischen Grenze bis Februar 1948 zerstören. Ihm wird eine Wehrmacht von 207 500 Mann zugestanden. Die Alliierten verpflichten sich ihrerseits, Italien spätestens 90 Tage nach Inkrafttreten des Friedensvertrages (d. h. nach dem 15. September 1947) zu räumen.

Rumänien erhält die Grenzen vom 1. Januar 1941, zu Ungarn die vom 1. Januar 1938 (2. Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940, vgl. dort, wird für nichtig erklärt), eine Wehrmacht von 138 000 Mann, muß Reparationen im Werte von 300 Millionen US-Dollar in Sachwerten liefern, sowjetrussische Besatzungstruppen auch weiterhin im Lande dulden und sich zu enger Zusammenarbeit mit den Alliierten (d. h. mit der UdSSR) verpflichten. Es muß die menschlichen Grundrechte, insbesondere die der Juden, anerkennen und garantieren, „Kriegsverbrecher" und russische Emigranten ausliefern. Deutscher Besitz geht an die UdSSR über. Die Donauschiffahrt steht allen Staaten offen.

Ungarn erhält die Grenzen vom 1. Januar 1938 (siehe oben, Rumänien), ausgenommen zur UdSSR und Tschechoslowakei, wo Abtretungen erfolgen, eine Landespolizei von 70 000 Mann, hat an die UdSSR 200 Millionen, an Jugoslawien und die Tschechoslowakei zusammen 100 Millionen US-Dollar Reparationen zu zahlen. Insgesamt verliert Ungarn 71 % seines Gebietes und 60 % seiner Bevölkerung. Im übrigen wie Rumänien.

Alle Verträge werden am 15. September 1947 in Kraft treten.[3]

18. Februar 1947

GRIECHENLAND IN GEFAHR, KOMMUNISTISCH ZU WERDEN

GROSSBRITANNIEN KÜNDIGT MILITÄRHILFE

Mark Ethridge, der Chef der amerikanischen Untersuchungs-Kommission auf dem Balkan, kabelt nach Washington, in Griechenland stände ein Versuch der Kommunisten unmittelbar bevor, mit einem Putsch die Regierungsgewalt an sich zu reißen. Zum gleichen Zeitpunkt weigert sich die britische Labourregierung, Griechenland weiterhin Finanzhilfe zu leisten, und beschließt, die britischen Truppen aus Griechenland abzuziehen (bis zum 1. April), die — nach einer Meldung des US-Botschafters in Moskau, Smith — allein bisher Griechenland davor bewahrt haben, kommunistisch zu werden.[4]

21. Februar 1947

ÖSTERREICH HUNGERSNOT

Um die Hungersnot in dem — auf sich allein gestellt wirtschaftlich nicht lebensfähigen — Österreich zu lindern und die mit dem Hunger verbundene Seuchengefahr zu bannen — nicht zuletzt um

LEBENSMITTEL-HILFE AUS USA

der Sicherheit ihrer in Österreich stationierten Besatzungstruppen willen — beginnen Großbritannien und die USA mit einer Unterstützungsaktion aus dem Lebensmittelüberschuß der amerikanischen Landwirtschaft.

25. Februar 1947

PREUSSEN WIRD AUFGELÖST

Der alliierte Kontrollrat für das besetzte Deutschland erklärt das Land Preußen für aufgelöst (Kontrollratsgesetz Nr. 46). Tatsächlich war die Auflösung Preußens bereits 1934 durch das nationalsozialistische Gesetz zur Neuordnung des Reiches mit Einsetzung der Reichsstatthalter in den politischen Gauen eingeleitet worden. (Vgl. 30. Januar 1934, 14. Februar 1934.)[5]

28. Februar 1947

UKRAINE RÜCKGANG DER WEIZEN-PRODUKTION CHRU-SCHTSCHOW KAGA-NOWITSCH

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschuldigt die Ukraine, „in der Produktion von Sommerweizen ernsthaft zurückgeblieben" zu sein. Dieser Rückgang ist die natürliche Folge von Chruschtschows Terrormaßnahmen bei der Verfolgung der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung während und nach der deutschen Besetzung. Lazar M. Kaganowitsch reist in die Ukraine und löst Chruschtschow für die Dauer von zehn Monaten in der ukrainischen Parteiführung ab. Dieser bleibt inzwischen aber Vorsitzender des ukrainischen Ministerrates. Eine ernstliche Kaltstellung scheint in Moskau nicht beabsichtigt zu sein.[6]

3. März 1947

GRIECHEN-LAND ERSUCHT USA UM HILFE

Nachdem Großbritannien seine militärische Hilfe für die griechische Regierung im Kampf gegen die kommunistischen EAM- bzw. ELAS-Verbände zum Ende des Monats aufgekündigt hat, wendet sich Griechenland an die USA mit dem Ersuchen um finanzielle Hilfe. Dieses Gesuch gibt den Anstoß zur Verkündung der sogenannten Truman-Doktrin (vgl. 12. März 1947).

4. März 1947

FRANKREICH GROSS-BRITANNIEN BEISTANDSPAKT GEGEN „DEUTSCH-LAND"

Frankreich und Großbritannien schließen — ausgerechnet in *Dünkirchen* — einen neuen Bündnis- und Beistandsvertrag, der ausschließlich gegen Deutschland gerichtet ist, ein Deutschland, das es zu diesem Zeitpunkt bereits seit zwei Jahren nicht mehr gibt und dessen ehemaliges Hoheitsgebiet sich zu zwei Dritteln in der Hand der Sowjets befindet. An Stelle einer kühl abwägenden Realpolitik ist offensichtlich Hysterie getreten. Der Vertrag wird am 18. Juli 1947 ratifiziert, der Austausch der Ratifikationsurkunden am 8. September in London vorgenommen werden.[7]

8. März 1947

Der amerikanische Finanzexperte und Eisenbahnindustrielle Robert R. Young schreibt in der Saturday Review of Literature, die amerikanischen Atombomben stellten eher eine Drohung und künftige Kampfansage gegenüber der UdSSR dar, als daß sie ein Mittel gewesen seien, Japan niederzuzwingen. Denn Japan habe ja bereits um Frieden gebeten, *bevor* die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki geworfen worden seien. Eben diese Tatsache ist von Truman, dem Hauptverantwortlichen für den Abwurf, nur einmal, nämlich gegenüber dem Expräsidenten Herbert Hoover zugegeben worden.[8]

ROBERT R. YOUNG: HIROSHIMA NICHT NOTWENDIG, UM JAPAN ZU BESIEGEN

10. März 1947

In Warschau schließen Polen und die Tschechoslowakei (beide bereits in vollständiger Abhängigkeit von der UdSSR) einen Freundschafts- und Beistandspakt, der ebenso wie der britisch-französische vom 4. März (vgl. dort) gegen eine fiktive Bedrohung durch das Phantom eines nicht mehr existierenden Deutschlands gerichtet ist. Die Präambel sagt es: „In dem Bestreben, sich vor einer neuerlichen Aggression des deutschen Imperialismus zu schützen . . .“ (März 1947!). Artikel 3 vereinbart sofortige militärische Hilfe im Falle eines Angriffs durch Deutschland oder einen anderen mit diesem verbündeten Staat.[9]

POLEN TSCHECHO-SLOWAKEI BEISTANDS-PAKT GEGEN „DEUTSCH-LAND“

12. März 1947

Der Präsident der USA, Harry S. Truman (hauptverantwortlich für den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki und entscheidender Förderer des chinesischen Kommunismus), vollzieht gegenüber der UdSSR eine außenpolitische Wendung um 180 Grad und erklärt vor dem Kongreß, künftig Griechenland und die Türkei vor dem sowjetrussischen Expansionstrieb schützen zu wollen. „Wenn wir freien und unabhängigen Nationen helfen, ihre Freiheit zu bewahren, so werden wir damit die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen verwirklichen.“ Den osteuropäischen Nationen wird die Freiheit und Unabhängigkeit damit nicht zurückgegeben. Man hat diese Erklärung „Truman-Doktrin“ genannt, ein erheblich zu hoch getriebener Anspruch.[10]

USA „TRUMAN-DOKTRIN“ PARTIELLE POLITISCHE KEHRT-WENDUNG BEGINN DES „KALTEN KRIEGES“

14. März 1947

Die USA sichern ihre Präsenz auf den Philippinen, denen sie am 4. Juli 1946 (vgl. dort) die Unabhängigkeit zugestanden haben, durch ein Stützpunktabkommen.

USA PHILIPPINEN STÜTZPUNKT-ABKOMMEN

19. März 1947

CHINA NATIONAL-ARMEE NIMMT YENAN

Truppen der Nationalregierung Tschiang Kai-scheks nehmen die Provinzhauptstadt Yenan ein, in der sich das Hauptquartier Mao Tse-tungs befand. Dieser ist jedoch ausgewichen und setzt zu einem erfolgreichen Gegenfeldzug an, begünstigt durch die prokommunistische Chinapolitik der USA, bzw. des amerikanischen Sonderbotschafters General George Marshall.

23. März 1947

DELHI KONFERENZ DER BLOCKFREIEN NEHRU

In Delhi findet eine Konferenz von dreißig Staaten Asiens und der Arabischen Liga statt, bei der der indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru sich für die Bildung einer Union der asiatischen Nationen einsetzt. Doch wird sich die Polarisation USA—UdSSR als zu stark erweisen, um ihr die asiatischen Staaten zu entziehen.[11]

25. März 1947

ABKOMMEN VON LINGGADJATI IN KRAFT

Das Abkommen von Linggadjati (auf Java) zwischen den Niederlanden und Indonesien (vgl. 15. November 1946) wird endgültig unterzeichnet.[12]

29. März 1947

MADAGASKAR AUFSTAND GEGEN FRANKREICH

Auf der Insel Madagaskar, die 1946 von Großbritannien an Frankreich zurückgegeben wurde, bricht gegen die neu installierte französische Kolonialverwaltung ein Aufstand aus. Er wird von dem 1945 gegründeten Mouvement Démocratique de Rénovation Malgache getragen, kann aber von den französischen Organen niedergeworfen werden.

2. April 1947

USA MARSHALL VERSPRICHT UDSSR ABZUG AMERIKANISCHER TRUPPEN AUS CHINA

Der US-Außenminister General George Marshall sichert dem Außenkommissar der UdSSR zu, die amerikanischen Truppen würden aus China abgezogen werden, „so schnell es der verfügbare Schiffsraum gestattet“ — ohne irgendeine Gegenleistung der Sowjets auszuhandeln. Derselbe Marshall wird wenig später die Bewilligung von 400 Millionen Dollar durch den Kongreß befürworten, um Griechenland vor einer kommunistischen Regierungsübernahme zu schützen. China darf oder soll offenbar kommunistisch werden, Griechenland und die Türkei nicht. Vergleicht man Größe und Bedeutung Chinas mit der Griechenlands, so wird die Tendenz der Marshallschen Politik deutlich (vgl. auch Marshalls Rolle in Zusammenhang mit Pearl Harbor, 7. Dezember 1941).[13]

7. April 1947

FRANKREICH DE GAULLE RASSEMBLEMENT DE PEUPLE FRANCAISE

In Frankreich gründet General Charles de Gaulle ein Jahr nach seinem Rücktritt von der Staatsführung die Volksbewegung Rassemblement du peuple français mit dem Ziel, mehr Stetigkeit in das politische Leben Frankreichs zu bringen.[14]

TOD HENRY FORDS

In Detroit/USA stirbt der amerikanische Automobilfabrikant Henry Ford (geb. 30. Juli 1863 in Dearborn/Michigan), Pionier der industriellen Rationalisierung (Fließband). Seine Motor-Company stellte von 1903 bis 1940 etwa 28 Millionen Kraftfahrzeuge her. Ford mußte sein Buch „Der internationale Jude, ein Weltproblem" unter massivem jüdischem Druck zurückziehen und die Echtheit der Dokumente, auf die er seine Aussage gestützt hatte, verleugnen. Der Vorgang war symptomatisch für die Verhältnisse in den USA.[15]

9. April 1947

ISLAND ABZUG DER US-TRUPPEN

Von Island werden die letzten US-Truppen abgezogen, ein halbes Jahr nachdem das isländische Althing ein Abkommen mit den USA (vom 20. September 1946) ratifiziert hat, das den USA die Nutzung des Flugzeugstützpunktes Keflavik für zivilen Luftverkehr beließ. Die kommunistischen Regierungsmitglieder traten daraufhin aus Protest zurück.

10. April 1947

DÄNEMARK TOD KÖNIG CHRISTIANS X.

In Dänemark stirbt König Christian X. Sein Nachfolger wird Frederik IX. (geb. am 11. März 1899 in Schloß Sorgenfri bei Lyngby), der am 20. April die Thronfolge antritt und 25 Jahre an der Regierung bleiben wird.

18. April 1947

HELGOLAND SPRENGUNG

Die britischen Besatzungsbehörden lassen auf der Insel Helgoland, die seit 1945 der Royal Air Force als Bomben-Übungsziel dient, eine Sprengung durchführen, deren Ausmaß aus der Anordnung zu ermessen ist, in Bremerhaven Fenster und Türen offenzuhalten (der Druckwelle wegen). Ziel der Sprengung ist, die Insel oberhalb der Wasserstand-Normal-Null-Linie zum Verschwinden zu bringen. Das gelingt nicht. Lediglich im Süden wird der Sandsteinfelsen in einen großen Staubkrater verwandelt. Fünf Jahre später wird die Insel zur Wiederbesiedlung freigegeben werden.[16]

24. April 1947

In Moskau nimmt die Außenministerkonferenz der ehemaligen Alliierten des 2. Weltkrieges, Frankreich, Großbritannien, USA

AUSSENMINISTERKONFERENZ MOSKAU VORSCHLAG DER UDSSR FÜR DEUTSCHE ZENTRALREGIERUNG

und UdSSR ein nahezu ergebnisloses Ende. Lediglich über die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen wird man sich theoretisch einig. Sie soll bis Ende 1948 abgeschlossen sein. Die UdSSR wird sich an diesen Termin nicht halten. Ein am 21. April zustande gekommenes Abkommen der drei Westmächte über die deutsche Kohleproduktion zugunsten einer stark erhöhten französischen Einfuhr aus dem ehemals deutschen Raum wird von der UdSSR angefochten. Der sowjetrussische Vorschlag zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung (unter sowjetischem Einfluß) wird von den Westmächten abgelehnt. Einig wird man sich über die Liquidierung des Landes Preußen, die durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 (vgl. 25. Februar 1947) bereits vollzogen ist (Britischer Vorschlag).[17]

6. Mai 1947

KAMBODSCHA KONSTITUTIONELLE MONARCHIE

Kambodscha, seit Oktober 1946 der Union Française assoziiert, erhält die Verfassung einer konstitutionellen Monarchie. Der König, seit 1941 Norodom Sihanouk II., regiert mit einem Ministerrat, den französische Beamte „unterstützen". Die Gesetzgebung obliegt einer Nationalversammlung, die allerdings erst vier Jahre später erstmals gewählt werden wird.

15. Mai 1947

LAOS KONSTITUTIONELLE MONARCHIE

Laos, der Union française assoziiert, erhält eine Verfassung als konstitutionelle Monarchie. König ist Sisavang Vong. Ihm steht ein Ministerrat zur Seite sowie eine Nationalversammlung als Legislative, deren Mitglieder in indirekter, allgemeiner Wahl gewählt werden.

17. Mai 1947

BRASILIEN KOMMUNISTISCHE PARTEI UNGESETZLICH

In Brasilien wird die Kommunistische Partei aufgrund ihrer staatsfeindlichen und verfassungswidrigen Ziele für ungesetzlich erklärt und zu den künftigen Wahlen nicht mehr zugelassen. Präsident Dutra — mit dem 1945 gestürzten Getulio Vargas befreundet — versucht mit dieser und ähnlichen Maßnahmen der neuen Verfassung vom 18. September 1946 Geltung zu verschaffen.[18]

18. Mai 1947

BADEN-WÜRTTEMBERG RHEINLAND-PFALZ

In der französisch besetzten Zone des ehemaligen Deutschland findet eine Volksabstimmung über die Landesverfassung von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz statt und bestätigt sie. Gleichzeitig werden die Landtage gewählt.

21. Mai 1947

Der nationalchinesische Verteidigungsminister General Pai Tschung-shi erklärt, der militärische Vormarsch der Nationalarmee sei durch die (von den USA erzwungenen) Waffenstillstandsabkommen und Friedensbesprechungen des Vorjahres (1946) in der entscheidenden Phase aufgehalten worden. „Unmittelbar nach der Wiedereroberung von Kalgan im Oktober 1946 hätten wir die gesamte Eisenbahnlinie Peiping—Hankau freikämpfen können, aber unsere Operationen wurden durch Verhandlungspausen verzettelt." Das ist der Erfolg der Truman-Marshallschen Chinapolitik, die zum endgültigen Sieg des Kommunismus in China führen wird. Schon im Juni 1947 beherrscht er drei Viertel der Mandschurei.[19]

CHINA BEHINDERUNG DER NATIONALCHINESISCHEN OPERATIONEN DURCH DIE USA-POLITIK

27. Mai 1947

In New York erklärt Kardinal Spellman vor einem Bauarbeiterkongreß im Hotel Astor, es sei ein schwerer Fehler, Klassengegensätze als naturgegeben und unvermeidlich anzusehen. Unter Berufung auf Aussprüche der Präsidenten Lincoln und Theodore Roosevelt betont er die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit und bekräftigt dies durch das Versprechen, 25 Millionen Dollar für die Erstellung von Bauten der Erzdiözese New York auszugeben.[20]

USA KARDINAL SPELLMAN GEGEN KLASSENKAMPF

30. Mai 1947

In Ungarn tritt der Ministerpräsident Ferencz Nagy zurück. Als Führer der Partei der kleinen Landwirte weicht er dem wachsenden Einfluß der Kommunistischen Ungarischen Arbeiterpartei aus und kehrt von einem Urlaub in der Schweiz vorsichtshalber nicht mehr zurück.[21]

UNGARN RÜCKTRITT NAGYS

5. Juni 1947

Zur Durchführung der von Truman angekündigten Unterstützung noch nicht bolschewistischer Länder (vgl. 12. März 1947) wird ein umfangreiches Programm für Auslandsinvestitionen amerikanischen Kapitals von George C. Marshall in einer Rede in der Harward Universität publik gemacht, später „Marshall-Plan" genannt. Marshall wurde von Truman zum Staatssekretär (Außenminister) gemacht, nachdem er die kommunistische Machtübernahme in China durch Behinderung Tschiang Kai-scheks im entscheidenden Stadium der chinesischen Krise erfolgreich eingeleitet hatte. Der Plan wird sich als ein gutes Geschäft für die US-Industrie und Landwirtschaft erweisen.[22]

USA „MARSHALL-PLAN", DAS INVESTITIONSGESCHÄFT

6. Juni 1947

BULGARIEN PETKOV VERHAFTET

In Bulgarien wird der Führer der Bauernpartei, Petkov, verhaftet. Er wird am 16. August wegen angeblich versuchten „Hochverrats“ zum Tode verurteilt und am 23. September hingerichtet werden. Die Bauernpartei wird am 26. August aufgelöst werden.

6./7. Juni 1947

MÜNCHEN KONFERENZ DER DEUTSCHEN LÄNDER

In München treten die Ministerpräsidenten der auf vormals deutschem Boden gebildeten Länder zu einer Konferenz zusammen und zwar auf Einladung Bayerns. Die Konferenz bleibt ergebnislos, da die westlichen Militärregierungen nur die Erörterung wirtschaftlicher Fragen gestattet haben, die sowjetische dagegen gefordert hat, daß zunächst über eine Zentralverwaltung aller vier Besatzungszonen verhandelt werden solle.

10. Juni 1947

SLOWAKEI WIEDER UNTER TSCHECHISCHER VORMUNDSCHAFT

Auf Veranlassung der tschechischen Regierung in Prag werden in der Slowakei Untersuchungen gegen Abgeordnete des slowakischen Parlaments durchgeführt, nachdem zuvor die Immunität der Abgeordneten generell aufgehoben wurde. Daraufhin tritt die slowakische Regierung geschlossen zurück. Zwei Wochen später wird mit der neuen, Prag genehmen slowakischen Regierung vereinbart werden, daß künftig alle Beschlüsse des Slowakischen Nationalrats von der Prager Zentralregierung bestätigt werden müssen, bevor sie Gültigkeit erlangen.

14. Juni 1947

SBZ FÜNF ZENTRALVERWALTUNGEN

In dem von der UdSSR besetzten Teil Deutschlands westlich der Oder-Neiße-Linie überträgt die sowjetische Militärverwaltung der Roten Armee die Lenkung der Binnenwirtschaft fünf deutschen Zentralverwaltungen. Die Bergwerke sind zwei Wochen zuvor verstaatlicht worden.[23]

19. Juni 1947

BELGIEN LEOPOLD III. REHABILITIERT

Eine eigens einberufene belgische Juristenkonferenz findet an dem Verhalten König Leopolds III. bei der Kapitulation Belgiens 1940 nichts auszusetzen und spricht den König auch von der Verantwortung für die Überführung belgischer Arbeitskräfte nach Deutschland während des Krieges los.

23. Juni 1947

USA TAFT-HARTLEY-ACT

Gegen den Einspruch des Präsidenten Truman verabschiedet der Kongreß der USA den Taft-Hartley Act. Das Gesetz verbietet es,

die Einstellung und Beschäftigung von Arbeitern oder Angestellten von deren Gewerkschaftszugehörigkeit abhängig zu machen. Auch verbietet es die Unterstützung politischer Parteien durch die Gewerkschaften (!) und räumt dem Präsidenten das Recht ein, Streikbeschlüsse von Gewerkschaften zwei Monate lang auszusetzen („Abkühlungszeit"). Das Gesetz hat den erklärten Zweck, den Einfluß der Gewerkschaften zu verringern und der Streikwelle nach der Verkündigung der antikommunistischen Truman-Doktrin (vgl. 12. März 1947) Einhalt zu gebieten.

BEKÄMPFUNG DER STREIKWELLE

noch Juni 1947

Im westafrikanischen Guinea bildet sich unter Führung Madeira Keitas der Parti Démocratique de Guinée (PDG) als Sektion des am 18. Oktober 1946 in Bamako gegründeten Rassemblement Démocratique Africain (RDA). Es ist das eine der Zellen, aus denen in den kommenden Jahren parteipolitische, d. h. dem westeuropäisch-amerikanischen Parlamentarismus nachgeahmte, aber stammesfremde Betriebsamkeit der afrikanischen Länder sich entwickeln wird, ohne ihnen zu einer eigenständigen Lebensordnung zu verhelfen.

GUINEA PARTI DÉMOCRATIQUE DE GUNIÉE (PDG)

2. Juli 1947

In Paris wird eine Außenministerkonferenz Frankreichs, Großbritanniens und der UdSSR beendet, die sich mit dem Marshallplan (vgl. 5. Juni 1947) befaßt hat. Die UdSSR hat den Plan, wie zu erwarten, abgelehnt, da sie ihn als Instrument der Truman-Doktrin (vgl. 12. März 1947) erkennt, darüber hinaus als Instrument des amerikanischen Wirtschaftsimperialismus.[24]

AUSSENMINISTERKONFERENZ IN PARIS BEENDET, MARSHALLPLAN

Die Schweizerische Landesbibliothek in Bern bestätigt am selben Tage schriftlich dem Publizisten René Sonderegger den Empfang einer deutschen Übersetzung der verschollenen Broschüre von J. G. Schoup, De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme, 3 Gesprekken met Hitler door Sidney Warburg, Amsterdam 1933, van Holkema & Warendorf's Uitg.-Mij. N.V. Diese Broschüre enthält die Dokumentaion über die Finanzierung der NSDAP durch die amerikanischen Warburgs im Frühjahr 1933 (vgl. 28. Februar 1933).[25]

FINANZIERUNG HITLERS DURCH WARBURGS

5. Juli 1947

Venezuela gibt sich eine neue Verfassung, in der das Recht auf Privateigentum noch verbürgt wird, aber auch eine staatliche Wirtschaftslenkung vorgesehen ist, neben anderen sozialistischen Tendenzen.

VENEZUELA VERFASSUNG

9. Juli 1947

SPANIEN VOLKSABSTIMMUNG FÜR MONARCHIE

Eine Volksabstimmung in Spanien über Francos Plan, Spanien wieder zum Königreich zu erklären, ergibt eine klare Mehrheit für diesen Plan. Danach wird der künftige König vom Kronrat gewählt, der Nachfolger ebenfalls vom Kronrat bestimmt. Er muß allerdings Spanier königlicher Abkunft sein.[26]

11. Juli 1947

TSCHECHOSLOWAKEI BODENREFORM VERTREIBUNG DER DEUTSCHEN

In der Tschechoslowakei wird durch ein neues Bodenreformgesetz aller Grundbesitz über 50 ha enteignet. Betroffen werden davon vor allem die deutsche und die ungarische Minderheit, denen insgesamt 1,8 Millionen ha Grundbesitz genommen wird. Gleichzeitig nimmt die Vertreibung ihren Fortgang. Sie wird im Dezember 1947 vom tschechischen „Amt für Volkssiedlung" als beendet erklärt werden. Seit 1945 wurden aus der Tschechoslowakei etwa 3,22 Millionen Deutsche vertrieben, von denen ca. 300 000 ermordet wurden oder während der Vertreibungszeit auf andere Weise ums Leben kamen.[27]

19. Juli 1947

MIKRONESIEN ZU DEN USA

Die Verwaltung der Inselgruppen Mikronesiens im Pazifischen Ozean (östlich der Philippinen) geht auf die USA über, nachdem Japan das ehemalige Völkerbundsmandat über die bis 1914 deutschen Besitzungen abgeben mußte.

21. Juli 1947

JAVA NIEDERLANDE GEGEN UNABHÄNGIGKEITSBEWEGUNG

Auf Java gehen niederländische Truppen gegen Angehörige der indonesisch-republikanischen Unabhängigkeitsbewegung vor. Zwei Wochen später stellen sie den Kampf auf Verlangen des Sicherheitsrates der UNO ein.[28]

15. August 1947

INDIEN UND PAKISTAN UNABHÄNGIG LIQUIDATION DES BRITISH EMPIRE INFOLGE WELTKRIEGSHERBEIFÜHRUNG

Großbritannien beginnt die Liquidierung seines Empires mit der Proklamation der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans aufgrund eines Gesetzes, das die britische Regierung am 4. Juli 1947 dem Unterhaus vorlegte und das dessen Zustimmung fand. Englands Entscheidung für den Krieg 1939 (eingeleitet durch die Garantie Polens, die Polen nichts nützen konnte) hat diese Entwicklung unausweichlich gemacht. Weise Staatsmänner von der Mentalität eines Lord Halifax oder Churchill und Hysteriker wie Vansittart hielten die Zerstörung Deutschlands allen Ernstes für wichtiger als die Erhaltung des eigenen britischen Weltreichs, des Werkes von Männern wie Cecil Rhodes. Zu erklären ist das nur

mit dem Einfluß anonymer Kollektive wie des CFR (Council on Foreign Relations), die an die Stelle der bestehenden Ordnung und Verantwortung eine von ihnen gelenkte One World zu setzen beabsichtigen.[29]

CFR

16. August 1947

In dem sowjetischen Konzentrationslager Buchenwald stirbt an Entkräftung und Unterernährung Ludwig Voggenreiter, bedeutender Verleger der deutschen Jugendbewegung. Er gehört zu den Initiatoren der zweiten bündischen Phase der Jugendbewegung (Weißer Ritter, Freischar). Verlegerisch ist ihm insbesondere die Herausgabe des erzählerischen Werkes und der historischen Romane von Martin Luserke zu verdanken. Doch hat sein Verlag auch wesentlich zur Wehrerziehung der Jugend in der Weimarer Republik beigetragen.[30]

TOD LUDWIG VOGGENREITERS

29. August 1947

In Französisch West- und Französisch-Äquatorialafrika wird den Generalgouverneuren Frankreichs ein Grand Conseil beigeordnet, ein Parlament also, dessen Mitglieder von den einheimischen Territorialversammlungen entsandt werden. Es ist dies ein erstes Zugeständnis Frankreichs an die Selbstverwaltungstendenzen in den genannten Gebieten.

FRANZÖSISCH-AFRIKA ERHÄLT PARLAMENT

30. August 1947

In Petropolis bei Rio de Janeiro endet eine panamerikanische Konferenz mit der Unterzeichnung eines interamerikanischen Verteidigungspaktes durch die Vertreter von 19 von 21 teilnehmenden amerikanischen Republiken. Der Beschluß zu diesem „Pakt von Rio de Janeiro" ist bereits am 3. März 1945 (vgl. dort) in Chapultepec gefaßt worden. Er enthält einen Gewaltverzicht sowohl untereinander als nach außen hin, die Verpflichtung zum Versuch regionaler Schlichtung von Streitigkeiten *vor* einem Appell an UNO und Sicherheitsrat, zur interamerikanisch-kollektiven Verteidigung bei Angriff auf einen amerikanischen Staat, Anwendung von Sanktionen einschl. bewaffneter Gewalt gegen hartnäckige Friedensstörer innerhalb beider amerikanischen Kontinente, Einsetzung eines „konsultativen Organs" der Panamerikanischen Union, Inkrafttreten nach Ratifikation durch zwei Drittel der Signatar-Staaten (wird am 3. Dezember 1948 der Fall sein). Der Vertragstext ist ausschließlich in englischer Sprache abgefaßt, obgleich von den Unterzeichnern nur in den USA englisch gesprochen wird. Das beleuchtet hinlänglich den Charakter dieses „Panamerika".[31]

„PAKT VON RIO DE JANEIRO" PANAMERIKANISCHE UNION (ALS INSTRUMENT DER USA)

5. September 1947

MALTA INNERE AUTONOMIE

Großbritannien gesteht der Insel Malta die innere Selbstregierung zu. Auf die Unabhängigkeit muß Malta noch siebzehn Jahre warten.

15. September 1947

USA STÄNDIGE KONTROLLE DER ERDE AUF ATOM-EXPLOSIONEN

In den USA überträgt General Dwight D. Eisenhower (als Chef des Stabes) der amerikanischen Luftwaffe und damit General Carl A. Spaatz die Aufstellung und Durchführung eines Programms, „Zeit und Ort aller größeren Explosionen, die irgendwo in der Welt erfolgen, zu bestimmen und zweifelsfrei festzustellen, ob sie nuklearen Ursprungs sind oder nicht". Der Hinweis auf die Notwendigkeit einer solchen ständigen Kontrolle der gesamten Erdoberfläche und Atmosphäre auf Atombombenversuche ging von Lewis L. Strauss, dem Mitglied der US-Atomenergiekommission aus. Diese Notwendigkeit ergab sich aus Roosevelts und Hopkins' Atomgeheimnisverrat zugunsten der UdSSR (vgl. 8. Januar 1944, Anm. 1).[32]

20. September 1947

ALGERIEN FINANZ-AUTONOMIE

Frankreich gewährt Algerien in einem politischen Statut die finanzielle Autonomie, jedoch kein gleiches Wahlrecht. Neun Millionen Algerier bleiben gegenüber der einen Million Franzosen in Algier benachteiligt. Nationale Bestrebungen werden unterdrückt.

30. September 1947

WARSCHAU GRÜNDUNG DER KOMINFORM

In Warschau wird anläßlich einer „Informationskonferenz" von Vertretern der kommunistischen Parteien von Bulgarien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn und der UdSSR der Beschluß gefaßt, ein gemeinsames Informationsbüro mit Sitz in Belgrad (KOMINFORM) zu errichten. Es tritt an die Stelle der 1943 offiziell durch Stalin aufgelösten KOMINTERN und dient der Agitation und subversiven Arbeit in den noch nicht kommunistisch regierten Ländern.[33]

noch September 1947

GENERAL WEDEMEYER ÜBER CHINA UND DEN KOMMUNISMUS

General Albert C. Wedemeyer, Trumans Beobachter in China, berichtet, daß die Mehrheit des chinesischen Volkes „keineswegs einer kommunistischen politischen und wirtschaftlichen Struktur zuneigt". In demselben Bericht heißt es aber: „Wenn die Vereinigten Staaten eine Politik einschlagen, deren einziges Ziel es ist, die

Expansion des Kommunismus ohne Rücksicht auf das Weiterbestehen einer unpopulären despotischen Regierung zu unterbinden, so wird jede Hilfe zwecklos." Das ist wieder ganz im Sinne der Marshallschen und Trumanschen Chinapolitik: Liberalismus als Wegbereiter des Kommunismus. Man tut so, als ob ein kommunistisches System weniger „despotisch" wäre als das Tschiang Kai-scheks.[34]

TRUMANS CHINA-POLITIK

4. Oktober 1947

In Göttingen stirbt Max Planck (geb. 23. April 1858 in Kiel), der Begründer der Quantentheorie und damit entscheidende Umgestalter der Physik. Ungeachtet seiner nirgends bestrittenen überragenden Bedeutung für die internationale Wissenschaft und Naturerkenntnis mußte sich Planck in seinen letzten Lebensjahren als 88jähriger kümmerlich aus einer Volksküche ernähren. Die Siegermächte des 2. Weltkrieges veranlaßten nichts, um ihm das Dasein zu erleichtern: Er war ja nicht emigriert.[35]

TOD MAX PLANCKS

16. Oktober 1947

In der britischen und amerikanischen Besatzungszone des ehemaligen Deutschland geben die Militärregierungen neue Listen zu demontierender Industriebetriebe heraus, 496 Betriebe in der britischen, 186 in der amerikanischen Zone. 25 Prozent der zu demontierenden Anlagen sind für die UdSSR bestimmt, 75 Prozent sollen durch eine Reparationskonferenz in Brüssel unter 18 Empfänger verteilt werden. Tatsächlich wird ein großer Teil der demontierten Maschinen schon vor der Verschiffung mutwillig zerstört (vom Kran auf die Kaimauer geworfen usw.).[36]

WEST-DEUTSCHE DEMONTAGEN

17. Oktober 1947

Großbritannien entläßt durch einen in London geschlossenen Vertrag Burma unter gleichzeitiger Trennung von Indien — mit Wirkung vom 4. Januar 1948 — aus dem Verband des British Empire. Burma wird aufgrund seiner Verfassung vom 24. September 1947 unabhängige Republik. Es umfaßt außer dem Gebiet der ehemaligen britischen Kolonie auch die Stammessitze der Bergvölker Karemi, Shan, Kachin und Karen. Der Buddhismus ist Staatsreligion. Demgemäß ist Burma innenpolitisch antikommunistisch bei guten außenpolitischen Beziehungen zu den kommunistischen Staaten.

BURMA UNABHÄNGIGE REPUBLIK
BUDDHISMUS STAATS-RELIGION

31. Oktober 1947

Das am 18. Februar 1946 gegründete Komitee für eine internationale Handelsorganisation der UNO beschließt eine allgemeine

GENF GATT-ABKOMMEN (UNO)

Herabsetzung der Zölle. In Genf unterzeichnen Vertreter von 23 Staaten ein entsprechendes Abkommen (GATT — General Agreement of Tariffs and Trade), das über die Zollsenkung hinaus eine Reihe von Handelserleichterungen, Zugeständnissen, Regelungen und Vereinfachung der Formalitäten enthält. Weitere Staaten werden sich dem Abkommen anschließen, kommunistisch regierte Staaten natürlich nicht, da das Abkommen Ausdruck eines konsequenten Wirtschaftsliberalismus ist.[37]

1. November 1947

IRLAND PARLAMENTS-AUFLÖSUNG

Das Dáil Eireann, das irische Repräsentantenhaus, wird aufgelöst, weil der Konflikt zwischen den beiden Parteien Fine Gael und Fianna Fáil nicht mehr zu überbrücken ist (vgl. auch 4. Februar 1948).

2. November 1947

POLEN MIKOLAJZYK FLIEHT NACH ENGLAND

Stanislaus Mikolajzyk, 1943/44 Ministerpräsident der polnischen Exilregierung in London, seit 1945 Führer der Bauernpartei in Polen, seit Februar 1947 stellvertretender Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister in der Regierung des „Demokratischen Blocks", flieht nach England, wo General Bór-Komorowski, der Führer des polnischen Aufstandes von 1944, inzwischen eine neue antisowjetische polnische Exilregierung gebildet hat (vgl. auch 5. Juli 1943!). Der Sejm wird Mikolajzyk auf Lebenszeit aus Polen verbannen.

8. November 1947

THAILAND STAATSSTREICH PIBUL SONGGRAMS

In Thailand (Siam) unternimmt der Marschall Pibul Songgram einen Staatsstreich und errichtet eine Militärdiktatur, nachdem im Jahre zuvor König Rama VIII. Ananda Mahidol ermordet wurde. Die Verfassung wird revidiert, behält aber die Staatsform der Monarchie und auch die Rama-Dynastie bei.

14. November 1947

KOREA UNO-VORSCHLAG FÜR ALLGEMEINE WAHLEN ENDGÜLTIGE TEILUNG

Die UNO-Vollversammlung stimmt für einen Vorschlag, in beiden Besatzungszonen Koreas allgemeine Wahlen für eine Verfassunggebende Nationalversammlung unter Kontrolle der UNO durchzuführen. Damit soll die Voraussetzung für eine gesamtkoreanische Regierung und für den beiderseitigen Abzug der Besatzungstruppen geschaffen werden. Die UdSSR lehnt den Vor-

schlag ab. Damit ist die Teilung Koreas in zwei selbständige Staaten nicht mehr abzuwenden.

17. November 1947

FRANZÖSISCHE DEMONTAGE-LISTE

Die französische Militärregierung gibt eine Liste der in ihrer Zone des ehemaligen Deutschland zu demontierenden Betriebe heraus. Es sind 236 Werke, davon 203 mit rein ziviler Produktion.

19. November 1947

JUGOSLAWIEN VERSTAATLICHUNG DER INDUSTRIE

In Jugoslawien geht durch Regierungserlaß die gesamte Wirtschaft, Bergbau, Grundstoffindustrie, Maschinen- und Werkzeugindustrie, in Staatsbesitz über. Gleichzeitig beginnt ein Fünfjahresplan zur weiteren und beschleunigten Industrialisierung des Landes. Doch erkennt Tito schon im ersten Jahre die Unzulänglichkeit des sowjetrussischen Plansystems und sucht nach eigenen, den Verhältnissen Jugoslawiens angemessenen Wegen (vgl. 27. Juni 1948).

25. November 1947

NEUSEELAND SOUVERÄNER STAAT

In Neuseeland tritt das Dominionstatut von Westminster vom 11. Dezember 1931 (vgl. dort) in Kraft. Damit wird Neuseeland ein selbständiger Staat im British Commonwealth mit eigener Souveränität und dem Recht zur Verfassungsänderung nach eigenem Ermessen.

27. November 1947

BULGARIEN—JUGOSLAWIEN BEISTANDSPAKT

Die kommunistisch regierten Staaten Bulgarien und Jugoslawien, vertreten durch Dimitroff und Tito, schließen in Euxinograd einen Freundschafts- und Beistandspakt. Auch hier muß wieder das seit zweieinhalb Jahren nicht mehr existierende Deutschland herhalten, gegen dessen „Aggression" und „Erneuerung des Imperialismus" man sich zur gegenseitigen Hilfeleistung verpflichtet. § 4 enthält die Zusage, kein gegen den Vertragspartner gerichtetes Bündnis mit Dritten einzugehen.[38]

29. November 1947

PALÄSTINA TEILUNGSPLAN DER UNO (VON DEN ARABERN ABGELEHNT)

Die Vollversammlung der UNO billigt mit Zweidrittelmehrheit den von der Palästina-Kommission (UNSCOP) vorgelegten Plan zur Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat mit gemeinsamer Wirtschaft und unter Neutralisierung der Stadt Jerusalem. Die arabischen Staaten erkennen diese Entscheidung der UNO-Vollversammlung nicht an. Es kommt zu Kämpfen zwischen den jüdischen Organisationen und den Arabern.[39]

3. Dezember 1947

GROSS-BRITANNIEN LEGT PALÄSTINA-[M]ANDAT NIEDER

Die britische Regierung gibt bekannt, daß Großbritannien sein Mandat über Palästina mit Wirkung vom 15. Mai 1948 niederlegen wird. Sie entzieht sich damit dem unlösbaren Konflikt, der aus den unvereinbaren britischen Versprechungen sowohl an die arabische wie an die jüdisch-zionistische Seite entstanden ist.[40]

4. Dezember 1947

BULGARIEN [V]OLKSREPUBLIK

In Bulgarien nimmt das Sobranje (Nationalversammlung) die Verfassung einer Volksrepublik an. Nachdem die Bauern ihrer Führung beraubt sind (vgl. 6. Juni 1947), treibt die Entwicklung einer Volksfrontregierung der Kommunisten entgegen (vgl. 11. August 1948).

6./7. Dezember 1947

SBZ „DEUTSCHER VOLKS-KONGRESS“

In der von der Sowjetunion besetzten Zone des ehemaligen Deutschland findet auf Einladung der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), d. h. der kommunistischen Volksfront, eine Tagung des „Deutschen Volkskongresses“ statt, der auch die anderen zunächst zugelassenen Parteien ins kommunistische Schlepptau nehmen soll. Jakob Kaiser und andere Führer der CDU-Ost lehnen die Teilnahme ab und werden daraufhin von der sowjetischen Militärregierung auf der parteipolitischen Bühne künftig ignoriert.

8. Dezember 1947

JUGOSLAWIEN— UNGARN [B]EISTANDSPAKT

In Budapest unterzeichnen Tito und Dinnyes einen jugoslawisch-ungarischen Freundschafts- und Beistandspakt, der in allen Stükken dem zwischen Jugoslawien und Bulgarien vom 27. November 1947 (vgl. dort) entspricht.[41]

15. Dezember 1947

LONDONER AUSSEN-MINISTER-KONFERENZ BEENDET UND VERTAGT

In London nimmt eine der zahlreichen Außenministerkonferenzen der alliierten Siegermächte (Bidault, Bevin, Molotow, Marshall) des 2. Weltkrieges ihr Ende. Nachdem man sich seit dem 25. November gestritten hat, vertagt man sich auf unbestimmte Zeit. General Lucius D. Clay als Augenzeuge urteilt, „daß mit der Vertagung des Rates (der Außenminister) ein Kampf begonnen hat, der zwar nicht mit Waffen, wohl aber mit wirtschaftlichen Mitteln, mit Ideen und Idealen [sic!] ausgetragen werden müsse“. Einig geworden ist man sich lediglich über eine Heraufsetzung der deutschen Stahlproduktion auf jährlich 11,1 Millionen Tonnen.[42]

19. Dezember 1947

Tito rundet sein Balkan-Bündnissystem ab und unterzeichnet in Bukarest mit Groza einen jugoslawisch-rumänischen Freundschafts- und Beistandspakt nach dem Muster der bereits mit Bulgarien und Ungarn geschlossenen (vgl. 27. November 1947 und 8. Dezember 1947). Falls Tito mit diesen Verträgen eine gewisse Unabhängigkeit von der UdSSR anstrebt, so ist der praktische Nutzen gering, da sich alle drei Partner zu vollkommen hörigen Satelliten der Sowjetunion entwickeln werden (zunächst auch Rumänien).[43]

JUGOSLAWIEN—RUMÄNIEN BEISTANDSPAKT

24. Dezember 1947

In Griechenland bildet General Markos (Vafiadis) eine kommunistische Gegenregierung in der von den EAM-Verbänden besetzten Nordregion. Damit tritt der seit Oktober 1944 bestehende griechische Bürgerkrieg in sein entscheidendes Stadium (vgl. 3. März 1947, 12. März 1947).[44]

GRIECHENLAND KOMMUNISTISCHE GEGENREGIERUNG

30. Dezember 1947

In Rumänien wird König Michael zur Abdankung und zum Thronverzicht für seine Erben gezwungen und unmittelbar darauf die Volksrepublik ausgerufen. Die Regierung wird von der „Volksdemokratischen Front" gebildet, einem in November erzwungenen Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten. Das Verfahren ist immer dasselbe. Anna Pauker übernimmt das Außenministerium.

RUMÄNIEN VOKSREPUBLIK ABDANKUNG KÖNIG MICHAELS

noch Dezember 1947

Die „Organisation Gehlen", die den Erfahrungsschatz und einen Teil der Mitarbeiter im Außendienst der deutschen Generalstabsabteilung „Fremde Heere Ost" in den späteren westdeutschen Bundesnachrichtendienst hinüberzuretten vermag, bezieht ihr künftiges Quartier in der Siedlung Pullach bei München.[45]

„ORGANISATION GEHLEN" IN PULLACH (NOCH IN US-DIENSTEN)

1948

1. Januar 1948

Großbritannien verstaatlicht seine Eisenbahnen, die bis dahin vier privaten Gesellschaften gehört haben. (Ein Jahr zuvor ist bereits der Kohlebergbau in staatliche Regie übergegangen, vgl. 1. Januar 1947.) Die Verstaatlichung erfolgt im Rahmen des Sozialisierungsprogramms der Labour Party.

GROSS-BRITANNIEN VERSTAATLICHT EISENBAHNEN

Am gleichen Tage bildet Großbritannien für Britisch-Ostafrika die East African High Commission als ständiges Gremium der drei Gouverneure für Kenia, Tanganjika und Uganda. Den Vorsitz führt der Gouverneur von Kenia. Dieser High Commission wird eine Central Legislative Assembly mit Abgeordneten der drei Territorien unterstellt. Trotzdem wird kein unabhängiger Gesamtstaat zustande kommen. Die drei Territorien werden getrennt ihre Unabhängigkeit erreichen und getrennte Staaten bleiben.

GROSS-BRITANNIEN EAST AFRICAN HIGH COMMISSION FÜR KENIA, TANGANJIKA, UGANDA

Ebenfall am 1. Januar tritt in Italien die neue Verfassung in Kraft, die das Land zu einer „auf Arbeit gegründeten demokratischen Republik" erklärt. Die Angehörigen der Königsfamilie werden des Landes verwiesen (vgl. 9. Mai und 13. Juni 1946). Sardinien, Sizilien, Südtirol und Trient sowie das Aostatal erhalten eine Regionalverwaltung mit „autonomen Körperschaften". Auch wird den Letzteren gesetzlicher Schutz der Minderheiten zugesichert.

ITALIEN DEMO-KRATISCHE REPUBLIK

4. Januar 1948

Nach Indien und Pakistan (vgl. 15. August 1947) erhält nun auch Burma seine Unabhängigkeit. Es war seit 1886 mit Britisch-Indien vereinigt, erhielt 1937 eine gesonderte Verwaltung und war von 1942 bis 1945 von Japanern besetzt. (Vgl. auch 17. Oktober 1947.)

BURMA ENDGÜLTIG UNABHÄNGIG

6. Januar 1948

In Kairo gründen Delegierte der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen von Algerien, Marokko und Tunis ein „Komitee für die Befreiung des arabischen Westens". Den Vorsitz übernimmt der Führer der Rifkabylen-Aufstände 1925/26, Muhammed ibn 'Abd al Karim (Abd el Krim). Von ihm geht auch die Initiative aus.

MAGHREB GEMEINSAMES BEFREIUNGS-KOMITEE UNTER ABD EL KRIM

30. Januar 1948

GANDHI ERMORDET

Die Seele des indischen Unabhängigkeitskampfes und der Schöpfer des „gewaltlosen Widerstandes", Mohandas Karamchand Gandhi, genannt Mahatma, wird von einem jungen Hindu ermordet. Er hat seinem Lande zwar die Freiheit erringen können, aber nicht den inneren Frieden.[1]

noch Januar 1948

MANDSCHUREI AUFLÖSUNG DER NATIONAL-CHINESISCHEN STREITKRÄFTE

Die in der Mandschurei stehenden Verbände der chinesischen Nationalarmee brechen zusammen. Ihre Reste fluten nach China zurück. Zum Teil laufen sie auch divisionsweise mit Offizieren und Ausrüstung zu den Roten über. Peking und Tientsin fallen. Ursache dieser Entwicklung ist das Ausbleiben der amerikanischen Lieferungen, die Politik Trumans, Achesons und Marshalls.[2]

1. Februar 1948

FEDERATION OF MALAYA

Die seit dem 1. April 1946 (vgl dort) in der Malayan Union zusammengeschlossenen malaiischen Fürstentümer (einschließlich der britischen Kronkolonie Straits Settlements, aber ohne Singapur) bilden nunmehr einen Staatenbund, die Federation of Malaya.

4. Februar 1948

CEYLON UNABHÄNGIG

Ceylon, seit 1802 britische Kronkolonie, erhält seine Unabhängigkeit im Rahmen des British Commonwealth of Nations. Das Gesetz, das der Insel diesen Status zugesteht, der Ceylon Independence Act, ist bereits 1947 verabschiedet worden und eine konsequente Weiterung der Unabhängikeit Indiens und Pakistans. Auch auf Ceylon übernimmt ein Generalgouverneur die Vertretung der britischen Krone ohne Regierungsfunktion.

IRLAND WAHLEN REGIERUNG COSTELLO

Bei den Parlamentswahlen in Irland erringt am gleichen Tage die Fianna Fáil 66 Sitze. Trotzdem wird zwei Wochen später John A. Costello eine Koalitionsregierung mit der irischen Labour-Party und der Republikanischen Partei (Clann na Poblachta) bilden.

UDSSR—RUMÄNIEN BÜNDNISVERTRAG MILITÄRHILFE

Molotow und Groza unterzeichnen in Moskau, ebenfalls am 4. Februar, einen rumänisch-sowjetischen Bündnisvertrag „zur Verhütung einer neuen Aggression von seiten Deutschlands" (das schon seit drei Jahren nicht mehr existiert) „oder eines anderen Staates". Entscheidend ist Artikel 2, der militärische Hilfe vorsieht. Die Ratifikationsurkunden werden bereits am 10. März 1948 in Moskau ausgetauscht werden.

13. Februar 1948

In der sowjetisch besetzten Zone des ehemaligen Deutschland, westlich der Oder-Neiße-Linie, werden die bisher 11 Zentralverwaltungen zur „Deutschen Wirtschaftskommission“ (DWK) zusammengefaßt. Das Sekretariat dieser Kommission stellt praktisch die provisorische Regierung der sowjetisch besetzten Zone dar und ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern für alle Bereiche des öffentlichen Lebens zuständig. Die Befugnisse der einzelnen Länder in dieser Zone werden stark eingeschränkt, da die Sowjets keinen Föderalismus wie in den Westzonen, sondern einen Zentralismus unter der Regie der Kommunisten anstreben.

SBZ „DEUTSCHE WIRTSCHAFTS-KOMMISSION“ (DWK)

17. Februar 1948

Im Jemen wird der König und Imam Jachja Muhammad ermordet. Eine Offiziersjunta hat sich gegen seine Herrschaft erhoben, kann sich aber nicht an der Macht halten. Knapp vier Wochen später, am 14. März, wird Jachjas Sohn Achmad als Imam und König proklamiert werden.

JEMEN JACHJA MUHAMMAD ERMORDET

18. Februar 1948

Molotow und L. Dinnyes unterzeichnen in Moskau einen sowjetrussisch-ungarischen Freundschafts- und Beistandspakt, der in allen Einzelheiten dem rumänisch-sowjetischen Vertrag vom 4. Februar (vgl. dort) entspricht. Diese Verträge tragen zur Bildung eines Ostblockes bei, mit dem die UdSSR ein Gegengewicht gegen die westliche Blockbildung durch den Marshallplan (vgl. 2. April 1948) schaffen will.[3]

UDSSR—UNGARN BEISTANDSPAKT

21. Februar 1948

In der Tschechoslowakei treten die nichtkommunistischen Regierungsmitglieder zurück und überlassen damit den Kommunisten die alleinige Regierungsgewalt (unter Beteiligung des linken Flügels der Sozialisten). Der Rücktritt soll als Protest gegen die Durchsetzung der Polizei mit kommunistischen Verbänden verstanden werden. Doch beeindruckt dieser „Protest“ natürlich niemanden. Er ist nur ein Zeichen der Schwäche.

TSCHECHO-SLOWAKEI ALLEIN-REGIERUNG DER KOMMUNISTEN

23. Februar 1948

In London beginnt eine Sechsmächtekonferenz (bis 7. Juni), die mit dem Ziel der Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung eine Zusammenarbeit der drei westlichen Besatzungsmächte und die Bildung eines föderativen Regierungssystems bei weitgehender Eigenständigkeit der deutschen Länder empfiehlt. Damit wer-

LONDON SECHSMÄCHTE-KONFERENZ WESTDEUTSCHE FÖDERATION

den die Weichen gestellt, die einerseits zur Spaltung des verbliebenen deutschen Raumes führen, andererseits zum Aufschub einer Bolschewisierung der Westzonen um mindesten 25 Jahre.

10. März 1948

TSCHECHOSLOWAKEI JAN MASARYK ERMORDET

In Prag wird Jan Masaryk, bis zum 21. Februar (vgl. dort) Außenminister, parteilos und Sohn des Begründers der Tschechoslowakei, ermordet und aus dem Fenster gestürzt. Da zur gleichen Zeit Verwaltung, Presse und Rundfunk ausschließlich kommunistisch besetzt werden, liegt die Beseitigung Masaryks, eines namhaften Nichtkommunisten, auf der Linie der terroristischen Einschüchterung der bürgerlichen Intelligenz.

15. März 1948

GROSSBRITANNIEN—TRANSJORDANIEN MILITÄRBÜNDNIS, ARABISCHE LEGION

Großbritannien schließt mit dem Königreich Transjordanien (vgl. 22. Mai 1946) ein Militärbündnis. Danach werden britische Truppen in Transjordanien stationiert bleiben, das dafür britische finanzielle Unterstützung und die militärische Ausrüstung der Arabischen Legion als Gegenleistung erhält. Diese Arabische Legion wird die einzige Truppe sein, die im arabisch-israelischen Krieg desselben Jahres gegen Israel Erfolge erzielen kann.

17. März 1948

WESTEUROPÄISCHE UNION (WEU)

In Brüssel unterzeichnen die Außenminister Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Luxemburgs und der Niederlande einen Fünfmächtevertrag, mit dem die Westeuropäische Union (WEU) für militärischen Beistand im Falle eines Angriffs auf einen der Vertragspartner uud zur Abstimmung der wirtschaftlichen Bestrebungen geschaffen wird. Die Initiative geht von Bevin aus. Weitere Staaten werden zum Beitritt eingeladen. Der Westblock beginnt sich zu formieren.[4]

17./18. März 1948

SBZ „DEUTSCHER VOLKSRAT“ GROTEWOHL VORSITZENDER

In der sowjetisch besetzten Zone des ehemaligen Deutschland tritt der zweite „Deutsche Volkskongreß“ zusammen und beschließt die „Wahl“ eines „Deutschen Volksrates“. Dieser soll sich aus 300 Mitgliedern der Parteien und Organisationen der Sowjetzone sowie 100 Mitgliedern der Kommunistischen Partei (KPD) der westlichen drei Besatzungszonen zusammensetzen. Er wird nach Weisungen der sowjetrussischen Militärregierung (SMAD) eine Verfassung ausarbeiten. Vorsitzender wird Otto Grotewohl von der Sozialistischen Einheitspartei (SED).

18. März 1948

In Moskau unterzeichnen Molotow und Dimitroff einen bulgarisch-sowjetrussischen Freundschafts- und Beistandspakt. Er entspricht in den Einzelheiten dem mit Rumänien und Ungarn (vgl. 4. und 18. Februar 1948).[5]

UDSSR— BULGARIEN BEISTANDSPAKT

20. März 1948

Marschall Sokolowski, der Vertreter der UdSSR im alliierten Kontrollrat für das mittel- und westdeutsche Gebiet, verläßt den Kontrollrat nach einer heftigen Auseinandersetzung über die Beschlüsse der Londoner Sechsmächtekonferenz (vgl. 23. Februar 1948). Im Gegensatz zu diesen Beschlüssen verfolgt die UdSSR das Ziel einer alle vier Besatzungszonen umfassenden zentralistischen Gesamtregierung, mit der ein Friedensvertrag zu schließen sei. Natürlich steht hinter dieser Zielsetzung sowjetischerseits die Erwartung, das gesamte verbliebene deutsche Gebiet unter kommunistischen, d. h. sowjetrussischen Einfluß zu bringen. Der Kontrollrat ist seitdem nicht mehr funktionsfähig.

UDSSR SOKOLOWSKI VERLÄSST DEN ALLIIERTEN KONTROLLRAT

23. März 1948

In Dänemark wird ein Gesetz verabschiedet, das den Färöer-Inseln die Selbstverwaltung zugesteht, d. h. eine eigene Gesetzgebung in inneren Angelegenheiten, den Färöer Dialekt als Amtssprache und eine eigene Flagge. Im dänischen Parlament sitzen aber auch weiterhin zwei Abgeordnete von den Färöern.

FÄRÖER ERHALTEN SELBST-VERWALTUNG

31. März 1948

Der US-amerikanische Botschafter bei der nationalchinesischen Regierung in Nanking, Dr. Leighton Stuart, berichtet nach Washington: „Das chinesische Volk hat nicht den Wunsch, kommunistisch zu werden, aber es sieht die kommunistische Flut unwiderstehlich heranrollen. [Eine in Westdeutschland sehr aktuelle Lageschilderung.] Inmitten dieses Chaos und der Untätigkeit ragt der Generalissimus als die einzige aktionsfähige moralische Kraft hervor." Präsident Truman aber hintertreibt und verschleppt jede wirksame Hilfeleistung für den Generalissimus (Tschiang Kai-schek). Vgl. 28. Juli 1948.[6]

USA NATIONAL-CHINA TSCHIANG KAI-SCHECK

In Französisch-Westafrika wird am gleichen Tage das Gebiet von Obervolta wieder ein eigenes, zusammenhängendes Territorium, wie es das vor seiner Aufteilung auf die Kolonien Elfenbeinküste, Niger und Sudan gewesen ist. Der Stamm der Mossi mit altüberlieferter Feudalordnung wird sich zunächst gegen den auch in

OBERVOLTA ZUSAMMEN-HÄNGENDES TERRITORIUM

Obervolta vertretenen Rassemblement Démocratique Africain (RDA) wehren, erst Jahre später mit ihm paktieren.

2. April 1948

SPANIEN— ARGENTINIEN HANDELS-ABKOMMEN

Spanien schließt ein Freundschafts- und Handelsabkommen mit Argentinien, das sogenannte Franco-Perón-Protokoll. Damit wird erstmalig der Ring, den der weltweite kommunistische Einfluß seit 1945 um das konsequent antikommunistische Franco-Regime gebildet hat, durchbrochen. Die spanische Außenpolitik findet wieder Ansatzpunkte, auch eine Folge des „Kalten Krieges".

USA MARSHALLPLAN IN KRAFT

Der Präsident der USA, Harry S. Truman, unterschreibt, ebenfalls am 2. April, das Gesetz für den Wiederaufbau Europas (Marshall-Plan) und ernennt Paul G. Hoffman zum Administrator der Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Range eines Regierungsmitgliedes.[7]

6. April 1948

UDSSR— FINNLAND BÜNDNIS-VERTRAG GEGEN „DEUTSCH-LAND"

In Moskau unterzeichnen Molotow und Pekkala einen finnisch-sowjetischen Bündnisvertrag. Artikel 1 lautet: „Im Falle, daß Finnland oder die Sowjetunion über das Gebiet Finnlands Gegenstand einer militärischen Aggression von seiten Deutschlands oder eines beliebigen anderen mit diesem [Deutschland] verbündeten Staates werden sollten, wird Finnland, getreu seinen aus der staatlichen Selbständigkeit sich ergebenden Pflichten, kämpfen, um diese Aggression abzuweisen. Hierbei wird Finnland alle ihm zur Verfügung stehenden Kräfte für die Verteidigung der Unverletzbarkeit seines Gebietes zu Lande, zur See und in der Luft einsetzen und innerhalb seiner Grenzen im Einklang mit den sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen, im Notfalle unterstützt durch die Sowjetunion oder gemeinsam mit dieser handeln. In den oben aufgeführten Fällen wird die Sowjetunion Finnland jede notwendige Hilfe zukommen lassen, deren Gewährung durch gegenseitige Absprache beider Parteien geregelt werden soll." Finnland ist und bleibt für die Sowjets ein Sonderfall (vgl. 19. September 1955).[8]

9. April 1948

KOLUMBIEN GAITAN ERMORDET

BÜRGERKRIEG

In Kolumbien wird der Führer der liberalen Partei, Jorge Eliezer Gaitan, ermordet. Aus diesem Vorfall wird sich ein Jahre andauernder Bürger- und Guerillakrieg zwischen den Konservativen, die seit 1946 an der Regierung sind, und der liberalen Opposition entwickeln. Vermutlich steht hinter diesen Auseinandersetzungen

auch der alte Gegensatz zwischen katholischer Kirche und Freimaurerei.

Am selben Tage wird das zweitausend Einwohner zählende Araberdorf Deir Jasin in Palästina, westlich von Jerusalem, von einer zionistischen Truppe besetzt, die dort nur alte Männer, Frauen und Kinder vorfindet. Nachdem die Einheit das Dorf wieder verlassen hat, findet man im Dorfbrunnen etwa zweihundert Leichen der Bewohner. Im ganzen sind 254 Araber dort massakriert worden. In den darauffolgenden Wochen wird der zionistische Rundfunk ständig die Parole ausstrahlen: „Erinnert euch an Deir Jasin!“, um möglichst viele Palästina-Araber zur Flucht zu bewegen.[9]

PALÄSTINA DEIR JASIN 254 ARABER ERMORDET

15. April 1948

Die Abgeordnetenkammer Luxemburgs gibt das Prinzip der „Ewigen Neutralität“ auf. Das Land ist zu klein, um eine solche Haltung durchstehen zu können. Es ist darauf angewiesen, sich dem westlichen Bündnissystem einzugliedern.

LUXEMBURG GIBT NEUTRALITÄT AUF

16. April 1948

In Paris wird das Statut der Organization for European Economic Cooperation (OEEC) von den Vertretern Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Irlands, Islands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Portugals, Schwedens, der Schweiz und der Türkei unterzeichnet. Die drei westlichen Besatzungszonen des ehemaligen Deutschland werden durch Großbritannien vertreten. Zweck der Gründung ist gemeinsame Produktionssteigerung (durch Investition der US-Marshallplan-Mittel), Handelsausweitung und Stabilisierung. Die USA und Kanada werden assoziierte Mitglieder. Sitz der Organisation ist Paris, Organe sind der Rat, der Exekutivausschuß, das Sekretariat.[10]

PARIS GRÜNDUNG DER OEEC (INVESTIERUNG VON MARSHALL-PLANMITTELN

18. April 1948

Bei den Parlamentswahlen in Italien stehen die Wähler unter dem Eindruck der Entwicklung in der Tschechoslowakei (vgl. 21. Februar 1948) und wenden sich zum Teil von der Linken ab. Die DC (Christlichen Demokraten) können infolgedessen die absolute Mehrheit der Stimmen erringen.

ITALIEN WAHLSIEG DER CHRISTLICHEN DEMOKRATEN

19. April 1948

In China wird Marschall Tschiang Kai-schek von der Nationalversammlung zum ersten verfassungsmäßigen Präsidenten ge-

CHINA TSCHIANG KAI-SCHEK PRÄSIDENT

wählt. Er wird auch der letzte Präsident eines nationalen, nichtkommunistischen China sein. Auch die besonderen Vollmachten, die ihm die Nationalversammlung für zwei Jahre zugesteht, werden nicht mehr verhindern können, daß die Kommunisten anderthalb Jahre später den endgültigen Sieg erringen werden. Das ist nicht zuletzt ein Erfolg der amerikanischen Chinapolitik Harry S. Trumans, Dean Achesons (CFR) und George Marshalls.

29. April 1948

KANADA SAINT LAURENT SCHLÄGT LIGA DER FREIEN NATIONEN VOR

Mit dem Vorschlag des Außenministers von Kanada, Louis Stephen Saint Laurent, eine Sicherheitsliga der „freien", d. h. nicht kommunistisch regierten Nationen zu bilden, wird der Grundstein zur NATO gelegt, zum Nordatlantikpakt. Saint Laurent zielt mit seinem Vorschlag auf eine Ausweitung des Brüsseler Fünfmächte-Vertrages vom 17. März 1948 (vgl. dort) unter Einbeziehung der USA, Kanadas und der skandinavischen Staaten.

30. April 1948

BOGOTA OAS-CHARTA

In Bogota unterzeichnen Vertreter von 21 amerikanischen Republiken, darunter auch die USA als Initiator, die Charta der Organization of American States (OAS) sowie eine Entschließung gegen den Kommunismus und gegen Einmischung ausländischer politischer Organisationen in das öffentliche Leben des amerikanischen Kontinents. Eine weitere Entschließung gegen das Fortbestehen europäischer Kolonien in Zentral- und Südamerika wird von Brasilien, Chile, der Dominikanischen Republik und den USA nicht mitunterzeichnet. In der Stadt Bogota geraten die Delegierten unmittelbar in die Wirren eines Aufruhrs der kolumbianischen Radikalen. Das gibt ihrem Beschluß einen besonderen aktuellen Anlaß. Auch die zunehmende Polarisation in der UNO (Blockbildung) spielt dabei mit.[11]

AUFRUHR DER RADIKALEN KOLUMBIENS

noch April 1948

KAMERUN RDA UPC

In Kamerun bildet sich, als territoriale Sektion des Rassemblement Democratique Africain (RDA), die Union des Populations du Cameroun (UPC). Sie hat sich die Wiedervereinigung mit dem britischen Teil Kameruns zum Ziel gesetzt und fordert einen festen Termin für die Unabhängigkeitserklärung, gerät aber zunehmend unter kommunistischen Einfluß.

1. Mai 1948

RUMÄNIEN VERFASSUNG ALS VOLKSREPUBLIK

In Rumänien nimmt die Große Nationalversammlung die bereits am 5. März proklamierte Verfassung an, nach der das Land künftig eine Volksrepublik sein wird. Die Staatsgewalt übt „das sou-

veräne Volk" durch gewählte, verantwortliche und „abberufbare" Vertreterorgane aus. Gesetze erläßt das Präsidium der Großen Nationalversammlung, in Wirklichkeit natürlich das Zentralkomitee der „Vereinigten Arbeiterpartei", in der die Kommunisten die absolute Vorherrschaft ausüben.

8. Mai 1948

COSTA RICA FERRER ENTLÄSST DIE ARMEE

In Costa Rica proklamiert General José Figueres Ferrer die „Zweite Republik", entläßt die Armee und erklärt die Kommunistische Partei mit ihrem verfassungswidrigen Programm als ungesetzlich. Figueres hat sich kurz vorher zum provisorischen Regierungschef von Costa Rica gemacht, um das Land von dem Terror der kommunistischen Gewerkschaften zu befreien. Dabei hat sich gezeigt, daß auf die Armee kein Verlaß ist; daher die Auflösung.

FINNLAND ENDE DER VOLKSFRONT

In Finnland fällt am selben Tage nach einem gescheiterten Putschversuch der Kommunisten die Koalition zwischen Volksdemokratischer Front, Sozialdemokraten und Agrarpartei auseinander. Besonders die Letztere widersetzt sich standhaft allen Versuchen der Kommunisten, die Macht an sich zu reißen. Ihr ist es daher zu danken, daß Finnland nicht zu einem Satellitenstaat der UdSSR wird wie alle anderen osteuropäischen Staaten (ausgenommen lediglich Griechenland). Die Agrarpartei wird auch bei den Reichstagswahlen am 1. und 2. Juli die meisten Stimmen erhalten.

9. Mai 1948

TSCHECHOSLOWAKEI „VOLKSDEMOKRATISCHE REPUBLIK"

Die Tschechoslowakei erhält die Verfassung einer „Volksdemokratischen Republik". (Die Tautologie in dem Wort „Volksdemokratie" kennzeichnet den Bildungsstand ihrer ignoranten Urheber.) Tschechen und Slowaken sind zwar formal gleichberechtigt, aber in einem Einheitsstaat zusammengefaßt, in dessen Schlüsselpositionen die Tschechen dominieren. Die Legislative liegt nach der Verfassung bei der Nationalversammlung, in Wirklichkeit natürlich bei der Kommunistischen Partei bzw. deren Zentralkomitee (vgl. 7. Juni 1948).

11. Mai 1948

ITALIEN EINAUDI PRÄSIDENT

In Italien wird aufgrund der neuen Verfassung (vgl. 1. Januar 1948) der liberale Schatzkanzler (seit Dezember 1947) Luigi Einaudi zum Staatspräsidenten gewählt und tritt an die Stelle des provisorischen Präsidenten Enrico de Nicola.

14. Mai 1948

ISRAEL PROKLAMATION DES SOUVERÄNEN STAATES

Einen Tag vor der Beendigung des britischen Mandats für Palästina proklamiert in Tel Aviv David Ben Gurion im Namen des jüdischen Nationalrates den souveränen Staat Israel in den Grenzen des von der UNO am 29. November 1947 angenommenen Teilungsplanes. In der Proklamation wird „die volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens oder des Geschlechts und ... die volle Freiheit des Gewissens, des Glaubens, der Erziehung und der Kultur" ausdrücklich garantiert.[12]

3. Juni 1948

SÜDAFRIKA MALAN MINISTER-PRÄSIDENT

APARTHEID

WELTWEITE HETZE GEGEN SÜDAFRIKA

In Südafrika bildet nach einem Wahlsieg der vorwiegend burischen National Party der Führer dieser Partei, Daniel F. Malan (geb. 22. 5. 1874 in Riebeeck), als Ministerpräsident die Regierung und leitet eine Innenpolitik der getrennten Entwicklung der verschiedenen Rassen ein (Apartheid), gegen die in den folgenden Jahrzehnten die Anhänger der liberalen und der marxistischen Gleichheitsutopie, der Milieutheorie bzw. des Historischen Materialismus auf der ganzen Erde Sturm laufen werden bis hin zur Kriegsdrohung und zur Ermordung des späteren südafrikanischen Ministerpräsidenten Verwoerd (6. September 1966).

7. Juni 1948

TSCHECHO-SLOWAKEI RÜCKTRITT BENESCHS GOTTWALD

In der Tschechoslowakei verweigert Benesch die Unterschrift unter der neuen Verfassung (vgl. 9. Mai 1948) und tritt zurück. Er, der schon vor dem Zweiten Weltkrieg mit den Sowjets paktierte und alles tat, sein Land dem Kommunismus zu öffnen, scheut nach der Ermordung Jan Masaryks (vgl. 10. März 1948) nun doch plötzlich vor der letzten Konsequenz zurück und geht. Eine Woche später wird der Kommunist Klemens Gottwald zum Staatspräsidenten gewählt.

11. Juni 1948

RUMÄNIEN VERSTAAT-LICHUNG DER INDUSTRIE

In Rumänien gehen durch das Nationalisierungsgesetz *alle* Fabriken und Unternehmen, auch solche mit ausländischem Kapital, in Staatsbesitz und Parteiregie über. Die Industrialisierung des bisherigen Agrarlandes wird forciert.

23./24. Juni 1948

BERLIN-BLOCKADE NACH WÄH-RUNGSREFORM

Drei Tage nach Durchführung der Währungsreform 1 : 10 in den drei westlichen Besatzungszonen des ehemaligen Deutschland wird auch in der Sowjetischen Besatzungszone eine Währungsreform angeordnet, die ganz Berlin, auch den Westen der Stadt,

einschließen soll. Die drei westlichen Besatzungsmächte erklären diesen Befehl für ungültig und führen am 24. Juni in den Berliner Westsektoren die für die westlichen Besatzungszonen neu geschaffene Währung ein. Die sowjetische Militärverwaltung (SMAD) beantwortet diese Maßnahme unverzüglich mit einer hermetischen Abriegelung und Blockade Westberlins. Auch Militärtransporte der westlichen Besatzungsmächte werden nicht mehr durchgelassen.

24. Juni 1948

WARSCHAU AUSSEN-MINISTER-KONFERENZ DER OSTBLOCK-STAATEN

In Warschau findet eine Konferenz der Außenminister von Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn und UdSSR ihren Abschluß mit einer gemeinsamen Erklärung. Darin wird die Bildung des Westblocks als Verletzung des Potsdamer Abkommens von 1945 bezeichnet, von einer Spaltung Deutschlands gesprochen und u. a. die für den westlichen Teil des ehemaligen Deutschland vorgesehene föderalistische Gliederung sowie die Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen in den „Marshall-Plan" kritisiert. Demgegenüber wird die „Bildung einer provisorischen, demokratischen, friedliebenden gesamtdeutschen Regierung aus Vertretern demokratischer Parteien und Organisationen Deutschlands" gefordert, d. h. nach sowjetischer Terminologie einer prokommunistischen restdeutschen Regierung.[13]

26. Juni 1948

BERLIN LUFTBRÜCKE DER US-AIR FORCE HÖHEPUNKT DES „KALTEN KRIEGES"

Die amerikanische Luftwaffe organisiert und beginnt die Versorgung der Westberliner Bevölkerung mit Hilfe von Transportflugzeugen über die Einflugschneisen durch das sowjetische Besatzungsgebiet. Diese *Luftbrücke* wird über ein Jahr lang, bis zum 29. Juli 1949, die einzige Versorgungsmöglichkeit für Westberlin darstellen. Sie gibt dem Westen das Bewußtsein einer gemeinsamen Abwehrfront gegenüber dem Sowjetimperialismus. Der „Kalte Krieg" erreicht seinen Höhepunkt, drei Jahre nach der Konferenz von Potsdam, d. h. drei Jahre zu spät.

27. Juni 1948

KOMINFORM SCHLIESST JUGOSLAWIEN AUS

In Bukarest tritt eine Konferenz des KOMINFORM zusammen und schließt Jugoslawien aus dieser Organisation aus. Als Grund wird angegeben, *Tito* habe sich in grundsätzlichen Fragen vom Marxismus-Leninismus entfernt. Tito hat dem sowjetischen Plansystem nachgesagt, es behindere den wirtschaftlichen Fortschritt. Offenbar will er sich die Möglichkeit zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Westen freihalten. Dabei ist ihm das KOMINFORM im Wege (vgl. 30. September 1947).[14]

5. Juli 1948

GROSS-BRITANNIEN SOZIALVERSICHERUNG (BEVERIDGE-PLAN)

In Großbritannien wird der Beveridgeplan eingeführt, eine Pflichtsozialversicherung, in der vom 15. Lebensjahr an jeder Engländer für den Fall von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Witwenschaft, Invalidität, Alter, Mutterschaft, Kriegsschäden und Kinderbeihilfe versichert ist. Hinzu kommt die „National Assistance" für sonstige soziale Notfälle.

14. Juli 1948

BERLIN „TEIL DER SBZ"

Auf den Einspruch der Westmächte gegen die Unterbrechung ihrer Verbindung zu Westberlin erklärt die UdSSR, die Westmächte besäßen keine eigenen Besatzungsrechte in ihren Berliner Sektoren, sondern nähmen lediglich an der Verwaltung Berlins teil. *Ganz Berlin sei ein Teil der sowjetischen Besatzungszone.*

16. Juli 1948

BULGARIEN—UNGARN BEISTANDSPAKT GEGEN „DEUTSCHLAND"

In Sofia wird ein Vertrag über Zusammenarbeit und Beistand zwischen Bulgarien und Ungarn unterzeichnet, „zur Verhütung einer ähnlichen Unterdrückung, wie sie die beiden Länder im letzten Weltkrieg durch Deutschland erfuhren" (Präambel). Der Vertrag sieht in Artikel 3 militärische Hilfe bei einem Angriff Deutschlands vor. Beide Vertragspartner wissen, daß ein Angriff durch das nicht mehr bestehende Deutschland außerhalb jeder Möglichkeit liegt. Also muß sich dieser Vertrag wie alle innerhalb des Ostblocks geschlossenen bilateralen und multilateralen Verträge in Wirklichkeit gegen eine ungenannte Macht richten, offensichtlich gegen die ehemaligen Alliierten der UdSSR.[15]

28. Juli 1948

USA VERSCHLEPPUNG DER MUNITIONSLIEFERUNGEN FÜR NATIONALCHINA

Mit vier Monaten bewußter Verzögerung beginnen endlich die amerikanischen Munitionslieferungen an die nationalchinesische Nankingregierung, die vom amerikanischen Kongreß mit republikanischer Mehrheit im Chinahilfegesetz bereits Ende März in Höhe von 125 Millionen Dollar bewilligt wurden. Aber auch dann wird nur ein Bruchteil der vorgesehenen Menge geliefert, und das zu dreifach überhöhten Preisen (vgl. 15. Mai 1950).[16]

30. Juli 1948

UNGARN RÜCKTRITT TILDYS VOLKSFRONT UNTER RAKOSI

In Ungarn wird Staatspräsident Tildy zum Rücktritt gezwungen, und drei Tage später tritt der Sozialist Arpad Szakasits die Nachfolge an. Kommunisten und Sozialisten bilden eine Einheitspartei, die „Ungarische Unabhängigkeits-Volksfront", deren Leitung der Erste Sekretär der kommunistischen Partei, Mátyás Rákosi, übernimmt.

10. August 1948

In Südkorea wird die Republik Korea proklamiert, aufgrund der am 17. Juli von der (südkoreanischen) Nationalversammlung angenommenen Verfassung. Diese Republik Korea erklärt sich zur Repräsentantin für Gesamtkorea. Ihr Präsident ist (seit dem 20. Juli) der Führer der Liberalen Partei, Syngman Rhee (Li) (vgl. auch 12. September 1948).[17]

REPUBLIK KOREA SYNGMAN RHEE

18. August 1948

In Belgrad unterzeichnen die für die Außenpolitik zuständigen Vertreter Bulgariens, Jugoslawiens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, der Ukraine, Ungarns und der UdSSR eine Konvention über die Schiffahrt auf der Donau. Darin verpflichten sich die beteiligten Staaten, ihre Donauabschnitte frei und in befahrbarem Zustand zu halten, notwendige Arbeiten daran ausführen zu lassen. Eine gemeinsame Donaukommission wird errichtet, eine Schiffahrtsordnung mit Zollbestimmungen und Lotsendienst eingeführt, die Kostenverteilung geregelt und die Beteiligung Österreichs nach Abschluß des österreichischen Staatsvertrages vorgesehen. Frankreich, Großbritannien und die USA, die in der vorausgehenden Konvention ebenfalls vertreten waren, erhalten keinen Sitz in der Donaukommission und lehnen die Unterzeichnung der Konvention ab.[18]

DONAU-KONVENTION DER OSTBLOCK-STAATEN

noch August 1948

In New York erklärt Kardinal Spellman vor dem Gewerkschaftsbund (bei Eröffnung des 85. Jahreskongresses) u. a.: „Wohlstand und Glück Amerikas können nur durch rückhaltlose Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit bei der Vollbeschäftigung zu gerechtem Lohn erreicht werden ..., im Interesse des Arbeiters selbst müssen wir uns glashart gegen den Aufstand der Massen wehren, ebenso wie gegen Kollektivhabgier . . . im Verhandeln muß der Mensch sich vor Minderheiten hüten, die ... Streiks nur als Nebelwand benutzen, hinter der sie einen politischen Krieg gegen Amerika führen ... In ... keiner Institution in Amerika ist Platz für jemanden, der zwei Herren dient." (Vgl. hierzu 23. Juni 1947, Taft-Hartley-Gesetz.)[19]

USA KARDINAL SPELLMAN GEGEN KLASSEN-KAMPF, „KOLLEKTIV-HABGIER" UND SUBVERSIVE AGITATION

1. September 1948

In Bonn, dem provisorischen Verwaltungssitz der drei westlichen Besatzungszonen des ehemaligen Deutschland, konstituiert sich ein „Parlamentarischer Rat", der den Entwurf einer Verfassung („Grundgesetz") für dieses Gebiet ausarbeiten soll. Der Rat hat 65 Mitglieder. Das Präsidium erhält der frühere Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (sen.).

WEST-DEUTSCHER „PARLAMEN-TARISCHER RAT"

2. September 1948

NIEDERLANDE. ABDANKUNG WILHELMINAS JULIANE PRINZ BERNHARD

In den Niederlanden dankt nach fünfzigjähriger Regierungszeit Königin Wilhelmina ab. Ihre Tochter Juliana folgt ihr auf den Thron. Sie ist mit dem Prinzen Bernhard von Lippe-Biesterfeld verheiratet, der sich nicht nur erfolgreich der Verwaltung des niederländischen Kronvermögens annimmt, sondern auch in den internationalen Gremien wie z. B. der Bilderberger-Gruppe (ab 1954) eine maßgebende Rolle spielen wird.[20]

4. September 1948

AMSTERDAM WELTKIRCHEN-KONFERENZ

In Amsterdam findet die Weltkirchenkonferenz des Ökumenischen Rates ihr Ende. Zu einer Annäherung an die römisch-katholische Kirche ist es nicht gekommen, da ein Monitum des Heiligen Offiziums in Rom Glaubensgespräche zwischen Katholiken und Nichtkatholiken nur nach vorheriger Genehmigung durch den Heiligen Stuhl zuläßt.

6. September 1948

JACOB ASHBERG „SOWJET-BANKIER" PRIVATIM IN DER SCHWEIZ

Der Londoner „Evening Star" berichtet, daß der Bankier Jacob Ashberg (vor der russischen Revolution Direktor von Nya Banken in Stockholm, seit Januar 1918 in Rußland) soeben zu einem Besuch in der Schweiz angekommen sei „zu geheimen Besprechungen mit Schweizer Regierungsbeamten und Bankbevollmächtigten. Diplomatische Kreise bezeichnen Herrn Ashberg als ‚den Sowjet-Bankier', der 1917 Lenin und Trotzki große Summen vorschoß. Zur Zeit der Revolution gab Herr Ashberg Trotzki die Mittel, um die erste Einheit der Roten Armee aufzustellen und auszurüsten. Ein Sprecher der Sowjet-Gesandschaft in Bern sagte: ‚Herrn Ashbergs Besuch wird privater Natur sein. Er besitzt Eigentum in der Schweiz.' ... Der Finanzattaché der Sowjet-Gesandtschaft bezeichnete Herrn Ashberg als den ungewöhnlichsten Mann, den der Kreml je in den Westen sandte. Er hat keinen offiziellen Titel, gehört keinem Regierungsdepartement an, steht nicht im sowjetischen Außendienst und ist auch nicht Mitglied des KOMINFORM.'" Und er besitzt als Sowjetbürger jüdischer Nationalität privates Eigentum in der Schweiz und kann dorthin reisen, wenn er will.[21]

12. September 1948

NORDKOREA „VOKSDEMO-KRATISCHE REPUBLIK" KIM IL-SUNG

In Nordkorea wird aufgrund der kommunistischen Verfassung vom 4. Dezember 1947 eine „volksdemokratische", also „demodemokratische" Republik proklamiert, die einen Monat später diplomatische Beziehungen zur UdSSR aufnehmen wird. Ministerpräsident bleibt Kim Il-sung (seit 12. August 1945).

17. September 1948

Der schwedische UNO-Bevollmächtigte Graf Folke Bernadotte, der sich um einen Waffenstillstand im arabisch-israelischen Krieg sowie um einen neuen, gerechteren Teilungsplan für Palästina bemüht, wird im jüdischen Teil von Jerusalem, in der Neustadt, auf der Fahrt zu den Verhandlungen angehalten und mit Maschinenpistolen ermordet. Der Weg, den sein Wagen nehmen würde, und die Zeit, zu der er den Tatort passieren würde, war nur höchsten Behörden Israels bekannt. Graf Bernadotte, ein Verwandter des schwedischen Königshauses, verkörpert ein Menschentum, auf das der europäische Begriff des „Adels" noch zutrifft. Deswegen fällt ihn der primitive Rassenhaß.[22]

GRAF FOLKE BERNADOTTE IN ISRAEL ERMORDET

20. September 1948

Portugal verlängert den Freundschafts- und Nichtangriffspakt mit Spanien vom 17. März 1939 (vgl. dort), der am 29. Juli 1940 durch zusätzliche Vereinbarungen zwischen beiden Ländern ergänzt wurde, um weitere zehn Jahre.

PORTUGAL—SPANIEN NICHT-ANGRIFFSPAKT

28. September 1948

Im Rahmen der WEU (vgl. 17. März 1948) wird ein westlicher Verteidigungsstab unter Leitung von Marschall Montgomery gebildet, der nur den Sinn haben kann, einer weiteren Expansion der Sowjets in Europa vorzubeugen, drei Jahre zu spät.

WEU VERTEIDIGUNGSSTAB UNTER MONTGOMERY

16. Oktober 1948

In Paris unterzeichnen Vertreter aller vom Marshallplan betroffenen Staaten, einschließlich der Befehlshaber der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands und Triests ein Abkommen über den *innereuropäischen* Zahlungs- und Verrechnungsverkehr (IZU). In Artikel 2 wird die Bank für internationalen Zahlungsausgleich als gemeinsamer Verrechnungsagent eingesetzt. Artikel 3 bestimmt, daß die Verrechnung monatlich vorgenommen wird. Es werden zwei Verrechnungskategorien unterschieden, eine für den Ausgleich von Schulden und Guthaben sowie Defizitaufrechnungen, eine zweite für „andere Operationen".[23]

PARIS ABKOMMEN ÜBER INNER-EUROPÄISCHEN ZAHLUNGS-VERKEHR (IZU)

30. Oktober 1948

In Mukden kapituliert die nationalchinesische Besatzung. Damit ist die Mandschurei endgültig in der Hand der Roten (vgl. *auch:* noch November 1948).[24]

MANDSCHUREI ENDGÜLTIG KOMMUNISTISCH

noch Oktober 1948

COSTA RICA FERRER BEKÄMPFT KOMMUNISMUS

In Costa Rica schlägt José Figueres Ferrer eine kommunistische Gegenrevolution nieder (vgl. 8. Mai 1948) und läßt im Anschluß daran die Träger dieser Gegenrevolution, die Gewerkschaften, nicht wieder zu Einfluß kommen.

PERU ODRIA AMORETTI STÜRZT DIE REGIERUNG MILITÄR-DIKTATUR

In Peru stürzt General Manuel A. Odria Amoretti die Regierung, die nach den jeweils sechsjährigen Amtszeiten der beiden Präsidenten Benavides (1933—1939) und Prado (1939—1945) ans Ruder gekommen war. Odria seinerseits wird seine Militärdiktatur acht Jahre lang aufrechterhalten können. Er fördert die im Aufbau begriffene Industrie durch Errichtung von Schutzzöllen und sonstige Einfuhrbeschränkungen.

2. November 1948

USA TRUMAN WIEDER-GEWÄHLT

In den USA wird Präsident Harry S. Truman, der Hauptverantwortliche für die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki in voller Kenntnis der japanischen Kapitulationsangebote, *wiedergewählt*, zwei Jahre nach Erhängung der deutschen Reichsführung, fünf Wochen vor Annahme der Entschließung gegen den Völkermord durch die UNO. Auch die USA werden diese Entschließung unterzeichnen, mit Truman als wiedergewähltem Präsidenten. Die Demokraten erhalten in beiden Häusern die Mehrheit (vgl. auch 12. November 1948).

11. November 1948

PAKISTAN TOD DSCHINNAHS

In Pakistan stirbt der Generalgouverneur und Vertreter der britischen Krone, Mohammed Ali Dschinnah. Sein Nachfolger wird Chodscha Nazim ud'Din.

12. November 1948

TOKIO TODESURTEILE GEGEN DIE JAPANISCHE FÜHRUNGS-GRUPPE TOJO

Im „Kriegsverbrecher"-Schauprozeß des „Internationalen Militärgerichts" der Siegermächte für Japan werden in Tokio die „Urteile" verkündet. Ministerpräsident General Tojo und sechs weitere Mitglieder der japanischen Führungsgruppe aus dem Zweiten Weltkrieg sollen zur Befriedigung der Rachegelüste der Sieger und zur nachträglichen „Rechtfertigung" des Atombombenvölkermords in Hiroshima und Nagasaki umgebracht werden. Vier Mitglieder des elfköpfigen internationalen Richterkollegiums, und zwar die Vertreter Australiens, Frankreichs, Hollands und Indiens kommen zu einem abweichenden Urteil (vgl. auch 23. Dezember 1948).[25]

15. November 1948

KANADA SAINT LAURENT MINISTER-PRÄSIDENT

In Kanada bildet der bisherige Außenminister, der französische Kanadier Louis Stephen Saint Laurent (vgl. 29. April 1948) als Ministerpräsident eine neue Regierung.

noch November 1948

NORDCHINA ENDGÜLTIG KOMMUNISTISCH

In einer entscheidenden Schlacht zwischen der chinesischen Nationalarmee Tschiang Kai-scheks und der kommunistischen Volksarmee Mao Tse-tungs bei Sütschou geht Tschiang ganz Nordchina endgültig an Mao verloren. Jetzt rächen sich die durch General Marshall erpreßten Verhandlungs- und Waffenstillstandspausen des Jahre 1946 (vgl. auch 28. Juli 1948).

2. Dezember 1948

BERLIN MAGISTRAT GESPALTEN EBERT REUTER

Zwei Tage nachdem eine Ost-Berliner außerordentliche Stadtverordnetenversammlung den ordnungsgemäß gewählten Gesamt-Berliner Magistrat für abgesetzt erklärt hat, verlegt dieser seine Amtsräume in das Schöneberger Rathaus im US-amerikanischen Sektor Berlins und nimmt seine seit dem 6. September unterbrochene Amtsführung — ohne die SED-Mitglieder — wieder auf. In dem von den Sowjets besetzten Teil Berlins hat sich ein neuer Magistrat unter Vorsitz von Friedrich Ebert jun. (SED) gebildet, der von der sowjetischen Militärverwaltung anerkannt wird. Damit ist auch die Verwaltung Berlins gespalten. Der Magistrat der Westsektoren wird am 7. Dezember Ernst Reuter zum Oberbürgermeister wählen.

9. Dezember 1948

UNO „VÖLKERMORD“ (GENOCID-) ABKOMMEN

(BEI FORTGESETZTER ANWENDUNG VON „VÖLKERMORD“-MASSNAHMEN)

43 der UNO-Mitgliederstaaten unterzeichnen in Paris — nach einer entsprechenden Entschließung der UNO-Vollversammlung — ein Abkommen zur Verhütung und Bestrafung des „Völkermordes“ („Genocidium“). Artikel 2 definiert den Völkermord als Handlung, die mit der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Menschengruppe ganz oder zum Teil auszurotten. (Diese *Absicht* wird daher künftig bei entsprechenden Maßnahmen nachdrücklich bestritten werden.) Zu solchen Handlungen zählen: Tötung von Angehörigen der Gruppe; schwere körperliche oder geistige Schädigung von Angehörigen der Gruppe; vorsätzliche Schaffung von Lebensbedingungen, die dazu bestimmt sind, sie physisch ganz oder zum Teil auszurotten; Maßnahmen, die Geburten innerhalb der Gruppe vorzubeugen bezwecken (also die „Pille“); Zwangsverschleppung von Kindern der Gruppe zu einer anderen Gruppe. Strafbar ist nach Artikel 3 auch der Versuch und die „unmittelbare öffentliche Aufreizung“

zum Völkermord. Diese Festlegung unterzeichnen Vertreter von Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Israel, Tschechoslowakei, USA und UdSSR! Die Heuchelei ist nicht mehr zu überbieten, das Abkommen selbst nur eine Farce. Nach mehr als vier Jahren, bis zum 4. März 1953, werden es erst 25 Staaten ratifiziert haben.[26]

11. Dezember 1948

ITALIEN— UDSSR REPARATIONS-VERHAND-LUNGEN

Die Verhandlungen zwischen Italien und der UdSSR über die von Italien zu leistenden Reparationen werden abgeschlossen. Die UdSSR rechnet das von ihr mit Beschlag belegte italienische Eigentum in Bulgarien, Rumänien und Ungarn auf Reparationskonto an. Darüber hinaus hat Italien bis zu dem vertraglich festgelegten Gesamtbetrag von 100 Millionen Dollar (vgl. 10. Februar 1947) Sachlieferungen aus der laufenden Industrieproduktion zu leisten. Auch 33 Schiffe sind an die UdSSR auszuliefern.

12. Dezember 1948

USA RÄUMEN SÜDKOREA

Die Republik Korea (Südkorea, vgl. 10. August 1948 und 12. September 1948) wird von der UNO anerkannt, die US-Militärregierung aufgelöst, das Land von amerikanischen Truppen geräumt, obgleich sich die Mehrzahl der Parlamentsabgeordneten in Seoul am 22. November für einen Verbleib dieser Truppen ausgesprochen hat.

18./19. Dezember 1948

NIEDERLANDE INDONESIEN REGIERUNG SUKARNO VERHAFTET

Die Regierung der Niederlande beantwortet eine Reihe von Aufständen auf Java, Bali und Sumatra damit, daß sie sich ihrerseits an das Abkommen von Linggadjati (vgl. 15. November 1946, 25. März 1947) nicht mehr gebunden hält. Sie läßt die Regierung Indonesiens, Sukarno u. a., festsetzen und geht gegen die Aufständischen mit sogenannten Polizeiaktionen vor (vgl. auch 17. Januar 1949). Die Stadt Djokjakarta an der Südküste Javas wird besetzt.

20. Dezember 1948

POLEN VOLKSFRONT

In Polen schließen sich die kommunistische und die sozialistische Partei endgültig zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zusammen. Dabei übernimmt wie in allen diesen Fällen die kommunistische Minderheit die Führung, und die sozialistische Mehrheit akzeptiert die kommunistische Führung. So war es immer und so wird es auch künftig sein.

23. Dezember 1948

Zwei Tage vor dem höchsten Fest der Christenheit bringen die christlichen Soldaten der USA in Tokio General Tojo und die anderen „Verurteilten" des Theaterprozesses (vgl. 12. November 1948) um. Nach der Deutung dieses Geschehens durch den britischen Historiker und Juristen F. J. P. Veale kehren damit die zivilisierten Nationen in den Zustand der Barbarei zurück.[27]

TOKIO USA LASSEN TOJO U. A. HINRICHTEN

26. Dezember 1948

In Budapest wird Kardinal Joseph Mindszenty als erklärter Gegner des kommunistischen Regimes verhaftet und gefoltert. Seit dem Oktober 1945 Fürstprimas von Ungarn, hatte er u. a. nach der Verstaatlichung aller Schulen Mitte Juni 1948 eine volle Stunde lang sämtliche Kirchenglocken läuten lassen. Bei seiner Verhaftung hinterläßt er einen Zettel, auf dem er jedes zukünftige Geständnis im voraus für null und nichtig erklärt. Die Folterung schließt sich würdig den Hinrichtungen in Tokio (siehe oben) an. Zufall?[28]

BUDAPEST KARDINAL MINDSZENTY VERHAFTET UND GEFOLTERT

noch Dezember 1948

In den von der Demontage betroffenen Betrieben der westlichen Besatzungszonen des ehemaligen Deutschland, insbesondere in der britischen Zone, treten die Arbeiter wiederholt in den Streik. Es kommt zu schweren Unruhen.

WEST-DEUTSCHE STREIKS UND UNRUHEN

1949

10. Januar 1949

Die erste Konferenz der *Regierungen* afro-asiatischer Staaten findet in Neu-Delhi statt. Außer Ägypten ist auch Äthiopien eingeladen worden. Es bahnt sich damit eine Entwicklung an, die 1955 mit der Bandung-Konferenz ihren Höhepunkt erreichen wird und die von dem Bestreben gekennzeichnet ist, sich von der Ost-West-Polarisierung des Erdballs durch den Kalten Krieg zwischen USA und UdSSR sowie deren beiderseitigen Bündnissystemen und Blockbildungen freizuhalten, eine „dritte Kraft" zu bilden.

DELHI KONFERENZ AFRO-ASIATISCHER REGIERUNGEN

14. Januar 1949

Im kommunistischen Rumänien sichert ein „Volksräte"-Gesetz der Regierung bzw. der Parteiführung die Zentralgewalt. Kurz zuvor wurde ein Staatsschutzgesetz erlassen, das die Gefährdung der Staatssicherheit mit der Todesstrafe bedroht. Bekanntlich ist „Staatssicherheit" ein außerordentlich dehnbarer und flexibler Begriff.

RUMÄNIEN „VOLKSRÄTE"-GESETZ

17. Januar 1949

Die Niederlande schließen in Renville einen Waffenstillstand mit der Republik Indonesien (vgl. 18./19. Dezember 1948) und lassen Sukarno sowie die anderen verhafteten Regierungsmitglieder frei. Das geschieht unter dem Druck des Sicherheitsrates der UNO, insbesondere aber nach Suspendierung der Marshallplanlieferungen durch die USA. Tatsächlich werden die Feindseligkeiten aber erst ein halbes Jahr später, am 3. August 1949, eingestellt werden.

NIEDERLANDE —INDONESIEN WAFFENSTILLSTAND

23. Januar 1949

Die nordamerikanische Illustrierte Sunday Pictorial veröffentlicht einen Auszug aus dem Bericht des Richters Edward L. van Roden, Mitglied einer Untersuchungskommission über amerikanische Vernehmungsmethoden bei den Ermittlungen zu „Kriegsverbrecher"-Prozessen im ehemaligen Deutschland. Der Bericht bestätigt, was ja bereits bekannt war, daß zum Beispiel im „Malmedy-Prozeß" Geständnisse der meist jugendlichen Angeklagten erpreßt wurden durch Scheinhinrichtungen, Abnahme der Beichte durch falsche Priester, Zerschlagen der Gesichter unter schwarzen Hauben, Treiben brennender Streichhölzer unter die Fingernägel und — in 137 Fällen — Zerstörung der Hoden durch Fußtritte. Die Namen der Täter sind bekannt, z. B. Ltn. Perl, doch werden sie niemals zur Rechenschaft gezogen.[1]

USA BERICHT VAN RODENS VERNEHMUNGSMETHODEN ZUM MALMEDY-PROZESS

LTN. PERL

25. Januar 1949

WARSCHAU COMECON

In Warschau bilden — als Gegengewicht gegen Marshallplan und OEEC (vgl. 16. April 1948) — Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn und die UdSSR den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, COMECON genannt. In dem Schlußkommunique der Warschauer Außenministerkonferenz der genannten Staaten heißt es nach einer Kritik am Marshallplan und dem Vorwurf des Wirtschaftsboykotts von seiten der USA und Großbritanniens „gegen die volksdemokratischen Länder und gegen die Sowjetunion" u. a.: „Der Zweck dieses Rates wird im Austausch von wirtschaftlichen Erfahrungen, gegenseitiger Gewährung von technischer Hilfe und im Austausch von Rohmaterialien, Nahrungsmitteln, Maschinen und Ausrüstungsgegenständen für die Industrie bestehen. Die Konferenz ist übereingekommen, die Türen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe auch für andere europäische Staaten offenzuhalten, die sich mit den Prinzipien dieses Rates einverstanden erklären . . ."[2]

31. Januar 1949

CHINA MAO EROBERT PEKING

Die kommunistische Volksarmee Mao Tse-tungs besetzt Peking. Am 23. Februar wird sie auch Nanking besetzen. Sie ist nun nicht mehr aufzuhalten (vgl. 21. April 1949).[3]

noch Januar 1949

UKRAINE WIDERSTAND DER BAUERN

In Nikita Chruschtschows Bericht vor dem 16. ukrainischen Parteikongreß wird deutlich, daß die Kollektivierung der ukrainischen Landwirtschaft seit März 1947 (Anzahl der Kolchosen verzehnfacht) nur gegen den erbitterten Widerstand der Bauern durchgesetzt werden konnte. Chruschtschow spricht von einem „vernichtenden Schlag gegen die Kulaken und die deutsch-ukrainischen Nationalisten" (vgl. hierzu: noch März 1944 und 18. August 1944).[4]

4. Februar 1949

ISRAEL KNESSET WEIZMANN STAATSPRÄSIDENT REGIERUNG BEN GURION

In dem neugegründeten Staat Israel, der sich noch mit den arabischen Nachbarstaaten im Kriege befindet, tritt erstmals das Parlament, die „Knesset", zusammen. Sie ist in direkter, geheimer Verhältniswahl gewählt worden. Zwölf Tage später wird Chaim Weizmann zum ersten Staatspräsidenten gewählt werden, und am 10. März 1949 wird die Knesset die Regierung David Ben Gurions im Amte bestätigen. Ein großer Teil der arabischen Bevölkerung ist entweder geflohen oder vertrieben worden. Aus diesen Flüchtlingen und vertriebenen Palästina-Arabern wird sich jahrzehntelang der fanatische Kern der Israelgegner rekrutieren.

Einstweilen vegetieren sie — 750 000 — obdachlos in Transjordanien.

22. Februar 1949

In Frankreich erklärt der Führer der kommunistischen Partei, Thorez, im Kriegsfalle werde seine Partei die Rote Armee der UdSSR unterstützen. Angesichts des Rückhaltes, den die Kommunisten in den Gewerkschaften haben, bedeutet das eine ernste Schwächung der europäischen Verteidigungsbereitschaft sowie der NATO.[5]

FRANKREICH THOREZ WILL IM KRIEGSFALL UDSSR UNTERSTÜTZEN

23. Februar 1949

Frankreich erkennt Südvietnam durch ein Abkommen mit Bao Dai, dem ehemaligen, 1945 von den Vietminh gestürzten Kaiser von Annam, die Unabhängigkeit innerhalb der Union Française zu (vgl. auch 24. Dezember 1946 und 30. Dezember 1949). Sie wird am 12. Juli in Kraft treten.

SÜDVIETNAM UNABHÄNGIG

24. Februar 1949

Auf der Insel Rhodos schließen Ägypten und der neugegründete Staat Israel einen Waffenstillstand, nachdem eine Intervention Großbritanniens zugunsten der arabischen Staaten in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist (nach der Ermordung Graf Folke Bernadottes, vgl. 17. September 1948). Es wird eine Demarkationslinie festgelegt, die nicht als Grenze aufgefaßt werden soll. Unter dem Präsidium des Chefs des Generalstabskomitees der UNO wird eine gemischte Waffenstillstandskommission aus je drei Vertretern der beiden Parteien gebildet, der die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen obliegt.[6]

ÄGYPTEN— ISRAEL WAFFENSTILL-STAND DEMARKA-TIONSLINIE

WAFFENSTILL-STANDS-KOMMSSION

28. Februar 1949

In Italien wird gemäß dem sogenannten „Fanfani-Plan" eine Instituto Nazionale Assicurazione (INA) Casa geschaffen, mit deren Hilfe in sieben Jahren 160 000 Wohnungen gebaut werden sollen. Dazu werden 2,85 % der Bruttolöhne einbehalten bzw. abgeführt, wovon 1,15 % die Arbeitgeber, 0,7 % die Arbeitnehmer beizusteuern haben. Den Rest der erforderlichen Gelder für dieses Wohnungsbauprogramm zahlt der Staat, d. h. also ebenfalls die Steuerzahler, oder aus Marshallplan(ERP)-Mitteln.

ITALIEN FANFANI-PLAN WOHNUNGS-BAU

23. März 1949

Thailand (Siam) erhält nach der Machtübernahme durch Marschall Pibul Songgram (vgl. 8. November 1947) die Verfassung

THAILAND

KONSTITUTIONELLE MONARCHIE

einer konstitutionellen Monarchie, in der ein vom König ernannter Staatsrat in autoritärem Stil die Regierung führt, der König selbst jedoch weitgehend von der Regierung ausgeschlossen ist.

25. März 1949

ISRAEL—LIBANON WAFFENSTILLSTAND TRANSJORDANIEN SYRIEN

In Ras En-Naquare schließen Israel und der Libanon ein Waffenstillstandsabkommen, das in den Einzelheiten dem zwischen Ägypten und Israel geschlossenen (vgl. 24. Februar 1949) gleicht. Entsprechende Abkommen Israels mit Transjordanien und Syrien werden am 3. April auf Rhodos, das mit Syrien erst am 20. Juli 1949 am Jordanfluß bei Mischmar Hajarden unterzeichnet werden. Ale vier Abkommen werden am 11. August 1949 vom Sicherheitsrat der UNO bestätigt werden, obgleich sich Israel dabei, entgegen dem UNO-Teilungsplan von 1947, einen breiten Zugang zu Jerusalem, einen Teil der Stadt und den nördlichen Teil des Gazastreifens genommen hat. 750 000 obdachlose arabische Flüchtlinge fallen Transjordanien zur Last.[7]

31. März 1949

NEUFUNDLAND ZU KANADA

Die Insel(gruppe) Neufundland, seit 1855 britisches Dominion, schließt sich Kanada an und wird dort als 10. Provinz eingegliedert. Das geschieht aufgrund einer Volksabstimmung auf Neufundland, die bereits im Juli 1948 durchgeführt wurde und eine klare Mehrheit für den Anschluß an Kanada ergab.

4. April 1949

WASHINGTON NATO-GRÜNDUNG

In Washington unterzeichnen die Außenminister folgender Staaten den Nordatlantikpakt und begründen damit die NATO, die als Erweiterung der WEU (vgl. 17. März 1948) zu verstehen ist: Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal und die USA. Kern des Vertrages sind die Artikel 5 und 6: „Die vertragschließenden Staaten sind darüber einig, daß ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle betrachtet werden wird...", Verpflichtung zur bewaffneten Hilfeleistung für den Angegriffenen und Einbeziehung der algerischen Departements Frankreichs, der Besatzungsstreitkräfte in Europa und der Inseln im Nordatlantik (1952 wird auch die Türkei mit einbezogen werden). Artikel 10 regelt Einladung und Beitritt weiterer europäischer Staaten, Artikel 13 den Austritt, der erst nach zwanzigjähriger Gültigkeitsdauer des Vertrages bei einjähriger Kündigungsfrist möglich ist. Die Kündigung ist an die USA zu richten.[8]

11. April 1949

In Straßburg tritt zum ersten Mal der Ministerausschuß des künftigen Europarates zusammen (vgl. 5. Mai 1949). Zum Präsidenten wird die Beratende Versammlung am 13. April den belgischen Ministerpräsidenten Paul Henri Spaak wählen, der bereits Präsident der OEEC ist (vgl. 16. April 1948) und Vorsitzender des Rates für den Wiederaufbau Europas.[9]

STRASSBURG
EUROPARAT
SPAAK

13. April 1949

In den westlichen Besatzungszonen des ehemaligen Deutschland setzen die Militärregierungen der Besatzungsmächte unter dem Eindruck der zunehmenden Streiks und Unruhen 159 Industriewerke von der Liste vorzunehmender Demontagen von Produktionsanlagen wieder ab (vgl.: noch Dezember 1948).

WEST-DEUTSCHE DEMONTAGEN REDUZIERT

15. April 1949

Papst Pius XII. (Pacelli) ruft zur Internationalisierung Jerusalems auf, um die den Christen heiligen Stätten dort aus dem Konflikt zwischen Juden und Mohammedanern herauszulösen. Die UNO-Vollversammlung wird am 10. Dezember 1949 im gleichen Sinne beschließen, Israel jedoch wird am 13. Dezember (vgl. dort!) Jerusalem zum Regierungssitz machen.[10]

PIUS XII.
JERUSALEM
UNO
ISRAEL

18. April 1949

Irland löst durch Beschluß des Da'il (Parlament) seine ohnehin nur noch formal bestehende Bindung an das britische Königshaus und scheidet damit endgültig aus dem British Commonwealth of Nations aus. Das bereits am 26. November 1948 einstimmig beschlossene Gesetz, durch das sich Irland zur Republik erklärte, tritt nunmehr in Kraft. Das Parlament Großbritanniens beantwortet diesen Schritt mit einer Garantieerklärung für den status quo in den sechs nordirischen Grafschaften (Ulster) in Gestalt der Ireland Bill. Dagegen wird wiederum der Da'il am 10. Mai Protest erheben, d. h. den grundsätzlichen Anspruch Irlands auf Ulster nochmals betonen.

IRLAND
REPUBLIK
GROSS-BRITANNIEN GARANTIERT ULSTER

21. April 1949

Die chinesisch-kommunistische Volksarmee Mao Tse-tungs setzt mit etwa einer Million Mann über den Jangtse-Fluß nach Süden. Damit nähert sich die von Truman und Marshall entscheidend mitherbeigeführte Entwicklung in China ihrem Ende (vgl. 21. September und 6. Dezember 1949).

CHINA
MAO
ÜBERSCHREITET DEN JANGTSE

28. April 1949

RUHRSTATUT UNTERZEICHNET

Das bereits am 29. Dezember 1948 von allen beteiligten Regierungen gebilligte Ruhr-Statut wird von den Vertretern der Benelux-Staaten, Frankreichs, Großbritanniens und der USA unterzeichnet. Durch Schreiben vom 30. November 1949 wird auch die inzwischen kreierte westdeutsche Bundesrepublik dieser Vereinbarung „beizutreten“ haben. Mit dem Statut wird eine Ruhrbehörde der beteiligten Mächte geschaffen, die über die Verteilung von Kohle, Koks und Stahl aus dem Ruhrgebiet verfügt, um, wie es im Londoner Abschlußkommunique vom 28. Dezember 1948 heißt, „zu verhüten, daß Personen, welche die Angriffspläne der Nazis (sic!) gefördert haben, Eigentumsrechte in diesen Industrien oder Stellungen in ihrer Leitung ... erwerben.“[11]

30. April 1949

USA CHINAHILFE SABOTIERT

Über ein Jahr nach Verabschiedung des Chinahilfegesetzes in den USA sind fast 25 % der Lieferungen noch nicht durchgeführt. Dabei war das gesamte Lieferungsprogramm ohnehin schon auf ein Achtel des ursprünglich vorgesehenen Umfanges zusammengeschmolzen (vgl. 24. August und 29. November 1949, 31. März und 28. Juli 1948).[12]

4. Mai 1949

NEW YORK JESSUP-MALIK-ABKOMMEN, LOCKERUNG DER BERLIN-BLOCKADE

In New York kommt zwischen Frankreich, Großbritannien und den USA einerseits sowie der UdSSR andererseits eine Vereinbarung zustande, die es den drei Westmächten ermöglicht, in ihren West-Berliner Sektoren „den normalen Gebrauch der Verkehrs- und sonstigen Verbindungen Berlins sicherzustellen“. Dieses von Jessup und Malik unterzeichnete Abkommen bedeutet eine erste Lockerung der Berlinblockade durch die Sowjets. Es wird am 12. Mai in Kraft treten, an dem für die Westzonen das Besatzungsstatut verkündet wird (vgl. 12. Mai 1949). Am 29. Juli wird dann die UdSSR die Berlinblockade abbrechen.[13]

5. Mai 1949

LONDON ZEHNMÄCHTE-PAKT ÜBER EUROPARAT

In London unterzeichnen die Außenminister der Benelux-Staaten, Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, Italiens, Norwegens und sogar des neutralen Schwedens den Londoner Zehnmächtepakt, mit dem der *Europarat* geschaffen wird (vgl. 11. April 1949). Der *Zweck* dieser Einrichtung wird in Artikel 1 sehr verschwommen umrissen. Organe sind: 1. der Ministerausschuß (der Außenminister der Unterzeichnerstaaten), 2. die Konsultativversammlung (aus Parlamentariern der beteiligten Staaten), 3. das gemeinsam finanzierte Sekretariat. Sitz ist Straßburg, amtliche Verhand-

lungssprache Englisch und Französisch. Die Initiative zur Gründung ging vom belgischen Außenminister Spaak und seiner „Europäischen Bewegung" aus. Am 3. August 1949 werden die Ratifikationsurkunden hinterlegt werden.[14]

8. Mai 1949

WEST-DEUTSCHES „GRUND-GESETZ", VERFASSUNG DER „BUNDES-REPUBLIK" GENEHMIGT

Der „Parlamentarische Rat" aus den Länderparlamenten der drei westdeutschen Besatzungszonen in Bonn nimmt mit 53 gegen 12 Stimmen das von ihm nach Richtlinien der Besatzungsmächte verfaßte sogenannte „Grundgesetz", die Verfassung des künstlichen westdeutschen Staatsgebildes „Bundesrepublik", an. Am 12. Mai bereits wird es von den drei westlichen Militärgouverneuren genehmigt werden, am 23. Mai in Kraft treten, nachdem die westdeutschen Landtage außer dem bayerischen es ratifiziert haben. Damit beginnt die „Bundesrepublik Deutschland" formal zu existieren. Der in der Präambel des „Grundgesetzes" enthaltene Vorbehalt, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", wird sich von Jahr zu Jahr deutlicher als Phrase erweisen. Es fehlt dazu der Wille.[15]

12. Mai 1949

BESATZUNGS-STATUT FÜR DIE WEST-DEUTSCHE „BUNDES-REPUBLIK"

Die Militärgouverneure und Oberbefehlshaber der drei westlichen Besatzungszonen des ehemaligen Deutschland, die Generäle Clay, Koenig und Robertson, verkünden ein für ihre Bereiche künftig (ab 21. September 1949) geltendes *Besatzungsstatut*. Es grenzt die Zuständigkeiten der Besatzungsbehörden gegen die der von den alliierten Regierungen untereinander ausgehandelten Neugründung eines westdeutschen Staates, der sogenannten „Bundesrepublik Deutschland" und der zu ihr gehörenden Länder ab. In Absatz 3 des Statuts behalten sich die Besatzungsbehörden „das Recht vor, ... die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise wieder zu übernehmen ...". Absatz 5 beginnt: „Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor ihrem Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden ...[16]

VORBEHALTE

14./15. Mai 1949

SBZ „WAHLEN" ZUR EINHEITSLISTE DER „VOLKS-KONGRESS"-BEWEGUNG

In der sowjetisch besetzten Zone des ehemaligen Deutschland werden sogenannte „Wahlen" durchgeführt, bei denen es nichts zu wählen gibt, sondern nur die vorgelegte „Einheitsliste der Volkskongreß-Bewegung" anzunehmen oder abzulehnen ist. Parteien sind auf dem Stimmzettel nicht mehr vorhanden. Von denen, die an dieser „Wahl" teilnehmen, stimmen 66,1 % für die „Einheitsliste". Daraus ergibt sich dann der dritte „Volkskongreß" (vgl. 30. Mai 1949).

15. Mai 1949

UNGARN MINDSZENTY VERURTEILT

In Ungarn wird der Fürstprimas und Kardinal Mindszenty nach schweren Mißhandlungen wegen „Hochverrats“ zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Die Kommunisten beabsichtigen damit, den Einfluß der katholischen Kirche in Ungarn auszuschalten (vgl. 26. Dezember 1948).[17]

23. Mai 1949

WESTDEUTSCHE LANDTAGE NEHMEN DAS GRUNDGESETZ AN

Die Landtage in den Ländern der drei westdeutschen Besatzungszonen nehmen, ausgenommen der bayerische Landtag, das Grundgesetz der von den Besatzungsmächten künstlich geschaffenen westdeutschen „Bundesrepublik“ an; d. h., diese Länder gestehen nach dem Willen der alliierten Militärgouverneure der künftigen westdeutschen Bundesregierung und dem künftigen Bundestag eine Reihe von Befugnissen zu, die bisher in die Kompetenz der Länder fielen. Doch hat das nur platonische Bedeutung, da die tatsächliche Gewalt nach wie vor bei den Besatzungsbehörden liegt. Bayern sperrt sich noch ein Weilchen. „Bundeshauptstadt“ wird Bonn. Dort findet auch die Inkraftsetzung des Grundgesetzes statt.[18]

30. Mai 1949

SBZ „VOLKS-KONGRESS“ AKZEPTIERT VERFASSUNG DER „DDR“

In der sowjetischen Besatzungszone des ehemaligen Deutschland „bestätigt“ der dritte „Deutsche Volkskongreß“ weisungsgemäß endgültig die Verfassung der mitteldeutschen „Demokratischen Republik“, eines ebenso künstlichen Gebildes, wie es die westdeutsche „Bundesrepublik“ darstellt, und wählt einen „Deutschen Volksrat“ mit 400 Abgeordneten. Auf der am 23. Mai zusammengetretenen Pariser Außenministerkonferenz der vier ehemaligen Alliierten wird gleichzeitig sowohl von den drei Westmächten als auch von der UdSSR eine „gesamtdeutsche“, gemeint ist: für alle vier Besatzungszonen zuständige Regierung gefordert.

SECHSTEILUNG DES REICHES

Doch einigt man sich nicht über das *Wie. Die Sechsteilung des ehemaligen Deutschen Reiches ist endgültig und wird Geschichte* (BRD, DDR, Westberlin, Österreich, Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie, Sudetenland).[19]

10. Juni 1949

ALBANIEN TODESURTEILE GEGEN KOMMUN. FUNKTIONÄRE

In Albanien werden hohe kommunistische Funktionäre wegen Zusammenarbeit mit Tito (Jugoslawien) zum Tode bzw. zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Damit wird zweierlei erreicht: Enver Hodscha beseitigt die parteiinterne Opposition, und die UdSSR erhält in Albanien ein Gegengewicht gegen Jugoslawien mit direktem Zugang zum Adriatischen, d. h. zum Mittelmeer (vgl. auch 15. Juni 1949).

12. Juni 1949

Im britisch-westafrikanischen Territorium Goldküste trennt sich der Generalsekretär der United Gold Coast Convention (UGCC) von dieser Partei, die seinem Radikalismus und persönlichen Sendungsbewußtsein die Gefolgschaft versagt, und gründet eine neue auf ihn zugeschnittene Partei: die Convention Peoples Party (CPP). Sein Name ist Kwame Nkrumah.

GOLDKÜSTE NKRUMAH GRÜNDET EIGENE PARTEI (CPP)

15. Juni 1949

In Ungarn wird der der kommunistischen Partei angehörende Außenminister Ladislaus Rajk verhaftet. Ihm wird Zusammenarbeit mit Tito in Jugoslawien (und, weil das noch nicht reicht, natürlich auch mit dem amerikanischen Geheimdienst) vorgeworfen. Am 24. September wird Rajk deswegen zum Tode verurteilt werden, nachdem er (nach entsprechender Sonderbehandlung) alles gestanden hat, was man von ihm hören will. Bei dieser Gelegenheit kündigt das ungarische Regime das erst am 8. Dezember 1947 (vgl. dort) in Budapest geschlossene Handels- und „Freundschafts"abkommen mit Jugoslawien. Die Freundschaft hat knapp anderthalb Jahre gedauert. Auch Bulgarien, Rumänien und die UdSSR selber kündigen die mit Jugoslawien geschlossenen Freundschafts- und Beistandspakte, nachdem Tito die vom Ostblock über sein Land verhängte Wirtschaftsblockade am 27. Dezember 1948 öffentlich verurteilt hat.

UNGARN RAJK VERHAFTET

BRUCH MIT JUGOSLAWIEN

OSTBLOCK GEGEN TITO

1. Juli 1949

Eine neugebildete „Katholische Aktion" in der Tschechoslowakei, die sich gegen den Einfluß der Kirche auf das politische Leben wendet, wird von der Kurie in Rom als schismatisch verurteilt und ihre Mitglieder werden exkommuniziert. Damit beginnt in der Tschechoslowakei ein Kirchenkampf. Alle Hirtenbriefe und Tagungen der Kirche müssen künftig von den kommunistischen Staatsbehörden genehmigt werden. Ein Kirchengesetz wird erlassen, nach dem die kirchlichen Gehälter vom Staat gezahlt werden, eine Liste über das kirchliche Vermögen anzulegen ist und der Staat ein Einspruchsrecht gegen die Ernennung von Bischöfen hat. Zahlreiche Geistliche werden verhaftet.

TSCHECHOSLOWAKEI NEUE „KATHOLISCHE AKTION" VON ROM VERURTEILT

KIRCHENKAMPF

Das Heilige Offizium des Vatikans in Rom erklärt am selben Tage die Exkommunizierung bzw. die Ausschließung von den Sakramenten aller derjenigen Katholiken, die ohne Zwang der kommunistischen Partei angehören oder diese unterstützen. Doch wird sich dieser konsequente Standpunkt nicht aufrechterhalten lassen, da damit die Bevölkerung der kommunistisch regierten Länder der katholischen Kirche gänzlich verloren ginge.

VATIKAN EXKOMMUNIZIERT KOMMUNISTEN

17. Juli 1949

USA LATTIMORE WILL SÜDKOREA „FALLEN-LASSEN"

Owen Lattimore, Mitglied des CFR, 1941/42 politischer „Berater" (adviser) der USA bei Tschiang Kai-schek und 1942/44 Abteilungsdirektor für Pazifikoperationen im US-Kriegsinformationsamt, schreibt im „Compass": „Man soll Südkorea fallen lassen, ohne daß es so aussieht, als stießen wir es. Daher die Empfehlung eines Abschiedsgeschenks von 150 Millionen Dollar." Einen Monat später wird er in einem Memorandum für das State Department wiederholen: „Südkorea ist mehr eine Belastung als ein Guthaben" und die USA sollten sich daher „so schnell wie möglich aus allen kompromittierenden Beziehungen zu Südkorea lösen". Die Parallele zur Haltung der USA gegenüber Südvietnam Ende Oktober 1972 ist deutlich.[20]

22. Juli 1949

ISLAND WIRD NATO-MITGLIED KEFLAVIK

Mit dem Beitritt Islands zur NATO ergibt sich die Möglichkeit, den US-Stützpunkt auf der Insel, Keflavik, künftig als NATO-Stützpunkt zu deklarieren und der Stützpunktfrage damit einen Teil ihrer innenpolitischen Brisanz zu nehmen (vgl. auch 5. Mai 1951).

31. Juli 1949

FLORIDA/USA GENEHMIGUNG FÜR KU KLUX KLAN

In den USA erteilt Gouverneur Fuller Warren für den Staat Florida die Genehmigung zur Gründung von Ku Klux Klan-Gruppen, die nach der Auflösung des Ordens im April 1944 vielerorts wieder aufleben. „Groß-Drache" wird Bill Hendrix aus Tallahassee. Es zeigt sich, daß das gemeinsame Front- und Kampferleben weißer und schwarzer Soldaten im Kriege die instinktive Abwehr des Andersrassigen nicht überwunden hat.[21]

5. August 1949

POLEN TODESSTRAFE FÜR VERURSACHUNG RELIGIÖSER UNRUHEN

In Polen erläßt die kommunistisch gelenkte Volksfrontregierung ein Gesetz, das eine Beeiflussung in Religions- und Gewissensfragen für den Fall, daß diese Beeinflussung zu Unruhen führt, mit der Todesstrafe belegt. Die Anwendung des päpstlichen Exkommunikationsdekrets für Kommunisten, d. h. also deren Ausschließung von den kirchlichen Sakramenten, wird mit Gefängnisstrafen (für den betreffenden Geistlichen) belegt (vgl. 1. Juli 1949).

12. August 1949

ROTES KREUZ 4. GENFER KONVENTION

Auf Betreiben des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Genf und unter Mitwirken der Schweizer Regierung einigen sich die Delegationen auf eine *4. Genfer Konvention,* die bei künf-

tigen Kriegen den Schutz der Zivilbevölkerung regeln soll. Auch die älteren Konventionen zum Schutze der Verwundeten und Kranken im Felde wie zur See (I und II) sowie über die Behandlung von Kriegsgefangenen (III) werden neu gefaßt. Das gesamte Werk wird am 8. Dezember 1949 in Genf von 71 Staaten offiziell unterzeichnet werden, auch von der UdSSR und ihren Satellitenstaaten. *Doch werden bis zum Jahre 1958 nur 35 Staaten das Abkommen ratifiziert haben.* Dementsprechend sieht auch die Praxis in allen seitherigen Kriegen aus.[22]

20. August 1949

UNGARN „VOLKS-REPUBLIK"

Das kommunistische Regime in Ungarn gibt dem Land eine neue Verfassung, in der es zur „Volksrepublik" erklärt wird. Als Staatsoberhaupt fungiert danach künftig ein Kollektiv, der „Präsidialrat". Fünf Monate später, am 28. Dezember 1949, werden Industrie- und Verkehrsbetriebe mit mehr als fünf Arbeitnehmern verstaatlicht werden.

24. August 1949

USA KEINE MILITÄR-BERATUNG FÜR TSCHIANG KAI-SCHEK BEZÜGLICH OPERATIONEN

Der US-Außenminister Dean Gooderham Acheson (früher Privatsekretär des Zionistenführers und Bundesrichters Louis D. Brandeis) erklärt gegenüber der Presse, die amerikanischen militärischen Berater bei Tschiang Kai-schek hätten *nicht* die Erlaubnis, in die Operationen einzugreifen. Der Senat hatte die Einbeziehung der „griechisch-türkischen Klausel" (milit. Beratung auch bezüglich Operationen) in das Chinahilfegesetz auf Verlangen des State Department, also Achesons selbst, wieder *gestrichen.* Auch W. C. Bullitt hat bereits im Herbst 1948 nach seiner Rückkehr von einem Chinabesuch berichtet, daß die „zur Unterstützung Tschiang Kai-scheks entsandte sogenannte Mission" angewiesen war, den Generalissimus in bezug auf die Operationen „*nicht* zu beraten", daß ferner „etwa die Hälfte der 1500 Mann ‚Militärmission' aus fellow-travellers und Kommunistenfreunden bestand".
Offensichtlich hatte also Truman, in dessen Memoiren man darüber nichts findet, die Mission nur nach China entsandt, um der Opposition im Kongreß Sand in die Augen zu streuen (vgl. hierzu 19. Mai 1919, Anm. 21: Acheson; ferner 29. November 1949).[23]

6. September 1949

GRIECHEN-LAND

Im griechischen Bürgerkrieg erringen die Regierungstruppen auf dem Grammosgebirge einen entscheidenden Sieg unter dem Befehl von Marschall Alexander Papagos über die kommunistischen EAM-Verbände der Gegenregierung des Generals Marcos (Vafi-

NIEDERLAGE DER KOMMUNISTEN ENDE DES BÜRGERKRIEGES

adis), die sich einen Monat später gezwungen sieht (9. Oktober), den Kampf einzustellen. Damit ist Griechenland vorerst dem Zugriff des sowjetischen Expansionsimperialismus entzogen. Doch versuchen die Kommunisten auch weiterhin, durch Agitation Einfluß zu gewinnen und werden dabei, wie üblich, von den „nützlichen Idioten" (Lenin) aus der Schicht der Intellektuellen unterstützt. Jugoslawien hat den griechischen Kommunisten seit Juli 1949 keine Hilfe mehr zukommen lassen.[24]

12. September 1949

WEST-DEUTSCHER „BUNDES-PRÄSIDENT" HEUSS „BUNDES-KANZLER" ADENAUER

In dem von den West-Alliierten geschaffenen westdeutschen Staatsgebilde, „Bundesrepublik Deutschland" genannt (vgl. 8. Mai 1949), wird Theodor Heuß (Freie Demokratische Partei) zum „Bundespräsidenten" gewählt. Der ehemalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, ein Mann mit ausgeprägten separatistischen Neigungen, dem Preußen, Protestantismus zuwider und die deutschen Ostgebiete fremd sind, wird „Bundeskanzler" und bildet eine „Regierung" von der Westmächte und Besatzungsbehörden Gnaden mit Mitgliedern aus Christlich Demokratischer Union, Freier Demokratischer Partei und Deutscher Partei. Sie wird sich von Anfang an zum Instrument der Umerziehungsmaßnahmen der Siegermächte hergeben, insbesondere der aus den USA zurückgekehrten Soziologen und „Politologen".

17. September 1949

WASHINGTON NATO-OBER-KOMMANDO VER-TEIDIGUNGS-AUSSCHUSS

In Washington beginnt die erste Sitzung des Atlantikrates der NATO. Es wird ein gemeinsames Oberkommando der Streitkräfte gebildet. Doch zeigt sich auch bereits, wie schwierig es sein wird, die Verteidigungsanstrengungen der Mitgliedstaaten zu koordinieren. Die Verteidigungsminister bilden einen Verteidigungsauschuß, und die ranghöchsten Offiziere der Heere und Flotten aller zwölf Länder beginnen mit der Planung einer gemeinsamen Verteidigungsstrategie (vgl. 27. Januar 1950).[25]

21. September 1949

PEKING PROKLAMATION DER VOLKSREPUBLIK CHINA

In Peking proklamieren die 611 Delegierten des kommunistischen „Politischen Volksrates" die Volksrepublik China. Artikel 1 des „Organischen Grundgesetzes" lautet: „Die chinesische Volksrepublik ist ein Staat der *demokratischen Volksdiktatur,* geführt von der arbeitenden Klasse, gegründet auf die Vereinigung der Arbeiter und Bauern, und vereint alle demokratischen Klassen und verschiedenen Nationalitäten innerhalb des Landes." Die Nationalarmee Tschiang Kai-scheks wird immer weiter nach Süden zurückgeworfen.[26]

23. September 1949

UDSSR ERSTE ATOM-BOMBEN-ZÜNDUNG

In den USA gibt Präsident Truman offiziell bekannt, daß in der UdSSR einige Wochen zuvor, um den 29. August, eine „Atomexplosion“ (tatsächlich war es die Testzündung einer Atombombe) mit Erfolg stattgefunden hat. Die Sowjets haben also etwa sechs Jahre benötigt, um aus den ihnen durch Roosevelt und Harry Hopkins übersandten Materialien und Gebrauchsanweisungen (vgl. 8. Januar 1944 mit Anm. 1) die erste eigene funktionierende Atombombe zu entwickeln. Die Nachricht erregt bei der Bevölkerung der USA einen Schock und trägt zur Enthüllung der Roosevelt-Hopkinschen Atomspionage zugunsten der UdSSR vor entsprechenden Untersuchungsausschüssen bei. Die Tatsache der erfolgten Zündung wurde am 3. September 1949 durch Luftprobe eines Überwachungsflugzeuges festgestellt.[27]

SCHOCK IN DEN USA

3. Oktober 1949

CHINA TSCHU EN-LAI MINISTER-PRÄSIDENT UND AUSSEN-MINISTER

Der politische Volksrat der Volksrepublik China in Peking (vgl. 21. September 1949) wählt die Mitglieder der ersten Regierung. Ministerpräsident und Außenminister wird Tschu En-lai (der mithin 1974 sein 25jähriges Amtsjubiläum als Regierungschef eines 600-Millionen-Volkes feiern kann).[28]

7. Oktober 1949

SBZ VERFASSUNG IN KRAFT „DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK“ PIECK GROTEWOHL ULBRICHT

Im von den Sowjets besetzten Teil des ehemaligen Deutschen Reiches macht sich der vom „Deutschen Volkskongreß“ (nicht von der Bevölkerung) gewählte „Deutsche Volksrat“ (vgl. 30. Mai 1949) zur „Deutschen Volkskammer“, d. h. zum Parlament im Sinne der Verfassung vom 18./19. März 1949, und setzt diese Verfassung in Kraft. Damit entsteht vier und einen halben Monat nach dem westdeutschen ein mitteldeutsches Staatsgebilde, „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) genannt, genauso künstlich und unorganisch wie das westliche und ebenso abhängig von der Besatzungsmacht, in diesem Falle der UdSSR, und ihren Zielen unterwürfig. Wilhelm Pieck, Altkommunist, wird zum Präsidenten gewählt, Otto Grotewohl bildet eine provisorische „Regierung“, SED-Parteichef ist Walter Ulbricht.

13. Oktober 1949

WESTDEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

In Westdeutschland bilden 16 Gewerkschaften den „Deutschen Gewerkschaftsbund“ (DGB) als ihre Dachorganisation und Organ des marxistisch verstandenen Klassenkampfes gegen die Unternehmer, die sich auch ihrerseits organisieren. Der DGB wird sehr bald die deutliche Tendenz zeigen, seinen Aufgabenbereich, die Interessenvertretung der Arbeitnehmer, zu überschreiten und

POLITISCHE AMBITIONEN

LINKSKURS
KAPITAL-INVESTIERUNG

— entgegen der in seiner Satzung vorgeschriebenen parteipolitischen Neutralität — einen politischen Linkskurs mit dem Ziel politischer Machtausübung durch Gewerkschaftsfunktionäre einzuschlagen. Zudem wird er über beträchtliche Kapitalien verfügen und bei deren Investierung selbst als vielfacher Unternehmer auftreten.[29]

15. Oktober 1949

BENELUX-STAATEN „VORUNION"

Die drei Beneluxstaaten Belgien, Luxemburg und die Niederlande bilden eine sogenannte „Vorunion". Nachdem ein gemeinsamer Zolltarif bereits seit dem 1. Januar 1947 besteht und die Vereinheitlichung des Zollwesens mit dem 1. Januar 1948 eingeleitet wurde, werden nunmehr drei beratende gemeinsame Ausschüsse für Zölle, Handelsverträge (mit Außenstehenden) und Handelsaustausch eingesetzt. Belgien und Luxemburg heben auch bereits untereinander die bestehenden Einfuhrbeschränkungen für Agrarprodukte auf.

25. Oktober 1949

TSCHECHO-SLOWAKEI
KIRCHEN-MINISTERIUM
EINLENKEN DES ÖRTL. KLERUS

In der Tschechoslowakei wird ein Ministerium für kirchliche Angelegenheiten gebildet. Gleichzeitig kapitulieren die katholischen Bischöfe (ausgenommen Erzbischof Josef Beran) und ordnen an, daß die Geistlichen das Staatskirchengesetz (vgl. 1. Juli 1949) unter Vorbehalt annehmen sollen. Staatspräsident Klement Gottwald wird am 24. November den Kirchenkampf für beendet erklären. Erzbischof Beran wird im darauffolgenden Jahre auf Schloß Romiztal interniert werden. Der Vatikan wird daraufhin die für Berans Internierung verantwortlichen tschechoslowakischen Funktionäre exkommunizieren und Beran zum Kardinal erheben. Für den Papst ist also der Kirchenkampf in der Tschechoslowakei noch nicht zu Ende.

KANADA—USA
GEMEINSAME VER-TEIDIGUNGS-LASTEN

27. Oktober 1949

Kanada schließt ein Abkommen mit den USA, das die Finanzierung der beiden Staaten gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen regelt. Damit werden im wesentlichen die Verhältnisse wiederhergestellt, wie sie während des Zweiten Weltkrieges herrschten.

noch Oktober 1949

NORDKOREA GREIFT SÜDKOREA AN
BÜRGERKRIEG

Nachdem die amerikanischen Truppen im Juni 1949 Korea verlassen haben, überfallen nordkoreanische, also „volksdemokratische" Partisanenverbände die südkoreanische Stadt Tschinju. Damit beginnt der koreanische Bürgerkrieg, aus dem sich im

folgenden Jahre der Koreakrieg entwickeln wird, dessen Verlauf die nicht zufällige Ambivalenz der nordamerikanischen Fernost-Politik enthüllt.

2. November 1949

In Den Haag findet eine „Round Table"-Konferenz von Vertretern der Niederlande, der Republik Indonesien, der föderalistischen Gebiete außerhalb der Republik Indonesien mit Vertretern der UNO-Kommission für den niederländisch-indonesischen Konflikt ihren Abschluß, bei der drei Abkommen entworfen werden. (Über die Bezeichnung „Round table" vgl.: noch 1915 mit Anm. 25 und 19. Mai 1919 mit Anm. 21). Die unter dem Druck der UNO und der USA zustande gekommenen Entwürfe betreffen die Übergabe der Souveränität an die Republik Indonesien, das Statut einer Niederländisch-Indonesischen Union (Commonwealth), die 1954/56 wieder aufgelöst werden wird, und ein Abkommen über die Übergangsregelung. Die Entwürfe werden erst am 30. Dezember 1949 in Amsterdam unterzeichnet werden.[30]

NIEDERLANDE— INDONESIEN ROUND TABLE-KONFERENZ MIT UNO-KOMMISSION

COMMONWEALTH

7. November 1949

In Polen wird der sowjetische Marschall Rokossowskij, in den Kämpfen um Stalingrad Befehlshaber einer sowjetrussischen Armeegruppe, polnischer Verteidigungsminister. Das kennzeichnet den Grad der Abhängigkeit Polens von der UdSSR, das Ergebnis der britischen Garantie für Polen 1939.

POLEN MARSCHALL ROKOSSOWSKIJ VERTEIDIGUNGSMINISTER

7./8. November 1949

Costa Rica gibt sich eine neue Verfassung bzw. erhält sie von Figueres (vgl. 8. Mai 1948). Der gleichzeitig direkt vom Volke gewählte Präsident Otilio Ulate Blanco kann tags darauf sein Amt erst nach Kämpfen gegen die bei der Wahl unterlegenen Parteien, insbesondere gegen die Kommunisten, antreten. Figueres übergibt ihm die Regierungsgeschäfte. Seine erste Maßnahme ist eine zehnprozentige Vermögensabgabe zur Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen.

COSTA RICA ULATE BLANCO PRÄSIDENT

VERMÖGENSABGABE

11. November 1949

Die UNO-Vollversammlung beschließt, daß das 1942 von den Italienern geräumte Libyen binnen eines Jahres seine Unabhängigkeit erhalten soll und daß die drei Landesteile, die teils unter britischer, teils unter französischer Verwaltung stehen, vereinigt werden.

UNO LIBYEN VEREINIGT

25. November 1949

USA STRAUSS EMPFIEHLT BAU DER WASSERSTOFF-BOMBE

Lewis L. Strauss, Mitglied der US-Atomenergiekommission, setzt sich in einem Schreiben an den Präsidenten Truman für die Entwicklung einer thermonuclearen Bombe (Wasserstoffbombe) mit höchster Dringlichkeitsstufe ein, da zu erwarten sei, daß in der UdSSR ebenfalls daran gearbeitet werde. Ein dem Schreiben beigefügtes Memorandum enthält den klassischen Satz: „Es ist kaum anzunehmen, daß sich eine Regierung von Atheisten durch ‚moralische' Gründe davon abhalten läßt, die Waffe herzustellen", und dazu das Washingtonzitat vom 17. September 1796: „Verstand wie Erfahrung lassen die Annahme nicht zu, daß es ohne religiöse Grundlage eine nationale Sittlichkeit geben kann."[31]

29. November 1949

CHINA TSCHUNKING IN DER HAND DER KOMMUNISTEN

Die Truppen der Chinesischen Volksrepublik nehmen Tschungking. Die Nationalregierung flieht nach Tschengtu, wird sich aber auch dort nur noch wenige Tage halten können und muß das gesamte Festlandchina den Kommunisten überlassen. Die prokommunistischen Kreise in den USA, die Erben Roosevelts, großenteils aktive Mitglieder des Council on Foreign Relations (CFR) und der mit diesem verflochtenen Organisationen, haben ein entscheidendes Ziel erreicht, auf das sie schon durch Unterstützung Sun Yat-sens hingearbeitet haben, insbesondere das Institute of Pacific Relations.[32]

6./8. Dezember 1949

CHINA GESAMTES FESTLAND KOMMUNISTISCH TSCHIANG GEHT NACH FORMOSA

Tschiang Kai-schek, die chinesische Nationalregierung und der noch verbliebene Teil der Nationalarmee setzen vom chinesischen Festland auf die Insel Formosa (Taiwan) über. Zahlreiche Flüchtlinge und versprengte Truppenteile werden in den kommenden Wochen und Monaten folgen. Taiwan mit der Hauptstadt Taipeh wird damit zum letzten Refugium und Sitz der Republik China (vgl. 1. März 1950).

10. Dezember 1949

AUSTRALIEN WAHL-NIEDERLAGE DER LABOURPARTY REGIERUNG MENZIES

Parlamentswahlen in Australien ergeben eine Niederlage der seit vielen Jahren vorherrschenden Arbeiterpartei. Vermutlich hat die Entwicklung in Korea (vgl.: noch Oktober 1949) die australischen Wähler beeinflußt. Ministerpräsident wird Robert Gordon Menzies. Er bildet eine liberale Regierung, die die von der Labour-Regierung zuvor betriebene Verstaatlichung der Schlüsselindustriebetriebe abbricht und anstatt dessen die Privatwirtschaft fördert. Die Regierung Menzies pflegt die Kontakte zu den USA, außerdem zu Indien und zum Malayischen Bund.

13. Dezember 1949

Die Regierung des Staates Israel verlegt ihren Sitz — entgegen dem Beschluß der UNO-Vollversammlung — nach Jerusalem. Die UNO hatte drei Tage zuvor beschlossen, Jerusalem solle einer internationalen Verwaltung unterstellt werden.[33]

ISRAEL REGIERUNGS-SITZ JERUSALEM

15. Dezember 1949

In Bonn unterzeichnen John Mac Cloy für die USA und Konrad Adenauer für die westdeutsche „Bundesrepublik" einen Vertrag über den Beitritt Westdeutschlands zum European Recovery Program (ERP, Marshallplan, vgl. 5. Juni 1947). Punkt 2 des Vertrages besagt, daß die amerikanischen Hilfeleistungen aus den Erlösen deutscher Exporte zurückzuzahlen sind, Punkt 4, daß die „Bundesrepublik" ausländische private Kapitalanlagen in Westdeutschland mittels ECA-Garantie unterstützen wird, Punkt 6, daß vordringlich Materialien produziert werden sollen, an denen es den USA mangelt. Es handelt sich also nicht um eine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern um hartes business. Bis zum 30. September 1949 betrugen die westdeutschen Schuldverpflichtungen aus Garioa-Lieferungen bereits (laut UPI) über 2,5 Milliarden Dollar.[34]

WESTDEUTSCHER BEITRITT ZUM MARSHALLPLAN

RÜCKZAHLBARKEIT DER ERP-GELDER

FÖRDERUNG AUSLÄNDISCHER KAPITAL-INVESTITIONEN

17. Dezember 1949

Entsprechend den Abkommen von Den Haag (vgl. 2. November 1949) erhält die Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien ihre volle Unabhängigkeit und Souveränität, theoretisch noch unter der niederländischen Krone, d. h. im Rahmen eines niederländischen Commonwealth. Doch wird das von indonesischer Seite niemals realisiert. Staatspräsident der Republik ist Achmed Sukarno, der es schon unter japanischer Besatzung bis 1945 war. Lediglich Niederländisch-Westneuguinea (West-Irian) bleibt vorerst noch niederländische Kolonie (bis 1962).[35]

INDONESIEN SOUVERÄN UND UNABHÄNGIG

SUKARNO PRÄSIDENT

29. Dezember 1949

Norwegen und die UdSSR schließen einen Vertrag über die Zuständigkeiten an der norwegisch-sowjetischen Grenze in Finnmarken und über Schlichtungsverfahren bei Grenzstreitigkeiten. Da Norwegen am 4. April 1949 Mitglied der NATO geworden ist, berühren sich an dieser Grenze Ostblock und Westblock unmittelbar, und ein „Grenzzwischenfall" kann unübersehbare Folgen haben. Andererseits kann von einer *eigenen* Verteidigungsbereitschaft Norwegens gegenüber dem dynamischen Expansionsimperialismus der Sowjetunion kaum die Rede sein. Man neigt

NORWEGEN—UDSSR GRENZVERTRAG

vielmehr von jeher dazu, die Gefahr zu bagatellisieren oder hofft, sie durch prokommunistisches Wohlverhalten abwenden zu können.

30. Dezember 1949

FRANKREICH VIETNAM, LAOS, KAMBODSCHA UNABHÄNGIG

Frankreich erklärt in Indochina Vietnam, Laos und Kambodscha zu unabhängigen, der Union française assoziierten Staaten. Staatsoberhaupt von Süd-Vietnam (im Norden herrscht Ho Tschi-min) wird Bao Dai (vgl. 23. Februar 1949). Hauptstadt Saigon.

noch 1949 (ohne nähere Datierung)

W. F. LIBBY C 14-ALTERS-BESTIMMUNG

Willard Frank Libby ermöglicht die Altersbestimmung von Substanzen, die Kohlenstoff enthalten, mit Hilfe des darin (in Spuren) vorhandenen radioaktiven Kohlenstoffes C14 und dessen Zerfallszeiten. Von dieser Methode der Altersbestimmung profitieren vor allem die Archäologie und mit ihr die Frühgeschichte, die nunmehr die Reihenfolge früher Kulturen mit größerer Sicherheit bestimmen kann. Libbys Methode wird das Geschichtsbild der Frühzeit wesentlich verdichten und verdeutlichen. Sie wird später durch die Baumring-(Jahresring-)Bestimmung korrigiert und damit zuverlässiger werden.

1950

5. Januar 1950

In der letzten Zuflucht der von den USA verratenen Nationalchinesen, auf der Insel Formosa (Taiwan) beschließt die Nationalversammlung, den Generalissimus Tschiang Kai-schek zum Präsidenten der Republik zu ernennen (Amtsantritt 1. März). Zum Hoheitsgebiet seiner Regierung gehören außer Formosa auch die Pescadores sowie die dem Festland unmittelbar vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu.

NATIONALCHINA (FORMOSA) TSCHIANG KAI-SCHEK STAATSPRÄSIDENT

6. Januar 1950

Großbritannien erkennt als einer der ersten Staaten die Volksrepublik China an. Das bedeutet, daß die britische Regierung die Staatshoheit der kommunistischen Regierung Mao Tse-tungs über das gesamte chinesische Gebiet nicht mehr bestreiten kann. So wird sie auch konsequent vier Jahre später (vgl. 8. September 1954) den Vorschlag der USA ablehnen, die nationalchinesische Regierung Tschiang Kai-scheks auf Formosa in die SEATO einzubeziehen.[1]

GROSSBRITANNIEN ERKENNT CHINESISCHE VOLKSREPUBLIK AN

13. Januar 1950

Im Sicherheitsrat der UNO erklärt der Vertreter der UdSSR, Malik, er werde den Sitzungen künftig fernbleiben, solange ein Vertreter Nationalchinas (Taiwans) anwesend sei. Am gleichen Tage ist das gesamte chinesische Festland (ausgenommen Tibet) in der Hand der Kommunisten. — Da Malik seinen Standpunkt in der Chinafrage nicht durchsetzen kann, wird er ab 1. August 1950 wieder an den Sitzungen des Sicherheitsrates teilnehmen und sogar turnusgemäß den Vorsitz übernehmen.[2]

UNO SICHERHEITSRAT UDSSR MALIK NATIONALCHINA

14. Januar 1950

Die Außenminister der Dominions des British Commonwealth of Nations beschließen bei ihrer Konferenz in Colombo den *Colomboplan,* der für zunächst sechs Jahre ein Entwicklungshilfeprogramm für die Länder Südostasiens festlegt (siehe oben, 6. Januar 1950).

COLOMBO-PLAN

26. Januar 1950

Indien gibt sich die Verfassung einer parlamentarisch-demokratischen Republik, eines Bundesstaates (Union) von 27 Staaten verschiedener Staatsform sowie einem Territorium der Andamanen und Nikobaren. Die Indische Union als Ganzes bleibt Mit-

INDIEN REPUBLIK BUNDESSTAAT (UNION)

PRASAD NEHRU

glied des British Commonwealth of Nations, anerkennt die britische Krone aber nur noch als „head of the commonwealth". Erster Präsident der Republik wird Rajendra Prasad, Ministerpräsident und Außenminister wird Pandit Jawaharlal Nehru.[3]

WESTDEUTSCHER BEITRITT ZUM MARSHALLPLAN RATIFIZIERT

Am gleichen Tage gestatten die USA dem auf westdeutschem Gebiet gebildeten Teilstaat den Beitritt zur ERP, also die Beteiligung am Marshallplan (vgl. 5. Juni 1947), nachdem der westdeutsche Bundestag den diesbezüglichen Vertrag mit den USA vom 15. Dezember 1949 (vgl. dort) ratifiziert hat, die erste „staatsrechtliche Vereinbarung der Bundesregierung", wie es im Ploetz heißt.

27. Januar 1950

WASHINGTON NATO MUTUAL ASSISTANCE ACT

In Washington unterzeichnen die Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten (vgl. 4. April 1949) den sogenannten „Mutual Assistance Act", der den Nordatlantikpakt detailliert, die Bedingungen festsetzt, unter denen man sich gegenseitig militärische Hilfe zu leisten hat, und sich aus *zweiseitigen* (gleichlautenden) Verträgen der einzelnen europäischen Mitgliedstaaten jeweils mit den USA zusammensetzt. Artikel 5 fordert möglichste Verhinderung von Spionage. Die US-Vertreter wissen wohl, daß es dazu zu spät ist (vgl. 8. Januar 1944 mit Anm. 1). Elf Annexe des Vertragswerkes enthalten als dessen integrierende Bestandteile die Details der praktischen Durchführung.[4]

31. Januar 1950

USA BAU DER WASSERSTOFFBOMBE

INITIATOREN LEWIS L. STRAUSS UND EDWARD TELLER

Auf Betreiben von Lewis L. Strauss und Edward Teller sowie nach Befürwortung durch einen Dreierausschuß von Dean Acheson (Außenminister, CFR), Louis Johnson (Verteidigungsminister) und David E. Lilienthal weist US-Präsident Harry S. Truman die nordamerikanische Atomenergiekommission an, „ihre Arbeit an allen Formen von Atomwaffen einschließlich der sogenannten Wasserstoff- oder Superbombe fortzusetzen". Begründung: in der UdSSR würde auch daran gearbeitet. Der Personenkreis, dem die Sowjetunion ihre diesbezüglichen Kenntnisse und Voraussetzungen verdankt, und der Personenkreis, der sich von Anfang an für die Entwicklung der Wasserstoffbombe in den USA eingesetzt hat, weisen eine weitgehende Verwandtschaft auf.[5]

NORDVIETNAM ANERKENUNG HO TSCHI-MINS DURCH UDSSR

Am selben Tage erkennt die UdSSR die in Nordvietnam etablierte kommunistische Gegenregierung Ho Tschi-mins gegen die von Frankreich gestützte Regierung Bao Dais in Südvietnam offiziell an, vier Tage nachdem Vietnam in die Französische Union

(vgl. 24. Dezember 1946) aufgenommen wurde (27. Januar 1950). Im Guerillakrieg Ho Tschi-mins gegen die französischen Truppen wird dieser auch von der Chinesischen Volksrepublik mit Waffen unterstützt.

1. Februar 1950

BULGARIEN
CERVENKOW

In Bulgarien wird ein streng linientreuer Stalinist, Vylko Červenkow, Ministerpräsident. Er wird am 20. November gleichen Jahres als Generalsekretär des Zentralkomitees auch die Führung der kommunistischen Partei Bulgariens übernehmen, betreibt dabei zugleich eine bulgarische Nationalpolitik und läßt überraschend eine viertel Million Türken ausweisen, von denen die Türkei nur 160 000 als Umsiedler unterbringen kann.

3. Februar 1950

GROSS-BRITANNIEN
ATOMSPIONAGE
KLAUS FUCHS

In England wird der deutschstämmige Atomwissenschaftler Klaus Fuchs verhaftet, weil er Atomspionage zugunsten der UdSSR betrieben hat. Fünf Jahre früher wäre er deswegen kaum verhaftet worden. Der sowjetische Nachrichtendienst muß schon ein übriges tun, um nach dem Tode von Roosevelt und Hopkins Ersatz zu schaffen (vgl. 8. Januar 1944 mit Anm. 1, 15. Juni 1950, 5. April 1951, 19. Juni 1953).[6]

14. Februar 1950

CHINA—UDSSR
BÜNDNIS-VERTRAG

Tschou En-lai und Andreij Wyschinskij unterzeichnen in Moskau einen Bündnisvertrag der Chinesischen Volksrepublik mit der UdSSR, der sich ausschließlich gegen Japan richtet, betont realpolitisch formuliert ist und sich ideologischer Gesichtspunkte enthält. Paraphiert wurde dieser Vertrag bereits im Dezember 1949, als Mao Tse-tung anläßlich der Feierlichkeiten zu Stalins 70. Geburtstag (21. Dezember) nach Moskau gekommen war. Der Austausch der Ratifizierungsurkunden wird am 30. September 1950 in Peking erfolgen. Der Vertrag soll zunächst 30 Jahre gültig bleiben. China erwartet davon in erster Linie Wirtschaftshilfe.[7]

CHURCHILL
UND TRYGVE LIE
FÜR
GIPFELTREFFEN

Am gleichen Tage setzt sich Churchill in einer Wahlrede in Edinburgh für ein Treffen der führenden Staatsmänner der Westmächte mit Stalin ein, damit „die Kluft überbrückt werden könnte, die zwischen diesen beiden Welten liegt, die dann ihr Leben, wenn nicht in Freundschaft, so doch ohne die Haßgefühle des Kalten Krieges leben könnten". Drei Tage später, am 17. Februar 1950, wird auch der Generalsekretär der UNO, der norwegische Kommunist Trygve Lie, vor der Presse in Lake Success erklären, daß er Verhandlungen zwischen den Großmächten begünstige.[8]

UDSSR GOLDRUBEL

BERNARD BARUCH IN MOSKAU

1. März 1950

Die UdSSR führt den Goldrubel ein, d. h. mißt dem Rubel eine bestimmte Menge Feingold zu, und zwar 0,222 Gramm. Damit entsprechen vier Rubel einem US-Dollar, auf den beiderseitigen Goldwert bezogen. Zu den Vorverhandlungen über die Rubelparität reiste bereits im Januar 1950 der alte Bernard Baruch aus den USA in das winterkalte Moskau. Der Kalte Krieg hat offenbar Pause oder aber Baruch gehört zu denjenigen „Amerikanern", die „über" dem Kalten Kriege stehen. Für sie *ist* die world bereits one und braucht es nicht erst zu werden.[9]

BELGIEN 57,68% FÜR RÜCKKEHR LEOPOLDS III.

12. März 1950

In Belgien ergibt eine durch Gesetz vom 8. Februar anberaumte Volksabstimmung 57,68 Prozent der Stimmen für eine Rückkehr König Leopolds III. auf den Thron. Während der Anti-„Kollaborateur"-Psychose unmittelbar nach dem Kriege mit ihren pathologischen Begleiterscheinungen war durch Gesetz vom 19. Juli 1945 die Wiederausübung der verfassungsmäßigen Rechte als Monarch von einer Zustimmung des Parlaments abhängig gemacht worden. Das Ergebnis der Volksabstimmung wird nun zunächst die Auflösung des Parlaments am 30. April 1950 und die Bildung einer neuen christlich-sozialen Regierung zur Folge haben (vgl. weiter: 4. Juni 1950).

TSCHECHOSLOWAKEI „TREUEEID" DER KIRCHEN

15. März 1950

In der Tschechoslowakei leisten die Leiter bzw. Oberhäupter der nicht katholischen Kirchen einen „Treueeid" (!) auf den kommunistischen Staat. Das heißt: die Führer der Christenheit verpflichten sich den Vertretern der Gottlosigkeit gegenüber zur „Treue". Sie geben also sich und ihr Bekenntnis auf. Indessen wird der katholische Erzbischof Beran auf Schloß Romiztal interniert, weil er eine ähnliche Selbstaufgabe abgelehnt hat.

FINNLAND REGIERUNG KEKKONEN

UDSSR NEUTRALITÄT SCHWEDENS

17. März 1950

In Finnland bildet Urho Kekkonen von der Agrarpartei eine neue Regierung, die das Kabinett des Sozialdemokraten Karl August Fagerholm (seit 1948) ablöst und sich ihrerseits bis 1956 im Amte halten wird, mit kurzen Unterbrechungen. Kommunisten sind in diesem Kabinett nicht mehr vertreten. Trotzdem bleibt das Verhältnis zur UdSSR ungetrübt, da die Sowjets nicht durch stärkeren Druck auf Finnland Schweden ins westliche Lager treiben wollen. Sie sind an der Aufrechterhaltung der Neutralität Schwedens interessiert.

21. März 1950

In Stockholm (Schweden) tagt der am 21. April 1949 gegründete, kommunistisch gelenkte „Weltfriedensrat". Er fordert u. a. ein Verbot der Atombombe, selbstverständlich in Kenntnis der Tatsache, daß die UdSSR am wenigsten bereit sein würde, auf Bau und Bereitstellung von Atombomben zu verzichten. Die Forderung, mit einem Aufruf zur Unterschriftensammlung gekoppelt, dient lediglich agitatorischen Zwecken. Ein Jahr später wird der gleiche „Weltfriedensrat", der sich engagierter Pazifisten und Christen als „nützlicher Idioten" im Sinne Lenins bedient, wegen staatsfeindlicher Tätigkeit aus Frankreich ausgewiesen werden und seinen Sitz nach Prag verlegen.[10]

STOCKHOLM
„WELTFRIEDENSRAT"
„NÜTZLICHE IDIOTEN"

26. März 1950

In El Salvador wird die alte Verfassung von 1886 (45 Jahre nach Erlangung der staatlichen Selbständigkeit 1841 geschaffen) wiederhergestellt, allerdings mit zahlreichen Reformen. Sie war 1939 außer Kraft gesetzt worden und wird noch im November 1950 durch bedeutende Vollmachten für den Präsidenten grundsätzlich außer Gültigkeit geraten.[11]

EL SALVADOR
ALTE VERFASSUNG

1. April 1950

Die UNO überläßt Italien als befristetes Mandat die treuhänderische Verwaltung von Italienisch-Somaliland. Allerdings wird der italienischen Verwaltung ein UNO-Beirat mit Vertretern Ägyptens, Kolumbiens und der Philippinen zur Seite gestellt. Die Unabhängigkeit des Gebietes soll innerhalb von zehn Jahren erreicht werden.[12]

ITALIEN
SOMALILAND
UNO

8. April 1950

Indien und Pakistan schließen ein Abkommen über die Behandlung und Stellung der beiderseitigen Minderheiten, denen die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zugesichert wird. Das Abkommen betrifft jedoch nicht das Kaschmir-Problem. Die Bevölkerung Kaschmirs ist in der Mehrheit mohammedanisch. Trotzdem wurde das Land durch seinen hindustanischen Landesherrn am 27. Oktober 1947 der Indischen Union angeschlossen (vgl. 15. Juli 1951).

INDIEN—PAKISTAN
MINDERHEITEN-ABKOMMEN
KASCHMIR

24. April 1950

Transjordanien nimmt unter der Regierung König 'Abd Allahs (vgl. 22. Mai 1946) den Namen „Haschimidisches Königreich Jordanien" an, nachdem es im Waffenstillstand mit Israel von

KÖNIGREICH JORDANIEN

1949 das westjordanische Hügelland und die Altstadt von Jerusalem behalten hat.

noch April 1950

ZENTRAL-AFRIKA BOGANDA MESAN

In Oubangi-Chari, seit Dezember 1958 (vgl. dort) Zentralafrikanische Republik, bildet sich die 1946 vom Abbé Barthélémy Boganda gegründete landwirtschaftliche Genossenschaft zur „Bewegung für die soziale Entwicklung Schwarzafrikas" um (Mouvement d'Evolution Sociale de l'Afrique Noire, MESAN). Die Bewegung verzichtet bewußt auf ein festgelegtes Parteiprogramm und wendet sich an alle Bevölkerungskreise.

5. Mai 1950

THAILAND RAMA IX. PHUMIPHOL

In Thailand (Siam) wird Rama IX. Phumiphol zum König gekrönt. Die Regierungsgewalt liegt in den Händen des Militärdiktators Marschall Pibul Songgram (vgl. 8. November 1947).

UDSSR DEUTSCHE KRIEGS-GEFANGENE

Am gleichen Tage erklärt die Regierung der UdSSR, die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen sei abgeschlossen, ausgenommen Kranke und *„Verurteilte"*. Eine Verlautbarung des westdeutschen Roten Kreuzes besagt, von der etwa einen Million im Osten vermißter deutscher Soldaten des Zweiten Weltkriegs, von denen noch keine Nachricht vorliegt, sei die Mehrzahl nicht mehr am Leben. Früheren Meldungen aus der UdSSR zufolge müßten sich aber noch etwa anderthalb Millionen Gefangene dort befinden.

9. Mai 1950

FRANKREICH SCHUMAN VORSCHLAG ZUR MONTAN-UNION

Der französische Außenminister Robert Schuman unterbreitet einen Vorschlag, die westdeutsche wie auch die eigene französische Kohle- und Stahlproduktion „unter eine gemeinsame oberste Autorität innerhalb einer Organisation zu stellen, die der Mitwirkung anderer Staaten Europas offensteht". In der Praxis bedeutet das die deutsche Kohleförderung und Stahlproduktion für immer französischer Aufsicht bzw. internationaler Aufsicht unter französischer Dominanz unterstellen. Schumans Vorschlag stellt die konsequente Weiterführung des „Ruhrstatuts" dar (vgl. 28. April 1949) und führt seinerseits zur Montanunion (EGKS, vgl. 18. April 1951).

12. Mai 1950

ITALIEN „SILA-GESETZ" BODENREFORM)

In Italien hat ein Bauernaufstand in der Provinz Kalabrien die Verabschiedung des sogenannten „Sila-Gesetzes" zur Folge. Es verfügt die Enteignung eines Teiles des Großgrundbesitzes gegen

Abfindung sowie die Aufteilung dieses Landes in Fünf-Hektar-Parzellen, die als Eigentum an landlose bzw. landarme Bauern vergeben werden. Dabei sollen 25 neue Ortschaften entstehen. Bis 1954 werden in diesem Rahmen etwa eine Million Hektar neu besiedelt sein.

14. Mai 1950

TÜRKEI WAHLSIEG DER DEMOKRATEN

In der Türkei werden Parlamentswahlen durchgeführt, bei denen die (erst 1946 gegründete) Demokratische Partei die Mehrheit der Stimmen gewinnt. Damit ist die Epoche des „Kemalismus", der geistigen Erneuerung im Sinne Kemal Atatürks und seiner Mitkämpfer (Ismet Inönü) abgeschlossen. Staatspräsident wird acht Tage später Celâl Bayar, Ministerpräsident Adnan Menderes werden, der aber außenpolitisch die Anlehnung an die Westmächte beibehalten wird.

15. Mai 1950

SYDNEY COMMONWEALTH-KONFERENZ AUSBAU DES COLOMBO-PLANES

In Sydney in Australien beginnt eine fünftägige Konferenz der Staaten des British Commonwealth of Nations, die in Fortsetzung der Konferenz von Colombo (vgl. 14. Januar 1950) das Entwicklungshilfeprogramm für die Wirtschaft der südostasiatischen Länder im Umfange von 2 Milliarden Pfund Sterling ausbaut. Südafrika bleibt von der Konferenz ausgeschlossen, offenbar weil seine Innenpolitik der getrennten Entwicklung der verschiedenen Rassen es bei den übrigen Commonwealth-Mitgliedern als nicht gesellschaftsfähig erscheinen läßt. Die britische Regierung wird den Colomboplan und die Vereinbarungen von Sydney am 28. November 1950 veröffentlichen.

USA SABOTAGE AN DER CHINAHILFE

Am selben Tage sagt der nordamerikanische Vize-Admiral R. S. Berkeley: „Die Rotchinesen würden noch immer nördlich der Großen Mauer stehen, wenn bestimmte, vom Kongreß vor zwei Jahren bewilligte Waffen rechtzeitig die Nationalchinesen erreicht hätten. Aus irgendwelchen Gründen dauerte es aber neun Monate, bis sie nach China gebracht wurden. Irgendwo hat irgend jemand in den Vereinigten Staaten sich verzögernd und verschleppend in die Angelegenheit eingemischt . . ." (vgl. auch 30. April 1949).[13]

21. Mai 1950

NICARAGUA WIEDERWAHL SOMOZAS

In Nicaragua wird Staatspräsident Somoza wiedergewählt. Fünf Monate später, am 11. November 1950, wird die neue Verfassung dem Präsidenten eine sechsjährige Amtsperiode sowie die Ausübung der Exekutive mit einem von ihm ernannten Kabinett zubilligen.

23. Mai 1950

WESTALLIIERTE PROTESTIEREN GEGEN „KASERNIERTE VOLKSPOLIZEI"

Frankreich, Großbritannien und die USA protestieren in Moskau formal und vergeblich gegen die Aufstellung militärisch bewaffneter Polizeikräfte in der von den Sowjets besetzten Zone des ehemaligen Deutschland („Kasernierte Volkspolizei"). Bis Anfang 1951 werden diese Bereitschaften schon zu einer einsatzfähigen Armee von rund 65 000 Mann angewachsen sein. Ihr Aufbau begann bereits am 3. Juli 1948.[14]

29. Mai 1950

USA „GEHEIME REGIERUNG" FRANKFURTER—LEHMANN—MORGENTHAU

Die Chicago Tribune in den USA veröffentlicht auf ihrer ersten Seite die Fotos von Felix Frankfurter (Bundesrichter und Zionist), Herbert H. Lehmann (Bankier, UNRRA-Vorsitzender und Senator) sowie Henry Morgenthau jun. (Finanzminister unter F. D. Roosevelt) und bezeichnet die drei Genannten als „die geheime Regierung der Vereinigten Staaten". Felix Frankfurter wird als der „mächtigste Mann in der Regierung" bezeichnet, dessen Einfluß bis ins Weiße Haus reiche. Dazu bemerkt Robert H. Williams (vgl. 21. Dezember 1950), Lehmann habe als Chef der UNRRA viele Millionen Dollar in die Ostblockstaaten geleitet (*nach* dem Zweiten Weltkrieg) und Morgenthau habe durch den Morgenthauplan ganz Deutschland in die Arme des Kommunismus zu treiben versucht.[15]

noch Mai 1950

GRIECHENLAND WOHNUNGSBAUPROGRAMM

Zur Behebung der im griechischen Bürgerkrieg entstandenen Zerstörungen und Notlage räumt die griechische Regierung dem Wohnungsbau eine eigene Abteilung im Rahmen der allgemeinen Landesplanung ein. Allein 42 000 Gebäude in 880 Ortschaften waren unbewohnbar geworden. Das Wohnungsbauprogramm sieht die Investierung von 80 Millionen Dollar aus Mitteln der Economic Cooperation Administration vor, des europäischen Wiederaufbauprogramms der USA (vgl. 16. April 1948).

1. Juni 1950

RUMÄNIEN ARBEITSGESETZBUCH ZWANGSARBEIT

In Rumänien wird ein Arbeitsgesetzbuch nach dem Muster des in der Sowjetunion eingeführten in Kraft gesetzt. Es sieht unter bestimmten Voraussetzungen auch die Durchführung von Arbeitsvorhaben mittels Zwangsarbeit vor.

4. Juni 1950

BELGIEN

Die neue belgische Regierung der Christlich-Sozialen (vgl. 12. März 1950) ruft König Leopold III. aus der Schweiz nach Belgien

zurück. Er wird dort am 20. Juli eintreffen. Daraufhin werden die belgischen Sozialisten, die gar nicht daran denken, sich an das Ergebnis des Volksentscheids (vgl. 12. März 1950) zu halten, den „Beginn einer Revolution" demonstrieren und Leopold zwingen, zugunsten seines Sohnes Baudouin auf die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte zu verzichten (vgl. 17. Juli 1951). Der Vorgang ist außerordentlich kennzeichnend für das Demokratieverständnis von Sozialisten.[16]

REGIERUNG RUFT LEOPOLD III. ZURÜCK

ABDANKUNG

6. Juni 1950

Der stellvertretende Ministerpräsident des in der sowjetischen Besatzungszone des ehemaligen Deutschland künstlich geschaffenen Staatsgebildes, Walter Ulbricht, schließt in Warschau mit der von Moskau eingesetzten Regierung Polens (Cyrankiewicz) ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und erklärt („Warschauer Deklaration"), seine Regierung (Grotewohl) sei bereit, wie bereits am 12. Oktober 1949 verkündet, „die festgelegte, zwischen den beiden Staaten bestehende unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße zu markieren" und binnen Monatsfrist alle diesbezüglichen Fragen einschließlich des Grenzverkehrs durch ein Abkommen zu regeln. Diese Erklärung ist ein einseitiger Vorgriff auf die nur von allen vier Siegermächten gemeinsam auszuhandelnde endgültige Grenzziehung.[17]

SBZ—POLEN „WARSCHAUER DEKLARATION"

13. Juni 1950

Die Regierung Malan (National Party) in Südafrika (vgl. 3. Juni 1948) erläßt den Group Areas Act, ein Gesetz zur Aufteilung des Landes in vier Wohnzonen für die weiße, schwarze, indische und gemischte Bevölkerungsgruppe. Ergänzende Bestimmungen für entsprechende Umsiedlungsmaßnahmen werden erst vier Jahre später erlassen werden. Mit diesem Gesetz wird die Politik der „getrennten Entwicklung" der verschiedenen Bevölkerungsgruppen eingeleitet, die aufgrund ihrer klaren politischen Einsichten (von der erblichen Verschiedenheit der Rassen) alsbald eine globale Agitationswelle gegen Südafrika auslösen wird.

SÜDAFRIKA GROUP AREAS ACT (GETRENNTE WOHNGEBIETE)

15. Juni 1950

In New York überführen FBI-Beamte nach Harry Gold auch David Greenglass der Atomspionage zugunsten der UdSSR (vgl. 3. Februar 1950). Harry Hopkins, der enge Freund und Bevollmächtigte des Präsidenten F. D. Roosevelt, der sich desselben Vergehens in weit schwererer Weise schuldig gemacht hat, sowie Roosevelt selbst, der Hopkins dabei voll deckte, können nicht

USA ATOMSPIONE GOLD UND GREENGLASS

mehr zur Verantwortung gezogen werden. Beide sind tot (vgl. 8. Januar 1944 mit Anm. 1).[18]

17. Juni 1950

KAIRO ARABISCHE LIGA DEFENSIV-BÜNDNIS

In Kairo unterzeichnen die Vertreter der Arabischen Liga unter dem Eindruck ihrer Niederlage im Krieg gegen Israel 1948/49 und auf Betreiben des ägyptischen Ministerpräsidenten Nahas Pascha (des Führers der starken nationalen Wafd-Partei) einen Vertrag über ein Defensivbündnis. Zunächst unterzeichnen Ägypten, Jemen, Libanon, Saudiarabien und Syrien. Der Irak wird dem Bündnis erst am 2. Februar 1951, Jordanien am 16. Februar 1952 beitreten. Artikel 2 sieht gegenseitige militärische Hilfeleistung im Falle eines Angriffes, Artikel 5 und 6 einen ständigen Militärausschuß und einen gemeinsamen Verteidigungsrat, Artikel 7 und 8 einen gemeinsamen Wirtschaftsrat vor. Ein Militärprotokoll behandelt die Erstellung eines Verteidigungplanes und die Frage des Oberkommandos.[19]

23. Juni 1950

SBZ— TSCHECHOSLOWAKEI „PRAGER DEKLARATION"

Die sowjetische Marionetten- und Emigrantenregierung in Berlin-Pankow für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands unterzeichnet in Prag ein Abkommen mit der Tschechoslowakei („Prager Deklaration"), in dem die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Böhmen, Mähren und dem Sudetenland 1945 als unabänderlich und „gerecht" anerkannt wird. Drei Tage später wird sie in Budapest die „Budapester Deklaration" unterzeichnen, vgl. 26. Juni 1950.

25. Juni 1950

NORDKOREA GREIFT SÜDKOREA AN

Starke Infanterie- und Panzerverbände der „volksdemokratischen" Republik Korea (Nordkorea) gehen über die Demarkationslinie, den 38. Breitengrad, zum Angriff auf die südkoreanische Hauptstadt Seoul vor. Dieser Angriff ist durch den Abzug der amerikanischen Truppen aus Südkorea genau ein Jahr zuvor, der einer Einladung an Kim Il-sung gleichkam, geradezu provoziert worden (vgl. 12. September 1948, noch Oktober 1949).

26. Juni 1950

SBZ—UNGARN „BUDAPESTER DEKLARATION"

In Budapest unterzeichnen Istvan Dobi für Ungarn und Walter Ulbricht für den mitteldeutschen Sowjetsatelliten eine gemeinsame Ergebenheitserklärung gegenüber der „großen Sowjetunion". Diese „Budapester Deklaration" besteht zu 95 Prozent aus nichtssagenden, schwülstigen Phrasen. Nur im letzten Halb-

satz erwähnt sie „den Abschluß von wissenschaftlich-technischen, finanziellen, kulturellen und eines Warenverkehrs-Übereinkommens".

27. Juni 1950

Der Präsident der USA, Truman, befiehlt Marine- und Luftstreitkräften unter dem Oberkommando des Generals Douglas MacArthur, dem südkoreanischen Militär gegen den nordkoreanischen Angriff (vgl. 25. Juni 1950) Hilfe zu leisten. Dieser Befehl ist nach dem Abzug der US-Truppen aus Südkorea ein Jahr zuvor nur zu verstehen, wenn man von einer Scheinkriegführung ausgeht, wie sie George Orwell in seinem 1949 erschienenen Schlüsselroman „1984" enthüllt. Die Tragik MacArthurs besteht darin, daß er den Befehl wörtlich nimmt, den Koreakrieg für echt hält und auch in diesem Sinne führt. Der Sicherheitsrat der UNO beschließt, alle Mitgliedsländer zur militärischen Unterstützung der USA bei der Abwehr der nordkoreanischen Aggression aufzufordern. Dieser Beschluß wird dann durch die UdSSR, deren Vertreter an der Sitzung nicht teilnimmt (vgl. 13. Januar 1950) für ungültig erklärt werden.

USA HILFE FÜR SÜDKOREA

SCHEINKRIEG A LA ORWELL

MAC ARTHUR

29. Juni 1950

Die nordkoreanischen Verbände erobern Seoul und werden bis Ende August 1950 ganz Südkorea überrannt haben, ausgenommen die Küstenstadt Pusan (Fusan) an der Koreastraße und ihr Hinterland bis zum schwer umkämpften Taegu.[20]

NORDKOREA EROBERT SEOUL

30. Juni 1950

In der Chinesischen Volksrepublik wird ein Gesetz zur Bodenreform verkündet. Damit beginnt die Verfolgung von etwa acht Prozent der Landbevölkerung, die als „Grundherren" bezeichnet, enteignet, eingesperrt und vielfach auch öffentlich hingerichtet werden. Der Vorgang entspricht weitgehend der Ausrottung der Kulaken, der Großbauern in der Sowjetunion durch Stalin und Kaganowitsch.[21]

CHINA VERFOLGUNG DER „GRUNDHERREN"

Am gleichen Tage erklärt der Vatikan, daß alle Katholiken künftig als exkommuniziert zu gelten haben, die die Autorität der römisch-katholischen Kirchenleitung untergraben und ohne Zustimmung der Kurie hohe kirchliche Ämter übernehmen. Die Erklärung ist als Abwehrmaßnahme gegen Unterwanderung des Klerus in kommunistisch regierten Ländern durch prokommunistische Kräfte zu verstehen. Das gilt weitgehend auch für die Enzyklika

VATIKAN EXKOMMUNIZIERT SUBVERSIVE AMTSTRÄGER

ENZYKLIKA „HUMANI GENERIS“

Papst Pius XII. „Humani generis ...“, in der die kirchliche Hierarchie und Institution als das unentbehrliche Fundament katholischer Glaubensverwirklichung bezeichnet werden. Rom geht in die Defensive.

4. Juli 1950

ALBANIEN SOWJET-VERFASSUNG UND DIKTATUR HODSCHAS

In Albanien wird die Verfassung nach dem Vorbild der Sowjetunion revidiert. Als Staatsoberhaupt fungiert das Präsidium der Nationalversammlung, dessen Vorsitzender Omer Nishani wird. Doch bleibt davon die beherrschende diktatorische Position Enver Hodschas unberührt, der nach wie vor zugleich Regierungschef (Ministerpräsident) und Parteiführer (Generalsekretär der Arbeiterpartei) ist und bis 1954 bleiben wird (vgl. 20. Juli 1954).[22]

6. Juli 1950

SBZ—POLEN ODER-NEISSE-„GRENZ-ABKOMMEN“

Am letzten Tage der in der „Warschauer Deklaration“ gesetzten Frist (vgl. 6. Juni 1950) unterzeichnen in Görlitz (Schlesien) Grotewohl und Dertinger für die mitteldeutsche Sowjet-Niederlassung und Cyrankiewicz sowie Wierblowsky für die sowjethörige Regierung Polens ein Oder-Neiße-Grenzabkommen, das die Demarkationslinie des Potsdamer Abkommens von 1945 einseitig, d. h. ohne Zustimmung der Westmächte, zur Staatsgrenze erklärt und zu deren genauer Markierung im Terrain eine gemischte Kommission aus je vier Sowjets sächsischen Dialekts und vieren polnischer Sprache einsetzt. 22 Jahre später werden im westlichen Teil des ehemaligen Deutschland die sozial-liberale Regierung Brandt/Scheel und der Bundestag diese Grenzziehung anerkennen, und die Westmächte werden dafür dankbar sein, daß sie auf diese Weise einer peinlichen Revision des Potsdamer Abkommens von 1945 enthoben sind.[23]

7. Juli 1950

KOREAKRIEG UNO-KONTINGENTE UNTER US-OBER-KOMMANDO

Die für den Koreakrieg abgestellten militärischen Kontingente von UNO-Mitgliedstaaten werden US-amerikanischem Oberkommando, d. h. General MacArthur unterstellt. Die UdSSR unternimmt dagegen über ihre Erklärung hinaus (vgl. 27. Juni 1950) nichts. Offenbar ist man sich im Kreml darüber im klaren, um was für eine Art von Krieg es sich hier handelt.

10. Juli 1950

ISRAEL ARABER OHNE STAATSBÜRGER-SCHAFT

Bei der Schlußdebatte über das israelische Staatsbürgergesetz in der Knesseth (Parlament) erklären die beiden arabischen Abgeordneten Tewfik Tubbi und Alasawi, „daß auch das Staatsbürgergesetz die Araber den Juden nicht gleichstellt. Nur etwa

60 000 Araber wurden von der Volkszählung im November 1948 erfaßt und erhielten ihre Identitätskarten. Darüber hinaus sind aber noch 100 000 Araber ohne staatsbürgerlichen Status". So erklärt es sich, daß die Araber nur *vier* Abgeordnete in der Knesseth haben, die Hebräer aber — bei einer derzeitigen Bevölkerungszahl in Israel von 1 250 000 Seelen — 116 Abgeordnete.[24]

14. Juli 1950

USA KEINE SCHWEREN WAFFEN FÜR SÜDKOREA

Der US-Brigadegeneral W. L. Roberts, der zwei Jahre lang die Ausbildung der südkoreanischen Armee beaufsichtigt hat, bestätigt in einer Pressekonferenz, daß die USA Südkorea schwere Waffen verweigerten. „... die Südkoreaner hielten den Angriff für die beste Verteidigung. Das versetzte uns in eine paradoxe Lage. Um sie vom Angriff abzuhalten, gaben wir ihnen keine Kampfflugzeuge, keine Panzer und keine schwere Artillerie." Vgl. hierzu 27. Juni 1950![25]

17. Juli 1950

SÜDAFRIKA SUPPRESSION OF COMMUNISM ACT

Die Regierung Malan in Südafrika erläßt den Suppression of Communism Act, ein Gesetz, das der Regierung die Möglichkeit gibt, kommunistische Agitatoren und andere der Regierungspolitik aktiv entgegenwirkende Personen unter Strafverfolgung zu stellen. Das wurde notwendig, nachdem der Group Areas Act (vgl. 13. Juni 1950) eine regierungsfeindliche Kampagne im In- und Auslande ausgelöst hatte.

noch Juli 1950

SCHWEDEN ISRAEL

GRÄFIN BERNADOTTE

Schweden erteilt dem Gesandten Israels, Dr. Abraham Katznelson, das Agreement und legt damit den diplomatischen Konflikt bei, den die Ermordung des Grafen Bernadotte (vgl. 17. September 1948) nach sich zog. Schweden gab sich mit einer Schadenersatzsumme zufrieden. Die Witwe des ermordeten Grafen lehnte diese Entscheidung ab. „Das Geld wurde ihr daraufhin nicht ausgezahlt", meldete eine israelische Quelle.[26]

7. August 1950

ISRAEL WESTDEUTSCHE JUDEN „SCHWARZER MARKT"

Die Zeitung Jedioth Chadaschoth in Tel Aviv (Israel) schreibt: „Für ein Verbleiben der Juden in Deutschland [gemeint ist das von den Westmächten kontrollierte Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches] gibt es keinen Grund mehr außer dem Schwarzen Markt. 35 000 Juden sind noch in Westdeutschland, 10 000 warten auf ihre Ausreise. Der Reste genießt nicht mehr die Hilfe und Unterstützung der israelischen Behörden." Das bedeutet, daß

zionistische Vereinigungen im westdeutschen Raum nicht im Namen Israels auftreten können.[27]

21. August 1950

WESTDEUTSCHE PFADFINDER IM LONDONER I.B.

Der Ring Deutscher Pfadfinderbünde, dem der Bund Deutscher Pfadfinder, der Christliche Pfadfinderbund Deutschlands und der Deutsche Pfadfinderbund St. Georg angehören, wird Mitglied der Internationalen Pfadfinderkonferenz, d. h. dem Londoner Internationalen Scoutbüro (I. B.) angeschlossen.[28]

23. August 1950

ADENAUER OFFERIERT WESTDEUTSCHEN VERTEIDIGUNGSBEITRAG IN DER NATO

Der Bundeskanzler des auf westdeutschem Gebiet von den Westalliierten kreierten Staatsgebildes, Konrad Adenauer, offeriert in einem Memorandum dem „Hohen Kommissar" der nordamerikanischen Sieger- und Besatzungsmacht MacCloy einen militärischen Beitrag der „Bundesrepublik" im Rahmen der NATO-Streitkräfte, während noch zahlreiche deutsche Soldaten und Offiziere im In- und Auslande in den Gefängnissen der Siegermächte bzw. ihrer Trabanten festgehalten werden, sogar noch Hinrichtungen bevorstehen.[29]

24. August 1950

ISRAEL ARABER INTERNIERT UND ZUR AUSWANDERUNG AUFGEFORDERT

Die Zeitung Jedioth Chadaschoth in Tel Aviv (Israel) schreibt: „Was geht in Mikdal Gad vor? Ungefähr 2000 Araber wurden aus Sicherheitsgründen in einem besonderen Teil der Stadt untergebracht. Es wurde ihnen untersagt, dieses für sie bestimmte Gebiet zu verlassen. In dieser Situation fand vor einigen Tagen das Gerücht Nahrung, daß die israelischen Behörden die Araber von Mikdal Gad aufgefordert hätten, auszuwandern oder nach dem Norden zu ziehen. Es wird Klage darüber geführt, daß diese Araber Konsumgüter, die ihnen zustehen, seit Wochen nicht erhalten haben." Es handelt sich bei dieser Meldung nicht um einen Einzelfall. Sie beleuchtet vielmehr die israelische Araberpolitik allgemein.[30]

noch August 1950

SUKARNO ZENTRALISIERT DIE REPUBLIK INDONESIEN

Achmed Sukarno schließt den indonesischen Staatenbund (Vereinigte Staaten von Indonesien) zu einer zentralistisch regierten Republik zusammen (vgl. 17. Dezember 1949). Das kann natürlich nur gegen den Widerstand der sehr verschiedenartigen, eben erst aus der niederländischen Kolonialherrschaft zu politischer Eigenständigkeit erwachten regionalen Führungsgruppen geschehen und wird zu langanhaltenden Unruhen, vor allem in den weit entlegenen Gebieten führen.

1. September 1950

In einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung der USA verkündet Präsident Truman ein Programm für die künftige amerikanische Koreapolitik, die eine Ausweitung der Kämpfe in Korea zu einem allgemeinen Krieg vermeiden soll und irgendwelche Gebietsansprüche der USA in Ostasien kategorisch verneint. Andererseits hat sich Truman bereits im Juni 1950 an die Spitze der militärischen Maßnahmen der UNO gegen die nordkoreanischen Angreifer gestellt und im Rahmen der UN-Streitkräfte den weitaus größten Kontingent nach Korea beordert. So kann seine Beteuerung nur wenig Glaubwürdigkeit haben. Der Widerspruch ist derselbe wie 22 Jahre später in Vietnam. Vgl. auch 27. Juni 1950, 15. September 1950.

TRUMAN KEINE ANSPRÜCHE DER USA IN OSTASIEN

KEINE AUSWEITUNG DES KOREAKRIEGES

15. September 1950

Im Koreakrieg (vgl. 25., 27. und 29. Juni 1950 sowie oben) landen südkoreanische und UNO- bzw. US-Truppen an fünf Küstenabschnitten im Rücken der nordkoreanischen Verbände, gedeckt durch Marineartilleriefeuer von 260 Kriegsschiffen. Damit beginnt ein Großangriff auf Nordkorea, der zunächst erfolgreich verlaufen wird (vgl. weiter: 1. Oktober 1950).

KOREAKRIEG GROSS-ANGRIFF AUF NORDKOREA

18. September 1950

Großbritannien sieht sich infolge geringer Produktionssteigerung und langandauernder Streiks gezwungen, das Pfund Sterling gegenüber dem US-Dollar von 4,03 auf 2,8 Dollar abzuwerten. Die Währungen des gesamten Sterling-Blocks ziehen unverzüglich nach, d. h. nicht nur die der Länder des British Commonwealth of Nations, sondern auch die von Belgien, Burma, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irak, Irland, Island, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, Schweden, Siam und Transjordanien. Der Vorgang spiegelt den Zusammenbruch der britischen Weltgeltung als Folge des von Lord Halifax mit aller diplomatischen Raffinesse herbeigeführten Zweiten Weltkriegs.

GROSS-BRITANNIEN PFUND-ABWERTUNG, ERDRUTSCH IM STERLING-BLOCK

19. September 1950

Die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA, Schuman, Bevin und Acheson (CFR), veröffentlichen anläßlich ihrer Konferenz in New York ein Kommunique, in dem sie zwar „die Wiederaufstellung einer nationalen deutschen Armee“ ablehnen, aber doch „die in Deutschland und außerhalb geäußerten Ansichten zur Kenntnis genommen [haben], die für eine [west]-deutsche Beteiligung an einer internationalen Streitmacht zur

WEST-ALLIIERTE ZUM WESTDEUTSCHEN VERTEIDIGUNGSBEITRAG

Verteidigung der Freiheit Europas plädierten". Das sei „zur Zeit Gegenstand von Untersuchungen und Gedankenaustausch . . ." Außerdem habe man mit sofortiger Wirkung die Aufhebung aller Beschränkungen im westdeutschen Schiffbau für Exportzwecke und eine Erhöhung der bisher zugelassenen Stahlproduktionsquote beschlossen. Zu Beginn dieses Kommuniques heißt es: „Bis zur Vereinigung Deutschlands betrachten die drei Regierungen die Regierung der [westdeutschen] Bundesrepublik als die einzige freie und gesetzlich konstituierte deutsche Regierung, die infolgedessen das Recht hat, in internationalen Angelegenheiten als Vertreter des deutschen Volkes für Deutschland zu sprechen." Sinngemäß dasselbe, nur mit entsprechend verändertem Vokabular behaupten natürlich die Sowjets von ihrem Marionettenregime in Berlin-Pankow auch. Es ist dieselbe Situation wie in Korea und Indochina. So kündigt denn das New Yorker Kommunique schließlich auch noch eine Verstärkung und Erhöhung der im westlichen Teil des ehemaligen Deutschland stationierten alliierten Besatzungstruppenkontingente an, „um diesem Schutz mehr Wirkung zu verleihen". Zwei Tage darauf werden die Außenminister der Ostblockstaaten Protest erheben, und 22 Jahre später werden die sozialliberale westdeutsche Regierung Brandt/Scheel und der westdeutsche Bundestag von sich aus auf das damals ausdrücklich zuerkannte Recht, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, verzichten.[31]

„RECHT, FÜR DEUTSCHLAND ZU SPRECHEN"

PARIS EUROPÄISCHE ZAHLUNGS-UNION

Am selben Tage, an dem in New York das obige Kommunique veröffentlicht wird, unterzeichnen in Paris Vertreter sämtlicher *west*europäischer Staaten sowie Griechenlands, Triests und der Türkei, ausgenommen lediglich Finnland und Spanien, ein Abkommen über die Gründung der *Europäischen Zahlungsunion* (EZU), um „mit Hilfe eines multilateralen Zahlungssystemes den gesamten Zahlungsverkehr zwischen den Währungsgebieten der Vertragsparteien zu erleichtern . . ." Zum Ausgleich von Überschüssen und Defiziten in der Zahlungsbilanz der Mitgliedstaaten wird ein Fonds geschaffen, in den die USA (im Rahmen des ERP bzw. Marshallplans) „mindestens" 350 Millionen Dollar einbringen werden. Rechnungseinheit sind 0,88867 Gramm Feingold. Organe sind der Rat, ein Direktorium und als Agent die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ).[32]

23. September 1950

USA

Der Kongreß der USA verabschiedet den Subversive Activities Control Act (Gesetz zur Überwachung umstürzlerischer Tätigkeit) und verleiht ihm — gegen das ausdrückliche Veto des Prä-

sidenten Truman — binnen 24 Stunden Gesetzeskraft. Das Gesetz ermöglicht es nach achtzehn Jahren erstmals, die mit der Wahl F. D. Roosevelts zum Präsidenten einsetzende planmäßige kommunistische Unterwanderung hoher und höchster Regierungsstellen wenigstens zu kleinen Teilen aufzudecken. Truman wird sich in seinen Memoiren bitter über die Folgen dieser Kampagne beklagen, nicht etwa über die Zustände, die ein solches Gesetz notwendig machen.[33]

SUBVERSIVE ACTIVITIES CONTROL ACT GEGEN DIE KOMMUNISTISCHE UNTERWANDERUNG

27. September 1950

Die Regierung des von den Westalliierten auf westdeutschem Gebiet kreierten Bundesstaates richtet ein „Amt für Verfassungsschutz“ ein. Es wird dem Innenministerium unterstellt, hat ausschließlich über innenpolitische Entwicklungen zu berichten und selbst keinerlei Exekutivbefugnisse. Erster Präsident dieses neu geschaffenen Amtes wird Otto John, der während des Zweiten Weltkrieges in Madrid als Vertreter der Deutschen Lufthansa gegen Deutschland gearbeitet hat, 1954 in die von den Sowjets besetzte Zone übertreten und dort ein „Ehrengehalt“ beziehen, dann wieder in den Westen zurückkehren, dort pro forma zu einer Freiheitsstrafe verurteilt aber binnen kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt werden wird.[34]

WESTDEUTSCHES „AMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ“

OTTO JOHN

29. September 1950

Das im mitteldeutschen Raum zwischen Elbe und Oder installierte Marionettenregime der Sowjets erhält die Erlaubnis, dem COMECON beizutreten. Das heißt praktisch: die Lieferungen aus der laufenden Produktion an die UdSSR werden künftig mit den Lieferungen der anderen Sowjetsatelliten besser abgestimmt und koordiniert als zuvor.

SBZ IM COMECON

30. September 1950

Nachdem einen Monat zuvor ein Kongreß der jüdischen Sochnuth (Jewsih Agency) in Jerusalem das Problem der noch auf westdeutschem Gebiet lebenden Juden erörtert hat und scharfe Anträge gegen diese eingebracht wurden, ordnet die Sochnuth nunmehr an, daß alle jüdischen Organisationen und Institutionen innerhalb der westdeutschen „Bundesrepublik“ sich unverzüglich aufzulösen hätten. Gleichzeitig werden alle jüdischen Bewohner des westdeutschen Gebietes aufgefordert, nach Israel zu kommen. Weder das eine noch das andere wird befolgt. Das Leben in der „Diaspora“ scheint attraktiver.[35]

JERUSALEM SOCHNUTH BEFIEHLT AUFLÖSUNG WESTDEUTSCHER JÜDISCHER INSTITUTIONEN

1. Oktober 1950

KOREAKRIEG MACARTHUR FORDERT BEDINGUNGSLOSE ÜBERGABE

Im Koreakrieg erreicht die UNO-Streitmacht — im wesentlichen US-Truppen — in zügigem Vormarsch die alte Demarkationslinie, den 38. Breitengrad. General Douglas MacArthur fordert die nordkoreanischen Verbände zur bedingungslosen Übergabe (unconditional surrender) auf und setzt, da diese nicht darauf eingehen, den Vormarsch nach Norden fort. MacArthur hat offenbar den Sinn dieses „Krieges" nicht verstanden und denkt noch in den Kategorien von 1941—1945. Schon drei Tage später wird sich daher der politische Ausschuß der UNO-Vollversammlung einschalten (vgl. 4. Oktober 1950).

4. Oktober 1950

UNO ACHT-MÄCHTE-ENTSCHLIESSUNG ZUR „NEUGESTALTUNG" KOREAS

Der politische Ausschuß der UNO-Vollversammlung nimmt mit 45 gegen 5 Stimmen eine Achtmächteentschließung zum Koreakrieg an und empfiehlt damit der Vollversammlung Maßnahmen zur „Neugestaltung" *ganz* Koreas. Diese „Neugestaltung" wird die Spaltung Koreas auf unabsehbare Zeit besiegeln und die mit dem erfolgreichen Vorgehen MacArthurs gegebene Chance, ganz Korea vom Kommunismus zu befreien, außer Kraft setzen. MacArthur kämpft seitdem auf verlorenem Posten. Es ist derselbe Vorgang wie in China, Deutschland, Laos, Palästina und Vietnam. Die Teilung soll auf jeden Fall aufrechterhalten werden (vgl. 1. Oktober und 26. Oktober 1950).

9. Oktober 1950

WESTDEUTSCHER INNENMINISTER HEINEMANN TRITT ZURÜCK

Der Innenminister des westdeutschen Bundesstaates, Gustav Heinemann, später Justizminister, dann Bundespräsident, tritt zurück, weil er die beginnende Wiederaufrüstung des westdeutschen Staatsgebildes im Zuge des „Kalten (Schein-)Krieges" West—Ost ablehnt. Er wird seinen Vorbehalt gegenüber der westdeutschen Bundeswehr auch in seinen späteren Ämtern beibehalten, dann allerdings nicht mehr mit der Konseqenz von 1950. Die innere Aufweichung dieser Bundeswehr wird ihm genügen.[36]

19. Oktober 1950

AUSTRALIEN VERBOT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Unter dem Eindruck des Koreakrieges verbietet die australische Bundesregierung die Kommunistische Partei und schließt künftig alle Personen vom Staatsdienst aus, die Kontakte zu kommunistischen Organisationen haben. Bezeichnend ist, daß in anderen Staaten, die in Korea die UNO-Streitkräfte unterstützen, solche Konsequenzen wie in Australien *nicht* gezogen werden.

24. Oktober 1950

Der französische Ministerpräsident René Pleven unterbreitet den Vorschlag, eine gemeinsame europäische Verteidigungsmacht zu schaffen, zu der Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und auch der in den westlichen Besatzungszonen des ehemaligen Deutschland kreierte „Staat" Kontingente stellen sollen. Da Großbritannien in diesem Vorschlag nicht genannt wird, ist offenbar eine westeuropäische Streitmacht unter französischer Hegemonie gemeint, in der vor allem eine eigenständige westdeutsche Wiederaufrüstung verhindert werden soll.

FRANKREICH PLEVENPLAN, WEST-EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGS-STREITMACHT

26. Oktober 1950

Im Koreakrieg erreichen die UNO-Streitkräfte, im wesentlichen US-Verbände unter Führung von General Douglas MacArthur, die mandschurische Grenze. Die nordkoreanischen Einheiten weichen, soweit nicht aufgerieben, auf chinesisch-mandschurisches Gebiet aus und sammeln sich zu einer Gegenoffensive, die eine Woche später, am 3. November, mit chinesischer Unterstützung beginnen wird (vgl. 26. November 1950).

KOREAKRIEG MACARTHUR AN DER MANDSCHURI-SCHEN GRENZE

Am gleichen Tage ernennt der westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer den christlichen Gewerkschaftler Theodor Blank zum Beauftragten für die Unterbringung der und Verbindung zu den alliierten Besatzungstruppen der Westmächte. In diesem Auftrag eingeschlossen ist auch die Vorbereitung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages innerhalb der NATO, eben der Anlaß zum Rücktritt des Innenministers Heinemann (vgl. 9. Oktober 1950, 24. Oktober 1950, 19. Dezember 1950).[37]

ADENAUER BEAUFTRAGT BLANK MIT VORBEREITUNG DES WEHR-BEITRAGES

29. Oktober 1950

In Schweden stirbt König Gustav V. im hohen Alter von 92 Jahren nach 43jähriger Regierungszeit. Er hat die schwedische Krone durch beide Weltkriege geführt und auch als Protektor der Freimaurerlogen Skandinaviens Einfluß gehabt. Sein Sohn, Gustav VI. Adolf, ein führender Archäologe, tritt im Alter von fast 68 Jahren am selben Tage die Nachfolge an.[38]

SCHWEDEN TOD KÖNIG GUSTAVS V.

30. Oktober 1950

Papst Pius XII. (Pacelli) verkündet unter Berufung und Inanspruchnahme der *Unfehlbarkeit* des Papstes, wenn er ex cathedra spricht, d. h. in Ausübung seines Lehramtes, das Dogma von der *leiblichen Aufnahme* der Gottesmutter *Maria in den Himmel.* Die Verkündung eines neuen kirchlichen Dogmas schon an sich, dazu dieses Inhalts, bedeutet eine ungeheure Herausforderung

PIUS XII: DOGMA VON DER LEIBLICHEN HIMMELFAHRT MARIAE

aller geistigen Nachfahren der Aufklärung, d. h. fast der gesamten zivilisierten Welt. Vielleicht ist gerade das beabsichtigt. Pius XII. geht damit aus der Defensive (vgl. 30. Juni 1950) noch einmal zur Offensive über.

noch Oktober 1950

BRASILIEN WAHLSIEG VARGAS'

In Brasilien werden Präsidentschaftswahlen durchgeführt, bei denen der 1945 gestürzte Getulio Dornelles Vargas wieder kandidiert und die Mehrheit der Stimmen erhält (vgl. 10. Februar 1951).

4. November 1950

ROM NATO-STAATEN UNTERZEICHNEN KONVENTION DER MENSCHENRECHTE

Vertreter der europäischen NATO-Mitgliedstaaten (vgl. 4. April 1949) einschließlich Griechenlands und der Türkei sowie der auf westdeutschem Gebiet kreierten „Bundesrepublik“, zuzüglich Schwedens, aber ohne Portugal unterzeichnen in Rom eine Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die darin im einzelnen aufgeführt werden, aber, wie bisher so auch künftig, nur auf dem Papier stehen. So z. B. Artikel 10: „Jeder hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung ...“ (Hoggan, Rassinier, Rudel usw.) Artikel 7: „Niemand kann wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach inländischem oder internationalem Recht nicht strafbar war ...“ (Nürnberg, Tokio usw.).[39]

7. November 1950

TIBET PROTEST BEI DER UNO GEGEN CHINA

Die Regierung des Dalai Lama von Tibet und die Nationalversammlung richten ein gemeinsames Protestschreiben an die UNO, das sich gegen die chinesische Aggression in Tibet, die militärische Intervention chinesischer Truppen (seit dem 26. Oktober 1950) und darüber hinaus gegen den Anspruch Chinas auf Tibet richtet (vgl. weiter 24. November 1950).[40]

13. November 1950

VENEZUELA CHALBAUD ERMORDET, FLAMMERICH

In Venezuela wird der Chef der regierenden Militärjunta, Oberst Carlos Delgado Chalbaud, ermordet und durch German Suarez Flammerich ersetzt. Die Junta hat erst zwei Jahre zuvor den Präsidenten Romulo Gallegos durch einen Putsch vertrieben.

24. November 1950

UNO PROTEST TIBETS NICHT IN DIE TAGESORDNUNG

Der Lenkungsausschuß der UNO-Vollversammlung lehnt einstimmig den Antrag El Salvadors ab, den Protest Tibets gegen die Intervention chinesischer Truppen und gegen den Anspruch Chinas auf Tibet (vgl. 7. November 1950) in die Tagesordnung

der Vollversammlung aufzunehmen. Offenbar will man auf keinen Fall neben dem Koreakonflikt noch einen zweiten Konflikt der UNO mit den kommunistisch regierten Mächten herbeiführen. Die chinesische Volksrepublik ihrerseits erklärt sich nunmehr zu Verhandlungen — auf der Basis der gewaltsam geschaffenen Tatsachen — bereit.[41]

CHINA VERHANDLUNGSBEREIT

26. November 1950

In Nordkorea stößt General MacArthurs Offensive, mit der er den Feldzug siegreich zu beenden plant, mitten in den Großangriff von 200 000 rotchinesischen Soldaten unter dem Befehl von General Peng Te-huai und der wieder gesammelten nordkoreanisch-kommunistischen Verbände hinein. Der Rasanz dieses Angriffes sind die UNO- bzw. US-Truppen nicht gewachsen. Ihr eigener Angriff verwandelt sich in den folgenden Tagen in einen fluchtartigen Rückzug, den das türkische UNO-Truppenkontingent, offenbar als das härteste, zu decken hat. Im ganzen sind fünfzehn Nationen mit militärischen Kontingenten auf UNO-Seite an den Kämpfen beteiligt (vgl. weiter 12. Dezember 1950). Erst später wird sich herausstellen, daß die US-Regierung mehrere Angebote Tschiang Kai-scheks, auch seinerseits 33 000 Mann Bodentruppen für den Kampf in Korea von Formosa aus zur Verfügung zu stellen, auf Veranlassung Achesons *abgelehnt* und sogar Flotteneinheiten eingesetzt hat, um Tschiang Kai-schek an eigenen Aktionen gegen das chinesische Festland zu hindern. Die 200 000 rotchinesischen Soldaten, die nun in Nordkorea kämpfen, konnten infolgedessen von der Taiwan gegenüberliegenden Festlandküste abgezogen werden. Das hat MacArthur allerdings nicht wissen können.[42]

KOREAKRIEG GROSSANGRIFF CHINESISCHER TRUPPEN

FLUCHT DER UNO-VERBÄNDE

HILFE TSCHIANG KAI-SCHEKS ABGELEHNT

4. Dezember 1950

Der britische Premierminister Attlee trifft in Washington ein, um über die bedrohliche Entwicklung im Koreakrieg nach der chinesischen Intervention dort (siehe oben) zu verhandeln. Ein Krieg zwischen UNO-Streitkräften und der Chinesischen Volksrepublik, in den nach Trumans Meinung sogleich die UdSSR eingreifen würde, soll unter allen Umständen vermieden werden. Tags zuvor haben die Vereinigten Stabschefs der USA dem Vorschlag MacArthurs zugestimmt, sich auf Brückenköpfe an der Küste zurückzuziehen.[43]

GROSS-BRITANNIEN ATTLEE NACH WASHINGTON KRIEG MIT CHINA VERMEIDEN

6. Dezember 1950

In Haiti wird die Verfassung geändert. Künftig wird der Präsident nicht mehr von der Nationalversammlung, sondern un-

HAITI VERFASSUNGS-ÄNDERUNG MAGLOIRE PRÄSIDENT

mittelbar vom Volke gewählt, darf aber nicht in zwei aufeinanderfolgenden Wahlperioden kandidieren. Bei der ersten nach dieser neuen Verfassung durchgeführten Präsidentenwahl wird Oberst Paul Eugène Magloire nahezu sämtliche abgegebenen Stimmen erhalten.

12. Dezember 1950

KOREAKRIEG MACARTHUR BRINGT RÜCKZUG ZUM STEHEN

Nach zwei Wochen fluchtartigen Rückzuges in Nordkorea (vgl. 26. November 1950, 4. Dezember 1950) gelingt es MacArthur, seine UNO-Verbände wieder zum Stehen zu bringen. Er ist noch immer der Meinung, in einem regulären Kriege zu kämpfen. Doch sind die politischen Weichen schon seit langem gestellt (vgl. 4. Oktober 1950, 11. April 1951).

16. Dezember 1950

USA NATIONALER NOTSTAND EXEKUTIVAMT FÜR MOBILISIERUNG

In den USA verkündet Präsident Truman im Hinblick auf die Entwicklung in Korea den *nationalen Notstand* aufgrund unmittelbarer Kriegsgefahr (bis dahin war der Koreakrieg in seinen Augen offenbar also kein Krieg, vgl. 1. September 1950). Gleichzeitig veranlaßt er die Errichtung eines Exekutivamtes zur Mobilisierung sowie Verteidigung. Dieses neue Amt wird ihm, dem Präsidenten persönlich unterstellt. Produktion und Prosperität beginnen zu steigen. Der Handelsverkehr mit der Volksrepublik China wird tags darauf beiderseitig gesperrt.

19. Dezember 1950

JAPAN MACARTHUR BEFÜRWORTET AUFRÜSTUNG

General MacArthur ersucht die Vereinigten Stabschefs der USA, Japan aufzurüsten, da er einen Angriff der UdSSR auf das unbewaffnete Japan befürchtet und die amerikanischen Streitkräfte im Koreakrieg gebunden sind (vgl. 9. Januar 1951).[44]

NATO EUROPÄISCHE STREITMACHT EISENHOWER

Am selben Tage beschließt der Atlantikrat (NATO), eine eigene europäische Streitmacht aufzustellen. Zum Oberbefehlshaber wird General Dwight David Eisenhower bestimmt, den Europäern noch durch die Auslieferung von Kriegsgefangenen und Emigranten an die Sowjets in Erinnerung. Die Beteiligung auch westdeutscher Verbände an dieser NATO-Streitmacht wird vorgesehen. Doch wird die Durchführung des gesamten Vorhabens an der Weigerung Frankreichs und auch Großbritanniens scheitern, ihre Einheiten einem gemeinsamen Oberkommando zu unterstellen.[45]

21. Dezember 1950

Der Senat der USA bestätigt die Ernennung von Anna Rosenberg zum „Assistent Secretary of Defense in charge of personnel",

d. h. zur Chefin der Personalabteilung im Verteidigungsministerium unter General George C. Marshall. Noch am gleichen Tage erhalten nach vorbereiteten Listen zahlreiche Offiziere der US-Streitkräfte ihren Abschied, unter ihnen auch der Chef der Intelligence Staff Section for Basic Training Center Nr. 4 der Army Air Forces, Major Robert H. Williams. Er hat wiederholt auf kommunistische Umtriebe in hohen amerikanischen Dienststellen hingewiesen, unter anderem auch auf die kommunistische Publizistik der Anna M. Rosenberg selbst, z. B. einen Artikel in The New Masses vom 8. Dezember 1942. Anna Rosenberg wird auch an der Abberufung General MacArthurs mitwirken (vgl. 11. April 1951).[46]

USA ANNA ROSENBERG PERSONALCHEF IM VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM

31. Dezember 1950

Am letzten Tage des Jahres stirbt in Wien der österreichische Bundespräsident Karl Renner (seit 1945 im Amt), der bereits nach dem Ersten Weltkrieg 1919 österreichischer Staatskanzler war und damals die österreichische Delegation zu den „Friedens"verhandlungen in Saint Germain führte. Renner vertrat stets die Notwendigkeit und Richtigkeit eines Anschlusses Österreichs an Deutschland.[47]

WIEN TOD RENNERS

noch 1950 (ohne nähere Datierung)

Das Hale-Teleskop auf dem Mount Palomar in Kalifornien (USA) wird endgültig fertiggestellt. Als derzeit größtes Spiegelteleskop der Erde wird es mit tieferem Einblick in das Weltall auch wieder zu neuen Hypothesen über dessen Struktur und „Entstehung" Anlaß geben, wie bisher fast jedes entscheidend verbesserte Instrument. Die Abhängigkeit der jeweils „gültigen" menschlichen Weltvorstellung vom jeweils zur Verfügung stehenden Instrumentarium wird erneut evident, ohne daß daraus je die logischen erkenntniskritischen Konsequenzen gezogen würden.

USA HALE-TELESKOP (MOUNT PALOMAR) WELTVORSTELLUNG

1951

1. Januar 1951

Die Goldküste in Westafrika (ab 1957: Ghana) erhält eine Verfassung. Die Ministerien werden mit Afrikanern, d. h. mit Eingeborenen besetzt, die jedoch noch unter Aufsicht des britischen Gouverneurs stehen. Sechs Wochen später, am 10. Februar 1951, wird bei den ersten Parlamentswahlen die Partei Kwame Nkrumahs, die Convention Peoples Party (CPP) mit großem Vorsprung siegen. Nkrumah selbst, seit 1950 in britischer Haft, wird freigelassen, „Leader of Government Business" und 1952 Premierminister der Goldküste unter britischer Oberhoheit werden.

GOLDKÜSTE (WESTAFRIKA) VERFASSUNG WAHLSIEG NKRUMAHS

Ebenfalls am 1. Januar 1951 wird in Neuseeland unter einer von der New Zealand National Party gestellten Regierung (seit den Parlamentswahlen vom 30. November 1949 im Amt) durch gesetzliche Verordnung das Zweikammersystem abgeschafft. Künftig gibt es nur noch eine einheitliche Volksvertretung, das House of Representatives mit 80 Abgeordneten, darunter vier Eingeborenen (Maoris).

NEUSEELAND ZWEIKAMMER-SYSTEM ABGESCHAFFT

19. Januar 1951

Norwegen überträgt die Verteidigung Spitzbergens und der Bäreninsel dem Oberkommando der NATO. Dagegen wird die UdSSR am 15. Oktober 1951 offiziell protestieren, da sie bereits am 14. Januar 1947 ihren Anspruch auf eine völkerrechtlich geregelte Beteiligung an den Souveränitätsrechten an Spitzbergen angemeldet hat (von Großbritannien und den USA abgelehnt) und in der Unterstellung der Insel unter NATO-Schutz einen Eingriff in ihre Interessen sieht. Der Völkerbundsrat sprach am 9. Februar 1920 (vgl. dort) Spitzbergen Norwegen zu.

SPITZBERGEN UNTER NATO-SCHUTZ PROTEST DER UDSSR

30. Januar 1951

Die Volkskammer des von der Sowjetunion besetzt gehaltenen mitteldeutschen Gebiets nimmt eine ihr vorgelegte Entschließung an, die den Vorschlag enthält, einen „gesamtdeutschen Rat" für den westdeutschen und mitteldeutschen Teil des ehemaligen deutschen Reiches zu bilden. Er soll sich aus Abgeordneten des westdeutschen Bundestages und der mitteldeutschen, kommunistischen Volkskammer zusammensetzen. Der Vorschlag wird am 15. September 1951 wiederholt und am 27. September 1951 von Regierung und Parlament des auf westdeutschem Gebiet kreierten Staatsgebildes mit der Forderung freier Wahlen im west- und

SBZ VOLKSKAMMER SCHLÄGT „GESAMT-DEUTSCHEN RAT" VOR

mitteldeutschen Bereich unter internationaler Kontrolle beantwortet werden.[1]

31. Januar 1951

USA „GNADENAUSSCHUSS" ÜBERPRÜFT „KRIEGSVERBRECHER"-URTEILE

Ein „Gnadenausschuß" der US-Army trifft eine endgültige Entscheidung darüber, welche Urteile der Nürnberger „Kriegsverbrecher"-Prozesse (soweit sie von den USA alleine durchgeführt wurden) aufrechterhalten werden und welche nicht. Diese Überprüfung war (seit 1950) notwendig geworden, nachdem die Öffentlichkeit in den USA sich über die Methoden bei der „Beweisaufnahme" zu diesen Prozessen zu erregen begann.

1. Februar 1951

UNO ERKLÄRT „CHINA FÜHRT ANGRIFFSKRIEG"

Die fünfte Vollversammlung der UNO gibt — im Hinblick auf die Entwicklung in Nordkorea — eine Erklärung ab und stellt darin fest, die Chinesische Volksrepublik führe einen Angriffskrieg. Bei dieser Erklärung wird es auch bleiben. Zu irgendwelchen Maßnahmen gegen den Aggressor entschließt sich die Versammlung nicht. Weltkriege riskiert man stets nur gegen konservative, niemals gegen „progressive" Mächte, wenn auch die Expansionsdynamik der Letzteren weitaus stärker ist als die der Ersteren.[2]

10. Februar 1951

BRASILIEN VARGAS WIEDER STAATSPRÄSIDENT

In Brasilien wird der am 29. Oktober 1945 (vgl. dort) nach fünfzehnjähriger Amtsausübung gestürzte Getulio Dornelles Vargas erneut Staatspräsident. Er hat bei den voraufgegangenen Wahlen (vgl.: noch Oktober 1950) die meisten Stimmen auf sich vereinigen können. Vargas gibt eine Regierungserklärung ab, in der er sich zu einer evolutionären Entwicklung bekennt und die Revolution ablehnt.

18. Februar 1951

NEPAL KÖNIG VIR VIKRAM BEGINNT REFORMEN

In Nepal, dem Himmalayastaat, der noch wenig Berührung mit der technischen Zivilisation und den Ideen der modernen Welt hat, entschließt sich König Vir Vikram auf Drängen Indiens zu einigen Reformen und schafft zunächst die Erblichkeit des Amtes des Regierungschefs (Ministerpräsident) ab. Anstattdessen ernennt er selbst die Mitglieder eines ihm verantwortlichen Kabinetts.

noch Februar 1951

Die Regierung der Chinesischen Volksrepublik verkündet ein Gesetz „zur Unterdrückung der Konterrevolution". In Schanghai

beispielsweise werden daraufhin in einer Nacht an die 20 000 Personen verhaftet. Tschu En-lai wird später berichten, daß 16 Prozent der Beschuldigten hingerichtet wurden. Auf dem Lande wurden bereits seit dem Sommer 1950 ehemalige Großgrundbesitzer (wie in der Sowjetunion die „Kulaken") reihenweise vor das „Gericht" einer fanatisierten Volksmasse gestellt, wobei die Kommunisten als „Ankläger" und Aufpeitscher fungierten. Insofern erweist sich die chinesische Kommunistenherrschaft um nichts besser als die russische.[3]

CHINA GESETZ GEGEN „KONTER-REVOLUTION" TERRORWELLE

Der Kongreß der USA nimmt den 22. Zusatz zur Verfassung (amendment) an. Darin wird bestimmt, daß der Präsident künftig nur noch zweimal hintereinander gewählt werden darf. Inzwischen ist nämlich Roosevelts und Hopkins' prosowjetische Wirksamkeit zum Schaden der USA einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden, und man will solchen Möglichkeiten nicht noch einmal zwölf Jahre hintereinander ausgesetzt sein. Zur Untersuchung der kommunistischen Infiltration in hohen und höchsten Regierungsstellen wird der Senatsausschuß gegen „unamerikanische Umtriebe" unter Leitung des Senators Joseph McCarthy eingesetzt, der sich natürlich wütenden Haß und lebensgefährliche Verfolgungen durch die Betroffenen und ihre zahlreichen Organisationen, vom CFR bis zur Antidefamation-League, zuzieht.

USA PRÄSIDENT NUR NOCH ZWEI AMTS-PERIODEN

SENATOR MCCARTHY

6. März 1951

Die Regierung des auf westdeutschem Gebiet von den Westmächten kreierten Bundesstaates erkauft sich die Erlaubnis, ein eigenes Außenministerium und eigene diplomatische Vertretungen einzurichten, durch Anerkennung und Übernahme der Auslandsschulden des Deutschen Reiches aus der Kriegs- und Vorkriegszeit. Das Außenminsterium übernimmt der westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer.[4]

WESTDEUT-SCHES AUSSEN-MINISTERIUM ÜBERNAHME DER SCHULDEN DES REICHES

15. März 1951

Die Nationalversammlung des Iran (Persiens) beschließt die Verstaatlichung der Erdölindustrie, das heißt die Enteignung der dazugehörigen Unternehmen, die weitgehend ausländischen Gesellschaften gehören, an erster Stelle der Anglo-Iranian-Oil-Company. Mohammed Mosaddegh, der entscheidend zum Zustandekommen dieses Beschlusses der Nationalversammlung beigetragen hat, wird am 29. April 1951 zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Großbritannien wird daraufhin die Ölausfuhr des Iran blockieren. Damit wird der Lebensnerv der persischen Wirtschaft berührt (vgl. weiter 22. Juli und 22. Oktober 1952).

IRAN VERSTAAT-LICHUNG DER ERDÖL-INDUSTRIE MOSADDEGH MINISTER-PRÄSIDENT EXPORT-BLOCKADE

KOREAKRIEG MACARTHUR BIETET WAFFENSTILLSTAND AN

24. März 1951

In Korea erklärt sich der Oberbefehlshaber der UNO-Streitkräfte, MacArthur, bereit, über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Wenn aber die Gegenseite dies nicht wünsche, sei er ebenso bereit, den Krieg auf chinesisches Gebiet auszudehnen. Mit dieser Erklärung sind natürlich die beteiligten UNO-Mitgliedstaaten keineswegs einverstanden (vgl. auch 11. April 1951).[5]

USA TODESURTEILE GEGEN VERSPÄTETE ATOMSPIONE (DIE ROSENBERGS)

5. April 1951

Im Kriminalgericht am Foley Square in New York (USA) verkündet der Bundesrichter Irving Kaufman das Urteil im Prozeß gegen den Atomwaffen-Spionagering zugunsten der UdSSR: David Greenglass 15 Jahre Gefängnis, Julius und Ethel Rosenberg Todesstrafe. Das Geschwisterpaar wird als Spitze des sowjetischen Spionageringes angesehen. Harry Gold wurde bereits am 9. Dezember 1950 zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Der ganze Prozeß, insbesondere das Todesurteil gegen die Rosenbergs ist eine Farce angesichts der Tatsache, daß die Atomwaffenspionage zugunsten der UdSSR bereits 1943 von Harry Hopkins von Staats wegen betrieben und vom Präsidenten F. D. Roosevelt voll gedeckt wurde (vgl. 8. Januar 1944 mit Anm. 1).[6]

JUGOSLAWIEN GESETZ ÜBER WIRTSCHAFTSPLANUNG

6. April 1951

In Jugoslawien wird ein Gesetz über die Wirtschaftsplanung verabschiedet bzw. verkündet, das vom Modell der sowjetischen Planung abweicht. Es ist weniger zentralistisch, d. h. es paßt sich den örtlichen und branchebedingten Gegebenheiten elastischer an.

LUDWIGSTEIN GRÜNDUNG DER DEUTSCHEN JUGEND DES OSTENS (DJO)

8. April 1951

Auf der Jugendburg Ludwigstein an der Werra bei Witzenhausen (Hessen), unweit der Zonengrenze zum sowjetisch besetzten Gebiet, wird im Rahmen zielstrebiger kultureller Arbeit und unter fördernder, lenkender Mitwirkung des Burgvogtes Dr. Walther Jantzen die Deutsche Jugend des Ostens (DJO) gegründet. Es ist der Dachverband für die Jugend der Verbände der aus dem ostdeutschen Raum Vertriebenen. Er lebt und wirkt aus dem stammes- und volksbewußten Leistungswillen der darin vereinigten landsmannschaftlichen Jugendgruppen.[7]

USA TRUMAN BERUFT MACARTHUR AB

11. April 1951

US-Präsident Harry S. Truman beruft General MacArthur vom Oberbefehl der UNO-Streitkräfte im Koreakrieg ab. MacArthur bestand darauf, daß die Flugplätze der rotchinesischen Luftwaffeneinheiten, die laufend in die Kämpfe in Korea eingreifen,

mit Bomben belegt werden müßten. Truman und die am Koreakrieg beteiligten Mitgliedstaaten der UNO lehnen aber jede militärische Aktion gegen chinesisches Gebiet ab. Auf die Abberufung MacArthurs hat auch Anna Rosenberg hingewirkt, seit 1950 „asstistant secretary" für Personalfragen im US-Verteidigungsministerium (vgl. 21. Dezember 1950). Sie ist zuvor in Windjacke mit umgehängter Maschinenpistole persönlich in Korea erschienen, ein nur im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten denkbarer Vorgang. Truman selbst hat in seinen Memoiren der Abberufung MacArthurs ein ganzes Kapitel gewidmet (das XXVII.), in dem er sich zu rechtfertigen und das Verhalten des Generals als unmöglich hinzustellen sich bemüht. Eifer und Ausführlichkeit dieser Darstellung sprechen gegen Truman, vor allem ein Vergleich der beiden Charaktere. Truman sendet eigens Dulles als Sonderbotschafter nach Japan, um dort die Abberufung des Generals zu erklären.[8]

ANNA ROSENBERG IN KOREA

DULLES ALS SONDER-BOTSCHAFTER NACH JAPAN

18. April 1951

In Paris unterzeichnen die Außenminister der drei Beneluxstaaten, Frankreichs (Robert Schuman), Italiens (Graf Sforza) und des auf ehemals westdeutschem Gebiet etablierten Besatzungsstaates (Konrad Adenauer) einen Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Schumanplan, Montanunion, EGKS). Der Vertrag hat 100 Artikel und setzt eine „Hohe Behörde" ein, deren Präsidenten bis 1958 einschließlich Frankreich stellen wird (Jean Monet, René Mayer), das damit volle Kontrolle über die westdeutsche Kohle- und Stahlproduktion ausüben kann(vgl. 28. April 1949, Ruhrstatut). Der Vertrag wird am 25. Juli 1952 in Kraft treten.[9]

PARIS MONTANUNION (EGKS)

FRANKREICH STELLT DIE PRÄSIDENTEN

Am gleichen Tage stirbt in Portugal der Staatspräsident Antonio Oscar Fragoso Carmona, der am 9. Juli 1926 seinen Vorgänger da Costa verdrängte und ein viertel Jahrhundert im Amte war. Nachfolger Carmonas wird am 8. August der Kandidat der Regierungspartei werden, Francisco Higino Craveiro Lopes.

PORTUGAL TOD PRÄSIDENT CARMONAS

26. April 1951

In der auf mitteldeutschem Gebiet von den Sowjets gebildeten „demokratischen Republik" wird die gesamte Sozialversicherung zentralisiert und verstaatlicht, die Selbstverwaltung aufgehoben.

SBZ SOZIAL-VERSICHERUNG

noch April 1951

WESTDEUTSCHER AUSFUHR-ÜBERSCHUSS

In Watenstedt-Salzgitter (westdeutsches Gebiet) werden immer noch, sechs Jahre nach Kriegsende, Demontagen von Industrie-

TROTZ DEMONTAGEN

anlagen vorgenommen. Trotzdem verzeichnet die westdeutsche Wirtschaft in diesem Monat mit 77 Millionen DM Ausfuhrüberschuß erstmals nach dem Kriege eine aktive Handelsbilanz.[10]

5. Mai 1951

ISLAND MILITÄRISCHER SCHUTZ DURCH NATO/USA PROTEST DER KOMMUNISTEN

Island schließt ein neues Abkommen mit den USA, die den militärischen Schutz der Insel auch weiterhin, nun aber im Rahmen und Auftrag der NATO übernehmen. Der Zivilflughafen Keflavik geht in isländische Verwaltung über. Die kommunistische Partei Islands (mit etwa 20 Prozent der Wählerschaft) greift das neue Abkommen heftig an mit dem Argument, es werde dem Handel mit den Satellitenstaaten der UdSSR schaden, die bisher ein Drittel des isländischen Fischexports abgenommen haben.

8. Mai 1951

CHINA JUGENDVERHETZUNG GEGEN DIE ELTERN

Das Blatt „Chinesische Jugend" veröffentlicht den Offenen Brief einer Studentin an ihren Vater: „Lu Hsu, wenn ich deinen stinkenden Namen schreibe, fühle ich mich beschämt und unerträglich beleidigt. Früher habe ich zu dir als meinem Vater aufgesehen, aber jetzt habe ich dein wahres Gesicht erkannt . . ." usw. Dasselbe Blatt fordert junge Menschen auf, ihre Verwandten zu denunzieren. Stil, Haltung und Methoden der Linken sind sich offenbar überall gleich, international.[11]

18. Mai 1951

UNO VERBOT VON WAFFENLIEFERUNGEN AN CHINA

Im Hinblick auf die Entwicklung in Korea beschließt die Vollversammlung der UNO, ohne die UdSSR und ihre Satellitenstaaten, die an der Abstimmung nicht teilnehmen, daß kein Mitgliedstaat der UNO Waffen an die Chinesische Volksrepublik liefern darf.[12]

21. Mai 1951

SAARGEBIET VERBOT DER DEMOKRATISCHEN PARTEI

Im Saargebiet wird die Demokratische Partei des Saarlandes (DPS) verboten, weil sie für eine Angliederung des Saargebietes an den auf westdeutschem Boden geschaffenen Bundesstaat eintritt. Auch der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer ist gegen die Angliederung des Saarlandes, da er die von ihm betriebene enge Anlehnung an Frankreich dadurch gefährdet sieht.[13]

WESTDEUTSCHES GESETZ ÜBER MITBESTIMMUNG IN DER MON-

Am selben Tage verabschiedet das westdeutsche Parlament ein Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie mit mehr als 1000 Arbeitnehmern. In diesem Unternehmen wird künftig der Auf-

sichtsrat 11 Mitglieder haben, 5 Anteilseigner (Aktionäre), 5 Arbeitnehmer und einen „Unabhängigen".[14]

TANINDUSTRIE

23. Mai 1951

CHINA „VERTRAG" ZUR UNTERWERFUNG TIBETS

In Peking wird ein „Vertrag" zwischen der Chinesischen Volksrepublik und einer dieser genehmen „Regierung" Tibets geschlossen, der den militärischen Einmarsch in Tibet nachträglich legalisieren soll und die vollständige Unterwerfung Tibets unter Rotchina zum Inhalt hat. Artikel 4 bis 7 sichern zwar zu, daß das politische System in Tibet, die Stellung des Dalai Lama, die Religion und die Klöster unangetastet bleiben sollen. Die Wirklichkeit erfährt man aus dem Bericht, den der Bruder des Dalai Lama später Heinrich Harrer geben wird.[15]

DALAI LAMA

27. Mai 1951

ÖSTERREICH THEODOR KÖRNER PRÄSIDENT

In Österreich tritt nach dem Tode des Bundespräsidenten Karl Renner (vgl. 31. Dezember 1950) der sozialdemokratische Bürgermeister von Wien, Theodor Körner, die Nachfolge an. Er war im Ersten Weltkrieg Generalstabschef einer Armee an der Isonzofront und sowohl nach dem Sozialistenaufstand 1934 unter der Dollfuß-Diktatur als auch nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 in Haft.[16]

28. Mai 1951

INDOCHINA GROSSANGRIFF AUF DIE FRANZOSEN

In Indochina beginnen die kommunistischen Vietminh einen Großangriff auf die französischen Besatzungstruppen im Delta des Roten Flusses.[17]

7. Juni 1951

LANDSBERG AM LECH DIE LETZTEN SIEBEN OPFER DER RACHE„JUSTIZ"

In den ersten Nachtstunden werden in der Festung Landsberg am Lech (Bayern), in der Hitler 1924 seine Festungshaft verbüßte und sein Buch „Mein Kampf" schrieb, die letzten sieben Opfer der Rache„justiz" der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, in diesem Falle nur noch der USA, erhängt: Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermeier und Hans Theodor Schmidt. Ihre Namen stehen für Hunderte. Von ihnen ist zumindest der Letzte, Schmidt, auch im Sinne der Anklage nicht schuldig, ein „Justiz"irrtum. Die Hinrichtung ist dreimal, bei einigen der Genannten fünfmal aufgeschoben worden. Verantwortlich für die Aufschübe sowohl wie für die endliche Durchführung und unterlassene Überprüfung im Falle Schmidt sind McCloy, Dean Acheson (CFR) und letztlich auch Truman.[18]

8. Juni 1951

DÄNEMARK—USA NATO-SCHUTZ FÜR GRÖNLAND

Dänemark ratifiziert das Verteidigungsabkommen mit den USA im Rahmen der NATO. Danach übernehmen die USA weiterhin den Schutz Grönlands mit dem Recht, Stützpunkte dort zu unterhalten. Doch wird die Souveränität Dänemarks auf Grönland dadurch nicht angetastet.

19. Juni 1951

IRAN ÖLKONFLIKT OHNE AUSWEG

In Teheran (Iran) werden Verhandlungen zwischen der Regierung Mosaddegh und der Anglo-Iranian-Oil-Company ergebnislos abgebrochen. Da es dem Iran an technischem Personal fehlt, um die Ölquellen in eigener Regie weiter zu betreiben, werden mehrere davon geschlossen, das britische Personal wird ausgewiesen (vgl. 15. März 1951).[19]

27. Juni 1951

JUGOSLAWIEN MITBESTIMMUNG DER ARBEITERRÄTE

In Jugoslawien werden durch Gesetz in den staatlichen Betrieben und in den höheren Wirtschaftsverbänden Arbeiterräte eingeführt, denen eine gewisse Mitbestimmung eingeräumt ist. Auch darin (vgl. 6. April 1951) unterscheidet sich die jugoslawische Form des Kommunismus vom sowjetischen Modell der UdSSR.

29. Juni 1951

OST-SAMOA SELBSTVERWALTUNG

Die USA gewähren ihrer Kolonie Ost-Samoa im Pazifischen Ozean mit der Hauptinsel Tutuila (171°West, 13° Süd) die Selbstverwaltung unter amerikanischer Oberhoheit. Tutuila zieht also vorläufig noch nicht in die UNO-Vollversammlung ein.

noch Juni 1951

JAPAN ENTSCHEIDET SICH FÜR NATIONALCHINA

Der britische Außenminister Herbert Morrison und der US-Sonderbotschafter für Japan, Dulles, kommen überein, daß beide Mächte keinerlei Druck auf Japan ausüben werden, für welche der beiden chinesischen Regierungen es sich entscheiden solle, die kommunistische in Peking (Mao Tse-tung) oder die nationale in Taipeh auf Formosa (Tschiang Kai-schek). Ein halbes Jahr später wird der japanische Ministerpräsident, Yoshida, Dulles brieflich mitteilen, die japanische Regierung erkenne das nationalchinesische Regime auf Formosa als Regierung Chinas an.

BRITISCHE BEDENKEN

Der neue britische Außenminister Anthony Eden wird gegen die Veröffentlichung dieses Yoshida-Briefes in den USA nachträglich Einspruch erheben, da sie in England den Eindruck erweckt, als sei dennoch Druck auf Japan zugunsten Tschiang Kai-scheks ausgeübt worden.[20]

3. Juli 1951

In Frankfurt (Main) wird eine Konferenz der Sozialdemokratischen Parteien von 34 Staaten beendet (Beginn 30. Juni), die sich erneut zu einer Sozialistischen Internationale zusammenschließen. Doch wird dieser Zusammenschluß nicht annähernd die Geschlossenheit und Wirksamkeit der Kommunistischen Internationale (KOMINFORM) erlangen.[21]

FRANKFURT NEUE SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE

Am gleichen Tage wird in Togo (Westafrika) die Juvento gegründet, eine Vereinigung eingeborener Jungintellektueller, die mit landes- und stammesfremdem „progressivem" Ideengut infiziert sind. „Progressiv" in diesem Zusammenhang bedeutet etwa: liberalistisch auf dem Wege zum Kommunismus. Sylvanus Olympio, seit 1946 Vorsitzender des Comité d'Unité Togolaise (CUT), legt der Juvento keine Hindernisse in den Weg. Sie setzt sich natürlich auch für die Unabhängigkeit Togos ein, erklärt aber das ethnisch motivierte Ziel eines Gesamtstaates des Ewe-Stammes, das Olympio besonders am Herzen liegt, als „überholt". Volks- und Stammesbelange sind für „Progressive" immer überholt.

TOGO „JUVENTO"-ORGANISATION SYLVANUS OLYMPIO STAMM DER EWE

9. Juli 1951

Frankreich, Großbritannien und die USA (letztere erst am 18. Oktober 1951) erklären den Kriegszustand mit dem seit sechs Jahren nicht mehr existierenden Deutschland formell für beendet, nachdem das von ihnen auf westdeutschem Gebiet kreierte Staatsgebilde bereits am 7. April 1951 Vollmitglied des Europarates geworden ist. Diese Erklärung über den beendeten Kriegszustand soll einstweilen einen Friedensvertrag ersetzen, der nur mit einem vereinigten deutschen Staat geschlossen werden könnte. Dazu wird auf absehbare Zeit keine Möglichkeit bestehen.

WESTALLIIERTE KRIEGSZUSTAND MIT „DEUTSCHLAND" BEENDET

10. Juli 1951

Nach der Enthebung General MacArthurs vom Oberbefehl in Korea durch Präsident Truman (vgl. 11. April 1951) erstarrte der Krieg dort zu Stellungskämpfen unmittelbar nördlich des 38. Breitengrades. In dieser Situation werden nunmehr Waffenstillstandsverhandlungen aufgenommen. Sie werden sich zwei Jahre lang hinziehen, während die Kämpfe andauern. Amerikanische Urlauber werden zu Hause berichten, man dürfe in Korea zwar sterben aber nicht siegen. Es herrscht der gleiche pervertierte Zustand wie zwanzig Jahre später im Vietnamkrieg, ein Modellfall, den George Orwell in seinem Buch „1984" vorausgesehen

KOREAKRIEG WAFFENSTILLSTANDSVERHANDLUNGEN BEI ANDAUERNDEN KÄMPFEN

hat, ein Scheinkrieg mit hohen Opfern zur Täuschung und bequemeren Zügelung der Völker, beiderseits der Front.

15. Juli 1951

INDIEN, PAKISTAN, KASCHMIR

Indien und Pakistan senden Truppen an die Grenzen von Kaschmir, das eine vorwiegend mohammedanische Bevölkerung hat, aber von einem hindustanischen Fürsten regiert wird, der es in die Indische Union einbrachte (vgl. 8. April 1950).[22]

17. Juli 1951

BELGIEN THRON-BESTEIGUNG BAUDOUINS I.

In Belgien besteigt widerstrebend und unter starken inneren Vorbehalten Baudouin I. den Thron, nachdem sein Vater Leopold III., den er sehr verehrt, unter Bürgerkriegsdrohungen der Sozialisten abgedankt hat (vgl. 4. Juni 1950). Baudouin hat am 11. August 1950 zunächst nur die Regentschaft übernommen.[23]

20. Juli 1951

JORDANIEN ABD ALLAH ERMORDET

In Jordanien wird König Abd Allah (vgl. 22. Mai 1946) ermordet, wahrscheinlich weil er geneigt war, eine Verständigung mit dem Staate Israel zu suchen. Jordanien hat bei dem Konflikt der arabischen Staaten mit Israel stets am empfindlichsten zu leiden.

31. Juli 1951

USA OWEN LATIMORE, „ARCHITEKT DER US FERNOST-POLITIK" UND DER SOWJETISCHE GEHEIMDIENST

Der Leiter der Rußlandabteilung im Rundfunkprogramm „Stimme Amerikas", das dem US-State Department untersteht, Alexander G. Barmine, zuvor Angehöriger des sowjetischen Geheimdienstes, sagt aus: Sein damaliger Vorgesetzter in der UdSSR, General Berzin, habe ihm gegenüber Professor Owen Lattimore (den „Architekten der amerikanischen Fernostpolitik", Mitglied des Council on Foreign Relations) als einen „unserer Leute" bezeichnet und zwar im Zusammenhang mit Waffenschmuggel nach Sinkiang. Lattimore, der in den dreißiger Jahren in China und der Mandschurei Forschungsaufträgen der J. S. Guggenheim Memorial Foundation und des Institute of Pacific Relations (CFR) nachging, 1934/35 auch das Organ dieses Instituts, die „Pacific Affairs" herausgab, bestreitet natürlich die Behauptung Barmines: „Ich habe natürlich niemals mit der sowjetischen Militärspionage in irgendeiner Weise oder in irgendeinem Jahr vor oder nach Christi Geburt Verbindung gehabt." Auch vor Christi Geburt noch nicht. Es muß ja nicht die Militärspionage gewesen sein.[24]

3. August 1951

Auf dem Golfplatz Aigen bei Bad Ischl (Österreich) beginnt das 7. Weltpfadfinderlager (Jamboree) mit Abordnungen aller an das Internationale Scoutbüro (IB) in London angeschlossenen Scoutverbände. U. a. nehmen auch 600 Jungen des „Ringes Deutscher Pfadfinderbünde“ aus dem westdeutschen Raum teil. (Vgl. 21. August 1950). Diese internationalen Pfadfindertreffen haben eine zwiefache, sich widersprechende Bedeutung. Einmal führen sie zu einem gegenseitigen Kennenlernen jugendlicher Eliten aus den verschiedenen Völkern und somit zur Achtung und Anerkennung der verschiedenen Eigenarten. Andererseits nehmen aber auch die Internationalisten, insbesondere die Freimaurerlogen, ein auffallendes Interesse an den Pfadfinderbünden, von ihrer nachrichtendienstlichen Verwendbarkeit ganz abgesehen.[25]

ÖSTERREICH SIEBENTES WELTPFADFINDERLAGER (JAMBOREE) DES INTERNATIONALEN SCOUTBÜROS LONDON

28. August 1951

Jugoslawien erhält von den Westmächten eine Anleihe in Höhe von 50 Millionen Dollar. Stalin sieht sich offenbar nicht in der Lage, den eigenwilligen, zur Zusammenarbeit mit den Westmächten tendierenden Kurs Titos zu korrigieren. Andererseits entspricht anscheinend das Kommunismus-Modell Titos den Vorstellungen und Absichten prokommunistischer Kreise im Westen, insbesondere in den USA mehr als das Stalins.[26]

JUGOSLAWIEN 50-MILLIONEN-DOLLARANLEIHE DER WESTMÄCHTE

30. August 1951

Die Philippinen lehnen sich auch nach der Unabhängigkeitserklärung (vgl. 4. Juli 1946) noch eng an die USA an. Nach der Zollunion mit den USA (30. April 1946) und dem Abkommen über militärische Stützpunkte (vgl. 14. März 1947) wird nunmehr ein Verteidigungsabkommen geschlossen. Dennoch werden die Inseln von inneren Kämpfen erschüttert, da die Bewegung der Huks, im Abwehrkampf gegen die japanische Besatzung entstanden, und natürlich prompt unter kommunistischen Einfluß geraten, ihre Vormachtstellung nicht aufgeben will.

PHILIPPINEN—USA VERTEIDIGUNGSABKOMMEN

AUFSTÄNDE DER HUKS

1. September 1951

In San Francisco unterzeichnen Dean Acheson für die USA, Percy Spender für Australien und Sir Carl Berendsen für Neuseeland einen Pazifischen Sicherheitspakt ANZUS (Australia-New Zealand-United Staates), veranlaßt durch den Koreakrieg. Artikel 4 lautet: „Jede der vertragschließenden Mächte erkennt an, daß ein bewaffneter Angriff im pazifischen Raum auf irgendeine von ihnen Frieden und Sicherheit für sie selbst gefährdet,

SAN FRANCISCO ANZUS-PAKT USA—AUSTRALIEN—NEUSEELAND

und versichert daher, daß sie nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Bestimmungen Gegenmaßnahmen gegen die gemeinsame Gefahr treffen wird ..." Es handelt sich also nicht um einen Beistandspakt, doch bezieht er die beiden britischen Dominions in die Einflußsphäre der USA ein, wie zuvor schon Kanada. Artikel 7 bestimmt die Errichtung eines Rates der drei Außenminister (oder Stellvertreter) „zur Erörterung der sich aus der Durchführung ergebenden Fragen". Das ist schon in der Grundkonzeption nicht sehr erfolgversprechend.[27]

NATO-STÜTZPUNKTE AUF DEN AZOREN

6. September 1951

Portugal gestattet den USA und den anderen Mitgliedstaaten der NATO, auf den Azoren militärische Stützpunkte auszubauen und zu unterhalten.

8. September 1951

JAPAN—WESTALLIIERTE FRIEDENSVERTRAG VON SAN FRANCISCO

In San Francisco wird der Friedensvertrag zwischen Japan und den Alliierten des Zweiten Weltkriegs *ohne* China, UdSSR und deren Satelliten (es sind auch ohne diese noch 48 [!] Staaten) geschlossen. Japan verzichtet darin auf Korea, Formosa (Taiwan), die Pescadores, Kurilen und Sachalin, auf seine Völkerbundsmandate nach dem Ersten Weltkrieg und auf Interessengebiete in der Antarktis. Es verpflichtet sich zum Gewaltverzicht und zur Unterstützung der UNO bei jeder ihrer Aktionen. Die Alliierten ihrerseits gestehen Japan Souveränität und Recht auf individuelle wie kollektive Selbstverteidigung zu und verpflichten sich zum Abzug der Besatzungstruppen binnen 90 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrages. Doch können Truppen auf japanischem Gebiet stationiert bleiben (Artikel 1—7). Japan verzichtet auf alle Rechte und Interessen in China (Artikel 10), erkennt die Urteilssprüche des Internationalen Militärsgerichts an und verpflichtet sich, die von diesem über japanische Staatsangehörige, die sich in Japan in Haft befinden, verhängten Urteile zu vollstrecken (Artikel 11). Die alliierten Mächte ihrerseits begeben sich ihrer Reparationsansprüche sowie aller Ansprüche auf unmittelbare Besatzungskosten (Artikel 14). Japan erkennt die Gültigkeit aller Maßnahmen der Besatzungsbehörden an (Artikel 19). Die UdSSR lehnt es ab, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Ihr ist bekannt, daß am gleichen Tage ein amerikanisch-japanischer Sicherheitspakt unterzeichnet wird, der sich eindeutig gegen sie richtet (siehe unten).[28]

ABLEHNUNG DURCH DIE UDSSR

JAPAN—USA

Ebenfalls am 8. September 1951 unterzeichnen Yoshida für Japan und Dean Acheson für die USA in San Francisco einen Si-

cherheitspakt, der den USA das Recht auf Stationierung von Streitkräften „in und um Japan" einräumt. Japan verpflichtet sich, das gleiche Recht ohne vorherige Zustimmung der USA keiner dritten Macht einzuräumen.[29]

SICHERHEITSPAKT STATIONIERUNGSRECHT

20. September 1951

Zwischen dem von den Sowjets besetzten mitteldeutschen und dem von den Westmächten kontrollierten westdeutschen Gebiet wird ein Interzonenabkommen über den Warenaustausch im Werte von dafür vereinbarten Rechnungseinheiten geschlossen (Berliner Abkommen). Es enthält eine Garantie für den ungehinderten Transitverkehr zwischen Westberlin und dem Westdeutschen Gebiet.[30]

MITTELDEUTSCH—WESTDEUTSCHES INTERZONENABKOMMEN WARENAUSTAUSCH

3. Oktober 1951

In der Schweiz wird ein Gesetz zur Förderung der Landwirtschaft und *Erhaltung des Bauernstandes* in Kraft gesetzt, das u. a. einen begrenzten Schutz gegen Preisunterbietung durch importierte Agrarerzeugnisse gewährt. Die Schweizer Regierung berücksichtigt dabei, daß eine Dezimierung des Bauernstandes — anderenorts zynisch als „Gesundschrumpfen" angepriesen — den Bevölkerungscharakter verändern würde.

SCHWEIZ GESETZ ZUR ERHALTUNG DES BAUERNSTANDES

8. Oktober 1951

Ägypten kündigt einseitig das seit dem 19. Januar 1899 bestehende Kondominium mit Großbritannien im Sudan auf. Es strebt eine Ägyptisierung des Sudan unter dem Schlagwort „Einheit des Niltales" an, während Großbritannien bereits eine spätere Unabhängigkeit des Sudan im Auge hat, auch im Hinblick auf die nicht mohammedanische, negride Bevölkerung im südlichen Sudan, die zum Teil unter äthiopisch-christlichem Einfluß steht.[31]

ÄGYPTEN KÜNDIGT KONDOMINIUM IM SUDAN

10. Oktober 1951

Einer der beiden Leiter des in Bamako am 18. Oktober 1946 (vgl. dort) gegründeten Rassemblement Démocratique Africain (RDA), Felix Houphouet-Boigny von der Elfenbeinküste, spricht sich entschieden gegen den Kommunismus aus. Damit bahnt sich eine loyale Zusammenarbeit zwischen dem RDA und Frankreich an.

ELFENBEINKÜSTE HOUPHOUET-BOIGNY GEGEN KOMMUNISMUS

11. Oktober 1951

In der Pekinger „Volkszeitung" berichtet der Minister für Öffentliche Sicherheit in der Regierung Tschu En-lai, Lo Jui-tsching,

CHINA

VOLKSERZIEHUNG DURCH HINRICHTUNGEN

allen Ernstes, etwa siebzig Prozent der chinesischen Bevölkerung sei seit der Machtübernahme durch die Kommunisten dadurch „erzogen“ worden, daß sie öffentliche Hinrichtungen miterlebten, in Zehntausenden von „Massenanklageversammlungen“ mit durchschnittlich 110 Teilnehmern (vgl.: noch Februar 1951, noch Oktober 1952).[32]

14. Oktober 1951

ODECA CHARTA DE SAN SALVADOR

In San Salvador wird die ODECA gegründet, die Organizacion de Estados Centro-Americanos. Beteiligt sind die mittelamerikanischen Staaten Costarica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua. Als Programm für die neue Union wird die „Charta de San Salvador“ proklamiert, ein wortreiches, klangvolles Dokument mit wenig Substanz. Guatemala wird bereits 1952 wieder ausscheiden.

noch Oktober 1951

MAROKKO MARSCHALL JUIN ABBERUFEN SULTAN MUHAMMED V. BEN JUSSUF

Der französische Generalresident in Marokko, Marschall Alphonse Juin, wird abberufen, nachdem seine Politik dazu geführt hat, daß der früher Frankreich freundlich gesinnte Sultan Muhammed V. ben Jussuf mit der marrokanischen Unabhängigkeitsbewegung in Gestalt der Istiklalpartei zusammenging. Juin hat sich daraufhin mit dem Berberführer von Marrakesch, el Glawi, gegen Muhammed verbündet und die Unruhen damit noch gesteigert.

3. November 1951

GROSSBRITANNIEN REGIERUNG CHURCHILL—EDEN

LIQUIDATION DES EMPIRE

Nach dem Wahlsieg der Konservativen in Großbritannien eine Woche zuvor (27. Oktober 1951) bildet Winston Churchill die Regierung. D. h. unter den gegebenen Umständen: er übernimmt die Liquidation des British Empire, deren Unabwendbarkeit nicht zuletzt seiner Politik am Ende der dreißiger Jahre zuzuschreiben ist. Außenminister in seinem Kabinett wird Anthony Eden. Auch er tritt nun wieder an, um zu ernten, was er im gleichen Amte bis 1938 und von 1941 bis 1945 gesät hat. Beide lassen entgleiten, was einst Männer wie Cecil Rhodes gesammelt haben.[33]

14. November 1951

USA-WAFFEN FÜR JUGOSLAWIEN

Jugoslawien schließt ein Abkommen mit den USA über Lieferung amerikanischer *Waffen* und sonstiger Rüstungsgüter (vgl. hierzu 28. August 1951!).[34]

19. November 1951

In Hannover (Westdeutschland) schließen sich mehrere landsmannschaftliche Verbände der aus dem Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie sowie aus dem Sudetenland vertriebenen Deutschen zum „Bund der vertriebenen Deutschen" (BVD) zusammen. Er wird einige Jahre lang das Recht auf die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimatgebiete vertreten und die Erinnerung an die deutsche Geschichte und Kulturleistung dieser Gebiete pflegen, aber wenig politische Dynamik entfalten.[35]

HANNOVER BUND DER VERTRIEBENEN DEUTSCHEN (BVD)

27. November 1951

Der britische Außenminister Anthony Eden trifft sich anläßlich einer Sitzung des Atlantikrates in Rom mit General Eisenhower. Dieser sagt ihm, es sei bis auf weiteres nützlicher, Großbritannien trete der geplanten Europaarmee der EVG (Plevenplan, vgl. 24. Oktober 1950) *nicht* bei, sondern bleibe ebenso wie die USA im Rahmen des Atlantischen Bündnisses (NATO) in der Reserve. Tags darauf wird Eden diesen Standpunkt, der ohnehin seinem eigenen entspricht, in einer Pressekonferenz mitteilen.[36]

ROM TREFFEN EDEN—EISENHOWER ENTHALTSAMKEIT VOM PLEVENPLAN

Am gleichen Tage, dem 27. November, wird in der Tschechoslowakei der jüdische ehemalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Rudolf Slánsky, wegen angeblicher staatsfeindlicher Tätigkeit verhaftet. Genau ein Jahr später wird er wegen Zusammenarbeit mit dem Westen und mit Jugoslawien zum Tode verurteilt werden. Hinter dem Prozeß gegen Slánsky steht einer derjenigen israelischen Spionageoffiziere, die gleichzeitig noch für den Staat arbeiten, in dessen Nachrichtendienst sie vor Gründung des Staates Israel tätig waren.[37]

TSCHECHOSLOWAKEI VERHAFTUNG SLANSKYS

5. Dezember 1951

Dänemark, Island, Norwegen und Schweden beschließen anläßlich einer Tagung ihres gemeinsamen parlamentarischen Rates in Stockholm die Bildung eines „Nordischen Rates". Er ist als ständig beratendes Organ gedacht, das übereinstimmende Beschlüsse ermöglichen und den Regierungen der beteiligten Länder entsprechende unverbindliche Empfehlungen zuleiten soll. Modell ist der Europarat. Der Nordische Rat wird sich aus je 16 Abgeordneten der drei skandinavischen Parlamente und fünf Mitgliedern des isländischen Althings zusammensetzen.[38]

STOCKHOLM NORDISCHER RAT

16. Dezember 1951

Der US-Botschafter in London, Gifford, sucht den britischen Außenminister Eden auf und schlägt ihm eine geeignete Formel

USA—GROSSBRITANNIEN

FORMEL FÜR GEMEINSAME WARNUNG AN CHINA UND NORDKOREA

für eine gemeinsame Warnung an die Chinesische Volksrepublik und an Nordkorea vor (vgl. 7. Januar 1952). Diese Warnung ist nach Edens Auffassung nur für den Fall vorgesehen, daß die in den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea noch auszuhandelnden Bedingungen (vgl. 10. Juli 1951) nicht eingehalten, sondern ein neuer Großangriff auf Südkorea eingeleitet werden würde. Nach der Abberufung General MacArthurs (vgl. 11. April 1951) kann aber eine solche Warnung, wie immer sie formuliert sein wird, auf China kaum noch Eindruck machen. Tschu En-lai weiß, daß die UNO-Mitgliedstaaten keinen Krieg gegen China führen wollen.[39]

TSCHECHOSLOWAKEI ORTHODOXE KIRCHE

Am selben Tage erhält die orthodoxe Kirche in der Tschechoslowakei ihre rechtliche Selbständigkeit, nachdem der russische Bischof Jelefetij ihr Metropolit geworden ist.

21. Dezember 1951

ITALIEN REVISION DES FRIEDENSVERTRAGES BEENDET

Die italienische Regierung gibt eine Erklärung ab des Inhalts, die Revision des Friedensvertrages vom 10. Februar 1947 (vgl. dort) sei nunmehr vollzogen. Es handelt sich dabei um die Aufhebung der Beschuldigung Italiens als „Aggressor", die Aufhebung des Verbotes von Grenzbefestigungen und die Aufhebung der Beschränkung der Streitkräfte sowie des Herstellungsverbotes für Kriegsmaterial. Diese Bestimmungen des Friedensvertrages wurden von seiten der Westalliierten stillschweigend fallen gelassen, nachdem Italien im Zuge des „Kalten Krieges" (Truman-Doktrin) in das westliche Verteidigungssystem der NATO einbezogen war.

24. Dezember 1951

LIBYEN UNABHÄNGIGES KÖNIGREICH IDRIS I. SENUSI

Gemäß UNO-Beschluß vom 11. November 1949 (vgl. dort) über die Unabhängigkeit des aus drei Landesteilen wiedervereinigten *Libyen* wird dort nunmehr ein unabhängiges Königreich proklamiert. Den Thron besteigt der von der Verfassunggebenden Nationalversammlung bereits am 3. Dezember 1950 zum König gewählte Idris I. Senusi, zuvor Emir der Cyrenaica (geb. 12. März 1890).[40]

noch 1951 (ohne nähere Datierung)

SÜDAFRIKA SELBSTVERWALTUNGSGEBIETE FÜR BANTUS

Die Regierung Südafrikas erläßt den Bantustan Authorities Act, ein Gesetz, das die Bildung von acht Selbstverwaltungsgebieten festlegt, in denen die Bantus, nach Stammesverbänden gegliedert, schrittweise die Verwaltung in eigene Hände nehmen sollen, je nachdem, wie viele geschulte Führungskräfte jeweils herangebildet sind und zur Verfügung stehen.

1952

1. Januar 1952

In Griechenland wird die Verfassung von 1911, die Verfassung einer konstitutionellen Monarchie, wenn auch mit zahlreichen zeitbedingten Änderungen, wiederhergestellt. In die gesetzgebende Gewalt teilen sich König und Parlament, die ausübende Gewalt liegt bei der Regierung, die dem Parlament verantwortlich ist. Höchste rechtsprechende Instanz ist der Staatsrat, der wiederum von der Regierung ernannt wird.

GRIECHENLAND WIEDER KONSTITUTIONELLE MONARCHIE

7. Januar 1952

Churchill und Eden reisen zu Besprechungen mit Truman und Acheson (CFR, Bilderberger) in die USA. Sie erklären sich dort lediglich bereit, sich erst *nach* Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens in Korea an einer Warnung an die Adresse der Chinesischen Volksrepublik (vgl. 16. Dezember 1951) zu beteiligen. Diese Warnung wird außerdem überaus vorsichtig formuliert: „Sollte es in Korea zu einer neuen Aggression kommen, würden sich daraus so ernste Folgen ergeben, daß es aller Wahrscheinlichkeit nach unmöglich sein dürfte, die Feindseligkeiten auf koreanisches Gebiet zu beschränken." Auch von Japans freier Entscheidung für eine der beiden chinesischen Regierungen (vgl.: noch Juni 1951) als Partner für einen Friedensvertrag ist wieder die Rede.[1]

CHURCHILL UND EDEN IN DEN USA

TEXT DER WARNUNG AN CHINA

JAPANS FRIEDENSVERTRAG MIT CHINA

8. Januar 1952

Jordanien gibt sich die Verfassung eine konstitutionellen Monarchie. Die Dynastie der Haschimiden — direkter Nachkommen des Propheten Mohammed — hat die erbliche Königswürde inne. Das Parlament, die Nationalversammlung, übt die gesetzgebende Gewalt aus. Seine Mitglieder werden zum Teil vom König berufen, zum anderen Teil vom Volke gewählt. In Opposition zum Königshaus stehen sowohl radikale Nationalisten als auch sozialreformerische Gruppen von der Bath-Partei bis hin zu prokommunistischen Kreisen.

JORDANIEN KONSTITUTIONELLE MONARCHIE

VERFASSUNG

9. Januar 1952

Churchill und Truman geben in den USA eine gemeinsame Verlautbarung über ihre Gespräche aus. Darin ist u. a. von einer Vereinbarung die Rede, nach der die USA in Großbritannien über Stützpunkte (Basen) für Atomflugzeuge verfügen, deren Benutzung *im Ernstfalle* allerdings jeweils von einer gemeinsamen Ent-

USA-ATOMBASEN IN GROSSBRITANNIEN

EVG

scheidung beider Regierungen abhängen wird. Man will sich ferner gemeinsam um das Zustandekommen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bemühen, um darin und damit „ein demokratisches Deutschland" (gemeint ist der westdeutsche Bundesstaat) zum „vollen und gleichberechtigten Partner" zu machen.[2]

11. Januar 1952

UNO-ATOMENERGIE-KOMMISSION AUFGELÖST

Infolge des zunehmenden Gegensatzes in der *offiziellen* Politik der USA und der UdSSR sowie ihrer Rüstungsgleichheit an Atomwaffen wird die Atomenergiekommission der UNO (vgl. 24. Januar 1946, 14. Juni 1946) aufgelöst. Sie ist in ihrer Tätigkeit schon seit Jahren gelähmt und zu keiner Beschlußfassung mehr in der Lage. Das ist eine der Folgen der *inoffiziellen* Politik in den USA einflußreicher Kreise, nicht zuletzt auch der von F. D. Roosevelt und Harry Hopkins gegen ihr eigenes Land zugunsten der UdSSR eingeleiteten Atomwaffenspionage (vgl. 8. Januar 1944 mit Anm. 1).

18. Januar 1952

USA—GROSSBRITANNIEN METALL-TAUSCHHANDEL

Großbritannien und die USA schließen einen Vertrag über einen Tauschhandel mit einer Million Tonnen amerikanischen Stahls gegen 55,1 Millionen Pfund britischen Aluminiums sowie 20 000 Tonnen britischen Zinns.[3]

20. Januar 1952

USA KARDINAL SPELLMAN ÜBER PANMUNJOM UND „REPATRIIERUNG"

Kardinal Francis Spellman kehrt von einer zweiunddreißigtägigen Reise in seiner Eigenschaft als katholischer Militärvikar der US-Streitkräfte durch Korea, Formosa, die Philippinen, Honkong, Indien, Rom und Frankreich in die USA zurück. Er wird öffentlich die Vergeblichkeit von Friedensgesprächen à la Panmunjom darlegen und die Unmenschlichkeit anprangern, kriegsgefangene Nordkoreaner nach Nordkorea zu „repatriieren", d. h. in den sicheren Tod zu schicken (vgl. 6. November und 3. Dezember 1952).[4]

26. Januar 1952

ÄGYPTEN MUSLIM-BRUDERSCHAFT GEGEN AUSLÄNDER

In Kairo (Ägypten) kommt es zu Ausschreitungen gegen Ausländer, geschürt von der fanatischen Muslim-Bruderschaft, die den Islam mit ägyptischem Nationalismus verknüpft. Die Niederlage gegen Israel hat das nationale Selbstbewußtsein breiter Volksschichten und vor allem der Armee nachhaltig erschüttert.

6. Februar 1952

In Sandringham (England) stirbt König Georg VI. (eigentlich Albert), der nach der von Baldwin erzwungenen Abdankung seines Bruders, König Eduards VIII., am 10. Dezember 1936 (vgl. dort) die Nachfolge antrat und seit 1923 mit Lady Elizabeth Angela Marguerite Bowes-*Lyon* verehelicht war. Die älteste Tochter aus dieser Ehe wird als Elisabeth II. zur Königin von Gottes Gnaden des Vereinigten Königsreiches, zum Haupt des British Commonwealth of Nations und zur Verteidigerin des Glaubens proklamiert. So wurde es bereits am 28. April 1947 von der Commonwealth-Konferenz beschlossen. Thronfolger wird Prinz Charles, Enkel der Bowes-Lyon, also 25 Prozent.[5]

GROSS-BRITANNIEN TOD KÖNIG GEORGS VI. ELISABETH II. PRINZ CHARLES

Am selben Tage wird — nach der Atomenergiekommission der UNO (vgl. 11. Januar 1952) — nunmehr auch die Kontrollkommission für konventionelle Rüstung aufgelöst, die am 13. Februar 1947 gebildet worden war. Die Initiative zu diesem Auflösungsbeschluß durch den Sicherheitsrat der UNO geht von der UdSSR aus. Damit sind für absehbare Zeit alle Abrüstungsgespräche suspendiert. Ein hemmungsloses Wettrüsten nimmt seinen Fortgang.

UNO RÜSTUNGS-KONTROLL-KOMMISSION AUFGELÖST

18. Februar 1952

Griechenland schließt sich dem Nordatlantikpakt (NATO) an (vgl. 4. April 1949) und erweitert damit dessen Operationsbasis beträchtlich (vgl. auch 25. Februar 1952).[6]

GRIECHENLAND WIRD NATO-MITGLIED

19. Februar 1952

Auf seinem Gut Nörholm bei Grimstad (Südnorwegen) stirbt im 93. Lebensjahr der Dichter Knut Hamsun, Inbegriff einer Menschlichkeit und Seelenkraft, wie sie der europäische Norden nicht nur in seinen überragenden Gestalten bereit hält. Hamsun wurde noch in seinen letzten Lebensjahren Opfer der Kopfjagd auf sogenannte „Kollaborateure". Man sperrte ihn, den Nobelpreisträger für Literatur („Segen der Erde"), monatelang in ein Irrenhaus ein. Er litt, blieb aber im Kern unberührt. Er stand wahrhaft darüber. Seine Selbstverteidigung vor dem Gericht war zugleich sein geistiger Triumph über seine Gegner, Ankläger und „Richter", sein letztes Buch „Auf überwachsenen Pfaden" ein bleibendes Zeugnis unverkennbarer menschlicher Überlegenheit.[7]

KNUT HAMSUN STIRBT AUF NØRHOLM

„AUF ÜBER-WACHSENEN PFADEN"

20. Februar 1952

Im Zuge der schrittweisen Bolschewisierung Ungarns (vgl. 20. August 1949) wird nunmehr auch der private Hausbesitz beschlagnahmt. „Eigentum ist Diebstahl." Sozialdemokratische Re-

UNGARN ENTEIGNET HAUSBESITZ

gierungen erreichen dasselbe durch entsprechende Besteuerung des Hausbesitzes. Das sieht weniger revolutionär aus, trägt aber zur Vernichtung des Mittelstandes ebenso wirksam bei.

25. Februar 1952

CHINA DENUNZIATION SOLL FAMILIEN ZERSTÖREN

In der Chinesischen Volksrepublik appelliert das „Handbuch laufender Angelegenheiten für die Popularisierung der Parteilinie" an die Frauen: „Schwestern! Wenn euer eigener Vater, Bruder, Mann oder Kind eines der oben genanten Verbrechen begangen hat, dann müßt ihr euch von allen Skrupeln befreien und ihn mutig dazu bewegen, daß er gesteht, oder ihr müßt ihn anzeigen ... Jeder muß begreifen, daß es etwas Ehrenvolles ist, wenn man seine eigenen Verwandten zum Geständnis bringt oder sie anzeigt, denn das einzig Schändliche ist, wenn man sie deckt." Da mit „Verbrechen" hier der Antikommunismus gemeint ist (wie bei uns demnächst auch), bedeutet der Appell die bewußte Zerstörung der Familie zugunsten der Revolution.[8]

TÜRKEI WIRD NATO-MITGLIED

Am selben Tage tritt die Türkei der NATO bei und wird auch Mitglied des Europarates. Damit wird verhindert, daß die Dardanellen und auch das Schwarze Meer ausschließlich unter Kontrolle der UdSSR geraten.

1. März 1952

HELGOLAND UNTER WESTDEUTSCHER VERWALTUNG

Nachdem Großbritannien unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Bombenwürfe auf die Insel Helgoland vor der Elbmündung eingestellt hat, wird das völlig verwüstete Trümmerfeld nunmehr westdeutscher Verwaltung übergeben. Der Wiederaufbau kann beginnen.[9]

7. März 1952

CUBA—USA BEISTANDSPAKT BATISTA Y ZALVIDAR

Cuba und die USA schließen einen gegenseitigen Beistandspakt. Bereits drei Tage später wird auf Cuba Fulgencio E. Batista y Zalvidar mit Hilfe der Streitkräfte den Präsidenten Carlos Prio Socarras stürzen und sich an seine Stelle setzen. Wie schon 1940 bis 1944 wird Batista auch diesmal diktatorisch regieren und es an Korruption und Polizeiterror Männern wie Trujillo und „Doc" Duvalier gleichtun.

10. März 1952

UDSSR

Die UdSSR veröffentlicht den Entwurf zu einem Friedensvertrag für „Gesamtdeutschland". Gemeint ist natürlich nur der mittel- und westdeutsche Raum mit Berlin. Der Entwurf läuft auf eine Neutralisierung und Militärbündnissperre für dieses Gebiet hin-

aus, d. h. auf die Entstehung eines politischen Vakuums, in das dann der sowjetische Einfluß ungehindert eindringen kann. Die Westmächte werden den Vorschlag zwei Wochen später, am 25. März 1952, mit der Forderung nach freien Wahlen in allen Zonen des deutschen Restgebietes beantworten und nach Handlungsfreiheit für eine Regierung in diesem Gebiet, die aus solchen Wahlen hervorgehen würde (vgl. 9. April 1952). Darauf kann die UdSSR nicht eingehen. Ihr Vorschlag hat den Zweck, die Integrierung des westdeutschen Raumes in das westliche Verteidigungssystem zu verhindern, um diesen Raum dem eigenen, sowjetischen Einfluß offen zu halten. Das „Gesamtdeutschland" nach sowjetischer Vorstellung und Zielsetzung wird ein Gebilde sein, ähnlich dem in ihrer Zone errichteten, in dem die endgültige Bolschewisierung durch „demokratische Massenorganisationen" (à la „Messerat", Frankfurter Buchmesse 1972) herbeigeführt wird, die ihrerseits wieder von kleinen kommunistischen Kadern gelenkt sind (vgl. auch 23. August und 23. September 1952).[10]

FRIEDENS-VERTRAGSENTWURF FÜR „GESAMT-DEUTSCHLAND" WESTALLIIERTE ANTWORTEN MIT FORDERUNG NACH FREIEN WAHLEN

1. April 1952

In Jugoslawien werden mit dem „Gesetz über die Volksausschüsse" die Rechte der Kommunalverwaltungen erweitert, d. h. die Verwaltung wird zunehmend dezentralisiert. Auch die Sozialversicherung geht aus staatlicher Verwaltung in Selbstverwaltung eigens geschaffener Körperschaften über. Hier werden Wege beschritten, die deutlich von der Moskauer Norm abweichen.

JUGOSLAWIEN KOMMUNAL-VERWALTUNG VOLKS-AUSSCHÜSSE

9. April 1952

In Bolivien finden Wahlen statt, bei denen der Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR, gegründet 1941) die meisten Stimmen gewinnt. Der Führer dieser nationalrevolutionären Partei, Victor Paz Estenssoro, wird eine Woche später, am 17. April 1952, Staatspräsident und Regierungschef werden.

BOLIVIEN WAHLSIEG PAZ ESTENSSOROS

Am gleichen Tage bietet die UdSSR Wahlen in allen vier Besatzungszonen des deutschen Restgebietes an, die zu einer gemeinsamen Regierung in diesem Raum führen sollen (vgl. 10. März 1952). Sie wird jedoch die Forderung der Westmächte nach einer unparteiischen Untersuchungs- (d. h. Kontroll-)Kommission bei solchen Wahlen zurückweisen und enthüllt damit, wie solche „Wahlen" zumindest in der sowjetischen Zone aussehen würden. Die osteuropäischen Staaten haben dafür vielfache Beispiele gegeben. Sie stehen sämtlich unter kommunistisch gelenkten Regierungen (vgl. auch 23. August und 23. September 1952).

UDSSR BIETET „GESAMT-DEUTSCHE" WAHLEN AN, LEHNT ABER KONTROLL-KOMMISSION AB

JAPAN RATIFIZIERT FRIEDENSVERTRAG

UNEINGESCHRÄNKTE SOUVERÄNITÄT

28. April 1952

Mit der Ratifizierung des Friedensvertrages von San Francisco und des Sicherheitspaktes mit den USA (beide vgl. 8. September 1951) durch das japanische Parlament gewinnt Japan seine volle Souveränität zurück. Da das nationale Selbstverständnis des japanischen Volkes — im Gegensatz zu dem der deutschen Bevölkerung — ungebrochen ist, wird es sich bald gegen die allzu enge Bindung an die USA durch die Regierung Yoshida auflehnen und eine eigenständige, rein japanischen Interessen dienende Außenpolitik erwirken.

USA TANSILL VERÖFFENTLICHT „BACK DOOR TO WAR" UND WEIST ROOSEVELTS KRIEGSSCHULD NACH

noch April 1952

Der amerikanische Historiker der revisionistischen Schule, Charles Calan Tansill (geb. 9. Dezember 1890 in Fredericksburg [Texas]), veröffentlicht bei Henry Regnery Company in Chicago sein berühmtes Buch Back Door to War (deutsch: Die Hintertür zum Kriege, Düsseldorf 1956) und erbringt darin den endgültigen geschichtswissenschaftlichen Beweis dafür, daß Präsident F. D. Roosevelt 1941 den Krieg mit Japan bewußt herbeigeführt hat, um mittels der Bündnisautomatik der Achsenmächte endlich auch mit dem Deutschen Reich in den bis dahin vergeblich provozierten Kriegszustand zu gelangen. Da Tansills Dokumentation nicht mehr zu widerlegen ist, läßt sich an der Haltung seinem Buch gegenüber die Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit eines jeden Forschers oder Lehrers über den gleichen Geschichtsabschnitt testen.

„GENERALVERTRAG" FÜR WESTDEUTSCHEN STAAT

FORMELLE SOUVERÄNITÄT

VORBEHALTE „NOTSTAND" ERMESSENSFRAGE DER MILITÄRBEFEHLSHABER

26. Mai 1952

In Bonn unterzeichnen Dean Acheson (USA, CFR und Bilderberger), Konrad Adenauer („BRD"), Anthony Eden (UK) und Robert Schuman (Frankreich) einen „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten", auch „Generalvertrag" oder — fälschlich — „Deutschlandvertrag" genannt. Artikel 1 gibt dem auf westdeutschem Boden von den Westalliierten geschaffenen Staatsgebilde die formelle Souveränität, hebt das Besatzungsstatut auf und sieht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor. In Artikel 2 behalten sich die drei Westmächte ihre bisherigen Rechte hinsichtlich Truppenstationierung im westdeutschen Raum, hinsichtlich Berlin und „Deutschland als Ganzem" (gemeint ist das restdeutsche Gebiet) einschließlich Wiedervereinigung und Friedensvertrag vor. Die westdeutsche Regierung hat die drei Mächte bei Ausübung dieser Rechte zu unterstützen. Artikel 4, Absatz 4, sieht eine Beteiligung des westdeutschen Staates an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vor (die aber dann aufgrund der französischen Ab-

lehnung nicht zustande kommen wird). Artikel 5 spezifiziert die Umstände, unter denen die Westmächte bzw. ihre Militärbefehlshaber nach eigenem Ermessen einen Notstand erklären und entsprechende Maßnahmen ergreifen, d. h. praktisch die westdeutsche Souveränität vorübergehend wieder außer Kraft setzen können. Artikel 7, Absatz 3, sieht die Übertragung der staatlichen Souveränität auf ein wiedervereinigtes Deutschland vor.[11]

SBZ SPERRZONE SCHIESS-BEFEHL

Am selben Tage, dem 26. Mai 1952, an dem der westdeutsche Bundesstaat seine formale Souveränität von den Westmächten zugebilligt erhält (siehe oben), legen die Sowjets bzw. ihre Hörigen an der Demarkationslinie zwischen ihrer und den westlichen Besatzungszonen des ehemaligen Deutschlands entlang eine fünf Kilometer tiefe Sperrzone, „Schutz- und Kontrollstreifen" genannt, an, die nur mit besonderer schriftlicher Genehmigung betreten werden darf. Die mitteldeutschen „Volkspolizisten", die in dieser Sperrzone Dienst tun, haben Befehl, auf jeden zu schießen, der sie ohne Genehmigung betritt.

27. Mai 1952

PARIS GRÜNDUNG DER EVG

In Paris unterzeichnen die Außenminister der Beneluxstaaten, der westdeutschen „Bundesrepublik", Frankreichs und Italiens einen Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), der jedoch niemals in Kraft treten wird, da die Französische Nationalversammlung die Ratifizierung über zwei Jahre später, am 30. August 1954, mit 319 gegen 264 Stimmen ablehnen wird (trotz amerikanisch-britischer Garantieerklärung für Frankreich).[12]

PARIS ZUSATZ-PROTOKOLL ZUM NATO-PAKT

GARANTIE DER USA UND GROSS-BRITANNIENS FÜR FRANKREICH

Am gleichen Tage unterzeichnen ebenfalls in Paris die Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten (vgl. 4. April 1949) ein Zusatzprotokoll zum Nordatlantikpakt, nach dessen Artikel I jeder Angriff auf einen Mitgliedstaat oder auf Streitkräfte der EVG (s. oben) auch „als Angriff gegen alle Signatarstaaten des Nordatlantikpaktes" gelten soll. Mit dem Nichtzustandekommen der EVG (siehe oben) wird auch dieses Zusatzprotokoll zum Nordatlantikpakt, das sich auf die EVG bezieht, hinfällig, *nicht* so jedoch die aus gleichem Anlaß und am gleichen Tage abgegebene *Dreimächteerklärung* Frankreichs, Großbritanniens und der USA, mit der die beiden Letzteren Frankreich im Falle eines Ausbrechens der westdeutschen „Bundesrepublik" aus dem westlichen Bündnissystem ihre Hilfe garantieren. Dies wird folgendermaßen verklausuliert: „Wenn daher irgendeine Maßnahme von irgendeiner Seite die Geschlossenheit oder Einheit dieser Gemeinschaft be-

droht, werden die beiden Staaten [Großbritannien und die USA] dies als eine Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit ansehen" usw. Diese Garantie läßt sich auch auf das NATO-Bündnis beziehen, nicht nur auf die EVG, und wird zwanzig Jahre später sehr aktuell werden.[13]

noch Mai 1952

CHINA TIBET DALAI LAMA

Die Chinesische Volksrepublik erkennt den jugendlichen Dalai Lama, der aus Yatung, nahe der indischen Grenze, nach Lhasa zurückgekehrt ist, als politisches Oberhaupt im westlichen Tibet an, aber nur, um ihn fortgesetzt politisch zu erpressen und sich seine religiöse Überzeugung, daß gewaltsamer Widerstand unter allen Umständen vermieden werden müsse, zunutze zu machen.[14]

2. Juni 1952

TSCHANDERNAGAR ZU INDIEN

Frankreich tritt seine indische Kolonie Tschandernagar an die Indische Union ab.

USA AUFHEBUNG DER BESCHLAGNAHME VON STAHLWERKEN

SECHS WOCHEN STREIK

FRANKFURTER

Am gleichen Tage hebt das Oberste Bundesgericht der USA eine Regierungsverfügung auf, mit der die nordamerikanischen Stahlwerke — auf eine Streikankündigung der Stahlarbeitergewerkschaft hin — am 8. April 1952 beschlagnahmt wurden. Am 10. Juni wird der Kongreß dem Lohnkonflikt freien Lauf lassen. Der Streik wird bis zum 24. Juli andauern, d. h. die Stahlproduktion der USA wird mitten im Koreakrieg sechs Wochen lang lahmgelegt sein. Richter im Obersten Bundesgericht ist — durch Roosevelt berufen — Felix Frankfurter.[15]

9. Juni 1952

JAPAN—INDIEN FRIEDENSVERTRAG

Japan schließt einen gesonderten Friedensvertrag mit Indien, das beim Abschluß des Friedensvertrages von San Francisco am 8. September 1951 (vgl. dort) nicht vertreten war, aber als Handelspartner für Japan von wachsender Bedeutung ist.[16]

14. Juni 1952

USA ATOM-U-BOOT NAUTILUS

ATOMTESTS IN NEVADA

In den USA wird mit dem Bau des Unterseebootes „Nautilus" begonnen, des ersten Schiffes, das mit Atomenergie betrieben werden wird und infolgedessen weit länger unter Wasser bleiben kann als U-Boote bisheriger Antriebssysteme. Etwa zur selben Zeit genehmigt Präsident Truman die Durchführung von Atomwaffentests in den USA selbst, im Norden von Las Vegas, bzw. in Yucca Flats in Nevada. Dort werden bis zum Ende des Jahres zwanzig Explosionen gezündet und Truppeneinheiten in der Anwendung und Abwehr von Atomwaffen ausgebildet werden.[17]

17. Juni 1952

In Guatemala wird unter der Regierung des Präsidenten Jakob Arbenz Guzmán, der seit dem 1. März 1951 im Amt ist, ein Gesetz zur Bodenreform in Kraft gesetzt. Danach wird Besitz an Latifundien und Plantagen enteignet und verstaatlicht. Auch die Plantagen der nordamerikanischen United Fruit Company sind davon betroffen, und sie wird dieses Mal zwei Jahre benötigen, um den Präsidenten zu stürzen (vgl. 18. Juni 1954).

GUATEMALA GUZMAN ENTEIGNET PLANTAGEN UNITED FRUIT COMPANY

2. Juli 1952

Ein besonderer Ausschuß des Kongresses der USA stellt in seinem abschließenden Untersuchungsbericht fest, daß es unzweifelhaft die Sowjets waren, die im Jahre 1940 bei Katyn viertausend und an anderen Orten etwa zehntausend polnische Offiziere ermordeten. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Es gibt keinen Zweifel, daß dieser Massenmord nach einem überlegten Plan erfolgte, um alle führenden polnischen Elemente zu beseitigen, die sich später den sowjetischen Absichten einer Bolschewisierung Polens widersetzen könnten." Das ist das traurige Ergebnis der britischen Garantie für Polen, die Chamberlain und Halifax am 31. März 1939 (vgl. dort!) gaben.[18]

USA AUSSCHUSS BESTÄTIGT SOWJETS TÖTETEN 14.000 POLNISCHE OFFIZIERE

5. Juli 1952

In der kommunistischen Partei Rumäniens finden „Säuberungen" statt, in deren Verlauf auch Minister entlassen werden, unter ihnen Anna Pauker (Außenminister seit November 1947). Präsident der Nationalversammlung wird Groza, neuer Ministerratsvorsitzender Gheorghe Gheorghiu-Dej.

RUMÄNIEN „SÄUBERUNG" DER PARTEI ANNA PAUKER ENTLASSEN

9./12. Juli 1952

Im mitteldeutschen Raum findet eine Konferenz der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED) statt und verkündet u. a. den „Planmäßigen Aufbau des Sozialismus", der auch die „Umgestaltung der Landwirtschaft", d. h. deren Kollektivierung betrifft. Noch im Verlauf desselben Monats werden die ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), d. h. Kolchosen erzwungen.

SBZ SED-KONFERENZ KOLLEKTIVIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT

14. Juli 1952

Elf Verbände ehemaliger Kriegsteilnehmer im westdeutschen Raum wenden sich in einer scharf formulierten Entschließung gegen einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag, solange noch ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere in Zuchthäusern und

WESTDEUTSCHE KRIEGSTEILNEHMER GEGEN

VERTEIDIGUNGS-BEITRAG

Gefängnissen des In- und Auslandes gefangengehalten werden. Infolgedessen stellen diejenigen Offiziere, die sich dennoch zu diesem Zeitpunkt für eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands zur Verfügung stellen, nicht gerade eine Charakterauslese dar, von denen im sowjetischen Machtbereich zu schweigen.[19]

22. Juli 1952

BRITISCH—PERSISCHER ÖLKONFLIKT UNO UND HAAG „NICHT ZUSTÄNDIG“

In dem Streit zwischen der britischen Regierung und der des Iran (Persien) über die Verstaatlichung der Ölquellen und Raffinerien erklären sich sowohl der Sicherheitsrat der UNO als auch der Haager Schiedsgerichtshof für nicht zuständig. Hauptleidtragender in diesem Streit sind die persischen Staatsfinanzen. Aber für den Ministerpräsidenten Mosaddegh (vgl.: noch April 1951) handelt es sich um eine Grundsatzfrage.

POLEN VOLKSREPUBLIK KOMMUNISTISCHE VERFASSUNG

Am selben Tage erhält Polen eine nunmehr eindeutig kommunistische Verfassung und nennt sich fortan „Volksrepublik“. Der Sejm wählt den Staatsrat, der als Staatsoberhaupt fungiert. „Grundlage der Staatsgewalt ist die Macht des arbeitenden Volkes.“ Soll heißen: die absolute Willkürherrschaft der kommunistischen Parteibürokratie und Funktionärschaft kann nur aufrechterhalten werden, solange das Volk sein Arbeitssoll erfüllt, also weit mehr ausgebeutet wird als in kapitalistischen Staats- und Wirtschaftssystemen. Die verfassungsmäßig garantierten menschlichen Grundrechte können in einem solchen Dokument nur als Ausdruck des Zynismus seiner Verfasser gewertet werden.

23. Juli 1952

ÄGYPTEN ARMEE ERZWINGT ABDANKUNG FARUKS

Die ägyptische Armee (vgl. auch 26. Januar 1952) erzwingt unter Führung von General Muhammed Nagib die Abdankung König Faruks, eines Lebemannes, dem ein Versagen im Kampfe gegen Israel vorgeworfen wird. Er muß außer Landes gehen. Sein noch unmündiger Sohn Fuad (II.) tritt unter der Vormundschaft eines Regentschaftsrates für kurze Zeit die Nachfolge an.

24. Juli 1952

SBZ 14 BEZIRKS-REGIERUNGEN

In der sowjetisch besetzten mitteldeutschen Zone des ehemaligen Reichsgebietes werden mit Inkraftsetzung der von der sowjetischen Militärregierung verfügten „Ordnung für den Aufbau und die Arbeitsweise der staatlichen Organe der Bezirke“ die fünf Landesregierungen aufgehoben und durch 14 (nicht gewählte) Bezirksregierungen ersetzt.

25. Juli 1952

Die Londoner Times veröffentlicht einen Brief des ehemaligen britischen Lordkanzlers Viscount Frederic Herbert Maugham, eines namhaften Juristen, in dem dieser erklärt, „das Nürnberger Tribunal habe niemals den Zweck gehabt, ‚Prinzipien' für die gesamte Menschheit niederzulegen". Damit gibt der ehemalige Lordkanzler zu, daß die in London ausgeheckten „Nürnberger Prozesse" nichts weiter waren als ein Racheakt der Siegermächte, nur auf den gerade Unterlegenen anwendbar. Anlaß zu dieser Erklärung war der Vorschlag der Chinesen, einige der prominenteren Gefangenen von den UNO-Truppen im Koreakriege als „Kriegsverbrecher" vor Gericht zu stellen.[20]

LONDON MAUGHAM SCHREIBT: NÜRNBERG SOLLTE NICHT „PRINZIPIEN" FÜR ALLE SCHAFFEN

Am gleichen Tage gibt sich Puerto Rico Verfassung und Namen eines „Commonwealth of Puerto Rico", um gegenüber den USA seine Selbstverwaltung zu betonen. Der vom Volke unmittelbar gewählte Gouverneur übt die vollziehende Gewalt aus, das Parlament die gesetzgebende. Ein ebenfalls unmittelbar gewählter Beauftragter (Resident Commissioner) vertritt die Insel im Kongreß der USA in Washington.

PUERTO RICO „COMMONWEALTH"-VERFASSUNG

20. August 1952

Mitten in den Vorbereitungen zum SPD-Parteitag erliegt der Führer der westdeutschen Sozialdemokraten Kurt Schumacher, ein deutscher Patriot und kompromißloser Gegner des Kommunismus in jeglicher Gestalt, einem Herzschlag. Sein Tod macht innerhalb der SPD denjenigen Elementen den Weg frei, die offen oder geheim eine Annäherung an die UdSSR — und das kann nur bedeuten: die schrittweise Bolschewisierung Westdeutschlands — betreiben. Zunächst tritt Erich Ollenhauer die Nachfolge an, der während des Zweiten Weltkrieges in England tätig war.[21]

SPD TOD KURT SCHUMACHERS OLLENHAUER

23. August 1952

Die UdSSR erläutert in einer Note an die Westmächte ihre Auffassung von freien Wahlen in einem sogenannten „Gesamtdeutschland" (vgl. 10. März und 9. April 1952): „Bei der Untersuchung Deutschlands zwecks Prüfung der Frage, ob die Voraussetzungen für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen gegeben sind, besteht die Aufgabe selbstverständlich darin, zu untersuchen, inwieweit *jene Beschlüsse der Potsdamer Konferenz* durchgeführt werden, deren Verwirklichung die Vorbedingung für wirklich freie gesamtdeutsche Wahlen und für die Schaffung einer gesamtdeutschen, *dem Willen des Volkes entsprechenden* Regierung darstellt." Mit dieser Note greift das sowjetische Außenkommissariat

UDSSR NEUE NOTE ÜBER „GESAMTDEUTSCHLAND"

„BESCHLÜSSE DER POTSDAMER KONFERENZ"

geschickt den Wortlaut der Forderung der Westmächte (vgl. 10. März 1952) auf, interpretiert ihn aber im Sinne der UdSSR. Mit der Durchführung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz ist die totale Ausschaltung aller antikommunistischen Kräfte auch im westdeutschen Raum gemeint, und zwar nicht nur in der Führungsschicht, und unter dem „Willen des Volkes" ist in der Sowjetterminologie stets der Wille der kommunistischen Parteiführung zu verstehen, erfahrungsgemäß auch dann, wenn die Kommunisten in der Bevölkerung nur eine kleine Minderheit darstellen. „Gesamtdeutsche", „freie" Wahlen setzen also die *vorherige* innere Umstrukturierung auch des westdeutschen Raumes im Sinne der Sowjets voraus.[22]

7. September 1952

ÄGYPTEN REGIERUNG NAGIB

In Ägypten (vgl. 23. Juli 1952) übernimmt General Muhammed Nagib, Führer der Offiziersjunta, die König Faruk zur Abdankung zwang, selber die Regierung.[23]

10. September 1952

WEST-DEUTSCH-ISRAELISCHER WIEDERGUT-MACHUNGS-VERTRAG

In Luxemburg unterzeichnen Konrad Adenauer für die westdeutsche „Bundesrepublik" und Mosche Scharett für den Staat Israel einen Vertrag über die von westdeutscher Seite an Israel zu zahlende Wiedergutmachung der 1933—1945 den Juden zugefügten Schäden. Israel tritt in diesem Vertrage als Schadenersatzempfänger für Schäden auf, die entstanden, als es den Staat Israel noch nicht gab. Westdeutschland wird nach diesem Vertrag — über die zahlreichen Individualentschädigungen hinaus — 3,45 Milliarden DM „für den Ankauf solcher Waren und Dienstleistungen zur Verfügung stellen, die der Erweiterung der Ansiedlungs- und Wiedereingliederungsmöglichkeiten für jüdische Flüchtlinge in Israel dienen". Das Programm soll sich laut Artikel 3 über zwölf Jahre erstrecken, also 1964 abgeschlossen sein.[24]

19. September 1952

FINNLAND—UDSSR REPARATIONEN

Finnland leistet pünktlich seine letzten Reparationslieferungen an die UdSSR, zu denen es sich im Friedensvertrag verpflichtet hat. Die Einhaltung des Termins ist nur durch eine beispiellose Konzentration aller Produktionskräfte des Landes möglich geworden.[25]

23. September 1952

Der Notenwechsel zwischen den Westmächten und der UdSSR über einen Friedensvertrag mit „Gesamtdeutschland", ausgelöst durch die sowjetische Note vom 10. März 1952 (vgl. dort), findet

mit einer letzten Note der Westalliierten seinen Abschluß. Auf diese Note wird die UdSSR nicht mehr antworten, vermutlich, weil inzwischen das Zustandekommen der Westintegration einschließlich des westdeutschen Gebietes nicht mehr verhindert werden kann. Rückblickend kann gesagt werden, daß die UdSSR eine Vereinigung ihrer Besatzungszone mit denen der Westmächte nur solange anbot, wie eine Umwandlung „Gesamtdeutschlands", d. h. des Restgebietes des ehemaligen Deutschen Reiches, in einen „sozialistischen", d. h. kommunistischen Staat noch möglich schien (vgl. auch 23. August 1952).[26]

LETZTE NOTE DER WEST-ALLIIERTEN ÜBER „GESAMT-DEUTSCHLAND" SCHLUSS DER DEBATTE

24. September 1952

In Rumänien nimmt die Nationalversammlung — zwei Tage nach Errichtung eines Staatssicherheitsministeriums — eine neue, nunmehr konsequent kommunistische Verfassung an. „Sie legt die Macht in die Hände der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern", schreibt der zuständige Mitarbeiter vom Ploetz. „Alle öffentlichen Einrichtungen sind verstaatlicht." Da wird die Arbeiterklasse es schwer haben, ihre „Macht" auszuüben. Aber: „Erarbeitetes Eigentum mit Erbrecht gesetzlich geschützt." In diesem Punkte tanzt Rumänien offenbar aus der Reihe.

RUMÄNIEN KOMMUNI-STISCHE VERFASSUNG

1. Oktober 1952

Die dänische Regierung erklärt, nachdem die UdSSR gegen Dänemarks Beitritt zur NATO (vgl. 8. Juni 1951) und gegen die Einräumung von Stützpunkten auf Grönland an die USA Einspruch erhoben hat, die Bestrebungen der Sowjetunion, die Ostsee ausschließlich unter ihren Einfluß zu bringen, erforderten Gegenmaßnahmen. Dänemark werde aber niemals Ausgangsbasis für Aggressionen gegen die UdSSR sein.

DÄNEMARK— UDSSR NATO OSTSEE

2./3. Oktober 1952

Bei den Montebello-Inseln nordwestlich von Australien wird der erste britische Atombombenversuch durchgeführt, mit dem sich Großbritannien als dritte Atomwaffenmacht auszuweisen und auf die weitere Entwicklung des „Kalten Krieges" Einfluß zu gewinnen hofft. Doch übersteigen solche Ambitionen bei weitem die finanziellen Möglichkeiten.

GROSS-BRITANNIEN ATOM-BOMBENTEST

15. Oktober 1952

In Moskau nimmt der XIX. Parteitag der KPdSU sein Ende. Er hat Beschlüsse gezeitigt, die Partei und Staat in ihren Funktionen genauer voneinander trennen als zuvor. Das Politbüro hört in

MOSKAU

BESCHLÜSSE DES XIX. PARTEITAGES ÄNDERUNGEN IN DER FÜHRUNGSSPITZE

seiner bisherigen Form auf zu bestehen. An seine Stelle tritt ein Präsidium des Zentralkomitees der Partei, das aber nur noch beratend in Erscheinung tritt. Die ausübende Gewalt liegt beim Sekretariat des Zentralkomitees, das auf zehn Mitglieder erweitert wird und in dem Georgij Maximilianowitsch *Malenkow* an Einfluß gewinnt. Der Zusatz „Bolschewiki" im Parteinamen entfällt künftig. Inwieweit Stalin auf diese Entwicklung noch einwirkt, ist unklar. Malenkow hat zum ersten Mal von einer außenpolitischen „Koexistenz" gesprochen, die ein „friedliches" Nebeneinanderleben von Staaten mit verschiedener Ideologie und Gesellschaftsstruktur ermöglichen soll (um Zeit für die agitatorische, subversive Durchdringung und innere Aufweichung des Nachbarn zu gewinnen).

„KOEXISTENZ"

22. Oktober 1952

BRITISCH—PERSISCHER ÖLKONFLIKT

MACHTKAMPF SCHAH UND MOSADDEGH

Zwischen Grobritannien und dem Iran werden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, immer noch der Verstaatlichung der persischen Ölindustrie wegen (vgl.: noch April 1951 und 22. Juli 1952). Nunmehr schaltet sich der Schah ein mit dem Ziel, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Es entwickelt sich ein Machtkampf zwischen Schah und Ministerpräsident Mosaddegh. (Weitere Entwicklung vgl. 19. August 1953.)

27. Oktober 1952

BHUTAN INDIEN MAHARADSCHA DORJI WANGSCHUK

In dem unabhängigen Himmalaya-Fürstentum Bhutan, zwischen Indien und Tibet gelegen (Hauptstadt Punakha), für das Indien am 8. August 1949 in einem Schutzvertrag anstelle Großbritanniens Außen- und Verteidigungspolitik übernommen hat, tritt der Maharadscha Jigme Dorji Wangschuk die Regierung an.

29. Oktober 1952

LONDON ZENTRALAFRIKANISCHE FÖDERATION

In London beginnt eine Verfassungskonferenz mit dem Central African Council, die gegen den Willen der davon betroffenen Stämme den Rahmen einer künftigen Zentralafrikanischen Föderation beider Rhodesien und des Njassalandes festlegt. Die britische Commonwealth-Diplomatie entfaltet augenscheinlich den Ehrgeiz, auch den ihr entgleitenden Teilen des ehemaligen Empire zum Abschied noch eine am grünen Tisch erdachte Struktur aufzuprägen, ohne Rücksicht darauf, daß diese nicht von Dauer sein kann und wird (vgl. auch 1. August 1953, 1. Januar 1964).

31. Oktober 1952

In Bolivien werden unter der Regierung des nationalrevolutionären Präsidenten Paz Estenssoro (seit dem 17. April 1952) die größeren Bergwerke verstaatlicht. Da zu dieser Zeit die Zinngruben im Ertrag zurückgehen, wirkt sich die Verstaatlichung finanzpolitisch nachteilig aus.

BOLIVIEN VERSTAATLICHUNG DER BERGWERKE

noch Oktober 1952

Nach Angabe des rotchinesischen Finanzministers Po I-po in seinem Buch „Wirtschaftliche Errungenschaften Neuchinas 1949—1952" (Peking 1952, S. 152) wurden bis zu diesem Zeitpunkt in China „über zwei Millionen Banditen liquidiert". Po I-po meint mit „Banditen" Nichtkommunisten. Der Rat der Freien Gewerkschaften der AFL (American Federation of Labor) schätzt die Zahl der Liquidierten dagegen auf 14 Millionen. Zum gleichen Zeitpunkt erklärt der chinesische Minister für Flußerhaltung, daß „in den beiden letzten Jahren in ganz China 10 370 000 zwangsverpflichtete Arbeiter unter der Aufsicht von 320 000 bewaffneten Polizisten für die Aufgaben der Wasserregulierung eingesetzt waren".[27]

CHINA „ZWEI MILLIONEN BANDITEN LIQUIDIERT" ZEHN MILLIONEN ZWANGSARBEITER ALLEIN BEI FLUSSREGULIERUNG

1. November 1952

Die Atomenergiekommission der USA läßt auf dem Ewinetok-Atoll im Stillen Ozean die erste sogenannte Wasserstoffbombe zünden. Da die Stärke der Sprengwirkung und der radioaktiven Verseuchung der Erdatmosphäre nicht vorauszuberechnen war (anstelle des Atolls bleibt ein Krater in der Erdrinde zurück), zeugt die Durchführung dieses Testes von der absoluten Verantwortungslosigkeit aller Beteiligten gegenüber der Menschheit und dem Leben auf der Erde. Natürlich wird das böse Beispiel nun auch die Gegenseite zu weiteren Versuchen ermutigen. Im August 1953 bereits wird der erste entsprechende Test der Sowjetunion erfolgen. In dieser Voraussicht haben gerade diejenigen Kreise und Persönlichkeiten in den USA den Bau der Wasserstoffbombe befürwortet und betrieben — als Präventivmaßnahme für den Fall der sowjetischen Entwicklung einer solchen Waffe —, die sich ansonsten selber anfällig für kommunistische oder zumindest kommunistenfreundliche One-World-Pläne gezeigt haben. Darin liegt das widernatürliche Paradoxon dieser gesamten Entwicklung, bzw. die bewußte Irreführung der Öffentlichkeit durch lebensfeindliche, destruktive Naturen.[28]

USA ERSTE WASSERSTOFFBOMBENZÜNDUNG AUF EWINETOK

BEFÜRWORTER DES TESTS UND ONE-WORLD-VERFECHTER Z.T. IDENTISCH AXIOM DER LEBENSFEINDLICHKEIT

3. November 1952

In Chile löst General Carlos Ibañez del Campo, der von 1927 bis 1931 schon einmal Präsident war und infolge der Weltwirt-

CHILE

IBANEZ PRÄSIDENT
VOLKSFRONT-HERRSCHAFT VOERST BEENDET
INFLATION

schaftskrise abdanken mußte, Gabriel Gonzales Videla in der Präsidentschaft ab. Damit ist die Volksfrontherrschaft in Chile für die nächsten zwanzig Jahre beseitigt, damit vorläufig auch die Gefahr des Absturzes in den unverhüllten Kommunismus. Ibañez steht vor der Aufgabe, die wirtschaftlichen Folgen der Volksfrontherrschaft, die wachsende Inflation zu bekämpfen. Man kann es auch so sehen, daß die Promoter dieser Inflation mit ihr Ibañez bekämpfen (so wie 1932 in den USA Präsident Hoover mit den gleichen Mitteln bekämpft wurde).

4. November 1952

USA
EISENHOWER GEWINNT PRÄSIDENTEN-WAHL
UMSTELLUNGS-SCHWIERIG-KEITEN

In den USA wird General Dwight David Eisenhower, der Kandidat der Republikanischen Partei, mit 442 gegen 89 Wahlmännerstimmen zum Präsidenten gewählt. Es fällt ihm schwer, in seinen ehemaligen Freunden und Alliierten der UdSSR nunmehr die Gegner im „Kalten Kriege“ zu sehen. Er besitzt nicht die Flexibilität (oder Labilität) seines Amtsvorgängers. Daher bleibt er den einführenden Eröffnungen gegenüber, die ihm Truman nach der Wahl machen wird bzw. machen lassen wird, skeptisch. Die Republikaner gewinnen bei der Wahl in beiden Häusern die Mehrheit, doch besagt das in bezug auf die tatsächlichen Machtverhältnisse in den USA wenig.

6. November 1952

UNO
REPATRIIERUNG DER NORD-KOREANISCHEN KRIEGS-GEFANGENEN

In New York beginnt die 7. Sitzung der UNO-Vollversammlung. Es geht darin u. a. um eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea: um die Repatriierung der Kriegsgefangenen. Wyschinski, der Sprecher der Sowjetunion (und ehemalige Chefankläger bei Stalins „Säuberungs“-Prozessen), fordert in einer Rede kategorisch die Repatriierung *aller* Kriegsgefangenen. Eine indische Resolution will nur diejenigen Gefangenen nach Nordkorea repatriieren lassen, die das selber so wollen. Die anderen sollen in Südkorea auf freien Fuß gesetzt werden. Auch die Briten schließen sich dieser Auffassung an.[29]

7. November 1952

JUGOSLAWIEN PARTEITAG „BUND DER KOMMUNISTEN“
TITO

In Jugoslawien geht der VI. Parteitag der Kommunisten zu Ende. Für die Partei selbst hat er eine Namensänderung erbracht. Sie heißt jetzt „Bund der Kommunisten Jugoslawiens“ und soll sich künftig nicht mehr unmittelbar, d. h. nur noch über die Person Marschall Titos, ihres Vorsitzenden, mit der Leitung der Staatsgeschäfte befassen. Das bedeutet, daß Tito künftig mehr Realpolitik als ideologische Politik betreiben will.

9. November 1952

In Rechowoth stirbt der Begründer und erste Staatspräsident (seit 16. Februar 1949) des Staates Israel, *Chaim Weizmann*, im Alter von nahezu 78 Jahren. Er hat die Idee Theodor Herzls in lebenslangem Bemühen gegen zahlreiche, unüberwindlich erscheinende Widerstände schrittweise verwirklicht, stets davon ausgehend, daß die Juden selbst das Entscheidende dazu tun müßten und nicht auf eine internationale „Charter" zu ihren Gunsten warten dürften. Sein Nachfolger als Staatspräsident wird am 8. Dezember Isaak Ben Zwi werden.[30]

ISRAEL TOD CHAIM WEIZMANNS

BEN ZWI

16. November 1952

Bei den Parlamentswahlen in Griechenland, den ersten nach der Verfassung vom 1. Januar 1952 (vgl. dort), gewinnt die von Marschall Papágos 1951 gegründete, aus mehreren bürgerlichen Gruppen gebildete „Helenische Sammlung" die meisten Stimmen. Drei Tage später wird Papágos die Regierung bilden. An der Opposition ist immer noch eine kommunistische Tarnorganisation beteiligt, die EDA, außerdem die linkssozialistische Demokratische Partei, die ein gegebener Volkfrontpartner wäre.

GRIECHENLAND WAHLSIEG DER „HELENISCHEN SAMMLUNG" PAPAGOS

26. November 1952

In Stockholm stirbt *Sven Hedin*. Karl Haushofer hat von ihm gesagt, er sei unter den bahnbrechenden Raumüberwindern auf der Erde als ein „raumpolitischer Vollbringer, der im Großen die Ziele seines Wollens erreicht hat, ... der Größte, allein schon nach Umfang und Wucht des Raumes, den er bezwang. Wenig Menschen haben es so wie er verstanden, Erdkraft und Seelenwirkung eines weiten, europafremden Raumes für Europa zu aktivieren, vom Ostufer des Kaspischen Meeres bis zum Großen Chingan und oberen Amur. Wie hoch steht Sven Hedin über jeder dogmatischen und unorganischen Auffassung natürlicher und politischer Räume!"[31]

STOCKHOLM TOD SVEN HEDINS

3. Dezember 1952

Die UNO-Vollversammlung in New York billigt mit 55 gegen 5 Stimmen die indische Resolution über die Kriegsgefangenenentlassung und nur freiwillige Repatriierung in Korea (vgl. 6. November 1952). Doch ist damit der Abschluß eines Waffenstillstandes noch schwieriger geworden, da die Sowjets nach wie vor auf Repatriierung *aller* Kriegsgefangenen bestehen, also auf Anwendung von Zwang.[32]

UNO BILLIGT INDISCHE RESOLUTION (REPATRIIERUNGSFRAGE)

6. Dezember 1952

ÄTHIOPIEN—ITALIEN DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

Äthiopien nimmt die diplomatischen Beziehungen zu Italien wieder auf. Haile Selassi ist offensichtlich bereit, einen Strich unter das zu ziehen, was Italien unter Führung Mussolinis seinem Lande und ihm selber angetan hat (vgl. 3. Oktober 1935, 1. und 9. Mai 1936).

12. Dezember 1952

KAIRO KONFERENZ AFRO-ASIATISCHER STAATEN

In Kairo kommen Delegierte von zwölf afro-asiatischen Staaten zu einer Konferenz zusammen in dem Bemühen, sich aus dem Konflikt zwischen Ost und West, d. h. zwischen dem Sowjetimperialismus und nordamerikanischen Wirtschaftsimperialismus herauszuhalten. Dies Bemühen hätte Aussicht auf Erfolg, wenn es sich um einen echten Konflikt handeln würde und nicht nur um zwei getrennte Wege zum selben Ziel.

14. Dezember 1952

MONGOLEI—CHINA WIRTSCHAFTSVERTRAG

Die Mongolische Volksrepublik („Äußere Mongolei", vgl. 5. November 1921) schließt mit der Volksrepublik China einen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit.

noch 1952 (ohne nähere Datierung)

CHINA „SÄUBERUNG" DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Nachdem zu Anfang des Jahres in der Volksrepublik China sich die Massenhinrichtungen zu einem Taumel von Hexen- und Saboteurjagden gesteigert haben (vgl.: noch Oktober 1952), wird gegen Ende des Jahres die Kommunistische Partei selbst in einer großen Säuberungsaktion nach stalinistischem Vorbild von in sie eingedrungenen opportunistischen Elementen „gereinigt", die nicht weniger blutig verläuft wie in Rußland. Denunziation innerhalb der Partei wird zur Pflicht erklärt.[33]

GUINEA SEKOU TOURE FÜHRER DES PDG

In Guinea übernimmt der eingeborene Gewerkschaftler Sékou Touré die Führung des Parti Démocratique de Guinée (PDG), der guinesischen Sektion des am 18. Oktober 1946 (vgl. dort) in Bamako gegründeten Rassemblement Démocratique Africain (RDA). Der PDG wird sich unter Tourés Führung zur Einheitspartei nach dem Vorbild osteuropäischer Volksrepubliken entwickeln.

noch 1952 (ohne nähere Datierung)

In Kenia beginnt unter den Eingeborenen die sogenannte Mau-Mau-Bewegung um sich zu greifen, in der rituelle Perversionen der Kikuyus zu ausgedehnten Massakern gesteigert werden. Bis

1955 werden die Anhänger dieser Bewegung etwa 10 000 Europäer und Eingeborene abschlachten. Der Anführer dieser entfesselten Horden ist Dedan Kimathi. Aber auch Jomo Kenyatta, selbst Kikuyu und in England erzogen, bedient sich ihrer, um den Unabhängigkeitsbestrebungen Nachdruck zu verleihen, neben der von ihm gegründeten Kenya African National Union (KANU).

KENIA MAU-MAU-BEWEGUNG

KENYATTA

Im Südwesten der Insel Neuginea beginnen die Niederländer, die hier noch bis 1963 die Hoheitsrechte besitzen werden, mit der Erschließung des Asmat(?)-Gebietes.[34]

NEUGUINEA ERSCHLIESSUNG

noch 1952 (ohne nähere Datierung)

Baade und Minkowski stellen die Theorie auf, daß besonders intensive Radiostrahlung aus dem Weltraum von zwei sich durchdringenden Milchstraßensystemen (Spiralnebeln) ausgeht.

RADIO-STRAHLUNG VON SPIRALNEBELN

Donald Arthur Glaser verwendet die sogenannte Blasenkammer zur Beobachtung der Bewegungen von atomaren Elementarteilchen (Neutronen e. c.).

BLASEN-KAMMER

Linus Pauling erkennt die (Helix-)Struktur der Proteine.

STRUKTUR DER PROTEINE

1953

1. Januar 1953

STALINS TOD VORAUSGESAGT

Das in der Schweiz erscheinende astrologische Blatt „Neues Europa", das ein Freimaureremblem im Titel führt, bringt in seiner Neujahrsnummer auf der ersten Seite die Meldung: „Ein australischer Astrologe sagt für den 20. Februar 1953 den gewaltsamen Tod Stalins voraus" (nach dem alten Kalender, vgl. 5. März 1953). Es sind wohl kaum die Sterne gewesen, die dem Australier dies Vorauswissen zutrugen.[1]

6. Januar 1953

PORTUGAL SECHSJAHRESPLAN

Die Regierung Portugals verkündet einen Sechsjahresplan für die Entwicklung der Wasserversorgung, des Forstwesens, der Elektrizitätsgewinnung, der Produktion von Stahl und Zellulose sowie des Baues von Häfen und Flughäfen. Der Plan bezieht auch die überseeischen Provinzen ein, insbesondere Wasserwerke und Eisenbahnen in Angola.

13. Januar 1953

UDSSR ÄRZTEPROZESS SHDANOW BERIJA MALENKOW

In der Sowjetunion werden neun jüdische Ärzte beschuldigt und sind angeblich (laut TASS-Meldung) geständig, „daß sie, als der Genosse A. A. Shdanow erkrankte (August 1948), eine falsche Diagnose stellten, den vorhandenen Herzinfarkt verschwiegen, eine bei diesem schweren Leiden unzulässige Behandlungsmethode verordneten und auf diese Weise den Genossen A. A. Shdanow töteten". Damit nicht genug, wird ihnen ferner vorgeworfen, die Ermordung von fünf Armeeführern der Roten Armee geplant zu haben. Das Ganze scheint ein gegen Berija gerichteter Schlag Malenkows zu sein (vgl. 8. Juli 1953), der dabei die Rote Armee auf seine Seite ziehen will und die Verantwortung der Sicherheitsbehörde zuschiebt. Doch wird es Berija nach dem Tode Stalins (vgl. 5. März 1953) noch einmal gelingen, sich zu behaupten und seinerseits Malenkow für die Desorganisation der Sicherheitspolizei und für das „Koreanische Abenteuer" verantwortlich zu machen (vgl. weiter 4. April 1953).[2]

JUGOSLAWIEN NEUE VERFASSUNG TITO STAATSPRÄSIDENT

Jugoslawien erhält eine neue Verfassung, in der die auf dem VI. Parteitag beschlossenen Reformen (vgl. 7. November 1952) verankert werden. In der Nationalversammlung tritt neben die Bundesversammlung ein Produzentenrat mit Delegierten genossenschaftlicher und staatlicher Betriebe. Darin läßt sich der bescheidene Ansatz zu einem Korporativsystem bzw. zu einer Ständeverfassung erkennen. An die Stelle der Minister treten fünf Staats-

sekretäre als ständige Bundesverwaltung. Marschall Tito (Jossip Broz) wird zum Staatspräsidenten gewählt, damit auch zum Vorsitzenden des von der Nationalversammlung berufenen Exekutivrates, des obersten Regierungsgremiums.

20. Januar 1953

USA AMTSANTRITT EISENHOWERS DULLES USSENMINISTER

In den USA tritt der am 4. November 1952 (vgl. dort) gewählte neue Präsident Dwight David Eisenhower sein Amt an. Er „vertritt den international und liberal eingestellten Flügel der Republikaner" (Ploetz), d. h., er könnte ebensogut von den Demokraten gewählt worden sein. Der Kurs ist derselbe. Zum Außenminister beruft er John Foster Dulles, der sowohl in der Rockefeller- als auch in der Carnegie-Stiftung an leitender Stelle stand und ebenso wie sein Bruder Allen Charter Mitglied des CFR ist (vgl. 19. Mai 1919, Anm. 21). Die Politik des neuen Präsidenten ist also in festen Händen, er selbst kein Politiker.[3]

noch Januar 1953

USA PROZESS GEGEN KOMMUNISTISCHE PARTEI

In den USA findet nach 153 Verhandlungstagen der Prozeß gegen die offizielle Parteiführung der Kommunistischen Partei sein Ende. Im Urteil wird festgestellt, daß „die Kommunistische Partei eine Verschwörung zur gewaltsamen Machtergreifung in den USA einschließt". Bundesrichter Edward J. Dimock verhängt verhältnismäßig milde Freiheitsstrafen gegen zwei Neger, sieben Juden und vier andere. Es ist keiner der bekannten, einflußreichen Förderer des Kommunismus in den USA unter ihnen (vgl. 3. Dezember 1954).[4]

11. Februar 1953

ISRAEL UDSSR ABBRUCH DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN

Israel bricht die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab. Anlaß ist der Moskauer Prozeß gegen neun jüdische Ärzte, die angeblich bei Behandlung hoher Sowjetfunktionäre „Sabotage" verübt haben sollen (vgl. 13. Januar 1953). Fünf von ihnen sollen zudem Mitglieder einer „nationalistischen jüdisch-bürgerlichen Weltorganisation" gewesen sein, womit offenbar die zionistische Organisation gemeint ist.[5]

12. Februar 1953

GROSSBRITANNIEN-ÄGYPTEN: SUDAN

Großbritannien und Ägypten vereinbaren in einem Abkommen, der Sudan solle nach einer Frist von drei Jahren selbst darüber entscheiden, ob er ein selbständiger Staat werden oder sich Ägypten anschließen will (vgl. 8. Oktober 1951).[6]

24. Februar 1953

In New York wird die Vollversammlung der UNO eröffnet. Sie wählt den Schweden Dag Hammarskjöld zum neuen Generalsekretär. Bei dieser Wahl wirkt zweifellos das Andenken an den im Dienste der UNO in Israel ermordeten Grafen Bernadotte mit, aber auch der moralische Kredit, den die Politiker der skandinavischen Staaten seit dem Wirken des Völkerbundkommissars Fridtjof Nansen genießen.[7]

UNO VOLLVERSAMMLUNG HAMMARSKJÖLD

27. Februar 1953

In London unterzeichnen Vertreter der westdeutschen „Bundesrepublik" einerseits und von 19 Gläubigerstaaten des ehemaligen Deutschen Reiches andererseits — unter ihnen Frankreich, Großbritannien und die USA — ein bereits am 8. August 1952 vereinbartes Schuldabkommen. Darin verpflichtet sich der ad hoc geschaffene westdeutsche „Staat", Schulden des Deutschen Reiches in Höhe von 14,45 Milliarden Deutscher Mark anzuerkennen, zu übernehmen und in jährlichen Teilzahlungen von zunächst 567, später 765 Millionen DM abzustatten. Die Außenministerkonferenz der Westalliierten hat bereits am 6. März 1951 in New York die Gewährung „weiterer" Souveränitätsrechte an ihre westdeutsche „Staats"-Schöpfung von dieser Bedingung abhängig gemacht.[8]

BRD SCHULDENABKOMMEN

28. Februar 1953

In Ankara unterzeichnen die Außenminister Griechenlands, Jugoslawiens und der Türkei einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit", „einschließlich gemeinsamer Verteidigungsmaßnahmen, die im Falle eines nicht provozierten Angriffes gegen sie notwendig werden könnten" (Artikel 2). Der Vertrag wird am 7. November 1953 durch ein Zusatzabkommen ergänzt werden, das die Einrichtung eines ständigen gemeinsamen Sekretariats bestimmt. Da Griechenland und die Türkei beide der NATO angehören, begibt sich Jugoslawien mit diesem Vertrag in den denkbar schärfsten Gegensatz zum Ostblock.[9]

GRIECHENLAND JUGOSLAWIEN TÜRKEI FREUNDSCHAFTSVERTRAG

5. März 1953

In Moskau stirbt unter Begleitumständen, die bis heute nicht aufgeklärt sind, Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili, genannt Koba oder Stalin, der Diktator der Sowjetunion seit beinahe dreißig Jahren. Seiner absolut rücksichtslosen Politik verdankt die UdSSR eine riesenhafte Erweiterung ihres Machtbereiches, aber auch einen kaum vorstellbaren Aderlaß an Führungskräften, Begabungen und — in der Bevölkerung — bäuerlicher Substanz. Doch wiegt vor der Geschichte nur der unbestreitbare außenpoli-

STALINS TOD

tische Erfolg. Wie zu erwarten, werden schon während seines Sterbens unter den höchsten Funktionären der Partei erbitterte Machtkämpfe ausgetragen.

6. März 1953

UDSSR NEUE FÜHRUNGSGRUPPE

Einen Tag nach Stalins (offiziellem) Tod arrangiert sich die rivalisierende Führungsgruppe in der UdSSR wie folgt: Vorsitzender des Rates der Volkskommissare G. M. Malenkow (Russe), Stellvertreter und Außenkommissar W. M. Molotow (Russe), ebenfalls Stellvertreter und Innenkommissar L. P. Berija (Jude, bisher Minister für Staatssicherheit, MGB), weitere Stellvertreter Malenkows sind Lazar Moisejewitsch Kaganowitsch (Jude, bisher stärkste Machtposition neben Stalin), N. A. Bulganin (Russe). Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet und somit Staatsoberhaupt wird Marschall K. J. Woroschilow (Russe) an Stelle von Schwernik. Bulganin behält das Verteidigungs-, Mikojan das Handelskommissariat. Die entscheidende Frage, die Neubesetzung der zentralen Machtposition, des Ersten Sekretärs im Zentralkomitee der Partei, bleibt noch unentschieden. Chruschtschow erscheint auf der Liste der zehn Mitglieder des neuen Parteipräsidiums an fünfter Stelle. Er ist nicht mehr Erster Sekretär des Parteikomitees der Provinz Moskau, sondern soll „sich auf die Arbeit innerhalb des Zentralkomitees (der Unions KP) konzentrieren“.[10]

9. März 1953

RBD FLÜCHTLINGS-NOTLEISTUNGS-GESETZ

In dem westdeutschen Teilstaat wird ein „Flüchtlingsnotleistungsgesetz“ verabschiedet, das die Rechtsstellung der aus den sowjetisch gewordenen Gebieten vertriebenen und flüchtigen Deutschen regelt und ihnen eine Anfangshilfe beim Neuaufbau ihrer Existenz sichert. Es wird am 19. Mai durch das „Bundesvertriebenengesetz“ ergänzt werden.

14. März 1953

TSCHECHO-SLOWAKEI TOD GOTTWALDS ZAPOTOCKY

In der Tschechoslowakei stirbt der kommunistische Staatspräsident Klement Gottwald. Eine Woche später wird Antonin Zapotocky die Nachfolge antreten. Ministerpräsident wird Vilem Siroky.

18. März 1953

BRD ISRAEL WIEDER-GUTMACHUNG

Der westdeutsche Bundestag beschließt die Ratifizierung des Wiedergutmachungsabkommens mit dem Staate Israel (vgl. 10. September 1953). Die Zahlungen an Israel werden in der Präambel damit begründet, daß dieser Staat zahlreiche mittellose jüdische Flüchtlinge aus Deutschland aufgenommen und angesiedelt habe.[11]

19. März 1953

Der westdeutsche Bundestag billigt in dritter Lesung den stark umstrittenen Generalvertrag und EVG-Vertrag (vgl. 26. und 27. Mai 1952). Zuvor hat das westdeutsche Bundesverfassungsgericht auf die Frage hin, ob eine einfache Mehrheit zur Billigung dieser Verträge genüge, erklärt, es könne über Gesetze erst nach deren Inkrafttreten urteilen. Es geht bei dem Streit um den vorgesehenen westdeutschen Verteidigungsbeitrag.[12]

BRD
BUNDESTAG
EVG-VERTRAG
GENERAL-VERTRAG

noch März 1953

Der Präsident Argentiniens, Juan Domingo Peron, unternimmt einen Staatsbesuch in Chile und unterzeichnet dort gemeinsam mit dem chilenischen Staatspräsidenten Ibañez die „Akte von Santiago", die eine Wirtschafts- und Zollunion zwischen beiden Ländern vorsieht. Diese Vereinbarung übt starke Anziehungskraft auf benachbarte Staaten aus. Paraguay und Ecuador werden sich noch im gleichen Jahr anschließen. Sie ist aber auch gegen die USA-Hegemonie in Amerika gerichtet und der eigentliche Grund für den Sturz Perons zweieinhalb Jahre später.

ARGENTINIEN
CHILE
PERON
IBANEZ
AKTE VON SANTIAGO

Marschall Tito kommt zu einem offiziellen Besuch nach London. In einem Kommunique des Foreign Office zu diesem Anlaß heißt es, ein Krieg, in den Jugoslawien verwickelt sei, könne nicht lokalisiert bleiben. Wieder in Belgrad, wird Tito erklären, Churchill habe ihm gesagt: „Wir sind Ihre Verbündeten, und wenn Jugoslawien angegriffen wird, so werden wir zusammen kämpfen und zusammen sterben". Churchill wird nicht dementieren.[13]

TITO
STAATSBESUCH IN LONDON
CHURCHILL

In Moskau kommt es bei der Beisetzung der einbalsamierten Leiche Stalins im Mausoleum am Roten Platz neben Lenin zu einer Panik. Das Gedränge wird so groß, daß zahlreiche Menschen zu Tode gequetscht werden. Allein aus einer Mädchenschule werden 40 Kinder teils zerdrückt, teils zertrampelt. 300 Gymnasiasten, die nach Veranstaltungsprogramm laut heulen sollen, denen aber nicht zum Heulen zu Mute ist, werden in einer Reihe aufgestellt und jeder zweite geohrfeigt. Wie sich der Zug dann wieder in Bewegung setzt, brüllen die nicht Geohrfeigten am lautesten.[14]

UDSSR
BEISETZUNG STALINS

1. April 1953

Charles E. Bohlen löst in Moskau als US-Botschafter Kennan ab, den die Sowjets zur persona non grata erklärt haben. Bohlen hat 1942/43 die Osteuropa-Abteilung des State Department geleitet, an der Jalta-Konferenz als Berater Roosevelts teilgenommen und

BOHLEN
US-BOTSCHAFTER IN MOSKAU

war 1945 in Potsdam bzw. Babelsberg Zeuge jenes Gesprächs zwischen Stalin und Truman, in dem man beschloß, das japanische Friedensangebot zu ignorieren (vgl. 18. Juli 1945). Bohlens Ernennung zum US-Botschafter in Moskau beweist, daß die Regierung Eisenhower nicht daran denkt, mit der Bekämpfung des Kommunismus Ernst zu machen (vgl. 3. Dezember 1954).[15]

ÖSTERREICH REGIERUNG RAAB

In Österreich bildet Julius Raab eine Koalitionsregierung aus Mitgliedern der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs. Außenminister wird zunächst Karl Gruber, nach dem 13. November 1953 Leopold Figl, der am 25. Februar 1953 als Bundeskanzler zurücktrat.

4. April 1953

UDSSR REHABILITIERUNG DER ÄRZTE BERIJA

Auf Betreiben Berijas werden in Moskau die neun jüdischen Ärzte (vgl. 13. Januar 1953) rehabilitiert. Zwei Tage später wird die Prawda melden, über die seinerzeit bei A. J. Schtscherbakow und A. A. Shdanow angewandten Behandlungsmethoden sei ein unrichtiges Gutachten abgegeben worden.[16]

6. April 1953

ADENAUER VOR DER HOCHFINANZ IN NEW YORK

In New York findet nachmittags unter Vorsitz Bernard Baruchs (vgl. auch: noch April 1953) eine denkwürdige Versammlung statt. Anwesend sind die Warburgs, Lehmann, Buttenwieser, Clay, McCloy, Eisenhowers persönlicher Wirtschaftsberater Arthur Burns (Zionist) sowie 35 weitere Mitglieder der amerikanischen Hochfinanz. Vor diesem erlauchten Gremium erscheint der Regierungschef des westdeutschen Bundesstaates, Adenauer, und gibt die Zusicherung, daß der Internationalisierung der deutschen Grundstoffindustrie (dem eigentlichen Ziel der Marshallplan-„Hilfe") nichts im Wege steht.[17]

15. April 1953

VENEZUELA NEUE VERFASSUNG JIMENEZ

In Venezuela wird die erst sechs Jahre alte Verfassung vom 5. Juli 1947 (vgl. dort) durch eine neue ersetzt, die dem Parlament (Nationalkongreß mit zwei Kammern) die gesetzgebende Gewalt gibt. Der Präsident wird unmittelbar vom Volke gewählt und ist zugleich Regierungschef. Er kann nicht mehr zweimal hintereinander gewählt werden. Trotz dieser Verfassung wird auch der Präsident Marcos Perez Jimenez ein autoritäres Regiment führen.

SÜDAFRIKA MATIONAL-PARTEI MALAN

16. April 1953

In Südafrika erringt die Nationale Partei des 78jährigen Dr. Daniel Francois Malan einen überwältigenden Wahlsieg und sichert sich damit die Regierung für die nächsten fünf Jahre. Sie

kann von den 156 Sitzen der Deputiertenkammer 97 für sich gewinnen.[18]

noch April 1953

UDSSR GROMYKO WIEDER AUSSENMINISTER BARUCH

Andrej Andrejewitsch Gromyko, bereits von 1949—1952 erster Stellvertretender Außenminister der UdSSR, dann Sowjetbotschafter in London, kehrt wieder in sein Moskauer Amt zurück, wo ihm offenbar eine besondere Aufgabe bei der Überbrückung des „Kalten Krieges" nach Stalins Tod gestellt ist. Gromyko verfügt über gute Beziehungen zu One-World-Kreisen in den USA, insbesondere zu Bernard Baruch, mit dem er am 22. Juli 1952 in London, Downing Street, wahrscheinlich auch schon im Januar 1950 in Moskau anläßlich der Verhandlungen über die Goldparität des Rubel (vgl. 1. März 1950) zusammentraf. Bereits einen Monat *vor* der Londoner Zusammenkunft, am 14. Juni 1952, hatte New York Times berichtet, daß Bernard Baruchs Beziehungen zum Londoner Sowjetbotschafter, eben Gromyko, besonders freundschaftlicher Natur seien (vgl. auch 3. Dezember 1954).[19]

2. Mai 1953

JORDANIEN HUSAIN II. GEKRÖNT

In Jordanien wird Husain II., der Enkel des am 20. Juli 1951 (vgl. dort) ermordeten Königs Abd Allah, zum König gekrönt. Er hat bereits seit dem 11. August 1952 für seinen erkrankten Vater Talal die Regentschaft geführt.

2. Juni 1953

GROSSBRITANNIEN KRÖNUNG ELISABETH II. CHURCHILL

In London wird Königin Elisabeth II. (vgl. 6. Februar 1952) in feierlicher Zeremonie gekrönt. Es wird dabei der ganze traditionelle Pomp entfaltet, als verfüge Großbritannien noch über die nahezu unbegrenzten Hilfsmittel des alten Kolonialreiches. In Wirklichkeit haben manche Mitglieder des englischen Hochadels und Inhaber hoher Titel bittere Sorgen, wie sie die kostspieligen Kostüme für die Veranstaltung finanzieren sollen. Der fast achtzigjährige Premierminister Winston Churchill, unmittelbar zuvor zum Ritter des Hosenbandordens ernannt, erscheint im Samtbarett mit Straußenfedern, dunkelblauem Mantel, Kniehosen und Schnallenschuhen.[20]

5. Juni 1953

DÄNEMARK VERFASSUNGSREFORM

Dänemark reformiert seine Verfassung, führt das Einkammersystem ein (nur noch das Folketing) und sieht auch die weibliche Thronfolge vor, wenn kein männlicher Thronfolger existiert. Grönland wird vom Kolonialstatus befreit und zum Bestandteil

des Königreiches gemacht. Es wird künftig zwei Abgeordnete ins Folketing entsenden. Das Wahlalter in Dänemark wird auf 23 Jahre herabgesetzt. Über diese Verfassung wurde am 28. Mai eine Volksabstimmung durchgeführt.

7./8. Juni 1953

ITALIEN PARLAMENTS-WAHLEN

In Italien erhält bei den Parlamentswahlen die christlich-demokratische Partei 40 %, der Volksfrontblock (Kommunisten und Sozialisten) 35,3 % der abgegebenen Stimmen. Die DC hat also Stimmen verloren und wird in ihrem Gefüge durch die extremen Tendenzen ihrer Flügel geschwächt. Außerdem hat das Wahlergebnis auch eine Regierungskrise zur Folge.

8. Juni 1953

KOREA GEFANGENEN-[R]EPRATIIERUNG

In Panmunjon/Korea unterzeichnen General Nam Ir für die nordkoreanischen und chinesischen, Generalleutnant W. K. Harrison für die UNO- und Südkoreanischen Truppen ein Abkommen über die Repatriierung" der Kriegsgefangenen. In diesem Abkommen hat sich der Standpunkt der indischen UNO-Delegation durchgesetzt, daß die Repatriierung nur freiwillig erfolgen soll. Die Gefangenen werden einer neutralen Repatriierungskommission übergeben und unter deren Obhut von Beauftragten Nord- und Südkoreas 90 Tage lang über ihre Rechte und Möglichkeiten bei der Heimkehr oder Nichtheimkehr aufgeklärt. Wer nicht heimkehren will, wird nach 120 Tagen in den Zivilstatus versetzt, d. h. entlassen. Das Abkommen tritt mit dem Waffenstillstand in Kraft (vgl. 27. Juli 1953).[21]

13. Juni 1953

KOLUMBIEN MILITÄR-DIKTATUR PINILLO

In Kolumbien errichtet General Gustavo Rojas Pinillo eine Militärdiktatur und setzt einstweilen den Bürgerkriegskämpfen ein Ende. Allerdings bestehen die Spannungen fort, die durch Großgrundbesitz auf der einen, ländliches Proletariat auf der anderen Seite verursacht werden.

15. Juni 1953

JUGOSLAWIEN UDSSR [D]IPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

Jugoslawien nimmt — trotz seines Freundschaftsvertrages mit den NATO-Mitgliedsstaaten Griechenland und Türkei (vgl. 28. Februar 1953) — die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR wieder auf. Das kennzeichnet deutlicher als vieles andere, wie einschneidend sich Stalins Tod (vgl. 5. und 6. März 1953) auch auf die sowjetische Außenpolitik auswirkt.

17. Juni 1953

In dem kommunistisch regierten mitteldeutschen Teilstaat bricht wegen Erhöhung der vorgeschriebenen Arbeitsnormen um 10 % ein Streik der Bauarbeiter aus, der zuerst in Ost-Berlin, dann auch in anderen Städten sich zu einem Volksaufstand entwickelt. Da die Westmächte keine Anstalten machen, die Gelegenheit zu nutzen, machen Panzertruppen der UdSSR dem Aufstand ein gewaltsames Ende. Es bleibt der einzige Versuch der mitteldeutschen Bevölkerung, sich von der kommunistischen Parteidiktatur zu befreien. Seitdem fühlt sie sich vom Westen verraten und resigniert.

SBZ VOLKSAUFSTAND

18. Juni 1953

In Ägypten proklamiert General Nagib (vgl. 23. Juli 1952) die Republik und übernimmt das Amt des Staatspräsidenten und Regierungschefs. Doch ist seine Position von Anfang an schwach, da in der Offiziersjunta, die 1952 den Staatsstreich durchführte, jüngere Kräfte in die Führung drängen, insbesondere Gamal Abd an Nasir (Nasser) (vgl. weiter 18. April 1954).

ÄGYPTEN REPUBLIK NAGIB STAATSPRÄSIDENT

19. Juni 1953

Im Zuchthaus von Sing-Sing/USA werden die Geschwister Ethel und Julius Rosenberg hingerichtet, über zwei Jahre nach ihrer Verurteilung (vgl. 5. April 1951). Beide wurden als Leiter eines sowjetischen Atomspionagerings verurteilt. Bei der Aufbahrung der Leichen eine Woche später im New Yorker Stadtteil Brooklyn werden Tausende an den mit dem Zionstern geschmückten Särgen vorbeiziehen. Viele können nicht verstehen, warum Atomspionage zugunsten der UdSSR innerhalb weniger Jahre zu einem todeswürdigen Verbrechen geworden ist (vgl. 8. Januar 1944).[22]

USA HINRICHTUNG DER GESCHWISTER ROSENBERG

noch Juni 1953

In der Volksrepublik China wird eine Volkszählung durchgeführt. Sie ergibt eine Gesamtbevölkerung von 601 Millionen. In dieser Zahl sind eingeschlossen 11,7 Millionen Auslandschinesen und 7,5 Millionen Einwohner von Formosa (Taiwan), der nationalchinesischen Enklave. Die jährliche Zuwachsrate beträgt etwa 12 Millionen. Die Behörden führen weitgestreute Aufklärungsaktionen über Empfängnisverhütung und Sterilisation durch, allerdings nur bis Ende 1954, dann nicht mehr.[23]

CHINA VOLKSZÄHLUNG

GEBURTENREGELUNG

2. Juli 1953

Lewis L. Strauss übernimmt das Amt des Vorsitzenden der US-Atomenergie-Kommission (vgl. auch 3. Dezember 1953), die auch

USA ATOMENERGIE-KOMMISSION

STRAUSS

EISENHOWERS HAUPT-ANLIEGEN

für das gesamte Atomwaffenprogramm zuständig ist, und legt im Amtszimmer Präsident Eisenhowers vor dem Obersten Bundesrichter den Amtseid ab. Anschließend sagt ihm Eisenhower: „Mein Hauptanliegen und der wichtigste Auftrag an Sie ist es, einen neuen Weg zur *Abrüstung* der Atomenergie zu finden... Die Welt *darf* einfach nicht weiter in der Angst vor den schrecklichen Folgen des nuklearen Krieges leben... Inzwischen aber müssen wir unseren Vorsprung in der Waffenentwicklung halten: Auch in diesem Punkte zähle ich auf Sie."[24]

4. Juli 1953

UNGARN NAGY REGIERUNGS-CHEF

In Ungarn übernimmt Imre Nagy das Amt des Ministerpräsidenten. Er ist ein Vertreter des als „Tauwetter" bezeichneten, weniger terroristischen Kurses, der nach Stalins Tod vorübergehend einsetzt, und wird daher auch keine zwei Jahre im Amte bleiben (vgl. 18. April 1955).

8. Juli 1953

UDSSR MALENKOW KLAGT BERIJA AN

Vor dem Zentralkomitee der KPdSU im Kreml beschuldigt Malenkow in anderthalbstündiger Anklagerede Berija, den Sowjetstaat im Interesse des ausländischen Kapitals unterwühlt zu haben. Der Machtkampf zwischen den beiden Männern, der lange vor Stalins Tod begann, erreicht seinen dramatischen Höhepunkt. Dabei ist es Malenkow gelungen, Berija, der eine Aktion gegen ihn vorbereitete, zuvorzukommen.[25]

10. Juli 1953

UDSSR BERIJA VERHAFTET

PROZESS UND HINRICHTUNG

In Moskau wird nach einem Handgemenge der höchsten Sowjetfunktionäre im Kreml, an dem sich auf ein Klingelzeichen hin auch hereinstürzende Marschälle der Roten Armee beteiligen, der jüdische Innenkommissar und Staatssicherheitschef Lawrentij Berija überwältigt, festgenommen und aller Ämter enthoben, sein Ministerium von Panzertruppen der Armee abgeriegelt. Berija wird von den anderen Rivalen um die endgültige Nachfolge Stalins offiziell des Hochverrats beschuldigt. Tatsächlich bedeutet er für sie alle eine Gefahr, da er über den Apparat verfügte, sie zu beseitigen. Er wird zum Tode verurteilt und am 23. Dezember 1953 hingerichtet werden.

17. Juli 1953

MARIANEN UNTER VERWALTUNG DER US-MARINE

Die Verwaltung der nördlichen Marianeninseln (Mikronesien), ausgenommen Rota, geht nach zweijähriger Zivilverwaltung durch das USA-Innenministerium wieder auf das US-Marinesekretariat über, das sie seit 1947 schon ausgeübt hat.

24. Juli 1953

BENELUX HAAGER PROTOKOLLE

In Den Haag unterzeichnen die Regierungschefs der drei Benelux-Staaten die sogenannten Haager Protokolle, mit denen man Schwierigkeiten überwinden will, die den Industrien der drei Länder aus der Zollunion erwachsen sind. Bei nachweislichem Produktionsrückgang soll jedes der beteiligten Länder zeitlich befristete Schutzmaßnahmen wie Einfuhrbeschränkungen oder Festsetzung von Mindestpreisen treffen können. Für die Dauer eines Jahres wird ein eigenes konsultatives interparlamentarisches Benelux-Organ geschaffen.[26]

26. Juli 1953

KUBA AUFSTAND BATISTA FIDEL CASTRO

Auf Kuba unternehmen Sozialrevolutionäre, zum Teil aus der Schicht der nicht zum Erfolg gelangten Intelligenz, einen Aufstand gegen die Diktatur Batistas (vgl. 7. März 1952) und greifen unter Führung Fidel Castros die Kaserne von Moncado in Santiago de Cuba an. Der Angriff wird abgeschlagen. Die Rebellen ziehen sich ins Gebirge zurück und beginnen einen jahrelangen Guerilla- und Bürgerkrieg gegen die Regierungstruppen, unter ihnen auch der argentinische Arzt Ernesto „Che" Guevara.

27. Juli 1953

KOREA WAFFENSTILLSTAND VON PANMUNJON

In Panmunjon/Korea unterzeichnen nach zweijährigen ergebnislosen Verhandlungen (vgl. 10. Juli 1951) die Generäle Nam Ir und W. K. Harrison ein Waffenstillstandsabkommen, das die Feindseligkeiten des Koreakrieges beendet, eine Demarkationslinie knapp nördlich des 38. Breitengrades mit beiderseits zwei Kilometer breiter entmilitarisierter Zone festlegt und eine neutrale Waffenstillstandskommission mit je einem schwedischen, polnischen, Schweizer und tschechoslowakischen Offizier einsetzt. Die beiderseitigen Gefangenen sind binnen 60 Tagen einer neutralen Repatriierungskommission (vgl. 8. Juni 1953) zu übergeben. Der Abschluß dieses Waffenstillstandes kam erst zustande, nachdem die USA durch Vermittlung Indiens der Volksrepublik China mit Krieg unter Einsatz aller Waffen auch gegen chinesische Ziele gedroht hatten (also nicht auf dem Wege der „Entspannung"). Noch am gleichen Tage erklären die 16 am Koreakrieg beteiligten UNO-Mitgliedstaaten, daß sie den Abschluß des Waffenstillstandsabkommens begrüßen und zur Einhaltung seiner Bedingungen entschlossen seien, ihrem Bruch aber vereint entgegentreten würden (vgl. auch 8. Juni 1953).[27]

29. Juli 1953

GROSS-BRITANNIEN LIBYEN

Großbritannien schließt einen „Freundschaftspakt mit Libyen, der in Wirklichkeit ein Stützpunktabkommen ist. Denn er gibt

FREUNDSCHAFTSPAKT

Großbritannien — gegen Ausgleich des Defizits im libyschen Staatshaushalt — das Recht, militärische Stützpunkte in Dera und Benghasi zu unterhalten.

noch Juli 1953

USA KONGRESS-AUSSCHUSS (REECE) GEGEN DIE FOUNDATIONS

Der 83. Kongreß der USA beruft einen Sonderausschuß unter Vorsitz des Abgeordneten B. Carroll Reece aus Tennessee, der die steuerbefreiten Stiftungen (foundations) überprüfen soll. Der Versuch, diese auf ihren Ursprung zurückzuverfolgen und ihre Verflechtung mit der Morganbank und Thomas Lamont einerseits, mit geständigen Kommunisten wie Whitaker Chambers und Alger Hiss andererseits ans Licht zu bringen, wird von den betroffenen Großbanken und der ihnen gefügigen Presse unterdrückt. Der Bericht des Reece-Ausschusses wird zwar 1954 erscheinen und auch reichhaltiges Material enthalten, aber in der amerikanischen Öffentlichkeit kaum beachtet werden (vgl. auch 3. Dezember 1954).[28]

1. August 1953

ALBANIEN LLESCHI STAATSOBERHAUPT

In Albanien tritt Hadschi Lleschi als neuer Vorsitzender des Präsidiums der Nationalversammlung und somit Staatsoberhaupt an die Stelle Omer Nishanis. Doch hat dieses Amt gegenüber der Position Enver Hodschas (vgl. 4. Juli 1950) praktisch keine Bedeutung.

ZENTRALAFRIKANISCHE FÖDERATION VERFASSUNG

Die Verfassung der Zentralafrikanischen Föderation, die auf der Londoner Verfassungskonferenz (vgl. 29. Oktober 1952) ausgearbeitet wurde, wird nunmehr verkündet und wird am 3. September in Kraft treten. Die Föderation erhält den Status eines Dominions im British Commonwealth of Nations, allerdings behält sich Großbritannien in Nordrhodesien und in Njassaland noch die Schutzherrschaft, die Außenpolitik und die Landverteilung vor. Dort stößt die Föderation bei den eingeborenen Politikern auf Ablehnung, da sie darin nur einen Vorwand sehen, die Herrschaft der weißen Minderheit aufrechtzuerhalten.[29]

2. August 1953

BOLIVIEN AGRARREFORM ENDE DER LEIBEIGENSCHAFT

In Bolivien wird unter der Regierung des Präsidenten Paz Estenssoro mit einer Agrarreform begonnen, in deren Verlauf Leibeigenschaft (1953!) und Latifundien abgeschafft werden. Die Landzuteilungen an die Bauern sind zum Teil so klein, daß sie keine Existenzgrundlage bieten können. Die Indios werden (1953!) voll berechtigte Staatsbürger. Das allgemeine Wahlrecht wird eingeführt.

8. August 1953

In der UdSSR verkündet Malenkow (vgl. 6. März 1953) einen neuen Regierungskurs, der die Periode des sogenannten „Tauwetters" einleitet. Nach der Verhaftung Berijas (vgl. 10. Juli 1953) hat unter den führenden Funktionären niemand mehr die Nerven, einen Alleingang unter Ausschaltung der anderen zu wagen. Infolgedessen wird eine „kollektive Führung" angestrebt und eine Dezentralisation sowohl im Verband der Unionsrepubliken als auch in einzelnen Behörden und Verwaltungsorganen vorgenommen und die Produktion von Konsumgütern gefördert.

UDSSR REGIERUNGS-ERKLÄRUNG MALENKOWS DEZENTRALI-SATION

9. August 1953

In der UdSSR wird bekanntgegeben, daß man dort über die „Wasserstoffbombe" verfüge. Die Sowjets haben also nur zehn Monate gebraucht, um es den USA (vgl. 1. November 1952) auf diesem Gebiete gleichzutun bzw. die ihnen zugeleiteten Informationen über den Stand der Entwicklung in den USA auszuwerten und anzuwenden. Bei der gewöhnlichen Uran-Atombombe hatten sie dazu noch vier Jahre benötigt (August 1945 bis August 1949), obgleich ihnen auch damals alle notwendigen Informationen und Ausgangsmaterialien frei Haus geliefert wurden. Die erste Wasserstoffbombenzündung in der UdSSR wird am 12. August 1953 erfolgen.[30]

UDSSR WASSERSTOFF-BOMBE

19. August 1953

Im Iran (Persien) kommt die Armee unter General Sahedi dem vier Tage zuvor außer Landes gegangenen Schah zu Hilfe und stürzt den Ministerpräsidenten Mohammed Mosaddegh, der die Ölkrise mit Großbritannien heraufbeschworen hat. Er wird am 21. Dezember 1953 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden (vgl. 22. Oktober 1952). Sahedi wird nach Rückkehr des Schahs Ministerpräsident.

IRAN STURZ MOSADDEGHS REGIERUNG SAHEDI

20. August 1953

In Marokko setzt Frankreich den Sultan Muhammad V. ben Jusuf ab (vgl. dazu: noch Oktober 1951), verbannt ihn zunächst nach Korsika, dann nach Madagaskar und läßt seinen Onkel Muhammad VI. ben Arafa die Nachfolge antreten, der die französische Marokkopolitik unterstützt. Die Wirkung dieser Maßnahme ist der beabsichtigten entgegengesetzt. Sie löst eine Welle der nationalen Erhebung im ganzen Lande aus. Auch die Berberstämme, mit denen Marschall Juin sich noch 1951 verbündet hatte, wenden sich nun von Frankreich ab (vgl. weiter 27. August 1955).[31]

MAROKKO SULTAN MOHAMMAD V. ABGESETZT

27. August 1953

SPANIEN VATIKAN KONKORDAT

Spanien und der Vatikan schließen ein neues Konkordat, in dem die religiöse Einheit Spaniens, d. h. die Position der katholischen Kirche als Staatskirche ausdrücklich bestätigt wird, wenn auch andere Bekenntnisse geduldet werden sollen. Der spanischen Regierung wird das Recht eingeräumt, bei der Ernennung von Bischöfen der Kurie Vorschläge zu unterbreiten.

noch August 1953

NORDKOREA HINRICHTUNG STALINISTISCHER FUNKTIONÄRE

In Nordkorea werden neun hohe Funktionäre der Kommunistischen Partei, fast alle Stalinisten, hingerichtet. Stalins besonderer Günstling, Ho Kai-Ye, zuletzt stellvertretender Ministerpräsident und Chef der Geheimpolizei, begeht (angeblich) Selbstmord. Augenscheinlich hängt diese „Säuberungs"aktion mit dem Zustandekommen des Waffenstillstandes von Panmunjon (vgl. 27. Juli 1953) zusammen, um den sich der chinesische Ministerpräsident Tschu En-lai maßgeblich bemüht hat. Der Einfluß der UdSSR in Nordkorea wird offenbar vom Einfluß der chinesischen Volksrepublik abgelöst.[32]

3. September 1953

UDSSR CHRUSCHTSCHOW GIBT LANDWIRTSCHAFTSBERICHT VOR DEM ZK

Im Zentralkomitee der KP der Sowjetunion gibt Nikita Chruschtschow, drei Wochen vor seiner offiziellen Bestätigung als Erster Sekretär, einen offenen Bericht über die katastrophale Lage in der Landwirtschaft und schlägt Zugeständnisse an die Kolchosbauern in Form materieller Anreize vor, die das Interesse an der Produktionssteigerung der kollektivierten Landwirtschaft erhöhen sollen. Er macht dabei die Volkskommissariate (Ministerien) für Landwirtschaft und Versorgung sowie für Sowchosen für Versäumnisse in der Landwirtschaftspolitik verantwortlich.[33]

6. September 1953

TOD WALTHER DARRE'S

In München verstirbt nach einer Leberoperation 58 Jahre alt Richard Walther Darré, der bedeutendste Agrarpolitiker der ersten Jahrhunderthälfte, Schöpfer des deutschen Erbhofgesetzes und der landwirtschaftlichen Marktordnung, an deren Stelle bis zur Stunde noch nichts Wirksameres und für alle Beteiligten Nützlicheres getreten ist. Darré blieb nicht bei der Theorie stehen, sondern nahm sich tatkräftig der Förderung des bäuerlichen Menschen an, in der klaren Erkenntnis, daß das Bauerntum die unentbehrliche Kraftquelle eines jeden Volkes ist, die totale Industrialisierung hingegen den Tod eines Volkes bedeutet.

13. September 1953

UDSSR

In Moskau tritt Nikita Sergejewitsch Chruschtschow offiziell das

Amt des Ersten Sekretärs im Zentralkomitee der KP der Sowjetunion an und übernimmt somit die allein entscheidende Machtposition in der UdSSR. Er hat seinen alten Lehrmeister Lazar M. Kaganowitsch, der mehrfach seine schützende Hand über ihn gehalten hatte, endgültig überrundet und wird nicht eher ruhen, bis er ihn gänzlich aus dem Bereich der politischen Macht verdrängt hat.[34]

CHRUSCHTSCHOW ERSTER SEKRETÄR DES ZK

26. September 1953

In Madrid unterzeichnen der US-Botschafter Dunn und der spanische Außenminister Artajo ein amerikanisch-spanisches Stützpunktabkommen, in dem die USA Spanien „militärische Materialhilfe" für mehrere Jahre zusagt, Spanien dafür die USA autorisiert, militärische Stützpunkte auf spanischem Boden einzurichten, die allerdings unter spanischer Flagge und spanischem Oberbefehl bleiben. Das Abkommen soll eine Aufnahme Spaniens in die NATO umgehen, da dieser konsequent antikommunistische Staat in den Augen mehrerer NATO-Mitglieder („nützlicher Idioten") nicht gesellschaftsfähig ist.[35]

SPANIEN USA STÜTZPUNKTABKOMMEN

NATO

28. September 1953

Die polnische Regierung enthebt das Oberhaupt der katholischen Kirche Polens, Kardinal Wyczynski, seines Amtes und verbannt ihn in ein Kloster. Sie wird aber diese Herausforderung der katholischen Bevölkerung nicht durchhalten können (vgl. 24. Oktober 1956).

POLEN KARDINAL WYCZYNSKI VERBANNT

1. Oktober 1953

In Tokio unterzeichnen der USA-Sonderbotschafter Dulles und der südkoreanische Ministerpräsident Syngman Rhee (gesprochen: Li) den Vertrag über ein Verteidigungsbündnis gegen einen Angriff auf ihre Territorien im pazifischen Gebiet. Wesentlichste Bestimmung des Vertrages ist „das Recht, Land-, Luft- und Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten in und um das Gebiet der Republik Korea zu stationieren" (Artikel 4). Der Vertrag wird am 25. Januar 1954 in Kraft treten.[36]

SÜDKOREA USA VERTEIDIGUNGSBÜNDNIS

8. Oktober 1953

Die Zone A von Triest soll nach einer gemeinsamen britisch-amerikanischen Erklärung von deren Truppen geräumt und italienischer Verwaltung unterstellt werden. Infolge dieses Planes wird es zu schweren Grenzzwischenfällen zwischen Italien und Jugoslawien kommen (vgl. 5. Oktober 1954, vgl. auch Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Triestfrage").[37]

TRIEST RÄUMUNG DER BESATZUNGSZONEN

9. Oktober 1953

BRITISCH GUAYANA REGIERUNG JAGAN SUSPENDIERT

In der britischen Kolonie Guayana (östlich von Venezuela) suspendiert die britische Verwaltung die Regierung des Inders Cheddi Jagan, die dieser nach dem Wahlsieg seiner Fortschrittlichen Volkspartei gebildet hat, und setzt die der Kolonie gewährte Verfassung einstweilen wieder außer Kraft. Anlaß zu dieser Maßnahme ist die prokommunistische Haltung Jagans.

12. Oktober 1953

CEYLON REGIERUNG KOTELAWALA

Auf der Insel Ceylon bildet Sir John Kotelawala von der konservativen „Vereinigten Nationalpartei" die Regierung. Er sieht sich der Opposition der „Vereinigten Volksfront" gegenüber, in der sich die Erneuerungsbewegung innerhalb des Buddhismus mit Sozialisten und Kommunisten zusammengeschlossen hat. Sie vertritt gegenüber der Regierung in wachsendem Maße den nicht englisch sprechenden Teil der Bevölkerung und damit einen „ceylonesischen" Nationalismus.

GRIECHENLAND USA STÜTZPUNKT-ABKOMMEN

In Athen schließen Griechenland und die USA ein Stützpunktabkommen, in dem den USA das Recht eingeräumt wird, „gewisse Straßen, Eisenbahnlinien und Gebiete zu benutzen und militärische Anlagen und Nachschubeinrichtungen in Griechenland zu bauen, auszubauen, zu benutzen und zu erhalten". Das Abkommen tritt unverzüglich in Kraft und hat Gültigkeit für die Dauer des Nordatlantikpaktes.[38]

14. Oktober 1953

ISRAEL JORDANIEN MASSAKER VON KIBYA

VERURTEILUNG DURCH SICHERHEITSRAT

Eine vollständig ausgerüstete Einheit der regulären israelischen Armee in Stärke etwa eines halben Bataillons überschreitet abends die Demarkationslinie und greift das jordanische Dorf Kibya an. 42 arabische Zivilisten werden getötet, 38 Frauen und Kinder verwundet, eine Moschee, die Schule und 40 Häuser zerstört. Der Stabschef der UNO-Waffenstillstandskommission berichtet, das Unternehmen sei gründlich geplant gewesen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird es am 24. November 1953 auf das schärfste verurteilen („the strongest censure") (vgl. auch 20. Oktober 1953).[39]

15. Oktober 1953

CHURCHILL NOBELPREIS FÜR LITERATUR

Der 79jährige britische Premierminister Winston Churchill erhält für seine sechsbändigen Kriegserinnerungen den Nobelpreis für Literatur. Ernest Hemingway muß zurückstehen. Aber Churchill hätte noch lieber den Friedensnobelpreis erhalten. Den bekommt

dafür George C. Marshall, einer der Hauptverantwortlichen für Pearl Harbor.[40]

MARSHALL FRIEDENS-NOBELPREIS

20. Oktober 1953

Der Außenminister der USA, John Foster Dulles, erklärt: „Die Vereinigten Staaten haben beschlossen, ihre Wirtschaftshilfe für Israel zurückzuhalten, weil dieses Land die Pläne der Vereinten Nationen für die Aufrechterhaltung des Friedens im Nahen Osten mißachtet." Die Erklärung erfolgt auf den Bericht des Stabschefs der UNO-Waffenstillstandskommission, des dänischen Generalmajors Vagn Bennike, über den Angriff auf das Dorf Kibya (vgl. 14. Oktober 1953) sowie andere Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens hin.[41]

USA—ISRAEL STOP DER WIRTSCHAFTS-HILFE

22. Oktober 1953

Laos, seit 1949 unabhängig im Rahmen der Französischen Union, schließt mit Frankreich einen Freundschafts- und Beistandspakt, während schon die mit den nordvietnamesischen Vietmin verbündeten Pathet Lao (Freie Laotier) unter Führung des Prinzen Souphanouvong von Vietnam aus in den Norden von Laos eindringen und dort eine Exilregierung bilden.

LAOS FRANKREICH BEISTANDSPAKT EXILREGIERUNG SOUPHANOU-VONG

23. Oktober 1953

Eine Presseerklärung des Weißen Hauses in Washington besagt, daß auf die Verordnung Nr. 10450 über „Sicherheitsbestimmungen für den Staatsdienst" vom Frühjahr 1953 hin im ganzen 863 Personen aus dem Regierungsdienst entlassen wurden innerhalb der ersten vier Monate nach Inkrafttreten der Verordnung, und daß im gleichen Zeitraum 593 Angestellte kündigten, ohne um eine Untersuchung zu bitten, nachdem ihnen gewisse Angaben über ihre Vergangenheit mitgeteilt worden waren. Präsident Eisenhower zeigt sich über dieses Ergebnis „besorgt". Er hat das Erbe der Roosevelt- und Truman-Ära angetreten, in der die prokommunistischen Schützlinge Felix Frankfurters und Morgenthaus sich in den Regierungsbüros breitmachen konnten (vgl. auch 3. Dezember 1954).[42]

USA 863 REGIE-RUNGS-BEDIENSTETE ENTLASSEN WEGEN KOM-MUNISTISCHER VERBINDUNGEN

EISENHOWER „BESORGT"

24. Oktober 1953

Im Hotel Egdwater in Chicago versammelt sich die Exekutive des American Jewish Committee. Etwa hundert Zionistenführer nehmen eine Entschließung an, in der die Aufhebung der Wirtschaftshilfe für Israel verurteilt wird, und telegraphieren diese Entschließung sowohl an den Präsidenten Eisenhower als auch an Staatssekretär (Außenminister) John Foster Dulles (vgl. 20. Oktober 1953).[43]

USA JÜDISCHER DRUCK AUF DIE REGIERUNG WEGEN WIRT-SCHAFTSHILFE FÜR ISRAEL

25. Oktober 1953

USA JÜDISCHER DRUCK AUF DIE REGIERUNG WEGEN WIRTSCHAFTSHILFE FÜR ISRAEL

In Washington tritt die Konferenz der Hadassah, der stärksten zionistischen Gruppe in den USA, zusammen und nimmt eine Entschließung an, in der das State Department in groben Worten zurechtgewiesen wird, es „versuche Zwang auszuüben auf eine befreundete Regierung, die sich in berechtigter Ausübung bei der friedlichen [es handelt sich um den Angriff auf Kibya, vgl. 14. Oktober 1953] Entwicklung ihrer Hilfsmittel glaubt". Zugleich zieht eine Delegation zionistischer Frauen zu Frau Eisenhower und versucht, auf sie Druck auszuüben. Senator Alexander H. Wiley, Präsident der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten, muß vor der Hadassah (siehe oben) eine Rede halten, in der er dringend die Wiederaufnahme der Zahlungen an Israel verlangt. Die New York Times spricht von einer „Regierungskrise", Dulles wird mit Telegrammen überschüttet, die kategorisch die sofortige Wiederaufnahme der Zahlungen fordern. Der republikanische Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters von New York, Harold Riegelmann, wird bei Dulles vorstellig und erklärt, bei den bevorstehenden Wahlen würden alle jüdischen Stimmen in New York an die Demokraten gehen, wenn die Zahlungen an Israel nicht sofort wieder aufgenommen würden. — Von den ermordeten Arabern in Kibya (vgl. 14. Oktober 1953) spricht kein Mensch mehr (vgl. 28. Oktober 1953).[44]

28. Oktober 1953

USA ISRAEL WIEDERAUFNAHME DER WIRTSCHAFTSHILFE

Präsident Eisenhower erklärt: „Die Vereinigten Staaten haben beschlossen, ihre Wirtschaftshilfe für Israel wieder aufzunehmen." Das Aussetzen der Wirtschaftshilfe hat also gerade eine Woche gedauert. Der Vorgang beweist eindeutig, wer in den USA Herr im Hause ist (vgl. 20., 24. und 25. Oktober 1953 im Zusammenhang).[45]

5. November 1953

GROSSBRITANNIEN REGENTSCHAFT

In Großbritannien wird das Regentschaftsgesetz angenommen, das den Prinzgemahl der Königin sowie den Thronfolger vom 18. Lebensjahr an im gegebenen Falle zu Regenten bestimmt.

9. November 1953

ARABIEN KÖNIG SAUD

In Arabien tritt König Saud die Thronfolge seines Vaters Abd al Asis III. (Ibn Saud) an. Er wird sich zunächst dem panarabischen Nationalismus zuwenden, später gegenüber dem antimonarchistischen Einfluß Ägyptens Anlehnung an den Westen suchen.

KAMBODSCHA UNABHÄNGIG

Kambodscha, das am gleichen Tage wie Laos einen Freundschafts- und Beistandspakt mit Frankreich geschlossen hat (vgl. 22. Okto-

ber 1953), erhält die volle Unabhängigkeit und bleibt für anderthalb Jahrzehnte vom Bürgerkrieg verschont.

28. November 1953

Die Vollversammlung der UNO beschließt die Bildung eines Unterausschusses, der einen umfassenden Abrüstungsplan ausarbeiten soll. Auch hierin zeigt sich, daß der „kalte Krieg" seinen Höhepunkt überschritten hat: man glaubt wieder an die Möglichkeit einer Verständigung über Abrüstungspläne oder tut jedenfalls so, als glaube man daran.

UNO UNTERAUSSCHUSS FÜR ABRÜSTUNG

3. Dezember 1953

Der Präsident der USA, Eisenhower, ordnet persönlich an, daß dem maßgeblichen Wissenschaftler bei der Entwicklung der Wasstoffbombe, J. Robert Oppenheimer, bis zum Abschluß einer gegen ihn einzuleitenden Untersuchung gemäß Exekutive Order 10450 (vgl. 23. Oktober 1953) jegliche geheimen Informationen fernzuhalten seien. Dabei stellt sich heraus, daß der Vorsitzende der US-Atomenergiekommission, Lewis L. Strauss, über die gegen Oppenheimer vorliegenden Belastungen bereits seit 1947 Bescheid weiß. Es handelt sich auch in diesem Falle um Beziehungen zu kommunistischen Funktionären und Spionen. Niemand hat es bis dahin für notwendig erachtet, Oppenheimer die Unbedenklichkeitserklärung zu versagen (vgl. hierzu *auch* 19. Juni 1953!, 3. Dezember 1954).[46]

USA OPPENHEIMER STRAUSS

4. — 6. Dezember 1953

In Kumasi tagt der 6. panafrikanische Kongreß (vgl.: noch Oktober 1945) mit der Zielsetzung eines Zusammenschlusses des schwarzen Kontinents und Besinnung auf einen eigenen Weg im Sinne Kwame Nkrumahs. Es wird die Gründung des ständigen National Congress of West Africa vorbereitet, dessen Aufgabe es sein soll, die politisch führenden Köpfe aus Britisch und Französisch Westafrika zu gemeinsamen Schritten zu bewegen. Doch wird sich zeigen, daß sowohl Houphouet-Boigny als auch Senghor sich den Bemühungen Nkrumahs gegenüber reserviert verhalten.[47]

6. PANAFRIKANISCHER KONGRESS IN KUMASI

NKRUMAH

6. Dezember 1953

Im Iran kann nach dem Sturz Mosaddeghs (vgl. 19. August 1953) Ministerpräsident Sahedi die diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien wiederherstellen, die aufgrund des von Mosaddegh heraufbeschworenen Ölkonflikts am 22. Oktober 1952 (vgl. dort) abgebrochen worden waren.[48]

IRAN GROSSBRITANNIEN DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

18. Dezember 1953

BULGARIEN GRIECHENLAND GRENZVERLAUF

Der Grenzverlauf zwischen Bulgarien und Griechenland wird — in Abänderung des Vertrages von Neuilly (27. November 1919) — über die Inselkette im Strombett der Marica verlegt, da die Ufer des Stromes sich häufig verändern.

23. Dezember 1953

FRANKREICH PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN COTY

In Frankreich siegt René Coty bei den Präsidentenwahlen (geb. 20. März 1882 in Le Havre). Er gehört der Partei der Unabhängigen Republikaner an und war 1947/48 Minister für den Wiederaufbau des Landes.
Am gleichen Tage wird in Moskau Berija hingerichtet (vgl. 10. Juli 1953).[49]

25. Dezember 1953

LAOS

Aus Nordvietnam dringen Vietmin-Truppen in Laos ein und erreichen die siamesische Grenze. Damit ist das noch von Frankreich kontrollierte Gebiet in Indochina in zwei Teile zertrennt.[50]

noch 1953 (ohne nähere Datierung)

STRUKTUR DER NUCLEINSÄURE

Watson, Crick und Wilkins ermitteln die Spiralstruktur der Nucleinsäure (Helixmodell) und die Rolle, die sie bei der Informationsübertragung in lebenden Zellen spielt.

TIEFSEE-FORSCHUNG

Der Schweizer Physiker Auguste Piccard erforscht mit seinem 1948 gebauten Tiefseetauchgerät (Bathyskaph) die Meeresschichten bis 4050 m Tiefe.[51]

1954

1. Januar 1954

Königin Elisabeth II. von Großbritannien erhebt den ehemaligen britischen Kriegsminister jüdischer Abstammung, Leslie Hore-Belisha, in den Adelstand. Er war Kriegsminister, als die Entscheidung über den Ausbruch des 2. Weltkrieges getroffen wurde (1937—1940). Die Mutter der Königin läßt es sich nicht nehmen, bei der Zeremonie zugegen zu sein. Hore Belisha darf sich hinfort Lord of Devonport nennen.[1]

GROSS-BRITANNIEN HORE-BELISHA GEADELT

19. Januar 1954

Der Staat Israel beauftragt seine Botschafter in Washington, London, Paris und Moskau, erneut wegen der Forderungen Israels an den mitteldeutschen Satellitenstaat auf Wiedergutmachungsleistungen vorstellig zu werden.[2]

ISRAEL FORDERUNGEN AN DIE SBZ

25. Januar 1954

In Berlin beginnt die Viermächtekonferenz der Außenminister Frankreichs (Bidault), Großbritanniens (Eden), der USA (Dulles) und der UdSSR (Molotow). Die Konferenz soll den sogenannten „kalten Krieg" beenden und versuchen, eine Einigung über das Deutschlandproblem, den österreichischen Staatsvertrag, die weitere Entwicklung in Korea und eine Lösung im Indochinakrieg zu erzielen. Die Tagesordnung der Konferenz wird ganz von den Sowjets beherrscht, die sieben verschiedene Vorschläge vorlegen werden gegenüber einem von seiten Großbritanniens. Frankreich und die USA enthalten sich irgendwelcher eigenen Vorschläge (vgl. auch 18. Februar 1954).[3]

VIERMÄCHTE-KONFRENZ IN BERLIN

VORSCHLÄGE DER UDSSR

30. Januar 1954

Durch Vertrag tritt Frankreich einen Küstenstreifen seiner Einflußzone in Somalia an Äthiopien ab, das seine diplomatischen Bemühungen auf die Klärung seiner Grenzen und Rückgewinnung seiner noch von den Westmächten besetzten Gebiete richtet (vgl. auch 29. November 1954).

FRANKREICH ÄTHIOPIEN SOMALIA

4. Februar 1954

In der UdSSR erstattet Chruschtschow einen Bericht über die Neulandkultivierung, in dem es heißt, daß der „Stand der Getreideproduktion bisher nicht alle Wünsche der nationalen [!] Wirtschaft erfüllt hat". Die Schuld daran gibt er den obersten Regierungsorganen. Tatsächlich war er selbst in der fraglichen Zeit als offizieller Referent für die Landwirtschaft zuständig.

UDSSR CHRU-SCHTSCHOW GETREIDE-PRODUKTION

Aber er schiebt die Verantwortung nun Koslow, Benediktow und Dimitrijew zu.[4]

10. Februar 1954

THAILAND SOZIALVERSICHERUNGEN

In Thailand (Siam), dessen Regierung sich außenpolitisch an die SEATO hält (vgl. 8. September 1954) und den subversiven Einwirkungen Chinas widersteht, wird durch Gesetz für bestimmte Teile des Landes die Sozialversicherungspflicht eingeführt, und zwar für die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung, ebenso Beihilfen für Mutterschaft und Kinder.

18. Februar 1954

ENDE DER BERLINER VIERMÄCHTE-KONFERENZ

Die Berliner Viermächtekonferenz (vgl. 25. Januar 1954) wird beendet, ohne daß man sich auf einen der von britischer und sowjetischer Seite eingebrachten Vorschläge geeinigt hat. Das Schlußkommunique der vier Außenminister besagt lediglich, daß für den 26. April eine neue Konferenz nach Genf einberufen werden soll, an der auch die chinesische Volksrepublik, Süd- und Nordkorea und diejenigen Länder teilnehmen sollen, deren Streitkräfte am Koreakrieg beteiligt waren.[5]

26. Februar 1954

BRD GRUNDGESETZ-ÄNDERUNG ERSTE WEHR-ERGÄNZUNG

Der westdeutsche Teilstaat erhält durch entsprechende Änderung seines „Grundgesetzes" (Verfassung), nämlich die „Erste Wehrergänzung", die Wehrhoheit, um die von den Westmächten beabsichtigte Einbeziehung in das westliche Verteidigungssystem (WEU, vgl. 23. Oktober 1954) zu ermöglichen. Für die in Betracht kommenden Jahrgänge bedeutet das, daß sie über Nacht aus totaler antimilitaristischer Beeinflussung zur militärischen Ausbildung in die Kasernen einberufen werden können. Der Vorgang beleuchtet das „Demokratie"-Verständnis der Regierung.[6]

1. März 1954

USA NEUER WASSERSTOFFBOMBEN-TEST VERGEBLICHER EINSPRUCH JAPANS

Die USA führen auf dem Bikini-Atoll einen neuen Wasserstoffbombenversuch (Kernverschmelzung von Deuterium und Tritium) mit transportablem Sprengkörper durch. Es wird fünfmal soviel Energie freigesetzt wie bei dem Versuch am 1. November 1952 (vgl. dort), bei dem die Insel Elugaleb (Ewinetok) verschwand, nämlich etwa 15 MT. Japanische Fischer werden außerhalb der Sperrzone durch radioaktive Asche schwer verletzt. Trotzdem und gegen japanischen Einspruch werden weitere Versuche folgen, am 26. März, im April und Mai 1954 sowie 1955 ein Versuch, bei dem 45 MT Energie freigesetzt werden, also das Fünf-

zehnfache von Elugaleb 1952. Niemand weiß in diesen Jahren, wie die Erdkruste auf derartige Erschütterungen reagieren wird.[7]

13. März 1954

INTERAMERIKANISCHE KONFERENZ IN CARACAS

Auf der Interamerikanischen Konferenz in Caracas bringen die USA eine Resolution gegen die kommunistische Bewegung ein. Das Zögern der meisten lateinamerikanischen Staaten, dieser Resolution ihre Zustimmung zu geben, beruht auf der Kenntnis der Verhältnisse in den USA selbst, wo gerade der Senator MacCarthy bei dem Versuch, die kommunistische Subversion höchster Regierungsstellen, insbesondere des State Department, aufzudecken, mit allen nur denkbaren Mitteln bekämpft und behindert wird. Infolgedessen ist der Antrag der USA in Caracas unglaubwürdig. Sie wird schließlich dennoch angenommen. Argentinien und Mexiko enthalten sich der Stimme. Guatemala stimmt gegen die Resolution. In dem angenommenen Text („Caracas Resolution") heißt es u. a.: „Die Beherrschung oder Kontrolle der politischen Einrichtungen irgendeines amerikanischen Staates durch die kommunistische Bewegung, die damit auf diese Hemisphäre das politische System einer außerkontinentalen Macht ausdehnt, würde eine Bedrohung der Souveränität und der politischen Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten darstellen ..." Genau das trifft seit 1933 auf die USA selber zu, die die Resolution eingebracht haben.[8]

RESOLUTION GEGEN KOMMUNISTISCHE SUBVERSION

SCHUSS INS EIGENE TOR DER USA

18. März 1954

NORWEGEN VERLÄNGERT MILITÄRDIENSTZEIT

Norwegen verlängert im Rahmen seiner bereits 1951 eingeleiteten Aufrüstungsmaßnahmen die Militärdienstzeit für die dienstpflichtigen Jahrgänge.

23. März 1954

ÖSTERREICH WIEDERGUTMACHUNG AN JÜDISCHE CLAIMS CONFERENCE

Die österreichische Regierung erklärt sich bereit, als Vorauszahlung für jüdische Wiedergutmachungsansprüche der „Claims Conference", die solche Forderungen eintreibt, 1,2 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen.[9]

25. März 1954

UDSSR ERKLÄRT SBZ ZUM „SOUVERÄNEN STAAT"

Nachdem die UdSSR auf der Berliner Außenministerkonferenz (vgl. 18. Februar 1953) ihre Vorstellungen über einen Friedensvertrag mit dem restlichen Deutschland (Mittel- + Westdeutschland) nicht durchsetzen konnte, erklärt die Sowjetregierung nunmehr ihren mitteldeutschen Satelliten zum „souveränen" Staat und hebt die Kontrolle der mitteldeutschen staatlichen Organe durch den Sowjetischen Hohen Kommissar auf. In Absatz 2 der

Erklärung heißt es u. a.: „Die Sowjetunion behält in der Deutschen Demokratischen Republik die Funktionen, die mit der Gewährleistung der Sicherheit in Zusammenhang stehen . . ."[10]

PAKISTAN TÜRKEI FREUNDSCHAFTS-ABKOMMEN

4. April 1954

Pakistan, das sich einerseits die Hilfe anderer mohammedanischer Staaten gegen Indien, andererseits aber auch wirtschaftliche und politische Unterstützung durch den Westen sichern will, schließt ein Freundschaftsabkommen mit der Türkei, die sowohl mohammedanisch als auch NATO-Mitglied ist. Der Abschluß erfolgt in Karatschi. Das Abkommen wird am 12. Juni 1954 in Kraft treten, aber für die beiden Partner wenig praktische Bedeutung gewinnen.[11]

NICARAGUA ATTENTAT AUF SOMOZA GARCIA KRIEGSRECHT

5. April 1954

Auf den Präsidenten von Nicaragua, General Anastasio Somoza Garcia, wird ein Attentat verübt. Er kommt mit dem Leben davon und läßt das Kriegsrecht über das Land verhängen.

EVG GROSS-BRITANNIEN ABKOMMEN ÜBER MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT

13. April 1954

In Paris schließen die Mitgliedstaaten der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ein Abkommen mit Großbritannien über militärische Zusammenarbeit, da Großbritannien nicht Mitglied der EVG werden will. Da Frankreich den EVG-Vertrag nicht ratifiziert, wird auch dieses Abkommen gegenstandslos bleiben.[12]

FRANKREICH OTTO ABETZ ENTLASSEN

16. April 1954

Der ehemalige deutsche Botschafter in Paris, Otto Abetz, vor dem Kriege aktivster Vorkämpfer einer deutsch-französischen Verständigung, 1949 in Paris zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt, wird vom französischen Staatspräsidenten René Coty begnadigt und entlassen.[13]

ÄGYPTEN NAGIB DANKT ALS MINISTERPRÄSIDENT AB

18. April 1954

In Ägypten zwingen die jüngeren Offiziere der Militärjunta unter Führung von Gamal Abd an-Nasser den Ministerpräsidenten General Nagib, dem sie knapp ein Jahr zuvor (vgl. 18. Juni 1953) zur Regierung verholfen haben, zum Rücktritt. Nasser tritt an seine Stelle. Er wird die alten Parteien einschließlich der Muslim-Bruderschaft auflösen lassen und eine Bodenreform auf Kosten des Großgrundbesitzes einleiten.

26. April 1954

INDOCHINA-KONFERENZ GENF

In Genf beginnt die große Konferenz über Korea und Indochina, die auf der Berliner Außenministerkonferenz (vgl. 18. Februar 1954) beschlossen wurde. Die tags darauf eingebrachten Vorschläge Südkoreas und Nordkoreas sind gänzlich unvereinbar, lassen nicht einmal die Möglichkeit einer Kompromißlösung erkennen. China ist durch Tschu En-lai vertreten. Gleichzeitig wird in Indochina um die französische Festung Dien Bien Phu erbittert gekämpft und damit um die Entscheidung in Indochina überhaupt.[14]

LETZTER KAMPF UM DIEN BIEN PHU

29. April 1954

TIBET ABKOMMEN ZWISCHEN CHINA UND INDIEN

In Peking schließen Indien und die Chinesische Volksrepublik ein Abkommen über Tibet, in dem die Errichtung indischer Handelsagenturen in den tibetanischen Städten Yatung, Gyantse und Gartok sowie Bestimmungen über Märkte, den Grenzverkehr, insbesondere der buddhistischen Pilger, vereinbart werden. Aber die politisch entscheidenden Vereinbarungen werden erst *nach* diesem Abkommen in einem anschließenden Notenwechsel getroffen: Indien wird innerhalb von sechs Monaten seine Militärposten aus Tibet zurückziehen, Rasthäuser und andere Einrichtungen an China übergeben. Das Abkommen wird am 5. Juni 1954 ratifiziert.

INDIEN RÄUMT SEINE POSITIONEN

DALAI LAMA MAO TSE TUNG GESPRÄCH IN PEKING

Bei dem Besuch des Dalai Lama in Peking im gleichen Jahre kommt es zu einem Gespräch unter vier Augen mit Mao Tse-tung, bei dem dieser der Reinkarnation Ruddhas zuflüstert: „Ich verstehe Sie sehr gut. Aber Religion ist selbstverständlich Gift. Sie hat zwei große Fehler: Sie untergräbt die Volkskraft, und zweitens verzögert sie den Fortschritt des Landes. Tibet und die Mongolei sind durch sie vergiftet worden." Danach begleitet Mao den jungen Dalai Lama zum Auto und rät ihm zum Abschied, er möge auf seine Gesundheit bedacht sein. Es ist eine einzigartige Szene.[15]

noch April 1954

BRITISCH GUAYANA JAGAN VERHAFTET

In der britischen Kolonie Guayana läßt die Kolonialbehörde den Ministerpräsidenten und Führer der 1950 gegründeten Fortschrittlichen Volkspartei, den Inder Cheddi Jagan, verhaften. Er wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und an seiner Stelle ein Staatskommissar eingesetzt, der die Beibehaltung der provisorischen Verfassung (vgl. 9. Oktober 1953) für weitere vier Jahre empfiehlt.

2. Mai 1954

COLOMBO-KONFERENZ

In Colombo auf Ceylon wird eine Konferenz von Burma, Ceylon, Indien, Indonesien und Pakistan abgeschlossen, die zwar keine

GROSS-BRITANNIEN

praktischen Ergebnisse erzielt, aber von Großbritannien bei der gleichzeitigen Genfer Konferenz (vgl. 26. April 1954) zur Unterstützung des britischen Standpunktes benutzt wird. Er läuft auf eine internationale Garantie der Staaten Indochinas und auf eine Verpflichtung zur Nichteinmischung der vier Großmächte Volksrepublik China, Großbritannien, USA und UdSSR hinaus und geht auf einen Plan des indischen Regierungschefs Nehru zurück.[16]

7. Mai 1954

INDOCHINA KAPITULATION VON DIEN BIEN PHU ENDE DER FRANZÖSISCHEN HERRSCHAFT

In Indochina muß die französische Festung Dien Bien Phu kapitulieren. Sie fällt in die Hände der Vietmin. Etwa 10 000 Franzosen und Fremdenlegionäre geraten in Gefangenschaft. Damit ist Frankreichs Rolle in Indochina für immer ausgespielt. Eine von Dulles im letzten Augenblick und ohnehin viel zu spät vorgeschlagene gemeinsame Intervention zur Unterstützung Frankreichs konnte infolge der Weigerung Großbritanniens nicht verwirklicht werden. Auf der Genfer Konferenz (vgl. 26. April 1954) bringt Frankreich am Tage nach der Kapitulation den Vorschlag ein, Laos und Kambodscha sollen von den Vietmin bzw. Pathet-Laos geräumt werden, in Vietnam nach Abschluß eines Waffenstillstandes freie Wahlen stattfinden.[17]

13. Mai 1954

BRD STRAUSS BEREIT ZUM VERZICHT AUF DAS SAARGEBIET

Franz-Joseph Strauß, Minister noch ohne Geschäftsbereich in Bonn, erklärt vor einem kleineren Kreis des Österreichischen Wirtschaftsklubs in Wien wörtlich: „Deutschland ist zu jedem Opfer bereit, um die EVG noch in letzter Minute zu retten, sowohl zu Opfern finanzieller Natur, in Souveränitätsfragen als auch zu Gebietsabtretungen. Das letzte gilt für die *Saarfrage.* Wir sind zu den schwersten Konzessionen bereit."[18]

17. Mai 1954

USA OBERSTER GERICHTSHOF ENTSCHEIDET GEGEN SEGREGATION DER SCHULKINDER

Der Oberste Gerichtshof der USA entscheidet, daß Negerkinder in allen öffentlichen Schulen aufgenommen werden *müssen.* Getrennte Schulen für Weiße und Farbige seien verfassungswidrig (Segregation). Offenbar sind dann auch die unbestreitbaren Begabungsunterschiede, die unterschiedlichen Formen der Intelligenz verfassungswidrig, die einen gemeinsamen Unterricht für beide Teile zu einer Quälerei werden lassen. Die Opposition der Bevölkerung der USA gegen diese Entscheidung des Obersten Bundesgerichts ist erheblich, bleibt aber fruchtlos.[19]

PHILIPPINEN FÜHRER DER

Auf den Philippinen stellt sich der Führer der aufständischen Huks (vgl. 30. August 1951) der Regierung. Damit finden die seit

einem Jahrzehnt andauernden inneren Kämpfe ein Ende, und die Regierung kann darangehen, die schlimmsten sozialen Mißstände in den Landgebieten abzubauen.

HUKS STELLT SICH

19. Mai 1954

PAKISTAN USA ABKOMMEN ÜBER AMERIKANISCHE RÜSTUNGS-LIEFERUNGEN

In Fortsetzung bzw. Weiterführung des pakistanisch-türkischen Freundschaftsabkommens vom 4. April 1954 (vgl. dort) schließen Pakistan und die USA in Karatschi ein Abkommen über amerikanische Lieferungen von „Ausrüstung, Material, Dienstleistungen oder Hilfe anderer Art", worunter Rüstungs- und militärische Ausbildungshilfe zu verstehen ist. Pakistan verpflichtet sich, dieses Material nur zur Selbstverteidigung (das kann auch gegen Indien ausgelegt werden) und zur Beteiligung an kollektiven „Sicherheits"-Maßnahmen der UNO zu verwenden, außerdem verpflichtet es sich zur „Produktion und Überlassung von Rohstoffen und Halbfertigwaren an die Vereinigten Staaten" (Art. 5,2). Die USA treten das Erbe Großbritanniens an.[20]

30. Mai 1954

BULGARIEN GRIECHENLAND DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

Das kommunistisch regierte Bulgarien und das antikommunistisch regierte Griechenland nehmen diplomatische Beziehungen zu einander auf (vgl. auch 18. Dezember 1953).

12. Juni 1954

USA ATOMENERGIE-KOMMISSION MEMORANDUM ÜBER OPPENHEIMER

Der Verwaltungsdirektor der Atomenergiekommission der USA K. D. Nichols stellt ein Memorandum über Dr. J. Robert Oppenheimer fertig, der wesentlich an der Entwicklung der Wasserstoffbombe beteiligt war, und kommt zu dem Schluß: „Dr. Oppenheimer sollte die Unbedenklichkeitserklärung nicht wieder erteilt werden." Es handelt sich um die Unbedenklichkeit für Zulassung und Mitarbeit an den Atomwaffenprojekten. Die Entscheidung wird begründet mit Kontakten, die Oppenheimer zu Sowjetspionen (Chevalier) hatte, und zwar *vor 1943*. Seitdem hat er zehn Jahre lang unbehindert Zugang zum gesamten US-Atomwaffenprogramm gehabt. Die Gespräche Oppenheimers mit seinem Freunde Professor Haakon Chevalier behandelten die Möglichkeit, technische Informationen über das Atombombenprogramm an sowjetische Wissenschaftler zu übermitteln (was zu diesem Zeitpunkt Harry Hopkins vom Weißen Haus aus bereits nach Kräften tat). Hinter Chevalier stand Mesarosh-Nelson, der Organisator der Kommunistischen Partei in Kalifornien.

SOWJETSPION CHEVALIER

Bei den Vernehmungen vor einem eigens gebildeten Untersuchungsgremium unter Vorsitz von Gordon Gray im April und Mai 1954, die dem Nichols-Memorandum vorausgingen, äußerte

OPPENHEIMER ÜBER HIROSHIMA

Oppenheimer, über Hiroshima und Nagasaki 1945 befragt: „Wenn man auf etwas technisch ungemein Reizvolles stößt, dann besinnt man sich nicht lange, sondern führt es durch, und erst wenn die Sache technisch ein Erfolg war, überlegt man, was damit anzufangen wäre... Wir nahmen immer an, wenn man die Bombe brauchte, würde man sie einsetzen. *Wir wollten, daß es geschah, ehe der Krieg vorüber war und keine Gelegenheit mehr dazu sein würde.*" Darum also wurden die japanischen Friedensangebote nicht zur Kenntnis genommen. Truman hat in seinen Memoiren bewußt die Unwahrheit gesagt.[21]

TRUMAN-MEMOIREN

18. Juni 1954

FRANKREICH REGIERUNG MENDES-FRANCE

In Frankreich findet infolge der Niederlage in Indochina (vgl. 7. Mai 1954) ein Regierungswechsel statt. An die Stelle des Kabinetts Laniel tritt die Regierung Mendès-France, die die Konsequenzen aus der Niederlage ziehen wird, aber bereits am 5. Februar 1955 ebenfalls gestürzt wird.[22]

GUATEMALA INVASION AUS HONDURAS ARMAS CONTRA GUZMAN UNITED FRUIT COMPANY

Guatemala erleidet eine Invasion von Streitkräften, die Carlos Castillo Armas im benachbarten Honduras mobilisiert hat. Präsident Arbenz Guzman, der auf den Tag genau zwei Jahre zuvor den Plantagenbesitz, auch der United Fruit Company, im Rahmen einer Bodenreform enteignen ließ, wird gestürzt. Armas tritt an seine Stelle. Die Armee von Guatemala macht mit den Invasoren gemeinsame Sache. Die United Fruit Company (USA) sitzt am längeren Hebel (vgl. auch 18. Juli 1955).

28. Juni 1954

TSCHU EN-LAI IN INDIEN NEHRU PROKLAMIERT „FÜNF PRINZIPIEN"

Der Ministerpräsident der Volksrepublik China, Tschu En-lai, kommt zu einem offiziellen Besuch nach Indien. Bei dieser Gelegenheit proklamiert Pandit J. Nehru fünf Prinzipien für das Verhältnis der beiden Staaten: 1. Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität; 2. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; 3. Gleichberechtigung und gegenseitige Unterstützung; 4. friedliche Koexistenz und 5. Verzicht auf jegliche Angriffshandlung.

1. Juli 1954

JAPAN NEUAUFBAU DER STREITKRÄFTE

Japan beginnt mit dem Aufbau seiner neuen Streitkräfte. Zunächst sollen 160 000 Mann in Dienst gestellt werden. Diese Wiederaufrüstung auf Wunsch der USA ist unpopulär und wird zu einem Regierungswechsel führen (vgl. 10. Dezember 1954).[23]

PARAGUAY STROESSNER PRÄSIDENT

11. Juli 1954

In Paraguay übernimmt der General Alfredo Stroessner die Präsidentschaft und regiert seitdem das Land mit diktatorischen Voll-

machten, ohne die parlamentarisch-demokratische Verfassung formal außer Kraft zu setzen.

20. Juli 1954

ALBANIEN HODSCHA NUR NOCH PARTEIFÜHRER

In Albanien tritt Enver Hodscha als Ministerpräsident zurück, behält aber als Generalsekretär der Arbeiterpartei auch weiterhin alle Fäden in der Hand. Ministerpräsident wird Mehmet Schehu. Albanien bleibt das unterentwickeltste Land des Ostblocks und auf ständige Wirtschaftshilfe der UdSSR angewiesen, die damit den Zugang zur Adria bezahlt.

BRD VERFASSUNGSSCHUTZ JOHN „ENTFÜHRT"

Der Präsident des westdeutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, glaubt offenbar, die westdeutsche Verfassung besser vom kommunistisch regierten mitteldeutschen Sowjetsatelliten aus schützen zu können. Jedenfalls läßt er sich am zehnten Jahrestag des mißglückten Attentats auf Hitler von einem intim befreundeten Zahnarzt namens Wohlgemut nach Ostberlin „entführen" und verkündet dort, er habe mit seinem Standortwechsel zum Kampf für die Wiedervereinigung aufrufen wollen. Welche Wiedervereinigung gemeint ist, weiß sicherlich die Ostberliner Sendeleitung.[24]

21. Juli 1954

INDOCHINA-KONFERENZ GENF WAFFENSTILLSTANDS-ABKOMMEN FRANKREICH VIETNAM LAOS KAMBODSCHA

Die Genfer Korea- und Indochinakonferenz endet mit drei Waffenstillstandsabkommen Frankreichs mit den Vietmin (Nordvietnam), Laos und Kambodscha sowie mit einer Schlußerklärung der an der Konferenz beteiligten Länder, die sich ebenfalls auf Indochina bezieht. Über Korea wird keinerlei Vereinbarung erzielt, wie von Anfang der Konferenz an (vgl. 26. April 1954) zu erkennen war. Die Teilung Vietnams, in der Schlußerklärung ausdrücklich als provisorisch bezeichnet („keinesfalls als eine politische oder territoriale Grenze"), wird 19 Jahre bestehen bleiben. Die Räumung von Laos durch die Vietmintruppen wird niemals ganz durchgeführt werden. Lediglich Kambodscha sieht anderthalb Jahrzehnten einer relativ ungestörten Entwicklung entgegen, die es vor allem der Geschicklichkeit des Prinzen Sihanouk zu verdanken hat. —

USA BAO DAI

Die USA erklären, daß sie sich der Schlußerklärung der Genfer Konferenz nicht anschließen können und stellen sich damit, wenn auch nur verbal und zu spät, hinter den Protest Bao Dais, des Regierungschefs von Südvietnam, der sich auf „das geheiligte Recht des vietnamesischen Volkes auf die territoriale Einheit und die Freiheit" beruft.[25]

9. August 1954

BALKANPAKT JUGOSLAWIEN GRIECHENLAND TÜRKEI

In Bled schließen Jugoslawien, Griechenland und die Türkei den Balkanpakt, der das vorausgegangene Abkommen vom 28. Februar 1953 (vgl. dort), insbesondere den Artikel 2 jenes Abkommens (gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen) ergänzt und ausbaut. Es ist ein militärischer Beistandspakt, den Tito mit zwei NATO-Mitgliedstaaten schließt, während er *gleichzeitig* mit Nachdruck seine Aussöhnung mit der UdSSR betreibt, eines der selten gewordenen Beispiele hoher, d. h. gewagter Diplomatie. Der Vertrag wird am 18. Januar 1955 auch von Griechenland ratifiziert werden und ist auf zwanzig Jahre Dauer abgeschlossen. Die drei Vertragspartner sichern sich gegenseitig militärischen Beistand im Falle eines Angriffs zu. Als Angreifer kommt dabei nur die UdSSR in Betracht. Auf diese Weise sichert sich Tito mittelbar NATO-Hilfe gegen die UdSSR, und zwar mit Erfolg. Der Ostblock wird Jugoslawien nicht angreifen, sondern den Konflikt beilegen (vgl. 2. Juni 1955).[26]

TITO NATO

10. August 1954

NIEDERLANDE INDONESIEN AUFLÖSUNG DER NIEDERLÄNDISCHEN UNION

Im Haag findet eine Konferenz der Niederlande und der Regierung Indonesiens ihr Ende, bei der Indonesien seine Forderung durchsetzen konnte, die Niederländische Union zu lösen. Allerdings wurde noch kein Termin vereinbart. Strittig bleibt der niederländische (westliche) Teil Neuguineas, den Indonesien ebenfalls für sich beansprucht (vgl. weiter 10. Dezember 1955).

13. August 1954

SÜDKOREA SYNGMAN RHEE-INTERVIEW

Die Zeitschrift „US News & World Report" veröffentlicht ein Interview, das ihr der Präsident Südkoreas, Syngman Rhee, gewährte und in dem es heißt: „Sie erinnern sich, daß ich während der Waffenstillstandsverhandlungen erklärte, daß, wenn die UN nicht bereit wären, einen kommunistischen Angriff zurückzuschlagen, wir dies allein tun würden. ... als wir dann wirklich Miene machten zu marschieren, fanden wir unsere Treibstofflager versiegelt." Frage: „Wer hatte sie versiegelt?" Antwort: „Die, die Kontrolle darüber hatten." Frage: „Die UN?" Antwort: „Sagen Sie UN oder USA! Aber wer immer es auch war, hat gleichzeitig unsere Munitionsbestände auf nur drei Tage rationiert."

USA GENERAL CLARK SAGT AUS: IM KOREAKRIEG ENTSCHEIDUNGEN

Zwei Tage vor Veröffentlichung dieses Interviews, am 11. August 1954, brachte die „New York Times" eine Aussage des US-Generals Mark W. Clark vor dem Senat der USA unter Eid. Danach seien schon während des Koreakrieges selbst „die von Washington getroffenen Entscheidungen eindeutig zugunsten der Roten gewesen ... Mehrere Male haben diese Entscheidungen aus Wa-

shington die Entscheidungen widerrufen, die von den verantwortlichen Männern an Ort und Stelle getroffen worden waren ... Wenn er [Clark als der letzte Oberbefehlshaber in Korea] die Erlaubnis von Washington erhalten hätte, wäre es ihm auch noch im letzten Kriegsjahr möglich gewesen, die Roten hinter den Yalu-Fluß zurückzuwerfen ... Aber diese Erlaubnis wurde ihm seitens Washington stets verweigert ...“[27]

WASHINGTONS ZUGUNSTEN DER KOMMUNISTEN

19. August 1954

Der Kongreß der USA verabschiedet ein Gesetz, das die Kommunistische Partei als ein „Instrument der Verschwörung, um die Regierung zu stürzen“, künftig nicht mehr als gesetzliche Körperschaft gelten läßt, ebenso kommunistisch gesteuerte Gewerkschaften vor den Arbeitsschlichtungsausschüssen des Staates nicht mehr anerkennt. Mitglieder der Kommunistischen Partei müssen sich künftig registrieren lassen. Die Praxis wird jedoch zeigen, daß dieses Gesetz gegenüber den einflußreichen Förderern des Kommunismus in der Hochfinanz, in der Presse, im Council on Foreign Relations und seinen Unterorganisationen gänzlich unwirksam ist.

USA KOMMUNISTISCHE PARTEI ILLEGAL REGISTRIERPFLICHT FÜR MITGLIEDER

CFR NICHT BETROFFEN

22. August 1954

In Brüssel nimmt eine Konferenz der drei Beneluxstaaten, Frankreichs, Italiens und des westdeutschen Staatsgebildes der Alliierten ihr Ende, die einen letzten Versuch unternommen hat, die Ratifizierung des EVG-Vertrages durch Frankreich zu ermöglichen, Mendès-France hat einen „Entwurf eines Protokolls zur Anwendung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ vorgelegt, die anderen Konferenzteilnehmer einen Gegenentwurf. Man hat sich nicht geeinigt. Damit ist die Ablehnung der Ratifizierung durch die französische Nationalversammlung sicher (vgl. 31. August 1954).[28]

BRÜSSELER KONFERENZ ZUR RETTUNG DER EVG GESCHEITERT

24. August 1954

In Brasilien nimmt sich der Präsident Getulio Dornelles Vargas, der das Land von November 1930 bis Oktober 1945 und erneut seit Februar 1951 regiert hat, das Leben. Anlaß zu diesem tragischen Entschluß ist offensichtlich die Erkenntnis, daß die Hegemonie der USA in Südamerika nicht zu verdrängen ist, ein für Patrioten wie Vargas unerträglicher Zustand.

BRASILIEN FREITOD DES PRÄSIDENTEN VARGAS

31. August 1954

Die französische Nationalversammlung lehnt, wie erwartet (vgl. 22. August 1954), die Ratifizierung des Vertrages über die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mit

FRANKREICH NATIONALVERSAMMLUNG

LEHNT RATIFIZIERUNG DES EVG-VERTRAGES AB

großer Mehrheit ab. Die Delegierten wünschen nicht dazu beizutragen, daß durch Aufrüstung des westdeutschen Teilstaates eine neue Gefährdung an Frankreichs Ostgrenze entsteht. Der Schock von 1870, 1914 und 1940 wirkt verständlicherweise noch nach. Er wird erst durch den Adenauer-de Gaulle-Vertrag über deutsch-französische Zusammenarbeit 1963 überwunden werden.

8. September 1954

SEATO SÜDOSTASIENPAKT PAZIFIK-CHARTA

In Manila unterzeichnen die Außenminister Australiens, Frankreichs, Großbritanniens, Neuseelands, Pakistans, der Philippinen, Thailands und der USA den Südostasienpakt der SEATO zur gegenseitigen Verteidigung sowohl gegen bewaffnete Angriffe als auch „zur Verhinderung und Abwehr umstürzlerischer, von außen gelenkter Tätigkeit gegen ihre territoriale Integrität" (Art. 2). Der Vertrag gilt auch für Angriffe auf Kambodscha, Laos und Südvietnam (Zusatzprotokoll), doch verpflichten sich die USA in diesem letzteren Falle nur zum Eingreifen, wenn es sich um einen kommunistischen Angriff handelt, sonst lediglich zur Konsultation (Art. 11). Es wird ein ständiger Rat der SEATO errichtet (Art. 5), der erstmals am 23. Februar 1955 in Bangkok, seinem ständigen Sitz, zusammentreten wird. Außerdem wird eine gemeinsame Grundsatzerklärung unterzeichnet, die „Pazifik-Charta".[29]

20. September 1954

CHINA NEUE VERFASSUNG ALLEINHERRSCHAFT DER PARTEI MAO TSE-TUNG „VORSITZENDER"

Die Volksrepublik China erhält eine neue Verfassung, die der „Periode des allmählichen Übergangs zur sozialistischen Gesellschaft" angepaßt ist. Nach dieser Verfassung sind die staatlichen Organe, wie in allen kommunistisch regierten Ländern, lediglich ausführende Organe der Partei, die den eigentlichen „Kern der Staatsführung" bildet. Gesetzgebende Gewalt hat der Nationale Volkskongreß, der natürlich gleichfalls von der Partei gesteuert wird. Der Staatsrat bildet die oberste Verwaltungsinstanz. Mao Tse-tung wird zum „Vorsitzenden" der Volksrepublik gewählt. Ministerpräsident bleibt Tschu En-lai.[30]

28. September 1954

BRD ADENAUER WÜNSCHT SICH SCHUMACHER ZURÜCK SPD „TREIBT DEN RUSSEN ZU"

Der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer äußert im Hotel Claridge in London gegenüber dem belgischen Außenminister Paul Henri Spaak und dem Ministerpräsidenten Josef Bech von Luxemburg: „Wenn nur Schumacher noch lebte! Er war eine Garantie für die nationale und prowestliche, ja, europäische Politik der SPD, wenn er auch ein Gegner meiner Politik war — aber ohne ihn ist die SPD führerlos und treibt in der Opposition den Russen zu. Ollenhauer ist ein schwacher Mann, dem wird es nicht

gelingen, seine Partei vor dem Abtreiben zu bewahren. Ihm fehlt Schumachers Kompromißlosigkeit gegenüber dem Kommunismus und den Sowjets ....“[31]

noch September 1954

CHINA GREIFT QUEMOY AN

USA RIEGELN TAIWAN AB

Die Volksrepublik China greift die ihrer Küste vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu an, die zum Hoheitsgebiet Nationalchinas auf Taiwan (Formosa) gehören. Tschiang Kai-schek richtet massive Gegenangriffe gegen die Festlandsküste. Die USA, die keinesfalls in einen Konflikt mit der Chinesischen Volksrepublik hineingezogen werden wollen, riegeln daraufhin mit ihrer 7. Flotte ihren Verbündeten vom Festlande ab, um ihn an weiteren Gegenschlägen zu hindern.

1. Oktober 1954

GROSS-BRITANNIEN NIGERIA LYTTLETON

Großbritannien gibt seiner westafrikanischen Kolonie Nigeria die sogenannte Lyttleton-Verfassung eines Bundesstaates (Federation of Nigeria), dessen Regionen (Ost-, West- und Nordregion) nacheinander bis zum März 1959 die innere Autonomie zugestanden werden wird.

SÜDKOREA USA VERTEIDIGUNGS-ABKOMMEN

Südkorea, immer noch unter der Präsidentschaft Syngman Rhees, schließt ein Verteidigungsabkommen mit den USA, in dem gegenseitige Beistandspflicht bei Angriffen auf das Staatsgebiet des Vertragspartners vereinbart wird. Syngman Rhee wird dem Abkommen nachträglich eine weitergehende Auslegung zu geben suchen, dahingehend, daß die USA auch bei der Durchsetzung seines Anspruches auf Gesamtkorea zu militärischer Hilfe verpflichtet seien. Das ist jedoch mit den Waffenstillstandsbedingungen von Panmunjon (vgl. 27. Juli 1953) unvereinbar.

2. Oktober 1954

FRANKREICH SOWJET-SPIONAGE IN REGIERUNG UND ARMEE VOLKSFRONT

In Frankreich vernimmt der Untersuchungsrichter am Militärgericht, Commandant Bernard Pierre de Rességuier, den ehemaligen Ministerpräsidenten Reynauld und die Chiffrierbeamtin Métivier-Lasseron. Es stellt sich heraus, daß zahlreiche Geheimdokumente der französischen Regierung seit Jahren der Kommunistischen Partei ausgeliefert wurden, daß sich auch der Geheim-Code der französischen Armee bereits seit längerer Zeit in den Händen der Kommunisten befindet. Daraufhin wird sich Charles de la Rue melden, ehemaliger Mitarbeiter der Regierung Vichy, und aussagen, daß hohe Beamte des französischen Verteidigungsministeriums einer kommunistischen Spionageorganisation angehören, die von Jean Duclos geleitet wird. Commandant de Rességuier wird

dann Minister der Regierung Mendès-France zur Vernehmung vorladen, die ebenfalls im Verdacht stehen, den Kommunisten vertrauliche Informationen aus ihren Ministerien zugeleitet zu haben. Das übliche Bild einer Volksfrontregierung. Der Innenminister, Mitterand, hat bereits den Polizeipräfekten von Paris, Baylot, abgesetzt, in dessen Dienstbereich die Enthüllungen begannen.[32]

LONDONER KONFERENZ SUCHT ERSATZ-LÖSUNG NACH DEM SCHEITERN DER EVG

3. Oktober 1954

In London wird eine Konferenz von neun Staaten beendet, die am 28. September begann und einen Ausweg aus der Lage finden sollte, die durch das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft entstanden ist. Teilnehmer sind die Beneluxstaaten, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, die USA und deren Satellit, die westdeutsche Bundesrepublik. Letztere erklärt dann auch, daß sie auf Herstellung von Atomwaffen, chemischen, biologischen und weiteren listenmäßig aufgeführten Waffen verzichtet und sich der Überwachung durch die zuständige Behörde der Organisation des Brüsseler Vertrages (vgl. 17. März 1948) unterwirft. Dafür wird sie wie auch Italien diesem Brüsseler Vertrag (siehe oben) „beitreten" dürfen. Entsprechende Verträge sollen nach einem eigens geregelten Verfahren ausgearbeitet werden (vgl. 23. Oktober 1954).[33]

TRIEST-ABKOMMEN GROSS-BRITANNIEN ITALIEN JUGOSLAWIEN USA

5. Oktober 1954

In London schließen Vertreter Großbritanniens, Italiens, Jugoslawiens und der USA ein Abkommen über Triest, das nach der Paraphierung sofort in Kraft tritt (vgl. 8. Oktober 1953). Großbritannien und die USA beenden ihre Militärregierung in den Zonen A und B von Triest und übergeben die Verwaltung von Zone A der italienischen Regierung. Innerhalb von drei Wochen soll eine neue Grenzlinie zwischen diesen beiden Zonen festgelegt werden. Italien verpflichtet sich, Triest als Freihafen zu belassen. Italien und Jugoslawien verpflichten sich, innerhalb von drei Monaten ein Abkommen über den Grenzverkehr zu schließen. Die Einwohner erhalten für ein Jahr das Optionsrecht zum Zonenwechsel. (Zone A umfaßt im wesentlichen das Stadtgebiet und den Hafen, Zone B das Hinterland.)[34]

CHINA UDSSR ABKOMMEN ÜBER POLITISCHE ZUSAMMENARBEIT

12. Oktober 1954

In Peking unterzeichnen Nikita Chruschtschow und Tschu En-lai ein Abkommen der UdSSR und der Volksrepublik China zu politischer Zusammenarbeit, das den vierzehntägigen Staatsbesuch Bulganins und Chruschtschows in China abschließt. Es richtet sich

gegen die jüngste Fernostpolitik der USA, insbesondere hinsichtlich Taiwan (Formosa, Tschiang Kai-schek) und Japan. „Die Völker der Sowjetunion und Chinas geben den tiefsten Sympathien mit Japan Ausdruck und glauben, daß es sich aus eigener Kraft von der gegenwärtigen Abhängigkeit vom Ausland befreien werde." Breite Handelsbeziehungen mit Japan sollen entwickelt werden. Port Arthur soll bis zum 31. Mai 1955 von den Sowjets geräumt und an China übergeben werden.[35]

GEGEN FERNOSTPOLITIK DER USA GERICHTET

17. Oktober 1954

Die Vollversammlung der UNO lehnt den Antrag Griechenlands ab, die Zypernfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Griechenland erhebt Anspruch auf die Insel, da eine starke Mehrheit der Bevölkerung griechisch ist. Doch lehnen sowohl Großbritannien als auch die Türkei den Anspruch Griechenlands ab. Damit ist ein Konfliktstoff gegeben, der die Geschlossenheit und Abwehrkraft der NATO im östlichen Mittelmeer ständig gefährdet.

UNO GEGEN ERÖRTERUNG DER ZYPERNFRAGE

19. Oktober 1954

In Kairo unterzeichnen A. Head für Großbritannien und Gamal Abd en-Nasser für Ägypten ein Abkommen über den Suezkanal und seine Verteidigung bei Angriffen auf Mitgliedstaaten der Arabischen Liga (vgl. 17. Juni 1950) oder auf die Türkei. Der britisch-ägyptische Bündnisvertrag vom 26. August 1936 mit seinen Sonderrechten für die britischen Truppen wird als erloschen erklärt. Diese werden die Kanalzone binnen 20 Monaten räumen. Ägypten wird den Militärstützpunkt dort intakt halten. Im Falle eines Angriffes (siehe oben) hat Großbritannien das Recht, sich dieses Stützpunktes wieder zu bedienen und dabei auch ägyptische Häfen zu benutzen. Die Freiheit der Kanalschiffahrt wird beiderseits gemäß Konvention vom 29. Oktober 1888 garantiert.[36]

ÄGYPTEN GROSSBRITANNIEN SUEZABKOMMEN RÄUMUNG DER KANALZONE DURCH BRITISCHE TRUPPEN

23. Oktober 1954

In Paris werden nach fünftägiger Konferenz eine Reihe von Verträgen geschlossen bzw. Protokollen unterzeichnet, die im wesentlichen den Beschlüssen der Londoner Neunmächtekonferenz (vgl. 3. Oktober 1954) entsprechen und den westdeutschen Teilstaat nunmehr fest in das westliche Bündnis- und Verteidigungssystem einbeziehen. Im einzelnen werden vereinbart und beschlossen: die Errichtung der Westeuropäischen Union (WEU) unter Erweiterung des Brüsseler Vertrages und Beteiligung Italiens sowie des westdeutschen Teilstaates; der Beitritt des letzteren zur NATO; die Beendigung des Besatzungsregimes im westdeutschen Gebiet; ein französisch-westdeutsches Saarabkommen.

PARISER VERTRÄGE WEU

BETEILIGUNG ITALIENS UND DER BRD AN DER NATO

SAARABKOMMEN

ALLIIERTER OBERBEFEHLSHABER EUROPA

Für die Streitkräfte der WEU, soweit sie in Friedenszeiten dem „Alliierten Oberbefehlshaber Europa" auf dem Festlande unterstellt werden, wird eine Höchstgrenze festgesetzt, die aber nicht erreicht werden muß. Im Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes im westdeutschen Teilstaat heißt es (Art. 2): „Die bisher den drei alliierten Mächten zustehenden Rechte auf den Gebieten der Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands stehen ihnen weiter zu." Über die Stationierung von NATO-Streitkräften im westdeutschen Raum wird ein besonderes Abkommen geschlossen (Protokoll C Nr. 6). Das Saargebiet soll ein „europäisches Statut" erhalten, das allerdings durch eine Volksabstimmung gebilligt werden muß. Es wird abgelehnt werden (vgl. 23. Oktober 1955). Das gesamte Pariser Vertragswerk wird am 5. Mai 1955 in Kraft treten.[37]

STATIONIERUNG VON NATO-STREITKRÄFTEN IN DER BRD

24. Oktober 1954

WESTPAKISTAN PANDSCHAB STAATSNOTSTAND

Religiöse und zugleich politische Unruhen in der westpakistanischen Provinz Pandschab machen die Verkündung des Staatsnotstandes notwendig. Das allmähliche Zusammenwachsen der verschiedenen Teile Westpakistans vollzieht sich nur unter erheblichen Widerständen.

25. Oktober 1954

USA DULLES ÜBER DIE PARISER VERTRÄGE: „SCHUTZ RUSSLANDS GEGEN DEUTSCHEN MILITARISMUS"

In einer Kabinettssitzung der USA-Regierung, die vollständig vom Fernsehen übertragen wird, sagt der Außenminister Dulles (Gründungsmitglied des CFR) mit Bezug auf die Pariser Verträge, vgl. 23. Oktober 1954, u. a. wörtlich: „This program we have worked out, in fact, is going to protect Russia as much as it protects anybody else against a possible resurgence of German militarism." (Die Lösung, die wir in Paris ausgearbeitet haben, dient ebenso dem Schutze Rußlands wie sie auch jeden beliebigen anderen gegen ein mögliches Wiedererstehen des deutschen Militarismus schützt).[38]

28. Oktober 1954

IRAN ERDÖL-ABKOMMEN

Der Iran (Persien) ratifiziert ein am 5. August geschlossenes neues Erdölabkommen (anstelle des alten, durch die Nationalisierung der Erdölindustrie im April 1951 aufgehobenen mit der Anglo-Iranian Oil Company) mit einem nunmehr internationalen Konsortium. Staat und Konsortium teilen sich je zur Hälfte in die Gewinne. Die Anglo-Iranian Oil Company wird mit 240 Millionen Pfund St. entschädigt.

30. Oktober 1954

Im Hause Nahum Goldmanns, des Präsidenten des Zionistischen

Weltkongresses und des Keren Hayesod, 336 Central Park West, New York, treffen Bernard Baruch und der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer zu einem Gespräch zusammen. Baruchs Einfluß zu dieser Zeit auf die internationale Politik kann nicht überschätzt werden. Er ist mit Abstand führend. Nach diesem Gespräch wird Adenauer wiederholt erklären, er sei durchaus für eine Konferenz mit der Sowjetunion und für eine friedliche Regelung aller zwischen Moskau und der „freien“ Welt schwebenden Fragen, so auch in einem Interview mit „Foreign Affairs“, dem Organ des CFR.[39]

BARUCH ADENAUER TREFFEN BEI NAHUM GOLDMANN

FÜR „FRIEDLICHE REGELUNG“ MIT MOSKAU

31. Oktober 1954

Im Osten Algeriens beginnt eine Reihe von Aufständen gegen Frankreich, insbesondere gegen die in der Verfassung der IV. Republik festgelegte Integration Algeriens in Frankreich. Träger der Aufstandsbewegung ist die im März 1954 mit ägyptischer Hilfe für französisch Nordafrika gegründete „Front de Libération Nationale“ (FLN) mit der entsprechenden militärischen Organisation „Armée de Libération Nationale“ (ALN). Die Unruhen werden sich zum großen algerischen Unabhängigkeitskampf entwickeln, der erst 1962 durch de Gaulle beendet werden wird.

ALGERIEN BEGINN DES KAMPFES GEGEN FRANKREICH

1. November 1954

Frankreich übergibt der Indischen Union seine restlichen indischen Besitzungen, nachdem dort im Oktober eine Volksabstimmung zugunsten des Anschlusses an Indien entschieden hat. Es handelt sich um: Karikal, Mahé, Yanam und Pondichéry. Der Übergabevertrag wird allerdings erst acht Jahre später, unter de Gaulle und Pompidou, ratifiziert werden.[40]

FRANKREICH INDIEN ÜBERGABE DER LETZTEN KOLONIEN

2. November 1954

Bei den Ergänzungswahlen zum Kongreß der USA erhalten die Demokraten sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat die Mehrheit. Damit ist das Antikommunistengesetz vom August 1954 (vgl. dort) bereits wieder zur Farce geworden, da die einflußreichen Förderer des Kommunismus schon seit Roosevelts Zeiten bei den Demokraten beheimatet sind.

USA KONGRESS-WAHLEN SIEG DER DEMOKRATEN

6. November 1954

Der ehemalige deutsche Reichsaußenminister Freiherr von Neurath wird wegen schwerer Erkrankung aus dem Gefängnis in Spandau, der letzten gemeinsamen Einrichtung der Alliierten des 2. Weltkrieges, im Alter von nahezu 82 Jahren entlassen.[41]

NEURATH AUS SPANDAU ENTLASSEN

13. November 1954

UDSSR EINLADUNG ZUR KONFERENZ FÜR KOLLEKTIVE SICHERHEIT

Die UdSSR lädt 23 europäische Staaten und die USA zu einer Konferenz „für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa“ ein. Die Einladung ist als Vorstoß gegen die WEU (vgl. 23. Oktober 1954) zu verstehen und wird von den nicht kommunistisch regierten Staaten nicht angenommen. Die Konferenz wird daher ohne Beteiligung der westlichen Welt durchgeführt (vgl. 29. November 1954).

14. November 1954

ÄGYPTEN NAGIB AUCH ALS STAATSPRÄSIDENT ABGESETZT

In Ägypten setzt der Revolutionsrat, die Junta der jüngeren Offiziere unter Gamal Abd en-Nasser, den Staatspräsidenten General Nagib ab, der am 18. April (vgl. dort) bereits als Regierungschef hatte zurücktreten müssen, und läßt ihn verhaften.

Mitte November 1954

ÄGYPTEN BEN GURION ORGANISIERT BOMBENANSCHLÄGE GEGEN AMERIKANISCHE DIENSTSTELLEN

LAVON WIRD VORGESCHOBEN

In Kairo und Alexandrien werden eine Reihe von Bombenanschlägen auf amerikanische Büchereien, Büros, Geschäfte und Theater verübt, offensichtlich mit dem Ziel, die ägyptisch-amerikanischen Beziehungen im Augenblick der Machtübernahme durch Nasser zu stören. Die Täter, eine Gruppe von jungen ägyptischen Juden unter Leitung eines israelischen Armeeoffiziers, werden gefaßt. Der Leiter nimmt sich in der Haft das Leben. Die Unterschrift des israelischen Verteidigungsministers Pinchas Lavon auf den Befehlen für diese Operation wird sich Jahre später als gefälscht erweisen. Der wirkliche Auftraggeber, über den Kopf Lavons hinweg und ohne sein Wissen, ist Ben Gurion (vgl. 18. Februar 1955).[42]

16. November 1954

ISRAELISCHES PARLAMENT GEGEN DEUTSCHE WIEDERAUFRÜSTUNG

Das Parlament des Staates Israel, die Knesseth, nimmt eine Entschließung an, mit der es sich an die Weltöffentlichkeit wendet, um vor einer Wiederaufrüstung der beiden auf deutschem Boden geschaffenen Teilstaaten zu warnen.[43]

22. November 1954

TOD WYSCHINSKIS

In New York stirbt der UNO-Vertreter der UdSSR, Andrej Januarewitsch Wyschinski, der bei den großen „Säuberungs“-Prozessen Stalins in den dreißiger Jahren als Ankläger fungierte und zahlreiche seiner alten bolschewistischen Mitkämpfer vernichtete. In der New Yorker UNO-Atmosphäre galt eine solche Gestalt durchaus als gesellschaftsfähig.

29. November 1954

In Moskau beginnt die Sicherheitskonferenz der UdSSR und ihrer acht Satellitenstaaten. Die Volksrepublik China hat einen Beobachter entstandt. Die Konferenz wird bis zum 2. Dezember dauern und mit dem Beschluß enden, der WEU (vgl. 23. Oktober 1954) durch eine gemeinsame Organisation der Ostblock-Streitkräfte zu begegnen (vgl. 14. Mai 1955). Sie erhebt Protest gegen die Wiederbewaffnung des westdeutschen Teilstaates und erklärt, eine Wiedervereinigung (Rest-)Deutschlands sei nun auf absehbare Zeit unmöglich geworden.

UDSSR KONFERENZ FÜR KOLLEKTIVE SICHERHEIT NUR UNTER SOWJET-SATELLITEN

Großbritannien schließt mit Äthiopien ein Abkommen über Rückerstattung des Gebietes von Ogaden mit den „Reserved Areas", die 1941 während des 2. Weltkrieges unter britische Militärverwaltung gestellt wurden (vgl. auch 30. Januar 1954).

GROSS-BRITANNIEN ÄTHIOPIEN RÜCKGABE VON OGADEN

30. November 1954

In Südafrika wählt die Nationalpartei anstelle des 80jährig zurückgetretenen David Malan den 61jährigen Juristen und Farmer Johannes G. Strydom zum Parteiführer und zum Ministerpräsidenten. Der neue Regierungschef wird die Politik der getrennten Entwicklung der verschiedenen Rassen noch kompromißloser führen als sein greiser Vorgänger. Gleichzeitig wird er sich dem Versuch Harry Frederick Oppenheimers entgegenstellen, Südafrika zu einer Filiale des internationalen Spekulationskapitals zu machen.[44]

SÜDAFRIKA STRYDOM MINISTER-PRÄSIDENT

2. Dezember 1954

In Washington wird ein Verteidigungsabkommen zwischen National-China (Regierung Tschiang Kai-schek auf Formosa) und den USA unterzeichnet, in dem gegenseitige Unterstützung sowohl gegen bewaffnete Angriffe im West-Pazifik als auch gegen „kommunistische subversive Tätigkeit, die von außen her gegen ihre territoriale Integrität und ihre politische Stabilität gerichtet sind", vereinbart wird. Eingeschlossen ist das Recht der USA, Streitkräfte auf Taiwan (Formosa) und den Pescadores zu stationieren „nach gegenseitiger Übereinkunft". Bei der Ratifizierung dieses Abkommens am 9. Februar 1955 wird der Senat der USA ausdrücklich die Anerkennung der Souveränität der Regierung Tschiang Kai-schek über Formosa *ablehnen* (!).[45]

TAIWAN USA VERTEIDIGUNGS-ABKOMMEN

US-SENAT ERKENNT SOUVERÄNITÄT DER REGIERUNG TSCHIANG KAI-SHEKS NICHT AN

3. Dezember 1954

Die demokratische Mehrheit im Senat der USA spricht einen Tadel gegen den republikanischen Senator (Wisconsin) Joseph R.

USA

SENAT TADELT MCCARTHY WEGEN SEINER FESTSTELLUNG KOMMUNISTISCHER UNTERWANDERUNG DER ARMEE

McCarthy aus, der als Vorsitzender der Senatsuntersuchungskommission für amerikafeindliche (un-American) Umtriebe die kommunistische Subversion in höchsten Regierungsorganen aufgespürt und nachgewiesen hat und dieselbe Spur nun auch in der Armee zu verfolgen begann. Seine Kaltstellung und spätere Ausschaltung, ein klarer Erfolg des Council on Foreign Relations (CFR) und der mit diesem verflochtenen prokommunistischen Gruppen, beendet derartige Untersuchungen und Enthüllungen auf absehbare Zeit. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist die vorzeitige Entlassung von Alger Hiss aus dem Gefängnis, CFR-Mitglied und Präsident der Carnegie-Foundation, dem die Sowjetspionage aktenkundig nachgewiesen war (3. August 1948). Hiss wird voll rehabilitiert. McCarthy muß gehen. Die Außenpolitik der USA wird niemals mehr eine eindeutige Haltung gegenüber dem internationalen Kommunismus einnehmen. Daran werden auch republikanische Präsidenten nichts ändern.[46]

ALGER HISS VORZEITIG ENTLASSEN UND VOLL REHABILITIERT

4. Dezember 1954

SÜDPAZIFIK-KONFERENZ IN LIMA

In Lima treffen die Außenminister Chiles, Ecuadors und Perus zu einer Südpazifik-Konferenz zusammen und schließen ein Abkommen, mit dem sie die Zone ihres Hoheitsgebietes vor der Küste verbreitern.

10. Dezember 1954

JAPAN HATOYAMA NEUER MINISTERPRÄSIDENT

In Japan tritt Itschiro *Hatoyama*, der vierzehn Tage zuvor aus der ehemaligen Fortschrittspartei und anderen Gruppen die Demokratische Partei gebildet hat, als Ministerpräsident an die Stelle des zurücktretenden Yoshida. Seine Regierung stützt sich auch auf die sozialistischen Parteien linker und rechter Prägung, die sich gemeinsam gegen das Bündnis mit den USA und gegen die Wiederbewaffnung Japans wenden (vgl. auch: noch Januar 1955).

15. Dezember 1954

NIEDERLANDE INNERE AUTONOMIE FÜR SURINAM

Die Niederlande gewähren durch ein „Reichsstatut" Surinam und den Niederländischen Antillen die innere Autonomie bei Verbleib im niederländischen Reichsverband, der — nach dem Ausscheiden Indonesiens — sehr zusammengeschmolzen ist.

17. Dezember 1954

UNO ABLEHNUNG DER AUFNAHME DER

Die Sitzungsperiode der UNO-Vollversammlung in New York, die am 21. September begann, ist zu Ende. Ein Antrag der UdSSR, anstelle von Nationalchina (Taiwan) die chinesische Volksrepublik als Mitglied in die UNO aufzunehmen, wurde ab-

gelehnt. Erst achtzehn Jahre später wird dieser Wechsel fast widerspruchslos vollzogen werden. Tschiang Kai-schek wird es noch erleben müssen.[47]

CHINESISCHEN VOLKS-REPUBLIK

noch Dezember 1954

In Argentinien beginnt der Allgemeine Gewerkschaftsbund gegen den angeblich wachsenden Einfluß der katholischen Kirche zu demonstrieren. Die Kirche ihrerseits fordert im Gegenangriff innenpolitisch mehr Bewegungsfreiheit. Beide Aktionen sind offensichtlich manipuliert und Teile eines von langer Hand vorbereiteten Planes zum Sturze des Präsidenten Peron, der den Einfluß der USA in Südamerika ernstlich gefährdet. Dieser stellt sich auch, wie erwartet, auf die Seite der Gewerkschaften und nimmt damit, wie geplant, das kirchlich eingestellte Offizierkorps vor allem der Marine gegen sich ein (vgl. weiter 20. Mai 1955).

ARGENTINIEN GEWERK-SCHAFTEN GEGEN KIRCHE VORBEREITUNG DES STURZES PERONS

Das Staatsoberhaupt Spaniens, General Franco, vereinbart mit dem spanischen Thronanwärter Juan, Graf von Barcelona, daß dessen Sohn, Juan Carlos, zum Thronfolger für eine künftige spanische Monarchie erzogen werden soll. Die Falange, deren nationalrevolutionärem Programm Franco stets fremd, wenn nicht sogar feindlich gegenüberstand, soll noch weitergehend als schon bisher mit den Monarchisten verkoppelt werden. Die letzten Anhänger Primo de Riveras wehren sich gegen diese Verfälschung ihrer ursprünglichen Zielsetzung (vgl. 25. Februar 1957).

SPANIEN JUAN CARLOS THRONFOLGER

KOPPELUNG VON FALANGE UND MONAR-CHISTEN

noch 1954 (ohne nähere Datierung)

In Australien wird ein sowjetischer Spionagering aufgedeckt, an dem auch Mitglieder der Sowjetbotschaft beteiligt sind. Daraufhin bricht die UdSSR in seltsamer Logik die diplomatischen Beziehungen zur australischen Regierung ab. Offenbar ist man im Kreml der Auffassung, daß die nichtkommunistischen Staaten verpflichtet sind, sich die sowjetische Diplomatenspionage gefallen zu lassen.

AUSTRALIEN SOWJET-SPIONAGE DURCH BOTSCHAFT ABBRUCH DIPLOMATI-SCHER BEZIEHUNGEN

Der deutsche politische Dichter Hans Grimm unternimmt mit seinem Buch „Warum — Woher — Aber wohin?“ erstmals eine historische Würdigung der Erscheinung Hitlers, mit beispielloser Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit erarbeitet und von der hohen Warte persönlich erlittener Geschichte aus gesehen. Diese Darstellung wird zwei Jahrzehnte lang nicht ihresgleichen finden.

HANS GRIMM: „WARUM — WOHER — ABER WOHIN?“

In England veröffentlicht der Genetiker C. D. Darlington sein Buch Facts of Life. Darin setzt er erstmals wieder der seit einem Jahrzehnt alleinherrschenden Milieutheorie des Marxschen Histo-

DARLINGTON: FACTS OF LIFE

rischen Materialismus (Mensch, Produkt seiner Umgebung) aufgrund biologischer Forschungsergebnisse die Tatsache der menschlichen Erbbedingtheit entgegen. Das Buch wird die Diskussion allenthalben neu entfachen und kräftig anregen. Es erweist sich als Politikum.[48]

1955

2. Januar 1955

Der Präsident des Staates Panama, José Antonio Remón Cantero, seit 1952 an der Regierung, wird ermordet. Zwei Wochen später tritt der Vizepräsident Ricardo M. Arias Espinosa die Nachfolge an (vgl. auch 25. Januar 1955).

PANAMA PRÄSIDENT REMON CANTERO ERMORDET

4. Januar 1955

Brasilien und dessen frühere Kolonialmacht Portugal schließen einen Vertrag, mit dem die „luso-brasilianische" Gemeinschaft errichtet wird, eine Art von lusitanischem Commonwealth (Lusitanien: Provinz des Römischen Reiches im Gebiet des heutigen Portugal). Der Vertrag stellt u. a. juristisch die Staatsangehörigkeit zu beiden Staatswesen gleich. D. h., jeder Staatsangehörige des einen Landes genießt auch die Rechte der Staatsbürgerschaft des anderen.

BRASILIEN PORTUGAL „LUSO-BRASILIANISCHE UNION"

10. Januar 1955

In Costa Rica zettelt T. Picado jun. einen Aufstand linksradikaler Kräfte gegen die Regierung des Präsidenten José Figueres Ferrer an, der seit 1953 im Amt ist. Die Aufständischen werden von Nicaragua aus unterstützt. Trotzdem wird es Ferrer gelingen, der Lage Herr zu werden. Der Konflikt mit Nicaragua, der durch den Vorfall entsteht, wird durch Vermittlung der OAS (vgl. 30. April 1948) am 21. Februar 1955 beigelegt werden.

COSTA RICA PRÄSIDENT FIGUERES FERRER SCHLÄGT LINKSRADIKALEN AUFSTAND NIEDER

21. Januar 1955

Streitkräfte der Volksrepublik China erobern die der Küste der Provinz Tschekiang vorgelagerte Insel Yi Kiangschan, die zum Einflußbereich der nationalchinesischen Republik auf Taiwan (Formosa) gehört und auch von nationalchinesischen Streitkräften verteidigt wurde. Daraufhin drohen die USA mit militärischer Intervention für den Fall, daß sich die Kampfhandlungen ausweiten sollten, veranlassen aber gleichzeitig Nationalchina, die Tatscheninseln an der Fukienstraße zu räumen, was es notgedrungen drei Wochen später tun wird.

CHINA EROBERUNG DER INSEL YI KIANGSCHAN USA DROHEN MIT INTERVENTION TAIWAN MUSS TATSCHENINSELN RÄUMEN

24. Januar 1955

In Moskau steht in der „Prawda" zu lesen: „Während die Kräfte der imperialistischen Reaktion, bis an die Zähne bewaffnet und noch immer weiter rüstend, Pläne für einen neuen Weltkrieg schmieden . . ., ist es die erste, heilige, patriotische und internationale Pflicht des Sowjetvolkes, die Macht des Sowjetlandes

UDSSR PRAWDA POLEMISIERT GEGEN MALENKOW

und seine Verteidigungskraft mit allen Mitteln zu stärken." Der pathetische Schwulst richtet sich gegen Malenkow, der die Leichtindustrie und die Lebensmittelindustrie als „unsere wichtigste Aufgabe" behandelt hat. Es ist die Sprache Chruschtschows. Kurz darauf wird Malenkow gestürzt (vgl. 8. Februar 1955).[1]

25. Januar 1955

PANAMA USA NEUES KANALABKOMMEN

In Washington wird ein neues Abkommen zwischen den USA und dem Staate Panama über die Kanalzone unterzeichnet, in dem die jährliche an Panama zu zahlende Miete von 430 000 Dollar auf 1,93 Millionen Dollar erhöht und eine Reihe bisher nordamerikanischer Einrichtungen, Ländereien und Prärogativen an Panama übertragen wird. Die USA verzichten auf ihr Monopol zum Bau und zur Verwaltung aller beide Küsten verbindenden Straßen und Eisenbahnen, erhalten aber auf fünfzehn Jahre das Recht, bestimmte Teile der Kanalzone als Manövergebiet zu verwenden.[2]

28. Januar 1955

USA EISENHOWER BEVOLLMÄCHTIGT, STREITKRÄFTE FÜR TAIWAN EINZUSETZEN

KONFLIKT WIRD BEIGELEGT

Der Präsident der USA, Eisenhower, erhält vom Senat aus Anlaß des chinesischen Angriffs auf Taiwan (Formosa) die Vollmacht, amerikanische Streitkräfte zum Schutze der nationalchinesischen Republik (Tschiang Kai-schek) einzusetzen. Doch wird es dazu nicht kommen, da durch Vermittlung von Indien, Kanada und vor allem Großbritannien, das einen Konflikt mit der chinesischen Volksrepublik unter allen Umständen vermeiden will (Einfluß des Institute on Pacific Relations), die Kämpfe zwischen Rot- und Nationalchina „eingefroren", alle Möglichkeiten eines Übergreifens von Streitkräften Tschiang Kai-scheks auf das Festland verhindert werden. Es ist dies die Fortsetzung der Politik Trumans und Marshalls (vgl. auch 13. August 1954).

29. Januar 1955

WESTDEUTSCHE NATO-TRUPPEN: „KEINE ILLUSION VON VATERLAND"

Im westdeutschen Teilstaat zitiert „Die Nation" den Grafen Baudissin, Beauftragten für das „innere Gefüge" der geplanten westdeutschen NATO-Divisionen, die kommende Bundeswehr mit der kennzeichnenden Maxime: „Keine Illusion von Vaterland, Volk, Reich und Ehre der Nation! Das bindet uns nicht mehr!" Dementsprechend wird dann auch das „innere Gefüge" dieser Truppe beschaffen sein. Ihr Kampfwert wird sich kaum unterschätzen lassen.[3]

PAULUS IN BERLIN:

Am gleichen Tage erklären in Berlin Feldmarschall Paulus (Stalingrad) und 86 versammelte ehemalige deutsche Offiziere u. a.: „Die Pariser Verträge sind eine tödliche Bedrohung der Einheit

und des Bestandes unserer Nation ... Wir lehnen jeden Dienst unter fremden Fahnen ab ... Von deutscher Souveränität kann erst gesprochen werden, wenn wir unser staatliches und politisches Leben frei von Überfremdungsversuchen nach eigenem Willen gestalten können." Das westdeutsche Innenministerium in Bonn bezeichnet dieses Offizierstreffen als kommunistische Regieveranstaltung.[4]

„PARISER VERTRÄGE BEDROHUNG DER EINHEIT DER NATION"

5. Februar 1955

In Frankreich wird die Regierung Pierre Mendès-France (seit 19. Juni 1954) gestürzt, weil sie gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen in Algerien und Tunis nachgiebiger reagiert hat, als die Mehrheit in der Nationalversammlung hinzunehmen bereit ist. Die nächste Regierung wird am 23. Februar Edgar Faure bilden, doch wird auch diese sich weniger als ein Jahr lang halten können (vgl. 2. Januar 1956).

FRANKREICH STURZ DER REGIERUNG MENDES-FRANCE EDGAR FAURE

In London geht am selben Tage die Commonwealth-Konferenz zu Ende. Die Ministerpräsidenten der Dominions beschließen, auf die sowjetische Konferenzeinladung (vgl. 13. November 1954) nicht einzugehen, sondern den West-Ost-Spannungen auf dem Wege der Geheimdiplomatie Rechnung zu tragen.

GROSSBRITANNIEN COMMONWEALTH-KONFERENZ

8. Februar 1955

Die Parteiführung in der Sowjetunion zwingt den Ministerpräsidenten Malenkow zum Rücktritt. An seine Stelle tritt Bulganin. Chruschtschow bleibt als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei der eigentliche Machthaber. Anlaß zum Sturz Malenkows gaben wirtschaftliche Rückschläge sowie oppositionelle Regungen innerhalb der Intelligenzia nach fast zweijähriger „Tauwetter"-Periode. Zwar bedeutet der Wechsel im Regierungsamt noch keine Rückwendung zum Stalinismus, aber die Schwerindustrie erhält wieder Übergewicht.

UDSSR RÜCKTRITT MALENKOWS

BULGANIN NACHFOLGER

Malenkow wird gezwungen, in einem Brief, mit dem er seinen Rücktritt begründet, die Schuld an dem unbefriedigenden Zustand der Landwirtschaft auf sich zu nehmen. Tatsächlich aber war in den fraglichen Jahren Chruschtschow für die schädlichen Maßnahmen in der sowjetischen Landwirtschaft zuständig.[5]

CHRUSCHTSCHOW

9. Februar 1955

In Kambodscha (vgl. 9. November 1953) ergibt eine allgemeine Volksabstimmung eine erhebliche Mehrheit für die autokratische Regierungsweise des Königs Norodom Sihanouk II. Offenbar will das kambodschanische Volk keine parlamentarische Regierungsweise. Vgl. auch 2. März 1955.

KAMBODSCHA VOLKSABSTIMMUNG FÜR SIHANOUK

GROSSBRITANNIEN UMRÜSTUNG DER STREITKRÄFTE EIGENE WASSERSTOFFBOMBENPRODUKTION

17. Februar 1955

Die britische Regierung gibt ein Weißbuch zur Verteidigung heraus, das von der notwendig gewordenen Umrüstung der Streitkräfte auf Atomwaffen und von dem Entschluß ausgeht, eigene britische Wasserstoffbomben herzustellen. Dieser Entschluß wird — angesichts des fortschreitenden Verfalls des Empire und des damit verbundenen ständigen Absinkens der Finanzkraft — wenn überhaupt, nur unter größten Opfern in der Lebenshaltung zu verwirklichen sein.

18. Februar 1955

ISRAEL RÜCKTRITT LAVONS

BEN GURION

Der israelische Verteidigungsminister Pinchas Lavon reicht vor versammeltem Kabinett seinen Rücktritt ein und verläßt den Sitzungsraum. Ministerpräsident Mosche Sharett hat etwa zwei Wochen zuvor diesen Rücktritt von Lavon gefordert. Er soll die Verantwortung für die Bombenanschläge jüdischer Terroristen in Kairo (vgl. Mitte November 1954) übernehmen, obwohl diese ohne sein Wissen auf Betreiben Ben Gurions vorbereitet und durchgeführt wurden. Lavon wird jahrelang schweigen und auf seine Stunde warten. An seine Stelle als Verteidigungsminister tritt Ben Gurion, der binnen zehn Tagen, am 28. Februar 1955, den Angriff auf die ägyptischen Truppen im Gazastreifen organisieren wird (vgl. 29. März 1955) und damit Ägypten zwingen wird, sich um Hilfe an Moskau zu wenden.[6]

21. Februar 1955

SÜDVIETNAM ÜBERNAHME DER MILITÄRGEWALT DURCH LANDESEIGENE VERBÄNDE

In der Republik Vietnam (Südvietnam) übernehmen landeseigene Behörden die Militärgewalt von den sich auflösenden französischen Organen und beginnen mit der Aufstellung einer südvietnamesischen Armee, die von den USA ausgerüstet und auch ausgebildet wird. Damit treten also die USA das Erbe Frankreichs in Indochina an. Es wird in den nächsten achtzehn Jahren ein kostspieliges Erbe werden. Aber der CFR hält offenbar diesen Gang der Dinge für nützlicher als eine rechtzeitige Hilfe für Frankreich in den zurückliegenden Jahren. Indessen geht in Südvietnam der Bürgerkrieg weiter. Es wird ein Revolutionsrat gebildet.

24. Februar 1955

BAGDADPAKT IRAK—TÜRKEI

In Bagdad unterzeichnen Regierungsmitglieder des Irak und der Türkei den sogenannten Bagdadpakt für politische und militärische Zusammenarbeit zur gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung. Im Laufe des Jahres 1955 werden diesem Pakt Großbritannien, Pakistan und der Iran (Persien) beitreten. Ägypten dage-

gen und die Nationalisten der übrigen arabischen Staaten opponieren gegen den Pakt, betrachten ihn als einen „Schlag gegen die arabische Einheit“ und sehen (mit Recht) dahinter den Einfluß der USA, die zwar nicht selbst Mitglied werden, aber von denen die Initiative ausging.[7]

28. Februar 1955

ÄTHIOPIEN OGADEN-GEBIET

Äthiopien übernimmt gemäß dem Abkommen mit Großbritannien vom 29. November 1954 (vgl. dort) die Verwaltung des Ogaden-Gebietes mit den sogenannten „Reserved Areas“. Dem Widerstand der nomadisierenden Somalibevölkerung begegnet die äthiopische Regierung durch eine Garantie des althergebrachten Weiderechts.

noch Februar 1955

CHILE FÖRDERT AUSLÄNDISCHE KAPITAL-INVESTIERUNG

Chile verringert die bisherige hohe Besteuerung ausländischer Kupferbergbauunternehmen, um Anreiz zu entsprechenden Kapitalinvestitionen zu geben und die Produktion zu steigern. Ein neues Steuerstatut soll auf diese Weise der Arbeitsbeschaffung dienen.

2. März 1955

KAMBODSCHA SIHANOUK DANKT ALS KÖNIG AB UND GRÜNDET VOLKS-SOZIALISTISCHE PARTEI

Trotz des für ihn günstigen Ergebnisses der Volksabstimmung (vgl. 9. Februar 1955) dankt König Sihanouk von Kambodscha zugunsten seines Vaters Norodom Suramarit ab, um nun seinerseits ins parlamentarische Leben einzutreten. Von der buddhistischen Priesterschaft Kambodschas gefördert, gründet er eine Partei, die er „volkssozialistisch“ nennt. Sie wird bei den Wahlen sämtliche Parlamentssitze für sich gewinnen, ein einmaliger Beweis für die Popularität Sihanouks.

3. März 1955

USA KONGRESS BESCHLIESST SCHUTZ VON QUEMOY UND MATSU ABRIEGELUNG TAIWANS VOM FESTLANDE

Gemäß Beschluß des Kongresses der USA nehmen diese außer Taiwan (Formosa) und den Pescadores-Inseln auch „die damit verbundenen Stellungen und Gebiete“, gemeint sind die unmittelbar der Küste vorgelagerten Inseln Quemoy und Matsu, in ihren Schutz. In der Praxis sieht das so aus, daß die US-Navy Formosa völlig vom Festland abgeriegelt und Tschiang Kai-schek jede Möglichkeit nimmt, von Formosa aus auf dem Festland tätig zu werden. Seine Streitkräfte überaltern und können keinen jungen Ersatz aus Kreisen der Opposition gegen die kommunistische Regierung auf dem Festland erhalten. So wird sich die Frage Nationalchinas allmählich von selbst erledigen, wie es das Institute on Pacific Relations auf lange Sicht vorgesehen hat. Von den Mit-

gliedern des Kongresses wissen nur sehr wenige, in welchem Sinne ihr Beschluß, Quemoy zu schützen, verwirklicht werden wird.

17. März 1955

USA NEW YORK TIMES VERÖFFENTLICHT JALTA-DOKUMENTE ERÖRTERUNG ABGEDROSSELT

Die „New York Times" veröffentlicht die gesamten Dokumententexte, die das State Department der USA über die Jalta-Konferenz im Februar 1945 zusammengestellt hat. Die hinter den New York Times stehenden Kreise sind daran interessiert, daß diese — nicht mehr zu verhindernde — Veröffentlichung nicht von anderer Seite vorgenommen wird. Das Thema wird — nach einer Woche der Erörterung — nicht wieder aufgenommen werden.[8]

28. März 1955

PHILIPPINEN 23 MILLIONEN DOLLAR FÜR KATHOLISCHE EINRICHTUNGEN

Der amerikanische Jesuitenpater J. F. Hurley, Sekretär einer Hilfsorganisation für die Philippinen, berichtet an Kardinal Spellman, daß dort katholische Kirchen, Schulen, Krankenhäuser und andere Wohlfahrtseinrichtungen aufgrund von Entschädigungsansprüchen aus dem Kriege einen Betrag von insgesamt nahezu 23 Millionen Dollar erhalten hätten. Dieser Bericht gewährt einen kleinen Einblick in die Größenordnung katholisch-kirchlicher Finanztransaktionen.[9]

29. März 1955

DÄNEMARK—BRD: REGELUNG DER MINDERHEITENFRAGE

Dänemark und der westdeutsche Teilstaat regeln in einer gemeinsamen „Grundsatzerklärung" die Rechtslage der beiderseitigen Minderheiten im nord- und südschleswigschen Grenzgebiet. Der schleswig-holsteinische Landtag wird bei Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Klausel nicht auf die dänische Minderheit anwenden. Dänemark wird in Nordschleswig das Verbot „weiterführender" deutscher Schulen aufheben.

SICHERHEITSRAT DER UNO VERURTEILT ISRAELISCHEN ANGRIFF AUF GAZA

Der Sicherheitsrat der UNO verurteilt am gleichen Tage in einer Resolution den „von den israelischen Behörden befohlenen, von langer Hand geplanten und vorbereiteten Angriff" regulärer israelischer Truppen auf die regulären ägyptischen Streitkräfte im Gazastreifen am 28. Februar 1955. David Ben Gurion äußert dazu treffend: „Diese Resolutionen sind tot und werden auch nicht wieder auferstehen."[10]

30. März 1955

GROSSBRITANNIEN TRITT BAGDADPAKT BEI

Großbritannien tritt dem Bagdadpakt bei (vgl. 24. Februar 1955) in der Hoffnung, sich auf diese Weise seinen Einfluß im Mittleren Osten erhalten —, insbesondere den Zugang zu den Haupt-Ölvorkommen sichern zu können. Das wird sich als Irrtum her-

ausstellen (vgl. 6. November 1956, 13. Februar 1957). Der durch Herbeiführung des 2. Weltkrieges durch Lord Halifax verspielte Einfluß ist nicht mehr wiederherzustellen. Der Verlust der Weltgeltung ist endgültig.

31. März 1955

ISRAELISCHE KULTUSGEMEINDE MÜNCHEN ENTLÄSST OHRENSTEIN WEINBERGER LEGT ALLE ÄMTER NIEDER

Die Israelische Kultusgemeinde in München entläßt ihren bisherigen Oberrabbiner Dr. Aron Ohrenstein. Vierzehn Tage darauf wird der Präsident des Landesverbandes Israelischer Kultusgemeinden in Bayern, Direktionsmitglied des „Zentralrates der Juden in Deutschland", Maurice Weinberger, alle seine Ämter niederlegen und seine Auswanderung in die USA vorbereiten. Beide sind durch den Betrugsprozeß gegen Philipp Auerbach und Ohrenstein vom 21. Dezember 1954 kompromittiert. Das Urteil des Münchner Landgerichts wird — nach Berufung — am 13. Dezember 1955 vom Bundesgerichtshof bestätigt werden (vgl. auch 20. März 1956! und 18. Januar 1957!), nachdem Ohrenstein am 16. Oktober 1955 die Münchner Israelische Kultusgemeinde, die ihn entließ, anläßlich einer Mitgliederversammlung gesprengt haben wird.[11]

4. April 1955

GROSSBRITANNIEN—IRAK: VERTEIDIGUNGSABKOMMEN

Fünf Tage nach dem Beitritt Großbritanniens zum Bagdad-Pakt (vgl. 24. Februar 1955, 30. März 1955) unterzeichnen in Bagdad R. H. Turton und Nuri es Said ein britisch-irakisches Verteidigungsabkommen, das an die Stelle des Vertrages vom 30. Juni 1930 tritt (vgl. dort). Es wird vor allem britische Rüstungs- und Ausbildungshilfe, insbesondere für die Luftstreitkräfte des Irak vereinbart, im Falle eines Angriffs auf den Irak auch direkte britische Militärhilfe, wenn ausdrücklich angefordert. Der Irak seinerseits verpflichtet sich zu keiner Leistung außerhalb seiner Grenzen. Der britische Luftstützpunkt Habbanija wird nicht erwähnt, bleibt aber noch bis Ende März 1959 bestehen.[12]

5. April 1955

CHURCHILL TRITT ZURÜCK

EDEN WIRD NACHFOLGER

In Großbritannien tritt Winston Churchill im Alter von 80 Jahren vom Amt des Premierministers zurück, ebenso von der Führung der Konservativen Partei. Sein Nachfolger in beiden Ämtern wird Anthony Eden, allerdings nur für einen Zeitraum von weniger als zwei Jahren (vgl. 9. Januar 1957).

16. April 1955

UDSSR WILL UNABHÄNGIGKEIT

Die UdSSR wendet sich in einer Erklärung zur Lage im Mittleren Osten gegen alle Arten von „aggressiven Blocks". Sie werde, so

DER STAATEN IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN VERTEIDIGEN

heißt es, die Unabhängigkeit der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie die Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten verteidigen. Unausgesprochen bedeutet das, die UdSSR wünscht, sich alleine, von anderen ungestört, in die „inneren Angelegenheiten" der betreffenden Staaten einzumischen.

18. April 1955

UNGARN: NAGY ABBERUFEN

HEGEDÜS WIRD NACHFOLGER

In Ungarn wird Imre Nagy, der nach Stalins Tod für Ungarn die „Tauwetterperiode" repräsentierte, durch die Nationalversammlung sowohl aus dem Zentralkomitee und Politbüro abberufen als auch als Ministerpräsident abgesetzt. In der Nationalversammlung haben sich nach dem Sturz Malenkows in Moskau wieder die stalinistischen Anhänger des Parteisekretärs Rakosi durchgesetzt. Nagys Nachfolger wird Andreas Hegedüs.

18. — 24. April 1955

BANDUNG-KONFERENZ

MEHRHEIT UNTER NEHRU FÜR NEUTRALITÄT ZWISCHEN USA UND UDSSR

TSCHU EN-LAI UNTERSTÜTZT NEHRU

In Bandung tritt eine Konferenz von 6 afrikanischen und 23 asiatischen Staaten zusammen, vertreten durch 340 Delegierte. Sie repräsentieren 55 % der Erdbevölkerung, aber wenig politische Macht. Da auch die Volksrepublik China vertreten ist, andererseits auch Japan und die Philippinen sowie die Türkei, also enge Alliierte der USA, kann man nicht von einer Versammlung der „dritten Kraft" sprechen. Aber die Mehrheit der Konferenz unter Führung von Pandit Nehru entscheidet sich für eine neutrale Haltung zwischen USA und UdSSR. Der Realpolitiker Tschu En-lai unterstützt Nehru mit viel diplomatischem Geschick beim Zustandebringen dieser neutralen Mehrheit, die sich in der Schlußresolution manifestiert. Israel und Südafrika sind nicht eingeladen worden, das erstere mit Rücksicht auf die arabischen Staaten, das letztere seiner Politik der getrennten Entwicklung wegen, die von den meisten Konferenzteilnehmern als „Diffamierung" der farbigen Bevölkerung mißdeutet wird. Hauptpunkte der Schlußresolution sind wirtschaftliche Zusammenarbeit, Betonung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, eindeutige Ablehnung aller noch bestehenden Kolonialverhältnisse mit besonderem Appell an die französische Regierung, Algerien, Marokko und Tunesien ihre Rechte auf Selbständigkeit zu gewähren.[13]

29. April 1955

ITALIEN: GRONCHI STAATSPÄSIDENT

In Italien wird Giovanni Gronchi zum Staatspräsidenten gewählt. Er gehört dem linken Flügel der christlichen Demokraten an und verlangt die „tatsächliche Einreihung der Arbeitermassen und der Mittelstandsklasse (sic!) in die Lenkung des Staates".

30. April 1955

Der „Revolutionsrat" in Südvietnam (vgl. 21. Februar 1955) setzt den Staatschef Bao Dai (den früheren Kaiser von Anam) ab. Drei Wochen später wird der Ministerpräsident Ngo Dhin Diem den Revolutionsrat absetzen und die Republik proklamieren.

SÜDVIETNAM: BAO DAI ABGESETZT NGO DHIN DIEM PROKLAMIERT REPUBLIK

noch April 1955

Auf der Insel Zypern beginnt die gegen die britische Kolonialverwaltung gerichtete Widerstandsorganisation EOKA unter Führung des griechischen Generals Georgio Grivas mit einer Kette von Sprengstoffattentaten auf britische Dienststellen. Politisch wird dieser Widerstand vom Erzbischof der griechisch-orthodoxen Kirche, Makarios III., unterstützt.

ZYPERN: SPRENGSTOFF-ANSCHLÄGE GEGEN BRITISCHE DIENSTSTELLEN

5. Mai 1955

Kanada schließt mit den USA im Rahmen der gemeinsamen Verteidigung ein Abkommen über die Anlage von drei Radarketten zur Frühwarnung vor herannahenden Flugkörpern auf kanadischem Boden. In die Kosten teilen sich beide Länder.

KANADA—USA: RADAR-ABKOMMEN

Die zwischen dem 19. und 23. Oktober 1954 (vgl. dort) geschlossenen Pariser Verträge treten in Kraft. Die Westeuropäische Union (WEU) ist damit nunmehr um Italien und den westdeutschen provisorischen Teilstaat erweitert. Vier Tage später wird dieser auch Mitglied der NATO werden und darf sich „souverän" nennen.

PARISER VERTRÄGE IN KRAFT BRD NATO-MITGLIED

6. Mai 1955

Die drei Beneluxstaaten Belgien, Niederlande und Luxemburg kommen überein, ihre Landwirtschaftspolitik zu koordinieren, um einen freien Markt für landwirtschaftliche Produkte zu schaffen.

BENELUX: KOORDINATION DER AGRAR-POLITIK

7. Mai 1955

Die UdSSR kündigt den Beistandspakt mit Frankreich vom 10. Dezember 1944 (vgl. dort). Grund ist die Billigung der Westeuropäischen Union (WEU), d. h. also der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 (vgl. dort) durch die französische Nationalversammlung am 30. Dezember 1954. Sie ist allerdings kaum mit dem französisch-sowjetischen Beistandspakt vereinbar.

UDSSR KÜNDIGT BEISTANDSPAKT MIT FRANKREICH

14. Mai 1955

In Warschau unterzeichnen die Regierungchefs der Satellitenstaaten der UdSSR, einschließlich Albaniens, aber ohne Jugoslawien,

WARSCHAUER PAKT

den „Warschauer Pakt“, ein Verteidigungsabkommen, das, in Beantwortung der Westintegration durch die Pariser Verträge vom Oktober 1954, die konsequente Weiterentwicklung der Moskauer Konferenz (vgl. 29. November 1954) darstellt. Entscheidend ist der Artikel 5: „Um für einen solchen Fall gerüstet zu sein, kommen die Partner überein, Streitkräfte zur Verfügung zu stellen und dafür ein vereintes gemeinsames Oberkommando zu schaffen.“ (Der mitteldeutsche Satellit wird erst am 28. Januar 1956 [in Prag] aufgenommen werden.) Oberkommandierender der gemeinsamen Streitkräfte wird Sowjetmarschall Konjew.[14]

15. Mai 1955

ÖSTERREICHISCHER STAATSVERTRAG

In Wien unterzeichnen Molotow, MacMillan, Dulles, Pinay und für Österreich Figl den *Österreichischen Staatsvertrag*, mit dem Österreich aus der Verwaltung durch die Alliierten Militärbehörden entlassen und als souveräner Staat in seiner Unabhängigkeit und territorialen Integrität in den Grenzen vom 1. Januar 1938 anerkannt wird. Artikel 4 verbietet ausdrücklich eine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit einem imaginären „Deutschland“. Die alliierten Streitkräfte und die alliierte Kommission werden Österreich bis spätestens zum Jahresende verlassen (Art. 20). Österreich braucht keine Reparationen zu zahlen (Art. 21).[15]

20. Mai 1955

ARGENTINIEN: VERFASSUNGSREFORM, TRENNUNG VON STAAT UND KIRCHE
BURLENGHI
VORBEREITUNG ZUM STURZ PERONS

Die Regierung des Präsidenten Peron in Argentinien führt eine Verfassungsreform durch, mit der Kirche und Staat voneinander getrennt und die bisherige Steuerfreiheit für kirchlichen und Ordensbesitz beseitigt wird. Treibende Kraft bei dieser Verschärfung des Konflikts mit der Kirche ist der Innenminister Burlenghi (Burlenski), offensichtlich eine Schlüsselfigur in dem von langer Hand vorbereiteten Plan zum Sturze Perons (vgl.: noch Dezember 1954). In den folgenden Monaten bereitet sich, wie vorgesehen, in den streng katholischen Kreisen des Offizierkorps die Revolte vor (vgl. 16. und 21. September 1955).

26. Mai 1955

BRD: ERHARD UND NAHUM GOLDMANN ERÖRTERN VOLLZUG DER WIEDERGUTMACHUNG

Der westdeutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard empfängt den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann. Man erörtert den Vollzug des Wiedergutmachungsvertrages zwischen Israel und dem westdeutschen Bundesstaat. Dieser Vollzug war offenbar durch den Betrugsskandal in Bayern und das Gerichtsurteil vom 21. Dezember 1954 gegen Philipp Auerbach und Aron Ohrenstein vorübergehend ins Stocken geraten.[16]

1. Juni 1955

Die UdSSR übergibt den bedeutenden Marinestützpunkt Port Arthur, der Südküste der Mandschurei vorgelagert, der die Zufahrt zu Tientsin beherrscht, an die chinesische Volksrepublik. Sie hat nun keinerlei Besitzungen oder Kontrollrechte im chinesisch-mandschurischen Bereich mehr.

UDSSR—CHINA: ÜBERGABE VON PORT ARTHUR

2. Juni 1955

In Belgrad unterzeichnen Bulganin und Tito die „Belgrader Deklaration", mit der der Besuch einer Regierungsdelegation der UdSSR unter Führung des 1. Parteisekretärs Chruschtschow in Jugoslawien abgeschlossen wird. Die Initiative zur „Wiederaufnahme freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern" und zur „Herbeiführung eines normalen Vertragszustandes" (Punkt 1) geht dabei von der UdSSR aus, die ein natürliches Interesse daran hat, Jugoslawien wieder in ihre Einflußsphäre einzubeziehen. Punkt 4 der Deklaration betont die „Notwendigkeit, eine Konvention über einen Informationsdienst ... abzuschließen", Punkt 6 die „Repatriierung von Staatsangehörigen des einen Vertragspartners" aus dem Gebiet des anderen.[17]

JUGOSLAWIEN—UDSSR: BELGRADER DEKLARATION „HERBEIFÜHRUNG EINES NORMALEN VERTRAGSZUSTANDES"

3. Juni 1955

Die seit dem 4. September 1954 laufenden Verhandlungen zwischen Frankreich und Tunesien werden mit einer Konvention abgeschlossen, in der Frankreich Tunesien die Autonomie gewährt und sich nur noch Außenpolitik und Verteidigung Tunesiens vorbehält. Doch die Neo-Destur-Partei (vgl. 2. März 1934) unter ihrem aus der Verbannung heimkehrenden Führer Habib Burgiba ist mit diesem Ergebnis nicht zufrieden, erstrebt die vollständige Unabhängigkeit und staatliche Souveränität und wird sie auch binnen Jahresfrist erreichen (vgl. 20. März 1956).

FRANKREICH—TUNESIEN: KONVENTION ÜBER AUTONOMIE TUNESIENS

8. Juni 1955

In Indochina sind im Zuge der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen (vgl. 21. Juli 1954) die Truppen beider Seiten hinter die Demarkationslinie auf dem 17. Breitengrad zurückgezogen, damit ist auch die staatliche Teilung in Nord- und Südvietnam zu einem vorläufigen Abschluß gekommen.

INDOCHINA: DEMARKATIONSLINIE 17. BREITENGRAD

9. Juni 1955

Die israelische Gesandtschaft in Mexiko wird von einer antikommunistischen Studentenorganisation nach monatelangen Beobachtungen beschuldigt, Treffpunkt und Zentrum kommunistischer Agitationsarbeit in Mexiko zu sein. Und zwar sei diese Arbeit,

MEXIKO: ISRAELISCHE GESANDTSCHAFT KOMMUNISTISCHE

AGITATIONS-ZENTRALE

getragen von zahlreichen jüdischen Studenten der philosophischen Fakultät der Universität Mexiko, nacheinander von der Botschaft der UdSSR zuerst an die polnische, dann an die tschechoslowakische und nunmehr also an die israelische Gesandtschaft übertragen worden, wo man sich offenbar vor den Ermittlungen der mexikanischen Polizei am sichersten fühle.[18]

14. Juni 1955

JAPAN—PHILIPPINEN: ABKOMMEN ÜBER REPARATIONS-LEISTUNGEN JAPANS

Die neue japanische Regierung Hatoyama schließt ein Abkommen mit den Philippinen, das die aus dem Friedensvertrag von San Francisco sich ergebenden Reparationsleistungen Japans zur Grundlage eines erweiterten japanischen Exports in die Philippinen macht. Eine entsprechende Regelung mit Burma ist bereits am 5. November 1954 getroffen worden, eines mit Thailand (Siam) wird noch im gleichen Jahre folgen. Laos und Kambodscha verzichten gänzlich auf ihre Reparationsansprüche an Japan aus dem Friedensvertrag. Die außenpolitische Gesamtsituation Japans verbessert sich entscheidend.

22. Juni 1955

INDIEN—UDSSR: NEHRU IN MOSKAU

Der Ministerpräsident Indiens, Nehru, komt zu einem offiziellen Besuch nach Moskau. Ergebnis des Besuches ist eine gemeinsame Erklärung Bulganins und Nehrus, die künftigen Beziehungen beider Staaten sollten von den fünf Grundsätzen geleitet werden, die ein Jahr zuvor (vgl. 28. Juni 1954) Tschu En-lai und Nehru in Neu-Delhi verkündet haben. Punkt 4 heißt „Friedliche Koexistenz".[19]

30. Juni 1955

BRD—USA: VERTRAG ÜBER VERTEIDIGUNGSHILFE

In Bonn schließen die USA und ihr Geschöpf im westdeutschen Raum, die sogenannte Bundesrepublik Deutschland, einen „Vertrag" über gegenseitige Verteidigungshilfe im Rahmen des Nordatlantikpaktes (NATO), dem der westdeutsche Satellit seit dem 5. Mai 1955 angehört. Nach Artikel 3 des NATO-Paktes hat jedes Mitglied einen zweiseitigen (bilateralen) Verteidigungsvertrag mit den USA zu schließen. Die USA stellt Ausrüstung, Material und Dienstleistungen, die der westdeutsche Staat „nur in defensiver Absicht, nämlich zur Verteidigung des nordatlantischen Gebietes verwenden" soll (Art. 1).[20]

4. Juli 1955

FRANZÖSISCH TOGO:

In der neugewählten Territorialversammlung von Französisch Togo, in der die Partei Nicolas Grunitzkys (PTP) und die in Nord-Togo entstandene UCPN in Koalition miteinander über

die Mehrheit verfügen, wird beschlossen, jede Art der Wiedervereinigung mit British-Togo abzulehnen, die auf Kosten der Bindungen an Frankreich gehen würde. Die Versammlung fordert ein neues Statut „innerhalb des französischen Systems". (Vgl. auch 10. September 1956.)

KEINE VEREINIGUNG MIT BRITISCH TOGO BINDUNG AN FRANKREICH

5. Juli 1955

Portugal macht durch die sogenannten „organischen Gesetze" seine afrikanischen Besitzungen zu Bestandteilen des Mutterlandes bzw. der „União Nacional". Sie erhalten eine örtliche, d. h. für die einzelnen Gebiete zuständige Verfassung und einen Gesetzgebungsrat mit beratender Funktion, der aus teils gewählten, teils vom Gouverneur ernannten Mitgliedern besteht.

PORTUGAL: ORGANISCHE GESETZE UNIAO NACIONAL

6. Juli 1955

In Italien bildet Antonio Segni eine neue Regierung, in der, gemäß der Forderung Gronchis (vgl. 29. April 1955), Saragat-Sozialisten, Republikaner und Liberale Ministerämter erhalten. Das Regierungsprogramm entspricht einem „linken Mittelkurs".

ITALIEN: REGIERUNG SEGNI

7. Juli 1955

Die Volksrepublik China schließt ein Abkommen mit der „volksdemokratischen" Republik Nordkorea und gewährt dieser eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 350 Millionen Dollar. Sie setzt damit ihr Hilfsprogramm für Nordkorea fort, das bereits 1954 eingeleitet wurde und u. a. auch ein gemeinsam projektiertes Wasserkraftwerk am Yalufluß vorsieht.

CHINA—NORDKOREA: WIRTSCHAFTS-HILFE-ABKOMMEN

13. Juli 1955

In Kamerun verbietet die französische Verwaltung die im April 1948 gegründete „Union des Populations du Cameroun" (UPC), die unter kommunistischem Einfluß im Mai des Jahres Unruhen und Streiks angezettelt hat. Die UPC wird daraufhin in den Untergrund gehen und einen Guerillakrieg nach algerischem Vorbild führen. Sie hat ihren stärksten Rückhalt im Süden von Kamerun, im Stammesgebiet der Bamileke.

KAMERUN: VERBOT DER UPC GUERILLA-KRIEG

18. Juli 1955

In Fortführung des Sieges der United Fruit Company über den Präsidenten von Guatemala, Jakob Arbenz Guzman (vgl. 17. Juni 1952 und 18. Juni 1954), schließen die USA mit dem neuen, der Fruit Company genehmen Präsidenten Castillo Armas ein Militärhilfeabkommen. Zehn Tage später gewährt ihm die Weltbank eine Anleihe von 18,2 Millionen Dollar. Am 27. Oktober

GUATEMALA: US-MILITÄR-HILFE FÜR CASTILLO ARMAS

UNITED FRUIT COMPANY

wird er durch „ein amerikanisches Hilfsprogramm" weitere 15 Millionen erhalten.

18. — 23. Juli 1955

„GIPFEL"-KONFERENZ IN GENF ERGEBNISLOS

In Genf treffen die Regierungschefs und die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UdSSR zu einer „Gipfelkonferenz" zusammen (Faure, Pinay; Eden, MacMillan; Eisenhower, Dulles; Bulganin, Chruschtschow, Molotow). Die Einladung ging von den drei Westmächten aus. Man vereinbart, daß die vier Außenminister im Oktober erneut in Genf zusammentreffen sollen, um zu prüfen, ob eine Reihe von Vorschlägen geeignet sei, eventuell weiter erörtert zu werden. Konkret kommt also — wie gewohnt — bei der Konferenz absolut *nichts* heraus. Der amerikanische Vorschlag einer Rüstungs*kontrolle* wird von der UdSSR wie üblich abgelehnt.[21]

27. Juli 1955

MALAYA: WAHLSIEG DER ALLIANZ

ABD UR-RAHMAN PUTRA

Im Malaiischen Bund (Malaya, noch nicht Malaysia) schließen sich die drei Parteien, die den malaiischen, den chinesischen und den indischen Bevölkerungsteil vertreten, zu einer Allianz zusammen und gewinnen die ersten Wahlen. Der Führer dieser Allianz, Fürst Abd ur-Rahman Putra, bildet einen Exekutivrat, eine Regierung, der 6 Malaien, 3 Chinesen, 1 Inder und — 5 Engländer angehören. Dieser Exekutivrat ist laut Verfassung dem britischen Hochkommissar verantwortlich.

31. Juli 1955

CHINA: MAO TSE-TUNG RÜGT SEINE FUNKTIONÄRE UND RUFT ZUM KLASSENKAMPF GEGEN DIE „REICHEN" BAUERN

Mao Tse-tung richtet heftige Angriffe gegen die höchsten Partei- und Staatsfunktionäre der chinesischen Volksrepublik, weil diese die Kollektivierung der Bauern verlangsamt haben. Er kritisiert insbesondere einen entsprechenden Beschluß des Staatsrates unter Tschu En-lai und ruft zum Klassenkampf gegen die „reichen" Bauern auf, d. h. gegen alle, die sich aus den Kollektiven heraushalten wollen. Mao bewegt sich damit genau in den Spuren Stalins, Kaganowitschs und auch des getreuen Stalinschülers Chruschtschow. — Gleichzeitig wird in China die allgemeine Militärdienstpflicht eingeführt.[22]

NEPAL—CHINA: DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN ANNULLIERUNG ALTER VERTRÄGE

Nepal unter der Regierung König Vir Vikrams nimmt diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China auf, und zwar über seine Gesandtschaft in Neu-Delhi/Indien. Dabei werden zwei alte Verträge annulliert, die Tributpflicht Nepals gegenüber China (1792) und Tibets gegenüber Nepal (1856) betreffend.

noch Juli 1955

David Schepilow, Herausgeber der „Prawda", reist von Moskau nach Kairo und sucht die ägyptische Regierung davon zu überzeugen, daß die UdSSR lediglich eine von mehreren untereinander konkurrierenden Großmächten sei, deren Interessen mit denen der arabischen Staaten übereinstimme. Sein Besuch kommt zu gelegener Stunde, da Nasser ein neuerliches Zusammengehen der UdSSR mit den Westmächten auf Kosten der Araber befürchten muß.[23]

UDSSR: SCHEPILOW IN KAIRO

Der Kongreß der USA nimmt ein Gesetz zur Bildung einer „aktiven Reserve" der US-Streitkräfte von 2,9 Millionen Mann an. Damit soll die Verringerung des stehenden Heeres (im Zuge der Umrüstung auf Atomwaffen) ausgeglichen werden. Die Herabsetzung des Wehretats der USA von 40,3 Milliarden Dollar für 1954 auf 35,5 Milliarden Dollar für 1955 hat starke Kritik ausgelöst, da damit der Vorsprung der amerikanischen Luftrüstung vor der sowjetischen in Frage gestellt ist.

USA: „AKTIVE RESERVE" DER STREITKRÄFTE HERABSETZUNG DES WEHRETATS

10. August 1955

Libyen schließt ein Abkommen mit Frankreich, in dem letzteres sich verpflichtet, seine Streitkräfte aus dem Fessan zurückzuziehen. Allerdings behält es seine Stützpunkte, um sie im Kriegsfalle wieder zu verwenden. In einem solchen Falle wird Frankreich auch das Transit- und Landungsrecht auf den Flughäfen des Fessan wieder in Anspruch nehmen können.

LIBYEN—FRANKREICH: ABKOMMEN ÜBER ABZUG FRANZÖSISCHER TRUPPEN

27. August 1955

Französische und marokkanische Bevollmächtigte beenden eine Konferenz in Aix-les-Bains, bei der die Einsetzung eines Thronrates in Marokko und die Rückberufung des 1953 von den Franzosen abgesetzten und außer Landes geschickten Sultans Muhammad V. ben Jusuf vereinbart wurde. Auch die Regierung Faure (vgl. 5. Februar 1955) muß also den Selbstbestimmungsansprüchen in Nordafrika nachgeben.

MAROKKO—FRANKREICH: KONFERENZ IN AIX-LES-BAINS

noch August 1955

In Genf wird auf Betreiben der USA eine erste internationale Konferenz zur friedlichen Nutzung der Atomenergie durchgeführt, bei der die amerikanische Atomenergiekommission eine bereits im Juli eröffnete Ausstellung ihrer Ergebnisse auf diesem Gebiet zeigt. Präsident Eisenhower, der aus Anlaß der Gipfelkonferenz ebenfalls in Genf war, schaltete im Rahmen der Ausstellung einen Versuchsreaktor ein, den die Schweiz hinterher zum

INTERNATIONALE ATOMENERGIE-KONFERENZ IN GENF

VATIKAN EINGELADEN

Geschenk erhalten wird. Der Generalsekretär der UNO, Dag Hammarskjöld, hat bereits im Februar den Vatikan eingeladen, an der Konferenz teilzunehmen. Monsignore Tardini hat jedoch geantwortet, der Vatikan verfüge weder über die Fachleute noch über die Einrichtungen, um sich nützlich erweisen zu können.[24]

LIDDEL HART ÜBER HIROSHIMA: TRUMAN UND CHURCHILL WUSSTEN VON JAPANS FRIEDENSBEMÜHUNGEN

Zum 10. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima schreibt der britische Militärhistoriker Liddel Hart im „John Bull", London, Truman sowohl wie Churchill hätten gewußt, daß sich Japan seit *sechs Monaten vor* Trumans Befehl zum Abwurf der Bombe um Friedensschluß bemühe. Liddel Hart zitiert Churchill: „Die endgültige Entscheidung lag hauptsächlich bei Präsident Truman, der die Waffe besaß; aber ich habe nie gezweifelt, daß es geschehen würde, noch je gezweifelt, daß es richtig war."[25]

6. September 1955

USA—PHILIPPINEN: REVISION DES HANDELSVERTRAGES

Der Handelsvertrag zwischen den USA und den Philippinen wird zugunsten der letzteren revidiert, die philippinische Währung von ihrer bisherigen Bindung an den US-Dollar befreit. Auch sind künftig Einfuhrzölle gestattet.

10. September 1955

NORDVIETNAM: UMBENENNUNG DER K.P. IN „VATERLÄNDISCHE FRONT"

In der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam), die faktisch schon seit dem 2. September 1945 besteht, als Bao Dai zugunsten der provisorischen Regierung Ho Tschi-mins im Norden abdankte, wird die kommunistische Arbeiterpartei aufgelöst. An ihre Stelle tritt die „Vaterländische Front". Es handelt sich natürlich nur um eine Namensänderung, die das nationale Anliegen stärker betonen soll als die marxistische Ideologie. Der Parteikongreß fordert getrennte Nationalversammlungen für Nord- und Südvietnam, die dann eine gemeinsame Koalitionsregierung für das gesamte Vietnam ernennen sollen.

13. September 1955

UDSSR—BRD: DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

ENTLASSUNG ÜBERLEBENDER KRIEGSGEFANGENER

In Moskau unterzeichnen Bulganin für die UdSSR und Konrad Adenauer für den westdeutschen Teilstaat ein Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Darin ist noch von einer „Wiederherstellung der Einheit eines deutschen demokratischen Staates" die Rede, doch verstehen die beiden Seiten unter „demokratisch" etwas sehr Verschiedenes. Adenauer überreicht zusätzlich Bulganin einen Brief, nach dem die endgültige Festsetzung der deutschen Grenzen einem künftigen Friedensvertrag vorbehalten bleiben und der Anspruch des westdeutschen Teilstaates auf die Vertretung des ganzen deutschen Volkes aufrecht-

erhalten werden soll. Die UdSSR lehnt in einer Antwort beides ab (15. September 1955). Positives Ergebnis der Adenauerreise nach Moskau ist die Zusicherung der UdSSR-Regierung, die noch in der Sowjetunion überlebenden deutschen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen würden zurückgeführt werden. Diese Zusicherung wird im Jahre darauf zum Teil eingelöst werden.[26]

15. September 1955

NORDISCHE KONVENTION FÜR SOZIALE SICHERHEIT

Die Sozialminister der fünf nordischen Staaten Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden unterzeichnen eine Nordische Konvention für Soziale Sicherheit. Danach kann jeder Staatsbürger eines dieser Staaten in jedem der fünf Staaten Leistungen der Sozialversicherung in Anspruch nehmen. Das Gewicht, das in den nordischen Ländern, insbesondere in Dänemark und Schweden auf ein möglichst risikofreies Dasein des einzelnen gelegt wird, kennzeichnet den Weg zur Wohlstandsgesellschaft und muß mit ungewöhnlich hohen Steuern bezahlt werden. Das ist kein Klima mehr für wagemutige Einzelgänger, die das Lebensrisiko lieber allein tragen wollen.

16. September 1955

ARGENTINIEN: OFFIZIERS-REVOLTE GEGEN PERON

In Argentinien beginnt die lange vorbereitete Revolte (vgl. 20. Mai 1955) des katholischen Offizierkorps der Land- und Marinestreitkräfte gegen die Regierung des Präsidenten Peron. Der Aufstand bricht gleichzeitig in den Provinzen Cordoba, Corrientes und Entre Rios aus, wo die führenden Männer der Militärrevolte Kommandeure sind. Die Regierung verhängt über ganz Argentinien den Belagerungszustand, eine Maßnahme, die die Entwicklung nicht mehr aufhalten kann (vgl. 21. September 1955).

19. September 1955

FINNLAND—UDSSR: VERLÄNGERUNG DES BÜNDNIS-VERTRAGES RÜCKGABE VON PORKKALA-UDD

In Moskau wird ein Protokoll über die Verlängerung des finnisch-sowjetischen Bündnisvertrages vom 6. April 1948 (vgl. dort) unterzeichnet, zugleich ein Abkommen, in dem die UdSSR auf ihre Rechte zur Benutzung des Gebietes von Porkkala-Udd als Marinebasis verzichtet, die Anlagen dort an Finnland zu übergeben und ihre Streitkräfte aus dem genannten Gebiet abzuziehen verspricht. Für die UdSSR unterzeichnet Bulganin, für Finnland Urho Kekkonen und Emil Skog. Die beiderseitige Ratifizierung wird bereits am 7. und 11. Oktober 1955 erfolgen.[27]

20. September 1955

DDR—UDSSR: „VERTRAG“ ÜBER BEZIEHUNGEN

In Moskau unterzeichnen Bulganin für die UdSSR und Otto Grotewohl für den mitteldeutschen Sowjetsatelliten einen „Vertrag“ über die Beziehungen der beiden Staaten zueinander, in dem —

wie üblich — von „völliger [!] Gleichberechtigung" und „Souveränität" die Rede ist. Artikel 4 besagt, daß die in Mitteldeutschland stationierten Sowjetstreitkräfte dort verbleiben. (Man vergleiche das mit dem Abkommen mit Finnland, siehe 19. September 1955, tags zuvor!) In Artikel 5 wird das Ziel einer „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage" angesprochen.[28]

ARGENTINIEN: STURZ PERONS

LONARDI

21. September 1955

In Buenos Aires dringen die Mitglieder der aufständischen Militärjunta, elf Generäle, morgens in das Regierungsgebäude, die „Casa Rosada", ein. Der Präsident Peron kann sich ihrem Zugriff mit knapper Not auf ein im Hafen liegendes uruguayisches Kanonenboot entziehen und geht ins Exil. Zwei Tage später wird der Führer der Militärjunta, General Eduardo Lonardi, als neuer Staatspräsident vereidigt. Die Partei der Peronisten wird aufgelöst, eine kleine falangistische Organisation in ihrem Gebäude in Buenos Aires bis zum letzten Mann vernichtet. Kirche, Großgrundbesitz, vor allem aber die USA, haben einen entscheidenden Sieg davongetragen.[29]

ISLAND: HANDELSABKOMMEN MIT DER UDSSR

FISCHEXPORT

23. September 1955

Island, dessen kommunistische Partei engen Kontakt mit der UdSSR pflegt, beantwortet einen britischen Boykott isländischer Gefrierfischeinfuhr mit einem Handelsabkommen mit der Sowjetunion. Diese erklärt sich bereit, die isländischen Fischexporte zu einem günstigeren Preis abzunehmen, als ihn vorher Großbritannien gezahlt hatte.

KAMBODSCHA: AUSTRITT AUS DER FRANZÖSISCHEN UNION

25. September 1955

Kambodscha scheidet auf Beschluß seines Nationalkongresses aus der Französischen Union aus, behält aber auch weiterhin französische Berater und Militärinstrukteure im Lande. Norodom Sihanouk (vgl. 2. März 1955!) wird von den allein im Nationalkongreß vertretenen Abgeordneten seiner Partei zum Ministerpräsidenten gewählt. Er hat als König abgedankt, um Regierungschef zu werden, eine ungewöhnliche Laufbahn. (Es ist zu bedauern, daß Prinz Philipp in Großbritannien eine solche Möglichkeit nicht hat.)

BRASILIEN: KUBITSCHEK NEUER PRÄSIDENT

3. Oktober 1955

In Brasilien finden Präsidentenwahlen statt. Gewählt wird Juscelino Kubitschek de Oliveira, der Gouverneur von Minas Gerais. Er wird sich auf eine Koalition von Sozialdemokraten und Bra-

silianischer Arbeiterpartei stützen, also auf eine ausgesprochene Volksfrontkoalition. Und er wird Rückhalt bei den USA suchen. Das ist kein Widerspruch. Aber es erklärt, warum Vargas in den Tod ging (vgl. 24. August 1954).

VOLKSFRONT

In Rumänien tritt am selben Tage Gheorghiu-Dej als Ministerpräsident zurück, bleibt aber Erster Sekretär des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei (gemäß dem Grundsatz von der Trennung der höchsten Staats- und Parteiämter). Ministerpräsident wird Chivu Stoica.

RUMÄNIEN: RÜCKTRITT GHEORGHIU-DEJS ALS MINISTER-PRÄSIDENT

4. Oktober 1955

In Athen stirbt der griechische Ministerpräsident Marschall Alexander Papágos, der am 6. September 1949 (vgl. dort) durch seinen Sieg über die kommunistischen ELAS-Verbände den Bürgerkrieg beendete. Die Folge seines Todes wird der Zerfall der von Papágos 1951 gegründeten „Hellenischen Sammlung" sein. Was davon übrig bleibt, nimmt Konstantin Karamanlis in seine Partei, die Nationale Radikale Union, auf. Der König beruft Karamanlis zum Ministerpräsidenten.

GRIECHEN-LAND: TOD PAPAGOS' ZERFALL DER „HELLENISCHEN SAMMLUNG" KARAMANLIS

12. Oktober 1955

Der Iran (Persien) tritt dem Bagdad-Pakt bei (vgl. 24. Februar 1955) und entscheidet sich damit demonstrativ für eine nach Westen ausgerichtete antikommunistische Außenpolitik. Das ist der wahre Grund für die von Linkskreisen in den westlichen Demokratien getragene Hetze gegen den Schah.

IRAN TRITT DEM BAGDAD-PAKT BEI

Im Israelischen Parlament sagt am gleichen Tage Menachem Begin, Führer der Cherut-Partei und sieben Jahre zuvor verantwortlicher Führer der israelischen Truppe, die am 9. April 1948 (vgl. dort!) das grauenhafte Massaker in dem arabischen Dorf Deir Jasin veranstaltete: „Ich bin zutiefst überzeugt, wir sollten einen Präventivkrieg gegen die arabischen Staaten beginnen, ohne noch weiter zu zögern. Wir werden damit zwei Ziele erreichen: erstens die Vernichtung der arabischen Macht und zweitens die Expansion unseres Territoriums." (Vgl. auch 28. Oktober 1956!)[30]

ISRAEL: MENACHEM BEGIN FORDERT PRÄVENTIV-KRIEG

23. Oktober 1955

Im Saargebiet stimmen 67,7 % der Bevölkerung gegen das „Saar-Statut", das im Rahmen der Pariser Verträge (vgl. 23. Oktober 1954) durch ein westdeutsch-französisches Abkommen (Adenauer-Mendès France) das Saargebiet zu einem autonomen Land innerhalb der Westeuropäischen Union machen soll. Mit diesem Ab-

SAARGEBIET: 67,7 % GEGEN SAARSTATUT

stimmungsergebnis jedoch ist auch das zwischen Frankreich und dem Saargebiet am 3. Mai 1955 in Paris abgeschlossene Wirtschaftsabkommen wieder hinfällig.[31]

24. Oktober 1955

USA: DULLES IN ROM „GLEICHSTELLUNG" ITALIENS

Der amerikanische Außenminister Dulles hält sich in Rom auf und sichert der italienischen Regierung zu, sie werde künftig zu Beratungen in allen Fragen, die das Mittelmeer betreffen, hinzugezogen werden, Italien erfahre seine „Gleichstellung auf internationaler Ebene". Am 14. Dezember 1955 wird Italien Mitglied der UNO werden, gleichzeitig mit Spanien. Dem Faschismus wird Generalabsolution erteilt, dem Nationalsozialismus nicht. Er muß offenbar noch verworfener gewesen sein.

26. Oktober 1955

BOLIVIEN: ERDÖLGESETZ ZUGUNSTEN AUSLÄNDISCHER GESELLSCHAFTEN

Die Regierung Boliviens (Paz Estenssoro) setzt ein Erdölgesetz in Kraft, das ausländischen Gesellschaften zu günstigen Bedingungen Beteiligung an der Ausbeute der bolivianischen Erdölvorkommen in staatlichem Besitz bietet. Ziel des Gesetzes ist eine allgemeine Steigerung der Erdölproduktion.

ÖSTERREICH: NEUTRALITÄTSGESETZ VOM PARLAMENT ANGENOMMEN

Das österreichische Parlament stimmt am selben Tage einstimmig dem Regierungsentwurf eines Verfassungsgesetzes über die Neutralität Österreichs zu. Danach wird Österreich künftig keinem militärischen Bündnis beitreten und keine militärischen Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete dulden. Am 6. Dezember 1955 werden Frankreich, Großbritannien, die USA und die UdSSR in gleichlautenden Noten die Neutralität Österreichs anerkennen. Die Anregung zu dem gesamten Vorgang ging anläßlich der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages (vgl. 15. Mai 1955) von Molotow aus.[32]

SÜDVIETNAM: NGO DHIN DIEM STAATSPRÄSIDENT

In Süd-Vietnam wird, ebenfalls am 26. Oktober, der Ministerpräsident Ngo Dhin Diem (vgl. 30. April 1955) Staatspräsident, nachdem drei Tage zuvor eine Volksabstimmung eine Mehrheit für den von ihm eingeschlagenen Regierungskurs ergeben hat. Die republikanische Staatsform wird gleichzeitig durch eine Verfassung festgelegt.

28. Oktober 1955

FINNLAND: BEITRITT ZUM NORDISCHEN INTERPARLAMENTARISCHEN RAT

Finnland tritt dem Nordischen Interparlamentarischen Rat bei, der am 5. Dezember 1951 (vgl. dort) in Stockholm von den vier anderen nordischen Ländern gegründet wurde. Er beschäftigt sich vorwiegend mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen, *nicht* mit Außen- und Verteidigungspolitik.

3. November 1955

Der Ministerpräsident U Nu von Burma, das sich bei innenpolitischer Ablehnung des Kommunismus außenpolitisch um gute Beziehungen zu den Ostblockstaaten bemüht, unternimmt einen offiziellen Besuch in Moskau, der noch im gleichen Jahr durch einen Gegenbesuch Chruschtschows und Bulganins im Rahmen ihrer Südostasien-Tournee in Rangun erwidert werden wird.

BURMA: U NU IN MOSKAU

4. November 1955

In Äthiopien wird aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Krönungstages von Kaiser Haile Selassie die seit 1931 geltende Verfassung modernisiert. Die Zentralgewalt bleibt zwar in den Händen des Kaisers, doch werden allgemeine und direkte Wahlen eingeführt zu einer Abgeordnetenkammer. Die Gleichheit vor dem Gesetz, ein Strafrecht nach europäischem Vorbild und das Recht zur Gründung von Berufsorganisationen (nicht Parteien) werden verfassungsmäßig garantiert.

ÄTHIOPIEN: VERFASSUNGS-REFORM

13. November 1955

In Argentinien wird der von den Revolutionären eingesetzte Präsident Lonardi (vgl. 21. September 1955) zum Rücktritt veranlaßt, da er nach Ansicht der übrigen Mitglieder der herrschenden Militärjunta die Auflösung der Peronistenpartei nicht konsequent genug betrieben habe. Die Nachfolge tritt der Chef des Generalstabes des Heeres, Pedro Eugenio Aramburu an. Als erste Regierungsmaßnahme läßt er das Hauptquartier des Gewerkschaftsbundes besetzen, der den Rückhalt für die Peronisten bildet.

ARGENTINIEN: LONARDI ZUM RÜCKTRITT GEZWUNGEN

ARAMBURU NACHFOLGER

15. November 1955

In Moskau unterzeichnet der norwegische Ministerpräsident, Einar Gerhardsen, im Rahmen eines Staatsbesuches ein norwegisch-sowjetisches Handelsabkommen. Die Initiative dazu ging von der UdSSR aus, die den Wirtschaftsrückgang in Norwegen (nach Beendigung des Koreakrieges) dazu ausnutzt, die Vorbehalte abzubauen, die man in Norwegen gegenüber dem Sowjetblock hatte. Der Staatsbesuch wird mit einem Kommunique abgeschlossen, in dem Gerhardsen erklärt, Norwegen werde in seinem Hoheitsgebiet keine ausländischen Militärstützpunkte zulassen, außer es werde angegriffen oder mit einem Angriff bedroht.

NORWEGEN—UDSSR: HANDELS-ABKOMMEN

KEINE MILITÄRISCHEN STÜTZPUNKTE AUSLÄN-DISCHER MÄCHTE IN NORWEGEN

16. November 1955

In Genf wird die Konferenz der vier Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UdSSR, die anläßlich der

VIERMÄCHTE-AUSSEN-

MINISTER-KONFERENZ IN GENF ERGEBNISLOS

Genfer „Gipfel"-Konferenz (vgl. 18.—23. Juli 1955) beschlossen wurde, ergebnislos beendet. Man beschließt, die Verhandlungen auf diplomatischer Ebene fortführen zu lassen. Das wäre natürlich auch ohne Gipfelkonferenz und ohne Außenministerkonferenz möglich gewesen. Totaler Leerlauf, das Niveau dessen, was sich noch „Politik" nennt, ist auf den Nullpunkt gesunken. Die Entscheidungen fallen anderenorts.[33]

MAROKKO: RÜCKKEHR MUHAMMADS V.

Am selben Tage kehrt Sultan Muhammad V. ben Jusuf, wie auf der Konferenz in Aix-les-Bains beschlossen (vgl. 27. August 1955), nach Marokko zurück, nachdem sein von Frankreich für ihn eingesetzter Onkel Muhammad VI. ben Afra (vgl. 20. August 1953) am 29. Oktober 1955 auf den Thron verzichtet hat, und übernimmt von neuem die Regierung.

17. November 1955

TUNESIEN: NEO-DESTUR-PARTEI GESPALTEN SIEG BURGIBAS

In Tunesien schließt die Neo-Destur-Partei ihren nationalrevolutionären Flügel unter Führung Salah ben Jusufs (der am 12. August 1961 in Frankfurt a. M. ermordet werden wird) aus. Für die weitere Entwicklung bestimmend wird damit die pragmatische Gruppe um Burgiba.

3. Dezember 1955

USA: LUTHER-KING LEITET BOYKOTT-BEWEGUNG DER NEGER IN MONTGOMERY

In der Stadt Montgomery/USA übernimmt der Neger-Baptistenprediger Dr. Martin Luther King die Leitung einer erfolgreichen Boykottbewegung der Neger gegen die städtische Verkehrsgesellschaft. Zunächst wird nur höfliche Behandlung der Neger, Recht auf einen Sitzplatz und Einstellung farbiger Schaffner gefordert, nach der Verhaftung Luther Kings auch Aufhebung der Trennung der Fahrgäste in „Colored" und „White". Der Oberste Bundesgerichtshof in Washington wird diese Forderung für rechtens erklären. Der passive Widerstand führt damit zum Erfolg, und der Boykott von Montgomery wird zum Fanal für die „Freedom now"-Bewegung.[34]

8./9. Dezember 1955

BRD: HALLSTEIN-DOKTRIN

In Bonn erklärt der Außenminister Heinrich von Brentano vor der Konferenz der westdeutschen Botschafter, der westdeutsche Teilstaat werde die diplomatischen Beziehungen zu allen Staaten abbrechen, die die Regierung des mitteldeutschen Teilstaates anerkennen. Dieser Grundsatz, durch den der USA-Satellit sich über den UdSSR-Satelliten erhebt, wird sich nicht durchhalten lassen. Er ist nach dem Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, „Hallsteindoktrin" genannt worden, stammt aber tatsächlich vom Leiter der Politischen Abteilung, Grewe.[35]

10. Dezember 1955

Bei Verhandlungen zwischen den Niederlanden und Indonesien in Genf lehnen die Niederlande den indonesischen Anspruch auf West-Neuguinea ab, da zwischen Indonesien und Neuguinea keinerlei Beziehungen bestehen, weder in rassischer noch in kultureller oder geschichtlicher Hinsicht.

NIEDERLANDE —INDONESIEN: ANSPRUCH AUF NEUGUINEA

15. Dezember 1955

Irland wird Vollmitglied der UNO. Eine Mitgliedschaft in der NATO wird von der irischen Mehrheit deswegen abgelehnt, weil das die Garantie der Grenze zu Nordirland (Ulster) einschließen würde. Diese Grenze aber wird in Irland nicht als endgültig angesehen.

IRLAND: MITGLIED DER UNO, NICHT DER NATO

Der Sultan von Maskat am Persischen Golf, Said ibn Taimur, besetzt am gleichen Tage mit Hilfe britischer Streitkräfte das Imamat Oman und vertreibt den Imam Ghalib ibn Ali. Dieser hat, 1954 zur Regierung gekommen, sogleich versucht, Oman als selbständiges Fürstentum von Maskat zu lösen und dabei seit November 1955 die Unterstützung der Arabischen Liga erhalten. Der Vorgang wird sich anderthalb Jahre später noch einmal wiederholen (vgl. 16. Juli 1957).

MASKAT UND OMAN: VERTREIBUNG DES IMAM GHALIB IBN ALI

25. Dezember 1955

In Peking unterzeichnen Tschu En-lai für die Volksrepublik China und Otto Grotewohl für den mitteldeutschen Sowjetsatelliten einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“. Die Bedeutung des Vertrages liegt ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiet.[36]

CHINA—DDR: „FREUNDSCHAFTSVERTRAG“

31. Dezember 1955

Der Sudan erhält eine provisorische Verfassung als parlamentarische Republik. Eine „Oberste Kommission“, der fünf Mitglieder auf Lebenszeit angehören, fungiert als Staatsoberhaupt. Das Parlament (Zweikammersystem) übt die oberste Gewalt aus.

SUDAN: REPUBLIKANISCHE VERFASSUNG

noch 1955 (ohne nähere Datierung)

Achtzehn Nobelpreisträger unterzeichnen einen Appell an die Regierungen aller Staaten, angesichts der vernichtenden Wirkung der Atomwaffen auf militärische Gewaltanwendung gänzlich zu verzichten. Dieser Appell kommt volle zehn Jahre zu spät und wird nicht an die zuständige Instanz gerichtet, die allerdings für derartige Appelle noch weniger ansprechbar ist als die jeweiligen kurzlebigen Regierungen. (Man vergleiche den Ausspruch Oppenheimers, siehe 12. Juni 1954.) Im übrigen sind 1955 bereits 42 Atomreaktoren in Betrieb, davon 29 in den USA.[37]

NOBELPREISTRÄGER FORDERN ZUM VERZICHT AUF MILITÄRISCHE GEWALTANWENDUNG AUF

1956

1. Januar 1956

Ägypten und Großbritannien erkennen die Unabhängigkeit der Republik Sudan an, für die sich diese nach Abzug der letzten britischen Truppen am 9. November 1955 entschieden hat. Die Alternativlösung (Anschluß an Ägypten, vgl. 12. Februar 1953) fand im Sudan keine Mehrheit mehr, nachdem in Ägypten General Nagib durch die nationalrevolutionäre Offiziersjunta unter Nasser gestürzt worden war.[1]

SUDAN UNABHÄNGIG

9. Januar 1956

Costa Rica und Nicaragua schließen aus gegebener Veranlassung ein Abkommen miteinander, in dem jede der beiden Regierungen sich verpflichtet, gegen die andere gerichtete terroristische Organisationen im eigenen Lande zu unterbinden. Die dafür zu treffenden Maßnahmen sollen von einem gemeinsamen Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß kontrolliert werden.

COSTA RICA—NICARAGUA: ABKOMMEN

18. Januar 1956

In dem mitteldeutschen Teilstaat unter sowjetischer Oberhoheit wird das „Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und das Ministerium für Nationale Verteidigung" erlassen. Zehn Tage später wird diese Volksarmee in die Streitkräfte der Warschauer Paktstaaten eingereiht werden.

DDR: VOLKSARMEE

31. Januar 1956

In Brasilien macht die Armee einen Versuch zunichte, den neu gewählten Staatspräsidenten Juscelino Kubitschek, zuvor Gouverneur des Staates Minas Gerais, am Amtsantritt zu hindern. Die Armeeführung erzwingt seine Einsetzung gemäß dem Wahlergebnis. Kubitschek stützt sich auf eine Volksfrontkoalition von Sozialdemokratie und Arbeiterpartei. Sein Regierungsprogramm sieht vor allem die Erschließung des Innenlandes vor. Dazu gehört auch das Projekt der neuen Bundeshauptstadt Brasilia mitten in einem zuvor unerschlossenen Urwaldgebiet, ein Dokument der Fortschrittsgläubigkeit.

BRASILIEN: AMTSANTRITT KUBITSCHEKS

Der französische Ministerpräsident Guy Mollet verspricht Algerien freie Wahlen für einen gesamtalgerischen Landtag bei gleichem Wahlrecht für alle. Aber schon zwei Tage später wird er diesen Plan fallen lassen müssen, da er bei einem Besuch in Algerien von den französischen Siedlern dort wütend angegriffen wird. Sie sehen sich nach freien Wahlen mit gleichem Wahlrecht ihrer Privilegien, z. T. auch ihrer Existenz beraubt.

FRANKREICH ALGERIEN MOLLET

3. Februar 1956

LIBERIA
USA

Die 1847 gegründete afrikanische Republik Liberia schließt einen neuen Vertrag mit den USA, in dem diese ihre weitere Hilfe bei der Entwicklung der Produktion zusagen.

13. Februar 1956

INDONESIEN
NIEDERLANDE
AUFLÖSUNG DER UNION

Indonesien, das in Genf die Verhandlungen mit den Niederlanden über das künftige Schicksal von Niederländisch Neuguinea am 16. Januar abgebrochen hat, kündigt nunmehr, wie bereits am 10. August 1954 im Haag vereinbart, die Union mit den Niederlanden auf. Damit ist das Projekt eines niederländischen „Commonwealth" endgültig gescheitert. Doch erkennen die Niederlande den indonesischen Anspruch auf West-Neuguinea auch weiterhin nicht an, sondern werden noch fünf Jahre lang versuchen, ihre Hoheitsrechte dort zu wahren.

23. Februar 1956

GROSSBRITANNIEN—WESTINDIEN: STAATENBUND ALS KRONKOLONIE

In London unterzeichnen der britische Kolonialminister Lennox Boyd und Vertreter der westindischen Besitzungen Großbritanniens im Karibischen Meer ein Übereinkommen, das für das Jahr 1958 die Bildung einer föderativen Regierung vorsieht. Der damit entstehende Westindische Staatenbund wird den Status einer britischen Kronkolonie erhalten. Der Sitz der Bundesregierung wird auf der Insel Grenada errichtet werden. Zu seinem Ausbau wird Großbritannien einen Beitrag von einer halben Million Pfund Sterling leisten.[2]

PAKISTAN: PROKLAMATION DER ISLAMISCHEN REPUBLIK

ISKANDAR MIRZA

Am selben Tage schließt die Proklamation der *Islamischen Republik Pakistan* einen langwierigen Prozeß ab, in dem die föderativen Bundesländer des westlichen Pakistan 1955 widerstrebend zu einer Westprovinz zusammengeschlossen werden konnten. Nunmehr ist die Republik ein Bundesstaat aus den offiziell und theoretisch gleichberechtigten Teilen Ost- und Westpakistan. Sie gehört dem britischen Commonwealth weiterhin an, und diese Tradition bildet die einzige Klammer, die die beiden weit voneinander entfernt liegenden Teilstaaten miteinander verbindet und die Zentralregierung stützt. Präsident der Republik wird der bisherige Generalgouverneur Iskandar Mirza.

UDSSR: XX. PARTEITAG VERURTEILUNG STALINS DURCH CHRUSCHTSCHOW

25. Februar 1956

Am letzten Tage des XX. Parteitages der KPdSU in Moskau klagt Chruschtschow in einer zunächst geheim gehaltenen Rede den toten Stalin des Mißbrauches der Macht, des Personenkultes und der Massentötung zahlreicher verdienter Altbolschewiken an. Das Hintergründige an dieser Anklagerede ist die geschichtliche

Tatsache, daß Chruschtschow selbst mit Kaganowitsch, aber auch allein, an vielen der Gewalttaten, die er Stalin vorwirft, selbst maßgeblich beteiligt war. Es wird sogar die Beseitigung der Leiche Stalins aus dem Lenin-Mausoleum veranlaßt werden, als könne man damit einen noch sichtbaren Kronzeugen verschwinden lassen. Bezeichnend ist die Antwort Chruschtschows auf einen Zwischenruf während seiner Anklagerede gegen den toten Stalin. Der Zwischenrufer fragt: „Warum habt ihr Stalin nicht getötet?" Chruschtschow antwortet: „Was konnten wir damals tun? Das war damals eine Terrorherrschaft!" Ein wahrhaft makabrer Witz.[3]

29. Februar 1956

FINNLAND: KEKKONEN STAATS-PRÄSIDENT

In Finnland wird der Ministerpräsident Uhro Kaleva Kekkonen zum Staatspräsidenten gewählt, nachdem Paasikivi die Wiederwahl abgelehnt hat. Neuer Ministerpräsident wird drei Tage darauf der Sozialdemokrat Karl August Fagerholm, der von 1948 bis 1950 schon einmal Regierungschef war.[4]

2. März 1956

FRANKREICH—MAROKKO: ANERKENNUNG DER UNAB-HÄNGIGKEIT

In Paris unterzeichnen Pineau für Frankreich und Embarek Bekkai für Marokko eine Erklärung sowie ein Protokoll, womit der französisch-marokkanische Protektoratsvertrag von 1912 (vgl. 30. März 1912) aufgehoben und die Unabhängigkeit und Souveränität Marokkos durch Frankreich anerkannt wird. Darüber hinaus wird in dem Protokoll festgelegt, daß der Sultan von Marokko die legislative Gewalt ausübt, Frankreich Marokko beim Aufbau einer eigenen nationalen Armee behilflich sein wird und — in einem beigefügten Brief — daß Frankreich bis zum Inkrafttreten der Vereinbarungen von Aix-les-Baines (vgl. 27. August 1955) noch die morokkanische Außenpolitik leiten wird.[5]

JORDANIEN: HUSAIN II. ENTLÄSST GLUBB PASCHA

In Jordanien entläßt am gleichen Tage König Husain II. den Kommandeur der Arabischen Legion, der einzigen Truppe, die 1948 Israel einen nennenswerten Widerstand entgegensetzte, den Engländer Glubb Pascha. Husain tut das mit Rücksicht auf den arabischen Nationalismus, insbesondere Ägypten, aus demselben Grunde, aus dem er auch den Beitritt zum Bagdad-Pakt (vgl. 24. Februar 1955) abgelehnt hat (vgl. weiter 24. Oktober 1956).

6. März 1956

DÄNEMARK—UDSSR: HANDELS-BEZIEHUNGEN

Der dänische Ministerpräsident Hans Christian Hansen besucht Moskau, um die Handelsbeziehungen zur UdSSR wieder anzuknüpfen, die seit Jahren abgerissen sind.

9. März 1956

SCHWEDEN—NORWEGEN: „TRONDHEIM-PROJEKT“

Schweden und Norwegen schließen ein Abkommen über das „Trondheimprojekt“, eine Verkehrsverbindung zwischen dem Trondheimfjord und dem Öresund, die strategische Bedeutung hat und eine Blockade durch eine dritte Macht im Kriegsfalle erschweren soll. Beide Regierungen kennen mittlerweile den britischen Plan von 1939/40, sich auf dem Wege über Norwegen des nordschwedischen Eisenerzgebietes zu bemächtigen. Das Abkommen sichert u. a. Schweden eine Treibstoffbasis im Trondheimfjord und Mitbenutzung des Hafens für den Mineralölumschlag.

GROSSBRITANNIEN—ZYPERN: MAKARIOS VERBANNT

An demselben Tage wird Erzbischof Makarios III. von Zypern, das geistige Haupt des Widerstandes gegen die britische Herrschaft auf der Insel, auf die Seychellen verbannt. Allerdings können die Briten diese Verbannung nur ein Jahr aufrechterhalten (vgl. 28. März 1957).

10. März 1956

ISRAEL—ÖSTERREICH: DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

Israel und Österreich beschließen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die bereits bestehenden Generalkonsulate werden zu Gesandtschaften erhoben.[6]

12. März 1956

KAIRO: KONFERENZ ARABISCHER REGIERUNGSCHEFS

In Kairo wird eine auf Veranlassung Nassers einberufene Konferenz der Regierungschefs von Ägypten, Saudiarabien und Syrien (König Saud ben Abdul Azis, Sayed Schukry al-Kuwatly und Nasser) durch ein Schlußkommuniqué beendet. Darin ist von Koordinierung der arabischen Verteidigung gegen eine zionistische Aggression und ausländische Vorherrschaft die Rede, von Maßnahmen gegen Anwerbung von Staatsbürgern fremder Staaten für die israelischen Streitkräfte und von einem Plan, „Versuchen entgegenzuwirken, mittels des Bagdad-Paktes [vgl. 24. Februar 1955] auf arabische Länder einen Druck auszuüben“. Ferner soll Jordanien unterstützt werden.[7]

20. März 1956

FRANKREICH—TUNESIEN: ANERKENNUNG DER UNABHÄNGIGKEIT

In Paris unterzeichnen Pineau für Frankreich und Tahar Ben Ammar für Tunesien ein Protokoll, das den Protektoratsvertrag vom 12. Mai 1881 aufhebt und in dem Frankreich die Unabhängigkeit Tunesiens anerkennt. Tunesien übernimmt die Verantwortung für seine Außenpolitik und nationale Verteidigung selbst. Das künftige Verhältnis zu Frankreich wird als das einer „wechselseitigen Abhängigkeit“ definiert, d. h. „organisierte Zusammenarbeit auf allen Gebieten gemeinsamen Interesses, vor

allem auf dem Gebiet der Verteidigung und der auswärtigen Beziehungen". In einer späteren Verhandlungsperiode, die am 16. April beginnen wird, werden die entsprechenden Einzelverträge geschlossen werden.[8]

Das westdeutsche Bundesverfassungsgericht gibt am gleichen Tage einer Verfassungsbeschwerde des ehemaligen Landesrabbiners von Bayern Dr. Aron Ohrenstein statt, hebt die Urteile des Münchner Landgerichts vom 21. Dezember 1954 und des Bundesgerichtshofes vom 13. Dezember 1955 (vgl. 31. März 1955) *hinsichtlich des Strafmaßes* auf und verweist den Fall zu neuer Verhandlung an das Landgericht Augsburg (vgl. weiter 18. Januar 1957).[9]

BRD: URTEIL GEGEN OHRENSTEIN AUFGEHOBEN

26. März 1956

In Moskau unterzeichnen sämtliche kommunistisch regierten Staaten, auch die Volksrepublik China, ausgenommen nur Jugoslawien und Nordvietnam, ein Abkommen zur Errichtung eines *gemeinsam* zu betreibenden Instituts für atomare Kernforschung. Die UdSSR stellt ihre bereits vorhandenen Anlagen und Institute dem neugegründeten Vereinigten Institut zur Verfügung, zusätzliche Ausrüstungen sollen in nächster Zeit bereitgestellt werden. Erster Direktor wird Professor *Blochinzew* (UdSSR). Die finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten für Institut und Bau neuer Forschungsstätten werden durch das Abkommen festgesetzt und durch einen gemeinsamen Finanzausschuß verwaltet.[10]

MOSKAU: KERN-FORSCHUNGS-INSTITUT DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN

BLOCHINZEW DIREKTOR

29. März 1956

Die algerische Nationale Befreiungsfront (FLN) wird in ihrem Kampf gegen Frankreich von der Arabischen Liga offiziell anerkannt und erhält von dort die Zusage moralischer und materieller Unterstützung (vgl. auch 20. August 1956).

ALGERIEN: ARABISCHE LIGA UNTERSTÜTZT FLN

1. April 1956

Burma schließt ein Handelsabkommen mit der UdSSR, in dem ein Warenaustausch vereinbart wird. Unter anderem wird Burma 400 000 Tonnen Reis liefern und dafür Investitionsgüter erhalten. Doch wird Burma mit dieser Regelung keine guten Erfahrungen machen. Der von ihm gelieferte Reis wird zu Unterpreisen auf anderen burmesischen Exportmärkten erscheinen (vgl.: noch Juli 1956).

BURMA—UDSSR HANDELS-ABKOMMEN

7. April 1956

Die Volksrepublik China schließt zwei zusätzliche Abkommen mit der UdSSR über Entwicklungshilfe für die chinesische Industrie und den Bau einer (dritten) Eisenbahnlinie von Nordchina

CHINA—UDSSR: ENTWICKLUNGSHILFE EISENBAHNBAU

(Lantschou) zur turkestanisch-sibirischen Bahn. Diese Linie wird, ergänzend zu den schon vorhandenen, eine Verbindung vom Baikalsee nach Nordvietnam schaffen.

SPANIEN— MAROKKO: ANERKENNUNG DER UNABHÄNGIGKEIT

In einem in Madrid von Artajo für Spanien und Bekkai für Marokko unterzeichneten Abkommen wird am selben Tage auch die bisher spanische Zone Marokkos der Exekutivgewalt des Sultans Muhammad ben Jusuf unterstellt. Spanien erkennt, wie Frankreich (vgl. 2. März 1956), die Unabhängigkeit und Souveränität „inbegriffen das Recht Marokkos auf eine eigene Diplomatie und eine eigene Armee“ an. Die spanische Regierung verpflichtet sich jedoch gerade auf diesen beiden Gebieten zu „Hilfe und Beistand“. Bis zum Abschluß entsprechender Verträge gelten die Bestimmungen eines Zusatzprotokolls, das dem französisch-marokkanischen Protokoll vom 2. März (vgl. dort) weitgehend gleicht.[11]

8. April 1956

MONGOLEI—UDSSR: WIRTSCHAFTSHILFE

Die Mongolische Volksrepublik (Äußere Mongolei) schließt ein Abkommen mit der UdSSR über Wirtschaftshilfe. Ein entsprechendes Abkommen mit der Volksrepublik China über wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sie am 14. Dezember 1952 geschlossen und wird es am 31. Mai 1960 erneuern bzw. erweitern. Noch hält sich die Mongolei *beide* Wege offen, d. h. noch kann sie es.

17. April 1956

UDSSR: AUFLÖSUNG DER KOMINFORM

Die Regierung der UdSSR veranlaßt die Auflösung der KOMINFORM, der am 30. September 1947 (vgl. dort) gegründeten Nachfolgeorganisation der KOMINTERN. Künftig sollen bedingt „verschiedene Wege zum Sozialismus“ anerkannt werden. Doch wird sich beim ungarischen Volksaufstand noch im Oktober desselben Jahres (vgl. 23. und 26. Oktober 1956) zeigen, wo die Grenzen dieser Anerkennung liegen: Ungarn wird die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt kündigen.

21. April 1956

JEMEN: ANSCHLUSS AN ARABISCHEN DREIERPAKT FÜR MILITÄRISCHEN BEISTAND

In Djidda, der Hafenstadt von Mekka, tritt König Saif al Islam Achmed von Jemen durch seine Unterschrift dem Dreierpakt Ägypten-Saudiarabien-Syrien (vgl. 12. März 1956) bei. Der Pakt wird bei dieser Gelegenheit durch Artikel 2 zu einem militärischen Beistandspakt ausgebaut, ferner die Errichtung eines gemeinsamen Obersten Rates, Militärkomitees und gemeinsamen Oberkommandos vorgesehen.Er ergänzt damit die zweiseitigen Abkommen Ägyptens mit Syrien vom 20. und mit Saudiarabien vom 27.

Oktober 1955. Doch werden sich alle diese Vereinbarungen schon im Oktober 1956 beim Suezkonflikt als praktisch wirkungslos erweisen.[12]

5. Mai 1956

LONDON: ENDE DER ABRÜSTUNGS-KONFERENZ OHNE ERGEBNIS

In London findet eine seit dem 19. März tagende Abrüstungskonferenz ihr Ende, an der Moch für Frankreich, Nutting für Großbritannien, Robertson für Kanada, Stassen für die USA und Gromyko für die UdSSR teilnahmen. Über die von den verschiedenen Teilnehmern vorgelegten Abrüstungsvorschläge wurde keine Einigung erzielt, wie bei allen den nicht mehr zählbaren Abrüstungskonferenzen in den Jahrzehnten zuvor. Es ist unwahrscheinlich, daß die Teilnehmer selbst an einen Erfolg der Konferenz geglaubt haben. Weitere Abrüstungskonferenzen mit gleich negativem Ergebnis werden im Sommer 1957 in London und im Juli/August 1958 in Genf folgen.[13]

7. Mai 1956

ZIONISTISCHER WELTKONGRESS WÄHLT NAHUM GOLDMANN ZUM PRÄSIDENTEN

Der Zionistische Weltkongreß wählt anstelle des 1952 verstorbenen Chaim Weizmann Nahum Goldmann zum 7. Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation. Von den aus Westdeutschland angereisten neun Delegierten erhalten durch Urteil des Kongreßgerichtes vom 1. Mai nur zwei Stimmberechtigung.[14]

8. Mai 1956

GROSS-BRITANNIEN UND UDSSR: GEMEINSAME NOTE AN NORD- UND SÜDVIETNAM

Großbritannien und die UdSSR richten eine gemeinsame Note (als Vorsitzende der Indochinakonferenz) an die Regierungen von Nord- und Südvietnam mit der Anfrage, wann diese zu vorbereitenden Gesprächen für allgemeine Wahlen und zur Durchführung dieser Wahlen bereit seien. Die südvietnamesische Regierung wird am 22. Mai antworten, sie werde die Demarkationslinie respektieren, lehne aber Gespräche mit Nordvietnam ab, da es dort keinerlei Freiheiten gäbe. Daraufhin kann die kommunistische Regierung von Nordvietnam am 4. Juni antworten, sie ihrerseits sei zu Verhandlungen mit Südvietnam über Wahlen und Wiedervereinigung bereit, ohne befürchten zu müssen, daß es wirklich dazu kommen könne.

9. Mai 1956

BRITISCH TOGO: VOLKSABSTIMMUNG FÜR ANSCHLUSS AN GHANA

In Britisch Togo wird eine Volksabstimmung über Anschluß an Ghana (Goldküste) *oder* Fortdauer der Treuhandverwaltung durchgeführt. Die Mehrheit, vor allem im Norden des Gebietes, stimmt für den Anschluß an Ghana und die staatliche Selbständigkeit. Die Hoffnungen der Ewe im Süden auf eine Wiederver-

einigung mit ihrem Stamm in Französisch Togo werden durch dieses Abstimmungsergebnis zunichte gemacht. Der Vorgang ist kennzeichnend für die vielfach unorganischen Staatsgründungen, die aus der Grenzziehung der Kolonial- und insbesondere der Mandatsverwaltung hervorgehen.

25. Mai 1956

OSTBERLIN: COMECON-KONFERENZ PRODUKTIONS-PROGRAMM

Nach siebentägigen Verhandlungen wird in Berlin eine außerordentliche Tagung des COMECON, des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe der Sowjetsatelliten beendet. Als Beobachter haben auch die Volksrepublik China und Jugoslawien daran teilgenommen. Es wurden die Produktionspläne der einzelnen Staaten aufeinander abgestimmt und ein Programm bis 1960 im voraus abgesprochen.[15]

26. Mai 1956

CHINA: MAO TSE-TUNGS „HUNDERT-BLUMEN"-REDE

In der Volksrepublik China wird die „Hundert-Blumen"-Parole veröffentlicht, die Mao Tse-tung ausgegeben hat. Mit dem verlockenden Satz, daß viele verschiedenen Blumen nebeneinander blühen könnten, wird die Opposition ermutigt, sich zu zeigen und ihren Widerstand gegen die Parteidiktatur und den Terror zu artikulieren, um sie dann um so vollständiger und schonungsloser vernichten zu können in den folgenden „Säuberungs"aktionen, die denen Stalins in nichts nachstehen. Die Chinaschwärmer in Europa pflegen das zu übersehen, z. B. das Gesetz vom August 1957 über Zwangsarbeit für „antisozialistische Elemente".[16]

31. Mai 1956

SÜDKOREA: UNO-KOMMANDO GEGEN „NEUTRALE" WAFFEN-STILLSTANDS-KOMMISSION

Das Kommando der UNO-Streitkräfte in Südkorea untersagt den Mitgliedern der „neutralen" Waffenstillstandskommission, weiterhin in Südkorea tätig zu werden. Zuvor ist wiederholt festgestellt worden, daß die subversiven Aktionen nordkoreanischer Kommunisten in Südkorea von tschechoslowakischen und polnischen Mitgliedern der Waffenstillstandskommission gefördert wurden. Diese wird daraufhin ihre Mitglieder aus beiden Landesteilen in die neutrale Zone an der Demarkationslinie zurückrufen.

23. Juni 1956

ÄGYPTEN: NASSER ZUM PRÄSIDENTEN GEWÄHLT

Aufgrund der neuen Verfassung vom 16. Januar 1956 wird in Ägypten Gamal Abd an-Nasser zum Präsidenten gewählt. Er wird damit Staatsoberhaupt und Regierungschef zugleich (vgl. auch 26. Juli 1956).

28. Juni 1956

In Posen, der unter polnischer Verwaltung stehenden ehemaligen Provinzhauptstadt, entwickelt sich aus einem Streik gegen zu hohe Arbeitsleistungsnormen und Lebenshaltungskosten ein Volksaufstand, der tags darauf von polnischen Armee-Einheiten gewaltsam niedergeworfen wird.

POSEN: VOLKS-AUFSTAND UNTERDRÜCKT

12. Juli 1956

Der ägyptische Regierungschef Gamal Abd an-Nasser schließt mit der UdSSR ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung von Atomenergie. Da Nasser kurz zuvor Waffen von der Tschechoslowakei gekauft hat, wird nun deutlich, daß Ägypten eine Politik *zwischen* West und Ost betreibt, d. h. mit der Blockfreiheit Ernst macht. Eine Woche später werden die USA, die Weltbank und Großbritannien daher ihre früher gegebenen Zusagen zur Mitfinanzierung des großen Nilstaudammprojektes bei Assuan zurückziehen (vgl. weiter 19. und 26. Juli 1956).[17]

ÄGYPTEN—UDSSR: ATOMENERGIE-ABKOMMEN

WESTMÄCHTE ZIEHEN FINANZHILFE ZURÜCK

13. Juli 1956

Die spanische Regierung gibt bekannt, daß innerhalb von vierzehn Tagen, also bis zum 27. Juli, die Regierungsgewalt in der spanischen Zone Marokkos auf die marokkanische Regierung übergehen wird. Entsprechende Verhandlungen mit Vertretern der marokkanischen Regierung in Madrid sind dieser Erklärung unmittelbar vorausgegangen. (Vgl. 7. April 1956.)

SPANIEN—MAROKKO: ÜBERGABE DER REGIERUNGS-GEWALT

19. Juli 1956

Die Regierung der USA zieht ihre Zusage gegenüber Ägypten zur Finanzhilfe bei dem Nilstaudammprojekt von Assuan zurück, um Nasser „auf seinen Platz“ zu verweisen, d. h. an die Seite der UdSSR, wo er nun natürlich die benötigte Finanzhilfe suchen wird. Der Council on Foreign Relations (CFR) verhilft damit programmgemäß dem Kommunismus wiederum zu einer weiteren Ausdehnung seines Einflußbereiches (vgl. auch 26. Juli 1956).

USA—ÄGYPTEN: ASSUAN-STAUDAMM-FINANZIERUNG ZURÜCK-GEZOGEN

Marschall Tito trifft am gleichen Tage mit den Regierungschefs von Indien und Ägypten, Nehru und Nasser, zusammen. Jugoslawien wird „mit beratender Stimme“ in das Staatenbündnis der Bandung-Konferenz (vgl. 18.—24. April 1955) aufgenommen. In einem Kommuniqué vom 20. Juli bejahen die drei Staatsmänner den Grundsatz der „Koexistenz“ zwischen Ländern mit verschiedener Sozialordnung (wobei stillschweigend vorausgesetzt

TREFFEN TITO—NEHRU—NASSER

JUGOSLAWIEN MITGLIED DER BANDUNG-STAATEN

wird, daß keiner dem anderen seine Sozialordnung offen oder geheim, subversiv, zu übertragen versucht).

26. Juli 1956

ÄGYPTEN: SUEZKANAL VERSTAATLICHT

Die ägyptische Regierung Nasser beantwortet die Zurücknahme der amerikanischen und britischen sowie der Weltbankzusagen zur Mitfinanzierung des Assuanstaudammprojekts mit der Verstaatlichung der bisher international verwalteten Suezkanalgesellschaft. Sie will mit den Einnahmen aus der Kanalschiffahrt den Staudammbau finanzieren. Die Aktionäre der Kanalgesellschaft sollen nach Übergang aller Guthaben in ägyptischen Besitz nach dem Aktienbörsenkurs vom 25. Juli entschädigt werden. Die meisten Aktieninhaber der Kanalgesellschaft leben in Frankreich und Großbritannien. Dort ist daher der Widerstand gegen die ägyptische Maßnahme am stärksten.[18]

PORTUGAL—SPANIEN—USA: VERTEIDIGUNGSABKOMMEN

Portugal, Spanien und die USA unterzeichnen am selben Tage in Madrid ein Abkommen, das die Eingliederung der Iberischen Halbinsel in das westliche Verteidigungssystem zum Ziele hat und die Aufgaben der Streitkräfte der drei Unterzeichnerstaaten bei der Verteidigung der Halbinsel selbst festlegt.[19]

noch Juli 1956

BURMA—GROSSBRITANNIEN: HANDELSABKOMMEN

Burma schließt, von seinem Warenaustauschabkommen mit der UdSSR enttäuscht (vgl. 1. April 1956), nunmehr langfristige Handelsabkommen mit Großbritannien und dem westdeutschen Teilstaat. Auch die USA kaufen burmesischen Reis zum Festpreis und gewähren Kredite in Höhe von etwa 40 Millionen Dollar.

10. August 1956

LAOS: ERZWUNGENE EINIGUNGSVERSUCHE MIT DEN KOMMUNISTEN

Der Ministerpräsident von Laos, Souvanna Phouma, bemüht sich, von der Internationalen Waffenstillstandskommission gedrängt, um eine Einigung mit den kommunistischen, von Nordvietnam geförderten Pathet Lao. Vier Wochen später, am 4. September, wird er sich für ein streng neutrales Laos nach dem Muster der Schweiz aussprechen, nach Lage der Dinge eine Utopie.

20. August 1956

ALGERIEN: GUERILLAKRIEG DER FLN GEGEN FRANKREICH

In Algerien errichtet die Nationale Befreiungsfront (FLN, vgl. 29. März 1956) bei einem Geheimkongreß im Sumam-Tal einen Obersten Nationalrat und ein Exekutivkomitee. Mit diesen Organen wird es ihr gelingen, den Guerillakrieg gegen die französische Verwaltung so wirksam zu führen, daß große Teile der französischen Armee durch ihn an Algerien gebunden werden.

Die Kosten dieses Kampfes werden den französischen Haushalt in die Verschuldung führen und die Einführung neuer Steuern erzwingen.

23. August 1956

LONDONER SUEZKANAL-KONFERENZ

In London wird eine Konferenz von 21 seefahrenden und an der Benutzung des Suezkanals interessierten Mächten beendet. Ägypten selbst hat eine Teilnahme abgelehnt. 18 der Teilnehmer haben sich dem amerikanischen Vorschlag angeschlossen, nach dem der Suezkanal ein internationaler Wasserweg bleiben soll, in Übereinstimmung mit der Kanalkonvention vom 29. Oktober 1888. Indien, Indonesien und die UdSSR unterstützen diesen Vorschlag nicht. Indien wird nach der Konferenz, am 29. August, einen eigenen von Indonesien und der UdSSR unterstützten Vorschlag unterbreiten, nachdem Nasser die Ergebnisse der Konferenz am 28. August abgelehnt haben wird. Der indische Vorschlag geht davon aus, daß der Suezkanal ein „integrierender Bestandteil von Ägypten" sei.[20]

24. August 1956

FRANZÖSISCH TOGO AUTONOM

Französisch Togo erhält den Status einer autonomen Republik. Zwei Wochen später wird dort — zum ersten Mal in Französisch Afrika — ein Ministerpräsident vom Parlament gewählt werden. Bereits ein Jahr zuvor, am 16. April 1955, war in Togo neben dem Hohen Kommissar Frankreichs ein „Conseil de Gouvernement" getreten (vgl. auch 10. September 1956).

noch August 1956

GROSS-BRITANNIEN: SCHWUND DER GOLD- UND DOLLAR-RESERVEN

Die britischen Gold- und Dollarreserven nehmen infolge der ungeklärten Frage der Suezkanalpassage rapide ab, da die Bank von England umfangreiche Stützungskäufe für ausländische Guthaben an Pfund Sterling und britischen Wertpapieren tätigen muß, die auf dem internationalen Kapitalmarkt abgestoßen werden. Großbritannien wird daher die USA um Kredite in Höhe von einer Milliarde Dollar ersuchen müssen. Es wird diese Kredite auch erhalten, aber nur unter der Bedingung, daß Edens Suezabenteuer (vgl. 6. November 1956) unverzüglich beendet wird.

8. September 1956

LIECHTENSTEIN: 150 JAHRE SELBSTÄNDIG

Das unabhängige Fürstentum Liechtenstein feiert sein 150jähriges Bestehen. Fürst Franz Joseph II. hofft, in Anlehnung an die Schweiz die Unabhängigkeit seines Landes auch weiterhin wahren zu können.

FRANZÖSISCH TOGO: GRUNITZKY

10. September 1956

In Französisch Togo wird N. Grunitzky vom Parlament zum Ministerpräsidenten gewählt (vgl. auch 24. August 1956).

19. September 1956

LONDON: 2. SUEZKANAL-KONFERENZ

In London tritt eine zweite Suezkanalkonferenz zusammen (vgl. 23. August 1956), nachdem Ägyptens Verhandlungsvorschläge vom 10. September von Frankreich und Großbritannien abgelehnt worden sind. Beide Mächte scheinen zur Gewaltanwendung entschlossen und sehen nur auf amerikanische Mahnungen zur Mäßigung hin vorerst noch davon ab. An der 2. Konferenz nehmen Vertreter der 18 Staaten teil, die bei der 1. Konferenz dem amerikanischen Vorschlag zustimmten. Sie lehnen die ägyptischen Vorschläge ab, sehen die Bildung eines Zusammenschlusses der Suezkanalbenutzer vor, ebenso die Anrufung der UNO, „sobald es scheint, daß dies eine Regelung erleichtern würde".[21]

20. September 1956

CHINA—NEPAL: DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

GENERAL-KONSULAT IN TIBET

WIRTSCHAFTS-HILFE

In Katmandu unterzeichnen Tschu En-lai für China und Prasd Acharya für Nepal ein Abkommen, das die seit Jahren bestehenden Spannungen beseitigen soll, nachdem bereits am 31. Juli 1955 diplomatische Beziehungen hergestellt wurden. Das Abkommen legt nun diese Beziehungen auf Generalkonsulatsebene fest, wobei das nepalesische Generalkonsulat nicht in Peking, sondern in Lhasa in Tibet errichtet wird. Nepal zieht binnen sechs Monaten seine zum Schutz von Handelskarawanen in Tibet stationierten Garnisonen zurück, und die Volksrepublik China gewährt Nepal eine Wirtschaftshilfe innerhalb der kommenden drei Jahre in Höhe von 60 Millionen Rupien, ohne weitere politische Bedingungen daran zu knüpfen.[22]

24. September 1956

BELGIEN—BRD: GRENZBERICH-TIGUNGS-VERTRAG

In Brüssel unterzeichnen der westdeutsche (Brentano) und der belgische Außenminister (Spaak) einen Vertrag über die Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze. Die Ortschaften Bildchen, Bullange, Hemeres, Leykoul, Lichtenbusch und Losheim werden westdeutscher Staatshoheit unterstellt und zollgrenzbedingter Gebietsaustausch vereinbart. Der Vertrag wird zwei Jahre später, am 28. August 1958, in Kraft treten.

1. Oktober 1956

DÖNITZ AUS SPANDAU ENTLASSEN

Großadmiral Dönitz, letztes gesamtdeutsches Staatsoberhaupt, wird aus der Gefängnishaft der alliierten Siegermächte des 2. Weltkrieges in Berlin-Spandau entlassen, läßt sich am Sachsen-

wald bei Hamburg nieder und wird seine Erinnerungen sowie kriegsgeschichtliche Arbeiten schreiben.

5. Oktober 1956

LONDON: 3. SUEZKANAL-KONFERENZ

In London wird die 3. Suezkanalkonferenz beendet, an der dieselben 18 Staaten teilnahmen wie an der 2. (vgl. 19. September 1956), von diesen jedoch nur 15 der abschließenden Resolution beitraten, mit der sich die Suezkanal-Benutzungsvereinigung (SCUA) konstituierte. Äthiopien, Japan und Pakistan traten ihr *nicht* bei. Die SCUA setzt sich über die ägyptische Verweigerung jeglicher Teilnahme stillschweigend hinweg. Ihre Organe werden sein: ein Rat, ein Lenkungsausschuß und ein Administrator, der nach Bedarf Dienststellen der Vereinigung einrichten kann.[23]

6. Oktober 1956

ISRAEL: DAJAN KÜNDIGT KRIEG AN

Moshe Dajan, Stabschef der israelischen Streitkräfte, schreibt in der Zeitschrift „Ha'aretz": „Israel muß sich auf einen kurzen Krieg vorbereiten, auf einen Krieg, der durch eine oder zwei Schlachten entschieden wird. Israel muß eine Planung für diesen schnellen Krieg schaffen, den es gegen seine Feinde zu führen hat, und wir müssen alle unsere Hilfsquellen für einen solchen Krieg mobilisieren. Denn es versteht sich, daß ein solcher Krieg durchaus in unserem Interesse liegt." (Vgl. auch 14. und 22. Oktober 1956.)[24]

7. Oktober 1956

INDIEN: NEHRU VERURTEILT SOWJET-INTERVENTION IN UNGARN

Der indische Regierungschef Nehru übt öffentlich Kritik am Kommunismus, der für Indien nicht geeignet sei, und fordert die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf Ungarn sowie den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn. Damit hat — durch die Stimme Nehrus — die „dritte Welt" in dieser entscheidenden Frage eindeutig Stellung genommen. Nur hat das auf den weiteren Verlauf der Ereignisse keinerlei Einfluß.

8. Oktober 1956

REJKJAVIK: AUSSEN-MINISTER-TREFFEN DER NORDISCHEN STAATEN

In Rejkjavik auf Island treffen die Außenminister der fünf nordischen Länder zusammen, um sich über eine gemeinsame Haltung bei der bevorstehenden UNO-Vollversammlung zu einigen. Sie beschließen, Schweden als Nachfolger von Belgien unter den nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates vorzuschlagen, Finnland als Nachfolger Norwegens im Wirtschafts- und Sozialrat. Auch wollen sie dahinwirken, die Anzahl der nichtständigen Mitglieder im Sicherheits- und Wirtschaftsrat insgesamt zu erhöhen.[25]

ISRAEL: REGIERUNG BESCHLIESST KRIEG GEGEN ÄGYPTEN

14. Oktober 1956

Die israelische Regierung beschließt in einer Kabinettssitzung, einen „Präventiv"-Krieg gegen Ägypten zu beginnen und Frankreich um erneute Waffenlieferungen anzugehen (vgl. auch 6. und 22. Oktober 1956).[26]

16. Oktober 1956

FRANKREICH—GROSS-BRITANNIEN: AKTION GEGEN ÄGYPTEN

In Paris treffen sich der britische Premierminister Anthony Eden, sein Außenminister Selwyn Lloyd, der französische Ministerpräsident Guy Mollet und sein Außenminister Pineau. Sie beschließen eine Militäraktion gegen Ägypten, um die Zurücknahme der Nationalisierung des Suezkanals (vgl. 26. Juli 1956) durch Nasser zu erzwingen. Drei Tage später werden bereits französische Truppen verschifft werden. Mollet sieht sich offenbar in der Rolle Napoleons.[27]

19. Oktober 1956

JAPAN—UDSSR: BEENDIGUNG DES KRIEGS-ZUSTANDES DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

In Moskau unterzeichnen Bulganin für die UdSSR und Hatoyama für Japan eine gemeinsame Deklaration, mit der der Kriegszustand zwischen beiden Mächten beendet wird. Die UdSSR verzichtet auf alle Reparationsansprüche gegenüber Japan und erklärt sich bereit, im Rahmen eines auszuhandelnden Friedensvertrages mit Japan diesem die Habomai-Inseln und die Schikotaninseln zurückzugeben. Die Rückgabe der beiden südlichsten Kurileninseln kann Japan noch nicht erreichen. Aber alle noch in der UdSSR „verurteilten" japanischen Bürger werden in Freiheit gesetzt und repatriiert, die diplomatischen Beziehungen auf Botschafterebene wiederhergestellt.[28]

UDSSR—POLEN: CHRUSCHTSCHOW IN WARSCHAU

Am gleichen Tage trifft die sowjetische Führungsspitze, Chruschtschow, Molotow, Mikojan und Kaganowitsch, überraschend in Warschau ein, um aus eigenem Augenschein zu prüfen, ob und inwieweit den polnischen Forderungen nach mehr Selbständigkeit stattzugeben ist.

22. Oktober 1956

ISRAEL—FRANKREICH: ANGRIFFSPLAN GEGEN ÄGYPTEN

Der Ministerpräsident des Staates Israel, David Ben Gurion (verantwortlich für die — Lavon in die Schuhe geschobenen — Bombenanschläge gegen amerikanische Dienststellen in Kairo, vgl. Mitte November 1954) trifft sich geheim mit dem französischen Ministerpräsidenten Mollet, um die beiderseitigen Aggressionspläne gegen Ägypten und deren diplomatische Rechtfertigung miteinander abzustimmen. Drei Tage später wird Israel geheim mobilmachen (vgl. 6. und 14. Oktober 1956).[29]

23. Oktober 1956

In New York unterzeichnen 70 Teilnehmerstaaten an der Konferenz über das Statut der Internationalen Atomenergiebehörde eben dieses Statut, mit dem die Behörde (IAEO) gegründet wird. Ihre Aufgabe soll sein, „den Beitrag der Atomenergie zum Frieden, zur Gesundheit und zum Wohlstand der gesamten Menschheit [sic!] zu beschleunigen und zu steigern" (Art. 2). Sie soll ferner Sicherheitsmaßregeln „handhaben", um die Verwendung für friedliche Zwecke bereitgestellten spaltbaren Materials zu militärischen Zwecken zu verhindern, d. h. sie soll verhindern, daß zu den bereits vorhandenen Atomwaffen-Mächten weitere hinzukommen. Das Abkommen wird am 29. Juli 1957 in Kraft treten.[30]

NEW YORK: IAEO GEGRÜNDET

Am selben Tage bricht in Ungarn ein Volksaufstand gegen die kommunistische Parteiherrschaft aus, der vier Tage zuvor durch die Rebellion der kommunistischen Jugendorganisation eingeleitet wurde. Ministerpräsident Imre Nagy bildet eine neue Regierung, verspricht eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens, Hebung des Lebensstandards, Anpassung des Sozialismus an die ungarischen Verhältnisse. Die in Ungarn stationierten sowjetischen Streitkräfte greifen sofort ein, können die allgemeine Erhebung aber zunächst nicht unterdrücken.

UNGARN: VOLKSAUFSTAND NEUE REGIERUNG NAGY SOWJET-INTERVENTION

24. Oktober 1956

König Husain II. von Jordanien schließt ein Militärbündnis mit Ägypten und Syrien. Einen Monat später, am 27. November 1956, wird er den Pakt mit Großbritannien kündigen (vgl. 2. März 1956). Auch das ist eine Folge der abenteuerlichen Suezkanalpolitik Edens.

JORDANIEN: MILITÄRBÜNDNIS MIT ÄGYPTEN UND SYRIEN

In Polen gibt am gleichen Tage Wladislaw Gomulka, der Mitte des Monats wieder in das Zentralkomitee der kommunistischen Partei aufgenommen wurde, sein Reformprogramm bekannt, für das er auch die stillschweigende Zustimmung der Kirche anstrebt. Vier Tage später wird dem am 28. September 1953 internierten Kardinal Stefan Wyszynski gestattet werden, nach Warschau zurückzukehren, und am 29. Oktober wird Sowjetmarschall Konstantin Rokossowskij als polnischer Verteidigungsminister (seit dem 7. November 1949) zurücktreten (vgl. auch 17. Dezember 1956).

POLEN: REFORMPROGRAMM GOMULKAS RÜCKKEHR KARDINAL WYSZYNSKIS RÜCKTRITT ROKOSSOWSKIS

26. Oktober 1956

In Ungarn weitet sich der Volksaufstand in der Abwehr des Eingreifens sowjetischer Streitkräfte zum Bürgerkrieg aus. Ungari-

UNGARN: BÜRGERKRIEG

GENERALSTREIK

sches Militär unter dem Befehl des Verteidigungsministers Pal Maleter sowie Polizeiformationen kämpfen auf Seiten der Aufständischen. Ein Eisenbahnerstreik erweitert sich zum Generalstreik im ganzen Lande. Das westliche Ungarn wird bereits von den Aufständischen kontrolliert.

27. Oktober 1956

FRANKREICH — BRD: SAAR-ABKOMMEN

In Luxemburg unterzeichnen Pineau für Frankreich und Brentano für den westdeutschen Teilstaat ein Abkommen über die endgültige Regelung der Saarfrage, die durch das Ergebnis der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 (vgl. dort) akut geworden ist. Das neue Abkommen legt fest, daß das Saargebiet ab 1. Januar 1957 zum Hoheitsgebiet des westdeutschen Teilstaates gehören wird und bis spätestens zum 31. Dezember 1959 auch zu dessen Zoll- und Währungsgebiet. Frankreich wird das Recht zugesprochen, 25 Jahre lang von Lothringen aus unterirdisch 66 Millionen Tonnen Kohle aus dem Warndt abzubauen. Die drei Saar-Delegierten in der Montanunion werden durch französische Delegierte ersetzt.[31]

28. Oktober 1956

ISRAEL: BEGIN HETZT GEGEN ARABER

Vor einer Versammlung israelischer Kriegsveteranen in Tel Aviv sagt Menachem Begin u. a.: „Ihr Israelis dürft nicht weich werden, wenn ihr eure Feinde tötet, und kein Mitleid mit ihnen haben, bis wir diese sogenannte arabische Kultur vernichtet haben und auf ihren Ruinen unsere eigene Art von Zivilisation errichtet haben werden." (Vgl. hierzu 12. Oktober 1955.)[32]

29. Oktober 1956

ISRAEL: ANGRIFF AUF ÄGYPTEN MASSAKER IN KAFR KASSIM

Israel eröffnet den Angriff auf Ägypten im Einverständnis mit den Regierungschefs Frankreichs (Mollet) und Großbritanniens (Eden), doch ohne Wissen von deren Parlamenten. Als Ouvertüre zu dieser Aggression bringen israelische Soldaten die Einwohner des palästina-arabischen Dorfes Kafr Kassim, Männer, Frauen und Kinder, um, in Fortführung der Tradition von Deir Jassin (vgl. 9. April 1948), Nasr el Din, Wadi Arab (1950), Ghor As-Safi (Sept. 1951), Beit Jala (Bethlehem, 6. Januar 1952) und Kibya (vgl. 14. Oktober 1953). Israelische Truppen erobern die gesamte Halbinsel Sinai.[33]

KONFERENZ VON FEDALA: TANGER ZU MAROKKO

Anläßlich der Beendigung der Konferenz von Fedala unterzeichnen am gleichen Tage in Tanger die Vertreter Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Marokkos, der Niederlande, Portugals, Spaniens und der USA eine Erklärung sowie ein Proto-

koll, mit denen die internationale Zone von Tanger aufgehoben und diese Zone der uneingeschränkten Souveränität des Sultans von Marokko unterstellt wird. Der Sultan seinerseits versichert, daß er die in Tanger unter der internationalen Verwaltung entstandenen privaten Interessen schützen und ihre künftige Entwicklung fördern wird. Marokko hat seinen alleinigen Anspruch auf Tanger am 2. März 1956 angemeldet.[34]

AUFHEBUNG DER INTERNATIONALEN ZONE

30. Oktober 1956

Die britische und die französische Regierung richten ein (vorher mit Ben Gurion vereinbartes, vgl. 22. Oktober 1956) auf zwölf Stunden befristetes Ultimatum an Ägypten und an Israel, beide sollen ihre Truppen 10 englische Meilen vom Suezkanal abziehen. Ägypten wird mit demselben Ultimatum „ersucht", die Landung britischer und französischer Truppen zum Schutze des Suezkanals (den Ägypten gerade in eigene Verwaltung genommen hat) auf ägyptischem Hoheitsgebiet zu gestatten. Widrigenfalls würden britische und französische Streitkräfte (also ohnehin) intervenieren. Israel nimmt das Ultimatum, wie vorher vereinbart, an, Ägypten lehnt es selbstverständlich als unzumutbar ab. Das war einkalkuliert.[35] Daraufhin beginnt am

FRANKREICH—GROSS-BRITANNIEN: ULTIMATUM AN ÄGYPTEN UND ISRAEL

31. Oktober 1956

die britisch-französische Luftoffensive gegen Ägypten nach dem System Lindemann alias Lord Cherwell, insbesondere gegen Port Said, wo die Zivilbevölkerung etwa zehntausend Opfer zu beklagen hat, ähnlich, nur in verkleinertem Maßstab, wie zwölf Jahre zuvor in Dresden und Hamburg. Mit diesem Angriff, der Ägypten zu einer engeren Allianz mit der UdSSR zwingt, werden die Hintergünde von Edens Außenpolitik im Sinne des Institute for International Affairs (CFR) deutlich.[36]

FRANKREICH—GROSS-BRITANNIEN: LUFTOFFENSIVE GEGEN ÄGYPTEN ZERSTÖRUNG VON PORT SAID

Der Jemen schließt am selben Tage einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR, bezieht Waffenlieferungen auch von anderen Mitgliedstaaten des COMECON und lehnt Wirtschaftshilfe der USA ab. Der gesamte arabische Block wendet sich infolge des britisch-französisch-israelischen Angriffs auf Ägypten dem Osten zu, bzw. die Einflußzone der UdSSR und ihrer Satelliten weitet sich dementsprechend aus, ein eindeutiger Erfolg des Institute for International Affairs, der britischen Filiale des CFR.

JEMEN—UDSSR: FREUNDSCHAFTSVERTRAG

1. November 1956

UNGARN: NAGY ERKLÄRT NEUTRALITÄT

Die ungarische Regierung Nagy erklärt die Neutralität des Landes und kündigt die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt. Aus Mos-

ANKUNFT MIKOJANS

EINSATZ VON SOWJET-PANZERN

kau trifft Anastas Mikojan in Budapest ein, offiziell um über die künftige Stationierung sowjetischer Truppen in Ungarn zu verhandelen, tatsächlich um der Sache ein Ende zu machen. Gleichzeitig werden nunmehr sowjetische Panzerdivisionen eingesetzt. Der erst ein Jahr zuvor (am 18. Juli 1955) aus dem Gefängnis entlassene Kardinal Mindszenty stellt sich unter den Schutz der USA-Botschaft.

UNO FORDERT KAMPFEINSTELLUNG IN ÄGYPTEN

Die Vollversammlung der UNO fordert am gleichen Tage sofortige Feuereinstellung in Ägypten und Rückzug der israelischen Streitkräfte hinter die Demarkationslinie des Waffenstillstandsabkommens von 1949. Da ihre Forderung ignoriert wird, wird sie drei Tage später die Entsendung einer internationalen Polizeitruppe an den Suezkanal beschließen. Indessen geht der Angriff auf Ägypten weiter.[37]

2. November 1956

USA—JUGOSLAWIEN

Die Regierung der USA richtet eine Botschaft an Belgrad (Tito), in der es heißt: „Die Regierung der Vereinigten Staaten fördert nicht das Zustandekommen von Regierungen mit antisowjetischer Tendenz an den Grenzen der Sowjetunion."[38]

4. November 1956

UNGARN: SOWJETHÖRIGE REGIERUNG KADAR

Janos Kadar bildet in Szolnok/Ungarn eine sowjethörige Gegenregierung gegen Nagy. Tags darauf sind die Nachrichtenverbindungen zum Ausland unterbrochen, abgesehen von den Flüchtlingen, die in Mengen über die Westgrenze, vor allem nach Österreich, strömen.

6. November 1956

FRANKREICH—GROSS-BRITANNIEN: TRUPPEN-LANDUNG IN ÄGYPTEN ABBRUCH DES ANGRIFFS

Frankreich und Großbritannien landen Truppen in Ägypten, nachdem tags zuvor schon Luftlandeeinheiten dort angekommen sind. Der Ministerpräsident der UdSSR, Bulganin, droht in gleichlautenden Noten an Frankreich, Großbritannien und Israel mit sowjetischer Intervention. Auch Eisenhower besteht in London und Paris auf Einstellung der Aggression. Eden muß endlich begreifen, daß — nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen Außenpolitik von 1938—1945 — Britannien nicht mehr „rules the waves", und bläst den Angriff noch am selben Tage ab. Auch Klein-Napoleon Mollet kann eine Verlängerung seines ägyptischen Feldzuges nur noch bis eine Minute vor Mitternacht durchsetzen. Aber Ägypten bleibt nun gänzlich auf sowjetische Hilfe angewiesen. Das hat man immerhin erreicht.[39]

Am gleichen Tage wird bei den Präsidentenwahlen in den USA Eisenhower mit großer Mehrheit wiedergewählt, obgleich im Parlament nach wie vor die Demokraten über die Mehrheit verfügen. Offensichtlich sind die Demokraten mit dem Verhalten des „Republikaners" Eisenhower nicht unzufrieden.

USA: EISENHOWER WIEDERGEWÄHLT

7. November 1956

Ägypten macht den Suezkanal durch Schiffsversenkungen unpassierbar.

SUEZKANAL UNPASSIERBAR

9. November 1956

Die Vollversammlung der UNO fordert — natürlich vergeblich — den sofortigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Ungarn, die indessen zwei Tage später dem ungarischen Volksaufstand ein Ende bereiten werden. Der Chef der prosowjetischen Gegenregierung Janos Kadar wird am 13. November die Einreise eines UNO-Beobachters mit der Begründung ablehnen, der Aufstand sei eine interne Angelegenheit des Landes. Von der sowjetischen Intervention sagt er nichts.

UNO FORDERT ABZUG DER SOWJETS AUS UNGARN

11. November 1956

Marschall Tito verurteilt öffentlich das Vorgehen der UdSSR gegen Ungarn (siehe oben) und verschärft damit von neuem den Konflikt zwischen Jugoslawien und der UdSSR.

TITO VERURTEILT SOWJETINTERVENTION IN UNGARN

15. November 1956

Auf Drängen Ägyptens, das bei dem britisch-französisch-israelischen Angriff vom 29. Oktober bis 6. November praktisch ohne Hilfe seiner arabischen Verbündeten blieb, findet in Beirut eine Konferenz der Arabischen Liga statt. Die Vertreter Ägyptens, des Irak, des Jemen, Jordaniens, des Libanon, Libyens, Saudi-Arabiens, des Sudan und Syriens, unter ihnen drei regierende Könige, unterzeichnen eine Erweiterung des Arabischen Kollektiven Verteidigungspaktes vom 17. Juni 1950 (vgl. dort), der sich als völlig wirkungslos erwiesen hat. Man verpflichtet sich nunmehr für künftige Fälle zu sofortigen gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen und bildet einen ständigen Militärausschuß. Doch wird auch das Theorie bleiben. Der Libanon lehnt von vornherein einen Bruch mit Frankreich und Großbritannien ab und isoliert sich damit von den übrigen arabischen Staaten. Das Übergreifen nationalistisch-arabischer Tendenzen von Syrien her auf die libanesischen Mohammedaner wird zu einem Bürgerkrieg in Libanon führen (vgl. 14. Juli 1958).[40]

BEIRUT: KONFERENZ DER ARABISCHEN LIGA

ERWEITERUNG DES VERTEIDIGUNGSPAKTES

LIBANON SCHLIESST SICH AUS

UNGARN: KADAR VERSPRICHT FREIE WAHLEN

Am selben Tage verspricht der neue sowjethörige ungarische Ministerpräsident Kadar die Durchführung freier Wahlen sowie Verhandlungen mit den Sowjets über Truppenabzug und keine Strafverfolgung von Teilnehmern an der „großen Volksbewegung". Natürlich wird keine dieser Versprechungen gehalten. Die Verhaftungswelle wird zwölf Tage später beginnen.

16. November 1956

INDIEN: NEHRU ENTHÜLLT ZUSAMMENHANG ZWISCHEN AKTIONEN IN ÄGYPTEN UND UNGARN

Der indische Regierungschef Nehru erklärt (vgl. auch 7. Oktober 1956), die blutigen Kämpfe in *Ungarn* seien ohne den britisch-französisch-israelischen Angriff auf Ägypten (vgl. 29. Oktober und 6. November 1956) nicht entstanden. Das heißt, Nehru kennt den Zusammenhang zwischen den Interventionen der UdSSR in Ungarn einerseits und Großbritanniens und Frankreichs in Ägypten andererseits. Beide sind für die UdSSR erfolgreich. Nehru kennt zweifellos auch die Tendenzen der aus den round-table-groups hervorgegangenen CFR-Institutionen.

20. November 1956

ISLAND—USA: US-TRUPPEN BLEIBEN AUF ISLAND

Island vereinbart mit den USA, daß deren Truppen vorerst auf Island bleiben. Die Forderung der Anfang April aus Kommunisten und Linkssozialisten gebildeten „Volksallianz" (Volksfront) unter Führung von Hannibal Valdimarsson nach Austritt Islands aus der NATO und Abzug der USA-Streitkräfte scheitert am Widerstand der Sozialdemokraten, zu denen auch der Außenminister Guthmunsson gehört, sowie der Fortschrittspartei. Vor allem scheitert sie an der Finanzlage, da Island wirtschaftlich auf den USA-Stützpunkt Keflavik angewiesen ist.

22. November 1956

UNGARN: NAGY NACH RUMÄNIEN VERSCHLEPPT UND ERMORDET

Aus Budapest werden Imre Nagy (vgl. 23. Oktober 1956) und seine Mitarbeiter nach Rumänien verschleppt, nachdem man sie unter einem Vorwand veranlaßt hat, die jugoslawische Botschaft, in der sie Zuflucht gefunden haben, zu verlassen. Ihre Ermordung wird man erst anderthalb Jahre später, am 17. Juni 1958, bekannt geben (als „Hinrichtung").

UNO-TRUPPEN BESETZEN PORT SAID ABZUG DER FRANZÖSISCHEN UND BRITISCHEN TRUPPEN

3. Dezember 1956

Einheiten der UNO-Polizeitruppen besetzen den verwüsteten ägyptischen Hafen Port Said, nachdem Ägypten sich am 12. November mit deren Stationierung einverstanden erklärt hat. Die letzten britischen und französischen Streitkräfte werden Ägypten am 22. Dezember verlassen. Eden wird zwei Wochen später zurücktreten, Mollet am 22. Mai gestürzt werden. Nur Ben Gurion geht mit deutlichem Prestigegewinn aus der Situation hervor.

9. Dezember 1956

UNGARN: ERNEUTER GENERALSTREIK VERFOLGUNGSWELLE

In Ungarn rufen die nationalen Arbeiterräte trotz des von den Sowjets verhängten Standrechts erneut zum Generalstreik auf. Genau eine Woche später werden die ersten Todesurteile gegen Aufständische verkündet werden (vgl. 22. November 1956).

15. Dezember 1956

BRD: ALLGEMEINE WEHRPFLICHT BEI ANTIMILITÄRISCHER ERZIEHUNG

In dem westdeutschen Teilstaat wird durch Gesetz die bereits am 7. Juli beschlossene allgemeine Wehrpflicht für Männer zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr eingeführt, auf 12 Monate befristet. Das bedeutet, daß dieselben Jahrgänge in die Kasernen einberufen werden, denen bis zu diesem Zeitpunkt (und auch noch fernerhin) im Schulunterricht wie in Presse und Rundfunk der Militärdienst und das Soldatentum in jeder Weise verdächtig und verächtlich gemacht wurden. Diese totale Rücksichtslosigkeit gegenüber den betroffenen Jahrgängen, die über Nacht die ihnen anerzogene Einstellung um 180 Grad wenden sollen, ist kennzeichnend für das, was man im Westen unter „Demokratie", das Kreuzzugsidol beider Weltkriege, versteht, insoweit man sich überhaupt die Mühe macht, über einen so paradoxen Begriff (Dämos und kratein) nachzudenken. Die zum Militärdienst einberufenen Jahrgänge werden um ihre Meinung nicht befragt und die Meinung, die man ihnen zuvor beigebracht hat, soll plötzlich nicht mehr gelten. Unter diesen Umständen ist es erstaunlich, in wie geringem Umfang anfangs von der Möglichkeit der Militärdienstverweigerung Gebrauch gemacht werden wird.

17. Dezember 1956

POLEN—UDSSR: ABKOMMEN ÜBER SOWJETISCHE TRUPPENSTATIONIERUNG

In Warschau unterzeichnen Schepilow und Schukow für die UdSSR, Rapacki und Spychalski für Polen ein Abkommen über die weitere Stationierung sowjetischer Truppen in Polen, nachdem der rehabilitierte Wladislaw Gomulka am 21. Oktober 1956 wieder Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei geworden ist und Mitte November 1956 seinen Kurs einer größeren inneren Selbständigkeit Polens durchsetzen konnte. In Artikel 1 des Abkommens heißt es u. a.: „Der zeitweilige Aufenthalt sowjetischer Truppen in Polen kann ... nicht zu ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Polnischen Volksrepublik führen."[41]

29. Dezember 1956

CHINA: JUGOSLAWISCHER KOMMUNISMUS „ABWEICHUNG"

In einer Grundsatzerklärung des chinesischen Politbüros wird die jugoslawische Form des Kommunismus als „Abweichung von der Diktatur des Proletariats" verurteilt. Noch steht die chinesische

Volksrepublik auf seiten der UdSSR und erkennt diese als Zentralmacht des kommunistischen Blocks an.

noch Dezember 1956

LAOS: AUSTRITT AUS DER FRANZÖSISCHEN UNION

Laos scheidet aus der Französischen Union aus. Damit sind auch die letzten Bindungen Indochinas an seine einstige Kolonialmacht Frankreich gelöst. Im südlichen Indochina treten die USA für die nächsten anderthalb Jahrzehnte das Erbe an. Es wird kein glückliches Erbe sein, da die prokommunistischen Kräfte in den USA um den CFR eine klare und rechtzeitige Bekämpfung des Kommunismus trotz des Vietnamkrieges hintertreiben werden, bis am Ende ganz Indochina den Kommunisten überlassen werden wird.

PHILIPPINEN: EUCHARISTISCHER KONGRESS SPELLMAN

Papst Pius XII. entsendet den Erzbischof von New York, Kardinal Francis Spellman, als Päpstlichen Legaten zum Eucharistischen Kongreß in Manila auf den Philippinen. Dort gelingt es dem Kardinal, zwischen dem Präsidenten der Philippinen Magsaysay und der amerikanischen Botschaft zu vermitteln und einen Bruch zu verhindern.[42]

noch 1956 (ohne nähere Datierung)

GROSSBRITANNIEN: ATOMKRAFTWERK CALDERHALL

In Großbritannien nimmt man in Calderhall das erste Atomenergiekraftwerk für den zivilen Bedarf in Betrieb. Es wird bei einem Unfall die Gefährlichkeit solcher Anlagen für die Bevölkerung der weiteren Umgebung erweisen (Strahlenverseuchung von Viehweiden, Milchvieh und Trinkmilch).

1957

10. Januar 1957

GROSS-BRITANNIEN: REGIERUNG MACMILLAN

Anstelle von Eden, der wegen seines gescheiterten Ägyptenfeldzuges zurücktreten muß, wird Harold Macmillan britischer Premierminister und bildet eine neue Regierung.

MALAYA: BRITISCHE STÜTZPUNKTE

Am gleichen Tage schließt Sultan Abdul Rahman, erster Ministerpräsident der Malaiischen Föderation nach den allgemeinen Wahlen vom 23. Juli 1955, ein Abkommen mit Großbritannien, das diesem das Recht einräumt, innerhalb Malayas Truppen und Stützpunkte zu unterhalten. Als Gegenleistung sagt Großbritannien Hilfe bei Aufstellung und Ausbildung landeseigener Streitkräfte sowie bei der Landesverteidigung zu.[1]

11. Januar 1957

UNGARN: NEUE DEMONSTRATIONEN VERHAFTUNGEN SCHAUPROZESSE

In Ungarn werden erneute Demonstrationen der Arbeiter von russischen Panzereinheiten unterdrückt. Zwei Wochen später werden die moskauhörigen Regierungsorgane der Regierung Kadar eine Welle von Verhaftungen und Schauprozessen anrollen lassen, die sich über ein halbes Jahr hinziehen wird. Es ist das altbekannte Bild sowjetischen Terrors (vgl. auch 27. Mai 1957). Etwa 100 000 Ungarn werden in Gefängnissen und Konzentrationslagern eingesperrt, 200 000 sind über die Grenzen geflüchtet. Die Regierung gibt 107 Hinrichtungen zu.

11. — 13. Januar 1957

DAKAR: KONGRESS DER CONVENTION AFRICAIN

In Dakar, der Hauptstadt Senegals, findet ein Kongreß der von Leopold Sédar Senghor gegründeten französisch-westafrikanischen überterritorialen Convention Africain statt, der sich für eine Föderation selbständiger Staaten einsetzt und das Verhältnis zu Frankreich im Sinne einer „Union freier und gleichberechtigter Völker" gestalten will.

SENGHOR

Senghor, einer der hervorragendsten und ideenreichsten Köpfe Schwarzafrikas, ist seit 1946 Abgeordneter der französischen Nationalversammlung und Professor an der Ecole Nationale de la France d'Outre Mer.[2]

18. Januar 1957

CHINA-UDSSR: REISE TSCHU EN-LAIS

Der Ministerpräsident der Volksrepublik China, Tschu En-lai, kommt zu einem Kurzbesuch in die UdSSR, nachdem er an den beiden vorausgehenden Tagen Polen und Ungarn besucht hat. In seinen jeweils abgegebenen Erklärungen erkennt er die Rolle der UdSSR in der kommunistischen Welt an, nicht aber ihren Hegemonialanspruch.

BAYERN: NEUES URTEIL GEGEN OHRENSTEIN

Das Landgericht Augsburg verurteilt am selben Tage den früheren Landesrabbiner Ohrenstein wegen Betruges nunmehr nur noch zu neun Monaten Gefängnis mit *Bewährungsfrist* (vgl. 31. März 1955 und 20. März 1956. Das heißt, Ohrenstein braucht nun überhaupt keine Strafe mehr anzutreten.[3]

26. Januar 1957

INDIEN: EINGLIEDERUNG KASCHMIRS

Indien gliedert den von indischen Truppen besetzten Teil Kaschmirs — entgegen einer Resolution des Sicherheitsrates der UNO — dem indischen Staatsgebiet ein und entspricht damit einem Beschluß der verfassunggebenden Versammlung Kaschmirs vom November 1956. Da aber Kaschmir auch von Pakistan beansprucht wird, verstärken sich die Spannungen zwischen den ohnehin von Anfang an verfeindeten Staaten.

27. Januar 1957

DEUTSCHLAND: SED CONTRA GEHLEN (BND)

Der westdeutsche Bundesnachrichtendienst (vormals „Organisation Gehlen") wird von dem mitteldeutschen Zentralorgan der SED „Neues Deutschland" bezichtigt, durch „Einflußagenten" bei der Vorbereitung des ungarischen Volksaufstandes von 1956 mitgewirkt zu haben. Doch wird mit dieser Behauptung die Aktionsfreiheit und der politische Handlungsspielraum des BND erheblich überschätzt.[4]

2. Februar 1957

ÖSTERREICH SCHLIESSUNG DES BÜROS DES „WELTFRIEDENSRATS"

Die österreichische Regierung läßt — in Wahrung ihrer Neutralität — das Wiener Büro des (kommunistischen) „Weltfriedensrates" schließen. Bereits sechs Jahre zuvor ist diese Organisation wegen staatsfeindlicher Tätigkeit aus Frankreich ausgewiesen worden und hat damals ihren Sitz nach Prag verlegt.[5]

3. Februar 1957

FRANZÖS. AFRIKA: EINGEBORENE MINISTER

Frankreich gesteht den eingeborenen Regierungsräten in Französisch Afrika die Position von Ministern zu, nachdem im Rahmen des Gesetzes vom 23. Juni 1956 einheitliche Wahlkollegien für Weiße und Schwarze eingeführt und den Territorialversammlungen gesetzgeberische Befugnisse in Fragen ihres Gebietes eingeräumt wurden.

8. Februar 1957

CEYLON-CHINA:

Ceylon nimmt diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China auf und erhält von dieser die Zusage einer Wirtschaftshilfe in Höhe von 75 Millionen *Rupien*. Von den USA erhält Ceylon

für 1956/57 Kredite in Höhe von 12 Millionen *Dollar*. Seit den Wahlen vom 7. April 1956 steht die Insel unter der Regierung des Führers der Ceylonesischen Freiheitspartei, Salomon Bandaranaike, der mit den Gewinnern der Wahlen, der *„Vereinigten Volksfront"*, eine Koalition eingegangen ist. Daher die Hinwendung zu der chinesischen Volksrepublik.

DIPLOM. BEZIEHUNGEN UND WIRTSCHAFTSHILFE BANDARANAIKE

14. Februar 1957

GROSSBRITANNIEN-JORDANIEN: VERTRAG ÜBER ABZUG DER STREITKRÄFTE

In Amman wird ein Vertrag zwischen Großbritannien und Jordanien unterzeichnet, in dem Großbritannien sich verpflichtet, seine Streitkräfte bis spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten aus Jordanien abzuziehen. Dafür wird es seine bisherigen Militärsubventionen von jährlich 10 Millionen Pfund an Jordanien einstellen bzw. durch eine jährliche zinsfreie Anleihe in Höhe von 2 Millionen Pfund für *nicht*militärische Zwecke ersetzen. Jordanien wird an Großbritannien für die von den britischen Truppen zurückgelassenen Ausrüstungsvorräte und Einrichtungen 4,25 Millionen Pfund Vergütung zahlen, in Raten bis 1960. Der Vertrag wird bereits am 13. März in Kraft treten und stellt einen Teil der durch Eden veranlaßten Abwendung der arabischen Staaten vom Westen dar, ganz im Sinne derjenigen Kreise im Westen, die eine weitere Ausweitung der kommunistischen Einflußsphäre begünstigen.[6]

25. Februar 1957

SPANIEN: REGIERUNGSUMBILDUNG VERDRÄNGUNG DER FALANGE

Franco bildet die spanische Regierung um. In dem neuen Kabinett sind nur noch drei Angehörige der Falange vertreten. Die übrigen Minister sind Mitglieder konservativ-monarchistischer Kreise, betreiben also, wie Franco selbst, die Restauration. Der Gedanke einer nationalrevolutionären Erneuerung, wie ihn der Begründer der Falange, Jose Antonio Primo de Rivera, verfochten hat, war Franco von jeher zutiefst suspekt. Er vermag nicht zu erkennen, daß darin die einzig mögliche Abwehr gegen die internationale sozialistische Revolution gegeben war und ist.

27. Februar 1957

CHINA: MAO LOCKT DIE OPPOSITION HERVOR UND ZERSCHLÄGT SIE „HUNDERT BLUMEN"

Mao Tse-tung verliest vor dem erweiterten Gremium der Obersten Staatskonferenz eine Abhandlung „Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volk". Darin klingt noch einmal die „Hundert-Blumen"-Theorie vom 26. Mai 1956 (vgl. dort) an, und zwar wiederum, wie im Jahre zuvor, in provokatorischer Absicht. Wieder wird die Kritik der Opposition auf den Plan gerufen und wieder — in den darauffolgenden Wochen — zerschlagen werden. Dann, am 18. Juni 1957, wird diese Rede Maos in

von ihm selbst revidierter und ergänzter Form veröffentlicht werden.[7]

28. Februar 1957

KAIRO: ARABISCHE VIERER-KONFERENZ

In Kairo nimmt eine arabische Viererkonferenz ihr Ende, an der außer dem Gastgeber Nasser König Husain von Jordanien, König Saud von Saudi-Arabien und Präsident Schukry el Kuwatly von Syrien teilnahmen. König Saud hat über seinen Staatsbesuch in den USA berichtet, daß Eisenhower in einer vertraulichen Erklärung u. a. die Souveränitätsrechte Ägyptens am Suezkanal anerkannt habe. Man beschließt, weiterhin „am Rande des kalten Krieges" zwischen West und Ost zu bleiben und einem „aktiven Neutralismus" zu folgen. Man fordert im Schlußkommuniqué Abzug der israelischen Truppen, Anrecht der Palästina-Araber auf das arabische Palästina und Entschädigung Ägyptens für die britisch-französische Intervention.[8]

noch Februar 1957

BRASILIEN-USA: GEHEIM-ABKOMMEN ÜBER STÜTZPUNKTE

Die brasilianische Regierung Kubitschek (seit 31. Januar 1956) überläßt den USA in einem Geheimabkommen, dessen genaue Datierung nicht feststellbar war, die Insel Fernando do Noranha (etwa 360 Kilometer vor der Nordostküste Brasiliens) als Stützpunkt speziell zur Beobachtung von Interkontinentalraketen. Angeblich soll in einem zweiten Geheimabkommen auch ein Stützpunkt an der Amazonasmündung eingeräumt worden sein.[9]

6. März 1957

GHANA: NKRUMAH PROKLAMIERT UNABHÄNGIGKEIT

AUFLÖSUNG BRITISCH WESTAFRIKAS

In Accra, der Hauptstadt der Goldküste, proklamiert der Präsident, Dr. Kwame Nkrumah, im Parlament die Unabhängigkeit des neuen Staates *Ghana*. Dieser setzt sich aus der Goldküste und dem britischen Mandatsteil der ehemaligen deutschen Kolonie Togo zusammen. Großbritannien hat seine 1953 künstlich geschaffene „Federation of British Westafrica" (Nigeria, Britisch Kamerun, Gambia, Goldküste, Britisch Togo, Sierra Leone) aufgeben müssen. Die Verschiedenheiten von Volkstum und wirtschaftlicher Entwicklung ließen sich nicht überbrücken. Ghana eröffnet nunmehr den Reigen zahlreicher Neugründungen unabhängiger Staaten in Afrika, die sich aus dem Zerfall der Kolonialreiche ergeben.[10]

ÄGYPTEN: ISRAEL RÄUMT GAZASTREIFEN

Die Streitkräfte Israels beginnen am selben Tage mit der Räumung des Gazastreifens. Truppen der UNO rücken dafür ein und beobachten die Einhaltung der Waffenstillstandsbestimmungen. Die USA nehmen die vorübergehend unterbrochene Wirtschaftshilfe für Israel wieder auf.

9. März 1957

In den USA unterzeichnet Präsident Eisenhower einen Kongreßbeschluß, die sogenannte „Eisenhower-Doktrin", künftig die Staaten im Mittleren Osten wirtschaftlich zu unterstützen und ihnen zur „Erhaltung ihrer nationalen Unabhängigkeit" auch militärische Hilfe zu leisten, „sofern sie um solche Hilfe ersuchen". Es werden dafür — befristet — 200 Millionen Dollar bereitgestellt. Nachdem also Eden die Araber den Sowjets in die Arme getrieben hat, will jetzt eine Mehrheit im Kongreß der USA sie aus dieser Umarmung mit unzulänglichen Mitteln wieder „befreien". Die Ambivalenz der westlichen „Politik" wird anschaulich demonstriert.[11]

USA: „EISENHOWER-DOKTRIN"

HILFE FÜR MITTL. OSTEN

12. März 1957

In Ost-Berlin unterzeichnen Gromyko und Schukow einen „Vertrag" zwischen der UdSSR einerseits und ihrem mitteldeutschen Satellitenstaat andererseits über die fortdauernde Stationierung sowjetischer Truppen im mitteldeutschen Raum. Die UdSSR verfügt, daß dadurch die „Souveränität" des mitteldeutschen Teilstaates nicht „beeinträchtigt" werde. Das trifft sogar zu, da an dieser „Souveränität" ohnehin nichts zu „beeinträchtigen" ist. (Dasselbe gilt natürlich sinngemäß auch für den westdeutschen Teilstaat mit dem Unterschied, daß dieser „souveräner" Satellit von vier Mächten einschl. Israel ist). Immerhin erklärt sich die UdSSR bereit, vor größeren Truppenbewegungen, Umbelegungen und Manövern die mitteldeutsche Regierung zu „konsultieren". Artikel 18 gibt der UdSSR „im Falle der Bedrohung der Sicherheit" ihrer Stationierungstruppen, einem Falle also, dessen Gegebensein allein in ihr Ermessen gestellt ist, jede Handlungsfreiheit, „Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung" zu treffen. Der „Vertrag" wird noch 1957 ratifiziert werden und damit in Kraft treten.[12]

UDSSR-DDR: „VERTRAG" ÜBER TRUPPEN-STATIONIERUNG

13. März 1957

Äthiopien räumt — in Abwendung von Großbritannien — den USA Stützpunkte für deren Luftstreitkräfte ein. Dafür unterstützen die USA Äthiopien beim Aufbau und bei der Ausbildung einer eigenen Luftwaffe. In den diesbezüglichen Vereinbarungen wird die „völlige Gleichberechtigung" betont, angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse eine Floskel, von beiden Seiten mit um so größerer Feierlichkeit vorgebracht.

ÄTHIOPIEN-USA: STÜTZPUNKT-ABKOMMEN

21. März 1957

Anläßlich einer britisch-amerikanischen Konferenz auf den Bermuda-Inseln wird vereinbart, daß die USA Großbritannien Mit-

GROSSBRITANNIEN-USA:

BERMUDA-KONFERENZ RAKETEN-ABKOMMEN

telstreckenraketen liefern. Die Sprengköpfe mit atomarer Ladung bleiben im Gewahrsam der USA, werden aber in Großbritannien gelagert, das im Einsatzfalle ein Mitspracherecht erhält. Mit dieser Vereinbarung wird Großbritannien zu einer vorgeschobenen Stellung der Abschreckungsstrategie, der einzig wirksamen Friedenssicherung in den kommenden Jahrzehnten.

25. März 1957

ROM: GRÜNDUNGS-VERTRÄGE EWG UND EURATOM

In Rom unterzeichnen die Regierungschefs und Außen- bzw. Wirtschaftsminister der Benelux-Staaten, Frankreichs, Italiens und des westdeutschen Teilstaates zwei Verträge, den Vertrag über die Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Sinne eines gemeinsamen Marktes, und den Vertrag über die Errichtung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) mit gemeinsamen Anlagen zur Verwendung von Atomenergie. Beide Verträge sind bereits auf der Pariser Konferenz vom 18.—20. Februar 1957 beschlossen worden. Die Unterzeichnung in Rom ist ein Zeremoniell, dem die Absicht aller Beteiligten, ausgenommen Frankreich, zugrundeliegt, der wirtschaftlichen Vereinigung so bald wie möglich auch die politische Vereinigung

EUROPA-MODELLE

zunächst Westeuropas im Geiste Coudenhove-Kalerghis folgen zu lassen. Diesem Bestreben wird jedoch de Gaulle seinen Gedanken eines „Europas der Vaterländer“, d. h. eines europäischen Staatenbundes unter Erhaltung der nationalen Eigenarten und Eigenständigkeiten, hartnäckig entgegenstellen. Allerdings ist auch bei

DE GAULLE UND DER KOMMUNISMUS

de Gaulle zweifelhaft, wie er sich die Erhaltung der nationalen Eigenständigkeiten vorstellt, da seine Äußerung gegenüber General de Beauford im Frühjahr 1960 enthüllen wird, daß er „die Entwicklung im Sinne des Kommunismus“ für „unaufhaltsam“ und es für „Wahnsinn“ hält, „sich dagegen zu stemmen“. Er werde sich „daher mit der Sowjetunion zusammentun. So werden wir ein Europa vom Atlantik bis zum Ural errichten ... Unsere gegenwärtigen Verbündeten werden dagegen mit aller Kraft opponieren, aber ich werde nicht nachgeben, sondern *ganz West-*

ALTERNATIVEN

europa zu dieser Politik bekehren.“ So gesehen stehen also die Gründer der EWG von Anfang an vor der Alternative, mit ihren Vereinigungsbestrebungen entweder eine europäische Freimaurerrepublik oder ein europäisches Sowjetimperium zu schaffen, insofern nicht ohnehin beide Modelle auf dieselbe Endlösung hinzielen, eine „Endlösung“, die der von 1941—44 genau entgegengesetzt wäre.[13]

28. März 1957

Großbritannien hebt die am 9. März 1956 (vgl. dort) verfügte Verbannung des Erzbischofs Makarios III. auf. Der Erzbischof

kann nach Zypern zurückkehren und seine Wirksamkeit als geistiges Haupt der Widerstands- und Unabhängigkeitsbewegung wieder aufnehmen. Binnen kurzem wird es zu mehreren verlustreichen Kämpfen zwischen britischen Einheiten und der zyprischen Unabhängigkeitsbewegung EOKA kommen.

GROSS-BRITANNIEN-ZYPERN: RÜCKKEHR DES ERZBISCHOFS MAKARIOS

2. April 1957

In Er Riad/Saudiarabien unterzeichnen König Saud und für die USA Richards ein neues Stützpunktabkommen, das den USA für weitere fünf Jahre die Benutzung des Flugplatzes Dharan einräumt, allerdings ohne ständige Stationierung von US-Streitkräften.[14]

SAUDIARABIEN-USA: STÜTZPUNKT-ABKOMMEN

4. April 1957

Großbritannien macht Singapur zu einem eigenen Staat mit Selbstregierung im Rahmen des britischen Commonwealth, behält sich jedoch die Kontrolle der Außen- und Verteidigungspolitik sowie das Recht zur Unterhaltung britischer Stützpunkte vor.[15]

GROSS-BRITANNIEN: AUTONOMIE FÜR SINGAPUR

10. April 1957

König Husain von Jordanien, der noch am 13. Februar 1957 ein Abkommen mit Großbritannien über den Abzug der britischen Truppen geschlossen hat (vgl. auch 2. März und 24. Oktober 1956), sieht sich nunmehr von seinen neuen Verbündeten Ägypten und Syrien in seiner Handlungsfreiheit bedroht, setzt sich daher über die linksnationale jordanische Regierung hinweg und wendet sich dem Irak, Saudiarabien (beides noch Monarchien) sowie den USA zu, die er um Finanz- und Militärhilfe angeht. Ein Jahr später, nach dem Umsturz im Irak (vgl. 14. Juli 1958), wird er sogar britische Truppen zurückrufen.

JORDANIEN: HUSAIN SUCHT RÜCKHALT BEI DEN USA

16. April 1957

Frankreich gewährt seinem Mandatsgebiet Kamerun das Autonomie-Statut als Übergangsregelung zur endgültigen Unabhängigkeit. Die Territorialversammlung erhält darin weitgehende gesetzgeberische Funktionen. Ein eingeborener Ministerpräsident, der allerdings noch nicht vom Parlament gewählt, sondern vom französischen Hohen Kommissar ernannt wird, bildet eine landeseigene Regierung.

FRANKREICH: AUTONOMIE FÜR KAMERUN

17. April 1957

In Moskau wird ein Vertrag zwischen der UdSSR und der kommunistischen Volksrepublik Albanien unterzeichnet, der zur Hauptsache den Erlaß von Kreditschulden Albaniens bei der

ALBANIEN-UDSSR:

VERTRAG ÜBER WIRTSCHAFTS-HILFE

UdSSR in Höhe von insgesamt 422 Millionen Rubel zum Gegenstand hat. Außerdem sagt die UdSSR Albanien die Lieferung von kompletten Industrieeinrichtungen zu. In einem gleichzeitig unterzeichneten gemeinsamen Kommuniqué wird die Verbesserung der Beziehungen zu Griechenland, Italien und Jugoslawien angeboten, andererseits der Balkanpakt Griechenlands, Jugoslawiens und der Türkei verurteilt.[16]

24. April 1957

ÄGYPTEN: SUEZKANAL-STATUT

Ägypten erläßt ein Statut über die Benutzung des Suezkanals, nachdem dieser aufgrund von Instandsetzungsarbeiten der UNO seit dem 29. März wieder für Schiffe bis zu 14 000 t passierbar ist. Die Benutzungsgebühren werden durch die ägyptische Kanalbehörde erhoben. Die Entschädigung der Aktionäre der alten Suezkanalgesellschaft (es handelt sich um einen Gesamtbetrag in Höhe von etwa 280 Millionen DM) wird durch ein Abkommen vom 13. Juli 1959 geregelt werden.

29. April 1957

STRASSBURG: KONVENTION DES EUROPARATES

In Straßburg unterzeichnen Vertreter der Mitgliedstaaten des Europarates (vgl. 5. Mai 1949) eine Konvention zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten zwischen eben diesen Mitgliedstaaten. Es werden drei Verfahren vorgesehen: gerichtliche Entscheidung durch den Internationalen Gerichtshof im Haag, Schlichtung durch einen Ausschuß und Schiedsverfahren durch ein eigens eingesetztes Schiedsgericht. Nur Norwegen und Schweden werden diese Konvention ratifizieren.[17]

30. April 1957

DÄNEMARK: NOTE DER UDSSR WEGEN NATO-ZUGEHÖRIGKEIT ZURÜCKGEWIESEN

Die Regierung Dänemarks weist eine Note der UdSSR zurück, in der gegen den Verbleib Dänemarks in der NATO Einspruch erhoben wird. Ebenso wird sie zwei Jahre später einen sowjetischen Vorschlag, im Ostseeraum eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen (vom 3. Juni 1959), ablehnen.

4. Mai 1957

WEU: VERTEIDIGUNGS-AUSSCHUSS FORDERT ATOMWAFFEN

Der Verteidigungsausschuß der WEU fordert für die militärische Sicherheit des Westens, die Streitkräfte der sieben WEU-Staaten (vgl. 19./23. Oktober 1954) müßten mit taktischen Atomwaffen (d. h. in der Größenordnung für Fronteinsatz) ausgerüstet werden. Das Parlament der WEU-Staaten wird dieser Entschließung des Ausschusses vier Tage später zustimmen. Die Entscheidung liegt natürlich bei den USA (vgl. 19. Dezember 1957).

5. Mai 1957

NICARAGUA-HONDURAS: WAFFEN-STILLSTAND

Nicaraguanische Truppen sind in Honduras eingefallen, das eine von Nicaragua geforderte Grenzrevision abgelehnt hat. Die OAS (vgl. 30. April 1948) vermittelt ein Waffenstillstandsabkommen.

7. Mai 1957

TAIWAN-USA: RAKETEN-ABSCHUSS-BASIS

Zwischen den USA und der Regierung Nationalchinas auf Formosa (Taiwan) wird ein Abkommen über die Stationierung einer amerikanischen Raketenabschußeinheit für Raketen mit atomaren Sprengköpfen auf Formosa getroffen.

13. Mai 1957

GROSS-BRITANNIEN-ÄGYPTEN: KANAL-BENUTZUNG

Großbritannien und Ägypten kommen überein, daß britische Schiffe den Suezkanal gegen Entrichtung der Kanalgebühren in Pfund Sterling befahren werden.

14. Mai 1957

IRAK-SAUDI-ARABIEN: GEMEINSAME ERKLÄRUNG

In Bagdad geben König Saud von Saudiarabien und König Feisal von Irak nach einer Konferenz, an der auch König Husain von Jordanien teilgenommen hat, eine gemeinsame Erklärung darüber ab, daß beide Staaten sich ausländischen Interventionen, dem Zionismus und Imperialismus, der die arabische Nation bedrohe, widersetzen und daß kein arabisches Land sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen arabischen Landes einmischen solle. Irgendeine politische Wirkung hat diese Erklärung der beiden Könige nicht, ausgenommen die Tatsache der Aussöhnung zwischen Haschemiten- und Wahabitendynastie.[18]

27. Mai 1957

UNGARN-UDSSR: „VERTRAG" ÜBER TRUPPEN-STATIONIE-RUNG

In einem in Budapest unterzeichneten Truppenstationierungs-„Vertrag" zwischen der UdSSR und ihrem ungarischen Satelliten verfügt erstere, daß der Verbleib sowjetischer Truppen in Ungarn „eine zeitweilige Maßnahme ist und in keiner Weise die Souveränität [sic!] des ungarischen Staates beeinträchtigt". Diese Truppen würden sich nicht in die inneren Angelegenheiten Ungarns einmischen. Das haben die Ungarn ein Jahr zuvor unter blutigen Opfern zu spüren bekommen.[19]

30. Mai 1957

BUENOS AIRES: SÜDATLANTIK-KONFERENZ

Die Präsidenten Argentiniens (Aramburu), Brasiliens (Kubitschek), Paraguays und Uruguays beenden in Buenos Aires eine vierzehntägige Konferenz, in deren Verlauf 18 nicht veröffentlichte Empfehlungen gefaßt wurden. Zu deren Verwirklichung wurde eine ständige „Südatlantikkonferenz" beschlossen. Die

Außenminister der Teilnehmerstaaten sollen regelmäßig zusammentreffen. Doch ist *kein* Regionalpakt innerhalb des Inter-American Treaty of Reciprocal Assistance vom 30. August 1947 (vgl. dort, Pakt von Rio de Janeiro) beabsichtigt. USA und United Fruit Company wachen über ihre ungeschriebene „Breschnew-Doktrin".[20]

noch Mai 1957

FRANKREICH-ALGERIEN: GENERAL JUIN

„Le Monde", Paris, veröffentlicht den Ausspruch des französischen Generals Juin: „Wir müssen in Algerien gewinnen. Wenn wir in Algerien siegen, dann können wir unsere Zugeständnisse an Tunesien und Marokko revidieren. Wenn wir nicht siegen, werden wir alles verlieren, was wir in diesen Ländern noch haben." Diese Meldung wird von der arabischen Presse aufgegriffen als Beweis dafür, daß „der französische Imperialismus immer noch Hintergedanken gegen Tunesien und Marokko hegt".[21]

3. Juni 1957

KAIRO: WIRTSCHAFTS-KONFERENZ DER ARABISCHEN LIGA

In Kairo findet eine Wirtschaftskonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga Ägypten, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien und Syrien statt. Es wird ein Abkommen über freien Waren- und Kapitalverkehr unter den Teilnehmerstaaten sowie über freies Niederlassungs- und Handelsrecht sowie die Errichtung eines gemeinsamen ständigen Wirtschaftsrates in Kairo *geplant*, aber noch nicht geschlossen.[22]

6. Juni 1957

USA: BEITRITT ZUM BAGDAD-PAKT (MILITÄR-AUSSCHUSS)

Die USA treten dem Militärausschuß des Bagdad-Paktes Irak-Türkei bei (vgl. 24. Februar 1955), dem sich Großbritannien bereits am 30. März 1955 angeschlossen hat. Dieser Schritt ist im Rahmen der „Eisenhower-Doktrin" (vgl. 9. März 1957) zu verstehen, wird aber von der arabischen Liga, insbesondere von den arabischen Nationalisten, als ein Beweis für Hegemonialpolitik der Großmächte verurteilt.

7. Juni 1957

GROSS-BRITANNIEN-CEYLON: AUFGABE VON STÜTZPUNKTEN

Großbritannien tritt in einem Abkommen mit Ceylon, dem es 1948 den Dominion-Status zuerkannte, seine militärischen Stützpunkte auf der Insel Trincomalee (Flotte, mit Wirkung vom 15. Oktober 1957) und Katunayake (Luftwaffe, mit Wirkung vom 1. November 1957) gegen eine Entschädigung von 1,65 Millionen Pfund Sterling, zahlbar in 5 Jahresraten, an Ceylon ab. Die *Volksfront*-Regierung Bandaranaike (seit April 1956) bestand darauf, und Großbritannien gab nach. Für den Abzug seiner

Truppen erhält es drei Jahre Zeit. Das Abkommen tritt sofort in Kraft. Man vergleiche das Verhalten Großbritanniens gegenüber dem (noch) nicht kommunistischen Ägypten.[23]

TRUPPEN-ABZUG

4. Juli 1957

In der UdSSR findet ein einschneidender Führungswechsel statt. Kaganowitsch, Malenkow, Molotow und Schepilow werden aus dem Politbüro und aus dem Zentralkomitee der Partei ausgeschlossen, ebenso aus der Regierung. Ihnen wird zum Vorwurf gemacht, sie hätten zu den Führungsmethoden zurückkehren wollen, die beim XX. Parteitag verurteilt worden seien (also den stalinistischen, vgl. 14.—25. Februar 1956). Tatsächlich ist es Chruschtschow selbst, der damit zum Führungsstil Stalins zurückkehrt, daß er alle, die ihm gefährlich werden könnten, ausschaltet.

UDSSR: AUSSCHLUSS KAGANOWITSCHS, MALENKOWS UND MOLOTOWS

6. Juli 1957

Argentinien bricht die diplomatischen Beziehungen zu Venezuela ab, weil dieses sich weigert, den gestürzten argentinischen Staatspräsidenten Juan Domingo Peron und seine Begleitung auszuweisen. Das ist ein bezeichnender Zug für die südamerikanische Mentalität. Man nimmt sich selbst und seine Augenblicksgefühle zu wichtig — bis zur Groteske.

ARGENTINIEN-VENEZUELA: ABBRUCH DER DIPLOMAT. BEZIEHUNGEN

15. Juli 1957

In Spanien beschränkt ein Gesetz über die Reform der Staatsverwaltung die Aufgaben der Falange auf die einer „Volksrepräsentation“ (aber ohne die Möglichkeiten einer Regierungspartei). Die Aufgaben des Nationalrates der Falange werden zwölf Tage später auf die Rolle eines Senats ohne verfassungsmäßige Oberhausfunktion beschnitten werden. Vergleiche hierzu das unter dem 25. Februar 1957 Gesagte.

SPANIEN: REFORM DER STAATS-VERWALTUNG VERDRÄNGUNG DER FALANGE

16. Juli 1957

Der Bruder des vertriebenen Imam von Oman, Talib ibn'Ali, versucht mit ägyptischer Hilfe, Oman aus der Oberherrschaft des Sultans von Maskat, Said ibn Taimur, zu lösen. Dieser ruft britische Truppen zu Hilfe, die aufgrund des Schutzvertrages am 14. August den Aufstand Talibs unterdrücken werden.

MASKAT-OMAN: AUFSTAND TALIB IBN ALIS

25. Juli 1957

Bei Muhammad VIII. al-Amin von Tunesien, an der Regierung seit dem 14. Mai 1943, wird von der Verfassunggebenden Versammlung Tunesiens, die durch sein eigenes Dekret vom 29. Dezember 1955 gewählt wurde, *abgesetzt*, Tunesien zur Republik erklärt, der Führer der Neo-Destur-Partei und (seit dem 15. April

TUNESIEN: ABSETZUNG MUHAMMAD VIII.

HABIB BURGIBA STAATS-PRÄSIDENT

1956) Ministerpräsident Habib Burgiba zum ersten Staatspräsidenten gewählt. Frankreich wird die Republik Tunesien sechs Tage später anerkennen.

26. Juli 1957

GUATEMALA: PRÄSIDENT CASTILLO ARMAS ERMORDET

In Guatemala wird Präsident Castillo Armas von einem Soldaten seiner eigenen Leibwache ermordet. Ihm wird vorgeworfen, die Privilegien des Großgrundbesitzes (lies: United Fruit Company) auf Kosten der dringend notwendigen Boden- und Sozialreformen bevorzugt zu haben. Aber sein Nachfolger Fuentes, Führer der Konservativen Demokraten, wird 1958 darin noch wesentlich

NACHFOLGER FUENTES

weitergehen. Er wird der United Fruit Company den größten Teil ihrer durch die Bodenreformen 1952 enteigneten Plantagen zurückgeben.

29. Juli 1957

BERLINER ERKLÄRUNG DER 3 WEST-MÄCHTE

In der Berliner Erklärung kündigen die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und der USA an, die drei Westmächte würden keinem Abrüstungsabkommen beitreten, das der Wiedervereinigung Deutschlands im Wege stehen würde. Vier Tage später wird die UdSSR diese Berliner Erklärung der drei Westmächte zurück-

ENTGEGNUNG DER UDSSR

weisen und eine Konföderation der beiden deutschen Teilstaaten im mittel- und westdeutschen Raum als die einzige reale Möglichkeit bezeichnen. Den westlichen Vorschlag, zunächst in beiden Teilen freie Wahlen durchzuführen, lehnt sie ab.

IAEA IN KRAFT

Mit der Ratifizierung des Status der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) beginnt am selben Tage diese — mit Sitz in Wien — als eine „internationale Behörde", d. h. Bestandteil einer künftigen Weltregierung, tatsächlich zu existieren. Sie ist allerdings von Anfang an durch das atomare Wettrüsten zwischen USA und UdSSR in ihrer Tätigkeit — Überwachung der Verwendung von spaltbarem Material zu friedlichen Zwecken — auf die

ATOMWAFFEN-MONOPOL USA-UDSSR

nicht atomar gerüsteten Staaten beschränkt bzw. dient der Erhaltung der atomaren Vormachtstellung der USA und der UdSSR. Ihre erste Generalkonferenz wird am 1. Oktober 1957 in Wien stattfinden.

1. August 1957

KANADA-USA: GEMEINSAME LUFT-VERTEIDIGUNG

Kanada unter seiner neuen konservativen Regierung Diefenbaker und die USA bilden ein gemeinsames Luftverteidigungskommando. Einerseits durch die Raketenstrategie erzwungen, kennzeichnet die Errichtung dieses gemeinsamen Kommandos andererseits die fortschreitende Verlagerung Kanadas aus dem Einflußbereich des britischen Commonwealth in den der USA.

1./2. August 1957

In einer Geheimbesprechung zwischen Marschall Tito und Nikita Chruschtschow wird das gespannte Verhältnis zwischen der UdSSR und Jugoslawien geklärt und der Kurs der künftigen Beziehungen festgelegt: Gleichberechtigung, Achtung der (tatsächlichen) Souveränität, d. h. Unabhängigkeit und Sicherheit vor Einmischung in innere Angelegenheiten. Die Beibehaltung dieses Verhältnisses steht und fällt mit der Persönlichkeit Titos.

TITO-CHRUSCHTSCHOW: GEHEIMBESPRECHUNG

5. August 1957

Die USA lockern das Embargo gegenüber der Chinesischen Volksrepublik. Künftig dürfen bestimmte Werkzeugmaschinen, Chemikalien, Metallwaren, Transporteinrichtungen und Schiffstypen an China verkauft werden.

USA-CHINA: LOCKERUNG DES EMBARGOS

18. August 1957

Vier Wochen nachdem in Tunesien der Monarch abgesetzt und die Republik proklamiert wurde (vgl. 25. Juli 1957), wird *Marokko* zum unabhängigen Königreich erklärt. König Muhammad V. ben Jusuf, erst Mitte November 1955 aus der Verbannung in Madagaskar zurückgekehrt, ist als „Beherrscher der Gläubigen" (Amir al-Mu'minin) zugleich weltliches *und* religiöses Oberhaupt, mithin einziger Blick- und Sammelpunkt für die innere Ausrichtung der Marokkaner. Ende Mai 1960 wird er auch das Amt des Ministerpräsidenten selbst übernehmen.

MAROKKO: KÖNIGREICH KÖNIG MUHAMMAD V. BEN JUSUF ZUGLEICH RELIGIÖSES OBERHAUPT

31. August 1957

Großbritannien gewährt der Malaiischen Föderation (Malaya) die Selbständigkeit. Damit tritt gleichzeitig das Abkommen vom 10. Januar 1957 (vgl. dort) in Kraft und kennzeichnet das künftige Verhältnis der beiden Staaten zueinander bis zum 16. September 1963, der Gründung des größeren, um Nord-Borneo erweiterten Malaysia. Bis dahin bleibt Malaya als unabhängiges Königreich unter dem Wahlkönig Tuangku Abd ur-Rahman Mitglied des britischen Commonwealth (vgl. auch 12. Oktober 1957).[24]

MALAYA WIRD UNABHÄNGIG

15. September 1957

Die Vollversammlung der UNO in New York verurteilt mit 60 gegen 10 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen die gewaltsame Unterdrückung des ungarischen Volksaufstandes durch die UdSSR sowie die Nichtbeachtung ihrer Beschlüsse vom 9. November 1956 (vgl. dort) seitens der Regierung Kadar. Die Vollversammlung fordert die Regierungen der UdSSR und Ungarns auf, die Unter-

UNO VERURTEILT UNTERDRÜCKUNG DES UNGARISCHEN VOLKSAUFSTANDES

drückungsmaßnahmen gegen die ungarische Bevölkerung einzustellen. Natürlich wird dieser Beschluß genauso ignoriert werden wie der vom 9. November, abgesehen davon, daß er den Ereignissen um ein halbes Jahr nachhinkt.

21. September 1957

NORWEGEN: TOD KÖNIG HAAKONS VII.

OLAV V.

In Norwegen stirbt König Haakon VII. Er war während des 2. Weltkrieges ein entscheidender Faktor der probritischen Politik, ging zu Beginn der deutschen Besetzung nach England ins Exil und förderte nach Kriegsende verbissen die Verfolgung der angeblichen norwegischen „Kollaborateure". Kroprinz Olav folgt ihm als Olav V. auf den Thron.

BRASILIEN-PARAGUAY: WIRTSCHAFTS-ABKOMMEN

noch September 1957

Brasilien und Paraguay schließen ein Wirtschaftsabkommen. Paraguay erhält im brasilianischen Hafen Santos eine Freihafenzone wie bereits am 6. Oktober 1956 im Hafen Paranaguá.

3. Oktober 1957

POLEN: RAPACKIPLAN (ATOMWAFFEN-FREIE ZONE IN MITTELEUROPA)

Der Außenminister Polens, Adam Rapacki, unterbreitet der UNO-Vollversammlung in New York den Vorschlag, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen. Die USA und ihr westdeutscher Satellit lehnen den Vorschlag ab bzw. wollen ihn nur im Rahmen eines allgemeinen internationalen Abrüstungsplanes erörtern, während Frankreich und Großbritannien den Vorschlag auch unabhängig von den allgemeinen Abrüstungsgesprächen als erwägenswert beurteilen.

4. Oktober 1957

UDSSR: SPUTNIK VORSPRUNG IN DER WELT-RAUMFAHRT

In der UdSSR wird zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ein Flugkörper in eine erdumkreisende Bahn gebracht, der „Sputnik". Er ist mit Meß- und Funkgeräten ausgerüstet und kann die gemessenen Daten zu den Bodenstationen senden. In den USA löst die Tatsache, daß den Sowjets dieser entscheidende Schritt als ersten gelungen ist, einen — zum Teil heilsamen — Schock aus. Insbesondere wird dort nunmehr dem grotesken Konkurrenzkampf der drei Wehrmachtsteile um die Vorherrschaft im Raketenbau ein Ende bereitet und die längst fällige Entscheidung zugunsten der von Wernher von Braun entwickelten Raketentypen getroffen werden.

GROSS-BRITANNIEN-MALAYA:

12. Oktober 1957

Großbritannien schließt ein Verteidigungsabkommen mit Malaya (vgl. 31. August 1957), sagt militärische Hilfe bei einem An-

griff auf Malaya zu sowie Ausbildungshilfe für die landeseigenen Streitkräfte und läßt sich dafür Stationierungsrechte für britische Truppen einräumen.

VERTEIDIGUNGSABKOMMEN

15. Oktober 1957

Die UdSSR und die Volksrepublik China schließen einen Geheimvertrag, in dem erstere ihre Hilfe bei der Entwicklung eines gemeinsamen Kernwaffenprogramms zusagt. Infolge der wachsenden Spannungen zwischen den Vertragspartnern wird dieser Geheimvertrag aber bereits am 20. Juni 1959 von seiten der UdSSR wieder gekündigt werden und China allein mit dem Bau eigener Kernwaffen beginnen. Im Oktober 1964 wird die erste chinesische Atombombe gezündet werden.

CHINA-UDSSR: GEHEIMVERTRAG ÜBER GEMEINSAMES KERNWAFFENPROGRAMM

19. Oktober 1957

Vier Tage, nachdem Jugoslawien diplomatische Beziehungen zum mitteldeutschen Satelliten aufgenommen hat, bricht der westdeutsche USA-Satellit seinerseits die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien ab, ein peinliches Schauspiel auf der internationalen Bühne, zudem eine leere Geste, da sowohl der westdeutsch-jugoslawische Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 10. März 1956 als auch die Konsularbeziehungen in Geltung bleiben.

BRD-JUGOSLAWIEN: ABBRUCH DER DIPLOMAT. BEZIEHUNGEN

22. Oktober 1957

Auf Haiti tritt der am 22. September gewählte Präsident François Duvalier sein Amt an. Das Datum ist nur deswegen erwähnenswert, weil damit eine schwere Leidenszeit für Haiti beginnt und weil die Regierung Duvaliers ein krasses Beispiel in der jüngeren Geschichte für Amtsmißbrauch, Willkürherrschaft und Mißwirtschaft darstellt. Bereits am 19. Dezember 1957 wird Duvalier eine Verfassungsänderung durchsetzen, nach der er nach Amtsablauf wieder wählbar wird. 1964 wird er sich als auf Lebenszeit gewählt erklären.[25]

HAITI: AMTSANTRITT DUVALIERS

1. November 1957

Im mitteldeutschen Sowjetsatellitenstaat wird der langjährige Chef des Staatssicherheitsdienstes, Wollweber, aus dem Zentralkomitee der SED ausgeschlossen. Ein Vierteljahr darauf, im Februar 1958, wird er auch aus allen anderen Führungsgremien entfernt werden. Anlaß zu seinem endgültigen Verschwinden ist nicht nur das Scheitern seines nachrichtendienstlichen Kampfes gegen die entsprechenden westdeutschen Stellen, sondern offenbar auch sein Versuch, sich selbst an die Spitze der mitteldeutschen Staats- und Parteiführung zu setzen.[26]

DDR: STAATSSICHERHEITSCHEF WOLLWEBER AUS DER SED AUSGESCHLOSSEN

6. November 1957

AUSTRALIEN-NIEDERLANDE: ZUSAMMENARBEIT IN NEUGUINEA

Die Regierungen Australiens und der Niederlande veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung über ihre künftige Zusammenarbeit in Neuguinea im Sinne einer Entwicklungsförderung bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Bevölkerung Neuguineas über die staatliche Zukunft ihres Landes selbst werde entscheiden können. (Die Papuas leben zum großen Teil in der Steinzeit, in jeder Hinsicht, vgl.auch 11. und 26. November 1957).[27]

11. November 1957

INDONESIEN DROHT DEN NIEDERLANDEN

Indonesien, wo Sukarno am 9. Mai 1957 durch Einsetzung eines Nationalrates unter seinem Vorsitz den Parlamentarismus lahmgelegt hat, droht den Niederlanden mit Abbruch der Handelsbeziehungen, wenn diese West-Neuguinea nicht an Indonesien abtreten (vgl. 6. und 26. November sowie 5. Dezember 1957).

12. November 1957

USA: FOLGEN DES SCHOCKS ÜBER SPUTNIK

Der Nationale Sicherheitsrat der USA beschließt die Erhöhung der Raketenproduktion, Förderung des Baues von Erdsatelliten, Stärkung der NATO und sieht eine Heraufsetzung des Wehretats für 1957 von 38 auf 40 Milliarden Dollar vor, um den Vorsprung der UdSSR wieder einzuholen. Der Schock über den erfolgreichen Start des sowjetischen Erdsatelliten „Sputnik" (vgl. 4. Oktober 1957) wirkt sich nun auch auf Regierungsebene aus.

15. November 1957

FRANKREICH: PROTEST GEGEN WAFFENLIEFERUNGEN AN TUNESIEN

Die französische Regierung protestiert gegen anglo-amerikanische Waffenlieferungen an Tunesien in der naheliegenden Annahme, Großbritannien und vor allem die USA beabsichtigten, in Nordafrika das politische, militärische und wirtschaftspolitische Erbe Frankreichs anzutreten. Zehn Tage später wird der britische Premier Macmillan anläßlich seines Besuches in Paris erklären, daß dem nicht so sei. Doch kann er das nur für Großbritannien erklären.

16. November 1957

MOSKAU: KONFERENZ VON 12 KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN

„REVISIONISMUS HAUPTGEFAHR"

In Moskau wird — anläßlich des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution — eine Konferenz der zwölf kommunistischen Parteien derjenigen Staaten beendet, in denen sie die Regierung in Händen haben. Auch Mao Tse-tung ist anwesend. Da die Errichtung einer neuen kommunistischen Internationale am Widerstand Polens und Ungarns gescheitert ist (sowie auch der nichtregierenden aber einflußreichen italienischen KP), wird ersatzweise das

Prinzip des „proletarischen Internationalismus" proklamiert und der „Revisionismus" (gemeint ist der Versuch, sich der Moskauer Zentralgewalt wenigstens teilweise zu entziehen) als „ideologische Hauptgefahr" gebrandmarkt. Aus dieser Konzeption wird später die Breschnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten hervorgehen.[28]

26. November 1957

NIEDERLANDE: UNO-VORSCHLAG DIREKTER VERHANDLUNGEN MIT INDONESIEN ÜBER WEST-NEUGUINEA ABGELEHNT

Die Regierung der Niederlande lehnt den Vorschlag der UNO ab, mit Indonesien über West-Neuguinea (vgl. 6. und 11. November 1957) in direkte Verhandlungen zu treten. Sie steht — mit Recht — auf dem Standpunkt, daß die indonesische Regierung für Neuguinea in keiner Weise zuständig ist. Auch weiß sie aus genauer Kenntnis vom Entwicklungsstand der eingeborenen Bevölkerung dort (vgl. 6. November 1957), daß Indonesien in Neuguinea nur ein Kolonialregime errichten kann und wird, *ohne* das Verantwortungsbewußtsein einer modernen europäischen Kolonialverwaltung (vgl. 5. Dezember 1957).

27. November 1957

MAROKKO: KÖNIG MUHAMMAD V. IN DEN USA NEUES STÜTZPUNKT-ABKOMMEN

Anläßlich seines Staatsbesuches in den USA handelte König Muhammad ben Jusuf von Marokko in Washington eine neue Vereinbarung über die US-Stützpunkte in Marokko aus, worüber ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht wird: in Erwartung eines neuen Abkommens wird eine provisorische Anpassung der Bedingungen, unter denen sich US-Streitkräfte in Marokko befinden, an die neue Lage dort, d. h. an die uneingeschränkte Souveränität Marokkos vorgenommen werden.[29]

noch November 1957

LAOS: AUFNAHME DER KOMMUNISTEN IN REGIERUNG UND ARMEE

In Laos werden auch die Nordprovinzen der königlichen Regierung unterstellt, die Streitkräfte des kommunistischen Pathet Lao teils aufgelöst, teils in die königliche Armee übernommen. Der Pathet Lao selbst wird als Neo Lao Haskat (Patriotische Partei) zu den Wahlen zugelassen und wird nach den Zusatzwahlen vom 4. Mai 1958 zwei Kabinettsmitglieder stellen.

5. Dezember 1957

INDONESIEN: ENTEIGNUNG NIEDERLÄNDISCHER BANKEN UND BETRIEBE

Indonesien enteignet die niederländischen Banken, Handels- und Verkehrsunternehmen. Alle Transporte zwischen den Inseln Indonesiens werden unterbrochen. Anlaß ist die Weigerung der Niederlande, sich auf Verhandlungen mit Indonesien über West-Neuguinea einzulassen (vgl. 11 und 26. November 1957).

USA-GROSSBRITANNIEN: 4 RAKETENBASEN AUF BRITISCHEM TERRITORIUM

7./9. Dezember 1957

Der Verteidigungsminister der USA McElroy schließt in London ein Abkommen mit Großbritannien über die Errichtung von vier Raketenbasen auf britischem Boden. Eine davon wird von US-Luftstreitkräften besetzt, die in England stationiert sind, die drei anderen stehen den britischen Streitkräften zur Verfügung.

19. Dezember 1957

PARIS: NATO-KONFERENZ

USA BIETEN ATOMWAFFEN AN

MITSPRACHERECHT BEIM EINSATZ

In Paris wird die NATO-Konferenz beendet (seit 16. Dezember). Unter dem Eindruck des ersten sowjetischen Erdsatelliten „Sputnik“ (vgl. 4. Oktober 1957) ließ Eisenhower den NATO-Partnern ein detailliertes Angebot unterbreiten, dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräffte ein Arsenal von Atomwaffen an die Hand zu geben sowie den einzelnen Verbündeten auf Wunsch in bilateralen Abkommen Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen. Die Frage des Mitspracherechts der NATO-Partner beim Einsatz der bereitgestellten Atomwaffen ist noch nicht geklärt worden. Hier stehen noch die Abrüstungsrichtlinien im Wege (vgl. 25. Mai 1957).

20. Dezember 1957

EUROPÄISCHE GESELLSCHAFT ZUR HERSTELLUNG VON PLUTONIUM

EUROCHEMIE

Die nicht kommunistisch regierten Staaten Europas, ausgenommen Griechenland, Großbritannien, Irland, Island und Spanien, gründen eine Gesellschaft zur Herstellung von Plutonium für die Atomenergieentwicklung. Auch die Türkei gehört zu den Gründern. Im Kernforschungszentrum bei Mol/Belgien soll eine entsprechende Fabrik errichtet und in Betrieb genommen werden. Das Gründungskapital (in EZU-Verrechnungseinheiten) hat den Wert von 20 Millionen US-Dollar. Die Gesellschaft wird abgekürzt EUROCHEMIE heißen. Gleichzeitig schließen dieselben Staaten eine Konvention über Sicherheitskontrollen bei der Verwendung von Atomenergie, die deren Ausnutzung zu ausschließlich friedlichen Zwecken gewährleisten sollen.[30]

26. Dezember 1957

KAIRO: SOLIDARITÄTSKONGRESS DER AFRO-ASIATISCHEN VÖLKER

Etwa fünfhundert Delegierte und Gäste aus 37 Ländern sowie noch abhängigen Gebieten nehmen in Kairo an einem Solidaritätskongreß der afro-asiatischen Völker teil. Es ist das erste größere Treffen nach der Bandung-Konferenz (vgl. 18./24. April 1955) und steht noch unter dem Eindruck des britisch-französisch-israelischen Überfalls auf Ägypten vom Jahre zuvor. Beschlossen wird die Errichtung eines ständigen Sekretariats und eines internationalen Ausschusses, der alljährlich zusammentreten soll. Zudem gibt es die üblichen Resolutionen gegen „Rassendis-

kriminierung" (d. h. gegen die Feststellung der Tatsache, daß die Rassen sich unterscheiden), gegen Imperialismus und Neo-Kolonialismus (d. h. gegen die wirtschaftliche Überlegenheit der Industrienationen).

29. Dezember 1957

ITALIEN: NATIONALRAT FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT

KORPORATIV-SYSTEM

In Italien wird ein „Nationalrat für Wirtschaft und Arbeit" gebildet. In ihm sitzen Vertreter verschiedener Berufsstände zusammen, und zwar *sowohl* der Arbeitgeberverbände *als auch* der Gewerkschaften. *Gemeinsam* beraten sie die Regierung in Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Der Nationalrat kann sogar unmittelbar Maßnahmen treffen. Der Grundgedanke des italienischen Faschismus (wie jedes nationalen Sozialismus überhaupt), der Korporativgedanke (Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Tisch zu gemeinsamer Tätigkeit anstatt eines „Klassenkampfes") erweist sich als so unausweichlich richtig, daß Italien zwölf Jahre nach dem Ende des Faschismus zu ihm zurückkehrt.

noch 1957 (ohne nähere Datierung)

AUSTRALIEN-GROSS-BRITANNIEN: RAKETEN-ERPROBUNG

In Südaustralien (Woomera) und in Nordwestaustralien (Talgarno) werden — in Zusammenarbeit mit Großbritannien — Erprobungsstationen für Kurz- und Mittelstreckenraketen eingerichtet (vgl. auch 2./3. Oktober 1952). Australien bindet sich somit auch weiterhin an das Verteidigungssystem der Westmächte.

1958

12. Januar 1958

Der König des Jemen, Seif al Islam Achmed, kündigt den mit Großbritannien geschlossenen Vertrag von Sana vom 11. Februar 1934 sowie das Abkommen vom 20. Januar 1951 über eine Grenzfestlegung zwischen dem Jemen und den südarabischen (Aden-)Protektoraten, auf die der Jemen seit jeher Anspruch erhebt (vgl. auch 8. März 1958).[1]

JEMEN KÜNDIGT VERTRÄGE MIT GROSS-BRITANNIEN

14. Januar 1958

Spanien erklärt in Marokko die Verwaltungsbezirke Rio de Oro, Saguia el-Hamra und die Enklave von Ifni zu spanischen Provinzen. Es widerspricht damit dem Ergebnis der spanisch-marokkanischen Besprechungen vom 13. Juli 1956, bei denen Spanien eingewilligt hat, binnen 14 Tagen, also bis zum 27. Juli 1956, die Exekutivgewalt in der spanischen Zone Marokkos der marokkanischen Regierung zu übertragen. Auch kämpfen noch spanische Truppen in der Sahara gegen Einheiten der marokkanischen „Befreiungsarmee" (vgl. auch 1. April 1958).

SPANIEN: GEBIETS-ANSPRÜCHE IN MAROKKO

KÄMPFE IN DER SAHARA

20. Januar 1958

In Djakarta wird ein Friedensvertrag und ein Reparationsabkommen zwischen Indonesien und Japan unterzeichnet. Japan verpflichtet sich, im Laufe von zwölf Jahren Waren und Dienstleistungen im Werte von 223,08 Millionen US-Dollar auf Reparationskonto zu liefern und außerdem weitere 40 Millionen Dollar in Gestalt von Wirtschaftsanleihen und Investierungen zur Verfügung zu stellen. Es ist das die japanische Form von Entwicklungshilfe, mit der Japan seinem Export die Wege ebnet. Indonesische Handelsschulden in Höhe von 200 Millionen Dollar werden erlassen.

INDONESIEN-JAPAN: FRIEDENS-VERTRAG REPARATIONS-ABKOMMEN

EXPORT-FÖRDERUNG

1. Februar 1958

In Kairo unterzeichnen Nasser für Ägypten und Schukri al Kuwatli für Syrien ein Abkommen zur Gründung der *Vereinigten Arabischen Republik* (VAR), in der die beiden Länder aufgehen und nur in ihren Regionalverwaltungen fortbestehen sollen. Der Anstoß zu dieser Vereinigung kam von syrischer Seite, wo man sich ein Ende der inneren Unruhen davon verspricht. Die Ratifizierung des Abkommens wird in beiden Parlamenten bereits am 5. Februar erfolgen. Es tritt sofort in Kraft.[2]

ÄGYPTEN-SYRIEN: VEREINIGTE ARABISCHE REPUBLIK (VAR)

3. Februar 1958

Im Haag schließen Belgien, die Niederlande und Luxemburg einen Staatsvertrag über die Einführung einer Wirtschaftsunion.

BENELUX:

STAATSVERTRAG WIRTSCHAFTSUNION

Zwischen den drei Ländern wird künftig freier Waren-, Kapital- und Personenverkehr, de facto auch eine gemeinsame Staatsbürgerschaft bestehen bei Angleichung der Arbeitsgesetzgebung, Sozialversicherungen und Steuern. Auch werden sie eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber dem Auslande betreiben. Der Vertrag wurde bereits vor der Unterzeichnung am 24. November 1957 vom Interparlamentarischen Rat der BENELUX-Union gebilligt. Er wird am 1. November 1960 in Kraft treten.[3]

4. Februar 1958

FRANKREICH: ALGERIENSTATUT (ALGERIEN BESTANDTEIL FRANKREICHS)

Die französische Nationalversammlung nimmt in dritter Lesung das Algerienstatut an, mit dem Algerien zum Bestandteil Frankreichs erklärt und das Zusammenleben von Völkern verschiedenen Ursprungs, Brauchtums und Glaubens geregelt werden soll. Doch trägt dieses Statut alle Züge eines Kompromisses zwischen dem Unabhängigkeitsanspruch der Algerier und dem Anspruch der französischen Siedler auf Wahrung ihrer Privilegien. Es bringt daher keine Lösung des Konfliktes, der die französische Regierungskrise (vgl. 13. und 31. Mai 1958) herbeiführt.

14. Februar 1958

IRAK-JORDANIEN: ABKOMMEN ZUR FÖDERATION BEIDER LÄNDER UND DYNASTIEN

In Amman unterzeichnen König Feisal von Irak und König Husain II. von Jordanien ein Abkommen zur Bildung einer Arabischen Föderation zwischen ihren beiden Ländern und Dynastien (beide Haschemiten). Treibende Kraft bei dieser Föderation ist der Ministerpräsident des Irak, Nuri es Said, seit je Befürworter einer Anlehnung an Großbritannien. Die beiden Haschemitenkönige handeln unter dem Eindruck und in Abwehr der aus Ägypten und Syrien gebildeten Vereinigten Arabischen Republik (vgl. 1. Februar 1958). Doch wird ihr Zusammenschluß nur fünf Monate bestehen (vgl. 14. Juli 1958).[4]

POLEN: RAPACKIPLAN ERWEITERT POLEN UND TSCHECHOSLOWAKEI EINBEZOGEN

Der polnische Außenminister Rapacki händigt am gleichen Tage den Diplomaten der in Warschau beglaubigten Staaten eine erweiterte Fassung seines Planes einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa aus (vgl. 3. Oktober 1957). Nach dieser Fassung soll die atomwaffenfreie Zone Polen, die Tschechoslowakei und die beiden deutschen Teilstaaten im mittel- und westdeutschen Raum umfassen. Die vier Großmächte sollen sich verpflichten, weder ihren Stationierungstruppen noch den Regierungen der genannten Staaten Kernwaffen zur Verfügung zu stellen.

19. Februar 1958

NORDKOREA-CHINA:

Die „volksdemokratische" Republik Nordkorea schließt ein Abkommen mit der Volksrepublik China, in dem der Abzug der rot-

chinesischen Truppen aus Nordkorea bis zum Ende des Jahres vorgesehen ist. Gleichzeitig werden die Staaten, die im Rahmen der UNO-Streitkräfte Truppenkontingente nach Korea entsandt hatten, aufgefordert, diese Kontingente aus Südkorea nunmehr ebenfalls abzuziehen. Der Waffenstillstand besteht seit beinahe fünf Jahren (vgl. 27. Juli 1953).

ABKOMMEN ÜBER TRUPPENABZUG

22. Februar 1958

ITALIEN-ÖSTERREICH: VERHANDLUNGEN ÜBER SÜDTIROL SCHEITERN

In Wien finden Verhandlungen zwischen der italienischen und der österreichischen Regierung über Südtirol statt. Sie scheitern, weil Italien die Hauptforderungen Österreichs ablehnt, nämlich Auflösung der im Volkstum gemischten Region „Trentino-Alto Adige“ und volle Regionalautonomie für die Provinz Bozen.

USA-GROSSBRITANNIEN: MITTELSTRECKENRAKETENLIEFERUNG

Die USA schließen am selben Tage ein Abkommen mit Großbritannien, in dem sie sich zur Lieferung von Mittelstreckenraketen und zur Ausbildung des britischen Personals an diesen Raketen verpflichten. Eingesetzt werden sollen sie nur auf einen gemeinsamen Beschluß beider Regierungen hin. Die Sprengköpfe mit Atomladung für die Raketen unterstehen der Verfügungsgewalt der USA.

8. März 1958

JEMEN: FÖDERATION MIT DER VAR

Das Königreich Jemen geht in Damaskus eine Föderation mit der Vereinigten Arabischen Republik ein, die damit zur „Union der Vereinigten Arabischen Staaten“ erweitert wird. Nasser hofft, auf diesem Wege auch die Abneigung der anderen arabischen Königreiche (vgl. 14. Februar 1958) gegen den republikanischen arabischen Nationalismus zu überwinden. Doch ist der Jemen mit seiner Bindung an die UdSSR (vgl. 31. Oktober 1956) für die Könige Feisal, Husain und Saud kaum eine wirksame Werbung. Auch die vorgesehene Verfassung der „Union“ ist für sie nicht einladend.[5]

27. März 1958

UDSSR: CHRUSCHTSCHOW AUCH MINISTERPRÄSIDENT

In der UdSSR wird Chruschtschow anstelle Bulganins, der zurücktreten muß, Ministerpräsident (Vorsitzender des Ministerrates) und vereinigt — entgegen der ausdrücklichen Direktive Lenins — die Führung von Partei und Staat in seiner Hand.

1. April 1958

MAROKKO-SPANIEN: ÜBERGABE DES PROTEKTORATS

Marokko schließt ein Abkommen mit Spanien, in dem vereinbart wird, daß die südliche Zone des spanischen Protektorats Marokko tags darauf den marokkanischen Behörden übergeben wird. Damit ist das spanische Dekret vom 14. Januar 1958 (vgl. dort) gegenstandslos geworden.

8. April 1958

UDSSR-BRD: HANDELSABKOMMEN

RÜCKKEHR DEUTSCHER STAATSANGEHÖRIGER

Die UdSSR wünscht und erhält mehrere Abkommen mit dem westdeutschen Teilstaat: ein auf drei Jahre befristetes „Handelsabkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr", einen „Kleinen Handelsvertrag" zusätzlich und ein „Abkommen über allgemeine Fragen des Handels und der Schiffahrt". Im Schlußkommuniqué dieser Handelsvereinbarungen gestattet die UdSSR denjenigen Deutschen, die am 21. Juni 1941 die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben und sich noch auf dem Territorium der UdSSR befinden, die Rückkehr.

9. April 1958

CHRUSCHTSCHOW IN UNGARN

Chruschtschow beendet einen Siebentagebesuch in Ungarn, mit dem er der Regierung Kadar die offizielle Anerkennung von seiten der Ostblock-Regierungen verschafft und auch deren Stellung in Ungarn selbst gefestigt hat.

17. April 1958

PARIS: NATO-KONFERENZ NIMMT US-ANGEBOT (ATOMWAFFEN) AN

Die Teilnehmer der NATO-Konferenz in Paris akzeptieren das Angebot der USA vom 19. Dezember 1957 (vgl. dort), dem NATO-Oberbefehlshaber ein Kontingent an Atomwaffen an die Hand zu geben und den einzelnen Mitgliedstaaten auf deren Wunsch in bilateralen Abkommen Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen. Doch fehlt noch immer eine Vereinbarung über das Mitspracherecht der NATO-Partner beim *Einsatz* der Atomwaffen.

26. April 1958

JUGOSLAWIEN: PARTEIKONGRESS GEGEN EINMISCHUNG DER UDSSR

Der jugoslawische Bund der Kommunisten schließt seinen Parteikongreß in Ljubljana (Laibach) mit der Ablehnung jeder Art von Einmischung der UdSSR in die Entscheidungsfreiheit Jugoslawiens, insbesondere in die spezifisch jugoslawische Form der Verwirklichung des marxistisch-leninistischen Programms. Gegen diesen Beschluß des Parteikongresses protestieren die anwesenden offiziellen Delegationen der Sowjetsatelliten, ausgenommen Polen.

27./30. April 1958

TANGER: KONFERENZ NORDAFRIKANISCHER STAATEN

In Tanger findet eine Konferenz nordafrikanischer Staaten statt. Die Unabhängigkeitsparteien Neo-Destur (Tunesien), Istiklal (Marokko) und auch die algerische FLN sowie die Vertreter Libyens setzen sich für eine nordafrikanische Föderation ein (vgl. auch 23. Januar 1962).

13. Mai 1958

In Algerien verbindet sich eine Revolte der französischen Siedler (vgl. 4. Februar 1958) gegen die Politik Frankreichs mit einem Putsch der in Algerien stationierten französischen Streitkräfte, der auf Teile der übrigen Armee und Flotte überspringt. Zehn Tage später wird sich ein „Gesamtalgerischer Wohlfahrtsausschuß" (die Bezeichnung lehnt sich an die Terminologie der Französischen Revolution von 1789 an) unter Vorsitz von General Jacques Massu bilden und eine Regierungsübernahme durch General de Gaulle fordern. Von ihm erhofft man sich — nach dem Verlust Indochinas — die Erhaltung der französischen Herrschaft in Algerien (vgl. auch 31. Mai 1958).

ALGERIEN: SIEDLER UND ARMEE GEGEN FRANZÖS. REGIERUNG

MASSU FORDERT REGIERUNG DE GAULLE

16. Mai 1958

Das westdeutsche Bundesinnenministerium beauftragt das reeducation-Institut für Zeitgeschichte in München mit der Erstellung eines „wissenschaftlichen" Gutachtens über die Zahl der durch das nationalsozialistische Regime in Deutschland und den von Deutschland im Kriege besetzten Ländern umgekommenen Juden. Seither sind fünfzehn Jahre verstrichen. Ein „wissenschaftliches" Ergebnis des Münchner Umerziehungsinstituts ist nicht bekannt geworden. An den „sechs Millionen" darf nicht gerüttelt werden.[6]

BRD: INNENMINISTERIUM LÄSST ZAHL DER UMGEKOMMENEN JUDEN ERFORSCHEN

20./23. Mai 1958

In Moskau finden zwei Konferenzen gleichzeitig statt, eine des COMECON und eine der Warschauer Paktstaaten, und zwar des politischen Beratenden Ausschusses. Teilnehmer sind Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn, die UdSSR selbst und deren mitteldeutscher Satellit. Als Gäste der COMECON-Konferenz sind vertreten die Volksrepubliken China, Korea, Mongolei und Vietnam. Erstere hat auch Beobachter zur Konferenz der Warschauer Paktstaaten entsandt. Die COMECON-Konferenz beschließt, Schwerpunkte auf Rohstoffproduktion, Energiewirtschaft und weitere Technisierung zu legen, sowie Kooperation im Maschinenbau (Spezialisierung). Die Warschauer-Pakt-Konferenz verkündet einen Abbau ihrer Streitkräfte um insgesamt 419 000 Mann, Teilabzug der UdSSR-Truppen aus Rumänien und Ungarn, Vorschlag eines Nichtangriffspaktes mit den NATO-Staaten sowie einer „Gipfel"-Konferenz, allerdings unter Ausklammerung der Deutschen Frage, die nur zwischen den beiden deutschen Teilstaaten geregelt werden könne. Für den Nichtangriffspakt mit NATO-Staaten wird ein fertiger Entwurf von 5 Artikeln vorgelegt.[7]

MOSKAU: COMECON- UND WARSCHAUER PAKT-KONFERENZ

ENTWURF ZU EINEM NICHT-ANGRIFFSPAKT MIT NATO-STAATEN

31. Mai 1958

FRANKREICH REGIERUNG DE GAULLE

PARLAMENT VERTAGT

In Frankreich beruft Präsident Coty nach mehrfachem Regierungswechsel und aufgrund des Militärputsches in Algerien (vgl. 13. Mai 1958) General Charles de Gaulle zum Ministerpräsidenten. Dieser fordert Sondervollmachten für ein halbes Jahr, Verfassungsreform, Volksentscheid und Vertagung des Parlaments bis zum Herbst. Am 2. Juni bereits wird die Nationalversammlung diesen Forderungen de Gaulles stattgeben.

14. Juni 1958

GRIECHENLAND BERUFT NATO-OFFIZIERE AB

Die griechische Regierung beruft die griechischen Offiziere aus dem NATO-Hauptquartier für Südeuropa ab, um damit demonstrativ gegen die Zusammenstöße zwischen griechischen und türkischen Volksangehörigen auf der Insel Zypern zu protestieren, die sie dem Versagen der britischen Verwaltung zur Last legt. Wenige Tage zuvor, am 9. Juni, hat König Paul in seiner Thronrede bei Eröffnung des neugewählten griechischen Parlaments für Zypern das Selbstbestimmungsrecht gefordert.

17. Juni 1958

FRANKREICH-TUNESIEN: ABKOMMEN ÜBER TRUPPEN-ABZUG

Frankreich schließt zwei Wochen nach Bewilligung der von de Gaulle geforderten Vollmachten (vgl. 31. Mai 1958) ein Abkommen mit Tunesien und verpflichtet sich darin, seine Truppen aus Tunesien abzuziehen, ausgenommen Biserta, das zunächst noch französischer Stützpunkt bleiben wird.

19. Juni 1958

ZENTRAL-AMERIKA: GEMEINSAMER MARKT

Die fünf Staaten Zentralamerikas schließen den Vertrag von Tegucigalpa (in Honduras) und schaffen damit einen gemeinsamen zentralamerikanischen Markt sowie einen Plan zur Verteilung neu zu errichtender Industrieanlagen auf die Partnerländer nach dem Gesichtspunkt gegenseitiger Ergänzung.

21. Juni 1958

GRIECHENLAND: ABLEHNUNG BRITISCHEN ZYPERN-VORSCHLAGS

Die griechische Regierung lehnt sowohl einen britischen Vorschlag ab, Zypern unter eine Dreimächteverwaltung von Griechenland, Großbritannien und Türkei zu stellen, als auch einen türkischen Vorschlag, die Insel zu teilen (vgl. auch 14. Juni und 29. September 1958).

28. Juni 1958

KAMBODSCHA:

Prinz Norodom Sihanouk, der Ministerpräsident (und frühere König) Kambodschas, ersucht die Internationale Aufsichtskom-

mission, auch weiterhin im Lande zu bleiben. Er hofft noch, die Anwesenheit dieser Kommission werde die Unabhängigkeit und die Neutralität Kambodschas sichern helfen.

BLEIBEN DER INTERNAT. KOMMISSION ERBETEN

30. Juni 1958

Der Senat der USA verabschiedet eine revidierte Fassung des Atomenergie-Gesetzes. Künftig dürfen demnach Geheimnisse der Atomenergieentwicklung solchen Staaten übermittelt werden, die auf dem Gebiet der Atomtechnik schon über die Anfangsstadien hinausgelangt sind. Das muß zur Entstehung eines „Klubs“ der Atommächte mit Exklusivanspruch gegenüber allen anderen führen, und es gibt keinen Fridtjof Nansen mehr, der die Autorität besitzt, die Gleichberechtigung der kleinen Nationen erfolgreich zu erkämpfen.

USA: REVISION DES ATOMENERGIE-GESETZES

„KLUB“ DER ATOMMÄCHTE

14. Juli 1958

Im Irak unternimmt die Armee unter Führung von Abd al-Karim Kassem einen blutigen Staatsstreich, ermordet den König Feisal II. aus der Haschemiten-Dynastie sowie den ehemaligen Regenten Abd al-Ilah und den Ministerpräsidenten Nuri al-Said und proklamiert die Republik. Fünf Tage später wird Kassem mit der Vereinigten Arabischen Republik (Ägypten und Syrien) einen Beistandspakt schließen, der aber kein Jahr lang Bestand haben wird (vgl. 8. März 1959).

IRAK: STAATSSTREICH KÖNIG FEISAL ERMORDET KASSEM PROKLAMIERT REPUBLIK

Die Regierung des Libanon bittet am gleichen Tage die USA um Hilfe, da sie des von panarabisch gesinnten Mohammedanern angezettelten und von Syrien aus angeheizten Bürgerkrieges nicht Herr wird und durch den Königsmord im Irak schockiert ist. Bereits tags darauf landen amerikanische Truppen, greifen aber *nicht* in die Kämpfe ein. König Husain II. von Jordanien ruft britische Truppen ins Land zurück, um nicht in die irakische Revolution hineingezogen zu werden.

LIBANON: HILFEERSUCHEN AN USA

JORDANIEN FORDERT BRITISCHE TRUPPEN AN

19. Juli 1958

In Laos stellt die Internationale Waffenstillstandskommission ihre Tätigkeit ein, nachdem die Kommunisten (Neo Lao Haksat, vgl.: noch November 1957) aufgrund der Nachwahlen vom 4. Mai 1958 zwei Ministersitze in der Regierung erhalten haben. Natürlich geben sie sich damit nicht zufrieden. Bereits ein Jahr später werden die Kämpfe von neuem ausbrechen (vgl. 1. August 1959).

LAOS: WAFFEN-STILLSTANDS-KOMMISSION BEENDET TÄTIGKEIT

GENF: JÜDISCHER WELTKONGRESS FORDERT ERZIEHUNGS-PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND

3. August 1958

In Genf tagt der Exekutivausschuß des Jüdischen Weltkongresses (nicht zu verwechseln mit dem Zionistischen Weltkongreß) und fordert „ein systematisches und gut organisiertes Erziehungsprogramm in Deutschland". Gemeint ist der westdeutsche Teilstaat. Das seit 1945 ständig gesteigerte reeducation-Programm genügt dem Exekutivausschuß offenbar noch nicht.[8]

9. August 1958

PORTUGAL: AMTSANTRITT DES PRÄSIDENTEN TOMAS

In Portugal tritt der neugewählte Staatspräsident Admiral Américo *Tomás* sein Amt an und beauftragt wiederum den bereits seit dem 5. Juli 1932, also seit 26 Jahren regierenden Ministerpräsidenten Antonio de Oliveira *Salazar* mit der Regierungsbildung.

11. August 1958

USA: MEMORANDUM ÜBER NICHT-ANERKENNUNG DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Das State Department der USA überreicht den in Washington beglaubigten Diplomaten ein Memorandum, in dem die Gründe dargelegt werden, aus denen die USA die Volksrepublik China nicht anerkennen. Sie sehen sich dazu außerstande aus Rücksicht auf ihre Verbündeten vom ANZUS- und SEATO-Pakt, insbesondere Australien und Neuseeland, auf den Verteidigungspakt mit Tschiang Kai-schek und auf alle anderen nichtkommunistischen Staaten Ostasiens. Aber sie werden am 15. September die Botschaftergespräche mit der Volksrepublik China in Warschau wiederaufnehmen.

23. August 1958

CHINA: BESCHUSS DER INSEL QUEMOY

Schiffs- und Küstenartillerie der Volksrepublik China beschießt die Insel Quemoy, die zum Hoheitsgebiet Nationalchinas (Taiwan) gehört. Zwei Tage darauf wird die 7. US-Flotte im Pazifik alarmiert und übernimmt Geleitschutz für die nationalchinesischen Versorgungsschiffe nach Quemoy.

29. August 1958

CHINA: „VOLKSKOMMUNEN", TOTAL-KOLLEKTIVIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT

Unter dem Schlagwort des „Großen Sprungs nach vorn" werden in der Volksrepublik China die Volkskommunen gebildet, d. h. auch die letzten Reste kleinbäuerlichen Privatbesitzes abgeschafft, sogar Besitz an Haus- und Wohnraum, und je 2000 bäuerliche Haushaltungen zu einer Kommune zusammengeworfen, die Familien auseinandergerissen und Produktionsbrigaden gebildet, die zum Teil am Arbeitsplatz unter freiem Himmel übernachten. Der Ameisenstaat ist perfekt. Bereits nach zweieinhalb Jahren wird der ideologische Rauschzustand jäh beendet sein und „der große Sprung" schrittweise zurückgehüpft werden müssen.

PRODUKTIONS-BRIGADEN

4. September 1958

Die USA sichern der nationalchinesischen Regierung auf Taiwan Schutz zu für den Fall, daß es zu einem Angriff der chinesischen Volksrepublik auf Taiwan kommt. Drei Tage später erklärt die Regierung der UdSSR, sie werde in einem solchen Falle auf seiten der Volksrepublik China in den Konflikt eingreifen. Und wieder eine Woche später, am 15. September, werden die USA in Warschau die Botschaftergespräche mit der Volksrepublik China wiederaufnehmen, woraufhin der Artilleriebeschuß in der Fukienstraße am 25. Oktober eingestellt werden wird.

USA: HILFE FÜR TAIWAN

UDSSR: HILFE FÜR CHINA

14. September 1958

Der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer besucht de Gaulle in dessen Sommersitz. Bei dieser Gelegenheit entwirft de Gaulle den Plan einer selbständigen, von den USA unabhängigen *europäischen* Außenpolitik, die sich auf eine enge und beständige Zusammenarbeit Frankreichs und des westdeutschen Teilstaates stützen soll. Um diesen Plan richtig zu würdigen, muß man de Gaulles Ansicht von der Unausweichlichkeit einer kommunistischen Machtübernahme in *ganz* Europa (vgl.: 25. März 1957) berücksichtigen.

ADENAUER BESUCHT DE GAULLE

PLAN EINER EUROPÄISCHEN AUSSENPOLITIK

27.September 1958

Die Justizminister der westdeutschen Länder beschließen in Bad Harzburg anläßlich einer Konferenz die Errichtung einer „Zentralstelle für die Ermittlung und Verfolgung von Kapitalverbrechen, die zwischen 1933 und 1945 begangen wurden". Später begangene Kapitalverbrechen interessieren diese „Justizminister" nicht. Die Zentralstelle wird ihre Tätigkeit am 5. Dezember 1958 in Ludwigsburg aufnehmen. Ihr Leiter wird Oberstaatsanwalt Erwin Schüle, 45 Jahre alt.[9]

BRD: JUSTIZ-MINISTER-KONFERENZ „ZENTRAL-STELLE" SCHÜLE

28. September 1958

In Frankreich findet der Volksentscheid über die neue Verfassung statt, die Verfassung der V. Republik, in der die Regierung vom Präsidenten berufen wird, ohne Mitwirkung des Parlaments. Bei einer 85prozentigen Abstimmungsbeteiligung stimmen 79,25 % für diese neue Verfassung. Sie wird am 4. Oktober in Kraft treten. Von diesem Tage an wird die V. Republik bestehen. Die Volksabstimmung wird auch in Französisch West- und Äquatorialafrika durchgeführt. Die große Mehrheit der Afrikaner dieses Gebietes stimmen für die Communauté Française, ausgenommen Guinea (vgl. 2. Oktober 1958).

FRANKREICH VOLKS-ABSTIMMUNG ÜBER VERFASSUNG DER V. REPUBLIK

29. September 1958

GRIECHENLAND DROHT MIT AUSTRITT AUS DER NATO WEGEN ZYPERN

Zwei Tage, nachdem Erzbischof Makarios von Zypern erklärt hat, er verzichte auf einen Anschluß an Griechenland zugunsten der Unabhängigkeit Zyperns, droht die griechische Regierung mit dem Austritt aus der NATO, falls Großbritannien an dem Plan der Dreimächteverwaltung für Zypern festhalte (vgl. auch 14. und 21. Juni 1958).

30. September 1958

USA: KEINE UNTERSTÜTZUNG EINES NATIONALCHINESISCHEN ANGRIFFS AUF DAS FESTLAND

Der Außenminister der USA, Dulles, erklärt, die USA befürworteten eine Verringerung der nationalchinesischen Garnisonen auf den Küsteninseln (Quemoy und Matsu) und würden einen Angriff Tschiang Kai-scheks auf das chinesische Festland *nicht* unterstützen. Zuvor haben Großbritannien und die Staaten des britischen Commonwealth wissen lassen, sie seien nicht verpflichtet, den USA in einem Konflikt mit der chinesischen Volksrepublik Hilfe zu leisten. Dies wiederum war die Reaktion auf die Erklärung der UdSSR vom 7. September (vgl. 4. September 1958). Das Institute for Pacific Relations (CFR) hat wieder vortreffliche Arbeit zugunsten des Weltkommunismus geleistet.[10]

noch September 1958

GENF: 2. INTERNAT. ATOMENERGIE-KONFERENZ

Zur zweiten Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz über die friedliche Nutzung der Atomenergie in Genf senden die USA eine Abordnung von 372 Personen unter Leitung von Lewis L. Strauss und stellen Versuchsanlagen zur Erzielung einer gesteuerten thermonuclearen Reaktion (Kernverschmelzung) aus.[11]

2. Oktober 1958

GUINEA: UNABHÄNGIGE REPUBLIK

SEKOU TOURE PRÄSIDENT

Guinea, das am 28./29. September (vgl. dort) gegen die Communauté Française gestimmt hat, wird unabhängige Republik. Ministerpräsident ist Sékou Touré. Er wird am 10. November 1958 im Rahmen einer Präsidialverfassung auch Staatspräsident werden. Frankreich stellt alle Hilfeleistungen an Guinea ein, logische Folge des Abstimmungsergebnisses. Touré wird künftig die „klassenlose Gesellschaft" propagieren und Anlehnung an den Osten suchen.

27. Oktober 1958

DDR: „GANZ BERLIN HOHEITSGEBIET"

In dem mitteldeutschen Sowjetsatellitenstaat erklärt der Parteichef der SED, Walter Ulbricht, „ganz Berlin zum Hoheitsgebiet" eben dieses mitteldeutschen Teilstaates. Er wird darin vierzehn Tage darauf von Chruschtschow durch dessen Forderung nach

„Aufhebung des Viermächtestatuts in Berlin" unterstützt werden (vgl. auch 27. November 1958.)[12]

In Pakistan räumt der Staatspräsident Iskandar Mirza sein Amt dem Oberbefehlshaber der pakistanischen Streitkräfte, General Mohammed Ayub Khan ein, nachdem er drei Wochen zuvor das Kriegsrecht erklärt, die Regierung sowie die Provinzialregierungen entlassen, die politischen Parteien aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt hat. Ayub Khan seinerseits übernimmt auch das Amt des Ministerpräsidenten und führt damit das Präsidialsystem ein.

PAKISTAN: RÜCKTRITT MIRZAS AYUB KHAN PRÄSIDENT UND REGIERUNGSCHEF

28. Oktober 1958

Im Vatikan wird der Patriarch von Venedig, Angelo Guiseppe Roncalli, als Johannes XXIII. zum Papst gewählt, als Nachfolger des am 9. Oktober verstorbenen Pius XII. (Pacelli). Im Rahmen seiner Bemühungen um ein besseres Verhältnis der katholischen Kirche zum nichtkatholischen Christentum und darüber hinaus zur nichtchristlichen Welt wird Papst Johannes XXIII. die „Öffnung nach links" fördern und damit — wie sich erst nach seinem Tode zeigen wird — das Fundament der katholischen Kirche selbst, ihren inneren Zusammenhalt, ihre geschlossene Haltung in Grundsatzfragen weitgehend zur Auflösung bringen.

VATIKAN: PAPSTWAHL JOHANNES XXIII.

13. November 1958

Lewis L. Strauss tritt nach seiner Berufung durch Präsident Eisenhower das Amt als Handelsminister der USA an, das Amt, das Herbert Hoover innehatte, bevor er 1932 zum Präsidenten gewählt wurde. Die Ernennung bedarf allerdings noch der Zustimmung des Senatsausschusses für zwischenstaatlichen und Außenhandel, und diese Zustimmung wird nicht gegeben werden (vgl. 18. Juni 1959).[13]

USA: LEWIS L. STRAUSS HANDELSMINISTER

24. November 1958

Auf Betreiben des Ministerpräsidenten von Ghana, Kwame Nkrumah, vereinbaren dieser und Sékou Touré in Akkra einen Zusammenschluß der beiden Staaten Ghana und Guinea, schrittweise und zunächst unter Beibehaltung ihrer beiderseitigen staatlichen Souveränität. Touré geht auf die Pläne Nkrumahs nur ein, weil ihm Frankreich nach dem Ausscheiden Guineas aus der Communauté Française weitere wirtschaftliche Unterstützung abgeschlagen hat. Nkrumah verspricht ihm eine Anleihe von zehn Millionen Pfund Sterling.[14]

GHANA-GUINEA: ZUSAMMENSCHLUSS BEIDER STAATEN

27. November 1958

UDSSR: CHRUSCHTSCHOW FORDERT ABZUG ALLER TRUPPEN AUS BERLIN

KÜNDIGUNG DER BERLIN-ABKOMMEN VON 1944/45

Chruschtschow richtet gleichlautende Noten an Frankreich, Großbritannien und die USA und fordert darin: Abzug aller Besatzungstruppen aus Berlin unter Kontrolle der UNO und Erklärung West-Berlins zu einer „entmilitarisierten Freien Stadt". Zwischen den sowjetischen und den westlichen Besatzungstruppen soll es künftig hinsichtlich Berlin keine Verbindungen mehr geben. Die Abkommen vom 12. September 1944 über die gemeinsame Verwaltung Groß-Berlins und vom 1. Mai 1945 über den gemeinsamen Kontrollrat werden für ungültig erklärt, alle Rechte und Funktionen der UdSSR aus diesem Abkommen auf die Regierung des mitteldeutschen Sowjetsatelliten übertragen.[15]

10. Dezember 1958

CHINA: MAO TSE-TUNG TRITT ALS STAATSOBERHAUPT ZURÜCK

AUFGABE DES „SPRUNGS IN DEN KOMMUNISMUS"

Die VI. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas beschließt am letzten Sitzungstage, dem Rücktrittsangebot Mao Tse-tungs als Staatsoberhaupt zuzustimmen. Mao bleibt Vorsitzender des Zentralkomitees, also Parteichef. Gleichzeitig wird der „Sprung in den Kommunismus" als utopisch aufgegeben, d. h. die Meinung, daß die Volkskommunen auf dem Lande „sofort zum Kommunismus führen" und bereits die „Güterverteilung nach den Bedürfnissen" gestatten, als irrig bezeichnet. Das bedeutet einen ideologischen Sieg Chruschtschows über Mao Tse-tung und räumt der chinesischen Familie auf dem Lande wieder ein Existenzminimum ein.[16]

8. — 12. Dezember 1958

KAIRO: KONFERENZ DER AFRIKAN./ASIAT. HANDELSKAMMERN

Die Handelskammern der selbständigen Staaten Afrikas und Asiens treten in Kairo zu einer Konferenz zusammen und beschließen die Gründung einer gemeinsamen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, entsprechend der EWG und dem COMECON, jedoch von beiden unabhängig.

8./13. Dezember 1958

ACCRA: 2. PANAFRIKAN. KONFERENZ

STÄNDIGES SEKRETARIAT

In Accra, der Hauptstadt Ghanas, findet auf Einladung Kwame Nkrumahs eine (zweite) Panafrikanische Konferenz von Delegierten aller afrikanischen Staaten, ausgenommen Südafrika, statt. (Die erste, ebenfalls in Accra, tagte Mitte April 1958.) Dieses Mal sind auch die noch unter Kolonialherrschaft oder im Protektoratsverhältnis stehenden afrikanischen Gebiete durch Delegierte ihrer Unabhängigkeitsbewegungen vertreten. Es wird die Errichtung eines ständigen panafrikanischen Sekretariats beschlossen. Ziel ist die Bildung der „Vereinigten Staaten von Afrika" (vgl. 25. Januar 1960).[17]

19. Dezember 1958

Mit dem Organisationsgesetz der Communauté Française verwandelt Frankreich sein Kolonialimperium in ein Commonwealth nach dem Muster des britischen. Der Exekutivrat der Communauté besteht aus den Ministerpräsidenten Frankreichs und aller Mitgliedstaaten. Außerdem gehören ihm diejenigen Minister der französischen Regierung an, deren Kompetenz die Communauté betrifft. Der Senat der Gemeinschaft setzt sich aus Delegierten der Parlamente der Mitgliedstaaten zusammen, insgesamt nicht über 300, und hat vorwiegend beratende Funktion. Er wird sich am 15. Juli 1959 konstituieren und am 16. März 1961 auflösen. Das Schiedsgericht der Communauté besteht aus sieben vom Präsidenten eingesetzten Richtern.

FRANKREICH: COMMUNAUTE FRANCAISE ORGANISATIONSGESETZ

22. Dezember 1958

Jugoslawien schließt mit den USA ein Abkommen über amerikanische Wirtschaftshilfe im Werte von 94,8 Millionen Dollar. Es handelt sich in erster Linie um die Lieferung von Lebensmitteln. Die Bereitschaft maßgeblicher Kreise in den USA (CFR), den Kommunismus in jeglicher Form zu fördern, vereinigt sich hier mit dem realpolitischen Gesichtspunkt, einem kommunistischen Staat zu helfen, der *nicht* zur Einflußsteigerung der UdSSR beiträgt.

JUGOSLAWIEN-USA: ABKOMMEN ÜBER WIRTSCHAFTSHILFE

31. Dezember 1958

Frankreich, Großbritannien und die USA halten in einer gemeinsamen Antwortnote an die Regierung der UdSSR hinsichtlich Berlin (vgl. 27. November 1958) an der fortdauernden Gültigkeit der Abkommen von 1944 und 1945 fest und lehnen es ab, darüber „unter Druck" zu verhandeln.

WESTMÄCHTE BEHARREN AUF BERLIN-ABKOMMEN

noch Dezember 1958

Auf Kuba kapitulieren die Streitkräfte der Regierung Batista nach fünfjährigem Guerillakrieg vor den Partisanen Fidel Castros, dem sich nunmehr, zögernd, die Anhänger der kommunistischen Volkssozialistischen Partei Kubas anzuschließen beginnen (vgl. 1. Januar 1959).

KUBA: BATISTA-TRUPPEN KAPITULIEREN

noch 1958 (ohne nähere Datierung)

Das mit Atomenergie betriebene U-Boot „Nautilus" der USA passiert unter der Eisdecke den Nordpol. Mit anderen Antriebssystemen ist eine so lang andauernde Unterwasserfahrt noch nicht möglich.

USA: „NAUTILUS" AM NORDPOL

1959

1. Januar 1959

Auf Kuba dankt der Diktator Fulgencio E. Batista y Zalvidar ab und geht ins Exil, nachdem seine Streitkräfte im Dezember 1958 vor den Aufständischen der „Bewegung des 26. Juli" (Fidel Castro) kapituliert haben. Diese ziehen tags darauf in La Habana ein und beginnen sofort mit der Verfolgung von Anhängern des Batista-Regimes sowie zahlreichen „Hinrichtungen".

KUBA: BATISTA DANKT AB CASTRO ÜBERNIMMT REGIERUNG

2. Januar 1959

Der israelische Botschafter in Bonn Felix E. Shinnar berichtet, daß der westdeutsche Teilstaat bis Ende 1958 Waren im Werte von 1,68 Milliarden DM nach Israel geliefert hat.[1]

BRD: WAREN-LIEFERUNG AN ISRAEL

4./6. Januar 1959

In der Hauptstadt von Belgisch-Kongo Léopoldville kommt es infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit unter der eingeborenen Bevölkerung zu blutigen Aufständen. Es gelingt der belgischen Regierung, die Unruhen gewaltsam zu beenden. Im Anschluß daran verspricht sie im sogenannten „statut unique" für Afrikaner und Europäer gleiche Entlohnung und gleiche Aufstiegschancen bei gleichen beruflichen Voraussetzungen.

BELGISCH KONGO: AUFSTAND WIRD UNTERDRÜCKT

5. Januar 1959

Großbritannien setzt die Verfassung von Malta außer Kraft und unterstellt die Insel für eine Übergangszeit der Regierung eines Gouverneursrates, an dem auch die Beteiligung von Maltesern vorgesehen ist. Am 13. Februar wird Sir Guy Grantham das Amt des Gouverneurs antreten.

MALTA: GROSSBRITANNIEN SETZT VERFASSUNG AUSSER KRAFT

Das westdeutsche Land Niedersachsen schließt am selben Tage einen Vergleich mit der Jewish Trust Corporation (JTC), dem Zentralrat und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland über zu zahlende Entschädigung für das in der „Reichskristallnacht" am 9. November 1938 zerstörte jüdische Gemeinde- und Stiftungseigentum.[2]

NIEDERSACHSEN: WIEDERGUTMACHUNG AN JUDEN

6. Januar 1959

Das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg lehnt die Aufnahme eines Verfahrens gegen einen Hamburger Holzhändler ab, der in einer durch ihn verbreiteten Flugschrift behauptet hat, Hitler sei „ein Werkzeug des internationalen Judentums" gewesen. Die Ablehnung wird folgende Ereignisse nach sich ziehen: Am 7. Januar bereits wird der Hamburger Bürgermeister Max

HAMBURG: OBERLANDESGERICHT LEHNT VERFAHREN GEGEN AUTOR

EINER FLUGSCHRIFT AB, IN DER HITLER ALS „WERKZEUG DES JUDENTUMS“ BEZEICHNET WIRD
NEUES GESETZ

Brauer mit zwei leitenden Justizbeamten den Bundeskanzler Adenauer aufsuchen. Am 8. Januar wird dieser den Generalbundesanwalt beauftragen zu untersuchen, ob im Namen der Bundesregierung gegen den Holzhändler Anklage wegen Rassenhetze erhoben werden könne. Sechs Tage später, am 14. Januar, verabschiedet das westdeutsche Bundeskabinett einen ad hoc-Gesetzentwurf, der für „Verhetzung, Beschimpfung oder Verleumdung nationaler, rassischer oder religiöser Minderheiten“ eine Strafe nicht unter drei Monaten Gefängnis vorsieht.[3]

8. Januar 1959

FRANKREICH: DE GAULLE TRITT PRÄSIDENTENAMT AN

In Frankreich übernimmt Charles *de Gaulle* (vgl. Polit. Lexikon, Teil II) das Amt des ersten Präsidenten der seit dem 4. Oktober 1958 bestehenden V. Republik. Ministerpräsident wird Michel Debré, Außenminister Maurice Couve de Murville. Die ursprünglich bis zum 4. Februar befristeten außerordentlichen Vollmachten für de Gaulle werden über diese Frist hinaus verlängert.

10. Januar 1959

UDSSR: ENTWURF FÜR FRIEDENSVERTRAG MIT RESTLICHEM DEUTSCHLAND

Die UdSSR veröffentlicht einen neuen Entwurf für einen Friedensvertrag mit dem restlichen Deutschland (West- und Mitteldeutsches Gebiet): Beendigung des Kriegszustandes mit „beiden deutschen Staaten“; Anerkennung der vollen Souveränität des deutschen Volkes (gemeint ist damit die kommunistische Parteiführung). Ausscheiden beider Staaten aus NATO, WEU bzw. Warschauer Pakt; Auflösung militärischer Stützpunkte fremder Mächte auf deutschem Territorium (das bedeutet Auslieferung an die nähergelegene, schneller invasionsbereite UdSSR) usw.

17. Januar 1959

FRANZÖS. ÄQUATORIALAFRIKA ZOLLUNION DER AUTONOMEN TERRITORIEN

In Französisch Äquatorialafrika bilden die autonomen Territorien (innerhalb der Union Française) Gabon, Kongo (Brazzaville), Tschad und Zentralafrikanische Republik eine Zollunion, die sich anderthalb Jahre später (vgl. 17. Mai 1960) auch zu einem politischen Zusammenschluß verdichten wird, allerdings ohne Gabon.

20. Januar 1959

SÜDAFRIKA: BANTUS NICHT MEHR IM PARLAMENT
EIGENE UNIVERSITÄTEN

In Südafrika wird im Zuge der Politik der getrennten Entwicklung der farbigen und der weißen Bevölkerung die Vertretung der Bantus aus dem Parlament herausgenommen und unmittelbar der Regierung angegliedert. Noch im selben Jahre wird die Errichtung von fünf eigenen Universitäten für Nichtweiße eingeleitet, die bisherigen Universitäten werden nur noch für Weiße geöffnet.

21. Januar 1959

Frankreich erkennt die unabhängige Republik Guinea an, die am 2. Oktober nach Ablehnung des Eintritts in die Communauté Française durch Sékou Touré am 2. Oktober 1958 proklamiert wurde.

FRANKREICH-GUINEA: ANERKENNUNG DER UNABHÄNGIGKEIT

21./25. Januar 1959

Der finnische Staatspräsident Kekkonen hält sich zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR auf. Es gelingt ihm, Spannungen beizulegen, die aus dem Widerspruch der UdSSR gegen die beabsichtigte Ausweitung des finnischen Handels mit Staaten außerhalb des Ostblocks entstanden waren.

FINNLAND: KEKKONEN IN DER UDSSR

Anfang Februar 1959

Der Premierminister von Malaya beschließt anläßlich eines Besuches auf den Philippinen in Manila mit dem Präsidenten Garcia die Schaffung einer nichtmilitärischen und nicht an die Westmächte gebundenen Allianz der südostasiatischen Völker. Den Beginn soll ein engerer Zusammenschluß Malayas und der Philippinen bilden. Die anderen südostasiatischen Staaten sollen aufgefordert werden, der Allianz beizutreten.[4]

MALAYA-PHILIPPINEN: SÜDOST-ASIATISCHE ALLIANZ

3./4. Februar 1959

Erstmalig tritt der Exekutivrat der Communauté Française (vgl. 19. Dezember 1958) zusammen, bildet ein Generalsekretariat und vier Ausschüsse. Ein viertel Jahr später wird er die Bildung eines gemeinsamen Sicherheitsrates der Communauté beschließen und am 10./11. September die französischen Kernwaffenversuche in der Sahara billigen.

FRANKREICH: GENERAL-SEKRETARIAT DER COMMUNAUTE

4. Februar 1959

Großbritannien schließt einen Zehnjahresvertrag mit der EURATOM über Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung von Atomenergie.

GROSSBRITANNIEN-EURATOM: ZEHNJAHRES-VERTRAG

11. Februar 1959

Sechs südarabische Sultanate des westlichen, Aden benachbarten Protektoratsgebietes schließen sich zur *Südarabischen Föderation* zusammen. 1960 und 1961 werden sich weitere Sultanate dieser Föderation anschließen, die bei ihrer Entstehung neue Schutzverträge mit Großbritannien abgeschlossen hat.

SÜDARABISCHE FÖDERATION

16. Februar 1959

In Beantwortung des Friedensvertragsentwurfes der UdSSR (vgl.

WESTMÄCHTE LEHNEN

ISOLIERTE GESPRÄCHE ÜBER FRIEDENSVERTRAG AB

10. Januar 1959) lehnen die Westmächte isolierte Gespräche über Berlin oder einen deutschen Friedensvertrag ab, stimmen aber einer Außenministerkonferenz zu, die vom 11. Mai bis 5. August in Genf ergebnislos verlaufen wird.

KUBA: CASTRO MINISTERPRÄSIDENT

BODENREFORM (KOLCHOSEN)

ENTEIGNUNG AMERIKANISCHEN BESITZES

PROTESTNOTE DER USA

Auf Kuba wird am gleichen Tage Fidel Castro, der Führer der Aufständischen (vgl. 1. Januar 1959) Ministerpräsident der neuen Regierung, die ohne eigentliches Programm mit einer Reihe von Reformmaßnahmen beginnt. Zunächst wird Anfang Juni der Großgrundbesitz in Kolchosen verwandelt, sogenannte „Volksfarmen" mit staatlich bezahlten Arbeitern. Daneben werden etwa 30 000 Kleinfarmer mit eigenem Grund und Boden zugelassen, doch auch diese im Rahmen einer staatlich gelenkten Organisation. Zugleich wird mit der Enteignung amerikanischen Besitzes begonnen. Über die angebotene Entschädigung kommt es zu keiner Einigung. Infolgedessen wird die bei einem Besuch Castros in den USA vom 16. bis 26. April 1959 angebahnte Zusammenarbeit nicht zum Tragen kommen. Eine Protestnote der USA am 11. Juni 1959 gegen die als unzureichend bezeichneten angebotenen Entschädigungen leitet die seitdem ständig wachsenden Gegensätzlichkeiten ein.

17./19. Februar 1959

LONDON: DREIMÄCHTEVERTRAG ÜBER ZYPERN

In London schließen Großbritannien, Griechenland und die Türkei einen Dreimächtevertrag über Zypern, das zur unabhängigen Republik erklärt wird, einen griechischen Präsidenten und einen türkischen Vizepräsidenten erhalten soll, griechische und türkische Garnisonen unter einem gemeinsamen Oberbefehl (insgesamt 1500 Mann) und getrennte Stadtverwaltungen in den fünf größeren Städten. Regierung und Parlament sollen sich im Verhältnis von 7 : 3 aus Griechen und Türken zusammensetzen.[5]

20. Februar 1959

GROSSBRITANNIEN: MACMILLAN IN DER UDSSR

Der britische Premierminister Macmillan trifft zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR ein und warnt die Sowjetregierung vor den Folgen einer Verhärtung ihrer Haltung hinsichtlich Berlins und der anderen strittigen Fragen.

21. Februar 1959

IRAN: KEINE AUSLÄNDISCHEN STÜTZPUNKTE ODER RAKETENBASEN

Auf den Protest der UdSSR gegen die Kündigung von Artikel 6 des persisch-sowjetischen Vertrages (vgl. 2. März 1959) und gegen den persisch-amerikanischen Beistandspakt (vgl. 5. März 1959) erklärt Schah Mohammed Risa Pehlewi, der Iran werde keine Basen für ausländische Streitkräfte und auch keine ausländischen Raketenabschußrampen auf seinem Territorium zulassen. Er

werde die Garantien der USA nur in Anspruch nehmen, wenn das Land angegriffen würde.[6]

28. Februar 1959

ÄGYPTEN-GROSS-BRITANNIEN: EINIGUNG ÜBER SUEZ-KANALENT-SCHÄDIGUNG

In einem Abkommen zwischen Ägypten und Großbritannien einigt man sich über die britischen Entschädigungsansprüche für die Verstaatlichung des Suezkanals. Die bis dahin gesperrten ägyptischen Sterlingguthaben werden freigegeben. Ende des Jahres, am 1. Dezember, wird Großbritannien diplomatische Beziehungen zur VAR aufnehmen.

2. März 1959

IRAN: TEIL-KÜNDIGUNG DES SOWJETISCH-PERSISCHEN VERTRAGES

Persien kündigt Artikel 6 des Sowjetisch-Persischen Vertrages vom 26. Februar 1921 (vgl. dort), nach dem die Sowjets ihre Truppen in persisches Gebiet einrücken lassen können, sobald sie ihre Grenze durch eine dritte in Persien anwesende Macht bedroht sehen.[7]

2./4. März 1959

JUGOSLAWIEN-GRIECHENLAND: GESPRÄCHE ÜBER SICHERHEIT

Der jugoslawische Staatspräsident und Parteichef Marschall Tito führt Gespräche mit dem griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis und dem griechischen Außenminister Averoff-Tositzas in dem Bestreben, sich gegen erneute Anfeindungen aus dem Ostblock abzusichern (vgl. 16./18. Juni 1959).

5. März 1959

PAKISTAN-PERSIEN-TÜRKEI-USA: BEISTANDS-PAKT

In Ankara wird ein Beistandspakt zwischen den USA einerseits und Pakistan, Persien sowie der Türkei andererseits geschlossen. Die USA sagen den drei Vertragspartnern jede notwendige Militär- und Wirtschaftshilfe zu, um ihre nationale Unabhängigkeit, territoriale Integrität und wirtschaftliche Entwicklung zu wahren.[8]

8. März 1959

IRAK: OFFIZIERS-REVOLTE GEGEN KASSEM

Im Irak schlägt Abd al-Karim Kassem, der am 14. Juli 1958 König Faisal II. ermorden ließ und sich der Regierung bemächtigte, eine Offiziersrevolte nieder, die sich gegen ihn richtete und von Freunden der ägyptischen Regierung Nasser getragen wurde. Die Folge ist natürlich der Bruch zwischen dem Irak und der VAR.

19. März 1959

TIBET: VOLKS-AUFSTAND GEGEN CHINA

Die rücksichtslose Unterwerfung Tibets durch Armeeinheiten der Chinesischen Volksrepublik führt in Tibet zu einem allgemeinen Volksaufstand, da die Bevölkerung zäh an ihren religiösen und

DALAI LAMA FLIEHT NACH INDIEN

sozialen Traditionen festhält. Der Dalai Lama entschließt sich, das Land zu verlassen, damit die Chinesen sich nicht seiner Person bemächtigen und ihn gegen sein Volk ausspielen können, wie sie es dann prompt mit dem Pantschen Lama tun werden. Der Dalai Lama findet nach strapazenreicher Expedition über die Hochgebirgspässe des Himalaja politisches Asyl in Indien.

20. März 1959

LHASA ZERSTÖRT

Chinesische Artillerie beschießt Lhasa, die Hauptstadt Tibets, zerstört den Sommerpalast, den Norbulingka, sowie den Westflügel des berühmten Potala. Unter den Toten wird nach dem Dalai Lama gesucht und, nachdem man ihn nicht gefunden hat, die Meldung verbreitet, daß er verschwunden sei.[9]

30. März 1959

ITALIEN-USA: ABKOMMEN ÜBER RAKETENBASEN

Italien trifft ein Abkommen mit den USA über die Errichtung amerikanischer Raketenabschußbasen. Die Basen für Mittelstreckenraketen vom Typ Jupiter sollen in Norditalien aufgebaut werden. Die Entscheidung über den Einsatz obliegt der italienischen Regierung und dem Oberkommando der NATO in Paris.

noch März 1959

BRITISCHER DOZENT GEGEN WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS

Der Londoner Universitätsprofessor Geoffrey Barraclough führt bei einer Vortragsreise durch westdeutsche Städte u. a. aus, der Wunsch nach Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten gefährde das internationale Gleichgewicht, und die Forderung nach einer Revision der Oder-Neiße-Linie bezeichne den Beginn einer neuen deutschen Ostexpansion.[10]

4. April 1959

FRANZÖSISCH-AFRIKA: MALI-FÖDERATION

In Französisch West- und Äquatorial-Afrika schließen sich die autonomen Territorien (innerhalb der Union Française) Senegal und Sudan zur Mali-Föderation zusammen, die aber am 2. August 1960 wieder auseinanderfallen wird, unmittelbar nachdem sie mit Frankreich bilaterale Verträge geschlossen haben wird.

noch April 1959

CHINA: LIU SCHAO-TSCHI WIRD STAATSOBERHAUPT PERSONENKULT UM MAO TSE TUNG

In der Volksrepublik China wird Liu Schao-tschi zum Vorsitzenden der Republik gewählt, nachdem Mao Tse-tung auf dieses Amt verzichtet und sich auf die Führung der Partei beschränkt hat. In diesem Zusammenhang wird seitdem um Mao ein Personenkult verbreitet, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt und selbst die Vergottung Stalins in den dreißiger und vierziger Jahren weit übertrifft. Derselbe Monat April wird von der chinesi-

schen Sicherheitspolizei zum „Liebt-die-Menschen-Monat" proklamiert, verbunden mit großen „Säuberungsaktionen" in der Armee.[11]

SCHWEDEN: BERICHT ÜBER SPEZIALSCHULE DER SOWJETSPIONAGE IN DER UDSSR

Die schwedische Militärzeitschrift „Kontakt zur Armee" in Stockholm veröffentlicht den Bericht eines „Abspringers" aus den Diensten der Sowjetspionage über eine Spezialschule in der UdSSR für Spione gegen die USA. Diese Schule hat die Gestalt einer kleinen amerikanischen Stadt, in der das amerikanische Leben bis zur Perfektion nachgebildet ist. Etwa eintausend Sowjetbürger, alle mit abgeschlossenem Hoch- oder Fachschulstudium, werden hier zwei bis zehn Jahre lang auf ihre künftige Tätigkeit in den USA — vom Taxifahrer bis zum Atomwissenschaftler oder Priester jeder beliebigen Kirche — ausgebildet.[12]

7. Mai 1959

WASHINGTON: ABKOMMEN ÜBER GEMEINSAME KERNWAFFEN-ENTWICKLUNG

In Washington wird ein Abkommen zwischen Frankreich, Griechenland, Großbritannien, den Niederlanden, der Türkei, den USA sowie deren westdeutschem Satelliten über Zusammenarbeit in der Entwicklung von Kernwaffen und bei der Ausbildung von Angehörigen der beteiligten Streitkräfte an Fernlenk- und Atomwaffen geschlossen. Das Abkommen wird am 19. Juli 1959 in Kraft treten. Hinsichtlich der Beteiligung des westdeutschen Teilstaates widerspricht es eindeutig dessen früherem ausdrücklichen Verzicht auf jede Mitwirkung an der Entwicklung von Kernwaffen.

25. Mai 1959

ALBANIEN: STAATSBESUCH CHRUSCHTSCHOWS

Der Regierungs- und Parteichef der UdSSR, Chruschtschow, trifft zu einem zehntägigen Staatsbesuch in Albanien ein. Tags darauf droht er mit der Errichtung sowjetischer Raketenbasen in Albanien, wenn Griechenland und Italien amerikanische Raketenbasen auf ihrem Territorium zuließen.

KANADA-USA: INFORMATIONSAUSTAUSCH

Kanada trifft am gleichen Tage ein Abkommen mit den USA über die Verwendung von Atomenergie bei Projekten der gemeinsamen Verteidigung mit entsprechendem Austausch von technischen und konstruktiven Informationen.

26. Mai 1959

USA: ADMIRAL THACH WARNT VOR

Die nordamerikanische Zeitschrift „Look" veröffentlicht eine Warnung des US-Admirals John S. Thach: „Ein Dutzend feindlicher U-Boote, von denen jedes etwa zwanzig Raketen mit sich führt, könnte mit einem Überraschungsschlag siebzig Prozent

FEINDLICHEN U-BOOTEN ALS RAKETENTRÄGERN

unseres wirtschaftlichen Potentials vernichten. Nicht ein einziger Punkt der USA ist mehr als 1500 Meilen von U-Boot-gefährdeten Gewässern entfernt. Die Masse unserer Bevölkerung sitzt in Schußweite."[13]

29. Mai 1959

FRANZÖSISCH AFRIKA: CONSEIL DE L'ENTENTE ZOLLUNION

In Französisch West- und Äquatorialafrika schließen sich auf Veranlassung des Ministerpräsidenten (seit 2. Mai) der Elfenbeinküste Felix Houphouet Boigny die Territorien Obervolta, Dahome, Niger und Elfenbeinküste zum „Conseil de l'Entente" zusammen, der vor allem die wirtschaftlichen Entwicklungspläne der einzelnen Gebiete aufeinander abstimmen soll. Daraus wird sich am 9. Juni eine Zollunion entwickeln, in die auch Mauretanien eintritt.

3. Juni 1959

SINGAPUR: AUTONOMIE INNERHALB COMMONWEALTH

LEE KUAN YEW

Singapur erhält eine neue Verfassung, die es zum autonomen Staat innerhalb des britischen Commanwealth of Nations macht und seinen Einwohnern eine eigene Staatsbürgerschaft zuerkennt. Außenpolitik und Verteidigung behält sich Großbritannien vor. Ministerpräsident ist Lee Kuan *Yew* von der radikalsozialistischen Volkspartei. Staatsoberhaupt und Vertreter der britischen Krone wird am 1. Dezember ebenfalls ein Singapurianer werden, Inche Yusof bin Ashak.

6. Juni 1959

RUMÄNIEN: VORSCHLAG EINER BALKANKONFERENZ

Rumänien schlägt erneut (wie schon am 10. September 1957) eine Balkankonferenz vor mit dem Ziel, im Rahmen eines kollektiven Sicherheitsabkommens der Balkanstaaten die Errichtung von Raketenabschußbasen zu verhindern.

16./18. Juni 1959

JUGOSLAWIEN-GRIECHENLAND: ABKOMMEN ÜBER ZUSAMMENARBEIT

Der jugoslawische Außenminister Popovic (vgl. Polit. Lexikon, Teil II) besucht Griechenland und unterzeichnet dort eine Reihe von Abkommen. U. A. wird ein aus Vertretern beider Länder gemischtes Amt für griechisch-jugoslawische Zusammenarbeit und technische Hilfe gebildet und eine Entschädigung für verstaatlichte griechische Vermögenswerte in Jugoslawien festgelegt. Vgl. hierzu auch 29. Juli und 11./12. November 1959.

17. Juni 1959

IRLAND: DE VALERA STAATSPRÄSIDENT

In Irland wird der Ministerpräsident Eamon de *Valera* (vgl. Polit. Lexikon, Teil II) zum Staatspräsidenten gewählt. Eine Woche darauf wird das irische Parlament Seán Lemass zum neuen

Ministerpräsidenten wählen. In der Frage Nordirlands (Ulster) lehnt de Valera Gewaltmaßnahmen ab und tritt für eine Verständigungspolitik ein. Infolgedessen sind die offiziellen Beziehungen Irlands zu Großbritannien ungestört.

18. Juni 1959

Der Senat der USA verweigert dem vom Präsidenten Eisenhower zum Handelsminister berufenen Lewis L. Strauss die Bestätigung, sieben Monate nachdem er seinen Amtseid geleistet hat. Nach Strauss' eigener Darstellung haben antisemitische Beweggründe bei diesem Abstimmungsergebnis eine untergeordnete Rolle gespielt, mehr schon „das Ressentiment, das der Fall Oppenheimer hervorgerufen hatte" (vgl. 12. Juni 1954).[14]

USA: SENAT VERWEIGERT BESTÄTIGUNG FÜR DEN HANDELSMINISTER STRAUSS

25. Juni 1959

In den USA veröffentlicht der parlamentarische Untersuchungsausschuß für Atomstrahlung einen Bericht seines Vorsitzenden Chet Holifield über die voraussichtlichen Folgen eines Wasserstoffbombenangriffs auf die USA. Danach würden bei Einsatz von 263 H-Bomben gegen die 180 wichtigsten Ziele etwa 23 Millionen Amerikaner ihr Leben verlieren (13 Prozent der Bevölkerung) und weitere 26 Millionen bleibende Schäden davontragen. (Vergleichsweise verlor Deutschland im Dreißigjährigen Krieg 86 Prozent seiner Bevölkerung.)[15]

USA: BERICHT ÜBER FOLGEN EINES WASSERSTOFFBOMBENANGRIFFS

26. Juni 1959

Königin Elisabeth II. von Großbritannien in ihrer Eigenschaft als Staatsoberhaupt Kanadas und der Präsident der USA Eisenhower eröffnen gemeinsam die fertiggestellte Schiffahrtsstraße durch den St.-Lorenzstrom, die Fracht- und Passagierschiffen hoher Tonnage die Passage zwischen der Küste und den Großen Seen gestattet.

KANADA: ERÖFFNUNG DER SCHIFFFAHRTSSTRASSE DURCH DEN ST.-LORENZSTROM

Schweden lehnt am selben Tage einen Vorschlag der UdSSR ab, im Ostseeraum eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen. Außenminister Undén bezweifelt aus diesem Anlaß in einer Erklärung, daß die UdSSR tatsächlich bereit sei, ihre Kernwaffen aus einem großen Teil ihres Territoriums abzuziehen. Sie sei die einzige Macht im Ostseeraum, die Kernwaffen besitze. Daher liege es im Interesse Schwedens, den Zugang zur Ostsee freizuhalten.

SCHWEDEN LEHNT UDSSR-VORSCHLAG AB, OSTSEE ATOMWAFFENFREI ZU HALTEN

noch Juni 1959

In Großbritannien nimmt die mitgliederstarke Gewerkschaft National Union of General & Municipal Workers eine scharfe Entschließung gegen den Einsatz der Wasserstoffbombe und gegen

GROSSBRITANNIEN:

GEWERKSCHAFT GEGEN WASSERSTOFF-BOMBEN-EINSATZ UND HALTUNG DER LABOURPARTY

die Haltung der britischen Labourparty in dieser Frage an. Sie schließt sich damit dem Antrag an, den bereits zwei Jahre zuvor, im Oktober 1957, der Sekretär der Transportarbeitergewerkschaft, Franc Cousins, auf dem Labour-Parteitag in Brighton gestellt hat, auf Erprobung, Produktion und Verwendung von Kernwaffen überhaupt zu verzichten.[16]

1. Juli 1959

BRD: LÜBKE BUNDES-PRÄSIDENT

In Westberlin wählt die westdeutsche Bundesversammlung mit absoluter Mehrheit den Landwirtschaftsminister Heinrich *Lübke* zum Bundespräsidenten, nachdem Adenauer seine Kandidatur für dieses Amt am 5. Juni 1959 in einer Form zurückgezogen hat, die die durch das Grundgesetz gegebene politische Bedeutungslosigkeit des Bundespräsidentenamtes mit deutlicher Schärfe kennzeichnet.

20. Juli 1959

SPANIEN WIRD OEEC-MITGLIED

Spanien wird in die Organisation der Marshallplanhilfe, die OEEC, als 18. Mitglied aufgenommen (vgl. 26. September 1953 und 24. Oktober 1955). Es erhält Kredite aus dem Europäischen Währungsfond, dem Internationalen Währungsfond, von den USA und von privaten Banken in Gesamthöhe von über 375 Millionen Dollar. Doch wird auch dieses verspätete Einlenken gegenüber dem Franco-Regime nicht mehr verhindern können, daß sich die Flotte der UdSSR zehn Jahre später im Mittelmeer eine beherrschende Position verschafft.

29. Juli 1959

JUGOSLAWIEN: ABKOMMEN MIT OEEC MITARBEIT IM AUSSCHUSS FÜR LAND-WIRTSCHAFT

Jugoslawien schließt ein Abkommen mit der OEEC, der Organisation des Marshallplanes (vgl. 5. Juni 1947) und wird künftig gleichberechtigt im Ministerausschuß dieser Organisation für Landwirtschaft und Ernährung mitarbeiten. Die intensiven Bemühungen der jugoslawischen Außenpolitik um eine Zusammenarbeit mit dem Westen kann offenbar nicht allein mit dem Sicherheitsbedürfnis gegenüber den Anfeindungen von seiten der kommunistischen Brüder erklärt werden. Eher scheint eine Aufgaben- und Arbeitsteilung im Rahmen des internationalen Kommunismus im Spiel.

LAOS: ERNEUTE KÄMPFE ZWISCHEN KÖNIGL. UND

1. August 1959

In Laos kommt es erneut zu Kämpfen zwischen den Streitkräften der königlichen Regierung und denen der Pathet Lao. Tags darauf wendet sich die Regierung an die UNO und beschuldigt Nordvietnam, daß es die Aufständischen unterstütze. Und es wird tat-

sächlich eine Untersuchungskommission der UNO eintreffen — anderthalb Monate später, am 15. September, „ohne etwas zu erreichen", wie es so treffend im Ploetz heißt.

KOMMUN. TRUPPEN

17./18. August 1959

In Chile tritt die Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS, vgl. 30. April 1948) zusammen und bezeichnet in der „Deklaration von Santiago de Chile" Diktaturen als unvereinbar mit den Grundsätzen der OAS sowie als Gefahr für den Frieden in der westlichen Hemisphäre. Als Grundsätze für die Politik amerikanischer Staaten werden genannt: 1. Sicherung des Rechtsstaates, 2. freie Wahlen, 3. Regierungsausübung nur mit vorher festgelegter zeitlicher Begrenzung, 4. Garantie der Menschenrechte, 5. deren Aufnahme und Schutz durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten, 6. Verzicht auf politische Verfolgungen, 7. Förderung der Zusammenarbeit aller Art zwischen den amerikanischen Staaten.

SANTIAGO DE CHILE: OAS-KONFERENZ DEKLARATION GEGEN DIKTATUREN GRUNDSÄZE FÜR POLITIK AMERIKAN. STAATEN

25. August 1959

Der Ministerpräsident Indiens Nehru erklärt nach vier Tage anhaltenden schweren Grenzzwischenfällen im Gebiet von Bhutan, Sikkim und Jammu, ein Angriff Chinas auf diese Länder bedeute einen Angriff auf Indien selbst. Der Konflikt wird sich in den folgenden Jahren ständig verschärfen und im Oktober und November 1962 seinen Höhepunkt erreichen (vgl. 20. Oktober 1962).

INDIEN: NEHRU WARNT CHINA VOR ANGRIFF AUF BHUTAN UND SIKKIM

9. September 1959

Der Dalai Lama richtet von Neu-Delhi aus ein Schreiben an den Generalsekretär der UNO, bezieht sich auf den Beschluß des Lenkungsausschusses der UNO-Vollversammlung vom 24. November 1950, neun Jahre zuvor, in dem die Behandlung der Invasion Tibets durch China zurückgestellt wurde, betont noch einmal die Souveränität Tibets, berichtet über die chinesischen Maßnahmen zur systematischen Vernichtung der tibetischen Bevölkerung und appelliert nochmals in dringlicher Form an die Vereinten Nationen, natürlich vergeblich (vgl. 2. September 1960).[17]

TIBET: SCHREIBEN DES DALAI LAMA AN UNO-GENERAL-SEKRETÄR

12. September 1959

Der Parteitag der japanischen Sozialisten beschließt ein Aktionsprogramm zur Neutralisierung Japans und sofortigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China sowie zur radikalen Bekämpfung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages. Hinter diesem Programm steht auch die Gewerkschaftsorganisation SOHYO. Es beruht auf der Vorstellung von der Möglichkeit eines atomwaffenfreien, neutralisierten und von

JAPAN: PARTEITAG DER SOZIALISTEN FÜR NEUTRALITÄT UND DIPLOM. BEZIEHUNGEN ZU CHINA

beiden Weltmächten garantierten „Niemandslandes" im westlichen Pazifik von Hokaido bis Indonesien.[18]

15. September 1959

CHRUSCHTSCHOW IN DEN USA BERLIN-ULTIMATUM AUFGEHOBEN

Chruschtschow trifft zu einem offiziellen Besuch in den USA ein. Im Camp David wird er zwölf Tage später Gespräche mit dem Präsidenten Eisenhower führen, bei denen er das Ultimatum hinsichtlich Berlin „als solches" aufhebt. Im Zuge einer Beendigung des „Kalten Krieges" sollen neue Verhandlungen über alle offenen internationalen Probleme geführt werden (vgl. 12./14. April und 1. Mai 1960).

16. September 1959

FRANKREICH: DE GAULLE VERSPRICHT ALGERIEN SELBSTBESTIMMUNG

De Gaulle gibt eine Grundsatzerklärung zur französischen Algerienpolitik ab und sichert allen Algeriern das Recht auf Selbstbestimmung zu. Er verspricht für spätestens vier Jahre nach der Befriedung des Landes freie Wahlen zur Entscheidung zwischen völliger Unabhängigkeit, Unabhängigkeit innerhalb der Communauté Française oder totaler Integration mit Frankreich. Er fordert die Aufständischen zur Niederlegung der Waffen auf.

25. September 1959

CEYLON: BANDARANAIKE ERMORDET AUSNAHMEZUSTAND

Auf Ceylon fällt der Ministerpräsident Bandaranaike dem Attentat eines buddhistischen Mönches zum Opfer. Es wird der Ausnahmezustand verhängt. Die Gattin des ermordeten Regierungschefs übernimmt die Führung der Ceylonesischen Freiheitspartei, die im Jahr darauf einen Wahlsieg erringen wird (vgl. 20. Juli 1960).

11. Oktober 1959

INDONESIEN-CHINA: ABKOMMEN ZUR GEGENSEITIGEN HILFELEISTUNG

Indonesien trifft ein Abkommen mit der Volksrepublik China, in dem beide Mächte sich gegenseitig Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Gebietsansprüche gegenüber Dritten zusagen. Das betrifft den indonesischen Anspruch auf West-Neuguinea gegenüber den Niederlanden und den chinesischen Anspruch auf Grenzgebiete von Buthan und Sikkim gegenüber Indien.

2. — 7. November 1959

STOCKHOLM: TAGUNG DES NORDISCHEN RATES

In Stockholm tritt der Nordische Rat zu einer Tagung zusammen und revidiert seine Charta. Es werden ein Ministerausschuß und ein ständiger Sonderausschuß zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Nordischen Staaten eingesetzt. Mit Rücksicht auf Finnlands Verpflichtungen gegenüber der UdSSR und Schwedens Neutralität kann ein Anschluß an die EWG nicht erwogen werden.

8. November 1959

Der seit dem 1. Januar 1956 unabhängige Sudan, Mitglied der Arabischen Liga, schließt mit Ägypten (VAR) einen Vertrag über die Verteilung des Nilwassers, das für die Fruchtbarkeit des Landes entscheidend ist. Mehr als ein Drittel des dem Nil entnommenen Wassers wird dem Sudan zugesprochen. Es kommt vor allem dem Dreieck zwischen Blauem und Weißem Nil südlich Chartum, der Gezira zugute, dessen Baumwollernte zwei Fünftel des Weltexports an Baumwolle bestreitet.

SUDAN-ÄGYPTEN: VERTRAG ÜBER VERTEILUNG DES NILWASSERS

GEZIRA

8./9. November 1959

Im Landsitz Eisenhowers, Camp David, tagt das Ministerkomitee für die gemeinsame Verteidigung der USA und Kanadas. Es wird u. a. ein Ausbau der gemeinsamen Rüstungsproduktion beschlossen sowie eine besonders enge Zusammenarbeit der beiden Staaten im Rahmen der NATO. Lediglich die Verträge über den Ankauf kanadischen Urans durch die USA (bisher 95 % der kanadischen Förderung) werden nicht mehr erneuert, vermutlich im Hinblick auf die inzwischen gefundenen Vorkommen in Alaska.

USA-KANADA: AUSBAU DER GEMEINSAMEN RÜSTUNGSPRODUKTION ZUSAMMENARBEIT IN DER NATO

11./12. November 1959

Eine italienische und eine jugoslawische Regierungsdelegation besprechen und vereinbaren die Ausweitung der beiderseitigen Handelsbeziehungen, den Abschluß eines Konsularabkommens und eine wohlwollende Behandlung der beiderseitigen Minderheiten. Auch diese Vereinbarungen gehören zu der auffallend intensiven Westorientierung der jugoslawischen Außenpolitik (vgl. 29. Juli 1959).

JUGOSLAWIEN-ITALIEN: AUSWEITUNG DER HANDELSBEZIEHUNGEN MINDERHEITEN-ABKOMMEN

1. Dezember 1959

In Washington wird ein Abkommen der an der Antarktis interessierten Mächte einschließlich der UdSSR unterzeichnet, das die Anlage militärischer Stützpunkte und die Durchführung nuklearer Explosionen auf allen Landgebieten und Eisbänken südlich des 60. Breitengrades südlicher Breite verbietet, ebenso die Ablagerung von Atommüll, und allen Beteiligten freien Zugang zu allen Teilen der Antarktis, auch Luftinspektion jederzeit gewährt.[19]

WASHINGTON: INTERNAT. ANTARKTIS-ABKOMMEN VERBIETET KERN-EXPLOSIONEN UND ATOMMÜLL-LAGERUNG

10./14. Dezember 1959

In Sofia verabschiedet der Rat des COMECON die endgültigen Statuten dieser Organisation, die vier Monate später, am 13. April 1960, in Kraft treten werden. Nach diesen Statuten gehört zu den Zuständigkeiten des Rates die Koordinierung des Außen-

SOFIA: BESCHLUSS DER STATUTEN DES COMECON

SITZ DER ORGANE IST MOSKAU

handels innerhalb des Ostblocks, die Regelung langfristiger Kredite und technischer Unterstützung nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit und die Koordinierung der Entwicklungshilfe. Rat, ständige Kommission und Sekretariat haben ihren ständigen Sitz in Moskau.

11./12. Dezember 1959

FRANKREICH: RECHT DER COMMUNAUTE-MITGLIEDER AUF UNABHÄNGIGKEIT DOMINIONSTATUS

Bei der 6. Sitzung des Exekutivrates der Communauté Française (vgl. 3./4. Februar 1959) gesteht Frankreich den afrikanischen Mitgliedstaaten der Communauté das Recht auf Unabhängigkeit innerhalb der Gemeinschaft zu, entsprechend dem Dominionstatus des britischen Commonwealth of Nations. Die loyalen Politiker in den afrikanischen Mitgliedstaaten haben darauf bestanden, um nicht von den radikalen Elementen in ihren Ländern verdrängt zu werden.

12. Dezember 1959

NIGERIA: ANTRAG AUF UNABHÄNGIGKEIT

In dem britisch-westafrikanischen Territorium Nigeria wird ein Bundesparlament gewählt. Sein erster Beschluß wird ein Antrag an die Regierung Großbritanniens sein, Nigeria die Unabhängigkeit zu geben.

15. Dezember 1959

SCHWEDEN: ASSOZIIERUNG MIT EWG

Schweden beantragt seine Assoziierung mit der EWG. Mitglied kann es mit Rücksicht auf seine auch wirtschaftspolitische Neutralität nicht werden, erklärt sich aber bereit, an der wirtschaftlichen Integration Europas mitzuwirken, insbesondere in der Landwirtschaftspolitik.

22. Dezember 1959

SCHWEIZ: STÄRKUNG DER MILITÄRISCHEN SCHLAGKRAFT

In der Schweiz wird das Alter der Wehrpflichtigen herabgesetzt, die Armee dreifach gegliedert und weitgehend motorisiert. Alle Maßnahmen dienen dem Ziel, die Landesverteidigung und damit gegebenenfalls die Verteidigung der traditionellen Schweizer Neutralität schlagkräftiger zu gestalten. (Vgl. auch 21. Dezember 1960 sowie 23. März und 1. April 1962.)

noch 1959 (ohne nähere Datierung)

UDSSR: WELTRAUMSATELLIT ZUM MOND

Ein Weltraumsatellit der Sowjetunion photographiert erstmals die von der Erde abgewandte Seite des Mondes und sendet die Bilder per Television zur Erde zurück. Eine weitere Rakete der UdSSR landet auf dem Mond.

1960

1. Januar 1960

In Chile wird unter der Regierung des 1958 gewählten Präsidenten Jorge Alessandri Rodríguez eine Währungsreform im Verhältnis 1000 : 1 durchgeführt und der völlig entwertete Peso durch den Escudo abgelöst. Gleichzeitig beginnt ein Zehnjahresplan zu laufen, der eine Bodenreform, Vergrößerung der landwirtschaftlichen Anbaufläche, aber auch einen Ausbau der Industrie vorsieht, um den Export nicht länger vom Bergbau allein abhängen zu lassen.

CHILE: WÄHRUNGSREFORM ZEHNJAHRESPLAN

4. Januar 1960

Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz unterzeichnen in Stockholm das Abkommen zur Errichtung der bereits am 20./21. Juli 1959 beschlossenen Europäischen Freihandelszone (European Free Trade Association — *EFTA)*. Das Abkommen ist am 20. November 1959, ebenfalls in Stockholm, paraphiert worden und stellt ein konkurrierendes Parallelunternehmen zur EWG dar, deren Mitglieder sich gegen eine so starke Ausweitung gesperrt haben, vor allem Frankreich. Frankreich und Großbritannien haben beide den Handel ihrer Commonwealth- bzw. Communauté-Mitglieder zu berücksichtigen, sind daher im Welthandel Konkurrenten und kaum in einer Wirtschaftsgemeinschaft zu vereinigen. Das EFTA-Abkommen sieht stufenweisen Abbau der Zölle und ein Verbot von Mengenbeschränkungen im Im- und Export unter den Mitgliedstaaten vor.[1]

EFTA

16. Januar 1960

In London beginnt eine Verfassungskonferenz für die Staaten des ehemaligen Britisch-Ostafrika. Sie wird ein Wahlsystem beschließen, das den Afrikanern mehr Sitze in den Parlamenten einräumt als den Weißen. Damit begibt sich Großbritannien endgültig seiner Entscheidungsgewalt in diesem wesentlichen Teil seines ehemaligen Kolonialreiches und überläßt das Werk von Cecil Rhodes und der anderen britischen Kolonialpioniere der Auflösung.

LONDON VERFASSUNGSKONFERENZ FÜR OST-AFRIKA

18. Januar 1960

In Algerien unternehmen diejenigen französischen Siedler, die eine Unabhängigkeit des Landes unter allen Umständen verhindern wollen, einen Barrikadenaufstand, der aber von französischen Truppen unterdrückt wird. Doch halten die Kämpfe an, und im darauffolgenden Jahre (vgl. 22. April 1961) wird sich die

ALGERIEN: AUFSTAND DER FRANZÖS. SIEDLER

französische Armee in Algerien mit dem sogenannten „Generalsputsch" auf die Seite der aufständischen Siedler stellen.

21. Januar 1960

USA-JAPAN: VERTEIDIGUNGSPAKT

US-STÜTZPUNKTE IN JAPAN

Herter für die USA und Kishi für Japan unterzeichnen in Washington den in Japan unpopulären *amerikanisch-japanischen Verteidigungspakt,* der zur Absage eines geplanten Japanbesuches Eisenhowers und zum Rücktritt Kishis führen wird. Der Vertrag ersetzt das Sicherheitsabkommen vom 8. September 1951 (vgl. dort) und gestattet den USA weiterhin die Benutzung militärischer Anlagen auf japanischem Territorium (Art. 6). Er verpflichtet beide Partner, „ihre Fähigkeiten, bewaffneten Angriffen zu widerstehen, aufrechtzuerhalten und zu entwickeln" (Art. 5). Ein zusätzliches Verwaltungsabkommen regelt den Status der Angehörigen der US-Streitkräfte in Japan, ein gleichzeitig vereinbartes Protokoll enthält Sonderbestimmungen über das beiderseitige Verhalten bei einem Angriff auf die Ryukyu- und Bonininseln, die noch der Treuhandschaft der UNO unterstehen, aber gleichzeitig der „residualen Souveränität" Japans. Der Vertrag wird am 23. Juni 1960 nach beiderseitiger Ratifizierung gegen heftigen Widerstand eines großen Teiles der japanischen Bevölkerung in Kraft treten.[2]

25. Januar 1960

TUNIS: KONFERENZ DER AFRIKANISCHEN VÖLKER

STÄNDIGES KOMITEE

In Tunis beginnt eine Konferenz der afrikanischen Völker, an der 160 Vertreter afrikanischer Staaten und Territorien, darunter auch die Führer von Unabhängigkeitsbewegungen und Exilpolitiker teilnehmen. Im ständigen Komitee der Konferenz sind Algerien, Belgisch Kongo, Guinea, Marokko, Tunesien und die VAR (Ägypten) vertreten. Es werden die Satzungen der ständigen Konferenz beschlossen. Ihre Mitglieder sind die nationalen politischen Parteien und die nationalen Gewerkschaftsorganisationen Afrikas. Es soll ein panafrikanisches Gemeinschaftsbewußtsein entwickelt werden (vgl. 8./13. Dezember 1958).[3]

2. Februar 1960

CHINA: AKTION ZUM STUDIUM DER GEDANKEN MAO TSE-TUNGS

New China News Agency, die Nachrichtenagentur der Chinesischen Volksrepublik in Peking, berichtet über eine Aktion zum Studium des Gedankenguts Mao Tse-tungs: „Wenn 600 Millionen Menschen mit dem Gedankengut Mao Tse-tungs ausgerüstet sind, wird der Aufbau Chinas rascher vorangehen und schließlich wesentliche Beiträge zur kommunistischen Weltbewegung liefern. Wenn wir das Gedankengut Mao Tse-tungs studieren, ist es unser wichtigstes Ziel, daß wir die Welt verstehen ... und uns selbst umformen, während wir die Welt umwandeln."[4]

4. Februar 1960

Der stellvertretende Ministerpräsident und Außenhandelskommisar der UdSSR, Anastas *Mikojan*, trifft zu einem offiziellen Besuch auf Kuba ein, wo er mit der Regierung Fidel Castros ein Wirtschaftsabkommen schließen wird. Die UdSSR räumt Kuba einen Kredit von 100 Millionen Dollar für eine Laufzeit von 12 Jahren ein und sagt die Abnahme von jährlich einer Million Tonnen kubanischen Zuckers für die Dauer von fünf Jahren zu. Castros prokommunistische Politik veranlaßt einen Teil seiner alten Anhänger und Mitkämpfer zum organisierten Widerstand.

UDSSR-KUBA: BESUCH MIKOJANS

WIRTSCHAFTS-ABKOMMEN

KREDITE

7. Februar 1960

In Guatemala City unterzeichnen die Vertreter Guatemalas, Honduras und El Salvadors ein Abkommen zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes, das eine Zollunion, einen gemeinsamen Entwicklungsfonds und gleiche Rechte der Staatsbürger im Gesamtgebiet der drei Länder vorsieht.

GUATEMALA-HONDURAS-EL SALVADOR: GEMEINSAMER MARKT

13. Februar 1960

Frankreich führt in der Sahara seinen ersten Atombombentest durch, dem eine lange Serie weiterer Versuche folgen wird. Die heftigen Proteste der afrikanischen Anrainerstaaten gegen die mit diesen Versuchen verbundenen Strahlungsgefahren vermögen de Gaulle nicht zu beeindrucken. Er weiß, daß künftig nur atomwaffengerüstete Staaten noch zu den wirklich souveränen Mächten gehören werden, und diesen Anspruch werden sowohl er als auch seine Nachfolger unter allen Umständen aufrecht erhalten.

FRANKREICH: ATOM-BOMBENTEST IN DER SAHARA

18. Februar 1960

Bei einer Außenministerkonferenz in Montevideo schließen die südamerikanischen ABC-Staaten mit Mexiko, Paraguay, Peru und Uruguay einen Vertrag zur Errichtung der Lateinamerikanischen Freihandelszone *(LAFTA)* und der dazugehörigen Vereinigung. Binnen zwölf Jahren sollen unter den Partnern alle Belastungen und Beschränkungen des Handels abgebaut werden, das Handelsvolumen und die allseitige Wirtschaftsproduktion gesteigert werden. Der Vertrag kommt zustande einerseits aus der Sorge um eine mögliche Verschlechterung der Handelsbeziehungen zu Europa (EWG), andererseits aus Enttäuschung über das Verhalten der USA.[5]

MONTEVIDEO: LAFTA-AUSSEN-MINISTER-KONFERENZ

FREIHANDELS-ZONE

26. Februar 1960

Der Präsident der USA Eisenhower trifft in Buenos Aires mit dem argentinischen Präsidenten Frondizi zusammen. Das Ergebnis der

USA-ARGENTINIEN:

BESUCH EISENHOWERS DEKLARATION VON BARILOCHE

Begegnung ist die *Deklaration von Bariloche*, ein gemeinsamer Aufruf zur „Stärkung der Demokratie" auf dem amerikanischen Kontinent. Eisenhower beteuert, daß die USA sich nicht in die inneren Angelegenheiten der lateinamerikanischen Nationen einmischen wollten, und spekuliert dabei auf das kurze Gedächtnis seiner Zuhörer.

noch Februar 1960

PERU: EUROPAREISE PRÄSIDENT PRADOS

Der Staatspräsident Perus, der konservative Manuel *Prado* y Ugarteche, besucht Frankreich, Großbritannien und Italien und setzt sich während dieser Reise mit Nachdruck für eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und Lateinamerika ein. Es geht vor allem um Absatzmärkte für peruanische Baumwolle, Zuckerrohr und Reis, doch reichen Prados Konzeptionen über das eigene Land hinaus und umfassen den süd- und mittelamerikanischen Großraum. Er findet wenig Verständnis.

2. März 1960

NEW YORK: SCHLOMO BEN ISRAEL ÜBER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Die in jiddischer Sprache erscheinende Zeitung „Vorwärts" in New York veröffentlicht einen Aufsatz des bekannten Publizisten und Rundfunkkommentators in den USA Schlomo Ben Israel „Juden haben schnell vergessen", in dem es u. a. heißt: „Die Juden in Deutschland haben schon eine zionistische Organisation geschaffen ... Es darf keine jüdische Gemeinde in Deutschland mehr entstehen ... Die Juden, die sich wieder in Deutschland niederlassen, sind keine Ehre für das Weltjudentum ... Der größte Teil dieser Juden ist Müllabfall, eine Müllkiste des jüdischen Volkes."[6]

15. März 1960

GENF: ZEHNMÄCHTE-ABRÜSTUNGS-KONFERENZ IRREFÜHRUNG DER VÖLKER

In Genf beginnen wieder einmal Abrüstungsgespräche, dieses Mal in Gestalt einer Zehnmächtekonferenz folgender Zusammensetzung: Bulgarien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, USA und UdSSR. Die Konferenz wird am 27. Juni mit dem demonstrativen Auszug der Ostblockdelegierten enden, nachdem sie bereits den ganzen Mai hindurch unterbrochen war. Die Kosten für diese Jahrzehnte hindurch sich wiederholenden stets gleich ergebnislosen Genfer Konferenzen haben die Steuerzahler der irregeführten Völker zu tragen.[7]

20. März 1960

USA:

Der Außenminister der USA Herter bezeichnet Kuba als kommunistisch verseucht, eine Feststellung, die sich wenige Jahre zuvor

auch auf die USA selbst anwenden ließ. In Erwiderung auf diese Äußerung Herters erklärt Fidel Castro eine Woche später, Kuba halte sich nicht mehr an den Pakt von Rio gebunden, das bedeutet, es nehme die volle Freiheit in der Gestaltung seiner Beziehungen zu den kommunistischen Mächten in Anspruch.

HERTER NENNT KUBA KOMMUNISTISCH VERSEUCHT

21. März 1960

In Peking trifft die Volksrepublik China mit dem Königreich Nepal ein Grenzabkommen, das die bestehenden Differenzen beheben und die Grenze — gemäß dem Verlauf der Zollgrenze — „wissenschaftlich festlegen und demarkieren" soll. Sie läuft über den Gipfel des Mont Everest. Nach Abschluß dieser Arbeiten durch ein gemeinsames Komitee soll dann ein endgültiger „sino-nepalesischer Grenzvertrag" geschlossen werden. Man versichert sich gegenseitig, „keine Militärpatrouillen mehr in das Gebiet innerhalb von 20 km Entfernung von der Grenze" zu entsenden. In einem weiteren Abkommen erhält Nepal erneut Wirtschaftshilfe von China.[8]

CHINA-NEPAL: GRENZABKOMMEN

WIRTSCHAFTSHILFE

28. März 1960

In Indonesien ernennt der Diktator Achmed Sukarno die Mitglieder eines neuen Parlamentes (nachdem er das alte drei Wochen zuvor aufgelöst hat). Es setzt sich aus Delegierten der politischen Parteien *und* der sogenannten „Funktionsgruppen" wie Streitkräfte, Bauern, Arbeiter usw. zusammen, trägt also teilweise Züge eines Kooperativ- bzw. Ständeparlaments.

INDONESIEN: SUKARNO ERNENNT NEUES PARLAMENT

30. März 1960

In der Südafrikanischen Union sieht sich die Regierung gezwungen, den Notstand zu verkünden, nachdem ausländische Agitatoren unter der Bantubevölkerung schwere Unruhen und Protestdemonstrationen gegen die Pflicht, ein Ausweisbuch bei sich zu tragen, angezettelt haben. Diese Ausweispflicht hat den Zweck, das unkontrollierbare Einsickern von Eingeborenen aus anderen afrikanischen Ländern zu verhindern. Als die Aufständischen in Sharpeville eine Polizeiwache zu stürmen versuchen, macht deren Besatzung von der Schußwaffe Gebrauch. Der Vorfall wird zu einer erneuten weltweiten Hetze gegen die Regierung der National Party in Südafrika ausgenutzt, hat auch am 1. April eine erneute Erklärung der UNO gegen die Politik der getrennten Entwicklung der verschiedenrassigen Bevölkerungsteile (Apartheid) zur Folge. Südafrika wird mehr und mehr zum Schaufenster für den Kampf der One-World-Manipulanten gegen die letzten Selbstbehauptungsbestrebungen von Völkern nordeuropäischer

SÜDAFRIKA: BANTU-UNRUHEN NOTSTAND

SHARPEVILLE

WELTHETZE

Herkunft. Die liberale Opposition in Südafrika selbst unter Steuerung durch Sir Ernest Oppenheimer arbeitet dabei eindeutig der internationalen One-World-Politik in die Hand.[9]

1. April 1960

BURMA: TOD KÖNIG TUANGKU ABD UR-RAHMANS

In Burma stirbt König Tuangku Abd ur-Rahman. Ihm folgt zunächst der Sultan von Selangor, Alam Schah auf den Thron, der aber bereits am 1. September ebenfalls sterben wird. Daraufhin wird am 21. September der Radscha von Perlis, Tuan Sajid Putra, zum König gewählt werden.

5. April 1960

CHINA: AGITATION GEGEN DIE FAMILIE UND GEGEN DIE LIEBE

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der städtischen Kommunen in der Volksrepublik China schreibt das Tageblatt von Kweitschou u. a., die Vorliebe des Volkes für die kleine Familie, „deren Wärme man liebt und in der man sich am häuslichen Glück erfreut", sei ein „einfältiges Vorurteil", und weiter: „Die Liebe ist ihrer Art nach selbstsüchtig und abstoßend. Deine Freundin will dich ganz besitzen oder wenigstens deine ganze Freizeit. Was tust du, wenn sie mit dir allein sein möchte und sich nicht an den kollektiven Aktivitäten beteiligen will?"[10]

8. April 1960

NIEDERLANDE-BRD: WIEDERGUTMACHUNGS- UND GRENZREGELUNGSABKOMMEN

Die Niederlande und der westdeutsche Teilstaat schließen im Haag ein Abkommen über Wiedergutmachung und Grenzregelung, das aus drei Verträgen mit zusammen 156 Artikeln und einem Abkommen über niederländische Kriegsgräber im westdeutschen Raum besteht. Die Verträge sind: *Grenzvertrag:* Elten und sieben Dörfer nördlich Aachen kommen zum westdeutschen Gebiet. *Ems-Dollart-Vertrag:* Gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung der Häfen Emden und Delfzijl. *Finanzvertrag:* Der westdeutsche Staat zahlt den Niederlanden 280 Millionen DM für „die niederländischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung".[11]

11. April 1960

NEU-DELHI: KONFERENZ AFRIKANISCHER UND ASIATISCHER STAATEN GEGEN CHINAS VORGEHEN IN TIBET

In Neu-Delhi findet eine Konferenz afrikanischer und asiatischer Staaten statt. Es wird der Beschluß gefaßt, die chinesische Invasion in Tibet und die systematische Ausrottungspolitik Chinas gegenüber der tibetischen Bevölkerung vor die Menschenrechtskommission der UNO zu bringen. Doch wird das an den geschaffenen Tatsachen ebensowenig ändern wie die Resolution der UNO-Vollversammlung vom 21. Oktober 1959. Tibetische Flüchtlinge kommen zu Tausenden nach Bhutan, Nepal und Indien, wo der junge Dalai Lama eine Hilfsorganisation für sie aufbaut.

12. — 14. April 1960

Die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Kanadas, der USA sowie ihres westdeutschen Satelliten beraten über eine einheitliche westliche Haltung bei der bevorstehenden Pariser „Gipfel"konferenz in Fragen der Abrüstung, der Deutschland- und Berlinpolitik. Doch wird diese Gipfelkonferenz dann aufgrund des Abschusses eines nordamerikanischen Aufklärungsflugzeuges über der UdSSR (vgl. 1. Mai 1960) scheitern und die einheitliche westliche Haltung nicht zum Tragen kommen.

AUSSEN-MINISTER-KONFERENZ DER WESTMÄCHTE

14. April 1960

In dem mitteldeutschen Sowjetsatelliten wird die Kollektivierung der gesamten Landwirtschaft in allen 14 Bezirken zum Abschluß gebracht. 5706 Angehörige von Bauernfamilien bzw. in der Landwirtschaft Beschäftigte fliehen bis zum Ende des Monats in den Westen, um nicht als Sklaven des Sowjetsystems auf dem bisher eigenen Grund und Boden in den Kolchosen fronen zu müssen.

DDR: KOLLEKTIVIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT ABGESCHLOSSEN

21. April 1960

In Brasilien wird die neue, mitten in die Wildnis gebaute Hauptstadt *Brasilia* eingeweiht, die Idee des Präsidenten Juscelino Kubitschek de Oliveira, mit der dieser die Erschließung des Landesinneren entscheidend vorantreiben will. Doch weigern sich zahlreiche Mitglieder der Regierungs- und Verwaltungsbürokratie, das angenehme Leben in Rio de Janeiro mit dem in der weit abgelegenen neuen Stadt zu vertauschen, in deren Gebiet dafür eine rege Grundstückspekulation einsetzt.

BRASILIEN: NEUE HAUPTSTADT BRASILIA EINGEWEIHT

22. April 1960

Der stellvertretende Ministerpräsident der Volksrepublik China, Liu Ting-Yi, erklärt in einer Massenversammlung in Peking, an der zahlreiche ausländische Delegationen teilnehmen, u. a.: „Im Zeitalter des Imperialismus ist es nicht nur möglich, sondern *unvermeidlich*, daß Kolonien und Halbkolonien nationale Kriege führen ... Die nationalen Kriege der Kolonien gegen den Imperialismus werden zwangsläufig die Fortsetzung ihrer nationalen Befreiungspolitik sein. Alle Mittel der Revolution, alle Formen des Kampfes, die illegalen wie die legalen, die blutigen wie die unblutigen, ... dienen dem Zweck, beständig die revolutionäre Inbrunst des Volkes zu schüren, die Massen zu mobilisieren ... und auf den Sieg vorzubereiten." Zwischen dieser Art von internationaler Agitation von Peking aus und den Vorgängen im ehemals belgischen Kongo besteht ein direkter Zusammenhang. Extreme Kongopolitiker besuchen Peking. *Darum* löst sich Ka-

CHINA: „NATIONALE KRIEGE DER KOLONIEN UNVERMEIDLICH"

KONGO-EXTREMISTEN IN PEKING

tanga vom Kongo und darum tritt die UNO — gegen Katanga zum Kriege an.[12]

27. April 1960

SÜDKOREA: RÜCKTRITT SYNGMAN RHEES

In Südkorea tritt der Mitte März zum vierten Mal gewählte Präsident Syngman Rhee nach mehrtägigen Studentendemonstrationen und Unruhen zurück und geht einen Monat später ins Exil. Erst am 12. August wird ein neuer Staatspräsident gewählt werden, der aber nur anderthalb Jahre im Amt bleiben wird (Jun Bo Sun).

28. April 1960

GROSSBRITANNIEN: KEINE EIGENEN FERNRAKETEN

Die britische Regierung muß das Projekt „Blue Streak" zur Herstellung eigener Fernraketen als Atomwaffenträger unter dem Druck des linken Flügels der Labourparty aufgeben. Die bereits aufgewandten Entwicklungskosten im Werte von 1,2 Milliarden DM gehen dabei verloren, und Großbritannien bleibt fernerhin auf die Verwendung US-amerikanischer Raketen angewiesen. Auch im Handel mit den Ländern des Commonwealth sinkt sein Anteil auf 40 % ab. Das ist einer der Gründe zur Gründung der EFTA (vgl. 4. Januar 1960).

noch April 1960

JUGENDBEWEGUNG: BUND DEUTSCHER JUNGENSCHAFTEN

Im Rahmen der Deutschen Jugendbewegung (3. Phase: Jungenschaft) gelingt zu Ostern bei Friedland noch einmal eine Neugründung, die für einige Jahre echtes jungenschaftliches Leben entfalten wird, der „Bund Deutscher Jungenschaften" unter Führung von Roland Eckert, München.[13]

1. Mai 1960

UDSSR: ABSCHUSS EINES US-AUFKLÄRUNGSFLUGZEUGS U-2

Ein Aufklärungsflugzeug der USA vom Typ U-2 wird über der UdSSR aus großer Höhe mit Raketengeschossen abgeschossen, der Pilot, der abgesprungen ist, gefangengenommen. Chruschtschow erklärt dazu, die Beobachtungsflüge der amerikanischen Luftaufklärung erfolgten offenbar zu einem Termin, zu dem sie die geplante Pariser Gipfelkonferenz unmöglich machen sollten (vgl. 14., 16./17. Mai).[14]

7. Mai 1960

UDSSR: RÜCKTRITT WOROSCHILOWS BRESCHNEW

In der UdSSR tritt Marschall Woroschilow als Staatspräsident zurück. Leonid Iljitsch *Breschnew* übernimmt an seiner Stelle das Amt und wird sich von dieser Position aus als der führende Mann der Sowjetunion in den folgenden anderthalb Jahrzehnten durchsetzen.

Am selben Tage wird durch Gesetz für Arbeiter und Angestellte die Lohn- bzw. Einkommensteuer abgeschafft und der 6- oder 7-Stunden-Arbeitstag eingeführt. Inwieweit sich dieses Gesetz in der Praxis durchsetzen läßt, werden weitgehend die örtlichen und betrieblichen Verhältnisse entscheiden.

GESETZ ZUR ABSCHAFFUNG DER LOHNSTEUER

Ebenfalls am gleichen Tage nimmt die Regierung Castro auf Kuba diplomatische Beziehungen zur UdSSR auf (vgl. 20. März 1960). Ein halbes Jahr später, am 2. September 1960 wird Kuba als erster lateinamerikanischer Staat die Volksrepublik China anerkennen.

KUBA-UDSSR: DIPLOMAT. BEZIEHUNGEN

14. Mai 1960

Mao Tse-tung beendet eine zehn Tage währende Kette von Empfängen ausländischer Delegationen und erklärt vor Vertretern Argentiniens, Brasiliens, Japans und Kubas mit Bezug auf den U-2-Zwischenfall (vgl. 1. Mai 1960): „Man darf sich über den Imperialismus nicht unrealistischen Illusionen hingeben. Manche Leute haben Eisenhower als einen Mann bezeichnet, der den Frieden liebt. Ich hoffe, daß die Tatsache diesen Leuten jetzt die Augen geöffnet haben.“ Die Äußerung zielt auf Chruschtschow.[15]

CHINA: MAO TSE-TUNG NIMMT STELLUNG ZUM U-2-ZWISCHENFALL

16./17. Mai 1960

In Paris findet das sogenannte „Gipfel“-Treffen zwischen Chruschtschow, Eisenhower, de Gaulle und Macmillan statt. Genauer gesagt findet es nicht statt, da Chruschtschow zu der zweiten Sitzung, bei der auf Vorschlag de Gaulles festgestellt werden soll, ob es stattfinden kann, nicht erscheint. Er hat zuvor sein Kommen davon abhängig gemacht, daß die USA sich wegen der seit 1952 durchgeführten Erkundungsflüge über dem Gebiet der UdSSR der Aggression schuldig erklären, diese Flüge bedauern und die Schuldigen bestrafen.[16]

PARIS: „GIPFEL“-TREFFEN SCHEITERT

17. Mai 1960

Französisch Kongo, Tschad und Zentralafrikanische Republik schließen sich zur „Union der Republiken Zentralafrikas“ zusammen.

UNION DER REPUBLIKEN ZENTRALAFRIKAS

23. Mai 1960

Die Regierung des Staates Israel gibt bekannt, daß sich der lange gesuchte ehemalige Leiter der Abteilung IV B/4 des Reichssicherheitshauptamtes, Adolf *Eichmann*, von 1941 bis zum Kriegsende zuständig für die Transporte von Juden in die Konzentrationslager im Generalgouvernement Polen, in Israel in Haft befinde.

ISRAEL: EICHMANN AUS ARGENTINIEN ENTFÜHRT

Eichmann ist von einem israelischen Kommandotrupp am 11. Mai überwältigt, gefangen und aus Argentinien gewaltsam nach Israel entführt worden. Ein deswegen entstandener Konflikt zwischen den beiden Staaten wird schnell beigelegt werden. Eichmann wird in Israel nach einem Schauprozeß, in dem die Rolle jüdischer, insbesondere zionistischer Zutreiber sorgfältig ausgeklammert bleibt, erhängt werden.[17]

27. Mai 1960

TÜRKEI: REGIERUNG MENDERES GESTÜRZT

In der Türkei wird die Regierung Menderes durch einen Staatsstreich der Armee gestürzt und ebenso wie der Staatspräsident Bayar verhaftet, Menderes selbst mit zweien seiner Minister anderthalb Jahre später nach einem Prozeß hingerichtet werden.

CEMAL GÜRSEL

Ein „Ausschuß der nationalen Einheit“ unter Führung von Cemal *Gürsel* übernimmt die oberste Staatsgewalt. Er wird später durch einen vorbereitenden Verfassungsausschuß ersetzt werden.

UNO: SICHERHEITSRAT LEHNT AB, USA ZUM AGGRESSOR ZU ERKLÄREN

Der Sicherheitsrat der UNO lehnt am selben Tage den Antrag der UdSSR mit 7 gegen 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab, die USA wegen ihrer Erkundungsflüge über dem Gebiet der Sowjetunion mit U-2-Flugzeugen (vgl. 1. Mai 1960) als „Aggressor“ zu verurteilen. Eine exakte Definition dessen, was unter Aggression zu verstehen sei, hat sich bislang als unmöglich erwiesen.

USA-UDSSR: VERHANDLUNGEN ÜBER ABBAU VON KERNWAFFENTESTS

Ebenfalls am gleichen Tage erklärt bei den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über einen stufenweisen Abbau der Kernwaffentests, bei denen die Wissenschaftler beider Länder zu einer gewissen Übereinkunft gekommen sind, der politische Beauftragte der Sowjetunion, die von amerikanischer Seite vorgeschlagenen Versuche in *beiden* Ländern über Feststellbarkeit kleinerer Tests kämen in der UdSSR nicht in Betracht, könnten aber in den USA durchgeführt werden, vorausgesetzt, daß die Sowjets daran teilnehmen und die dabei verwendeten amerikanischen Sprengkörper eingehend untersuchen dürften.[18]

31. Mai 1960

MONGOLEI-CHINA: FREUNDSCHAFTSPAKT

Die Mongolische Volksrepublik schließt mit der Volksrepublik China einen Freundschaftspakt, der auch Vereinbarungen über Wirtschaftshilfe von seiten Chinas einschließt. Noch braucht sich die Mongolei nicht zwischen China und der UdSSR zu entscheiden. Erst zwei Jahre später wird sie sich von China distanzieren.

2. Juni 1960

FRANKREICH:

Die Verfassung der Communauté Française wird in Artikel 86 insofern geändert, daß künftig die Mitgliedstaaten der Com-

munauté durch einen entsprechenden Vertrag mit Frankreich ihre Unabhängigkeit erlangen und dennoch in der Gemeinschaft verbleiben können, d. h. daß aus der staatsrechtlichen eine vertragsrechtliche Organisation wird. Der französische Staatspräsident bleibt Präsident der Communauté, übt aber in den unabhängig gewordenen Staaten keine Machtbefugnisse mehr aus. D. h. die Communauté wird dem Modell des britischen Commonwealth of Nations noch mehr angeglichen als zuvor.

UNABHÄNGIGKEIT INNERHALB DER COMMUNAUTE

3. Juni 1960

General Hsiao Hua von der Politischen Abteilung der chinesischen Armeeführung erklärt und bezieht sich dabei auf Chruschtschows Koexistenzpolitik: „Unsere Haltung gegenüber der imperialistischen Drohung mit dem Atomkrieg ist die, daß wir uns ihr entgegenstellen und uns nicht davor fürchten. Wer sich vor dem Kriege fürchtet und daher jeden Krieg ablehnt und sich sogar gegen gerechte Kriege sträubt und dafür bereit ist, von den Imperialisten den Frieden zu erbetteln, der schmälert nicht nur seinen Kampfeswillen und bindet sich Hände und Füße und schwächt die Vorkehrungen gegen einen imperialistischen Krieg, sondern er trägt auch dazu bei, daß das Kriegsgeschrei der Feinde noch lauter wird."[19]

CHINA: KEINE FURCHT VOR ATOMKRIEG

Indien und Indonesien schließen am gleichen Tage ein Abkommen, in dem beide Staaten sich gegenseitig Hilfe bei der Aufrüstung und Ausbildung ihrer Streitkräfte zusichern (vgl. hierzu 11. Oktober 1959).

INDIEN-INDONESIEN: MILITÄR-ABKOMMEN

5. Juni 1960

In Bolivien wird Paz Estenssoro erneut zum Präsidenten gewählt. Seinem Sanierungsprogramm wird es in den folgenden Jahren gelingen, das Sozialprodukt wesentlich zu erhöhen. Das liegt nicht im Interesse des Gewerkschaftsführers Lechin, der daher alle notwendigen Maßnahmen Estensorros bekämpfen und schließlich vier Jahre später seinen Sturz herbeiführen wird.

BOLIVIEN WIEDERWAHL PAZ ESTENSSOROS

18./19. Juni 1960

Der Präsident der USA Eisenhower kommt zu einem Staatsbesuch nach Taiwan (Nationalchina), erneuert das amerikanisch-nationalchinesische Verteidigungsabkommen und erklärt nochmals ausdrücklich, daß nach Auffassung der USA Tschiang Kaischeks Regierung die einzig rechtmäßige Regierung des chinesischen Volkes sei. Der greise Tschiang Kai-schek hört es mit steinernem Gesicht. Er kennt den Wert solcher Beteuerungen.

TAIWAN: BESUCH EISENHOWERS ERNEUERUNG DES VERTEIDIGUNGSABKOMMENS

20. Juni 1960

KAMBODSCHA: SIHANOUK STAATSOBERHAUPT

In Kambodscha übernimmt nach dem Tode König Norodom Suramits (am 3. April) sein Sohn Norodom Sihanouk das neugeschaffene Amt des Staatsoberhauptes, das nicht mehr mit dem Königtum verbunden ist. Sihanouk übt gleichzeitig auch weiterhin die Regierungsgewalt aus, obgleich formal am 18. April ein neuer Ministerpräsident, Pho Pröung, eingesetzt wurde.

22. Juni 1960

JAPAN: TENNO UNTERZEICHNET VERTRAG MIT USA GENERALSTREIK ABSAGE DES EISENHOWER-BESUCHS

Kaiser Hirohito unterzeichnet den amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag vom 21. Januar (vgl. dort). Unmittelbar darauf bricht der Generalstreik in Japan aus. Linkssozialisten, Gewerkschaften und auch die Rechtsparteien veranstalten Massendemonstrationen gegen den Vertrag und gegen die USA, die sich zu blutigen Unruhen steigern. Die Regierung Kishi muß den amerikanischen Präsidenten bitten, von seinem vorgesehenen Staatsbesuch in Japan abzusehen, und wird am 15. Juli zurücktreten. Die neue Regierung wird Hayato Ikeda bilden.

29. Juni 1960

BELGIEN-KONGO: VERTRAG ÜBER UNABHÄNGIGKEIT UND ZUSAMMENARBEIT

Ein Rahmenvertrag zwischen Belgien und dem ehemals belgischen Kongo regelt die künftige Zusammenarbeit zwischen dem Mutterland und der tags darauf (siehe Tabelle) in die Unabhängigkeit entlassenen vormaligen Kolonie. Doch wird dieser Vertrag infolge der weiteren Entwicklung (vgl. 14. und 16. Juli 1960) nicht zum Tragen kommen.

30. Juni 1960

KONGO: UNABHÄNGIG AUSSCHREITUNGEN GEGEN WEISSE

Der belgische Kongo erhält seine Unabhängigkeit. Da es aus diesem Anlaß zu Ausschreitungen gegen belgische Siedler kommt, wird sich die belgische Regierung in den folgenden Wochen weigern, ihre Truppen aus dem Kongo zurückzuziehen und diese sogar verstärken. (Vgl. weiter 16. Juli 1960.)

1. Juli 1960

GHANA WIRD REPUBLIK NKRUMAH PRÄSIDENT

Der bereits 1957 im Rahmen des britischen Commanwealth of Nations unabhängig gewordene westafrikanische Staat Ghana (vormals Goldküste) wird Republik und gibt sich die Verfassung einer Präsidialdemokratie nach französischem Vorbild. Präsident wird Dr. Kwame Nkrumah, der später einen exzentrischen Personenkult um sich verbreiten lassen wird bis hart an die Grenze der Vergöttlichung, bei gleichzeitiger Tendenz zum sozialistischen Ostblock.

2. Juli 1960

Der Senat der USA erteilt dem Präsidenten die Vollmacht, den Zuckerimport aus Kuba zu beschränken, um den Enteignungen amerikanischer Unternehmen auf Kuba durch die Regierung Fidel Castros zu begegnen. Vier Tage später werden die Zuckerimporte aus Kuba um 95 % gekürzt, am 16. Dezember für das erste Vierteljahr 1961 gänzlich gestrichen werden.

USA: BESCHRÄNKUNG DES ZUCKERIMPORTS AUS KUBA

6. Juli 1960

In Rom kommt es zu einer Straßenschlacht zwischen linksradikalen Demonstranten und der Polizei, die zwei Wochen später den Rücktritt der Regierung Tambroni zur Folge haben wird. Die Demonstration richtete sich angeblich gegen einen geplanten Kongreß der Neofaschisten (MSI), erreicht ihren Höhepunkt aber, nachdem der Kongreß längst abgesagt ist. Am 26. Juli wird Fanfani eine neue Regierung bilden, die auch von der Linken gebilligt wird.

ITALIEN: STRASSENKÄMPFE IN ROM

REGIERUNG FANFANI

9. Juli 1960

Der Ministerpräsident der UdSSR, Nikita Chruschtschow, droht den USA, die Sowjetunion werde Raketenwaffen einsetzen, falls die USA militärisch in Kuba interveniere. Die Regierung Eisenhower beantwortet die Drohung mit einer Warnung an die UdSSR, sich in Kuba einzumischen. Zwei Tage später wird sich der Sicherheitsrat der UNO mit dem Konflikt USA-Kuba beschäftigen, die Angelegenheit jedoch am 19. Juli an die OAS zur regionalen Regelung innerhalb des amerikanischen Kontinents verweisen. (Vgl. 29. August 1960.)

CHRUSCHTSCHOW DROHT USA MIT RAKETENANGRIFF WEGEN KUBA

SICHERHEITSRAT VERWEIST AN OAS

14. Juli 1960

Der Sicherheitsrat der UNO ermächtigt den Generalsekretär der UNO, Dag Hammarskjöld, eine UN-Streitmacht in den Kongo zu entsenden, wo sich drei Tage zuvor die höchstentwickelte Provinz Katanga, die über 60 % des kongolesischen Volkseinkommens einbringt, unter der Regierung Moise Tschombes zum selbständigen Staat erklärt hat. Das Eingreifen der UNO *gegen* Katanga ist damit zu erklären, daß hinter Tschombe sowohl die belgische Siedlergemeinschaft als auch die Union Minière stehen.

UNO: TRUPPEN ZUM KONGO GEGEN KATANGA

16. Juli 1960

Die belgische Regierung weist eine Note der UdSSR zurück, in der diese den Abzug der belgischen Truppen aus dem Kongo fordert. Die Regierung der UdSSR ihrerseits verweigert die Annahme der belgischen Antwortnote, in der die Anwesenheit bel-

BELGIEN-UDSSR: NOTENWECHSEL WEGEN KONGO

FOLGEN DES VERLUSTS DES KONGO

gischer Truppen im Kongo mit der Notwendigkeit des Schutzes belgischer Staatsangehöriger begründet wird. Daraufhin wird Belgien am 18. Juli seinen Botschafter aus Moskau abberufen. Einen Monat später wird der belgische Ministerpräsident Eyskens vor dem Parlament die Auswirkungen des Verlustes von Belgisch Kongo offenlegen: 87 000 Belgier aus dem Kongo müssen im Mutterland Arbeitsplätze erhalten, Kapitalinvestitionen im Werte von 150 Milliarden belgischer Francs (entspricht etwa 12 Milliarden DM) sind verloren. Hinzu kommt ein Steuerausfall von jährlich 3 Milliarden belgischen Francs.

20. Juli 1960

FRANKREICH KÜNDIGT BAU VON WASSERSTOFFBOMBEN AN

Die französische Regierung kündigt in einer Vorlage zum Wehrhaushalt an, daß Frankreich unverzüglich mit der Herstellung von Wasserstoffbomben beginnen wird. Das ist nach dem Beginn der Versuche mit Atombomben (vgl. 13. Februar 1960) die unausweichliche Konsequenz aus dem Anspruch Frankreichs, auch weiterhin zu den tatsächlich souveränen Mächten zu zählen, und wird vom Parlament auch so verstanden.

21. Juli 1960

CEYLON: FRAU BANDARANAIKE BILDET NEUE REGIERUNG

Auf Ceylon wird am Tage nach ihrem Wahlsieg bei den Parlamentswahlen die Witwe des 1959 ermordeten Ministerpräsidenten, Frau Sirimavo Bandaranaike, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, die zunehmend wirtschaftliche Anlehnung an die UdSSR suchen wird.

25. Juli 1960

POLEN: NOTEN AN NATO-STAATEN WEGEN ANGEBLICHER „TERRITORIALER FORDERUNGEN" DER BRD

Die polnische Regierung richtet gleichlautende Noten an die Mitgliedstaaten der NATO und erkundigt sich darin, ob diese Staaten sich offiziell oder inoffiziell verpflichtet hätten, die „territorialen Forderungen der Bundesrepublik" zu unterstützen. Der westdeutsche Teilstaat hat natürlich keinerlei territoriale Forderungen angemeldet oder ausgesprochen. Er hält zu diesem Zeitpunkt lediglich noch an der Auffassung fest, die er später auch aufgeben wird, daß nämlich die Oder-Neiße-Grenze ein Provisorium sei, über das erst in einem kommenden Friedensvertrag entschieden werden könne.

3. August 1960

USA-LIBYEN: STÜTZPUNKTVERTRAG FÜR 50 MILLIONEN DOLLAR

Durch einen Vertrag mit Libyen sichern sich die USA die weitere Benutzung ihres Stützpunktes Wheelsfield bei Tripolis gegen Zahlung von jährlich zehn Millionen Dollar für die Dauer von fünf Jahren sowie gegen Zusage von Entwicklungshilfe und Weizenlieferungen. Der Stützpunkt soll zu Ausbildungszwecken ver-

wendet werden. Sicherheit und Souveränität Libyens dürfen nicht gefährdet werden. Zuvor bekamen die USA ihren Stützpunkt sehr viel billiger. Aber seit ihrer Intervention im Libanon 1958 haben sie den arabischen Nationalismus gegen sich.[20]

DOMINIKANISCHE REPUBLIK: RÜCKTRITT UND KAPITALFLUCHT TRUJILLOS

In der Dominikanischen Republik auf der Insel Haiti tritt am selben Tage der Präsident Hector Bienvenido *Trujillo* zurück und beendet damit die dreißig Jahre währende Diktatur der Familie gleichen Namens. Beim Verlassen des Landes nimmt die Familie Kapitalien in einem Umfange mit, der die Wirtschaft der Republik zu ruinieren geeignet ist. Doch paßt dieses Verhalten durchaus in den kontinental üblichen Rahmen. Es ist guter amerikanischer Stil. Der Name Trujillo hat Markenwert (vgl. 30. Mai und 16. November 1961).

15. August 1960

JAPAN: EHRENMAL FÜR DIE HINGERICHTETEN VON 1948

„ÜBERPRÜFEN, WER DIE SCHULD AN DIESEM KRIEGE TRÄGT“

Auf dem Gipfel des Mitsune-Berges im japanischen Nationalpark Mikawa Ban wird unter sorgsam vorbereiteten Zeremonien ein Gedenkmonument für die am 23. Dezember 1948 (vgl. dort) hingerichteten Opfer der alliierten Siegerjustiz, General Hideki Tojo und sechs andere Mitglieder der japanischen Führungsgruppe im 2. Weltkrieg, enthüllt. Die Inschrift auf einer hohen Granittafel lautet: „Diese Märtyrer wurden aufgrund eines Ex-post-facto-Gesetzes hingerichtet, nachdem die Nation zur Kapitulation gezwungen war, als die Vereinigten Staaten die Atombomben einsetzten und die Sowjetunion ihren Nichtangriffspakt brach. *Laßt uns unsere Augen weit auf den Pazifik hinaus richten und überprüfen, wer die Schuld an diesem Kriege trägt.*“ Die Baukosten für das tempelähnliche Monument wurden durch Spenden aufgebracht. An der Enthüllungsfeier nehmen die Witwen General Tojos, Frau Katsuko Tojo, und der hingerichteten Generäle und Minister Kenjo Doihara, Ishine Matsu, Akira Muto, Seishiro Itagaki, Kouki Hirota und Heishiro Kimura teil. Das Denkmal ist so angelegt, daß die offene Seite den USA zugewandt ist. Darunter konnte die Asche der Toten geborgen werden.[21]

17. August 1960

INDONESIEN-NIEDERLANDE: ABBRUCH DER DIPLOMAT. BEZIEHUNGEN WEGEN WEST-NEUGUINEA

Indonesien bricht die diplomatischen Beziehungen zu den Niederlanden ab, nachdem diese den Flugzeugträger „Karel Doorman“ zum Schutze der niederländischen Interessen und Staatsbürger nach West-Neuguinea entsandt haben. Da die Papuas dort noch in der Steinzeit leben, ist an eine echte Souveränität und Unabhängigkeit ohnehin nicht zu denken. Sukarno will lediglich eine indonesische Kolonialherrschaft in West-Neuguinea an Stelle der niederländischen setzen.[22]

29. August 1960

SAN JOSE: AMERIKANISCHE AUSSENMINISTERKONFERENZ DEKLARATION GEGEN KOMMUNISTISCHE EINFLÜSSE (KUBA)

Eine Konferenz der 21 Außenminister der amerikanischen Republiken in San José/Costa Rica endet mit der Deklaration von San José. Darin mißbilligt die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) im Hinblick auf Kuba die unterlassene Abwehr „außerkontinentaler Einmischung durch ein amerikanisches Land“, lehnt jede Form von Totalitarismus ab und verpflichtet „feierlich“ alle Mitgliedstaaten der OAS, „sich der Ordnung des interamerikanischen Systems ... zu unterwerfen“. Die Deklaration richtet sich gegen kommunistische Einflüsse in Lateinamerika. Kuba war bei der Konferenz nur zeitweilig vertreten. Andere lateinamerikanische Staaten beobachten mit Skepsis, daß ausgerechnet die USA sich zum Wortführer eines verbalen Antikommunismus machen. Man hat dort nicht vergessen, mit wessen Hilfe der Kommunismus seine Machtpositionen erwarb.[23]

ZWIELICHTIGE ROLLE DER USA

5. September 1960

SENEGAL: SENGHOR STAATSPRÄSIDENT

In dem im gleichen Jahr unabhängig gewordenen westafrikanischen Staat Senegal (vgl. Tabelle) wird Leopold Sédar *Senghor*, einer der hervorragendsten Köpfe Schwarzafrikas, seit 1946 bereits Mitglied der französischen Nationalversammlung, Staatspräsident. Senghor glaubt an die Möglichkeit einer Synthese aus bodenständig afrikanischer und bildungsmäßig vermittelter europäischer, speziell französischer Kultur.[24]

9. September 1960

BELGIEN: VERZICHT AUF UNTERSTÜTZUNG FÜR KATANGA

Die belgische Regierung erklärt gegenüber dem Generalsekretär der UNO, Dag Hammarskjöld, auf dessen Schreiben hin, Belgien unterhalte keine Truppen im Kongo mehr und werde auch die Regierung von Katanga, gegen die Hammarskjöld Krieg führen wird, nicht mehr mit Waffen beliefern.

12. September 1960

DDR: ABSCHAFFUNG DES PRÄSIDENTENAMTES STAATSRAT UNTER ULBRICHT

In dem mitteldeutschen Sowjetsatellitenstaat wird nach dem Tode Piecks das Amt des Staatspräsidenten abgeschafft und anstatt dessen ein Staatsrat mit 24 Mitgliedern gebildet, dessen Vorsitz Walter Ulbricht übernimmt. Die Vereinigung von staatlicher Repräsentanz, Regierungsführung und Parteiführung in einer Hand stellt nicht die „Diktatur des Proletariats“ dar, sondern den „Führerstaat“ und entfernt sich weit von den Direktiven Lenins.

14. September 1960

KONGO: REGIERUNG MOBUTU

Im Kongo übernimmt „Oberst“ Joseph Mobutu, tags zuvor vom Präsidenten Kasavubu zum Oberbefehlshaber der kongolesischen

Armee ernannt, die Regierungsgewalt anstelle des am 5. September abgesetzten Patrice Lumumba. Dieser versucht sich, gestützt auf die UdSSR, zu behaupten, während Katanga sich vom Kongo gelöst hat (vgl. 14. Juli 1960) und eine UNO-Streitmacht im Lande operiert. Das Chaos ist vollkommen.

1. Oktober 1960

CHINA-BURMA: GRENZVERTRAG GEBIETS-TAUSCH

Entsprechend dem Grenzabkommen mit Nepal vom 21. März (vgl. dort) schließt die Volksrepublik China in Peking einen Grenzvertrag mit Burma, das dem bereits in einem Abkommen vom 28. Januar 1960 vereinbarten Gebietsaustausch an der Grenze vertragliche Gültigkeit gibt. Die Bewohner der auszutauschenden Gebiete können auf Wunsch auf Staatskosten umgesiedelt werden.[25]

5. Oktober 1960

SÜDAFRIKA: VOLKS-ABSTIMMUNG FÜR REPUBLIK

LÖSUNG VOM COMMON-WEALTH

Eine Volksabstimmung in Südafrika entscheidet zugunsten der republikanischen Staatsform und damit für den ersten Schritt zur Lösung aus dem britischen Commonwealth of Nations, in dem Südafrika aufgrund seiner Politik der getrennten Entwicklung verschiedenrassiger Bevölkerungsgruppen (Apartheid) isoliert ist. Die britische Regierung übt schon seit langer Zeit durch ihr Zurückweichen vor den Ansprüchen der Mehrheit von Eingeborenenregierungen im Commonwealth politischen Selbstmord, wie sich besonders deutlich im Falle Rhodesien zeigen wird.

8. November 1960

USA: KENNEDY ZUM PRÄSIDENTEN GEWÄHLT

In den USA wird der Kandidat der Demokraten, John Fitzgerald *Kennedy,* zum Präsidenten gewählt, der erste katholische Präsident in der Geschichte der USA, Sohn des langjährigen amerikanischen Botschafters in London, Joseph Kennedy, der die tatsächlichen Zusammenhänge um den Eintritt der USA in den 2. Weltkrieg genau kennt. Außenminister wird Dean Rusk, Verteidigungsminister Robert Strange McNamara.

16. November 1960

USA: EISENHOWER FORDERT VON FINANZ-STARKEN STAATEN ERLEICHTE-RUNG DES US-EXPORTS

Der Präsident der USA Eisenhower fordert in seinen Direktiven zur Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz von den wirtschaftlich und finanziell starken Ländern eine Erleichterung der Exportfinanzierung für den Absatz amerikanischer Verbrauchs- und Kapitalgüter sowie eine stärkere Beteiligung an den Kosten der Verteidigung der „freien Welt“. Noch gilt der Dollar als Stütze des internationalen Zahlungsverkehrs. Doch zeichnet sich bereits ab, daß er diese Rolle aus eigener Kraft allein nicht länger wird spielen können.

13. Dezember 1960

MANAGUA: GENERALVERTRAG DER ODECA

Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador fassen in Managua ihre zuvor untereinander geschlossenen Freihandels- und Integrationsverträge zum „*Generalvertrag*" zusammen, dem drei Jahre später, am 23. September 1963, auch Costa Rica beitreten wird. Er sieht die Gründung einer eigenen Entwicklungsbank sowie eine Währungsunion vor und gibt der am 14. Oktober 1951 gegründeten ODECA (Organización de Estados Centro-Americanos) erst eine praktische Bedeutung.

14. Dezember 1960

PARIS: OEEC WIRD OECD

Um die Marshallplan-Organisation OEEC über den Wiederaufbau Europas hinaus der Entwicklungshilfe dienstbar zu machen, d. h. vor allem amerikanischem Kapital den Rahmen für weltweite Investierungsmöglichkeiten zu geben, wird sie in Paris in die *OECD* (Organization for Economic Co-operation and Development) umgewandelt. Zu den außereuropäischen Vertragspartnern gehören nur Kanada, die Türkei und die USA. Osteuropa ist nicht vertreten.[26]

15. Dezember 1960

BRAZZAVILLE: KONFERENZ DER STAATEN DES EHEMALS FRANZÖSISCH AFRIKA „BRAZZAVILLE-STAATEN" YOULOU

In Brazzaville, der Hauptstadt Französisch Kongos, beginnt eine Konferenz der Staaten des ehemaligen Französisch West- und Zentralafrika (ausgenommen Mali und Guinea). Man entschließt sich zu einer Politik der Zusammenarbeit mit Frankreich auf der Grundlage der Gleichberechtigung unter Ausschaltung französischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der beteiligten Staaten. Damit werden die *Brazzaville-Staaten* zu einem bestimmenden Faktor künftiger afrikanischer Entwicklung. Initiator der Konferenz ist Abbé Fulbert *Youlou.*

21. Dezember 1960

SCHWEIZ: ALLGEMEINE WEHRPFLICHT

Die Schweiz führt gesetzlich die Allgemeine Wehrpflicht ein. Dienstpflichtig sind alle Männer vom 20. bis zum 50. Lebensjahr. Das Gesetz führt die Reform der Landesverteidigung vom 22. Dezember 1959 (vgl. dort) weiter und ist Ausdruck des Willens, die Neutralität gegebenenfalls auch mit der Waffe zu verteidigen.

22. Dezember 1960

RUMÄNIEN: MAGYARISCHER TEIL SIEBENBÜRGENS AUFGETEILT

Die rumänische Regierung teilt das autonom magyarische Gebiet innerhalb Siebenbürgens auf und teilt es Gebieten mit überwiegend rumänischer Bevölkerung zu, um einem Einfluß Ungarns im Sinne einer „Irredenta" vorzubeugen.

23./24. Dezember 1960

Als Reaktion auf die Konferenz von Brazzaville (vgl. 15. Dezember 1960) beschließen in Conakry, der Hauptstadt Guineas, Ghana, Guinea und Mali eine Union zu gemeinsamer Wirtschafts- und Außenpolitik. Regionale Zusammenschlüsse innerhalb Afrikas, die lediglich durch die ehemalige Zugehörigkeit zur gleichen Kolonialmacht bedingt sind, werden von diesen drei Regierungen ausdrücklich abgelehnt. Praktische Auswirkungen, die mit denen der Konferenz von Brazzaville vergleichbar wären, wird diese Union nicht haben.

CONAKRY: KONFERENZ VON GHANA, GUINEA UND MALI PLAN EINER WIRTSCHAFTS-UNION

noch 1960 (ohne nähere Datierung)

Die Anzahl der UNO-Mitgliedstaaten steigt auf 99. In der Vollversammlung, in der Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt werden, verfügen allein die afrikanischen Staaten über 25 Stimmen, die asiatischen über 21, Lateinamerika mit Kuba über 20, Westeuropa über 18 und der Ostblock über 9 Stimmen. Wenn die von Menschen europäischer Herkunft und Kultur geprägten Nationen nicht politischen Selbstmord begehen wollen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die Mehrheitsbeschlüsse der UNO-Vollversammlung in der Praxis zu ignorieren.

UNO: 99 MITGLIED-STAATEN

Mit der Entdeckung der Quasare, einer nach bisherigen Maßstäben undenkbaren Kategorie von Himmelskörpern, durch Sandage, Maarten Schmidt (Palomar) und andere wird die Erklärung der Rotverschiebung im Spektrum weit entfernter Sternenhaufen durch den Dopplereffekt und damit die Expansionstheorie erneut in Frage gestellt.[27]

ENTDECKUNG DER QUASARE VERÄNDERT DAS WELTBILD

In den USA werden Lichtstrahlen mit vielfach erhöhter Energie entwickelt, die auch als Modulationsträger verwendbar sind, die sogenannten LASER-Strahlen (Light Amplification by Stimulated Emission ofs Radiation, Lichtverstärkung durch angeregte Aussendung von Strahlung).[28]

USA: LASER-STRAHLEN

Anmerkungen

(Quellenhinweise)

1946

1 Freda Utley, Drama China, München (Pohl) 1951, 18 f.

2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 286.

3 Harry S. Truman, Memoiren II, Bern 1956, 103.

4 Utley a.a.O., 20; Chicago Daily Herald, 6. Mai 1946.

5 Polit. Lexikon, Hannover 1970, 14. Lieferung, Teil I, „Baruch-Plan"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1501.

6 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1617; Brockhaus, 5 Bde. a.a.O., „Wyschinski".

7 Politisches Lexikon a.a.O., II, „Brandt", „Schumacher"; Willy Brandt, Forbrytere og andre tyskere, Aschehoug, 256 f.

8 Robert Gannon, Kardinal Spellman, Neuenbürg 1963, 244—256.

9 Polit. Lexikon a.a.O., II, „Peron"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1798 f.

10 Zitiert bei Emrys Hughes, Churchill, Tübingen 1959, 236 f.

11 Truman, Memoiren II a.a.O., 105.

12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 286 ff.

13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 288 f.

14 Große Prüfung, hrgg. von Hans Severus Ziegler, Hannover 1972, 117; Brockhaus, 5 Bde. a.a.O., „Frank, Karl Hermann"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1461.

15 Polit. Lexikon a.a.O., I. „Baruchplan"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1502.

16 Utley a.a.O., 22.

17 Reinhard Gehlen, Der Dienst, Mainz—Wiesbaden 1971, 146 ff.

18 J. F. Byrnes, In aller Offenheit, Frankfurt o.J. (1948?), 240 ff.

19 Lazar Pistrak, Chruschtschow unter Stalin, Stuttgart 1962, 266 f.

20 Lewis L. Strauss, Kette der Entscheidungen, Düsseldorf 1964, 242—247.

21 Utley a.a.O., 21 f.

22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 289 f.

23 Severin Reinhard (René Sonderegger), Spanischer Sommer [2.], Buenos Aires 1952, 200.

24 Brockhaus, 5 Bde. a.a.O., „Dimitrow"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1617.

25 Harry S. Truman, Memoiren I, Bern 1955, 604 ff.

26 Politisches Lexikon a.a.O., „Nürnberger Prozesse"; F. J. P. Veale, Der Barbarei entgegen, Wiesbaden 1962 [2.], 216—267; Mark Lautern, Das letzte Wort über Nürnberg, Buenos Aires (Dürer-Verlag) 1950, sowie die im Politischen Lexikon, siehe oben, angeführte Literatur.

27 „Das Erhängen der Verurteilten war nach allen Maßstäben, außer den von rachsüchtiger Barbarei diktierten, unverzeihlich, roh und in die Länge gezogen. Sie starben einen langsamen Tod unter den Händen von Henkern, die ihr Handwerk nicht verstanden." (A. E. Bowker, A Lifetime in the Law, London (Allen) 1961,

183, zitiert bei F. J. P. Veale, Der Barberei entgegen, Wiesbaden 1962[2.], 264, Fußnote 30.)

28 Vertrags-Ploetz a.a.O., 291 f.

29 Freda Utley, Drama China, München (Pohl) 1951, 28; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2008.

30 Utley a.a.O., 24.

31 Bunte Illustrierte Nr. 25/72, 8. Juni 1972, FBI-Serie, S. 70 f., 74 f.

32 William S. Schlamm in „Zeitbühne“, Lahr/Schwarzwald, Heft 1 Juni 1972, S. 9 ff.; Peter Kleist, Wer ist Willy Brandt?, Hannover 1970, 22, 27, 48 f.

1947

1 Utley a.a.O., 29 f.

2 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1591; Brockhaus, 5 Bde., Wiesbaden 1958, „Bierut“.

3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 292 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1579, 1621, 1715, 1446.

4 Truman a.a.O., II, 108 f.

5 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I, „Preußen“; Böge/Moltmann/Tormin, Ereignisse seit 1945, Braunschweig (Westermann) 1965[5.], 22.

6 Pistrak a.a.O., 270 ff.

7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 297 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1654, 1691.

8 Hughes a.a.O., 238; J. F. P. Veale a.a.O., 318.

9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 302 f.

10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 304 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1750; Truman a.a.O., II 114 ff.

11 Böge/Moltmann/Tormin, Ereignisse seit 1945, Braunschweig (Westermann) 1965[5.], 22; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1519.

12 Böge a.a.O., 23; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1705 f.

13 Utley a.a.O., 30.

14 Böge a.a.O., 25.

15 Böge a.a.O., 27; Brockhaus, 5 Bde., a.a.O., „Ford“; Theodor Fritsch, Handbuch der Judenfrage[30.], Leipzig 1931, 12, 193.

16 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Helgoland“; Böge a.a.O., 24.

17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 299 ff.

18 Politisches Lexikon a.a.O., Teil II „Vargas“; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1802.

19 Utley a.a.O., 53.

20 Gannon a.a.O., 231 f.

21 Böge a.a.O., 25.

22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 305 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1750; Truman a.a.O., II 119 ff.

23 Böge a.a.O., 24.

24 Böge a.a.O., 24.

25 Severin Reinhard, Spanischer Sommer, Buenos Aires (Prometheus) 1952[2]., 231 f.

26 Ploetz, Geschichte a.a.O., 1724; nach Böge a.a.O., 25, hat die Volksabstimmung bereits am 6. Juli stattgefunden.

27 Ostdeutschland, Selbstverlag der Schülerzeitschrift „Wir", Stade 1960; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1585.

28 Böge a.a.O., 25.

29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 308 ff.; Ploetz Geschichte ... a.a.O., 1659, 1968.

30 Bernhard Schneider, Daten zur Geschichte der Jugendbewegung, Bad Godesberg 1965, 141.

31 Vertrags-Ploetz a.a.O., 310—315; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1737.

32 Strauss a.a.O., 231 ff.

33 Vertrags-Ploetz a.a.O., 315 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1636.

34 Georg Paloczi-Horvath, Der Herr der blauen Ameisen Mao Tse-tung, Frankfurt/M., 1962, 217 f.

35 Böge a.a.O., 27; Brockhaus, 5 Bde., a.a.O., „Planck".

36 Böge a.a.O., 26; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1541.

37 Vertrags-Ploetz a.a.O., 316 ff.

38 Vertrags-Ploetz a.a.O., 322 f.

39 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1955; Chaim Weizmann, Memoiren, Hamburg 1951, 659 ff.

40 Truman a.a.O., II. 137.

41 Vertrags-Ploetz a.a.O., 323.

42 Vertrags-Ploetz a.a.O., 324 f.

43 Vertrags-Ploetz a.a.O., 325.

44 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I, „Griechischer Bürgerkrieg"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1631.

45 Gehlen a.a.O., 162.

1948

1 Böge a.a.O., 29; Polit. Lexikon a.a.O., Teil II, „Gandhi"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1968.

2 Hans Henle, Mao, China und die Welt von heute, Stuttgart 1961, 109.

3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 327; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1579.

4 Böge a.a.O., 28; Vertrags-Ploetz a.a.O., 327 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1522.

5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 329 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1618.

6 Freda Utley, Drama China, München 1951, 43 f.

7 Truman, Memoiren a.a.O., II, 128.

8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 330 f.

9 Freda Utley, Arabische Welt — Ost oder West?, Göttingen 1958, 143 ff., 184; J. G. Burg, Schuld und Schicksal, Preuß. Oldendorf 1972[2]., 276 f.

10 Böge a.a.O., 28; Vertrags-Ploetz a.a.O., 331—336; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1522.

11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 336 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1737.

12 Über die Wirklichkeit vgl. bei J. G. Burg, Schuld und Schicksal, Pr. Oldendorf 1972, 273 f., 276 f., 281 ff.; Vertrags-Ploetz a.a.O., 340 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1955; Böge a.a.O., 30 f.

13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 342 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1532.

14 Böge a.a.O., 31; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1622, 1636; Paloczi-Horvath a.a.O., 221.

15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 344 f.

16 Freda Utley, Drama China, München 1951, 47 ff.

17 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2019 f.; nach Böge a.a.O., 33, hat die Proklamation erst am 15. August stattgefunden.

18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 345 ff.

19 Gannon a.a.O., 233 f.

20 Politisches Lexikon a.a.O., Teil I „Bilderberger", Teil II „Juliana"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1703; nach Böge a.a.O., 33, dankte Wilhelmina erst am 4. 9. ab.

21 London Evening Star, 6. September 1948; Edgar Sisson, Bericht an Präsident Wilson, 1918; Robert H. Williams, Know your Enemy, Santa Ana/Calif. 1952, 33.

22 J. G. Burg a.a.O., 277 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1955 f.; Böge a.a.O., 33.

23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 348 ff.

24 Böge a.a.O., 33.

25 Böge a.a.O., 33; Veale a.a.O., 271 f.; Peter H. Nicoll, Englands Krieg gegen Deutschland, Tübingen 1963, 512 f.; der indische Richter Radhabinod Pal wird in einem 1900 Seiten umfassenden Gutachten zu dem Schluß gelangen, Kriegsgefangene vor Gericht zu stellen und sie anschließend aufzuhängen, bedeute bereits an sich ein schwerwiegendes Kriegsverbrechen. Es sei aber kein Beweis dafür vorhanden, daß die *Angeklagten* in diesem Prozeß Kriegsverbrecher im allgemein anerkannten völkerrechtlichen Sinne des Wortes seien.

26 Vertrags-Ploetz a.a.O., 350 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1502.

27 F. J. P. Veale, Der Barbarei entgegen, Wiesbaden 1962 2., 271 f.; Peter H. Nicoll, Englands Krieg gegen Deutschland, Tübingen 1963, 512.

28 Gannon a.a.O., 281; Ploetz, Geschichte .. a.a.O., 1579.

1949

1 Russell Grenfell, Bedingungsloser Haß?, Preuß. Oldendorf 1972 2., 205 f.; Veale a.a.O., 272 f.

2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 352 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1532; Böge a.a.O., 34.

3 Böge a.a.O., 35; nach Paloczi-Horvath a.a.O., 223, erfolgt der Einmarsch in Peking am 3. Februar.

4 Pistrak a.a.O., 274.

5 Böge a.a.O., 37.

6 Vertrags-Ploetz a.a.O., 353 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1956.

7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 354 f.; Böge a.a.O., 35.

8 Politisches Lexikon a.a.O., Teil I „NATO"; Vertrags-Ploetz a.a.O., 355 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1507; Böge a.a.O., 34; Truman a.a.O., II 279.

9 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Spaak"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1523 oben: dort muß es statt „1948" 1949 heißen.

10 Gannon a.a.O., 293; Böge a.a.O., 40, 41.

11 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1547; Vertrags-Ploetz a.a.O., 359 ff.

12 Utley, Drama China a.a.O., 49.

13 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1545; Böge a.a.O., 36; Gehlen, Dienst a.a.O., 407.

14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 362 ff.; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1523.

15 Politisches Lexikon a.a.O., Teil I, „Grundgesetz"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1545 f.

16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 364 ff.

17 Nach Gannon a.a.O., 281, erfolgte die Verurteilung schon am 8. Februar, nach Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1580, am 15. Mai.

18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 370; Böge a.a.O., 38.

19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 370 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1542, 1568.

20 Utley, Drama China a.a.O., 89.

21 Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, München 1966, 437 f.

22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 371 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1722 f.; Böge a.a.O., 38.

23 Utley, Drama China a.a.O., 44 f.

24 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1631; nach Böge a.a.O., 41, werden die Kämpfe erst am 16. Oktober eingestellt.

25 Truman a.a.O., II 281.

26 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2009; nach Böge a.a.O., 40, hat die Proklamation durch Mao Tse-tung selbst am 1. Oktober stattgefunden; ebenso nach Henle a.a.O., 113; Paloczi-Horvath a.a.O., 223 ff.

27 Böge a.a.O., 40; L. L. Strauss a.a.O., 235 f., 248; Truman a.a.O., II 345 f.

28 Böge a.a.O., 40.

29 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Gewerkschaften", Teil II „Rosenberg, Ludwig"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1557; Böge a.a.O., 40; Karl Ludwig Bayer, DGB—Griff nach der Macht im Staate, Hannover 1971.

30 Vertrags-Ploetz a.a.O., 378 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1706, 1998.

31 Strauss' angestammte Chuzbe hat ihn offenbar vergessen lassen, daß sich dieses Washingtonzitat auch auf die Urheber des gesamten Atombombenbauprogramms, Einstein, Fermi, Szilard, Teller und auch auf ihn selber anwenden läßt. (Strauss a.a.O., 452 ff.)

32 Politisches Lexikon a.a.O., Teil I „CFR"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2009.

33 Böge a.a.O., 40 f.

34 Vertrags-Ploetz a.a.O., 381 f.

35 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1998; nach Böge a.a.O., 41, erst am 27. Dezember.

1950

1 Paloczi-Horvath a.a.O., 237 f.; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1508, 1654, 2009; Böge a.a.O., 43.

2 Böge a.a.O., 42 f., 44.

3 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Nehru"; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1968; Böge a.a.O., 43.

4 Truman, Memoiren, Bern 1956, II 281; Vertrags-Ploetz a.a.O., 383.

5 Lewis L. Strauss, Kette der Entscheidungen, Düsseldorf 1964, 258 f.; Truman, Memoiren a.a.O., II 349.

6 Bunte Illustrierte, Nr. 25, 8. Juni 1972, „Entlarvt die Atomspione!", S. 68 ff.; Böge a.a.O., 43.

7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 384 ff.; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1641, 2009; Paloczi-Horvath a.a.O., 235; Böge a.a.O., 43.

8 Emrys Hughes, Churchill, Tübingen 1959, 243 f.

9 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Baruch"; Der Weg, Buenos Aires, August 1950, 773; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1650.

10 Reinhard Gehlen, Der Dienst, Mainz/Wiesbaden 1971, 357 ff., 361; Böge a.a.O., 42.

11 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „El Salvador"; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1782.

12 Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1909; nach Böge a.a.O., 43, erfolgte der UNO-Entscheid bereits am 17. Januar.

13 Freda Utley, Drama China, München 1951, 48.

14 SBZ von A bis Z, Bonn 1966, „Militärpolitik"; Böge a.a.O., 42.

15 Robert H. Williams, Know Your Enemy, 9. Aufl., Santa Ana/Calif. 1952, Seite 34 f.

16 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1698; nach Böge a.a.O., 45, dankte Leopold am 1. August 1950 ab.

17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 389; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1560; Böge a.a.O., 42.

18 Bunte Illustrierte Nr. 25, 8. Juni 1972, „Entlarvt die Atomspione", S. 77.

19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 387 f.; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1934; Böge a.a.O., 45.

20 Ploetz, Geschichte... a.a.O., 2020; nach Böge a.a.O., 44, fällt Seoul bereits am 27. Juni.

21 Paloczi-Horvath a.a.O., 442 f.

22 Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1628; nach Böge, a.a.O., 45, erfolgt die Verfassungsrevision erst am 6. Juli.

23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 391 ff.

24 J. G. Burg, Schuld und Schicksal, Preuß. Oldendorf 1972 2., 285.

25 Freda Utley, Drama China a.a.O., 90.

26 Der Weg, Buenos Aires August 1950, 772.

27 J. G. Burg a.a.O., 304 f.

28 Schneider a.a.O., 148.

29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 394; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1547, dort mit dem 30. August 1950 datiert.

30 J. G. Burg a.a.O., 284.

31 Vertrags-Ploetz a.a.O., 393 ff.; Böge a.a.O., 46.

32 Vertrags-Ploetz a.a.O., 395 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1523; nach Böge a.a.O., 42, wurde die Gründung der EZU bereits am 1. Februar 1950 beschlossen.

33 Truman, Memoiren a.a.O., II 318.

34 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Bundesamt für Verfassungsschutz"; nach Böge a.a.O., 44, wurde das Amt bereits am 3. August 1950 geschaffen.

35 J. G. Burg a.a.O., 303.

36 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Heinemann"; Böge a.a.O., 46.

37 Böge a.a.O., 46.

38 Brockhaus, 5 Bde., a.a.O., „Gustav V.", „Gustav VI. Adolf"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1608, Böge a.a.O., 47.

39 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I *und* Teil III „Menschenrechte"; Vertrags-Ploetz a.a.O., 399 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1523.

40 Dalai Lama, Mein Leben und mein Volk, München (Droemer) 1962, 347 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1965; Böge a.a.O., 47.

41 Dalai Lama a.a.O., 352; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1965.

42 Peter Kleist, Chruschtschow 50 km vor Hamburg, Göttingen 1959, 80; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2020; Böge a.a.O., 46; Truman, Memoiren a.a.O., II 387.

43 Truman, Memoiren, Bern 1956, II 449 ff.

44 Truman, Memoiren a.a.O., II 497.

45 Böge a.a.O., 46.

46 Robert H. Williams, Know Your Enemy, 9. Aufl., Santa Ana/Calif. September 1952.

47 Brockhaus, 5 Bde., Wiesbaden 1959, „Renner"; Böge a.a.O., 47.

1951

1 Böge a.a.O., 48, 52.

2 Böge a.a.O., 48.

3 Hans Henle, Mao — China und die Welt von heute, Stuttgart 1961, 144.

4 Böge a.a.O., 48.

5 Böge a.a.O., 48.

6 Bunte Illustrierte 25/1972, S. 77.

7 Walther Jantzen, Ludwigstein, Bad Godesberg 1954, 47 ff.; Schneider a.a.O., 149.

8 Truman, Memoiren a.a.O., II 499 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2021.

9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 401 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1523; Böge a.a.O., 50, 56.

10 Böge a.a.O., 49.

11 Paloczi-Horvath a.a.O., 253.

12 Böge a.a.O., 50; es ließ sich leider nicht mehr ermitteln, ob Großbritannien z. B. sich an diesen UNO-Beschluß gehalten hat.

13 Böge a.a.O., 50.

14 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1557; nach Böge a.a.O., 48, wird das Gesetz bereits am 10. April 1951 beschlossen.

15 Thubten Dschigme Norbu, Tibet verlorene Heimat, Frankfurt 1960, 220 ff., 265 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1965; Böge a.a.O., 51; Henle a.a.O., 148.

16 Brockhaus, 5 Bde., a.a.O., „Körner"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1575; Böge a.a.O., 51.

17 Böge a.a.O., 51.

18 Der Weg, Buenos Aires Oktober 1951, 709—715.

19 Böge a.a.O., 51.

20 Anthony Eden, Memoiren, Köln-Berlin 1960, 37.

21 Böge, a.a.O., 50.

22 Böge a.a.O., 51.

23 Brockhaus, 5 Bde., a.a.O., „Balduin"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1698.

24 Freda Utley, Drama China a.a.O., 151, Fußnote des Übersetzers Egon Heymann, sowie (dort zitiert) New York Times und New York Herald Tribune vom 1., 2. und 4. August 1951; Who's Who in America, Chicago 1950, „Lattimore, Owen"; Freda Utley a.a.O., 169 ff.

25 Jean Louis Foncine, Scouts du Monde Entier, Paris 1955 (Editions Bias), 120; Schneider a.a.O., 149.

26 Böge a.a.O., 51.

27 Vertrags-Ploetz a.a.O., 405 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1507, 2034.

28 Vertrags-Ploetz a.a.O., 406 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2027; Böge a.a.O., 51, 52.

29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 411 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 2027; Böge a.a.O., 52.

30 SBZ von A bis Z, Bonn 1966, 215; Böge a.a.O., 52; nach Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1568, wurde das Interzonenhandelskabkommen bereits am 5. Juli 1951 geschlossen.

31 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1917; nach Böge a.a.O., 53, erfolgt die Kündigung erst am 16. Oktober 1951.

32 Paloczi-Horvath a.a.O., 249.

33 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Churchill", „Eden"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1664; Böge a.a.O., 53, gibt Wahldatum mit 25. Oktober 1951 an; Eden, Memoiren a.a.O., 51.

34 Böge a.a.O., 53.

35 Böge a.a.O., 52.

36 Eden, Memoiren a.a.O., 52.

37 J. G. Burg a.a.O., 325 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1587; Böge a.a.O., 53.
38 Vertrags-Ploetz a.a.O., 413 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1600.
39 Anthony Eden, Memoiren a.a.O., 35.
40 The International Who's Who, London 1967; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1848.

1952

1 Anthony Eden, Memoiren a.a.O., 36.
2 Emrys Hughes, Churchill, Tübingen 1959, 259 f.
3 Hughes a.a.O., 261.
4 Robert I. Gannon, Kardinal Spellman, Neuenbürg 1963, 308.
5 The International Who's Who 1967/68, London 1967, XVIII f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1664; Böge a.a.O., 55.
6 Böge a.a.O., 54.
7 Tore Fjeld, „... und ich beende mein Schreiben", in Der Weg, Buenos Aires Juli 1950, 624 ff.; ebd. April 1952, 227.
8 Paloczi-Horvath a.a.O., 253.
9 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Helgoland"; Böge a.a.O., 54.
10 Reinhard Gehlen, Der Dienst, Mainz-Wiesbaden 1971, 397 ff.; Peter Kleist, Chruschtschow 50 km vor Hamburg, Göttingen 1959, 212 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1568, 1637; Böge a.a.O., 54.
11 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I *und* III „Deutschland-Vertrag"; Vertrags-Ploetz a.a.O., 414 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1548; Böge a.a.O., 56.
12 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „EVG"; Vertrags-Ploetz a.a.O., 418 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1524; Böge a.a.O., 56.
13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 425 f.
14 Dalai Lama, Mein Leben und mein Volk, München 1962, 125—138; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1965.
15 Harry S. Truman, Memoiren a.a.O., II 537 ff.
16 Böge a.a.O., 57.
17 Truman, Memoiren a.a.O., II 353.
18 Daily Telegraph, London 3. Juli 1952, zitiert bei Grenfell a.a.O., 202.
19 Grenfell a.a.O., 246.
20 Peter H. Nicoll, Englands Krieg gegen Deutschland, Tübingen 1963, 513.
21 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Schumacher"; Böge a.a.O., 58.
22 Peter Kleist, Chruschtschow 50 km vor Hamburg, Göttingen 1959, 212.
23 Böge a.a.O., 57.
24 Vertrags-Ploetz a.a.O., 426 f.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1548, Böge a.a.O., 58.
25 Böge a.a.O., 59.
26 Reinhard Gehlen, Der Dienst a.a.O., 397 ff.

27 Far Eastern Economic Review, Hongkong 30. Oktober 1952, 572, zitiert bei Paloczi-Horvath a.a.O., 249 f.

28 Lewis L. Strauss, Kette der Entscheidungen, Düsseldorf 1964, 263 ff.; Truman, Memoiren a.a.O., II 354; Böge a.a.O., 58.

29 Athony Eden, Memoiren a.a.O., 40 f.

30 Weizmann, Memoiren a.a.O.; Brockhaus, 5 Bde., a.a.O., „Weizmann"; Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Weizmann"; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1956; Böge a.a.O., 59.

31 Der Weg, Buenos Aires Dezember 1952, 803.

32 Anthony Eden, Memoiren a.a.O., 42.

33 Henle a.a.O., 144 f.

34 Diese Gebietsbezeichnung war nur bei Ploetz, Geschichte... a.a.O., 2043, zu finden, sonst *nirgends*.

1953

1 Der Weg, Buenos Aires, März/April 1953, 238.

2 Der Weg, Buenos Aires, August 1953, 553 f.

3 Who's Who in America a.a.O., „Dulles"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1760.

4 Der Weg, Buenos Aires, März/April 1953, 239 f.

5 Der Weg, Buenos Aires, Februar 1953, 132 f.

6 Böge a.a.O., 61.

7 Böge a.a.O., 60.

8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 427 f.; Ploetz Geschichte . . . a.a.O., 1548, dort muß es 27. *Februar* heißen.

9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 428 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1623; Böge a.a.O., 61.

10 Pistrak a.a.O., 284; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1646.

11 Heinz Ganther, Die Juden in Deutschland, Hamburg 1959[2]., 310.

12 Böge a.a.O., 58, 60.

13 Grenfell a.a.O., 271; in Edens Memoiren, a.a.O., 215, wird Titos Besuch zwar erwähnt, das Kommunique und die angebliche Äußerung Churchills aber nicht.

14 Augenzeugenbericht, gesendet im Deutschlandfunk am 25. Februar 1971, 15.10 Uhr MEZ.

15 Der Weg, Buenos Aires, Mai 1953, 314.

16 Der Weg, Buenos Aires, August 1953, 554.

17 Der Weg, Buenos Aires, Juni 1953, 392 ff.

18 Der Weg, Buenos Aires, Mai 1953, 315.

19 The International Who's Who, London 1967/68, „Gromyko"; Der Weg, Buenos Aires, Mai 1953, 312.

20 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1664; Böge a.a.O., 63; Hughes a.a.O., 289 ff.

21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 430 f.

22 Bunte Illustrierte 25/1972, S. 25, 77.

23 Henle a.a.O., 146; nach Böge a.a.O., 69, fand die Zählung erst am 27. August 1954 statt.

24 Strauss a.a.O., 302, 383 ff.

25 Der Weg, Buenos Aires, August 1953, 551 ff.

26 Vertrags-Ploetz a.a.O., 431 f; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1696.

27 Vertrags-Ploetz a.a.O., 433—436; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2021; Böge a.a.O., 62; Eden, Memoiren, Köln 1960, 45 f.

28 Carroll Quigley, Tragedy and Hope, New York 1966, 954 f., zitiert bei W. Cleon Skousen, The naked Capitalist, Salt Lake City 1971[6]., 41 f.

29 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1835; nach Böge a.a.O., 63 ist die Gründung der Zentralafrikanischen Föderation am 14. Juli 1953 erfolgt.

30 Strauss a.a.O., 265; Brockhaus 5 Bde., a.a.O., „Atomwaffen"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1648.

31 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1685, 1827; nach Böge a.a.O., 63, erfolgte die Absetzung Muhammad ben Jusufs bereits am 14. August, und zwar durch den Pascha von Marrakesch und andere Berberfürsten.

32 Paloczi-Horvath . . . a.a.O., 268.

33 Pistrak a.a.O., 285 ff.

34 Pistrak a.a.O., 284 f; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1646; nach Böge bereits am 7. September.

35 Vertrags-Ploetz a.a.O., 436 ff; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1725; nach Böge a.a.O., 65, erst am 29. September.

36 Vertrags-Ploetz a.a.O., 438 f.; Böge a.a.O., 65.

37 Eden, Memoiren, Köln 1960, 216 ff; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1716 stellt es so dar, als sei die Räumung tatsächlich bereits am 10. Oktober 1953 erfolgt.

38 Vertrags-Ploetz a.a.O., 439 f; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1632.

39 Burg, Schuld und Schicksal a.a.O., 290; Sayed Nofal, Israeli Crime Record, Kairo (Inform.Dep.) Mai 1963, 28; Freda Utley, Arabische Welt — Ost oder West, Göttingen 1958, 144 f.

40 Hughes a.a.O., 285.

41 Felix Schwarzenborn, Landräuber am Jordan, in Der Weg, Buenos Aires, Januar 1954, 45 ff.

42 Strauss a.a.O., 310, 499.

43 Schwarzenborn a.a.O., 47.

44 Schwarzenborn a.a.O., 47.

45 Schwarzenborn a.a.O., 47.

46 Strauss a.a.O., 307—340.

47 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1819.

48 Böge a.a.O., 65; Eden, Memoiren a.a.O., 252.

49 Brockhaus 5. Bde. a.a.O., „Coty“.

50 Böge a.a.O., 65.

51 Brockhaus 5. Bde. a.a.O., „Piccard“, „Bathyskaph“; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2067.

1954

1 Heinz Ganther (Hrg.), Die Juden in Deutschland, Hamburg 1959 2., 467; Who's Who in World Jewry, New York 1954, „Hore Belisha“.

2 Ganther a.a.O., 469.

3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 440 ff.

4 Pistrak a.a.O., 285 ff.

5 Peter Kleist, Chruschtschow 50 km vor Hamburg, Göttingen 1959, 213; Vertrags-Ploetz a.a.O., 442 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1507; Böge a.a.O., 66; Hughes a.a.O., 279 f; Reinhard Gehlen, Der Dienst a.a.O., 199.

6 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1548; nach Böge a.a.O., 66, erst am 26. März.

7 Brockhaus a.a.O., „Atomwaffen“.

8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 445 ff; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1737.

9 Ganther a.a.O., 472.

10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 446 f; Böge a.a.O., 66.

11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 447 f.

12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 448 f.

13 Ganther a.a.O., 473.

14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 451 ff; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1508; Böge a.a.O., 66.

15 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1965, 1968; Vertrags-Ploetz a.a.O., 449 f; Dalai Lama, Mein Leben und mein Volk, München-Zürich 1962, 152 ff.

16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 456 f.

17 Böge a.a.O., 67; Vertrags-Ploetz a.a.O., 452 f; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1987.

18 Der Weg, Buenos Aires, November 1954, 812.

19 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I, „Segregation"; Böge a.a.O., 67; Lennhoff a.a.O., 439.

20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 457 f; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1972.

21 Strauss a.a.O., 320—335; Johannes von Leers (irrtümlich genannt: Franz Wildmann), Symbol Oppenheimer, in: Der Weg, Buenos Aires, September 1954, 8. Jahrgang 9. Heft, S. 643 ff; Veale a.a.O., 319 f.

22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 452; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1674; Böge a.a.O., 67.

23 Böge a.a.O., 69.

24 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Bundesamt für Verfassungsschutz"; Böge a.a.O., 68.

25 Vertrags-Ploetz a.a.O., 454 ff; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1508, 1993; Böge a.a.O., 66.

26 Böge a.a.O., 68; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1623; Vertrags-Ploetz a.a.O., 458 f.

27 Zitiert bei William Webster, „Wie Baruch befahl", in der Weg, Buenos Aires, Oktober 1954, 8. Jahrgang, 10. Heft, S. 717 f.

28 Vertrags-Ploetz a.a.O., 460 f.

29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 462 ff; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1508; Böge a.a.O., 68.

30 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2010; Paloczi-Horvath a.a.O., 276.

31 So wiedergegeben durch den Pariser „Spiegel"-Korrespondenten Lothar Ruehl im Spiegel vom 6. Oktober 1954, zitiert in der Weg, Januar 1955, 31 f.

32 Felix Schwarzenborn (Johannes von Leers), „Die Affaire Dides", in: Der Weg, Buenos Aires, Dezember 1954, 877 f.

33 Vertrags-Ploetz a.a.O., 465 ff; Böge a.a.O., 70.

34 Vertrags-Ploetz a.a.O., 467 ff; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1716; Böge a.a.O., 69.

35 Vertrags-Ploetz a.a.O., 469 f; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1641; Böge a.a.O., 71.

36 Vertrags-Ploetz a.a.O., 470 ff; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1654, 1884; Böge a.a.O., 71.

37 Vertrags-Ploetz a.a.O., 472—482; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1524, 1548; Böge a.a.O., 70.

38 New York Times, 26. Oktober 1954, Amtlicher Bericht; zitiert in: Der Weg, Buenos Aires, Januar 1955, 44 ff.

39 Der Weg, Buenos Aires, Januar 1955, 66.

40 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1684, 1969; nach Böge a.a.O., 71, wurde der Übergabevertrag bereits am 21. Oktober 1954 unterzeichnet.

41 Brockhaus 5 Bde. a.a.O., „Neurath"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1538.

42 Moshe Menuhin, „Offene Geheimnisse in der ‚Lavon-Affäre'", in: NZ 15/49, 9. 12. 66.

43 Ganther a.a.O., 483.

44 Der Weg, Buenos Aires, Januar 1953, 40; Juli 1953, 462; Januar 1955, 64, 67 f.

45 Vertrags-Ploetz a.a.O., 483 f; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2015; Böge a.a.O., 71.

46 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „CFR", Teil II „Hiss"; Böge a.a.O., 71.

47 Böge a.a.O., 68.

48 Rezension von Kenneth Fisher in The European, London, September 1954, zitiert in: Der Weg, Buenos Aires, November 1954, 806.

49 Böge a.a.O., 69.

1955

1 Pistrak a.a.O., 293.

2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 484 f.

3 Die Nation, 29. Januar 1955, zit. in Der Weg, Buenos Aires, März 1955, 208.

4 Der Weg a.a.O., 209.

5 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1647, 1651; Pistrak a.a.O., 287.

6 Moshe Menuhin, „Offene Geheimnisse in der ‚Lavon-Affaire'", in NZ 15/49, 9. 12. 1966; Freda Utley, Arabische Welt — Ost oder West?, Göttingen 1958, 72 f.

7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 485 ff.

8 Der Weg a.a.O., 1955, 223 ff., 257.

9 Gannon a.a.O., 305.

10 Security Council, S/3378; Jewish Observer and Middle East Review, 6. Mai 1955; beide zitiert bei Sayed Nofal, Israeli Crime Record, Kairo, Mai 1963, Inform. Deptm. U.A.R.

11 Ganther, Die Juden in Deutschland, Hamburg 1959 2., 488, 496, 502.

12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 487 f.

13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 489 ff; Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Bandung-Konferenz".

14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 492 ff; vollständiger Wortlaut: Polit. Lexikon a.a.O., Teil III.

15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 494 ff; vollständiger Wortlaut: Polit. Lexikon a.a.O., Teil III.

16 Ganther a.a.O., 490, 502.

17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 498 f.

18 „Zocalo", Mexiko, 9. Juni 1955, zitiert in Der Weg, Buenos Aires, Oktober 1955, 663 f.

19 Böge a.a.O., 75.

20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 499 f.

21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 500 ff; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1752.

22 Paloczi-Horvath a.a.O., 277; Henle a.a.O., 174, 185.

23 Freda Utley, Arabische Welt — Ost oder West, Göttingen 1958, 64.

24 Gannon a.a.O., 295; Strauss a.a.O., 416 ff.

25 „Union", London, 10. September 1955, zitiert in Der Weg, Buenos Aires, Dezember 1955, 791.

26 Vertrags-Ploetz a.a.O., 504 ff; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1549.

27 Vertrags-Ploetz a.a.O., 331.

28 Vertrags-Ploetz a.a.O., 506 ff.

29 Politisches Lexikon a.a.O., Teil II „Peron".

30 Sayed Nofal, Israeli Crime Record, Kairo, Mai 1963, Information Department U.A.R., S. 40.

31 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Saar-Statut"; Böge a.a.O., 78.

32 Vertrags-Ploetz a.a.O., 509.

33 Vertrags-Ploetz a.a.O., 504.

34 Lennhoff a.a.O., 445 ff.

35 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Hallstein-Doktrin"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1549.

36 Vertrags-Ploetz a.a.O., 510 f.

37 Böge a.a.O., 75.

1956

1 Vertrags-Ploetz a.a.O., 511 f.

2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 512 f.

3 Spiegel Nr. 46/1961; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1647.

4 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Kekkonen"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1597 f.

5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 513 f.

6 Ganther a.a.O., 501.

7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 515 f.

8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 520 f.

9 Ganther a.a.O., 502.

10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 521 ff.

11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 523 f.

12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 524 f., 545 f.

13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 516 ff.

14 Ganther a.a.O., 503 f.

15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 525 f.

16 Henle a.a.O, 157 f; Paloczi-Horvath a.a.O., 290 f; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2011, datiert „Blumenrede" ein Jahr zu spät.

17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 527.

18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 527.

19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 526.

20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 527 f.

21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 529.

22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 529 f.

23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 530 f.

24 An unbiased Documentation of World Public Opinion, Kairo, African Printing House, o. J. (nach 1959).

25 Vertrags-Ploetz a.a.O., 531 f.

26 Vertrags-Ploetz a.a.O., 543.

27 Vertrags-Ploetz a.a.O., 543.

28 Vertrags-Ploetz a.a.O., 534 f; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1642, 2028.

29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 543.

30 Vertrags-Ploetz a.a.O., 535 ff.

31 Vertrags-Ploetz a.a.O., 538 ff.

32 An Unbiased Documentation of World Public Opinion, Kairo, African Printing House, o. J. (nach 1959).

33 Vertrags-Ploetz a.a.O., 543; Moshe Menuhin a.a.O.; J. C. Burg, Schuld und Schicksal, München 1962, 290 f; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1957.

34 Vertrags-Ploetz a.a.O., 532 f.

35 Vertrags-Ploetz a.a.O., 543 f.

36 Vertrags-Ploetz a.a.O., 544; Freda Utley, Arabische Welt — Ost oder West, Göttingen 1958, 130 ff.

37 Vertrags-Ploetz a.a.O., 544.

38 Peter Kleist, „Handelt Rumänien im Auftrag?" in Deutsche Wochenzeitung, Hannover, 15. Juli 1966, Leitartikel; Peter Kleist, Endlösung für die freie Welt, Hannover 1972, 58.

39 Vertrags-Ploetz a.a.O., 544.

40 Vertrags-Ploetz a.a.O., 545 ff; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1942.

41 Vertrags-Ploetz a.a.O., 547 f.

42 Gannon a.a.O., 317 f.

1957

1 Vertrags-Ploetz a.a.O., 548 f.

2 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II, „Senghor"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1830 f.

3 Ganther a.a.O., 510.

4 Gehlen a.a.O., 273.

5 Gehlen a.a.O., 361.

6 Vertrags-Ploetz a.a.O., 550 f.

7 Paloczi-Horvath a.a.O., 299 ff.

8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 551 f.

9 France Observateur, 1. März 1957; KEESA 1957, 6291 c; Vertrags-Ploetz a.a.O., 549 f.

10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 552 f.

11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 553 ff.

12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 555 ff.

13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 557—563; Grabert, Sieger und Besiegte, Tübingen 1966, 407; Polit. Lexikon a.a.O., Teil II, „De Gaulle".

14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 563 f.

15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 549.

16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 564 f.

17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 565 f.; Polit. Lexikon a.a.O., Teil I, „Europarat"; vgl. auch das unter dem 25. März 1957 über mögliche Europa-Modelle Gesagte.

18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 566 ff.

19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 569.

20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 568 f.

21 Utley, Arabische Welt . . . a.a.O., 208; Stimme der Araber, Kairo.

22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 569 f.

23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 571.

24 Vertrags-Ploetz a.a.O., 549; Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Malaysia"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1981.

25 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1811; Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Duvalier".

26 Gehlen a.a.O., 274.

27 Heinrich Harrer, Ich komme aus der Steinzeit, Frankfurt 1963, 26 f; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1706.

28 Paloczi-Horvath a.a.O., 330; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1533.

29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 571 f.

30 Vertrags-Ploetz a.a.O., 572 f.

1958

1 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1661; nach dem Vertrags-Ploetz a.a.O., 579 erfolgte die Kündigung der Verträge bereits ein Jahr früher, am 13. Januar 1957. Hier widersprechen sich also die beiden Ploetze.

2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 573 ff.

3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 576 f.; Ploetz, Geschichte. . . . a.a.O., 1697.

4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 577 f.

5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 579 f.

6 Ganther a.a.O., 536.

7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 580 ff.

8 Ganther a.a.O., 541.

9 Ganther a.a.O., 547, 550.

10 Henle a.a.O., 318.

11 Strauss a.a.O., 417 ff.

12 Gehlen a.a.O., 274.

13 Strauss a.a.O., 430 f., 453.

14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 585 f.

15 Nach Gehlen a.a.O., 274, bereits am 24. November; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1570.

16 Paloczi-Horvath a.a.O., 351 ff.

17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 586 f.

1959

1 Ganther a.a.O., 552.

2 Ganther a.a.O., 552.

3 Ganther a.a.O., 552 f.

4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 587 f.

5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 588 f.; Ploetz, Geschichte a.a.O., 1635.

6 Vertrags-Ploetz a.a.O., 591.

7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 61.

8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 590 f.

9 Dalai Lama, Mein Leben und mein Volk, München/Zürich 1962, 271 ff.

10 Kleist, Chruschtschow . . . a.a.O., 331.

11 Paloczi-Horvath a.a.O., 355 ff., 361.

12 Kleist, Chruschtschow . . . a.a.O., 289 f.

13 Kleist, Chruschtschow . . . a.a.O., 301.

14 Strauss a.a.O., 453 ff.

15 Kleist, Chruschtschow . . . a.a.O., 292.

16 Kleist, Chruschtschow . .. a.a.O., 331.

17 Dalai Lama a.a.O., 352 ff.
18 Kleist, Chruschtschow . . . a.a.O., 316.
19 Vertrags-Ploetz II, 4 B (1959—1963), 10—14.

1960

1 Vertrags-Ploetz II 4 B 1959—1963, Würzburg 1963, 14 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1526.
2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 30 ff.; Ploetz Geschichte . . . a.a.O., 1754, 2028.
3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 34 ff.
4 Chinesische Jugend Nr. 3, 1960, zitiert bei Paloczi-Horvath a.a.O., 358.
5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 36 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1778.
6 J. G. Burg a.a.O., 305.
7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 46 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1510.
8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 51 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1976.
9 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1922 f., stellt die Vorgänge konformistisch einseitig dar.
10 Paloczi-Horvath a.a.O., 365.
11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 54 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1552, 1704.
12 New China News Agency, 23. April 1960, zitiert bei Paloczi-Horvath a.a.O., 370; Henle a.a.O., 322, Fußnote.
13 Bernhard Schneider, Daten zur Geschichte der Jugendbewegung, Bad Godesberg 1965, 161.
14 Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1638; Gehlen, Der Dienst a.a.O., 277 f.
15 New China News Agency, 14. Mai 1960, zitiert bei Paloczi-Horvath a.a.O., 371.
16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 57 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1510.
17 Robert M. W. Kempner, Eichmann und Komplizen, Zürich 1961, 32 ff.; Simon Wiesenthal, Ich jagte Eichmann, Gütersloh 1961; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1800; J. G. Burg, Schuld und Schicksal, München 1962, 76, 115; Sayed Nofal, Israeli Crime Record, Kairo Mai 1963, 20 f.
18 Strauss a.a.O., 482 f.
19 Paloczi-Horvath a.a.O., 372.
20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 64; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1849.
21 Peter H. Nicoll, Englands Krieg gegen Deutschland, Tübingen 1963, 512 f.; Abbildung des Monuments in Deutsche Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen 1963/4/1.
22 Heinrich Harrer, Ich komme aus der Steinzeit, Frankfurt 1963; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1706 f.
23 Vertrags-Ploetz, a.a.O., 65—74; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1738, 1809.
24 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Senghor"; Ploetz, Geschichte . . a.a.O., 1859.
25 Vertrags-Ploetz a.a.O., 75 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1979.
26 Vertrags-Ploetz a.a.O., 78 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1526.
27 Patrick Moore, Unser Platz im Weltall, Edinburgh 1969, Frankfurt 1971, 84 ff., 97 ff.; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2047.
28 Werner Stein, Kulturfahrplan, Berlin 1964, 1287; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 2050.